



**PROTOKOLL DES ORDENTLICHEN
BUNDESPARTEITAGS DER SPD**
LEIPZIG, 14.–16. NOVEMBER 2013

IMPRESSUM

Herausgeber SPD-Parteivorstand, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin
Zusammenstellung Pia Dahmen
Layout und Satz werbeproduktion bucher
Druck Dräger+Wullenwever print+media Lübeck GmbH & Co. KG

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|--|-----|
| Tagesordnung | 9 |
| Geschäftsordnung | 11 |
| <i>DONNERSTAG, 14. NOVEMBER 2013, BEGINN: 11.13 UHR</i> | 13 |
| Begrüßung der Gäste Andrea Nahles | 13 |
| Totengedenken und Eröffnung Andrea Nahles | 18 |
| Konstituierung Manuela Schwesig | 20 |
| Grußwort Burkhard Jung, Oberbürgermeister von Leipzig | 22 |
| Rede Peer Steinbrück | 25 |
| Rede des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel | 30 |
| Aussprache | 53 |
| Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission Miriam Pichler | 106 |
| Rechenschaftsbericht der Schatzmeisterin Barbara Hendricks | 107 |
| Bericht der Kontrollkommission und Entlastung des Parteivorstandes Brigitte Reckmann | 109 |
| Wahl des Parteivorsitzenden | 110 |
| Grußwort des italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta | 114 |
| Bericht der Antragskommission Olaf Scholz | 121 |

| | |
|--|-----|
| Leitantrag „Perspektiven. Zukunft. SPD!“ | 123 |
| Beratung weiterer Initiativanträge | 132 |
| Beratung der Anträge Organisationspolitik | 134 |
| Initiativantrag „Die SPD weiblicher machen“ | 147 |
| Beratung weiterer Anträge Organisationspolitik | 149 |
| | |
| <i>FREITAG, 15. NOVEMBER 2013, BEGINN: 9:18 UHR</i> | 153 |
| | |
| Grußwort des Vorsitzenden des SPD Landesverbands Sachsen Martin Dulig | 153 |
| Rede des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier | 157 |
| Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission Miriam Pichler | 162 |
| Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten stellvertretende Parteivorsitzende | 163 |
| Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden | 169 |
| Wahlergebnis der stellvertretenden Parteivorsitzenden | 172 |
| Wahl der Generalsekretärin | 173 |
| Wahl der Schatzmeisterin | 176 |
| Leitantrag „Neues Vertrauen für ein besseres Europa“ | 177 |
| Wahl des Beauftragten des Parteivorstandes für die Europäische Union | 185 |
| Verabschiedung Klaus Wowereit als stellvertretender Parteivorsitzender | 186 |
| Wahlen der weiteren Mitglieder zum Parteivorstand | 189 |
| Beratung der Anträge zum Thema Europa | 191 |
| Ergebnis der Wahlen der weiteren Mitglieder zum Parteivorstand | 217 |
| Beratung weiterer Anträge zur Europapolitik | 222 |

| | |
|--|-----|
| Beratung der Anträge zur Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik | 222 |
| Zweiter Wahlgang zur Wahl weiterer Mitglieder zum Parteivorstand | 229 |
| Beratung der Anträge zu Umwelt-, Energie-, Verbraucher- und Verkehrspolitik | 229 |
| Beratung der Anträge zur Arbeitsmarktpolitik | 238 |
| Ergebnisse der Wahlen der weiteren Mitglieder zum Parteivorstand | 239 |
| Verabschiedung der ehemaligen Parteivorstandsmitglieder sowie Matthias Platzeck und Jürgen Hitzges | 240 |
| Rede des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer | 243 |
| Fortsetzung der Antragsberatung zur Arbeitsmarktpolitik | 247 |
| Beratung der Anträge zur Sozialpolitik | 262 |
| Beratung der Anträge zur Gesundheitspolitik | 262 |
| Beratung der Anträge zur Medien- und Kulturpolitik | 262 |
| Beratung der Anträge zur Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik | 262 |
| Beratung der Anträge zur Familien-, Frauen und Gleichstellungspolitik, Generations- und Seniorenpolitik | 263 |
| Beratung der Anträge zur Innen- und Rechtspolitik | 264 |
| Beratung der Anträge zur Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik | 268 |
| <i>SAMSTAG, 16. NOVEMBER 2013, BEGINN: 10.19 UHR</i> | 270 |
| Wahl der Delegierten zum Kongress der SPE | 271 |
| Beratung des Leitetrags „Starke Kommunen für ein gerechtes Land“ | 272 |
| Wahl der Bundesschiedskommission | 285 |
| Fortsetzung der Antragsberatung zur Kommunalpolitik | 286 |

| | |
|--|-----|
| Fortsetzung der Wahlen zur Bundesschiedskommission | 288 |
| Fortsetzung der Antragsberatung zur Kommunalpolitik | 289 |
| Ergebnis der Wahl der Beisitzer der Bundesschiedskommission und Wahl der Kontrollkommission | 293 |
| Fortsetzung der Antragsberatung zur Kommunalpolitik | 294 |
| Ergebnis der Wahl der Delegierten zum SPE-Kongress | 297 |
| Fortsetzung der Antragsberatung zur Kommunalpolitik | 299 |
| Wahlergebnis Kontrollkommission | 300 |
| Fortsetzung der Antragsberatung zur Kommunalpolitik | 301 |
| Verleihung Wilhelm-Dröscher-Preis | 305 |
| Schlusswort des Parteivorsitzenden | 310 |
| ANHANG | 313 |
| Finanzbericht | 314 |
| Bericht der Generalsekretärin | 336 |
| Bericht über den Stand der Betriebsorganisation – AfA | 370 |
| Gleichstellungsbericht | 372 |
| Bericht des Kommunalbeirates des SPD-Parteivorstandes | 406 |
| Delegierte | 409 |
| Delegierte mit beratender Stimme | 417 |
| Internationale Gäste | 418 |
| Rednerinnen und Redner | 421 |

SPD-BUNDESPARTEITAG IN LEIPZIG, 14. BIS 16. NOVEMBER 2013 – TAGESORDNUNG

DONNERSTAG, 14. NOVEMBER

- 11.00 Uhr Konstituierung und Eröffnung
- Wahl des Präsidiums
 Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
 Beschluss über die Geschäftsordnung
 Beschluss über die Tagesordnung
- 11.30 Uhr Grußwort Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
- Rede Peer Steinbrück
 Rede des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel
 Aussprache
 Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
 Rechenschaftsberichte
 Wahl der/des Parteivorsitzenden
 Rede Enrico Letta, Ministerpräsident der italienischen Republik
 Bericht des Vorsitzenden der Antragskommission
 Antragsberatung
 Leitantrag „Perspektiven. Zukunft. SPD!“
 Satzungsändernde Anträge
- Ca. 20.00 Uhr Unterbrechung des Parteitages

FREITAG, 15. NOVEMBER

- 9.00 Uhr Beginn
- Grußwort Martin Dulig, Vorsitzender des SPD Landesverbands Sachsen
 Rede des Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier
 Wahlen der stellvertretenden Vorsitzenden
 Wahl der/des Generalsekretär/in
 Wahl der/des Schatzmeister/in
 Wahl des Beauftragten für die Europäische Union
 Antragsberatung Leitantrag Europa
 Wahlen der weiteren Mitglieder zum Parteivorstand
 Antragsberatung
- 19.00 Uhr Unterbrechung des Parteitages / Parteiabend

SAMSTAG, 16. NOVEMBER

10.00 Uhr **Beginn**

Wahl der Delegierten zum Kongress der SPE

Wahl der Bundesschiedskommission

Wahl der Kontrollkommission

Bericht Kommunalbeirat

Antragsberatung Leitantrag Kommunalpolitik

Verleihung des Wilhelm-Dröscher-Preises

Schlusswort der/des Parteivorsitzende/n

SPD-BUNDESPARTEITAG IN LEIPZIG, 14. BIS 16. NOVEMBER 2013 – GESCHÄFTSORDNUNG

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht sowie die Vorsitzenden bzw. benannten Vertreter/Vertreterinnen der nahe stehenden Organisationen zu ihren Anträgen nach § 18 Abs. 3 Organisationsstatut.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt. Wahlen zum Parteivorstand, der Bundesschiedskommission, der Kontrollkommission und der Delegierten zum Kongress der SPE werden mit einem elektronischen Wahlsystem durchgeführt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen, unter Beachtung der Geschlechterquote, das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen und werden in eine Redner/innenliste eingetragen, die vom Plenum aus gesehen werden kann.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 50 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden. Der Parteivorstand hat ein eigenes Initiativrecht.
9. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des §18 Abs 2 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelte Anträge beziehen. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteitagspräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/ Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.

11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Die amtierende Tagungsleitung kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.

DONNERSTAG, 14. NOVEMBER 2013, BEGINN: 11.13 UHR

Tagungsort: Leipziger Messe

BEGRÜßUNG DER GÄSTE

Andrea Nahles, Generalsekretärin: Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Freundinnen und Freunde! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Herzlich willkommen zum Ordentlichen Parteitag der SPD hier in Leipzig.

An erster Stelle möchte ich Euch begrüßen, die Mitglieder unserer Partei, die Basis unserer gemeinsamen Arbeit. Auf Euch kommt es an. Ihr habt es in der Hand. Denn wer bei uns Mitglied ist, arbeitet nicht nur mit – diskutiert nicht nur mit – wer bei uns Mitglied ist, klebt nicht nur Plakate und steht nicht nur am Infotisch – wer bei uns Mitglied ist, entscheidet mit!

(BEIFALL)

Das ist auch und gerade der Fall, wenn es ernst wird. Das haben wir übrigens auf dem letzten Ordentlichen Parteitag im Rahmen einer Parteireform beschlossen. Jetzt setzen wir es mit dem Mitgliedervotum um. Wir, die SPD, sind die erste Partei in Deutschland, die ihre Mitglieder zu einem Votum über einen Koalitionsvertrag aufruft.

Ich sage noch einmal: Ihr alle habt es in der Hand. Nutzt diese Chance! Diese Mitgliederbefragung ist nicht nur ein Mehr an Demokratie für unsere Partei. Diese Mitgliederbefragung ist ein Mehr an Demokratie für unser Land. Denn es geht hier darum, dass Menschen, die sich in einer Partei engagieren, wirklich teilhaben können an einer wichtigen Entscheidung. Deswegen bitte ich Euch alle: Werbt in euren Ortsvereinen und Unterbezirken dafür, dass alle ihre Stimmen abgeben. Wir möchten eine breite Legitimation und eine hohe Beteiligung bei diesem Novum in der deutschen Parteigeschichte, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Leipzig ist eine gute, eine große, eine wichtige Stadt für die Sozialdemokratische Partei. Es ist nicht nur der Ort, an der die Sozialdemokratie 1863 ihren Anfang nahm. Es ist nicht nur der Ort, an dem wir in diesem Jahr den Staatsakt zum 150. Geburtstag gefeiert haben. Leipzig zeigt auch, was möglich ist: Die Stadt wächst, sie ist jung, sie ist vital. Und ich habe mir sagen lassen: Man soll hier so gut leben können, dass sich sehr viele Paare nicht nur für ein Kind, sondern gleich für drei oder mehr Kinder entscheiden. Das alles ist natürlich kein Zufall, liebe Genossinnen und Genossen, sondern das Ergebnis kluger sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Herzlich willkommen dem Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, vielen Dank, lieber Burkhard Jung, dass wir heute Deine Gäste sein dürfen!

(BEIFALL)

Eine gute Stadt und ein gutes Land sind nicht denkbar ohne gute Arbeit. Der wichtigste Partner für uns als SPD, um das zu erreichen, sind die Gewerkschaften. In der ersten Reihe sehe ich hier Michael Vassiliadis, den Vorsitzenden der IG BCE. Herzlich willkommen, lieber Michael!

(BEIFALL)

Ich sage dir und den vielen Deiner Mitglieder, die das interessiert, lieber Michael: Wir werden am Ende nur dann einen Haken an den Koalitionsvertrag machen, wenn wir sicher sind, dass wir die Energiewende zum Erfolg führen. Und das heißt für uns: sauber, sicher und bezahlbar für die Privatkunden und für die Unternehmen in diesem Land!

(BEIFALL)

Ich begrüße Frank Werneke – später kommt Frank Bsirske – für Ver.di. Ich sage Euch ganz klar zu: Es wird keinen Koalitionsvertrag mit der SPD geben ohne einen Mindestlohn von 8,50 Euro für alle und überall, lieber Frank. Sagt es ruhig weiter, dessen könnt Ihr sicher sein!

(BEIFALL)

Ich begrüße ganz herzlich Alexander Kirchner, den Vorsitzenden der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft. Keine Trennung von Netz und Betrieb! Die Bahn muss ein Konzern bleiben. Das ist unser gemeinsames Ziel, und auch das gebe ich hiermit auf den Weg.

(BEIFALL)

Ich begrüße Marlis Tepe, die Vorsitzende der GEW! Du wirst es in den letzten Tagen erlebt haben: Wir kämpfen gemeinsam für gleiche Bildungschancen, für mehr Bildungsinvestitionen und vor allem dafür, dass dieses verrückte Kooperationsverbot endlich von der Bühne verschwindet. Liebe Marlis, das ist unser gemeinsames Anliegen!

(BEIFALL)

Herzlich gratuliere ich an dieser Stelle im Namen der gesamten SPD auch Michaela Rosenberger, die am Dienstag als erste Frau an die Spitze der ältesten deutschen Gewerkschaft, der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, gewählt wurde. Herzlichen Glückwunsch! Wir freuen uns auf die gute Zusammenarbeit in der Zukunft!

(BEIFALL)

Und ich füge hinzu: Keine andere Gewerkschaft ist so gebeutelt von dem Missbrauch von Werkverträgen. Das wird auch unsere gemeinsame Anstrengung sein: dem Schindluder, das auf dem Rücken der Leute betrieben wird, ein Ende zu bereiten.

Und natürlich begrüße ich Klaus Wiesehügel. Lieber Klaus, du warst nicht nur langjähriger Chef der IG BAU, sondern in diesem Jahr auch die starke Stimme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Kompetenzteam. Ich sage: Wir lassen nicht locker. Wir brauchen eine Rente ab 63, und zwar abschlagsfrei. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Wir Sozialdemokraten wissen aber auch, dass wir in Deutschland nur dann auf Dauer erfolgreich sein werden, wenn es uns gelingt, unsere Wirtschaft auf einen stabilen, auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu bringen. Deswegen freuen wir uns, dass auch die Arbeitgeberseite hier heute gut vertreten ist. Ein herzliches Willkommen gilt stellvertretend Holger Schwannecke, dem Generalsekretär des Zentralverbandes des

Deutschen Handwerks, Stefan Genth, dem Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Deutschland, und Stephanie Bauer, Hauptgeschäftsführerin im Bundesverband der Freien Berufe. Seien Sie uns alle herzlich willkommen! Die SPD steht für starke Wirtschaft und starken Mittelstand!

(BEIFALL)

Unsere Wirtschaft, liebe Genossinnen und Genossen, ist vor allem stark, weil wir mit der EU einen großen Markt haben. Doch Europa ist für uns viel mehr als nur ein Markt. Europa ist Freiheit, ist Frieden, ist Solidarität. Deshalb freuen wir uns sehr, heute Martin Schulz unter uns begrüßen zu können, den Präsidenten des Europäischen Parlamentes.

(BEIFALL)

Lieber Martin, wir sind sehr stolz, dass dich die gesamte europäische Sozialdemokratie zum Spitzenkandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten bei den Europawahlen im nächsten Jahr nominiert hat. Du stehst mit deiner Person für ein starkes, ein demokratisches und vor allem, lieber Martin, für ein wortgewaltiges Europa. Und das ist auch gut so!

(BEIFALL)

Ein besonderer Gruß gilt auch Kurt Beck, dem langjährigen Ministerpräsidenten meines wunderschönen Heimatlandes Rheinland-Pfalz. Lieber Kurt, du leitest jetzt die Friedrich-Ebert-Stiftung, die für die SPD ein verlässlicher Partner ist, wenn es um die Stärkung der Demokratie im Inneren, aber auch in anderen Ländern geht. Sei uns herzlich willkommen, lieber Kurt.

(BEIFALL)

Die SPD ist eine Partei, die Werte lebt. Deshalb suchen wir auch den Dialog mit Kirchen und Religionsgemeinschaften. Stellvertretend für die Evangelische Kirche in Deutschland begrüße ich Cornelia Füllkrug-Weitzel vom Diakonischen Werk der EKD, die uns mit großem Einsatz im Kompetenzteam unterstützt hat.

(BEIFALL)

Für die Katholische Kirche in Deutschland heiße ich den Vizepräsidenten des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Alois Wolf, sehr herzlich willkommen.

(BEIFALL)

Für die Jüdische Gemeinschaft begrüße ich den Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan Kramer, und Rabbiner Walter Homolka von der Weltunion Progressives Judentum. Seid uns herzlich willkommen.

Als Vertreter der muslimischen Verbände heiße ich Aiman Mazyek vom Zentralrat der Muslime in Deutschland herzlich willkommen.

(BEIFALL)

Schön, dass Sie sich alle Zeit genommen haben, um hier bei uns zu sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, unsere Demokratie lebt von den Bürgerinnen und Bürgern, die sich engagieren. Darauf hat im Rahmen des Bürgerdialogs, der auch in unser Regierungsprogramm gemündet ist, darauf hat auch die SPD in den zurückliegenden Monaten im Wahlkampf großen Wert gelegt. Wir haben stark auf Bürgerbeteiligung und Bürgerdialog gesetzt. Ich freue mich deshalb sehr, dass hier so zahlreiche Verantwortliche aus Vereinen, Verbänden und Organisationen, die sich für Anliegen der Bürgerinnen und Bürger stark machen, unter uns sind.

Für die vielen, die hier zu nennen wären, begrüße ich Adolf Bauer, den Präsidenten des Sozialverbandes Deutschland,

(BEIFALL)

den Vorsitzenden der AWO, Wilhelm Schmidt, und Jochen Brühl für die Tafeln.

(BEIFALL)

Bei uns sind Friedhelm Julius Beucher, Präsident des Deutschen Behindertensportverbandes, und Gerd Billen, Vorstand der Verbraucherzentralen in Deutschland, Ulla Schmidt, die Bundesvorsitzende der Lebenshilfe, und Jürgen Heyer, Präsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, sowie Hans-Gerd Marian, der Bundesgeschäftsführer der NaturFreunde, und Lukas Siebenkotten, Direktor des Deutschen Mieterbundes. All diese Verbände und Organisationen verbindet etwas: Sie kämpfen für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und darum, das Leben für die Menschen besser zu machen. Das ist auch ein Grundziel von uns. Gerade in den nächsten Wochen wird es darauf ankommen, hier eng zusammenzuarbeiten. Seid uns alle herzlich willkommen!

(BEIFALL)

Unsere Demokratie braucht die, die sie gestalten -- und leider auch immer wieder mutige Menschen und Institutionen, die unsere Demokratie gegen ihre Gegner verteidigen. Stellvertretend für alle, die in Sachsen gegen jede Form des Rechtsradikalismus und des Rechtsextremismus kämpfen, möchte ich Martin Dulig begrüßen, den Landes- und Fraktionsvorsitzenden der sächsischen SPD.

(BEIFALL)

Alle, die sich in Deutschland gegen Rechtsextremismus engagieren, zum Teil mit erheblichem Risiko auch für die eigene Sicherheit, verdienen Anerkennung und brauchen Unterstützung. Ihnen dürfen keine Steine in den Weg gelegt werden. Die Extremismusklausel gehört endlich abgeschafft, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Darüber hinaus müssen wir auch die Handlungsvorschläge umsetzen, die der NSU-Untersuchungsausschuss gemacht hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste! Ehrlicherweise schauen wir bei so einem Parteitag natürlich immer sehr stark nach Deutschland und auf das, was uns hier bewegt. Aber gerade die Finanzkrise, der NSA-Spionageskandal, die Flüchtlingsdramen von Lampedusa, das, was jetzt auf den Philippinen passiert, das alles zeigt uns auch immer wieder: Solidarität und politische Verantwortung enden nicht vor der eigenen Haustür.

Ganz besonders freue ich mich deswegen, unsere internationalen Freunde und Partner in Leipzig begrüßen zu dürfen. Über 150 Vertreterinnen und Vertreter von rund 40 Parteien aus Europa und der Welt heißen wir auf unserem Bundesparteitag willkommen. Exzellenzen, sehr geehrte Botschafterinnen und Botschafter, Vertreterinnen und Vertreter des Diplomatischen Corps, auch Ihnen ein herzliches Willkommen bei uns, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich bitte um Verständnis, wenn ich die vielen hochrangigen internationalen Gäste nicht alle namentlich begrüßen kann. Aber ich erlaube mir, hier einen besonderen Gast zu begrüßen und hervorzuheben. Ich freue mich nämlich sehr, dass Enrico Letta, der italienische Ministerpräsident, heute Nachmittag noch zu uns sprechen wird.

(BEIFALL)

Erlaubt mir am Schluss der Begrüßung einen ganz besonderen Gruß. Er gilt dem Mann, der ein Jahr lang all seine Kraft für die SPD gegeben hat. Begrüßen wir gemeinsam Peer Steinbrück.

(STARKER BEIFALL)

Lieber Peer, in unzähligen Veranstaltungen, im Fernsehen, im direkten Gespräch mit den Menschen hast du Klartext geredet und für einen Regierungswechsel in Deutschland gekämpft. Dafür sage ich dir im Namen aller Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten meinen ganz herzlichen Dank.

(BEIFALL)

In diesen Dank schließe ich auch alle Mitglieder Deines Kompetenzteams mit ein. Ich freue mich – ich sehe hier vorne zum Beispiel Gesche Joost –, dass so viele so aktiv bei uns mitgemacht haben. Ich freue mich, dass so viele auch heute hier sind. Herzlich willkommen!

(BEIFALL)

TOTENGEDENKEN UND ERÖFFNUNG

Liebe Genossinnen und Genossen, viele haben wir heute hier begrüßen dürfen. Aber es gibt auch andere, die wir in den letzten zwei Jahren verloren haben. Wir vermissen sie. Wir vermissen sie als Personen. Wir vermissen ihre Erfahrungen und ihre Leidenschaft für die Sache der Sozialdemokratie. So wollen wir ihrer jetzt gedenken und dafür aufstehen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands trauert um: Otto Bauer, Hans Bonkas, Ernst Breit, Norbert Burger, Rüdiger Butte, Gerhard E. Gründler, Dieter Haak, Helmut Kasimier, Hanni Knerr, Karl-Heinz Kunkel, Georg Leber, Kurt Neubauer, Sabine Röhl, Eva Rühmkorf, Lothar Ruschmeier, Harald B. Schäfer, Ottmar Schreiner, Peter Schulz, Klaus Schütz, Peter Struck.

Sie alle fehlen uns. Wir wollen uns in einer Minute des stillen Gedenkens an sie erinnern. – Ich danke Euch.

Zur guten Tradition unseres Ordentlichen Parteitages gehört auch, ein Blick in den Geburtstagskalender zu werfen und die älteste oder die jüngste Delegierte oder den jüngsten oder ältesten Delegierten zu ermitteln.

Als ältesten Delegierten dürfen wir heute aus Sachsen-Anhalt Wolfgang Eichler mit 75 Jahren begrüßen.

(BEIFALL)

Der Jüngste unter uns ist Julian Hördemann aus NRW mit 19 Jahren. Herzlich Willkommen.

Liebe Genossinnen und Genossen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin in den letzten Tagen immer wieder gefragt worden, warum wir ausgerechnet zwischen Parteikonvent und Mitgliederentscheid einen ordentlichen Parteitag abhalten, ob es denn überhaupt sinnvoll sei und ob das nicht zur falschen Zeit komme.

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, es braucht diesen Parteitag. Und nein, liebe Genossinnen und Genossen, er kommt nicht zur falschen Zeit. Dieser Parteitag ist wichtig, gerade hier und jetzt. Warum? Das lässt sich mit einem einzigen Satz sagen: Eine Volkspartei, die nur 25,7 Prozent der Stimmen und nur 58 von 299 Direktmandaten gewinnen konnte, kann nicht alles richtig gemacht haben.

Das Wahlergebnis muss heute Thema sein. Das Wahlergebnis hat zwei Konsequenzen, denen wir uns gleichermaßen stellen müssen: Die erste Konsequenz heißt: Wir müssen unserer Verantwortung für dieses Land gerecht werden. Deswegen verhandeln wir gerade mit der Union. Wir müssen das bestmögliche Ergebnis für unser Land herausholen und anschließend in einem Mitgliederentscheid prüfen, ob das Fundament für eine Regierungsbeteiligung auch wirklich trägt. Das ist die erste Verantwortung.

Die zweite ist allerdings: Wir müssen unsere Partei, uns, noch besser aufstellen, neu aufstellen, damit wir im Bund auch wieder bessere Wahlergebnisse erzielen. Und wir dürfen jetzt nicht einfach nur zur Tagespolitik übergehen. Trotz Koalitionsverhandlungen und all den Herausforderungen müssen wir unseren Blick jetzt auch auf unsere eigene Partei richten, Fehler und die zu geringe Akzeptanz bei den Wählern analysieren und die entsprechenden Weichen stellen, die uns wieder zur starken linken

Volkspartei machen. Darum geht es hier und heute, und deswegen ist dieser Parteitag so wichtig, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir dürfen das nicht mit Selbstkasteiung oder Selbstmitleid machen, sondern wir sollten das mit dem konstruktiven Denken und Handeln tun, das uns in den letzten vier Jahren ausgezeichnet hat. Wir haben nämlich in diesen vier Jahren viel erreicht. Daran kann auch das bescheidene Wahlergebnis nichts ändern.

Wir sind so geschlossen wie schon lange nicht mehr. Wir sind so motiviert, wie man es bei Parteien wirklich selten findet. Wir haben gekämpft, und wir beziehen die Mitglieder in Entscheidungsprozesse ein wie keine andere Partei. Wir haben bei den Verbündeten wieder Vertrauen gewonnen und wir haben in vielen Bereichen die richtigen Themen. Mit anderen Worten: Die SPD ist wieder bei sich. Und das ist gut.

Aber wir sind noch nicht wieder genügend bei den Menschen. Das ist das Problem, und daran müssen wir gemeinsam arbeiten. Da müssen wir anpacken und deswegen brauchen wir diesen Parteitag. Wir müssen jetzt die richtigen Impulse setzen, damit wir eben wieder besser bei den Menschen ankommen, überzeugen und Brücken schlagen. Eine Brücke, wenn man so will, zwischen der stabilen, zeitgemäßen Sozialdemokratie und einer pluralen, postmodernen Gesellschaft: Das ist eine der großen Aufgaben.

Wir haben im Leitantrag „Perspektive. Zukunft. SPD!“ hierfür einige Angebote zur Diskussion gemacht, und ich freue mich auf diese Diskussion. Ich freue mich auf eine intensive und konstruktive Debatte. Ich freue mich darauf, dass wir seine Grundgedanken in den nächsten Jahren mit Leben erfüllen werden. Lasst uns also diesen Parteitag anpacken mit Selbstbewusstsein und mit der nötigen Entschlossenheit.

Die SPD ist diesmal unter ihrem Wert geschlagen worden. Das passiert uns nie wieder!

Der Parteitag ist eröffnet.

(BEIFALL)

KONSTITUIERUNG

Wir starten gleich in die Arbeit mit der Wahl des Parteitagepräsidentiums.

Für das Tagespräsidentium schlägt der Parteivorstand folgende Personen vor – ganz zufällig sitzen sie auch schon hier vorne -: Doris Ahnen, Torsten Albig, Martin Dulig, Heiko Maas und Manuela Schwesig. Hierzu liegt auch eine Tischvorlage 1 aus. Ich bitte um Zustimmung für diesen Vorschlag durch Kartenzeichen - das üben wir jetzt einmal direkt ein. – Das kann noch besser werden. – Na gut. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das war einstimmig.

Ich übergebe das Wort jetzt an das Parteitagepräsidentium, an Manuela Schwesig.

(BEIFALL)

Manuela Schwesig, Parteitagepräsidentium: Vielen Dank, liebe Andrea. - Ich weiß, der Dank an das Willy-Brandt-Haus kommt eigentlich immer erst am Ende dieses Bundesparteitages, aber ich kann schon einmal vorweg sagen: Zurzeit leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Willy-Brandt-Haus Gigantisches für die Koalitionsverhandlungen. Und dass parallel noch dieser Bundesparteitag hier in Leipzig auf die Beine gestellt worden ist: Großer Respekt! Deswegen einfach einmal vorweg ein dickes Dankeschön an dich und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Willy-Brandt-Haus.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen! Doris, Torsten, Martin, Heiko - und später kommt dann auch noch Thorsten Schäfer-Gümbel mit zum Präsidium – und ich: Wir freuen uns, euch hier in Leipzig begrüßen zu dürfen: 600 Delegierte auf dem Bundesparteitag und über 2.500 Gäste.

Wir freuen uns, wieder hier in Leipzig zu sein. Wir haben hier in diesem Jahr, am 23. Mai, den 150. Geburtstag gefeiert, auch wenn man es uns nicht ansieht. Wir konnten 150 Jahre feiern. Das war eine Feier voller Stolz, Tradition und Werte, und wir hoffen, dass wir daran anknüpfen können und heute und die nächsten zwei Tage dann auch miteinander natürlich wieder ein Stück Geschichte schreiben. Leipzig ist dafür mit Sicherheit wieder der richtige und gute Ort.

Bevor wir aber mit Reden, inhaltlichen Debatten und Abstimmungen loslegen, müssen wir natürlich einige verfahrenstechnische Dinge miteinander klären.

Zuerst wollen wir die Beschlussfassung über die Tagesordnung machen. Der Vorschlag liegt auf euren Plätzen.

Wir schlagen euch fünf verschiedene Zeiten für Antragsschlüsse vor. Die will ich mit euch jetzt einfach einmal in Ruhe durchgehen.

Zunächst schlagen wir euch vor, den Antragsschluss für initiative Wahlvorschläge für den Parteivorsitz auf 12.15 Uhr festzulegen. Als Antragsschluss für weitere initiative Wahlvorschläge schlagen wir euch 18 Uhr vor. Für Initiativanträge zu den Antragsbereichen IA, Perspektiven SPD, Organisationspolitik und Sonstige schlagen wir euch 14 Uhr vor. Für alle weiteren Antragsbereiche – mit Ausnahme der Kommunalpolitik – ist

Antragsschluss für Initiativanträge heute um 18 Uhr. Initiativen für den Bereich Kommunalpolitik können bis morgen um 16 Uhr eingebracht werden.

Ich hoffe, die Verwirrung ist komplett und ihr habt trotzdem allem folgen können. Ich bitte deshalb um eure Zustimmung zur Tagesordnung. – Danke schön. Das ist die Mehrheit.

Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Geschäftsordnung. Den Vorschlag für die Geschäftsordnung findet ihr auf euren Plätzen. Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, dass aufgrund der Vergrößerung des Parteitages Initiativanträge von 50 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden müssen. Ich bitte euch um Zustimmung zur Geschäftsordnung. – Vielen Dank. Das ist deutlich die Mehrheit.

Dann kommen wir zur Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Der Vorschlag für die Besetzung der Kommission liegt auch auf euren Plätzen – Tischvorlage 4. Wenn keine Einwände gegen den Vorschlag bestehen, bitte ich euch um Zustimmung durch das Kartenzeichen. – Danke schön. Das ist die Mehrheit.

Ich gratuliere den Mitgliedern der Mandatsprüfungs- und Zählkommission und bitte die gerade gewählten Mitglieder, direkt zum Ausgang rechts von der Bühne von euren Plätzen aus gesehen zu gehen. Dort werdet ihr, so steht es auf meinem Zettel, von einem großen jungen Mann in Empfang genommen, der euch zur Sitzung der MPK geleitet. Dort wünsche ich euch viel Spaß und Erfolg.

An dieser Stelle möchte ich gerne den Aufruf zum Besuch der Ausstellung zum Wilhelm-Dröscher-Preis machen. Um den Wilhelm-Dröscher-Preis, der gute Tradition hat, bewerben sich auch diesmal wieder vielfältige, tolle, interessante Projekte. Ihr als Delegierte und Besucher des Parteitages seid aufgerufen, ein beispielhaftes Projekt für den Delegierten- und Besucherpreis auszuwählen. In den Tagungsunterlagen befinden sich entsprechende Abstimmungskarten. Diese können ab sofort im Ausstellungsbereich „Wilhelm-Dröscher-Preis“ am Stand der WebSozis abgegeben werden. Dort steht ein roter Würfel für den Einwurf bereit. Über 40 Projekte sind in den Kategorien „150 Jahre SPD“, „Zukunft: Teilhabe. Zusammenhalt. Gemeinsam“, „Stark gegen Rechts“ und „Die SPD weiblicher machen“ für den Preis nominiert. Es erwartet euch ein attraktives Bühnenprogramm. Die Bewerberinnen und Bewerber um den Wilhelm-Dröscher-Preis haben viel Herzblut in die Projekte und die Präsentation hier auf dem Parteitag gesteckt. Also lasst euch inspirieren. Schaut vorbei - das ist auch Wertschätzung für diejenigen, die mitgemacht haben -, und helft mit, für die Lebendigkeit der SPD überall in der Republik zu sorgen und das zu unterstützen, was viele engagierte Frauen und Männer unter uns tun. Es wäre schön, wenn ihr vorbeischaud und vor allem an der Abstimmung teilnehmt. Natürlich ist es auch wieder möglich, den Parteitag live auf spd.de zu verfolgen. Alle, die Lust und Laune am Twittern haben, sind herzlich aufgerufen, unter dem Hashtag #spdbpt mitzumachen. Ihr alle seht gut aus von hier oben. Wir haben ein Foto gemacht, das wir gleich als Tweet absetzen werden. Twittert mit, damit das soziale Netz unsere Debatte hier gut verfolgen kann.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe es gesagt: Wir freuen uns, wieder hier in Leipzig sein zu können. Leipzig ist eine ganz besondere Stadt. Wir haben schon gehört: Viele junge Familien fühlen sich wohl. Aber es ist auch eine Stadt von großer Tradition, auch für die deutsche Sozialdemokratie. Ich will nur an 1989 erinnern: Wenn damals nicht viele mutige Frauen und Männer auf die Straße gegangen wären, dann würden wir diesen Bundesparteitag hier heute nicht gemeinsam durchführen können. Deshalb sind wir dafür dankbar, und wir freuen uns, dass unser Sozialdemokrat und Oberbürgermeister dieser wundervollen Stadt hier ist. Lieber Burkhard Jung, du hast das Wort. Schön, dass du da bist!

(BEIFALL)

GRÜßWORT BURKHARD JUNG, OBERBÜRGERMEISTER VON LEIPZIG

Burkhard Jung, Oberbürgermeister von Leipzig: Liebe Andrea! Liebe Manuela! Danke für die wunderbaren einleitenden Worte. Peer! Sigmar! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Freundinnen und Freunde! Herzlich willkommen zu Hause!

(BEIFALL)

Herzlich willkommen in der Geburtsstadt der deutschen Sozialdemokratie und der Stadt der friedlichen Revolution; Manuela hat gerade darauf angespielt. Ich möchte ganz offen sein: Es gibt immer wieder Momente, in denen ich als Oberbürgermeister sehr stolz bin auf unsere Stadt und mich sehr stolz fühle, ihr vorstehen zu dürfen mit dem Blick zurück in die Geschichte. Die beiden Jahre 1863 und 1989 gehören ohne Zweifel ganz fest dazu. Immer wieder waren es Leipzigs aktive Bürgerinnen und Bürger, die Großes vollbracht haben. 1989 haben sie mutig die kommunistische Diktatur und letztlich die DDR hinweggefegt. Umso schöner ist es, heute hier mit euch zusammen zu sein.

Auch 1863 waren es die Bürgerinnen und Bürger, Arbeiterinnen und Arbeiter unserer Stadt, die mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein den politischen Grundstein für die Sozialdemokratie legten. Ich erinnere mich gern an den 23. Mai dieses Jahres. Es war eine wahre Freude, durch die Innenstadt zu gehen. Es war ein Stelldichein der europäischen Sozialdemokratie in Leipzig. Und obwohl Leipzig seit über 20 Jahren sozialdemokratisch gelenkt wird: So sozialdemokratisch wie im Mai 2013 war unsere Stadt seit langem nicht mehr. Insofern ist es nur folgerichtig, dass der Parteitag jetzt hier stattfindet.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, viel hat sich seit 1863 in Deutschland verändert. Ja, wir sind eine stabile Demokratie. Die soziale Marktwirtschaft hat den Menschen enormen Wohlstand gebracht. Gesellschaftliche Solidarität und Freiheit sind fast selbstverständliche Werte. All das ist das Ergebnis sozialdemokratischer Politik und unserer Ideale, die unser Land seit 1863 maßgeblich geprägt haben. Darauf können wir ohne Zweifel stolz sein.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die Forderungen von 1863, sind zeitlos. Und darum: Es macht mich als Oberbürgermeister immer wieder sprachlos, dass wir 150 Jahre später immer noch für Mindestlöhne kämpfen müssen und dass zum Beispiel in meiner Stadt 16.000 Menschen 40 Stunden arbeiten und die Stadt Leipzig die Kosten der Unterkunft übernehmen muss. Das ist ein Skandal.

(BEIFALL)

Ich habe mich ganz bewusst mit den SPD-Kolleginnen und -Kollegen abgesprochen. Ich darf im Auftrag aller SPD-Oberbürgermeister zu euch sprechen und rufen: Der Mindestlohn ist in den Koalitionsverhandlungen in Berlin eine *Conditio sine qua non*!

(BEIFALL)

Ich darf auch als Vizepräsident des Deutschen Städtetags zu euch sprechen. Ihr müsst das verstehen: Ich muss die kommunale Brille aufsetzen und euch einige Botschaften überbringen. Ich bin Oberbürgermeister

einer schnell wachsenden Stadt und stehe tagtäglich vor der gewaltigen Aufgabe, das Miteinander der Menschen zu gestalten. Ich werde gefragt, wo neue Kitas gebaut werden. Ich muss dafür Sorge tragen, dass unser Sozialetat ausfinanziert ist, dass wir mit Blick auf die Jugendhilfe, die Schulsozialarbeit bis zu den Kosten der Unterkunft, der Behindertenhilfe und der Unterstützung der Sportvereine alle Instrumente bedienen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Und ich muss den Menschen erklären, warum wir über holprige Straßen oder gesperrte Brücken immer noch nicht fahren können und warum die meisten Straßenbahnen über 30 Jahre alt sind. Die Eltern fragen mich: Wann wird meine Schule saniert? Auch das ist wahr: Wirtschaftsvertreter fragen mich: Wieso gibt es nicht mehr Geld für die Wirtschaftsförderung?

Warum erzähle ich euch das? Nicht, weil ich jammern möchte, überhaupt nicht. Offen gestanden: Leipzig geht es gut. Unsere Stadt blüht. Wir wachsen; die Wirtschaft entwickelt sich gut. Wir haben die Arbeitslosigkeit in den letzten sechs Jahren halbiert. Aber - da bin ich mir mit meinen Bürgermeisterkolleginnen und kollegen, übrigens völlig unabhängig von der Parteizugehörigkeit, einig -: Deutschland braucht eine neue kommunale Verankerung in der Bundes- und Landespolitik.

(BEIFALL)

Politik ist für die Menschen nämlich vor allem vor Ort erfahrbar. Hier ist Politik nicht abstrakt oder unterhaltsam in Talkshowferne, sondern tagtäglich erfahrbar: als Schwimmhalle, die offen oder nicht offen ist, als Jugendklub, den es im Stadtteil noch gibt, oder als Straße, die holpert oder nicht holpert.

Es stehen in den nächsten Wochen wichtige Entscheidungen für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an und ich möchte euch eindringlich bitten, an den Wahlergebnissen können wir nichts ändern, aber an dem, was wir daraus machen schon. Bitte lasst nicht zu, dass die Kanzlerin noch einmal vier Jahre vor sich hin merzelt!

(BEIFALL)

Ich verstehe sehr gut die Bauchschmerzen vor einer großen Koalition, vor den Erfahrungen, die wir machen mussten, aber was nützt das den Menschen vor Ort, die eine Herdprämie statt einen Kitaplatz angeboten bekommen, den die Mieten davon galoppieren und die von ihrer Arbeit nicht leben können. Wir sind den Menschen verpflichtet, und das möchten wir gestalten und verändern. Wir müssen das Beste für die Menschen herausholen, und darum meine klare Bitte: Lasst uns nach innen streiten, aber nach außen mit breiter Brust und dem Stolz von 150 Jahren Sozialdemokratie weiter in die Verhandlungen gehen. Wir müssen und wollen gestalten.

(BEIFALL)

Als Vizepräsident des Deutschen Städtetags sage ich euch mit aller Deutlichkeit: Die dramatische Finanzlage vieler Städte, Gemeinden und Kreise und die zunehmenden Driften zwischen reichen und armen Kommunen - übrigens in Ost und West und im Übrigen unabhängig vom Parteibuch der Bürgermeister - gefährdet die soziale Stabilität in unserem Land. Intakte, lebensfähige Kommunen bilden das Fundament für ein sozial gerechtes und starkes Land. Daher ist eine zeitnahe Entlastung von immer weiter steigenden Sozialausgaben durch den Bund zwingend, gerade weil viele Länder allein diese Ausgleichsfunktion nicht leisten können und die ursächlichen sozialen Belastungen eine gesamtstaatliche Aufgabenstellung sind. Wir brauchen deutliche Investitionen in unsere Sozialausgaben, Stichwort Eingliederungshilfe, Stichwort Teilhabegeld, um zwei Beispiele zu nennen. Zweitens brauchen wir Unterstützung bei der Entwicklung der

Verkehrsinfrastruktur, wir brauchen ein investives Konjunkturpaket für unsere Straßen, Brücken, Schulen, für die Wasserleitungen, die über 75 Jahre alt sind usw. Diese beiden Botschaften möchte ich euch heute Morgen noch einmal zurufen. Gelingen Entlastungen der Sozialhaushalte und neue infrastrukturelle Investitionen, dann wirken diese selbst wie ein soziales und investives Konjunkturpaket, für unsere Städte dringend notwendige Erhaltungs- und Neuinvestitionen.

Genossinnen und Genossen, ich wünsche euch spannende, diskussionsreiche Tage in Leipzig. Lasst uns gemeinsam nach vorne schauen, lasst uns gestalten. Vor was haben wir eigentlich Angst? Unsere Inhalte stimmen, unsere Menschen stimmen, unser Personal stimmt, und wir können mit breiter Brust in die Verhandlungen gehen und viel erreichen. Willkommen in Leipzig!

(BEIFALL)

Manuela Schwesig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, lieber Burkhard. Du kannst sicher sein, dass die Themen und Sorgen der kommunalen Ebene, die du eben angesprochen hast, auch uns bewegen, dass wir uns dafür einsetzen, dass wir uns genau dafür stark machen, dass diese Probleme beseitigt werden und dass wir vor Ort weiterkommen.

Wir haben genau für diese Themen und für viele andere, die du eben angesprochen hast, in diesem Jahr gemeinsam gekämpft. In einem hoch engagierten Wahlkampf waren die Genossinnen und Genossen und viele Unterstützerinnen und Unterstützer unterwegs. Wir haben einen Wahlkampf erlebt, der spannend war, der gemeinsam Spaß gemacht hat, der sicherlich auch im Ergebnis für viele dann enttäuschend war. Aber es war eine gemeinsame Zeit. In dieser Zeit hat die Partei unheimlich gut zusammengehalten. Wir haben gemeinsam gekämpft, gemeinsam mit einem Mann, der für uns an der Spitze stand in diesem Wahlkampf, gemeinsam mit Peer Steinbrück. Deshalb freuen wir uns jetzt, Peer Steinbrück begrüßen zu können. Wir freuen uns auf deine Rede. Lieber Peer Steinbrück, du hast das Wort.

(BEIFALL)

REDE PEER STEINBRÜCK

Peer Steinbrück, Kanzlerkandidat: Liebe Genossinnen und Genossen, ich stehe vor euch auf diesem Par- teitag mit sehr viel Stolz und einer noch größeren Dankbarkeit. Stolz, weil ihr, weil viele Genossinnen und Genossen, die heute nicht hier sein können, unter sehr schweren Bedingungen einen couragierten, einen engagierten Wahlkampf gemacht haben für unsere Partei und für unser Land. Dass wir unser Ziel nicht erreicht haben, lag nicht an euch. Ich persönlich möchte euch danken. Ihr habt mit mir gekämpft, ihr habt mir beigestanden, ihr habt mich manchmal ertragen müssen, auch über manche Stockfehler, die mir passiert sind. Aber mehr als das: Ihr habt mich getragen, insbesondere in Zeiten, als der Wind mir und uns allen ins Gesicht blies. Ihr habt auf vielen Veranstaltungen applaudiert, und deshalb ist es heute an mir, euch zu ap- plaudieren und euch einen herzlichen Dank zu sagen für die Unterstützung, die ich als Spitzenkandidat der SPD in den 51 Wochen bis zum 22. September erfahren habe. Habt herzlichen Dank!

(BEIFALL)

Das Wahlergebnis ist mehr als enttäuschend. Es macht keinen Sinn, darum herumzureden. Ich gebe zu: Unter dem Eindruck insbesondere der letzten vier, fünf Wochen dieses Wahlkampfes habe ich 28 bis 29 Prozent für möglich, ja sogar für realistisch gehalten. Aber geben wir es zu: Auch das wäre nicht genug gewesen. Ja, wenn der Wahlkampf von Anfang an so gut gelaufen wäre wie gegen Ende, hätten wir wahrscheinlich ein besseres Ergebnis eingefahren. Aber ich kenne jemanden, der den Satz geprägt hat: Hätte, hätte, Fahrradkette!

(BEIFALL)

Ich habe immer darauf gedrängt, schlechte Wahlergebnisse nicht schönzureden. Das gilt natürlich auch für den Ausgang dieser Bundestagswahl. Aber das sage ich sehr bestimmt - es gibt keinen Grund für irgendwelche Abrechnungen, und es gibt keinen Grund für Scherbengerichte. Der Hauptteil der Verantwortung jedweder Wahlniederlage liegt beim Spitzenkandidaten, also bei mir. Es gibt dagegen viele Gründe, dass sich die Partei und auch die Bundestagsfraktion die Zeit nehmen für eine tieferegehende Analyse der Lage und auch der Per- spektiven der SPD in einer Zeit des rasanten Wandels von Wirtschaft und Gesellschaft. Wir werden uns mit der Frage beschäftigen müssen, ob die SPD vor dem Hintergrund dieses Wandels auf der Höhe der Zeit ist.

Unser gemeinsam erarbeitetes und beschlossenes Wahlprogramm habe ich vom ersten bis zum letzten Wort, vom Tag seiner Verabschiedung bis zum Wahltag aus Überzeugung mitgetragen. Alles andere, was da ge- legentlich berichtet wurde, entsprach weder meiner Gemütslage noch meinem Verstand. Es war ein sozial- demokratisches Wahlprogramm wie kaum ein zweites. Glaubt mir, ich bin lange genug in der Partei, habe teilweise einige Wahlprogramme zu Bundestagswahlen mit formuliert. Es war ein klassisches sozialde- mokratisches Programm mit einer Reihe von Korrekturen mit Blick auf den Arbeitsmarkt, die von vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Betriebsräten, von Gewerkschaften außerordentlich begrüßt worden sind. Und es war ein Programm mit vielen politischen Angeboten - ich will sie aus Zeitgründen nicht alle aufzählen -, die jeweils für sich genommen mehrheitsfähig waren in der Bevölkerung, bis hin zu dem Punkt, nicht alle Steuern für alle, aber einige Steuern für einige zu erhöhen.

Auch dies ist nach allem, was wir wissen, in der Bevölkerung mehrheitsfähig.

(BEIFALL)

Die Menschen wissen, dass Bund, Länder und Gemeinden dieses Geld für die vier zentralen Zwecke brauchen: Für Bildung über die gesamte Bandbreite, für die Verbesserung der kommunalen Finanzlage, für die Verbesserung der Infrastruktur in Deutschland, bei der wir von der Substanz leben, und zur Einhaltung der Schuldenbremse im Sinne der Generationengerechtigkeit.

Unser Programm hatte also gute Bestandteile. Wir hatten politische Angebote für die Menschen, für die Bürgerinnen und Bürger. Aber trotzdem haben sie uns nicht mit dem Ergebnis belohnt, das wir uns gewünscht haben und das wir gebraucht hätten, um im Fahrersitz einer Bundesregierung die Geschicke dieses Landes bestimmen zu können. Darüber müssen wir nachdenken. Wir müssen zugeben: Unser Programm hat in der Gesamtheit nicht die Überzeugungskraft entwickelt, die wir uns erhofft haben. Daraus müssen wir lernen. Es genügt eben nicht, wenn wir allein daran glauben. Wir dürfen uns nicht selbst genug sein. Das heißt, wir müssen die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, dass wir auf dem richtigen Kurs sind, dass wir auf der Höhe der Zeit sind, dass wir, last but not least, die bessere Politik machen als unsere politischen Kontrahenten.

Eine große Partei wie die SPD kann nur mit einem Wahlergebnis von 30 plus x zufrieden sein. Eine große Partei wie die SPD muss von dem Anspruch beseelt sein, aus dem Fahrersitz einer Bundesregierung unser Land maßgeblich zu gestalten. Dazu muss uns das Volk wählen und nicht wir das Volk.

Wenn wir in eine große Koalition gehen, dann nicht, weil wir damit zufrieden sind, im Mannschaftsbus einer Regierung mitfahren zu dürfen, sondern weil die SPD immer einen Gestaltungswillen hatte, nämlich den Gestaltungswillen konkret und Schritt für Schritt die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Wenn wir am Ende von Koalitionsverhandlungen dafür gute Chancen sehen, auf der Basis eines substanziellen Koalitionsvertrags, dann sollte die SPD Verantwortung übernehmen. Wir waren in unserer 150 Jahre alten Geschichte immer bereit, Verantwortung für das Land und seine Bürgerinnen und Bürger zu übernehmen.

(BEIFALL)

Wir haben uns nie als bloße Verhinderungsmacht oder als Vetokraft verstanden. Es sei denn es ging darum, um Schaden von unserem Land abzuwenden.

Für die Koalitionsverhandlungen gilt: Wir haben die Wahl verloren, aber nicht den Verstand.

(BEIFALL)

Wir wissen, dass wir unsere Vorstellungen, unsere Ideen, unsere Ziele nicht 1 zu 1 umsetzen können. Das Wesen der Demokratie ist der Kompromiss, aber nicht die Einigung um jeden Preis. Wir wissen aber auch, dass wir unserer Partei, und mehr als das: unseren Wählerinnen und Wählern etwas schuldig sind. Deshalb wollen wir einen Koalitionsvertrag mit einem Ergebnis, der sozialdemokratischen Kernanliegen Rechnung trägt und einen stabilen Rahmen für ein erfolgreiches Zusammenwirken in dieser anlaufenden Legislaturperiode enthält.

Ich höre gelegentlich den Einwand, dass die große Koalition unsere Partei kleinmachen könnte oder wieder kleinmacht, dass Frau Merkel die Begabung hat, Koalitionspartner kleinzumachen. Dem widerspreche ich. Niemand kann uns kleinmachen.

(BEIFALL)

Dafür, uns kleinzumachen, sind nur wir selber stark genug, und das ist uns gelegentlich auch gelungen. Ich finde, dass wir zukünftig unsere Kraft mehr denn je darauf verwenden sollten, das Gegenteil zu erreichen, d. h. unsere Leistungen und Erfolge auch in einer eventuellen dritten großen Koalition zu unterstreichen und zu vermitteln, statt das fehlende Stück zu einer Ideallösung zum Ausdruck unserer politischen Körpersprache zu machen.

(BEIFALL)

Dazu brauchen unsere Genossinnen und Genossen in der Bundestagsfraktion und eventuell - wenn es gelingt - und in der Bundesregierung, die volle Unterstützung der Partei, die volle Unterstützung von euch.

Wir haben insgesamt mehr erreicht, als sich im Wahlergebnis niederschlägt. Und das ist das Kapital, aus dem unsere Partei in Zukunft schöpfen kann. Erstens: wir sind programmatisch geschlossen. Unser Wahlprogramm fußt darauf, dass ökonomischer Erfolg und soziale Gerechtigkeit sich wechselseitig bedingen. Das war und bleibt richtig, unabhängig von dem enttäuschenden Wahlergebnis. Darauf können wir aufbauen.

Daran hat Sigmar Gabriel einen maßgeblichen Anteil. So wie er unsere Partei nach dem sehr schwierigen Ergebnis seit dem 22. September glänzend geführt hat. Vielen Dank, Sigmar.

(BEIFALL)

Zweitens: wir haben uns in unserem Jubiläumsjahr nicht auf unserer glorreichen Vergangenheit ausgeruht. Sondern wir haben uns unserer zeitlosen Werte vergewissert und damit den Bogen geschlagen von der Vergangenheit auch in die weitere Zukunft. Wir sind keine Partei des Gestern, sondern eine Partei des Heute und Morgen. Solange unsere Gesellschaft nach Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität strebt, solange wird es auf die SPD in diesem Land ankommen.

(BEIFALL)

Drittens: unsere Mitglieder haben mehr Rechte denn je. Das hat Maßstäbe für Arbeit von anderen Parteien aber auch für unsere zukünftige Arbeit gesetzt. Das wollen wir ausbauen, und dafür möchte ich, auch stellvertretend für viele andere, unserer Generalsekretärin Andrea Nahles herzlich danken.

(BEIFALL)

Das ist alles eine gute Basis, aber es reicht noch nicht. Es ist nicht hinreichend für zukünftige Wahlerfolge. Wir müssen es schaffen, wieder zu begeistern. Wir müssen Mut zeigen. So wie wir es übrigens über die längste Zeit unserer 150-jährigen Geschichte gemacht haben. Denn es waren immer wir, die nicht im Zeitgeist verharren. Die die Verhältnisse ändern wollten. Die eher manchmal auch zu viel als zu wenig wollten. So haben wir aber uns Land zum Besseren verändert. Es darf uns also nicht nur darum gehen, dass wir die besseren Krisenmanager sind, auch nicht in den nächsten vier Jahren. Sondern es muss uns darum gehen, dass wir die besseren Perspektiven für diese Gesellschaft eröffnen.

(BEIFALL)

Das bedeutet, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir nicht nur Ängste, nicht nur Nöte, nicht nur Missstände beschreiben, sondern dass wir auch den Weg in eine positive Zukunft für die Mehrheit unseres Volkes beschreiben.

Es geht darum, die Menschen zu inspirieren. Es mag sein, dass wir ein Stück davon verloren haben. Wir müssen eine Partei sein, die man gerne wählt, mit großer Überzeugung, aus vollem Herzen, weil die SPD nicht nur die Verhältnisse von Einzelnen verbessern will, sondern weil sie für gesellschaftlichen Fortschritt steht und sich auf der Höhe der Zeit bewegt.

Freude, Optimismus dürfen nicht zu kurz kommen. Es muss sich entschuldigt mir diesen etwas merkwürdigen Satz, gut anfühlen, die SPD zu wählen.

(BEIFALL)

Dabei steht das Wort „Wir“ im Vordergrund. Das ist keine einmalige Idee aus dem Wahlkampf. Das ist ein zeitloses Leitmotiv der Sozialdemokratie.

Unbenommen des Wohlfühlwahlkampfes von CDU/CSU spüren wir doch, dass viele Bürger das Gefühl von Ohnmacht haben. Viele von ihnen sehen sich anonymen entgrenzten Kräften ausgesetzt - ob das Finanzmärkte oder Marktkräfte sind oder übrigens auch zunehmend unkontrollierte Technologien, deren Potenziale angewandt werden, sie in ihrer informationellen Selbstbestimmung einzusetzen.

Und hier kommt die SPD ins Spiel. Mehr denn je muss es die Politik der SPD sein, dieses Gefühl von Machtlosigkeit und Ohnmacht der Menschen zu überwinden. Wir müssen gegen Resignation, wir müssen vor allen Dingen gegen den Rückzug aus dem Politischen arbeiten und ankämpfen, weil er lähmt und vieles von dem gefährdet, was uns wichtig ist, und am Ende sogar vielleicht die Demokratie selbst. Das ist keine Aufgabe einer einzigen Legislaturperiode, aber es könnte die Aufgabe der Sozialdemokratie des nächsten Jahrzehnts werden. Wiederum mehr Demokratie wagen, insbesondere auch mit Blick auf europäische Institutionen.

(BEIFALL)

Oder die Rückgewinnung des Politischen oder die Renaissance der sozialen Marktwirtschaft, oder der Schutz der Freiheit des Einzelnen und gerechte Chancen für ein selbstbestimmtes Leben. Ich sage und füge bewusst hinzu, liebe Genossinnen und Genossen: Schnappen wir uns den Begriff des Liberalismus in seiner Ursprünglichkeit, den die FDP preisgegeben hat.

(BEIFALL)

Dies ist kein Abschied. Ich bin nicht vor 44 Jahren Mitglied unserer Partei geworden, um Karriere in der Politik zu machen. Sozialdemokrat ist und bleibt man auch, wenn man sich aus der ersten Reihe zurückzieht. Sozialdemokrat ist man aus Überzeugung und nicht aus Kalkül.

(BEIFALL)

Ich bin 1969 in unsere Partei eingetreten, weil sie Fenster und Türen öffnete, für Fortschritt, für Aufbruch, raus aus Verkrustungen, weil sie sich schon damals mit über 100 Jahren auf dem Buckel nicht für eine einzige Sekunde ihrer Geschichte zu schämen brauchte und weil sie sich dennoch nicht in ihrer Vergangenheit sonnte, sondern furchtlos weiterkämpfte für soziale Gerechtigkeit, für den Frieden, für die Freiheit. Ich habe viel Solidarität empfangen, und ich verspreche euch: Die SPD wird sich, solange ich lebe, auf meine Solidarität verlassen können.

(ANHALTENDER BEIFALL)

Und für unsere gemeinsamen Ziele gilt: Die Pferde meiner Kavallerie bleiben gesattelt.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Glückauf und Dank an euch alle!

(ANHALTENDER BEIFALL)

Manuela Schwesig, Parteitagspräsidium: Lieber Peer, vielen Dank für deine Rede, und vielen Dank, dass du deutlich gemacht hast, dass das keine Abschiedsworte waren, sondern dass deine Pferde für uns, für die deutsche Sozialdemokratie gesattelt bleiben. Ich will an dieser Stelle sagen: Zur Wahl gehört nicht nur das Ergebnis, sondern auch der gemeinsame Wahlkampf. Mir hat es Spaß gemacht, im Wahlkampf mit dir und allen anderen unterwegs zu sein. Die Begegnungen, die wir vor Ort bei den guten Veranstaltungen hatten, bleiben in unserem Herzen und in unserem Gedächtnis, und deshalb bleibt von einer Wahl viel mehr als nur das Ergebnis. Es hat Spaß gemacht gemeinsam mit dir. Vielen Dank!

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, Peer hat in seiner Rede eben schon über den Wahlkampf gesprochen. Wir haben in den letzten zwei Jahren gemeinsam eine gute Zeit erlebt. Es gab viele erfolgreiche Landtagswahlen, auch über die Bundestagswahl wollen wir auf diesem Parteitag noch reden. In diesen manchmal doch stürmischen Zeiten der Auf's und Abs hat unserer Partei ein Mann vorgestanden, der jetzt zu uns sprechen will. Begrüßt gemeinsam mit mir unseren Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel. Lieber Sigmar, du hast das Wort.

(BEIFALL)

REDE DES PARTEIVORSITZENDEN SIGMAR GABRIEL

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Lasst mich auch, wie Andrea Nahles und Peer Steinbrück, an den Anfang meiner Rede den Dank an unsere Mitglieder und an unsere Anhängerinnen und Anhänger stellen. Sie haben in einem sehr schweren Wahlkampf gestanden, mutig, geschlossen und hoch motiviert. Dafür sind wir ihnen unglaublich viel Dank schuldig.

(BEIFALL)

Denn das war ja nicht einfach. Dass wir uns im zurückliegenden Bundestagswahlkampf überhaupt haben behaupten können und am Ende 1,25 Millionen Stimmen gegenüber 2009 hinzugewonnen haben, lag an diesen unzähligen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern an der Mitgliederbasis. Nicht zu vergessen auch die vielen prominenten und weniger prominenten Helferinnen und Helfer der SPD: Auch sie haben entschlossen und engagiert gekämpft und sich zur SPD bekannt, auch dann, als uns der Wind kräftig ins Gesicht geblasen hat.

Ihnen allen sind wir jetzt etwas schuldig, nämlich dass wir für das eintreten, für das sie uns unterstützt haben. Ob in einer Koalition oder in der Opposition – unsere erste Aufgabe wird darin bestehen, niemanden von denen zu enttäuschen, die uns unterstützt und für uns gekämpft haben. Unser Kurs muss klar der gleiche bleiben, wie wir ihn im Wahlkampf vertreten haben.

(BEIFALL)

Ich will daher demjenigen, der wie kein anderer zuvor in diesem Wahlkampf mit persönlichen Anfeindungen zu kämpfen hatte, noch einmal danken: dir, lieber Peer! Du hattest in diesem Wahlkampf nicht nur mit politischem Gegenwind zu kämpfen – das wäre ja nichts Besonderes gewesen -, sondern du hast dich auch persönlichen und ehrverletzenden Angriffen ausgesetzt gesehen, die versucht haben, deine persönliche Integrität infrage zu stellen. Dass du das alles mit großer Entschlossenheit, mit großem Engagement und in den letzten Monaten auch noch als unser Motor, Antreiber und optimistischer Kämpfer durchgestanden hast, das war eine große Leistung, für die wir dir und deiner Familie außerordentlich dankbar sind, lieber Peer.

(BEIFALL)

Lasst mich noch eine persönliche Bemerkung anschließen: Wir beide sind als Freunde gestartet - dann soll es, wie ich gelesen habe, ab und zu gerappelt haben -, und wir haben als Freunde diesen Wahlkampf beendet. Dafür bin ich dir besonders dankbar. Du bist einfach ein feiner Kerl.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, Peer hat es schon gesagt: Die bemerkenswert geschlossene und motivierte Haltung der SPD im Bundestagswahlkampf, die wir schon in vielen Landtagswahlkämpfen erlebt haben, hat ohne Frage mit unserer programmatischen Neuausrichtung seit 2009 zu tun. Die mehr als zweijährige Auseinandersetzung mit unserer eigenen Regierungspolitik, mit dem, was gut und was weniger gut war, und die dann folgende mehr als einjährige Programmarbeit haben sich wirklich gelohnt. Ich sage noch einmal: Dahinter werden und dürfen wir nicht zurückfallen.

Vor allem aber möchte ich auch die Art und Weise des Wahlkampfes hervorheben: Auch wenn uns das Ergebnis alle enttäuscht, die Dialogorientiertheit, mit der wir schon bei der Erstellung des Wahlprogramms begonnen haben – erstmals haben wir 40.000 Menschen, von denen wir nicht wissen, ob alle der SPD angehören, an der Erstellung des Wahlprogramms beteiligt; wir haben bei vielen großen und kleinen Dialogveranstaltungen zugehört und argumentiert –, diese Dialogorientiertheit sollte auch weiterhin das Markenzeichen der SPD sein.

Wir haben in diesem Wahlkampf im wahrsten Sinne des Wortes Türen aufgeschlossen. Tür-zu-Tür-Wahlkampf heißt, Politik dahin zu bringen, wo sie hingehört: direkt zu den Menschen in die Wohnviertel und Quartiere. Tür-zu-Tür-Wahlkampf ist zuhören, auf Augenhöhe reden und direkt und offen für die Positionen der SPD werben. Ich danke allen, die dabei mitgemacht haben, auch und vor allem Andrea Nahles und ihrem Team, ohne die wir diesen besonderen Wahlkampf nicht gestemmt hätten.

(BEIFALL)

Klar ist aber auch: Es gibt nichts zu beschönigen. Wir haben zwar seit 2009 in 14 Landtagswahlen gute und zum Teil sehr gute Ergebnisse erzielt und eine Reihe von CDU-Ministerpräsidenten abgelöst. Aber der Weg zur Mehrheitsfähigkeit im Bund ist offenbar weiter, als wir gehofft hatten; denn wir haben trotz eines Zugewinns von 2,7 Prozent oder 1,25 Millionen Wählerstimmen am 22. September das zweitschlechteste Wahlergebnis bei einer Bundestagswahl eingefahren.

Ja, die alte Regierung von Schwarz-Gelb ist abgelöst und die FDP ist endlich dort, wo man hingehört, wenn man nur noch eine radikale Politik für eine kleine, gemeinwohlfeindliche Klientel betreibt: nämlich raus aus dem Deutschen Bundestag.

(BEIFALL)

Aber geben wir es zu: Das ist doch nur ein schwacher Trost.

Lasst uns deshalb auf diesem Parteitag auch ganz offen über die Gründe für unsere Wahlniederlage sprechen. Damit eines von Anfang an klargestellt ist - das ist der einzige Punkt, Peer, bei dem ich dir widersprechen muss: Die politische Gesamtverantwortung für ein Wahlergebnis - auch für das am 22. September - trägt immer der Vorsitzende der Partei, in diesem Falle ich. Ich gehöre nicht zu denen, die sich für gewonnene Landtagswahlen mit feiern lassen wollen, aber bei verlorenen Wahlen sich dann zur Seite stellen und sagen: Andere sind es gewesen.

Natürlich - auch das muss in einer Rede, die ja auch ein Rechenschaftsbericht ist, in der heutigen Debatte einmal gesagt werden - am Ende müsst ihr, die Delegierten, abwägen, ob ihr mich noch einmal in das Amt des SPD-Vorsitzenden wählt oder nicht. Auch darüber muss man in einer modernen und offenen Partei offen und angstfrei diskutieren können, liebe Genossinnen und Genossen.

Diese Klarstellung der politischen Gesamtverantwortung am Anfang der Rede ist mir persönlich sehr wichtig, weil ich nichts von dem, was ich jetzt im Anschluss vortrage, so verstanden wissen will, dass ich von dieser politischen Verantwortung irgendwie ablenken möchte. Vielmehr möchte ich uns alle dazu einladen, heute und auch danach etwas genauer hinzuschauen und nicht zu schnell Antworten anzuhängen, die uns leicht über die Lippen gehen.

Deshalb seid mir nicht böse: Meine heutige Rede wird etwas weniger mitreißend als nachdenklich sein; denn wir haben mit zwei so schlechten Wahlergebnissen hintereinander genug Anlass, uns nachdenklich mit der Wahl Niederlage zu befassen. Nachdenklich heißt übrigens auch nicht pessimistisch, sondern Nachdenken ist die Voraussetzung dafür, dass man hinterher wieder vordenken kann.

Liebe Genossinnen und Genossen, das Nachdenken über die Lage nach der Bundestagswahl muss bei uns dort beginnen, wo wir scheinbar ganz schnelle, einleuchtende Erklärungen für die Wahl Niederlage finden. Ich rate uns, diesen Erklärungen zu misstrauen.

Ich nenne einmal zwei, die ich in der SPD in den letzten Wochen immer wieder gehört habe: Das SPD-Regierungsprogramm war klasse. Aber leider hat der Kanzlerkandidat nicht zum Programm gepasst. Oder: Wir hatten ein tolles Regierungsprogramm. Aber die Glaubwürdigkeitslücke der Agenda 2010 und der Reformpolitik unter Gerhard Schröder ist eben leider immer noch nicht geschlossen.

Das sind zwei Erklärungen, die deshalb so gut klingen, weil sie so schön anschlussfähig an das sind, was wir uns in den Jahren davor immer gegenseitig gesagt haben. Ich will gar nicht bestreiten, dass an beiden Erklärungen vielleicht etwas dran ist. Aber wenn diese beiden Analysen oder andere, die ähnlich sind, ausreichen würden, um unsere Wahl Niederlage zu erklären: Warum hat dann eigentlich die Union ausgerechnet bei den Gewerkschaftsmitgliedern so ungeheuer aufgeholt, so, dass sie inzwischen dort erstmals fast auf Augenhöhe mit uns ist? Denn eines kann man Angela Merkel nun wirklich nicht vorwerfen: dass sie eine glaubwürdige Vertreterin des SPD-Regierungsprogramms oder gar eine Gegnerin der Agenda 2010 sei.

Bitte versteht mich nicht falsch: Es gab eine Glaubwürdigkeitslücke der SPD im Bundestagswahlkampf. Das zu bestreiten, wäre auch falsch. Wie wäre es sonst zu erklären, dass am gleichen Wahltag die hessische SPD 7 Prozent zulegte, die Bundes-SPD aber nur 2,7 Prozent?

Übrigens, damit wir nicht nur nachdenklich sind, sondern auch einmal das feiern, was es zu feiern gibt: Herzlichen Glückwunsch, Thorsten Schäfer-Gümbel und der hessischen SPD!

(BEIFALL)

Thorsten, ich weiß, dass du dir sicher die Lage noch ein bisschen leichter gewünscht hättest, vielleicht ein bisschen weniger bei der einen und ein bisschen mehr bei der anderen Partei oder, von mir aus, auch bei uns. Aber lass dir trotzdem eines sagen von jemandem, der nicht aus Hessen kommt, aber der wie viele hier im Saal die hessische SPD-Entwicklung der letzten Jahre ziemlich gut in Erinnerung und vor Augen hat: Was du und deine Genossinnen und Genossen in den letzten fünf Jahren in Hessen geleistet haben, das ist ungeheuer toll und klasse gewesen. Ihr habt aus der hessischen SPD wieder eine moderne Volkspartei in der Mitte eures Landes gemacht. Vielen Dank an dich und alle, die da mitgemacht haben.

(BEIFALL)

Hessen und die anderen Bundesländer zeigen, zu was wir in der Lage sind. Was uns in den letzten vier Jahren in den Ländern gelungen ist - noch einmal: 2009 hätte uns doch niemand zugetraut, dass wir in 14 Landtagswahlen unsere Regierungen entweder bestätigen könnten oder CDU-Ministerpräsidenten ablösen, also, da ist uns schon einiges gelungen. Aber es ist eben nicht gelungen, das auf Bundesebene zu wiederholen. Oft

sind unsere Landtagswahlergebnisse deshalb zustande gekommen, nicht weil wir mehr Stimmen bekommen haben, sondern die anderen noch weniger. Das heißt schlicht und ergreifend, dass wir an die enttäuschten Nichtwählerinnen und Nichtwähler nicht ausreichend herankommen konnten. - Nicht nur die von uns enttäuschten, sondern viele sind von der ganzen Politik enttäuscht; Peer hat eben auf die Ohnmachtsgefühle in weiten Teilen der Bevölkerung gegenüber der Politik und einer übermächtigen Ökonomie hingewiesen.

Was also sind die Gründe für diese Entwicklung – insbesondere bei der letzten Bundeswahl? – Meines Erachtens gibt es dafür drei zentrale Gründe, die auch von den Meinungsforschern bestätigt werden: Erstens: Die Deutschen wählten dieses Mal Stabilität und Sicherheit. Sie wollten, dass es ihnen weiter gut geht. Und das haben sie mit großer Mehrheit eher der Union – oder sagen wir besser: Angela Merkel – und weniger uns zugetraut. Das hing damit zusammen, dass noch nie so viele Menschen mit der wirtschaftlichen Lage in Deutschland zufrieden oder sogar sehr zufrieden waren.

Unser Wahlkampf, liebe Genossinnen und Genossen, hat sich ja im Wesentlichen an die gerichtet, deren Lage am Arbeitsmarkt, in der Pflege, der Rente, in den Familien eher schwierig ist. Und natürlich müssen diese Bereiche im Zentrum sozialdemokratischer Politik stehen. Wenn nicht bei uns, wo denn dann?

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich weiß, bei dieser Rede ist es schwer, zu applaudieren; das ist aber nicht schlimm.

Was ist aber eigentlich unser Angebot an die, die unser Land so sehen, wie es ja wirklich ist, als ein Land nämlich, das viel zu bieten hat, in dem es viel Kreativität gibt, in dem sich junge Menschen wohlfühlen, in dem Menschen ihre Chancen nutzen und das ein weit höheres Maß an wirtschaftlichem und sozialem Wohlstand und kulturellem Reichtum zu bieten hat als viele andere Länder um uns herum oder in der Welt?

Und was ist eigentlich unser Angebot an die, die vor allem eines wollten, nämlich die Fähigkeit, die wirtschaftliche Lage in Deutschland so stabil und gut zu erhalten, wie sie ist - oder wie sie manchmal auch nur scheint. Sie wissen nämlich, dass damit die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes und auch ihrer sozialen Lage verbunden ist.

Das Ergebnis einer Zufallsbefragung belegt eindrücklich, dass diese Frage nach der Kompetenz für wirtschaftliches Wachstum selbst bei denjenigen wichtiger als unser sozialdemokratisches Gerechtigkeitsprofil war, die in schwierigen Beschäftigungssituationen mit großer Unsicherheit und schlechten Löhnen zu kämpfen haben. In dieser Umfrage antworteten Leiharbeiterinnen und –arbeitnehmer auf die Frage, wem sie die größte Kompetenz zutrauen, ihre Arbeits- und Lebenssituation dauerhaft zu verbessern, zu über 60 Prozent: die CDU. Nicht einmal 20 Prozent nannten die SPD.

Ich gebe zu, es war eine Zufallsbefragung vor einem Betriebstor – aber das Vertrauen dieser Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in die Fähigkeit der CDU, für wirtschaftliche Dynamik und wirtschaftliches Wachstum zu sorgen, war weit größer als ihr Vertrauen, dass sich ihre soziale Lage durch die Regulierungsvorschläge der SPD am Arbeitsmarkt verbessern würden.

Damit ich hier nicht falsch verstanden werde: Natürlich müssen wir den Arbeitsmarkt wieder so regulieren, dass das Ausufern von Leih- und Zeitarbeit und Werkvertragsarbeitnehmern nicht nur gestoppt, sondern

auch wieder rückgängig gemacht wird. Ohne das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wird es keinen Koalitionsvertrag mit der SPD geben, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Aber scheinbar bedarf es neben der sozialen Kompetenz der SPD auch einer deutlich stärkeren Wirtschaftskompetenz unserer Partei. Ohne die werden wir nicht erfolgreich sein.

(VEREINZELT BEIFALL)

Offenbar reicht dazu ein Spitzenkandidat nicht aus, der diese Wirtschaftskompetenz ja wie kein anderer in unserer Partei personifiziert und darstellt.

Zweiter Grund: Ja, die Deutschen wollten auch dieses Mal mehr soziale Gerechtigkeit und sahen das Auseinanderdriften von Arm und Reich als Problem an. Die SPD konnte die Wählerinnen und Wähler aber nicht ausreichend von ihrer eigentlichen Kernkompetenz, der sozialen Gerechtigkeit, überzeugen. Der Zwiespalt der Agendapolitik war von uns nicht auszuräumen.

65 Prozent der Bevölkerung meinen, dass die Agenda 2010 von Gerhard Schröder der eigentliche Grund dafür ist, dass es uns so gut geht. Fast genauso viele, 62 Prozent, meinen aber, damit habe die SPD ihre Prinzipien verraten.

Übrigens tauchen in den Umfragen mit diesem Zwiespalt immer wieder zwei Beispiele auf, die mit der Agenda 2010 gar nichts zu tun haben, sondern die wir hinterher, in der letzten Großen Koalition, selbst mitgetragen oder sogar selbst vorgeschlagen haben: die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent und die Rente mit 67. Hier liegt aus meiner Sicht übrigens auch einer der Gründe - ja, vielleicht der Hauptgrund - für die tiefe Skepsis gegenüber einer erneuten Großen Koalition, über die wir derzeit verhandeln.

(VEREINZELT BEIFALL)

Viele unserer Genossinnen und Genossen haben die Agenda 2010 und die Große Koalition danach als Kontinuität in Erinnerung – und auch als großes Schisma, als Spaltung innerhalb der SPD. Das ist ihre Erinnerung an die letzte Große Koalition – und leider nicht die großen Leistungen der Sozialdemokratie bei der Bewältigung der Finanzkrise. Und sie machen diese Erinnerung fest an der Mehrwertsteuererhöhung und der Rente mit 67.

Jetzt haben viele Genossinnen und Genossen die große Sorge, dass wir in einer erneuten großen Koalition wieder Dinge tun werden, die dem inneren Selbstverständnis der SPD widersprechen. Viele haben einfach Angst davor, dass die vier Jahre gemeinsamer programmatischer Arbeit, die uns ja geeint hat, für die Katz waren. Und dass am Ende wieder neuer Streit, neue Uneinigkeit und neue Zerreißproben in einer ungeliebten Regierung entstehen, in der wir wieder eine Politik mitmachen müssen, mit der wir beim nächsten Wahlkampf vor lauter neuen Glaubwürdigkeitslücken stehen. Das ist der Kern der Skepsis und zum Teil auch der strikten Ablehnung der Großen Koalition in unserer Partei.

(VEREINZELT BEIFALL)

Und ich sage hier: Die müssen wir bitter ernst nehmen, liebe Genossinnen und Genossen.

Deshalb sage ich gemeinsam mit allen, die jetzt in der Führung der SPD oder aus den Ländern oder aus der Bundestagsfraktion die große Koalition verhandeln: Eine Koalition bei der alle diese Gefahren wieder bestehen, dürfen und werden wir nicht eingehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich verspreche das für mich, aber auch für alle, die da verhandeln: Wir werden kein zweites Mal eine Politik machen, bei der die SPD gegen ihr eigenes Selbstverständnis verstößt. Das darf es mit uns nicht noch einmal geben, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Im Gegenteil: Wir müssen in den Koalitionsverhandlungen sogar erreichen, dass wir einiges von dem, was wir in der Vergangenheit falsch gemacht haben, wieder korrigieren.

Deshalb ist der flächendeckende Mindestlohn von 8,50 Euro, ohne den es sowieso keine Koalition mit der SPD geben kann, so entscheidend. Aber er allein wird nicht reichen. Genauso wichtig ist: Wir müssen wieder für faire Bedingungen am Arbeitsmarkt sorgen, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für die Verhinderung des inzwischen massenhaften Missbrauchs von Werkverträgen, für mehr Mitbestimmung von Gewerkschaften und Betriebsräten, für gleichen Lohn für Männer und Frauen und übrigens auch für die Bekämpfung der Altersarmut und einen fairen Ausstieg in die Rente nach 45 Jahren Arbeit und Beitragzahlen, liebe Genossinnen und Genossen. Auch das gehört zu den Kernbestandteilen der Koalitionsverhandlungen.

(BEIFALL)

Lasst mich dazu – gerade zum letzten Punkt – ein paar Bemerkungen machen, weil jetzt gerade wieder einige aufjaulen, weil der Rentenversicherungsbeitrag nicht um 0,6 Prozentpunkte fällt. Da wird jetzt der wirtschaftliche Untergang der Bundesrepublik Deutschland beschrien.

Ich will einmal sagen: Man kann nicht in der Zeitung auf Seite Eins die drohende Altersarmut beschreiben und uns auffordern, etwas dagegen zu unternehmen, und im Wirtschaftsteil sagen, das müsse man aber mit sinkenden Rentenbeiträgen machen. Altersarmut kann man nicht mit sinkenden Rentenbeiträgen bekämpfen, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Das haben wir im Wahlkampf auch nie versprochen. Konkret heißt das: Wer 35 oder 40 Jahre lang gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, muss doch wohl am Ende mehr Rente als eine Sozialhilferente bekommen. Wer 45 Jahre lang gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, der muss auch ohne Abschläge in die Rente gehen können.

Wenn man jetzt den Sachverständigenrat der Bundesregierung liest, der schreibt, dass das alles Teufelszeug sei und dass der Wirtschaftsstandort Deutschland bedroht sei, dann muss man sagen: Wenn eines der reichsten Länder der Erde denjenigen, die diesen Reichtum über ein langes Arbeitsleben erarbeitet haben, am Ende nicht einmal eine faire und anständige Rente bezahlen kann, dann müssen

wir in diesem Land wohl mehr über die ungerechte Verteilung des Reichtums reden - und nicht über die niedrigen Renten, die in Deutschland gezahlt werden sollen. Dafür würde ich gerne einmal ein Sachverständigengutachten haben.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, nur dann, wenn wir einen Beitrag für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen und für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft leisten können, lohnt sich das Verhandeln über eine Regierungsbeteiligung.

Lasst es mich noch einmal ganz deutlich auch im Namen all derer, die jetzt seit mehr als vier Wochen verhandeln, sagen, worum es geht: Wir wollen eine Regierung, die den Arbeitsmarkt wieder fairer und gerechter macht und guten Lohn für gute Arbeit zahlt; die die Altersarmut bekämpft und faire Zugänge zur Rente ermöglicht; die mehr Investitionen in Bildung, Kommunen und Infrastruktur möglich macht; die die Gleichstellung von Frauen und Männern durchsetzt; die in der Gesundheitsversorgung und in der Pflege und Altenpflege Verbesserungen durchsetzt und die Partnerschaften der Menschen, die Verantwortung füreinander übernehmen wollen, rechtlich und tatsächlich gleichstellt, egal, ob dies in der traditionellen Ehe oder in anderen Formen der Partnerschaft geschieht.

Wir wollen gleiche Möglichkeiten und gleiche Teilhabe für behinderte Menschen voranbringen, und wir wollen auch dafür sorgen, dass es in Deutschland endlich die doppelte Staatsbürgerschaft gibt, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir wollen und müssen auch die Energiewende zum Erfolg führen und Schluss machen mit der bisherigen Anarchie, die die Kosten explodieren lässt und die Bürger mindestens so belastet wie Wirtschaft und Industrie. Wir müssen der Energiewende endlich eine soziale und wirtschaftlich vernünftige Richtung geben. Diese Aufgabe, Genossinnen und Genossen, ist vielleicht die größte wirtschaftliche, aber auch soziale und ökologische Herausforderung unseres Landes seit der Deutschen Einheit.

Längst empfinden viele Bürgerinnen und Bürger die explodierenden Kosten als sozial ungerecht, und für immer mehr Unternehmen werden diese Kosten zu einer echten Gefahr. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die hier vorne sitzen, können längst ein Lied davon singen.

Deshalb bin ich Hannelore Kraft und den Mitgliedern ihrer Arbeitsgruppe dankbar dafür, dass sie sich hier der Quadratur des Kreises widmet. Wenn das Wirklichkeit wird, was sie verabredet haben, und wenn uns die Union nicht dazwischenfunkelt, dann werden wir die Energiewende zum Erfolg bringen - aber so, dass die Menschen und die Wirtschaft in Deutschland sie auch bezahlen können, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir können also eine Menge erreichen. Am Ende, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir dann bewerten, was wir durchsetzen konnten, aber natürlich auch, was wir nicht durchsetzen konnten. Die Mitglieder der Verhandlungsgruppen haben den berechtigten Eindruck, dass noch eine Menge mehr dessen, was wir durchsetzen konnten, in die Waagschale muss, als wir auf der anderen Seite nicht durchsetzen konnten.

Aber natürlich wird es Forderungen der SPD geben, die gegen die Union nicht durchsetzbar sind. Nicht nur in der Steuerpolitik wird es mit der CDU/CSU vermutlich keinen Konsens geben; dieser Dissens wird bleiben. Denn auch, wenn es viele nicht glauben mögen: Frau Merkel ist nicht über Nacht zur Sozialdemokratin geworden. Deshalb darf niemand von ihr erwarten, dass sie das SPD-Wahlprogramm unten rechts unterschreibt und zum Koalitionsvertrag erhebt. Wer also 100 Prozent des SPD-Wahlprogramms von uns erwartet, der erwartet zu viel. Aber stellt euch einmal vor, wir setzten endlich die doppelte Staatsbürgerschaft durch. Sollen wir dann am Ende sagen: „Wir machen keine Koalition, weil die Union – zum Beispiel – nicht bei der Abschaffung des Ehegattensplittings mitmacht“? Was würden hunderttausende Bürgerinnen und Bürger unseres Landes von uns halten, die seit Jahrzehnten als Migranten auf gleiche Bürgerrechte in unserem Land warten? Ich finde, wir müssen alles dafür tun, dass endlich gleiche Bürgerrechte für alle kommen. Alleine um das durchzusetzen lohnt es sich, den Versuch der Verhandlungen anzugehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Oder stellt euch vor, wir setzten uns mit unseren Forderungen nach mehr Fairness und Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt durch, und natürlich nicht allein mit der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn. Sollen wir den Gewerkschaften, die wir hier vorhin begrüßt haben, und zu denen wir übrigens endlich seit einigen Jahren -- das sage nicht ich, sondern das sagen die Gewerkschaften selber -- wieder ein gutes Verhältnis haben, die von sich aus erklärt haben: „Euer Wahlprogramm ist das, das unseren Forderungen am nächsten kommt, und zwar seit Jahren“, sollen wir ihnen sagen: „Tut uns leid, wir lassen es noch einmal vier Jahre bei Armutslöhnen, Tariffucht und dem Leih-, Zeit- und Werksvertragsunwesen“, nur weil die Union am Ende nicht bereit ist, die Steuern zu erhöhen?

Die Gewerkschaften erwarten von uns etwas völlig anderes: Sie, zu denen wir endlich wieder ein gutes Verhältnis entwickelt haben, erwarten von uns, dass die SPD sich nicht vor ihrer Verantwortung drückt, sondern alles dafür tut, die Chancen auszuloten, ob in einer kommenden Bundesregierung endlich Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerinteressen wieder in den Mittelpunkt der Politik rücken können oder nicht. Und niemand weiß besser als die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, dass es am Ende immer darauf ankommt, kluge und tragfähige Kompromisse für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schließen. Das ist nämlich deren tägliches Geschäft. Von Willy Brandt stammt der Satz: „Das Wesen der Politik ist der Kompromiss. Aber Kompromisse mit Sozialdemokraten sind die besseren Kompromisse“. Und ich sage euch: Wir werden keine faulen Kompromisse, sondern nur gute schließen. Aber wir müssen zusammenhalten und das jetzt versuchen, liebe Genossinnen und Genossen, statt uns aus Angst vor der Verantwortung zu drücken. Das ist nicht Sozialdemokratie.

(BEIFALL)

Fest steht: Die SPD kann in diesen Koalitionsverhandlungen viel für die Menschen in Deutschland erreichen. Aber sie darf nicht „Alles oder nichts“ spielen. Das hat sie übrigens noch nie in ihrer 150-jährigen Geschichte getan. Und sie darf nicht zu einer Partei werden, die aus Angst vor den Mühen der Arbeit in einer ungeliebten Koalition die Chance verpasst, im realen Leben für andere das Leben besser zu machen. Es mag ja sein, dass wir es vielleicht leichter hätten, wenn wir uns der Großen Koalition von Anfang an verweigert hätten. Andere dagegen, liebe Genossinnen und Genossen, hätten es dann mindestens vier Jahre deutlich schwerer: zum Beispiel die Floristin mit weniger als 5 Euro pro Stunde; die Altenpflegerin, die zu wenig Zeit für ihre Patienten und zu wenig Geld für ihre wichtige Arbeit bekommt; der gut ausgebildete junge Angestellte oder Facharbeiter, der derzeit nur befristete Jobs angeboten bekommt, oder die fast 500.000 jungen

Migrantinnen und Migranten, die bereits seit 2010 der Optionspflicht unterliegen - in den nächsten Jahren werden es übrigens mehr -, die sich also zwischen ihren kulturellen und familiären Bindungen und vollen Bürgerrechten in Deutschland entscheiden sollen. Sie alle können nicht warten. Für sie alle wird es nicht leichter, wenn die SPD es sich zu leicht macht.

Deswegen müssen wir versuchen, an ihrer Lage etwas zu ändern. Diese Menschen wollen jetzt sehen, dass die Partei, der sie zu nicht unerheblichen Teilen bei der Wahl immer noch das Vertrauen gegeben haben, jetzt etwas für sie durchsetzt und ihr Leben zum Besseren wendet. Das ist unsere Aufgabe, liebe Genossinnen und Genossen, nicht weniger und nicht mehr.

(BEIFALL)

Wir dürfen niemals aus Angst vor Schwierigkeiten, die wir selber bekommen, andere in einer schwierigen Lebenssituation lassen. Abwarten, liebe Genossinnen und Genossen, war noch nie eine sozialdemokratische Tugend.

Damit keine falschen Erwartungen entstehen: Mit uns wird es keine politische Liebesheirat und übrigens auch keine Zwangspartnerschaft geben. Deshalb ist diese Koalition, sollte sie denn zustande kommen und von unseren Mitgliedern gebilligt werden, eine befristete Koalition der nüchternen Vernunft, nicht mehr und nicht weniger. Wir wollen eine Koalition für vier Jahre, bei der die Interessen der Menschen und nicht die Interessen der Parteien im Mittelpunkt stehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich aber noch etwas ansprechen, was ich oft in der Partei höre. Nicht wenige sagen: Ist doch klar, die da oben denken sowieso nur an ihre Posten in der Regierung und verkaufen dafür zur Not die Seele der Partei. Seien wir ehrlich: Diese Sprüche hören wir überall in der SPD. Nie war das Misstrauen in unserer Parteioorganisation so spürbar wie in den letzten Wochen: die da oben, wir hier unten. Dieses Misstrauen, liebe Genossinnen und Genossen, ist nicht in den letzten Wochen entstanden, sondern seit Jahren gewachsen, vielleicht seit Jahrzehnten, durch mangelnde Beteiligung, durch Basta-Politik und durch Entscheidungen, die am inneren Selbstverständnis der SPD vorbei von oben nach unten durchgepaukt wurden.

(VEREINZELT BEIFALL)

Es ist die vielleicht schwerste Last in unserer Partei, die wir aus der jüngeren Vergangenheit mit uns herum-schleppen. Einer der Gründe, warum ich früh auf eine Beteiligung des neu geschaffenen Konvents und dann auch auf ein Mitgliedervotum über einen Koalitionsvertrag gedrängt habe, war, dass wir dieses Misstrauen nur dann abbauen können, wenn die Mitglieder dieser Partei wieder die Erfahrung von Beteiligung, innerparteilicher Demokratie und - das Wichtigste - von Respekt machen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich kenne nicht wenige, auch in der SPD, die hinter vorgehaltener Hand das Mitgliedervotum über einen möglichen Koalitionsvertrag für falsch halten, weil es angeblich unkalkulierbar sei. Manche halten ein Mitgliedervotum sogar für eine Schwäche oder Feigheit der Parteiführung. Ich sage euch: Das Gegenteil ist richtig! In einer modernen Partei wollen Menschen mitentscheiden. Sie wollen nicht nur Beitragszahler oder Leidtragende sein, wenn „die da oben“ Entscheidungen treffen, die unten an der Basis nicht verstanden oder nicht geteilt werden. Der Satz von Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“ ist doch auch eine Aufforderung an unsere innerparteiliche Demokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Lasst uns dieses Mitgliedervotum deshalb nicht als Zeichen der Schwäche sehen, sondern zu einem Zeichen der Stärke machen. Wir trauen uns und unseren Mitgliedern gerade mehr zu als jede andere Partei in Deutschland oder Europa. Das ist doch etwas, was wir herausstellen müssen, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Lasst uns dieses Mitgliedervotum zu einem neuen Standard innerparteilicher Demokratie machen, an dem sich dann andere auch einmal messen lassen müssen. Ich finde das gar nicht so schlecht, dass bei der Union gerade eine Debatte darüber entsteht, warum wir eigentlich über den Koalitionsvertrag abstimmen dürfen, sie aber nicht. Das ist schon in Ordnung, liebe Genossinnen und Genossen, da haben wir nichts dagegen.

(BEIFALL)

Wir sind seit 150 Jahren die Demokratierpartei in Deutschland, und wir werden mit dem Mitgliedervotum zeigen, dass man mit uns in der SPD immer noch mehr Demokratie wagen kann. Nur, wenn alle beteiligt werden, werden diejenigen, die am Ende der Abstimmung die Minderheit haben, die Mehrheit akzeptieren. Das ist neben allen Inhalten auch etwas, was wir schaffen müssen. Wir müssen die Geschlossenheit der SPD bewahren. Die SPD zusammenhalten ist am Ende wichtiger als regieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Und noch etwas gilt nach diesem Mitgliedervotum: Wenn wir dann in eine Regierung gehen sollten, dann darf die Partei, unsere Basis in den Ortsvereinen, Unterbezirken und Landesverbänden danach ihre Rolle nicht wieder verlieren. Nur weil wir in einer Regierung sind, dürfen wir die Partei nicht wieder zum reinen Erfüllungsgehilfen der Regierungsarbeit verkommen lassen. Mitgliederbeteiligung, offene Diskussionen und auch das Einfordern eines klaren sozialdemokratischen Profils im Regierungshandeln entlang unserer Ziele bleibt auch in einer Regierungsbeteiligung die alltägliche Aufgabe der SPD-Parteiorganisation. Oder zugespitzt: Die eigentliche Bewährungsprobe für das Projekt „Innerparteiliche Demokratie wagen“ kommt erst in der Regierungsverantwortung. Nur wenn wir dann auch in schwierigen Situationen, wie sie immer in Regierungen zustande kommen, weiterhin auf Beteiligung und offene Diskussion setzen und nicht in alle Basta-Zeiten zurückfallen, werden wir das glaubhaft einlösen, was wir uns jetzt in Oppositionszeiten immer wieder in die Hand versprechen.

Liebe Genossinnen und Genossen, in diesem Zusammenhang würde ich auch gerne einen Satz aus unseren politischen Wortschatz streichen, nämlich den Satz: „Erst das Land und dann die Partei.“

(BEIFALL)

Dieser Satz, der sich so großherzig anhört, ist doch ziemlich wohlfeil und ziemlich gefährlich. Er soll suggerieren, dass man dem Land helfen könne, indem man der SPD schade, im schlimmsten Fall, indem man sie ruiniert. Das Gegenteil ist doch richtig. Was der SPD schadet, ist auch nicht gut für das Land, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Übrigens: An dieser Stelle können wir wirklich etwas von den Konservativen lernen. Auf einen solchen Satz - „Erst das Land, dann die Partei“ - würde ein Mitglied der CDU oder der CSU nie im Leben kommen;

denn für die ist es selbstverständlich, dass es keinerlei Widerspruch zwischen ihrer Partei und dem Interesse des Landes geben kann. Da haben die ein ganz kühles Selbstverständnis. Lasst uns deshalb diesen Satz „Erst das Land, dann die Partei“ für uns aus unserem Gedächtnis streichen und im 150. Jahr der SPD ganz selbstbewusst sagen: Immer nur mit einer starken und einigen SPD ging es Deutschland in den letzten 150 Jahren gut. Und nur mit einer starken und einigen SPD werden wir auch in Zukunft in Deutschland wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt miteinander verbinden können. Nur wenn wir stark sind, wird es auch den Menschen im Land besser gehen, liebe Genossinnen und Genossen. Nur so herum geht es!

(BEIFALL)

Aber lasst mich noch einen dritten Grund für unsere Wahlniederlage nennen, der von den Wahlforschern genannt wurde. Dieser Grund macht mir jedenfalls am meisten Kopfzerbrechen. Die SPD - so die Wahlforscher - haben inzwischen eine kulturelle Kluft zwischen den SPD-Repräsentanten und ihrer Kernwählerschaft. Immerhin 52 Prozent der Wählerinnen und Wähler sagen, die SPD sei nicht mehr die Partei der kleinen Leute. Vorsicht, nicht zu schnell Rückschlüsse ziehen! Damit ist nicht die Agenda 2010 gemeint, sondern mit kultureller Kluft ist etwas ganz anderes gemeint, nämlich dass es der klassischen und traditionellen SPD-Wählerschicht und uns nicht mehr Eindruck entsteht, dass wir ihren Alltag, ihre Lebenssituation nicht nur kennen und der letzten Endes nicht nur fremd geworden ist, sondern und das ist am schlimmsten - dass unsere Kernwähler den Eindruck haben, dass wir sie nicht mehr ernst nehmen, dass wir keinen Respekt mehr haben vor ihrem Leben. Einen schwereren Vorwurf kann man einer sozialdemokratischen Partei nicht machen.

Wie tief diese Kluft inzwischen bei denjenigen empfunden wird, die früher immer auf uns vertraut haben - fast blind, habe ich am eigenen Leib erlebt. Ich will euch dazu eine Geschichte erzählen, die mir Anfang des Jahres passiert ist: Meine Frau ist Zahnärztin und hat sich Anfang des Jahres in meiner Heimatstadt Goslar in einem Stadtteil niedergelassen, der ein klassischer Industriestadtteil ist. Dort gibt es hohe Arbeitslosigkeit, eine hohe Anzahl von Sozialhilfeempfängern, viel Migrantinnen und Migranten. Dort gibt es auch vieles andere. Aber es gibt auch einen Teil von armen Menschen, und übrigens bis heute sehr, sehr gute SPD-Wahlergebnisse.

In diesem Stadtteil macht sie also eine Praxis auf, und die örtliche Lokalzeitung fand es witzig, ein paar Mal in der Zeitung zu schreiben, dass nun dieser Stadtteil, der sonst ein bisschen negativ beschrieben wird, auf einmal Prominenz bekäme, nämlich die Frau des SPD-Parteivorsitzenden.

Jetzt passiert Folgendes: Weil das eine Praxis ist, die schon vorher existiert hat und die meine Frau übernommen hat, rief eine alte Patientin dort bei der Helferin an und fragte folgenden Satz: Sie hätte das in der Zeitung gelesen und wollte einmal fragen, ob eigentlich die armen Leute auch noch kommen können oder ob die Praxis jetzt nur noch - so drückte sie sich aus - für die Oberen da sei. Nichts hat mich mehr erschreckt als dieser Anruf, denn in unserer Selbstwahrnehmung sehen wir Sozialdemokraten uns doch eigentlich als Anwalt und Ansprechpartner gerade ärmerer Menschen. In Wahrheit aber sieht diese Frau - und mit ihr ganz viele andere - in uns nur noch „die Oberen“. Und macht euch nichts vor: Mit dieser Formulierung meinte die nicht nur mich persönlich, sondern alle in allen Parteien - euch auch.

Dabei geht es nicht nur um Menschen, deren wirtschaftliche und soziale Situation schwierig ist wie bei dieser Frau. Auch ganz normale Facharbeiter, Angestellte, Polizeibeamte, Pflegekräfte, Handwerksgelesen fühlen diese kulturelle Distanz. Ich weiß nicht, wie es euch geht. Wenn ich vor 20 Jahren als junger Landtagsabgeordneter in einen Betrieb gegangen bin, dann wussten die Betriebsräte und Jugendvertreter: Da

kommt ein Sozialdemokrat. Wenn ich heute dorthin gehe, dann kommt da ein Politiker. Diese wachsende kulturelle Kluft zu unserer Kernwählerschaft ist für mich der erschreckendste Befund der Wahlanalyse, denn er heißt nichts anderes, als dass die SPD in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler keinen Blick mehr, keine Emotionen oder, wie es Willy Brandt ausdrückte, keine „Compassion“ mehr für ihr Leben hat. Das hat viel damit zu tun, dass wir heute nicht mehr dort wohnen, leben und arbeiten, wo ein Großteil unserer Wählerschaft wohnt, lebt und arbeitet. Viele von uns - mich eingeschlossen - haben doch selbst den gesellschaftlichen Aufstieg gemacht, den die SPD für alle einfordert und auch durchgesetzt hat. Auch ich wohne schon lange nicht mehr in dem Stadtteil, in dem ich großgeworden bin, und auch ich wohne nicht mehr wie früher in einem Mietshaus, sondern in einem Einfamilienhaus am Stadtrand, und im Alltag habe ich in meinem Beruf als Abgeordneter mehr mit denen zu tun, die zum gesellschaftlichen Establishment gehören, als mit den normalen Facharbeitern und Angestellten, die mich Gott sei Dank immer noch wählen.

Die Überbrückung dieser kulturellen Kluft zum Kern der Arbeitsgesellschaft ist aber eine, ja vielleicht sogar die Überlebensfrage der SPD.

(BEIFALL)

Ich sage euch: Kluge und gute Programme reichen für diese Überbrückung nicht aus. Es gibt die alte Weisheit von Tscholksky: Die Menschen wissen nicht ganz genau, wie die Dinge sind, aber Sie fühlen das meiste verdammt richtig. Liebe Genossinnen und Genossen, dieses Gefühl in unserer Kernwählerschaft, das sich für uns trotz aller klugen Programme weit entfernt hat, müssen wir ernst nehmen. Deshalb müssen wir das, was wir mit der Öffnung der Partei vor vier Jahren begonnen haben, zielgerichtet fortsetzen. Konkret meine ich damit: Wir dürfen nicht immer nur Politik für Arbeiter, für Angestellte und für Beamte machen, sondern wieder viel mehr mit ihnen.

Damit die Rede nicht nur düster wirkt, habe ich im gleichen Zeitraum, in dem ich das erlebt habe, eine andere bemerkenswerte Erfahrung gemacht: Eine Berufsschulklasse von Bäckereifachverkäuferinnen hat mir geschrieben. Der Brief macht viel Mut, dass es gerade unter jungen Leuten viele gibt, die darauf warten, von uns eingeladen zu werden. Diese Klasse von Bäckereifachverkäuferinnen hat mir geschrieben, dass sie sich intensiv mit der Bundestagswahl beschäftigt hätten und dann alle zu dem Schluss gekommen seien, SPD zu wählen, was sie dann auch nach eigener Aussage getan haben.

Ich sage euch mal, was ich jetzt mache. Ich werde sie einladen und ihnen anbieten, dass sie eigenen SPD-Ortsverein gründen können - notfalls im Internet. Ich werde Ihnen, wenn sie das wollen, anbieten, ihr Pate zu werden.

Guckt mal nach: Solche jungen Frauen gibt es überall in euren Wahlkreisen. Geht mal hin und ladet sie ein. Bietet ihnen die Chance mitzumachen, und lasst sie dann, wenn sie in unserer Organisation sind, nicht gleich alleine; denn manchmal ist das nicht so einfach, uns auszuhalten, wenn man uns am Anfang kennenlernt.

(BEIFALL)

Lasst uns wieder Menschen einladen und werben, die sich politisch interessieren und engagieren wollen. Und jetzt hört gut zu: Auch dann, wenn sie mal keinen Hochschulabschluss haben, liebe Genossinnen und Genossen, sondern ganz normale Berufe ausüben.

(BEIFALL)

Die kulturelle Kluft zu überwinden, erfordert übrigens manchmal, dass die SPD bei den sinnvollen gesellschaftlichen Projekten, die sie vorantreibt, aufpasst, dass unsere Kernwählerschaft weiß, dass sie auch damit gemeint ist.

Wir engagieren uns zum Beispiel seit Jahren, wie auch jetzt, in den Koalitionsverhandlungen für gesetzlich verbindliche Frauenquoten in Aufsichtsräten. Das ist nicht nur richtig, sondern längst überfällig. Aber habt ihr nicht auch den Eindruck, dass in diese nun schon seit Jahren anhaltenden Debatte ein bisschen viel über das Penthouse der Gleichstellung, nämlich die Vorstände und Aufsichtsräte von DAX-Konzernen, geredet wird und ein bisschen wenig über den Mittelbau und das Erdgeschoss der Gleichstellung, liebe Genossinnen und Genossen?

(BEIFALL)

Ja, die Quote muss gesetzlich kommen. Aber wir können doch nicht in der Öffentlichkeit - ich auch; das ist kein Vorwurf an andere - mich eingeschlossen fast ausschließlich darüber reden, wie wir denen, die schon oben angekommen sind, helfen, jetzt auch noch den letzten Schritt in den Vorstand oder Aufsichtsrat zu ebnen. Viel wichtiger für uns und viel wichtiger für die Gesellschaft wäre es doch, wenn wir als SPD endlich dafür sorgen würden, dass wir für die vielen anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Funktionen - Schulleitungen, Stadtwerkevorstände, öffentliche Wohnungsbaugesellschaften und Sparkassen -, die fast immer noch fest in Männerhand sind und wo wir ganz oft selber in den Aufsichtsgremien sitzen, und wenn jemand zu berufen ist, dann doch leider immer nur einen Mann finden. Da muss sich etwas ändern, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Mit der Arbeit an der Überwindung der gewachsenen kulturellen Kluft zu unserer Kernwählerschaft ist es aber leider noch nicht getan. Selbst wenn es uns gelingt, diese Kluft zu unserer Kernwählerschaft wieder zu schließen, wird das nicht reichen, um der SPD wieder zu einer strategischen Mehrheitsposition zu verhelfen. Die Festigung der Bindung an unsere Kernwählerschaft ist sozusagen die notwendige Bedingung, ohne die gar nichts geht. Aber es ist noch keine hinreichende Bedingung für die Mehrheitsfähigkeit der SPD. Was uns auch fehlt, sind politische und kulturelle Angebote für diejenigen, für die gute wirtschaftliche und soziale Verhältnisse auch wichtig sind, für die es aber noch viel mehr gibt.

Was ist zum Beispiel unsere Antwort an die, die jetzt so häufig als „Generation Y“ beschrieben werden? Jung, exzellent ausgebildet und trotz bester Karrierechancen nicht nur an hohen Einkommen interessiert, sondern zum Beispiel auch an einem gesunden Leben, an ihren Kindern, an Zeit für die Familie, an Zeitsouveränität und an der berühmten Work-Life-Balance.

Das ist ein ganz altes Thema der SPD und der Gewerkschaften: das Verhältnis von Arbeit und Leben. Erinnert euch mal! Da wurde in Deutschland von den Gewerkschaften einmal für die Fünf-Tage-Woche gekämpft, der freie Samstag. Und da stand nicht auf dem Plakat „Samstags frei“ oder „Einen Tag weniger arbeiten“. Da war ein kleiner Junge zu sehen, und er sagte: „Samstags gehört Vati mir.“ Das war noch die Zeit, in der Gewerkschaften dachten, nur Männer arbeiten... Das war nichts anderes als dieses Thema. Heute nennen wir das Work-Life-Balance. Damals haben wir gesagt: Arbeit und Leben dürfen sich nicht mehr generell ausschließen. Das muss besser zusammenpassen. Und das ist doch ein altes sozialdemokratisches Thema, denn dahinter steckt der Wunsch, nicht nur vom Arbeitsleben dominiert zu werden und nicht alle Lebensbereiche durch zu ökonomisieren. Das ist ein ganz menschlicher und ein ganz sozialdemokratischer Reflex.

Die SPD muss dafür eigentlich nur ihren alten Freiheitsbegriff wiederentdecken, denn darum geht es doch für viele. Sie sehnen sich nach Freiheitsräumen, in denen Arbeit und Leben sich nicht mehr feindlich gegenüber stehen. Wir sehen täglich, dass sich unsere Gesellschaft verändert. Der technische Wandel und auch die Globalisierung ordnen unsere wirtschaftlichen und unsere kulturellen Strukturen komplett neu. Peer hat das vorhin beschrieben.

In diesem Wandel suchen Menschen auch nach Orientierung, nach Halt, nach Sicherheit und auch nach sozialem Zusammenhalt. Die SPD hat für diese Suchenden ganz viel zu bieten, aber sie muss realisieren, dass hinter der Verschiedenheit, in der Menschen heute ihr Leben gestalten, ein zweifacher Wunsch steckt: Nämlich nach sozialer Sicherheit ebenso wie nach Freiheit in der individuellen Lebensgestaltung. Wir müssen aufpassen, dass wir diesen Wunsch nach Freiheit der individuellen Lebensgestaltung nicht geringschätzen und manchmal sogar ignorieren, nur weil wir glauben, dass wir doch eigentlich schon die besten kollektiven Lösungen für alle parat haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, in unserer modernen Gesellschaft gibt es ganz unterschiedliche Lebensentwürfe. Die SPD darf ihren Blick nicht nur auf die Lebensentwürfe richten, die ihr bekannt und vertraut vorkommen oder die sich relativ schnell in unser Weltbild einordnen lassen. Unsere Partei war immer dann besonders stark, wenn sie sich um die gekümmert hat, die der politischen Unterstützung bedurften, aber eben auch um die, die gebildet, sozial aufgestiegen, abgesichert und unternehmerisch tätig waren.

Wir müssen wieder als Brückenbauer in der Gesellschaft erkannt werden, zwischen denen, die bereits gut leben, und denen, die sich anstrengen und sich reinhängen, um endlich besser leben zu können. Beide gehören in das Blickfeld der deutschen Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Wir müssen erkennen: Auch und gerade durch die Erfolge unserer Politik, die den gesellschaftlichen Aufstieg erst möglich gemacht haben, ist die breite Einkommensmitte in unserer Gesellschaft keine abgehobene Wohlstandselite mehr, sondern das sind Frauen und Männer, die hart arbeiten und ein selbstbestimmtes Leben führen wollen und Verantwortung für sich und die Gesellschaft übernehmen.

Ich nenne einmal ein Beispiel, damit es nicht so abstrakt ist: Was haben wir uns gewehrt gegen den Abbau der kalten Progression. Ich sage euch: Da gibt es ein paar mit mittlerem Einkommen, die Kinder haben und die jeden Cent brauchen, um vernünftig ihr Leben zu führen und ihren Kindern gute Lebenschancen zu eröffnen. Die Ablehnung der kalten Progression, also dass jede Lohnerhöhung durch die Steuerprogression aufgefressen wird, ist für sie kein finanztechnisches Problem, sondern erst einmal eine Wahrnehmungslücke von uns ihnen gegenüber.

Nun bin ich nicht dafür, dass man einfach Ja dazu sagt. Aber warum haben wir es uns eigentlich so schwer gemacht? In vielen Teilen auch unserer Wählerschaft ist unsere Steuerpolitik leider nicht so verstanden worden, wie wir sie gedacht haben. Stellt euch mal vor, wir hätten es uns leicht gemacht und gesagt: Ja, das wollen wir auch mitmachen. Aber nur dann, wenn der Spitzensteuersatz entsprechend steigt.

Die, denen es besser geht, die müssen denen helfen, die jeden Cent für ihre Familien brauchen. Das haben wir nicht gemacht im Wahlkampf, und es wäre doch so einfach gewesen, damit diese Menschen, die eben

nicht als bräsige Wohlstandselite lebt, sondern die soziale Mitte unserer Gesellschaft ist, uns besser verstehen, liebe Genossinnen und Genossen. Das meine ich mit diesem konkreten Beispiel.

(BEIFALL)

Die Masse dieser Menschen zahlt Steuern, sie spart für den Urlaub, für ihre Kinder und immer mehr auch fürs Altenheim für Mutter und Vater. Dazu gehören die alleinerziehenden Kassiererinnen im Supermarkt genauso wie der Facharbeiter, die Pflegekraft, die Erzieherin, kaufmännische Angestellte, Handwerker, Polizeibeamte, Kleinunternehmer, der türkische Ladenbesitzer oder der Softwareunternehmer und der Solo-Selbständige. Sie alle gehören auch in den Fokus sozialdemokratischer Politik. Sie wollen wie die allermeisten unserer ganz klassischen Wählerinnen und Wähler zwei Dinge miteinander verbinden: Freiheit und Verantwortung, selbstbestimmtes Leben und Solidarität. Das sind keine neumodischen Sprüche, sondern ganz klassische sozialdemokratische Werte.

Und auch der mittelständische Unternehmer, der seinen unternehmerischen Gewinn über Jahrzehnte in seinen Betrieb gesteckt hat, der ausbildet, der im täglichen Wettbewerb um Arbeitsplätze kämpft, der seinen Betrieb an seine Kinder weitergeben will, ist nicht unser Klassenfeind, dem mit möglichst hohen Steuersätzen endlich beigebracht werden muss, was Gerechtigkeit ist. Sondern er ist in Wahrheit unser Bündnispartner für eine solidarische Gesellschaft. Zügellose Finanzmärkte sind für ihn genauso Gegner wie für uns. Dumpinglöhne, Sozial- und Steuerbetrug machen ihm das Geschäft genauso schwer wie der gesamten Gesellschaft.

Und wirtschaftlicher Erfolg verbindet sich bei ihm, in aller Regel jedenfalls, genauso mit sozialer Sicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wie wir das mit unserer Politik wollen. Die SPD hat alle Chancen, ihre Perspektive zu erweitern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien nicht aus dem Blick zu verlieren, aber gleichzeitig andere in der Gesellschaft zusätzlich mit in unseren Blick zu nehmen. Niemand ausgrenzen, alle einladen, auch diejenigen, die unseren programmatischen Vorstellungen nicht entsprechen – das muss unsere Devise sein.

Die Welt, aus der wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hervorgegangen sind, war klar unterschieden zwischen oben und unten. Sie kannte klare Milieus und ebenso klare politische Orientierung. Wir selbst haben mit Erfolg dafür gekämpft, dass sich das ändert. Es gibt sie natürlich noch, die großen Unterschiede. Aber gerade die sozialdemokratische Politik der letzten Jahrzehnte hat geholfen, die Gesellschaft durchlässiger zu machen, mit einer sozialen Mitte in unserer Gesellschaft eben nicht mehr mit einer behäbigen Wohlstandselite.

Für diese neue soziale Mitte unserer Gesellschaft machen wir Politik. Das ist etwas ganz anderes als dieser seltsame Begriff der politischen Mitte. Eine feststehende politische Mitte gibt es nicht. Der Begriff „politische Mitte“ ist nichts anderes als ein Synonym für die politische Mehrheit. Um die muss man werben, für sie muss man argumentieren und kämpfen.

Niemals darf es uns wieder passieren, dass wir uns einer vermeintlichen politischen Mitte anpassen und ihr nachlaufen. Wir müssen um die politische Mitte, um die Mehrheit kämpfen, argumentieren, uns durchsetzen - das ist unsere Aufgabe - wir dürfen uns nicht an eine scheinbare politische Mitte ankoppeln.

(BEIFALL)

Aber natürlich gibt es in Deutschland eine soziale Mitte. Sie ist breit und vielfältig, und wir dürfen niemanden aus dem Blick verlieren. Wenn ich also vorhin über Geschlossenheit in der SPD als zentrale Bedingung für unseren Erfolg gesprochen habe, dann ist die andere Bedingung, die andere Seite dieser Medaille, Aufgeschlossenheit – Aufgeschlossenheit der Vielfalt und der Vielfältigkeit der Gesellschaft gegenüber.

Diese Bereitschaft, die Vielfalt in unserer Gesellschaft in den Blick zu nehmen, unseren Blick und die Perspektiven zu erweitern, erfordert auch eine veränderte Personalpolitik. Lasst uns die Listen bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen oder für unsere Vorstände bewusster aufstellen, als wir das bislang manchmal tun.

Aufgrund der Initiative von Elke Ferner und der ASF auf unserem letzten Parteitag und ihres großen Erfolges – der eine oder die andere wird sich vielleicht noch an den Reißverschluss erinnern; Elke, du hast uns damit gezeigt, wozu Delegierte in der Lage sind, wenn sie überzeugt sind und nichts darauf geben, was die Parteiführung erzählt – sind 43 Prozent unserer Bundestagsabgeordneten jetzt Frauen. Liebe Genossinnen und Genossen, das wird unserer Politik guttun. Denn natürlich wirken wir zu männlich.

(BEIFALL)

Aber das reicht eben nicht. Auch dort, wo wir keine Quote haben, müssen wir aufpassen, dass wir die Vielfalt der Gesellschaft auch wirklich repräsentieren: die Berufsgruppen in Deutschland, die sozialen Verhältnisse und übrigens auch Migrantinnen und Migranten.

Gott sei Dank gibt es in der Bundestagsfraktion und in vielen Landesparlamenten neue Gesichter aus der Migrationsgesellschaft, die die SPD vielfältiger, bunter und lebensnaher machen. Vielen Dank an die, die zu uns gekommen sind und mit uns die Gesellschaft verändern wollen, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Aber seien wir ehrlich: Da ist noch Luft nach oben.

Und manchmal fallen wir sogar zurück: Auf diesem Parteitag zum Beispiel werden zwei von drei Parteivorstandsmitgliedern mit Migrationshintergrund nicht mehr kandidieren, und das absehbare Ergebnis wird sein, dass wir nur noch Aydan Özoğuz haben werden, die die Sichtweise und Lebenserfahrung der Migrationsgesellschaft in unserem Land im SPD-Parteivorstand vertritt.

Wenn ihr mich fragt: Das ist eine falsche Entwicklung. Wir können doch nicht ständig öffentlich fordern, dass es mehr Menschen mit Migrationshintergrund in öffentlichen Ämtern gibt, wenn sie im SPD-Parteivorstand weniger werden. Wir können noch so viel Vielfalt in unsere Programme hineinschreiben – wenn es nicht auch zum sichtbaren Bild der SPD in der Öffentlichkeit passt, wird es einfach unglaubwürdig.

Das alles sind auch Gründe für unsere Wahlniederlage. Ich spreche das so offen an, weil mich die Sorge umtreibt, dass wir zu schnell zu wissen glauben, woran es denn gelegen hat. Ich habe ein bisschen Angst davor, dass wir einfach nur gucken „Was haben wir früher gesagt?“ und das jetzt einfach fortschreiben. Es sind eben nicht nur die Probleme in der Politik der Agenda 2010 oder Fehler im Wahlkampf gewesen.

Wenn wir in vier Jahren wieder mehrheitsfähig werden wollen – das muss unser Ziel sein –, dann müssen wir uns auch um die tiefer gehenden strukturellen Veränderungen in unserer Gesellschaft kümmern, die wir vermutlich nicht ausreichend abbilden und erfassen konnten.

Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD war immer dann besonders stark, wenn sie mehr war als eine Partei, wenn wir auch Teil einer sozialen Bewegung waren. Hier liegt eine der großen Aufgaben: Wir müssen wieder Teil der Gesellschaft und Teil der sozialen Bewegungen sein. Wir müssen dort durch unsere Repräsentanten vertreten sein. Überall dort, wo sich Menschen zusammentun, muss jemand von uns, muss ein Sozialdemokrat oder eine Sozialdemokratin dabei sein. Wenn sich eine Elterninitiative gründet, um die Schule oder die Kita zu verbessern, muss der Abgeordnete der SPD das unterstützen.

Wenn vor Ort eine Genossenschaft für einen Bürgerwindpark oder für Wohnungsbau gegründet wird, dann müssen wir dabei sein. Das Genossenschaftswesen, liebe Genossinnen und Genossen, ist eine alte Erfindung der Arbeiterbewegung, und die blüht gerade. Lasst uns sie stärken und wieder zu unserer Sache machen.

(BEIFALL)

Nun kann man fragen: Wenn du so schlau bist, warum hast du das nicht alles schon gemacht? Das ist eine berechtigte Frage.

(VEREINZELT BEIFALL)

- Solange so wenige klatschen, bin ich beruhigt. –

Aber die banale und wahre Antwort darauf ist: Wir alle, die wir hier vorne sitzen – und ein paar mehr – hatten in den letzten vier Jahren neben allen aktuellen Herausforderungen zum Beispiel in der Europapolitik und angesichts von immerhin 14 Landtagswahlkämpfen vor allem viel damit zu tun, die Fehlentwicklungen der letzten Jahre und die damit verbundenen Erschütterungen und Irritationen aufzuarbeiten und daraus die politischen und organisatorischen Konsequenzen zu ziehen – und zwar ohne dass wir uns darüber zerstritten hätten.

Und trotz des Wahlausgangs bei der Bundestagswahl in diesem Jahr haben wir ja viel erreicht. Als wir nach der Wahlniederlage 2009 in Dresden zusammengekommen sind, waren einige von uns noch kämpferische Oppositionspolitiker in den Ländern oder in den Kommunen: Hannelore Kraft, Olaf Scholz, Torsten Albig, Stephan Weil. Heute sind das gestandene und erfolgreiche Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten. Dazu kommen die, die es schon waren oder die es geworden sind, weil erfolgreiche Ministerpräsidenten sich in die Friedrich-Ebert-Stiftung zurückgezogen haben, so wie Malu Dreyer. Aber wir haben auch stellvertretende Ministerpräsidenten wie Nils Schmid und Heiko Maas dazubekommen. Und viele haben in Städten Verantwortung übernommen, wie Peter Feldmann in Frankfurt, Sven Gerich in Wiesbaden, Stefan Schostok in Hannover.

Kurzum: Das Land ist durchaus sozialdemokratischer geworden, und zwar sichtbar. Das ist gut so und wird uns helfen.

Wir haben seit Dresden nicht nur in Ländern und vielen Kommunen gemeinsam Erfolge gefeiert, wir haben auch einiges in der Bundes-SPD in Gang gesetzt. Ich glaube, wir haben wirklich eine neue Diskussionskultur begonnen. Wir haben Arbeitsparteitage und den Konvent eingeführt. Wir haben gemeinsame Debatten über ganz schwierige Themen wie Afghanistan geführt. Wir haben den Kommunalbeirat eingerichtet und

damit diese wichtige politische Ebene endlich ihrer Bedeutung gemäß in der SPD aufgewertet. Und wir haben schließlich Mitgliederentscheidungen in unserer Satzung verankert, die uns wieder attraktiver bei vielen Menschen machen werden.

Diesen Weg der Öffnung und der Mitgliederbeteiligung, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir weitergehen, dann bleiben wir auf der Höhe der Zeit.

Allerdings haben wir zwei Dinge eben nicht erreicht in diesen vier Jahren: Wir haben noch nicht genug Nervenenden gebildet, die notwendig sind, um wieder in allen Milieus der Gesellschaft zu Hause zu sein. Und es ist uns nicht gelungen, die politische Mehrheit in Deutschland zu bewegen und die Deutungshoheit in zentralen politischen Fragen zu erkämpfen.

Deshalb muss der Prozess der Erneuerung der SPD weitergehen – er darf nicht stillstehen – programmatisch, organisatorisch und auch personell. Ich jedenfalls freue mich über die vielen neuen Gesichter in der größeren gewordenen SPD-Bundestagsfraktion. Das gleiche gilt in den Landtagsfraktionen. Da sitzen die politischen Gesichter der Gegenwart und der näheren Zukunft.

Liebe Genossinnen und Genossen, vor fast einem halben Jahr, am 23. Mai, haben wir uns schon einmal hier in Leipzig getroffen; darauf ist schon hingewiesen worden. Damals, nur wenige Kilometer von hier entfernt, im Gewandhaus, haben wir unseren 150. Geburtstag gefeiert. Wir standen, wie heute auch, in Leipzig im Mittelpunkt eines großen medialen Interesses. Viele hochrangige Gäste und Medienvertreter aus dem In- und Ausland wohnten dieser Feier bei. Die Menschen in Deutschland haben eine SPD erlebt, deren Leistungen für unser Land und seine Menschen von niemandem bestritten wurde.

Die Botschaft des Bundespräsidenten war klar und deutlich: Nichts von dem, was in Deutschland an freiheitlicher Demokratie und sozialer Sicherheit existiert, wäre ohne den mutigen Kampf von Millionen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in diesen 150 Jahren denkbar. Diese stolze Geschichte der Frauen und Männer der deutschen SPD darf uns dankbar, aber auch demütig sein lassen. Denn gemessen an den Leistungen derer, die in diesen 150 Jahren Geschichte – und deutsche Geschichte – geschrieben haben, gibt es für uns heute keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken und uns vor den vor uns liegenden Aufgaben zu fürchten.

Deshalb lasst uns nicht verzagt oder ängstlich in die Zukunft schauen. Denen, die wir da vor einem halben Jahr gefeiert haben, die 150 Jahre für die SPD gekämpft haben und Freiheit und Leben dafür eingesetzt haben, sind wir es doch schuldig, dass wir heute keine Angst haben, sondern das, was sie für uns gemacht haben, nutzen, um Gutes für die Menschen in Deutschland zu bewirken. Ich glaube, das ist die Botschaft, die wir mitnehmen können aus diesen 150 Jahren.

(BEIFALL)

Wenn jemand fragt: „Wozu gibt es euch?“, ist die Antwort einfach: Uns gibt es dafür, dass das Leben von Menschen frei sein soll, nicht gebunden an Einkommen, an Rasse, an Religion, an die Herkunft. Das Leben soll frei sein. Jeder soll aus seinem Leben etwas machen können. Das muss man selber machen. Aber die Bedingungen dafür zu schaffen, dass das Leben für jeden Menschen frei ist und gestaltet werden kann – das ist heute wie vor 150 Jahren die Aufgabe dieser Partei, liebe Genossinnen und Genossen. Daran hat sich nichts geändert.

(BEIFALL)

Sollten wir in eine Regierung eintreten, dann haben wir eine doppelte Aufgabe in den nächsten Jahren: erfolgreiche Reformpolitik für die Menschen in Deutschland und Europa in der Regierung durchsetzen, uns aber zugleich auch politisch-programmatisch und personell weiterzuentwickeln. Dafür müssen wir uns vor allem den großen Herausforderungen der Zukunft widmen. Das ist das Wichtigste, um Mehrheiten zu gewinnen: wieder gesellschaftliche Bündnisse schmieden.

Ich will am Ende drei große Herausforderungen nennen. Auch wenn wir das gemeinsame Reformprojekt von SPD und Grünen bei der Bundestagswahl nicht durchsetzen konnten, so bleiben doch die Fragen auf der Tagesordnung, die sowohl die Grünen als auch uns bewegen: Eine wachsende Weltbevölkerung, ein rasant wachsender Ressourcenverbrauch führen überall in der Welt zu immer größeren Verteilungskonflikten und zur Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen für unsere Kinder und Enkelkinder. Wie schaffen und sichern wir also Wohlstand, ohne diese verhängnisvolle Entwicklung immer weiter voranzutreiben?

Die Antworten auf diese Fragen und das damit verbundene soziale und ökologische Reformprojekt, müssen fester Bestandteil der SPD-Programmatik bleiben, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Es gibt eine zweite große Herausforderung, mit der wir in den letzten Wochen und Monaten täglich konfrontiert werden: Wie schützen wir in einer digitalisierten Gesellschaft die persönliche Freiheit und die Würde des Menschen und die Bürgerrechte? Denn das, was wir derzeit beim Ausspähskandal der NSA erleben, ist weit mehr als eine der bekannten Schlapphutfaffären, die es in Geheimdiensten alle paar Jahre mal wieder gibt. Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Land, dem wir Deutschen so viel zu verdanken haben, das uns von Hitler befreit hat, mit dem Marshall-Plan Wohlstand und Aufstieg nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs ermöglicht hat, und das uns auch danach Jahrzehnte mit alliierten Streitkräften geschützt hat, diese Vereinigten Staaten von Amerika gefährden gerade den wichtigsten Baustein unserer transatlantischen Partnerschaft. Dieser Baustein war über Jahrzehnte eine gemeinsame Wertvorstellung, in der die persönliche Freiheit und den Schutz der Persönlichkeit über allem anderem stand. In dieser Wertvorstellung muss der Staat ziemlich gute Gründe vortragen, um die persönliche Freiheit einschränken zu dürfen. Er muss das notfalls öffentlich begründen und durch Gerichte überprüfen lassen.

Das war der Kern der transatlantischen Wertegemeinschaft und der große Unterschied zum damaligen Ostblock, in dem es genau umgekehrt war, in dem der Staat alles durfte und die persönliche Freiheit nur so weit gehen durfte, wie sie den Staat nicht tangierte. Genau diese Wertegemeinschaft wird zerstört, wenn Nachrichtendienstler auf einmal alles abhören dürfen und sich dazu noch mit den gigantischen Datensammelstellen privater Unternehmen verbünden.

Eigentlich, Genossinnen und Genossen, erleben wir gerade, wie eine klassische neoliberale und kapitalistische Idee Wirklichkeit wird. Ohne staatliche Regeln – das ist weltweit ziemlich einfach – macht das Internet und die weltweite Vernetzung von Menschen den Menschen zu einem Verwertungsobjekt, manchmal für den Staat, viel häufiger für private Unternehmen – mit unabsehbaren Konsequenzen für Privatsphäre, Arbeitswelt und die Kultur unseres Zusammenlebens. Wenn es ein Projekt gibt, das die ungeheuren Chancen dieses technologischen Fortschritts der digitalen Revolution für die Menschen, und zwar für alle Menschen, nutzbar macht, bei dem aber gleichzeitig die totale Verwertung aller Persönlichkeitsdaten nicht passieren

darf, die Freiheit und die Persönlichkeitswerte jedes Einzelnen geschützt werden müssen, dann muss dies das Projekt der Sozialdemokratie werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Denn das entspricht doch unserer Tradition als Fortschrittspartei. Den technischen Fortschritt wollten wir immer für mehr Freiheit, mehr Demokratie und mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen. Wir wollten ihn aber sozial und kulturell deswegen auch immer einbinden und uns nicht zu seinem Untertan machen lassen. Früher wäre dies übrigens auch eine Bürgerrechtsfrage und Aufgabe des politischen Liberalismus gewesen; denn Liberalität ist ja eigentlich eine Geisteshaltung, die den einzelnen Menschen schützen will vor dem Übergriff des Staates genauso wie vor dem Übergriff des Marktes. Aber seitdem Westerwelle die großartige Idee zu einer Steuersenkungsideologie geschrumpft hat, ist der politische Liberalismus in Deutschland heimatlos. Peer Steinbrück und auch Olaf Scholz haben absolut recht: Der politische Liberalismus ist viel zu wichtig, um ihn mit dieser seltsamen FDP untergehen zu lassen.

(BEIFALL)

Wir, die SPD, sollten die neue Heimat dieser großen und wichtigen Tradition des Liberalismus sein. Sozial und, in diesem Wortsinn verstanden, sozial und liberal, das wäre ein gutes Profil für unseren Bundestagswahlkampf 2017, liebe Genossinnen und Genossen. Das wäre ein gutes Profil!

(BEIFALL)

Nicht zuletzt müssen wir die dritte große Herausforderung angehen, nämlich: Wie können wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten international enger zusammenarbeiten? Denn national werden wir den entfesselten globalen Kapitalismus nicht mehr bändigen. Regeln für Finanzmärkte schaffen, Lohn-, Sozial- und Umweltdumping bekämpfen oder den weltweit existierenden Reichtum endlich dazu zu nutzen, um den Hunger in der Welt und die großen Menschheitskrankheiten zu bekämpfen und zurückzudrängen: all das werden wir nicht alleine schaffen. Dazu bedarf es weit mehr internationaler Zusammenarbeit, als wir das in der Vergangenheit geschafft haben.

In Europa fangen wir an. Wir sind stolz darauf – Andrea Nahles hat das schon gesagt, dass erstmals nicht nur ein gemeinsames sozialdemokratisches Programm zur Europawahl im kommenden Jahr zur Wahl steht, sondern die europäische Sozialdemokratie sich auf einen sichtbaren Repräsentanten der Sozialdemokratie in allen Ländern als Spitzenkandidat geeinigt hat. Dieser Kandidat ist unser Freund Martin Schulz.

(BEIFALL)

Lieber Martin, wir sind stolz darauf, dass du als einer von uns der erste gemeinsame Spitzenkandidat in Europa sein wirst. Wenn man weiß, wie manche in Europa Deutschland aufgrund der Europapolitik der letzten Jahre sehen, dann weiß man, wie groß der Respekt vor dir ist, dass sie dich aufgestellt haben und dich nicht als Deutschen, sondern als Deutschen und Europäer identifiziert haben. Das ist die eigentliche Leistung, die sich hinter deiner Nominierung verbirgt. Wir sind stolz darauf, dass du das machst. Wir werden dich unterstützen, lieber Martin.

(BEIFALL)

Für Martin Schulz und für uns ist Europa weit mehr als ein Binnenmarkt. Europa stellt für ihn und für uns das Gemeinwohl- über das Eigeninteresse. Die europäische Idee stellt die kulturelle Vielfalt über den Zwang zur Anpassung, die Lebensqualität über die Anhäufung von Reichtum, die nachhaltige Entwicklung vor die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur. Übrigens stellt die europäische Idee auch und vor allem die Zusammenarbeit über einseitige Machtausübung.

Deshalb wollen wir ein selbstbewusstes Deutschland und Europa, aber keine deutsche Hegemonie über andere europäischen Völker und Staaten.

Wenn wir in eine neue deutsche Bundesregierung eintreten, werden wir für mehr Zusammenarbeit, mehr Kooperation und mehr Demokratie in Europa, und für weniger technokratische Machtausübung sorgen. Übrigens: Wir werden alles dafür tun, dass endlich aus diesem Binnenmarkt Europa ein soziales Europa wird.

Nur, um einmal anzudeuten, was in der Großen Koalition möglich wäre: Martin Schulz hat durchgesetzt, dass die Christdemokraten und Christsozialen zum ersten Mal das Ziel eines sozialen Europa in den Auftrag für eine deutsche Bundesregierung akzeptieren werden. Das ist ein großer Erfolg, Martin, den du verhandelt hast. Vielen Dank dafür.

(BEIFALL)

Vor allem aber müssen wir in Europa wieder die Menschen und nicht nur die Banken in den Mittelpunkt stellen. Es kann uns doch nicht kalt lassen, wenn uns das Internationale Rote Kreuz berichtet – hört gut zu, dass sich mehr als 43 Millionen Menschen in Europa kein Essen mehr leisten können. Wir können auch nicht einfach nur achselzuckend zur Kenntnis nehmen, dass vor den Toren Europas Tag für Tag Menschen auf der Flucht vor Verfolgung und wirtschaftlicher Not im Mittelmeer ertrinken oder in den Wüsten Nordafrikas verdursten.

Dies alles ereignet sich in einer Zeit, in der das weltweite Geldvermögen immer rascher größer wird. Diese wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen darf eine mitfühlende europäische Sozialdemokratie nicht kalt lassen, und wir dürfen ihr nicht weiter tatenlos zusehen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir diese drei großen Herausforderungen annehmen, dann werden wir entlang der Herausforderungen mit allen denen, die in unserer Gesellschaft Verantwortung übernehmen wollen, auch wieder Reformbündnisse schließen können: mit dem aufgeklärten und liberalen Bürgertum ebenso wie mit engagierten Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertretern, mit den Gewerkschaften, mit kritischen Intellektuellen und Künstlerinnen und Künstlern, mit Umwelt- und Verbraucherschützern, und natürlich auch mit der undogmatischen Linken innerhalb und außerhalb anderer progressiver Parteien in Deutschland und Europa.

Ja, auch mit der Linkspartei. Aber Vorsicht! Machen wir uns keine Illusionen! Glaubt bitte nicht, wir hätten in den letzten drei Jahren nicht den Versuch unternommen, mit der Linkspartei zusammenzuarbeiten! Ich selber habe mit den zeitweise häufig wechselnden Vorsitzenden der Linkspartei immer wieder diesen Versuch unternommen.

Dass wir am Ende mit ihnen keine Koalitionsaussage treffen wollten und das in dieser Legislaturperiode auch nicht tun werden, lag nicht an der, wie einige glauben, Ausschleißeritis. Das ist eine Legende der Linkspartei. Lasst euch nicht auf diesen Pfad locken.

(BEIFALL)

Die versuchen, mit dem Begriff das Märchen zu erzählen, dass es ja nur an uns gelegen habe, dass die Zusammenarbeit nicht geht. Sie wollen so davon ablenken, dass sie sich manchmal inhaltlich so verrückt aufstellen, dass kein Sozialdemokrat in nüchternem Zustand auf die Idee kommen könnte, mit denen zusammenzuarbeiten.

(BEIFALL)

Für mich, und übrigens auch für Peer Steinbrück, war die Ablehnung einer Koalition mit der Linkspartei in dieser Legislaturperiode schon dieses Mal keine grundsätzliche Frage, sondern eine pragmatische. Mathematische Mehrheiten sind eben nicht zwangsläufig auch politische.

Wir sind offen für solche Koalitionen, ja! Aber der Schlüssel für solche Koalitionen, liebe Genossinnen und Genossen, liegt nicht im Willy-Brandt-Haus, sondern im Karl-Liebknecht-Haus. Und da sollten wir den Schlüssel auch lassen, und wir sollten einfordern, dass sie ihn endlich einmal in die Hand nehmen.

Es ist übrigens schon deshalb gut, daran zu erinnern, weil Karl Liebknecht in der Thomaskirche in Leipzig getauft wurde, wie wir heute Morgen erfahren haben. Der ökumenische Gottesdienst dort war schon deshalb gut, weil er am Taufbecken von Karl Liebknecht, an dem als Taufpaten Karl Marx und Friedrich Engels standen, und vor dem Altar, an dem August Bebel geheiratet hat, stattfand. Was soll da noch schiefgehen, liebe Genossinnen und Genossen?

(BEIFALL)

Also: Ich wiederhole das, was ich vor zwei Jahren auf unserem Bundesparteitag in Berlin gesagt habe: „Wer Visionen hat und darüber debattieren will, der muss wieder zur SPD kommen.“ Wir waren immer dann besonders stark, wenn wir als Partei einen kulturkritischen Flügel hatten, der sich auch über die Grenzen des Wachstums und über die Fragen der sozialen Gerechtigkeit und des Klimawandels mit allen seinen Folgen für unser Ökosystem Gedanken macht.

Wir müssen als Partei den Anschluss an die aktuelle Nachhaltigkeitsdebatte halten. Nur dann – nur dann und nicht nur, wenn wir pragmatische Alltagspolitik machen, die wir auch machen wollen – werden wir für die politischen Kinder und Enkel von Erhard Eppler, Hermann Scheer, Michael Müller oder Heidi Wiecek-Zeul, die dahinten sitzt, attraktiv bleiben. Es war und bleibt unser Anspruch, die großen Menschheitsfragen auch dann nicht aus dem Auge zu verlieren, wenn wir gleichzeitig im Alltag pragmatische Politik machen.

Wenn wir in diesen Tagen stolz den 100. Geburtstag unseres einzigen Ehrenvorsitzenden, von Willy Brandt, feiern, dann muss es für uns als SPD auch eine Selbstverständlichkeit sein, uns dieses großen politischen Erbes von Willy Brandt als würdig zu erweisen.

Am Tag seines Kniefalls in Warschau sprach Willy Brandt einen großen Satz. Er lautete: „Wir müssen unseren Blick in die Zukunft richten und die Moral als politische Kraft erkennen“. Daran zu erinnern, tut in der Tat not. In einer Zeit, in der Moral als politische Kategorie immer weniger Bedeutung hat, weil die Interessen des weltweiten Finanzkapitals übermächtig geworden sind und längst Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bedrohen, müssen wir die Moral als politische Kategorie und als Kraft wiederentdecken.

Die Verbindung von Politik und Moral, die Brandt gefordert hat, ganz praktisch zum Beispiel bei der Frage von Rüstungsexporten oder bei der Verteidigung von Menschenrechten: Das müssen doch Themen der

öffentlichen Debatte für die SPD sein! Denn das gehört nicht nur zum Erbe Willy Brandts. Das gehört historisch auch zur DNA, zur Genetik, der deutschen und europäischen Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Es bleibt also dabei: Wir müssen uns auf unsere eigene Kraft besinnen, damit Gutes entsteht, wie Brandt es einmal ausgedrückt hat. Wir müssen Selbstbewusstsein ausstrahlen, aber zugleich auch Demut vor den Menschen haben.

150 Jahren Sozialdemokratie haben gezeigt: Ein besseres Land kommt nicht vom Zuschauen, ein besseres Land kommt nicht von allein. Wir sind und bleiben ins Gelingen verliebt. Das bedeutet, dass wir gewählt werden, um die Verhältnisse zum Besseren zu wenden. Wenn es uns gelingt, dafür zu sorgen, dass die Koalitionsvereinbarung mit der Union eine klare sozialdemokratische Handschrift trägt, dann ist mir auch nicht bange vor der Abstimmung unserer 470.000 Mitglieder.

Ich möchte mit zwei Sätzen von Willy Brandt schließen, die er vor 25 Jahren zum 125. Jubiläum unserer Partei gesagt hat: „Bescheidenheit ist geboten, aber Selbstbewusstsein erst recht. Wenn denn der Fortschritt eine Schnecke ist: Messen lässt er sich doch.“

In diesem Sinne: Lasst uns einmal in 14 Tagen messen, was für einen Fortschritt wir in den kommenden Jahren in einer Regierung erreichen können, und lasst uns vor allem geschlossen bleiben und gemeinsam das Land zum Besseren entwickeln!

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(ANHALTENDER BEIFALL)

AUSSPRACHE

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Lieber Sigmar, vielen Dank für diese Rede, die nicht nur nachdenklich gewesen ist, sondern auch selbstkritisch und manchmal schonungslos, vor allen Dingen aber mutig, notwendig und zeitgemäß. Das ist eine Voraussetzung für Orientierung, die wir gerade jetzt, aber auch in der Zukunft brauchen. Dafür noch einmal vielen Dank, lieber Sigmar.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Generaldebatte, zur Aussprache zur Rede des Parteivorsitzenden. Wir haben gemäß der Geschäftsordnung eine Redezeit von fünf Minuten vereinbart. Die Erste, die zu uns spricht, ist Hannelore Kraft. Ihr folgt Doris Barnett.

(VEREINZELT BEIFALL)

Hannelore Kraft, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen! Martin hat gerade gesagt, ich solle Fidel für seine Rede danken. Das tue ich nicht. Er hat viel Wichtiges und Richtiges gesagt, was notwendig war an dieser Stelle. Ich weiß: Viele ganz normale Mitglieder schauen heute zu, an den Fernsehern oder im Netz. Sie nehmen das, was in den letzten Wochen passiert ist, häufig fast ausschließlich über die Medien wahr. Deshalb gestattet auch mir, dass ich zurückblicke, um vielleicht dazu beitragen zu können, dass sich einiges besser erklärt, dass einiges klargestellt werden kann.

Ich beginne beim Wahltag am 22.09. kurz nach 18 Uhr. Bei mir - und nicht nur bei mir, sondern bei uns allen - liefen SMS auf, E-Mails und Telefonate kamen an mit dem Inhalt: Um Gottes willen, was für ein Ergebnis! - Ich erinnerte mich sofort an unseren Wahltag 2010. Ich erinnerte mich, wie wir bis in die Nacht gezittert haben und dann hinten lagen und die Situation so bescheiden war, wie man sie sich nur vorstellen konnte. Es ging nichts ohne uns, aber wir lagen nicht vorne. Auch da kamen die E-Mails und die SMS, und alle riefen an. Die einen sagten: Wenn ihr jetzt nicht Rot-Rot-Grün macht, wähle ich euch nie wieder. Die Zweiten sagten: Wenn ihr jetzt Rot-Rot-Grün macht, schicke ich mein Parteibuch. Die Dritten sagten: Wenn ihr mit der FDP auch nur redet, seid ihr die längste Zeit meine Partei gewesen. Die Vierten sagten: Große Koalition auf keinen Fall. - Wir saßen nachts im Parteibüro beieinander und haben gedacht: Auf welchen Teil der Partei können, wollen, müssen wir hier verzichten? Das war eine extrem schwierige Situation.

So ähnlich habe ich mich auch am 22.09. gefühlt, weil ich wusste: Das ist das Letzte, was unsere Mitglieder wollen. Ich wusste auch: Rot-Grün hat nicht gereicht. Ich höre die Stimmen, die da sagten: Macht doch jetzt Rot-Rot-Grün! Ich habe gesagt: Rot-Rot-Grün haben wir im Wahlkampf und im Wahlprogramm ausgeschlossen, und wir können nicht mit einem Wortbruch an unsere Wählerinnen und Wähler herantreten. Auch dazu stehe ich heute noch.

(BEIFALL)

Es ist gut, dass wir heute den Beschluss fassen, in einem solchen Fall beim nächsten Mal zu sondieren. Aber jetzt war es richtig, das nicht zu tun.

Ja, ich war skeptisch, mehr als das. Ich habe mich nicht wohlgefühlt. Das Herz sprach eine deutliche Sprache, wie bei fast allen. Ich gebe zu: Skeptisch war ich auch mit Blick darauf, in Gespräche zu gehen.

Am Montagabend haben wir einen Beschluss gefasst in Nordrhein-Westfalen. Ich zitiere nur zwei Sätze: Die SPD ist nicht angetreten, um als Mehrheitsbeschafferin die CDU an der Regierung zu halten und ihr so eine Fortsetzung der bisherigen Politik zu ermöglichen. Wir verweigern uns keinen Gesprächen, aber Grundlage ist für uns das SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl, und dann halten wir die Inhalte fest, die uns so wichtig sind.

Ja, wir sind eine stark inhaltsbezogene Partei; wir sind und waren nie ein Kanzlerwahlverein. Das ist bei unseren politischen Mitbewerbern etwas anders. Und weil wir so auf die Inhalte schauen, war klar: Wir müssen reden, aber wir werden diese Sondierung hart führen. Ich kann euch berichten: Wir haben uns in diesen Gesprächen nichts geschenkt. Mancher wollte uns austesten, musste aber dann erkennen, dass wir unsere Selbstachtung und unseren Stolz nicht an der Garderobe abgegeben haben. Ja, wir haben uns nicht kleinmachen lassen. Wir sind stolz auf das, wofür wir stehen. Diejenigen auf der anderen Seite haben die Signale, die wir ausgesandt haben, erkannt. Sie haben beigesteuert, und dann kann man auch großzügig auf einem Balkon eine gereichte Hand annehmen.

Am Ende der Sondierung stand die Frage: Gehen wir in Koalitionsverhandlungen, ja oder nein? Ich habe mich für Ja entschieden, trotz der Bedenken, die ich gerade dargestellt habe. Ich mich für Ja entschieden, weil ich in den Punkten, die mir und uns wichtig sind, am Ende der Sondierung einen klaren Einigungskorridor erkennen konnte. Die Inhalte sind wichtig. Deshalb messt bitte diesen Prozess am Ende an dem, was bei den Inhalten herauskommt.

In Nordrhein-Westfalen haben wir den Prozess der Sondierung, der dann begonnen hat, begleitet. Wir haben mitgliederoffene Veranstaltungen durchgeführt, und ich habe viele erlebt, die mit heißem Herzen kamen und die zurückblickend sagten: Bloß nicht wieder eine Große Koalition! Da kommen wir noch kleiner wieder heraus. - Ich habe dann vorgetragen, dass es nicht nur an der Großen Koalition lag, dass wir damals nur mit 23 Prozent nach Hause gegangen sind. Ich habe vieles gesagt zu Rot-Rot-Grün, was ich eben schon wiederholt habe. Manche haben gesagt: Lasst sie doch eine Minderheitsregierung machen, das habt ihr doch in NRW auch so erfolgreich gemacht! - Ich neige dazu, Dinge zu Ende zu denken. Aus der Opposition heraus in eine Minderheitsregierung zu gehen, ist etwas anderes, als das aus der Regierung heraus zu tun. Auch das muss man klar sehen. Andere sagten: Lasst uns lieber in die Opposition gehen; dann bleiben wir uns treu mit dem, was wir wollen.

Ich habe mir das alles angehört. Ich habe meine Meinung gebildet. Meine Meinung ist auch geprägt von dem Jahr „150 Jahre SPD“, das wir gerade immer noch feiern und hier in Leipzig ganz groß gefeiert haben. Wie viele Reden habe ich in diesem Jahr gehalten über Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, über unseren Kampf dafür! Ja, wir haben eine Menge erreicht für die Menschen in unserem Land in diesen 150 Jahren: für bessere Arbeitsbedingungen, für ein besseres und leichteres Leben und für mehr Demokratie. Das ist konkret unsere Aufgabe. Als Inhaltspartei ist es vielleicht manchmal einfacher, nicht zu regieren. Aber wenn wir wirklich Verbesserungen für die Menschen erzielen wollen, dann geht das am besten, wenn wir regieren. Ich habe beides mitgemacht, und ich weiß: Als Opposition schreibt man viele gute Anträge, aber die werden selten in die Tat umgesetzt.

Dennoch: Bedeutsam für die Entscheidung, Koalitionsverhandlungen aufzunehmen, war sicherlich nicht nur das Herz; das war auch der Verstand, aber das war vor allem meine Seele. Auf meiner Seele liegen noch viele bewegende Gespräche und Begegnungen aus dem Wahlkampf. Ich habe über 150 Wahlkampfeinsätze gemacht. Ich bin verdammt vielen Menschen in diesem Land direkt begegnet, und ich habe lange, intensive,

bewegende Gespräche geführt, zum Beispiel mit der Rentnerin in Moers kurz vor der Wahl, die mir folgte, als ich in ein Café gehen wollte, um mich aufzuwärmen. Sie sagte: Ich kann mir hier keinen Kaffee leisten. Meine Rente ist sehr niedrig, obwohl ich hart gearbeitet habe und Kinder großgezogen habe. Grundsicherung wolle sie nicht, dafür sei sie zu stolz, hat sie auf meine Frage geantwortet. Sie hat mir geschildert, dass sie in der zweiten Monatshälfte nur noch Pellkartoffeln mit Quark isst, weil das günstiger ist. Ihre Hoffnung stützt sich auf unsere Solidarrente. Sie baut auf uns.

Gesprochen habe ich auch mit der Friseurin in der Fußgängerzone, alleinerziehend, die auf mich zukam und auf die Frage „Können wir Ihnen noch Informationen geben?“ sagte: Ja, Sie können mir helfen. Ich bin alleinerziehend, Friseurin, habe eine gute Ausbildung, einen Einser-Abschluss gemacht, und mein Tariflohn liegt bei knapp über 4 Euro.“ Diese Frau hat uns gewählt; da bin ich ziemlich sicher. Sie hat auf uns gebaut.

Oder der Leiharbeiter vor dem Werkstor in Hessen, der mir, als wir auf der Bank saßen, schilderte, wie es ist, wenn man ein Drittel weniger Lohn bekommt im Vergleich zu dem, der nebenan arbeitet, das Gleiche tut, aber eben nicht Leiharbeiter ist. Auch er setzte auf uns.

Oder die junge Familie in Bayern, die mit ihren Kindern im Kinderwagen und auf dem Rücken getragen vor mir stand und sagte: „Die SPD, das seid doch ihr. Ihr seid doch die, die für bessere Betreuung, für gute Bildung und für Ganztage kämpfen. Wenn das so ist, wenn ihr mir das verspricht, dann wähle ich euch.“

Oder der junge Nordrhein-Westfale in Duisburg - diese Begegnung vergesse ich nicht -, der mir erzählte, seine Eltern sind in der Türkei geboren und er ist im Moment in der Phase, wo er entscheiden muss, was er macht: Deutscher oder Türke? Er hat mir mit Tränen in den Augen von den Gesprächen mit seiner Oma erzählt, die nicht verstehen kann, dass er nicht mehr Türke sein kann und gleichzeitig Deutscher ist. „Ich wähle euch“, hat er gesagt. „Ich baue auf euch, und das geht nur mit der SPD, dass die Optionspflicht fällt.“

Ja, wenn die Entscheidung ausfallen würde: bescheidenes Ergebnis, kein Rot-Grün, also keine Verhandlungen mit CDU/CSU, trotz erkennbarer Einigungskorridore, was sagen wir, was sage ich diesen Menschen, die da drin sind, für die wir konkret Verbesserungen erzielen könnten, für die wir etwas schaffen können?

Deshalb: Wir alle unterliegen dem Verdacht, wir tun es für Pöstchen und Posten und für Dienstwagen; Sigmar hat darauf hingewiesen. Alle haben Angst, dafür würden wir unsere Inhalte aufgeben. Nein, ich sage: Wenn die Inhalte stimmen, dann müssen wir es machen für die Menschen, damit wir unserer Aufgabe gerecht werden.

(BEIFALL)

Wenn wir in den zentralen Punkten etwas für diese Menschen erreichen können - die zentralen Punkte haben wir auf dem Konvent miteinander beschrieben -, nur dann - ich sage: nur dann - werde ich persönlich sagen: Lasst es uns machen. Ich bin mit mir im Reinen. Mein Spiegel zu Hause ist mein Gradmesser, und ich habe ihn bisher noch nicht zuhängen müssen, solange ich Politik machen. Ich tue es auch jetzt nicht. Ich habe eine klare Linie, und die orientiert sich an den Inhalten.

Klar ist aber auch: Lasst uns die Erwartungen nicht zu hoch setzen. Es ist bitter, aber wahr: Rund 75 Prozent der Wählerinnen und Wähler haben nicht uns gewählt. Da kann am Ende eines solchen Prozesses auch nicht 100 Prozent SPD herauskommen. Auch das muss man jetzt deutlich sagen.

Ich bin froh, dass wir ein Mitgliedervotum haben, aber die Gefahr besteht natürlich darin, dass jeder und jede einzelne den Koalitionsvertrag dann aufschlägt, wenn er zustande kommt, seinen Punkt herauspickt und sagt: „Das habt ihr für mich nicht erzielt. Dann sage ich Nein.“ Deshalb muss es klar sein, was damit gemeint ist und was wir erreichen können. Aber wir brauchen vor allem eines: Gegenseitiges Vertrauen. Wir bitten um euer Vertrauen - ich ganz persönlich - für diesen Prozess. Der ist ganz schön hart. Das, was wir gerade unternehmen, ist nicht einfach. Deshalb, und weil fast Weihnachten ist, möchte ich gerne eine Wunschliste abgeben.

Wenn schon eine solche Verhandlung hart ist, wenn erkennbar ist, dass wir aufeinandertreffen mit zwei Parteien, deren gesellschaftliche Vorstellung und Vorstellung von Familie weit auseinanderliegen, und wir als SPD klar näher in der Realität sind, bei den Menschen sind, wenn wir auch in diesen Verhandlungen erkennen müssen, dass es stimmt, was wir im Wahlkampf gesagt haben, auf manchen dieser Etiketten, die Sie in Ihrem Wahlprogramm herausgegeben haben, stand zwar etwas drauf, aber die Dosen - ich glaube, Peer hat immer von Dosen gesprochen; ich habe immer von Flaschen gesprochen - waren leer. Wir versuchen, in harter Arbeit diese Inhalte auch in diese Behältnisse hineinzubringen.

Schön wäre es, wenn ihr bei all diesen Prozessen, die dort im Moment laufen, unvoreingenommen damit umgeht - auch mit dem Mitgliedervotum. Vertrauen statt Misstrauen, und bitte nicht alles glauben, was geschrieben und gesendet wird.

Ich habe das selbst mit erlebt. Ihr wisst, ich habe Energie verhandelt und bin da - man könnte neudeutsch sagen - in einen Shitstorm geraten. Ich habe ein Interview in einer großen Zeitung gegeben und habe erklärt, dass die Energiewende ein wichtiges Projekt ist, das wir zum Erfolg führen müssen, dass es auch eine Chance für neue Arbeitsplätze ist. Und plötzlich war ich angeblich Gegner der Energiewende, nur weil ich gesagt habe, ich möchte, dass diese Energiewende sicher, sauber und bezahlbar ist, und weil ich darauf hingewiesen habe, dass wir darauf achten müssen, dass dabei unsere industrielle Basis nicht verloren geht. Wenn man das in Deutschland nicht mehr sagen kann, wo sind wir denn dann? Wir kämpfen für industrielle Arbeitsplätze, denn nur als Industriestandort sind wir gut durch die Krise gekommen.

(BEIFALL)

Das sind meine Bitten: Unvoreingenommen, schaut auf die Ergebnisse! Wir geben unser Bestes. Darauf könnt ihr euch verlassen. - Danke.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Hannelore. - Liebe Genossinnen und Genossen, ihr werdet es gesehen haben: Zurzeit werden auf den Plätzen Kopfhörer und das Abstimmungsgerät verteilt. Die Kopfhörer sind für die Rede des italienischen Ministerpräsidenten, der heute noch zu uns sprechen wird, dort wird gedolmetscht. Die Abstimmungsgeräte sind die Geräte, mit denen wir die Parteivorstandswahlen, also die Personalwahlen, nachher durchführen wollen. Ein solches Gerät braucht jeder, der stimmberechtigt ist. Passt bitte auf diese Geräte auf euren Plätzen auf.

Jetzt hat Doris Barnett das Wort. Ihr folgt Ralf Stegner.

Doris Barnett, Rheinland-Pfalz: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, zuerst möchte ich dir, Sigmar, für deine Rede danken. Deine Rede war inhaltsschwer, und sie ist wichtig, dass wir sie mitnehmen und vielleicht noch einmal in einer stillen Stunde nachlesen. Ich danke dir, dass du uns jetzt nicht hast überrumpeln wollen, sondern du willst uns überzeugen. Das ist wichtig. Dafür vielen Dank! Ich hätte mir etwas mehr Applaus gewünscht, denn das braucht ein Parteivorsitzender hin und wieder auch.

Kommen wir aber zurück zum Inhalt. Es ist ja so, dass du und dass ihr für den Mindestlohn kämpft. Das ist wichtig. Nachher haben wir einen italienischen Gast bei uns. In diesem Zusammenhang komme ich auf das, was wir eigentlich als Schützenhilfe im Augenblick bekommen, und zwar aus Europa. Die Europäische Kommission will Deutschland wohl an den Karren fahren wegen unserer hohen Exportüberschüsse. Viele sind entsetzt. Ich eigentlich nicht. Ich warte schon lange darauf. Denn wie kommen die hohen Exportüberschüsse zustande? Hat bisher einer mal daran gedacht, dass unsere Exportüberschüsse auch etwas mit unserem Lohngefüge zu tun haben, damit, dass wir über Aufstocker, also praktisch über Steuergeld Unternehmen subventionieren, damit sie billig anbieten können und damit wir dann billig ins Ausland liefern können. Da fordern wir Italiener, Griechen, Spanier usw. auf, dass sie sparen sollen, und was machen wir? Wir erlauben uns Löhne, die weit unter dem Niveau sind, wie sie in anderen Ländern gezahlt werden, und wundern uns, dass wir dann die Exportweltmeister sind. Ich wundere mich nicht darüber. Im Gegenteil: Ich bin entsetzt. Deswegen könnte dieses Verfahren aus Europa uns helfen, als gute Begründung selbstverständlich endlich den Mindestlohn einzuführen und eure Position in der Verhandlung stärken; denn es ist wichtig, dass wir bei dieser Gelegenheit endlich auch die Unterschiede bzw. das Lohngefälle zwischen Ost und West abschaffen. Auch diese Lohnunterschiede helfen mit, dass wir besser sind im Export.

Deswegen unterstützt bitte unsere Verhandlungsführer und vor allem auch eure Gewerkschaften. Natürlich haben wir Tarifverträge. Wir haben Branchentarifverträge. Schön. Aber wie viele Arbeitgeber sind denn noch in Arbeitgeberverbände, wo diese dann auch gelten? Aus diesem Grund ist es so wichtig. Deswegen hoffe ich, dass wir auch im Interesse unserer europäischen Nachbarn endlich den Mindestlohn durchbekommen. Ich wünsche euch und uns viel Glück. Alleine das ist ein ganz großes Stück Arbeit, das vor uns liegt. Deswegen brauchen wir, braucht ihr die Unterstützung der ganzen Partei. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagsspräsidium: Vielen Dank, Doris. - Jetzt hat Ralf Stegner das Wort. Ihm folgt Katrin Budde.

Ralf Stegner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, 25,4 Prozent sind ein deprimierend schlechtes Ergebnis für die Sozialdemokratie bei einer Bundestagswahl. Dafür gibt es viele Gründe. Sigmar hat in seiner Rede einige benannt, hat auch schwierige und unbequeme Fragen gestellt, auf die es übrigens auch keine bequemen Antworten gibt.

Lag es am Programm? Daran lag es gewiss nicht. Dieses Programm war das fortschrittlichste und beste, das wir seit Jahrzehnten hatten, liebe Genossinnen und Genossen. Aber Vertrauen ist schnell verloren und schwer wieder hereingeholt. Aber es wichtig, uns daran zu erinnern, weil das ein Hinweis darauf ist, dass an diesem Programm und den Inhalten auch in Zukunft gemessen werden, auch bei den Entscheidungen, die wir jetzt zu treffen haben.

Lag es an der Geschlossenheit? Ganz gewiss nicht. Wobei ich hinzufügen möchte: Die Geschlossenheit war an der Basis am größten, liebe Genossinnen und Genossen. Man kann nur gewinnen, wenn man gemeinschaftlich agiert.

Lag es an der fehlenden Machtperspektive? Wahrscheinlich auch, weil Rot-Grün in den Umfragen sehr weit zurücklag. Wenn wir das heute korrigieren und sagen, wir machen das nicht mehr vor Wahlen generell, dass wir Dinge ausschließen - außer mit Rechtsparteien-, ist das klug und richtig. Ich sage das, ohne mir die Linkspartei schönzureden, denn das beste Modell im Westen ist mindestens, dass die nicht ins Parlament kommen, weil wir selbst Gerechtigkeitspartei sind, liebe Genossinnen und Genossen.

Aber im Osten werden wir es schwerer haben. Die bisherige Situation war eine, die es der Union bequem gemacht hat. Sie konnte sich zurücklehnen. Die Frau Merkel hat immer eine Kerze ins Fenster gestellt, dass die Linkspartei möglichst stark wird, und die Linkspartei konnte es sich auch bequem machen, weil sie wusste, sie wird nie ernsthaft beteiligt werden müssen.

Worum geht es jetzt? Im zentralen Sinne um unsere Glaubwürdigkeit. Und macht euch nichts vor: Ganz viele Menschen glauben, die Politik sei eben so. Da geht es um Posten, und ihr tut nur so als ob ihr über Inhalte redet. - Wir müssen in dem ganzen Verfahren deutlich machen, dass es um unsere Glaubwürdigkeit geht und dass wir nicht für ein paar Posten unsere Inhalte drangeben, Genossinnen und Genossen. Daran werden wir von unseren Mitgliedern und von unseren Wählerinnen und Wählern zentral gemessen werden.

Der Parteikonvent hat mit über 85 Prozent einen Verhandlungsauftrag gegeben, und er hat Maßstäbe gesetzt. Er hat gesagt: Wir machen das nur bei substanziellem Politikwechsel, und wenn unsere Mitglieder zustimmen. Substanzieller Politikwechsel heißt eben, gute Arbeit, mehr Gerechtigkeit, mehr tun für Kommunen und Infrastruktur, insbesondere für bessere Bildung und auch für eine andere Gesellschaftspolitik: Mehr Gleichstellung, anderer Umgang mit Menschen, die zu uns gekommen sind. Und ja, Genossinnen und Genossen: Auch keine Flüchtlingspolitik wie Herr Friedrich sie in Lampedusa zulässt. Auch das ist der Sozialdemokratie nicht würdig, finde ich jedenfalls, wenn wir uns an der Regierung beteiligen sollten.

Wenn wir einmal gucken, wie das die, an deren Haustüren viele von uns geklingelt haben, betrachtet haben, dann haben sie gesagt: „Mir geht es darum, dass ich meine Miete bezahlen kann, dass ich den Strom bezahlen kann, was aus meiner Rente wird, wie das mit der Bildung und Kinderbetreuung der Kinder ist, wie das ist, wenn meine Eltern pflegebedürftig werden. Was ist in unserer Kommune los?“ Das waren die Fragen, die sie uns gestellt haben. Deswegen sage ich: Das sind auch die Antworten, die wir geben müssen.

Vorhin ist auch Martin Schulz angesprochen worden, der unser Spitzenkandidat für die Europawahl ist. In Europa setzen die auf uns, dass die Sozialdemokratie dabei ist, weil es sonst kein soziales Europa geben wird, sondern Autoritätspolitik und Politik für Banken und nicht für Menschen. Die Gewerkschaften setzen auf uns und ebenso die Arbeitnehmer, weil sie wissen, ohne uns wird es keine gerechtere Politik und keine gute Arbeit in Deutschland geben. Das sind die Maßstäbe, die bei uns angelegt werden.

Deswegen ist es gut, dass die Mitglieder entscheiden. Ich finde, am allerwichtigsten ist es, dass wir es uns nicht leicht machen, Genossinnen und Genossen. Wir machen es uns am leichtesten, wenn wir sagen, wir sind nicht dabei, sondern wichtig ist, dass wir uns um die kümmern, die es schwer haben in dieser Gesellschaft, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist unser Auftrag.

Ich gehöre bestimmt zu denjenigen, denen keine besondere Sympathie für die Union nachgesagt werden können. Es gibt Leute, die behaupten, ich hätte 2009 die große Koalition in Schleswig-Holstein gesprengt. Das ist übertrieben. Aber ich bin der Meinung und sage das deutlich: Große Koalitionen gibt es in drei Varianten. Braver Juniorpartner - das taugt nichts -, Opposition in der Regierung - das taugt auch nichts -, Gegengewicht mit Perspektive, dass wir das nächste Mal wieder selbst die Regierung führen - das ist die einzige Form von großer Koalition, die etwas taugt in diesem Land, liebe Genossinnen und Genossen.

Deswegen: Wenn wir uns darauf einlassen sollten, dann dürfen wir das nur tun, wenn in der Substanz Verbesserung für die Menschen erreicht werden kann, für die wir Politik machen.

An diesem Ort und in diesem Jahr ist es so, dass jeder Willy Brandt zitiert. Ich habe ein Lieblingszitat von Willy Brandt, und das ist das, was besser zu dieser Situation passt als jedes andere, finde ich. Er hat nämlich gesagt, Politik taugt nur was, wenn sie das Leben der Menschen besser macht, und daran alleine wird gemessen, ob wir uns beteiligen oder nicht. Die Mitglieder sind die, die es entscheiden. Damit sind wir die demokratischste Partei in diesem Deutschland. Darauf sollten wir stolz sein. Ergebnisoffen muss es bleiben. Die Mitglieder entscheiden. Das ist der richtige Weg. - Vielen herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Ralf. - Jetzt hat Katrin Budde das Wort. Ihr folgt Norbert Schmidt.

Katrin Budde, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, es scheint gerade, wenn man in die Runde guckt, so zu sein, als wenn alle nach einer längeren Rede eine kollektive Blasenschwäche hätten.

Ich will gerne mit dem anfangen, mit dem Sigmar geendet hat, und auch das aufnehmen, was Ralf Stegner gesagt hat: Wie halten wir es zukünftig mit Koalitionen oder mit Aussagen dazu, bevor wir in einen Wahlkampf gehen? Dabei geht es im Grunde genommen nur darum: Wie halten wir es mit einer Koalition mit der Partei DIE LINKE? Das ist das ungelöste Problem, das ist die offene Frage, die wir uns auch nach diesen Wahlen gestellt haben. Es wird auch noch einen Leitantrag geben, in den eine Passage aufgenommen worden ist. Man muss ja nicht zu allen Themen immer wieder reden. Deshalb will ich es gleich in dieser Generalausprache tun.

Ich halte diese Passage für berechtigt. Ich halte sie auch für notwendig zu diesem Zeitpunkt. Das ist der richtige Zeitpunkt dafür, denn wir sind gerade nicht akut in der Situation, es sofort entscheiden zu müssen. Wir brauchen, glaube ich, für diese Frage, auch wenn wir sie so offen formulieren, trotzdem Zeit der Abwägung. Wir müssen trotzdem auch weiter miteinander darüber reden, auch wenn es im Leitantrag so steht, weil es immer zwei Seiten einer Medaille gibt, und die wollen bei einer Entscheidung mit einer solchen Tragweite durchaus betrachtet werden.

Deshalb will ich noch einmal anmahnen und laut sagen, was die Partei die Linke ist. Sie ist keine Partei, die wie die SPD in einer 150 Jahre alten demokratischen Tradition steht. Das muss man einfach feststellen. Sie war es vor 1933 nicht, sie war es nach 1945 nicht, und sie war es auch 1989 nicht. Sie ist auch keine Partei, die irgendwie eine Schwesterpartei von uns ist. Auch das müssen wir uns bitte immer wieder in Erinnerung behalten, wenn wir darüber sprechen. Sie ist keine Partei, die die bessere Sozialdemokratie ist, auch wenn sie immer suggeriert, als wäre sie eine bessere Sozialdemokratie.

Sie steht in der Tradition des Mauerbaus. Sie steht in der Tradition des 17. Juni und der Zwangsvereinigung. Das müssen wir im Hinterkopf behalten. Übrigens: In den ersten beiden Punkten in dieser Tradition steht die Ost-CDU auch. Die überdeckt das nur dadurch, dass sie von dem großen Bruder der West-CDU sozusagen umarmt worden ist, hat aber als Blockpartei freundlich mitgemacht.

Und die Partei die Linke mag noch so oft ihren Namen verändern - sie steht in der Tradition einer Partei, deren größter Feind über viele Jahrzehnte, man kann fast sagen: 150 Jahre die Sozialdemokratie war, einer Partei, die die SPD in einem Teil Deutschlands abgeschafft hat, die die Sozialdemokraten verfolgt hat und Demokraten verfolgt und auch bespitzelt hat. Und sie ist nicht unser geborener Partner.

Trotzdem ist es richtig, was Sigmar gesagt hat: Der Schlüssel liegt bei der Linken. Trotzdem sage ich, es ist richtig, dass wir uns öffnen. Ich war eine von denen, die 1994, als wir in Sachsen-Anhalt die Minderheitsregierung, toleriert durch die PDS, gegründet haben und sie auch eine lange Zeit erfolgreich geführt haben, von Anfang an dafür geworben hat, weil wir eine Alternative zur CDU haben wollten. Das ist der ausschließliche Grund dafür, dass ich sage, es ist richtig. Es gibt immer zwei Wege. Einmal neue Koalitionen erschließen, neben der Koalition mit der CDU und auch mit den Grünen. Auch Rot-Grün ist nicht immer nur der Königsweg. Der zweite Weg ist, dass man einfach selber stärker wird. Das ist für mich immer noch der prioritäre Weg: dass wir selber wieder stärker werden. Das muss das sein, worauf wir unsere größte Kraft verwenden.

Sigmar hat zu Recht gesagt, es gibt noch ein kleines Trauma aus der letzten großen Koalition und hat die zwei Stichworte „Mehrwertsteuer“ und „Rente mit 67“ angesprochen. Wenn wir das aber ganz ehrlich zu Ende denken, dann ist das kein Trauma aus der großen Koalition, sondern dann ist das ein Trauma, das wir mit uns selbst herumschleppen.

Wenn man das nämlich zu Ende denkt, dann muss man sagen: Wir haben ein Stückchen auch selbst Angst davor, dass es wieder so kommt. Denn das sind Themen, die wir vorangebracht haben, zu denen uns die CDU nicht gezwungen hat. Auch das müssen wir miteinander klären. Deswegen waren mir die Sätze von Sigmar so wichtig, dass er gesagt hat: Wir werden nichts gegen unser sozialdemokratisches Selbstverständnis tun, und was zu den wichtigen Themen im Programm steht, wird sich zum überwiegenden Teil – natürlich ist eine Koalition ein Kompromiss – in einem Koalitionsvertrag wiederfinden.

Wann gewinnt Sozialdemokratie? Sozialdemokratie gewinnt immer dann, wenn es Mut und Wille zu einer gesellschaftlichen Veränderung gibt. Das sehe ich zurzeit nicht. Die Menschen haben die CDU gewählt – ich verstehe das nicht –, weil sie finden, dass diese Partei etwas verstetigt, dass sie ihnen Wohlstand gibt, dass sie keine Veränderung vorantreibt. Ich verstehe nicht, dass Menschen das wählen können, aber sie haben es getan. Das war der Grund. Und ich glaube, dass sie auch heute noch so denken, nicht nur am Wahltag. Deshalb ist es wichtig für uns, dass wir „Veränderung“ wieder positiv deuten. Denn Veränderung bedeutete für die meisten Menschen in den letzten zehn Jahren Verschlechterung. Das ist das grundsätzliche Problem. Deshalb müssen wir beweisen, dass wir in den Koalitionsverhandlungen so viel positive Veränderung wie möglich unterbringen. Das darf nicht mit negativen Vorzeichen gesehen werden. Dann klappt es am Ende auch mit den Prozenten wieder. Ich glaube, dass das der prioritäre Weg sein muss. – Schönen Dank.

Heiko Maas, Parteitagspräsident: Vielen Dank, Katrin. Jetzt hat Norbert Schmitt das Wort. Ihm folgt Nina Scheer.

Norbert Schmitt, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich Sorge habe, dass wir bei den Koalitionsverhandlungen die Auseinandersetzung und den Kampf um die Steuergerechtigkeit nicht entschlossen genug führen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Damit da kein Missverständnis entsteht: Ich finde es richtig, dass Sigmar darauf hinweist, dass die CDU an dieser Stelle keine Bewegung haben möchte. Es ist dein Auftrag, der Partei zu sagen: Das ist ein ganz hartes Brot. Trotzdem meine ich, dass wir das nicht akzeptieren dürfen. Wir müssen vielmehr signalisieren – übrigens auch durch diesen Parteitag –, dass für uns die Frage der Steuergerechtigkeit ein ganz zentraler Punkt ist, den wir auch durchsetzen wollen. Es war ein zentrales Wahlkampfthema. Um in der Sprache des Spitzenkandidaten zu bleiben: Wir haben da die Pferde gesattelt. Es darf nicht sein, dass wir jetzt den Sattel abnehmen, sondern wir müssen die Pferde füttern

(VEREINZELT BEIFALL)

und dafür sorgen, dass die Pferde ausrücken können. Die CDU darf diesen Pferden keine Fesseln anlegen. Wie gesagt, das ist hartes Brot in den Verhandlungen mit der CDU. Aber mein Appell ist, den Kampf eben nicht aufzugeben, sondern deutlich zu machen, dass das eine zentrale Auseinandersetzung ist.

Es ist richtig, dass sich im Leitantrag ein Absatz findet, in dem wir sagen: Ja, wir treten dafür ein, dass beim Spitzensteuersatz etwas passiert, und wir sind für die Vermögensteuer. Das ist ja eine Frage der Gerechtigkeit. Denn die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in Deutschland sind wirklich nicht mehr zu akzeptieren. Wir brauchen da eine Veränderung.

Und wir machen das auch, um den Staat angemessen zu finanzieren. Als Landtagsabgeordneter kann ich nur sagen: Die Kommunen in Deutschland brauchen mehr Geld. Und auch auf Bundesebene brauchen wir mehr Geld. Deswegen kann es nicht sein, dass wir am Ende wichtige Forderungen möglicherweise deswegen nicht realisieren können, weil sich auf Bundesebene an diesem zentralen Punkt nichts tut.

(VEREINZELT BEIFALL)

Mein Appell an alle, die verhandeln: Bitte nicht die Flinte ins Korn werfen! Es könnte sein, dass die Partei die Flinte dann wieder rausholt, weil sie das Ergebnis nicht akzeptiert. Das ist nicht nur meine Befürchtung.

Man hört Zwischenergebnisse, von denen man sagt: Okay, das hört sich ganz gut an. Der zentrale Einwand, den ich momentan höre, ist: Wir können nicht akzeptieren, dass sich in Sachen Steuergerechtigkeit nichts tut. Wir haben in Hessen Unterschriften gesammelt, übrigens sehr erfolgreich. Ein Punkt dabei war, dass wir gesagt haben: Es kann nicht sein, dass Steuerhinterzieher zehn Jahre durchhalten müssen und nach elf Jahren die hinterzogenen Steuern behalten können. Ich finde, auch das müsste verändert werden. Deswegen der Appell an euch: Tut an dieser Stelle etwas! Wir sollten nicht zu schnell sagen, dass das mit der CDU nicht machbar ist. Wir brauchen die Mittel auch deshalb, um die ungerechte Umverteilung in Deutschland wieder zurückzudrehen. – Herzlichen Dank.

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Norbert. Jetzt hat Nina Scheer das Wort. Ihr folgt Manuela Schwesig. Wo ist die Nina? Ich würde vorschlagen, dass wir mit Manuela Schwesig fortfahren. Vielleicht kann jemand der Nina Bescheid sagen, dass sie reden kann.

Manuela Schwesig, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen! Die meisten von uns – vermutlich alle – sind in die deutsche Sozialdemokratie eingetreten, weil sie eine politische Heimat ist, die für Werte wie Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität steht. In dieser Partei kann man den Traum, die Welt gerechter zu machen, leben. Wir tun das alle jeden Tag. Das gilt für unsere vielen Mitglieder im Ehrenamt und Hauptamt in der Kommunalpolitik, die sich abmühen, Punkt für Punkt zu klären, um die Städte, die Dörfer, die Gemeinden weiterzuentwickeln. Wir tun es mittlerweile zum Glück auch in vielen Ländern. Gerade über den Bundesrat und in den Ländern haben wir gekämpft, die Dinge voranzubringen.

Wir haben uns in den letzten Jahren programmatisch aufgestellt und den Traum gelebt, auch auf Bundesebene Politik gestalten zu können und auch so Verbesserungen für die Menschen erzielen zu können. Wir haben gemeinsam gekämpft mit einem guten Programm und sind deshalb zu Recht bitter enttäuscht, dass wir diese Wahl nicht gewonnen haben. Zwar konnten wir über 1 Million Menschen hinzugewinnen, aber dieses Ergebnis reicht nicht für den rot-grünen Politikwechsel, den wir wollten.

Ich kann mich gut an den Wahlabend und die Tage danach erinnern. Ich habe mich gefühlt wie durch einen Fleischwolf gedreht. Ich musste, wie viele andere auch, erkennen, dass es nicht die entsprechenden Mehrheitsverhältnisse gibt, um all das, was wir wollen, erreichen zu können. Das sind keine Bauchschmerzen, sondern das sind Magenkrämpfe, die die meisten – eigentlich fast jeder von uns – von uns haben, wenn sie an die Große Koalition denken.

Und dennoch glaube ich: Einige Punkte, viele Punkte können wir umsetzen, um das Land zu gestalten und das Leben für die Menschen zu verbessern. Deswegen war es nur folgerichtig, dass wir in Sondierungen gegangen sind. In diesen Sondierungen ist – das hat Hannelore schon aufgezeigt – ein Korridor entstanden, von dem wir sagen: Ja, es lohnt sich, in diese Koalitionsverhandlungen einzutreten. Aber abgerechnet wird am Ende. Wir müssen Verantwortung übernehmen für die Menschen, die auf uns bauen und vor allem für die vielen Menschen, die uns gewählt haben. Das kommt der Quadratur des Kreises gleich. Denn unsere Wählerinnen und Wähler haben uns wegen unserer Inhalte gewählt, und natürlich erwarten sie, dass diese umgesetzt werden, wenn wir mitregieren. Aber auf der anderen Seite haben sie uns auch nicht gewählt, damit wir einfach sagen: Nein, mit den anderen geht es nicht, deswegen probieren wir es erst gar nicht.

Deswegen müssen wir in diesen Koalitionsverhandlungen versuchen, so viel wie möglich herauszuholen. Niemand ist naiv und denkt, dass 100 Prozent kommen können. Aber wir müssen trotzdem für alle Punkte kämpfen, um am Ende viel zu bekommen.

Diese Koalitionsverhandlungen sind schwierig, denn die Union setzt derzeit auf ein Weiter-so, während wir in vielen Themen einen Politikwechsel wollen. Hannelore hat einige Themen angesprochen, bei denen die Menschen zu Recht ganz konkrete Verbesserungen erwarten. Ich will zwei Punkte hinzufügen: Wir brauchen Verbesserungen in der Pflege. Hier herrscht Druck, die Menschen dort leiden unter schlechten Arbeits- und Lohnbedingungen. Das muss sich ändern.

Daneben möchte ich natürlich auch anführen, dass wir uns auf den Weg machen müssen – das ist neben den Fragen von Mindestlohn, Rente, Bildung und Pflege wichtig – hin zu einer modernen Familien- und Gleichstellungspolitik. Wir müssen anerkennen, dass die Menschen ihr Leben leben, wie sie es für richtig halten. Ob als Paare, ob als Alleinerziehende, ob als Regenbogenfamilien, ob in einer Patchworkfamilie – wir können in jedem Fall froh sein, dass diese Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Die Politik hat die Verpflichtung, diese Lebensformen zu unterstützen, insbesondere dann, wenn sie sich für Kinder entscheiden wollen oder pflegebedürftige Angehörige haben.

Dass das nicht leicht ist, erleben wir alle gemeinsam auch in den Arbeitsgruppen. Ich habe das große Glück, eine gute Mannschaft an meiner Seite zu haben mit Martin Dulig, Dagmar Ziegler, Caren Marx, Elke Ferner, Eva Högl und Kerstin Griese. Wir streiten dort, nicht nur um mehr Geld für Kita, sondern vor allem um gesellschaftspolitische Themen. Wir wollen, dass sich eine Bundesregierung der Gesellschaft öffnet und dass wir die Menschen besser unterstützen.

Wir haben beide Dinge erlebt. Es kann was gehen mit denen. Aber es geht zum Teil auch nichts. Wir haben durchgesetzt, dass wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit zukünftig gesetzlich verankern, dass wir zu einer Transparenzpflicht kommen für gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frauen. Das ist für uns ein wichtiges Kernanliegen; denn Sigmar hat ja recht: Die Frauenquote allein macht die Gleichstellung nicht. Wir wollen über gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frauen durchsetzen, dass die Lohnunterschiede, dass die Lohnungerechtigkeiten zwischen Frauen und Männern ein Ende haben. Wir haben die Verpflichtung, das zu probieren.

Hier haben wir eine Einigung erzielt, mit Transparenzpflichten, mit dem Abbau von Lohnungerechtigkeiten, verbindlich geregelt. Das ist ein guter Punkt. Aber wir erleben genauso, dass die Union sich eben nicht bewegt beim Thema Frauenquote, beim Thema Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld oder zum Beispiel auch beim wichtigen Thema der Gleichstellung der Lebenspartnerschaften. Deswegen werden wir weiter kämpfen.

Für mich ist eines klar: Koalitionsverhandlungen fangen mit „K“ an. Das heißt für mich nicht Kuschnel, sondern Kämpfen.

(BEIFALL)

Ich bin sicher und ich erlebe, dass wir das alle gemeinsam tun. Deswegen bitte auch ich um Vertrauen für diesen Weg. Wir können am Ende nur gemeinsam Bilanz ziehen. Es ist nicht nur das eine Thema. Es muss eine Gesamtschau sein, die wir zusammentragen werden.

Ich freue mich, dass bei uns die Mitglieder darüber votieren. Wir haben davor keine Angst. Wir haben Respekt vor dieser Entscheidung. Aber es ist richtig, dass in unserer Partei die Mitglieder nicht nur dazu da sind, Beiträge zu zahlen, Plakate aufzuhängen oder an den Info-Ständen zu stehen, sondern dass sie am Ende mitbestimmen, welchen Weg wir gemeinsam gehen wollen - ob in einer Regierung oder auch nicht -, wie wir am besten die Lebensbedingungen der Menschen verändern können.

Ich möchte am Ende zwei Ergebnisse nennen, die ich für mich aus der Wahlniederlage gezogen habe. Erstens. Diese Partei muss jünger und auch weiblicher werden, und das nicht nur an zwei Vorzeigepositionen.

(BEIFALL)

Zweitens. Es ist richtig, dass wir uns keinen Koalitionsoptionen verschließen. Das heißt nicht, dass man sie am Ende zwingend ziehen muss. Aber wir müssen wieder stärker werden. Wir müssen wieder eine Volkspartei werden, die über 30 Prozent hinauskommt und die mehrere Optionen hat, Wege zu gehen, Politik zu gestalten für die Menschen. Deshalb ist es richtig, dass wir nicht mehr so sehr auf die Koalitionsoptionen schauen, sondern mehr darauf, für welche Werte wir stehen, und die Menschen überzeugen. Heute sind viele Impulse gekommen, wie das gehen kann. Das sind zwei Schlüsse, die wir gemeinsam ziehen müssen.

Wir werden in den nächsten Tagen und Wochen kämpfen und dann gemeinsam entscheiden. Wir bitten um euer Vertrauen, diesen Weg gemeinsam zu gehen. Abgerechnet wird am Ende. Es gibt einen ganz einfachen Maßstab für diese Abrechnung. Das sind letztendlich unsere Werte und ob die Menschen darauf vertrauen können, dass wir für sie etwas verändern, etwas verbessern, sozial gerechter und ökologisch vernünftiger. Ich bin sicher, dass wir gemeinsam mit den über 460.000 Mitgliedern klug genug sind, diese Entscheidung zum Wohle des Landes und damit natürlich auch für unsere Partei zu treffen.

Seid dabei, macht mit! Wir brauchen eure Unterstützung!

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Manu. Jetzt hat Olaf Scholz das Wort.

Olaf Scholz, stellvertretender Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind hier auf dem Bundesparteitag, um über das Wahlergebnis zu diskutieren. Ich freue mich, dass das bisher in einer sehr ordentlichen und seriösen Weise geschehen ist und wir uns keine Illusionen über das Wahlergebnis und die Notwendigkeiten machen, die sich mit seiner Bewertung verbinden. Wir haben 25,7 Prozent der Stimmen bekommen, etwas mehr als das letzte Mal. Aber diese 20-Prozent-Ergebnisse sind die schlechtesten, die wir als SPD seit dem Zweiten Weltkrieg erzielt haben. Nur Ende der 40er und Anfang der 50er-Jahre haben wir Ergebnisse in den Zwanzigern erzielt. Alle weiteren Wahlen haben bundesweit bessere Ergebnisse mit sich gebracht.

Welche Entscheidungen wurden damals getroffen, um aus dieser Situation herauszukommen? Was nicht alle wahrgenommen haben: Die SPD hat sich seinerzeit entschieden, ihren hauptamtlichen Parteivorstand abzuschaffen, um eine demokratischere Partei zu werden. Sie hat sich entschieden, Volkspartei zu werden und sie hat sich entschieden, das Godesberger Programm auf den Weg zu bringen. Sie hat dann mit Willy Brandt in den 60er-Jahren viele Anläufe unternommen, um es schließlich 1966 in die Große Koalition und 1969 zur Wahl eines sozialdemokratischen Kanzlers zu bringen.

Wenn man sich daran zurück erinnert, weiß man, vor welcher großen Herausforderung die SPD heute steht. Denn eines muss für uns völlig klar sein: Wir dürfen Ergebnisse in dieser Größenordnung nicht akzeptieren und für unveränderbar halten. Unser Ziel muss sein, dass die Sozialdemokratische Partei Ergebnisse oberhalb der 30 Prozent erzielt und dass sie darum wirbt, stärkste Partei in diesem Lande zu werden. Dieses Ziel und diesen Ehrgeiz dürfen wir niemals aufgeben.

(BEIFALL)

Es wäre falsch, wenn man sich stattdessen gewissermaßen darauf konzentriert, über Konstellationen nachzudenken und zu hoffen, dass dabei irgendwie eine Regierung herauskommt. Für uns muss es darum gehen, dass wir den Wettbewerb mit der Union annehmen. Das gilt allemal, wenn man das dritte Mal in Deutschland eine Große Koalition anstrebt, falls die Verhandlungsergebnisse danach sind. Denn wir sind zusammen mit der Union die Partei, die darum kämpft, das Land zu regieren und den Kanzler oder die Kanzlerin zu stellen. Wir sind nicht eine der Parteien, die nur mitregieren wollen. Das macht deutlich, was unsere Aufgabe ist: Wenn wir uns ergeben in die jetzigen Ergebnisse, wenn wir keinen Ehrgeiz entwickeln, dann werden wir diese Führungsrolle, die wir haben, nicht wahrnehmen können. Ich werbe dafür, dass wir den Wettbewerb mit der Union annehmen, jetzt in der Großen Koalition – auch wenn das schwierig ist – aber vor allem am Ende, um dann beim nächsten Mal den Kanzler oder die Kanzlerin zu stellen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, gerade wenn wir das Wahlergebnis betrachten, müssen wir uns klarmachen, was eigentlich mit der Entscheidung der SPD, Volkspartei sein zu wollen, damals verbunden war. Nämlich etwas völlig anderes als das, was uns gegenwärtig in den Zeitungen und anderswo als Kommentar zum Thema begegnet: Eine große Partei mit vielen Mitgliedern waren wir eigentlich seit Anfang an. Das ist schnell gegangen, nachdem die SPD vor 150 Jahren gegründet wurde. Demokratische Mitgliederpartei waren wir schon immer. Wir sind es über viele Jahrzehnte als einzige Partei gewesen. Erst in der Nachkriegsbundesrepublik haben auch andere Parteien dieses Konzept für sich entwickelt.

Aber wir sind eben auch bewusst Volkspartei geworden. Diese Entscheidung ist in den 50er und Anfang der 60er-Jahren gefallen. Wir wollten uns nicht auf ein Milieu konzentrieren, sondern wir wollten erreichen, dass diese Sozialdemokratische Partei mehrheitsfähige Positionen formulieren vermag, mit denen sie das Land regieren kann. Das ist die eigentliche Entscheidung. Als wir Volkspartei wurden, erreichten wir auch nur Prozentzahlen, die in den Zwanzigern und Anfang der Dreißiger lagen. Da hatten wir auch nicht so viele Mitglieder, wie wir gern gehabt hätten. Das war erst das Ergebnis dieser politischen Entscheidung.

Volkspartei heißt aber nicht, viele Mitglieder und viele Stimmen zu haben, sondern mehrheitsfähige Positionen zu entwickeln, die in die Lage versetzen, um die Führung des Landes zu kämpfen. Diese Entscheidung, die wir damals getroffen haben, müssen wir heute immer wieder neu treffen. Sie ist die Voraussetzung für unsere Mehrheitsfähigkeit, liebe Genossinnen und Genossen. Es gehört dazu, dass wir uns dazu bekennen, dass wir den Staat regieren wollen.

(BEIFALL)

Wir müssen uns im Klaren darüber sein, was die Wahlanalysen bedeuten. Sie bedeuten, dass man uns gut findet, aber uns derzeit nicht die Regierung anvertrauen will; dass man in den Fragen der Außenpolitik, der Sicherheitspolitik, der Wirtschaftspolitik, der Finanzpolitik, bei der Frage: „Klappt das auf dem Arbeitsmarkt?“, nicht sicher ist, dass wir die Richtigen sind, um das Land zu regieren.

Man hätte uns gern dabei – daher die Zustimmung, die wir in der gegenwärtigen Diskussion bekommen – aber man will uns nicht als diejenigen, auf die es in einer Regierung ankommt. Deshalb sage ich: Die SPD muss, wenn sie regieren will, auch immer beweisen, dass man ihr alleine dieses Land und diese Regierung anvertrauen kann und das man bei ihr in guten Händen ist, wenn sie darüber entscheidet, welche Politik in Deutschland für Europa und die Welt gemacht wird, welche Finanz- und Haushaltspolitik gemacht wird

und wie sich die Wirtschaftspolitik und die Arbeitsmarktpolitik entwickelt, damit es Beschäftigung und Wachstum in unserem Lande gibt.

Nur wenn uns das gelingt, bekommen wir auch die entsprechenden Mehrheiten zusammen, und es muss unser Ziel sein, dass in vier Jahren niemand mehr einen Zweifel daran hat, dass wir die richtige Adresse für die Führung des Landes sind.

Noch einmal zurück zur Volkspartei. Damit es nicht missverstanden wird: Man kann mit 22 Prozent eine Nischenpartei sein, und man kann mit den 23 Prozent, die wir bei der vorletzten Bundestagswahl erreicht haben, eine Volkspartei sein. Es ist eine politische Entscheidung, und sie hat etwas damit zu tun, ob wir die Aufgabe der Integration annehmen, die es möglich macht, mehrheitsfähig zu sein und ob wir bereit sind, das Land zu führen und für alle Fragestellungen verantwortlich zu sein, die mit dem Land verbunden sind.

Das hat auch etwas damit zu tun, wie wir uns jetzt mit der Frage „Große Koalition“ auseinandersetzen. Die Bürgerinnen und Bürger haben dazu überwiegend eine sehr klare Meinung. Sie lautet nämlich: Stellt euch nicht so an.

Sie erwarten von einer Partei, der man das Land anvertraut, dass sie sich nicht weigert, zu regieren. Damit ist verbunden, dass sie sich den Schwierigkeiten, den Anstrengungen und den Notwendigkeiten stellt. Allerdings erwarten die Bürgerinnen und Bürger auch, dass wir die Verhandlungen gut gestalten und gute Ergebnisse erzielen.

Es gibt ja eine merkwürdige Auflösung der merkwürdigen Umfragewerte. Die Umfragen sagen, das meiste von dem, was wir wollen, will die Mehrheit der Bürger auch: Vom Mindestlohn über die Fragen zur Rente, bis hin zu dem, was wir uns für den Arbeitsmarkt vorstellen. Das findet eine überwiegende Zustimmung. Gewählt haben sie uns aber nicht. Warum nicht? Ich glaube, das ist sehr davon abhängig, ob man uns den Staat zutraut.

Jetzt hoffen ganz viele, die bei anderen Parteien ihr Kreuz gemacht haben, dass wir das durchsetzen, was sie sonst auch gut finden. Da setzen auch viele CDU-Wähler auf die SPD, damit wir das durchsetzen, was wir in unserem Programm geschrieben haben. Hier muss man den Leuten schon sagen: Dafür müsst ihr doch die SPD wählen.

Liebe Genossinnen und Genossen, unser Programm durchzusetzen wird nicht in allen Punkten gelingen. Wir werden uns aber Mühe geben, dass wir möglichst viel davon erreichen und auch umsetzen können. - Schönen Dank.

(VEREINZELT BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Olaf. – Jetzt spricht Charlotte Britz, und ihr folgt dann Nina Scheer.

Charlotte Britz, Saarland: Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe jetzt auch vor, in die Debatte einzugreifen, weil ich es heute ganz wichtig finde, dass die vielen Genossinnen und Genossen, die die Situation in unserer Partei vielleicht auch sehr kritisch sehen, auch ausdrücken, was sie empfinden, und sagen, was sie sich erwarten, wenn die SPD in eine Große Koalition einsteigt, damit es auch gelingt, dass viele Mitglieder hinter dieser Partei und vor allen Dingen auch hinter den Inhalten stehen. Deshalb finde ich es wichtig, dass sich heute viele zu Wort melden.

Ich fand das, was Sigmar Gabriel heute noch einmal gesagt hat, sehr gut, als er davon gesprochen hat, für wen wir eigentlich Politik machen sollen, welche Leute etwas von uns erwarten und welche Leute uns nicht mehr so empfinden, wie wir zu Beginn unserer Partei vielleicht einmal waren.

Ich fand es auch gut, dass er die Öffnung zu den Linken angesprochen hat. Ich glaube, dass es an der Zeit ist, dass wir uns hier öffnen. In den kommunalen Parlamenten – ich stehe für die Kommunalpolitik – ist das in Teilen schon gelungen, und es ist auch machbar. Es ist zwar nicht immer einfach, aber ich glaube, unter Genossinnen und Genossen oder in anderen Konstellationen ist es auch nicht immer einfach. Es geht darum, sich insgesamt zusammenzufinden.

Ich spreche für viele - ich denke, für Tausende – Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, denen es heute, denke ich, gut gefallen hat, als Sigmar Gabriel noch einmal gesagt hat, dass wir Politik für die Menschen in den Orten, in den Kommunen machen müssen, dort, wo die Menschen leben, in dem Herzen der Demokratie. Aus meiner Sicht ist das in den letzten Jahren nämlich häufig in Vergessenheit geraten, oder unsere politischen Inhalte haben einfach nicht mehr zusammengepasst.

Beim Deutschen Städtetag in der letzten Woche haben mehr als 100 Vertreterinnen und Vertreter von bundesdeutschen Kommunen eine Resolution verfasst, die sich an die Koalitionäre wendet, um zu sagen, was uns in den Kommunen wichtig ist.

Die SPD war bisher die kommunalfreundlichste Partei und ist es auch in ihrem Wahlprogramm geblieben. Das zeigt sich alleine an dem Thema Gewerbesteuer, für das Peer Steinbrück auch in der letzten Großen Koalition immer gestanden hat. 15 der 20 größten Städte werden von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regiert. Das sollen noch mehr werden. Und auch in vielen kleineren Städten regieren die Sozialdemokraten. Aber es wird für die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister zunehmend schwieriger, das durchzusetzen, was sie wollen. Das gilt insbesondere für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Es ist heute schon angesprochen worden: Leipzig ist eine blühende Stadt. Das erkenne ich, wenn ich die Stadt und das Messezentrum sehe. Heiko Maas, wir kämpfen im Saarland gerade darum, für unsere Region ein Messe- und Kongresszentrum zu erstellen. Man kann hier schon etwas neidisch werden, weil unsere finanzielle Situation sehr schwierig ist. Deshalb ist für mich eine der wichtigsten Aussagen in der SPD, in der Koalition, dass gesagt wird: Wir sind für gleichberechtigte Lebensbedingungen in den deutschen Kommunen, und die Städte dürfen nicht weiterhin ausbluten.

(BEIFALL)

Wir sind zuständig für Sauberkeit, für Sicherheit, für Schulen, für Kitas, für Senioren, für Straßen, für Sportplätze und für alles Mögliche. In großen Teilen fehlt uns aber das dafür notwendige Geld. Die Kommunen sind das Fundament der sozialen Demokratie. Deshalb ist es wichtig, dass wir in den Kommunen eine Beschäftigungspolitik erreichen. Für den Mindestlohn gilt das sowieso. Wir brauchen in unserer Gesellschaft aber auch alle Talente. Deshalb ist es auch wichtig, dass die Beschäftigungsförderung wieder eine Rolle spielt und dass wir uns wieder zu einem dritten Arbeitsmarkt bekennen, weil das in vielen bundesdeutschen Städten noch immer eine große Rolle spielt. Wir müssen einfach alle Menschen mitnehmen.

Wir brauchen eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur - gerade wir im Saarland. Wir brauchen eine Anbindung an die Wachstumsregionen in Deutschland. Deshalb brauchen wir diese verbesserten Bedingungen.

Das kostet natürlich auch Geld. Dafür braucht man einen Plan: Wie sieht es aus in Deutschland, was sind unsere Ziele? Das Wachstum muss gestaltet werden.

Wir brauchen Infrastrukturprogramme. Es geht nicht nur darum, dass wir schöne Straßen haben. Wir brauchen sie auch, um die regionale Wirtschaft zu fördern und Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen; denn die Kommunen haben in Deutschland am meisten investiert, und das sollte auch weiterhin so sein.

Wir brauchen deshalb eine Entlastung der Sozialkosten, die Einrichtung eines Altschuldenfonds und eine Neuverteilung des Solidaritätszuschlages; denn ansonsten ist der soziale Friede in Deutschland in Gefahr.

Es ist mein Wunsch, dass diese Punkte, die ich eben genannt habe, erfüllt sind, wenn wir in eine Große Koalition gehen. Nur so kann ich guten Gewissens Ja zu einer Großen Koalition sagen. – Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Charlotte. – Jetzt hat Nina Scheer das Wort. Ihr folgt Peter Friedrich.

Nina Scheer, SPD-Bundestagsfraktion: Vielen Dank für das nochmalige Wort. - Ich möchte hier gerne noch einmal ein paar Worte in Bezug auf die einleitenden Worte von Sigmar und auch Hannelore zur Energiewende sagen.

Es ist wichtig und richtig, an den Zielsetzungen festzuhalten, die wir im Wahlprogramm zur Energiewende haben, und es ist auch wichtig, dass wir die Energiewende zum Erfolg führen und auch die Chancen begreifen, die mit einer Energiewende verbunden sind.

Die SPD wird daran gemessen, ob sie auch Antworten für die Zukunft findet und ob sie Antworten darauf findet, wie zukünftige Arbeitsmärkte und ein zukünftiges Verständnis von kommunaler Daseinsvorsorge und von Vorortgestaltungen unter Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern aussehen. Insofern ist es wichtig, dass von uns als Sozialdemokratischer Partei ein klares Bekenntnis zur Energiewende ausgeht.

(VEREINZELT BEIFALL)

Gerade angesichts der Forderungen, die wir im Wahlkampf vertreten haben, für die wir eintreten wollen, die aber auch als Erwartungshaltung an uns gerichtet werden, nämlich eine sichere, saubere und bezahlbare Energie, möchte ich hier ganz deutlich sagen, dass ich fest davon überzeugt bin - da habe ich viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter in dieser Partei -, dass wir nur mit der Energiewende diese Garantie geben können. Bezahlbar wird die Energie zukünftig nur mit den erneuerbaren Energien sein.

(VEREINZELT BEIFALL)

Die politischen Herausforderungen bestehen darin, den Weg dazu so zu beschreiten, dass es möglichst keine Brüche gibt. Denn Wirtschaft und auch Bürger und Verbraucher benötigen Planbarkeit und Investitionssicherheit. Insofern appelliere ich, die Maßnahmen, die ergriffen werden, immer daraufhin zu überprüfen, welchen Wert sie für die Zielerreichung haben, statt vorschnell Dinge über Bord zu werfen, die sich beim bisherigen Aus-

bau der erneuerbaren Energien und bei der bisherigen Gestaltung der Energiewende sehr wohl bewährt haben. Das sind die Säulen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes mit dem Vorrang der erneuerbaren Energien und dem Einspeisevergütungssystem. Das heißt aber auch, dass die erneuerbaren Energien, je mehr Bedeutung sie bekommen, Systemverantwortung übernehmen. Auch das gehört zur Energiewende, für die ich eintreten möchte.

Um Kostenexplosionen zu begrenzen - auch das wurde uns im Wahlkampf abverlangt, und es ist auch richtig, darauf Antworten zu finden -, müssen wir uns aber auch dazu bekennen, dass wir hierfür neue Preisbildungsmechanismen entwickeln müssen. Wir müssen in Zukunft mehr darauf achten, dass wir bei den Preisbildungsmechanismen ansetzen; denn wir alle wissen, dass selbst bei einem sofortigen Stopp des Ausbaus der erneuerbaren Energien gewisse Kosten entstehen, alleine durch die Preisbildung über die Börse. Dafür müssen wir auch bei einer neuen Novelle oder darüber hinaus - nicht alles kann in Koalitionsverträgen festgeschrieben werden - Antworten finden.

Zum Schluss noch einmal mein klarer Appell, keine Mengenbegrenzungen vorzunehmen, die nur vermeintlich Kosten begrenzen können. Mengenbegrenzungen verursachen Unsicherheit und sind einer gut ausgezeichneten und Investitionssicherheit bietenden Energiewende nicht förderlich. - Vielen Dank.

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Nina. - Jetzt spricht Peter Friedrich, danach kommt Aydan Özoğuz.

Peter Friedrich, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, wir führen hier ja eine mehrfach verbundene Debatte. Wir führen eine Rechenschaftsdebatte über zwei Jahre Amtszeit dieses Parteivorstandes. Wir führen eine Rechenschaftsdebatte über den Wahlausgang. Wir führen natürlich auch eine Debatte mit deutlichem Blick auf die Große Koalition, mit Blick darauf, was wir da verhandeln und was drin sein muss, damit für uns wirklich etwas drin ist.

Ich weiß nicht, wie es euch geht; aber ich erlebe momentan eine enorme Beteiligung innerhalb der SPD in Ortsvereinsitzungen und bei Kreismitgliederversammlungen. Das war auch bei einem Infostand in der Innenstadt spürbar, den wir aufgestellt haben, um die Bevölkerung zu fragen, was sie von einer Großen Koalition hält. Es gibt ein Argument, das mir immer wieder begegnet und das uns hier beschäftigen sollte, bevor wir an die Große Koalition denken, nämlich: Geht nicht so leicht über das Wahlergebnis hinweg, und nehmt die Aufarbeitung dessen, was in den letzten vier Jahren passiert ist und mit welchem Wahlergebnis geendet hat, nicht auf die leichte Schulter!

Deswegen halte ich es für wichtig, dass wir eine selbstkritische, aber auch selbstbewusste Diskussion miteinander führen, wie Sigmar es angesprochen hat. Wir müssen deutlich machen, dass die Beteiligung der Mitglieder keine Farce ist, die auf ein kurzes Zwischenstadium zwischen Wahlkampf und Regierungsverantwortung beschränkt ist. Denn bei den Genossinnen und Genossen herrscht die Sorge, dass sie nach dem Wahlkampf, in dem sie nicht offen diskutieren durften, weil Geschlossenheit erste Genossenpflicht war, und der jetzigen Regierungsbildung, die schwierig ist, auch in der Regierungszeit außen vor bleiben sollen. Aber wir sollten ein paar Problempunkte ansprechen. Ich will den Strauß der genannten und auch von Sigmar ausgeführten Punkte um einen oder zwei erweitern, die zu der Wahlniederlage beigetragen haben.

Wir wissen seit anderthalb Jahren, dass die stolze Europapartei SPD beim Themenfeld Europa keine Antworten hat, die die Menschen überzeugt haben, sie zu wählen. Bei allem Stolz, den ich habe - ich finde es eine tolle

Entscheidung, mit Martin Schulz in den Europawahlkampf zu gehen -, müssen wir doch sehen, dass momentan in Europa und unter Angela Merkel etwas stattgefunden hat, nämlich dass ein neoliberales Wirtschaftsmodell institutionell verfügt wird. Der geschlossene Gegenentwurf der Sozialdemokratie in Europa, aber auch in Deutschland dazu fehlt bislang. Deswegen war die mangelnde Antwort der SPD in Sachen Europapolitik - wir werden darüber noch diskutieren - mit einer der Ursachen für die Wahlniederlage, weil wir bei einem Thema, das die Menschen stark aufwühlt, nicht nur keine einfachen Antworten haben, sondern widersprüchliche Antworten hatten.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist: Uns ist es auch 2012 misslungen, bei der Kür des Kanzlerkandidaten eine gute Figur zu machen. Ich mache das nicht an der Person fest, ganz im Gegenteil. Vielmehr war im Entscheidungsweg, bei der Nominierung des Kanzlerkandidaten, bereits 2008, aber auch 2012 ein Keim der Niederlage gelegt. Das ist ein Fehler, den dieser Parteivorstand mit zu verantworten hat und zu dem er auch stehen sollte.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte Peer Steinbrück beipflichten, der gesagt hat: Wir dürfen nicht nur die Manager des politischen Alltagsgeschäfts sein, sondern wir müssen Perspektiven eröffnen. - Ich erinnere mich, wie sicherlich viele von euch, an den Wahlkampf 1998, der unter dem Schlagwort „Gerechtigkeit und Innovation“ stand. Das war Ausdruck dessen, dass wir das, was man als unseren politischen Kern bezeichnen kann, nämlich unser tiefempfundenes Gerechtigkeitsbedürfnis und gefühl, damit verbinden, gesellschaftliche Dynamik auszulösen. Das ist eine Aufgabe, die wieder auf uns zukommt: Wie schaffen wir es, über unseren Kern hinaus genau denjenigen, die in dieser Gesellschaft ihren Platz suchen, die etwas erreichen wollen, die hungrig sind, ein politisches Angebot zu machen?

In dem Leitantrag steht richtigerweise: Die SPD hat ihre Wurzeln in dem Entstehen der industriellen Gesellschaft. - Schaut man sich die industrielle Gesellschaft an, stellt man fest, dass es im Moment zwei große Entwicklungen gibt. Eine hat Sigmar benannt, nämlich die digitale Revolution. Aber ich möchte an dieser Stelle eine Lanze für die Energiewende brechen; auch die gehört dazu. Die Energiewende ist eine mindestens ebenso große industrielle Revolution wie die Digitalisierung. Sie ist nicht nur eine technische Herausforderung, sondern sie verändert das Leben in dieser Gesellschaft und das Wirtschaften in dieser Gesellschaft. Deswegen ist es bei unserer Tradition von zentraler Bedeutung, dass wir die Energiewende als eine unserer großen politischen Chancen begreifen und ergreifen, liebe Genossinnen und Genossen. Wir sind diejenigen, die die Energiewende zum Erfolg führen wollen, und wir machen das, indem wir auf einen schnellen Zubau von Erneuerbaren setzen, aber auch auf einen industriellen Strukturwandel, den wir gestalten wollen und gestalten können. Die Sozialdemokratie arbeitet sich bei diesem Thema an einer langen Linie entlang. Sie hat es mit Hermann Scheer und anderen ermöglicht, ein Erneuerbare-Energien-Gesetz zu machen, das diesen Kulturwandel verändert hat und die industrielle Basis komplett verändern wird.

Deswegen ist es so wichtig, dass wir an dieser Stelle unter den drei Zielen, die nebeneinanderstehen - Bezahlbarkeit, Sicherheit und Sauberkeit -, ganz deutlich machen: Wir wollen, dass wir in eine solare Industriegesellschaft aufbrechen. Das ist unser gemeinsames Ziel, das uns verbindet. Deswegen werden wir auch in einer Großen Koalition nicht einen Deckel darauf machen oder gar das Ausbau- und Umbautempo verlangsamen, sondern es klug ausgestalten, vier Jahre Chaos unter Schwarz-Gelb beseitigen und gemeinsam diese Energiewende zu einem Identitätsprojekt der Sozialdemokratie machen, um zu zeigen: Wir sind auch die Industriepartei der Zukunft auf ökologischer Grundlage. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Peter. - Jetzt hat Aydan Özoğuz das Wort. Ihr folgt Sasha Vogt.

Aydan Özoğuz, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen, vielleicht könnt ihr euch ja ein Stück weit vorstellen, dass eine Gruppe, die zum Thema Zuwanderung und Integration in Koalitionsverhandlungen mit der CDU geht, ein Stück weit zu den skeptischsten gehört, die es überhaupt bei diesen ganzen Themenfeldern geben kann. Wir haben ja schon eine Menge gehört, aber da wisst ihr ja, was wir in der Vergangenheit erlebt haben. Die Mentalitäten sind eben grundverschieden; das ist so. Da ist die Frage: Kann man damit eigentlich umgehen oder nicht?

Was haben wir bisher erlebt? Ich will nicht alles aufzählen, aber einer der wesentlichen Punkte ist doch zum Beispiel noch in aller Gedächtnis: Eine gewisse Unterschriftenkampagne gegen angeblich damals die doppelte Staatsbürgerschaft. Aber wir wissen auch alle, es wurde immer gesagt, es ist eine Kampagne gegen Ausländer, wenn nicht sogar gezielt gegen Türken. Und so war sie auch zu verstehen. So sollte eine Wahl gewonnen werden. Es hat damals funktioniert.

Was haben wir dann im Jahr 2000 tatsächlich geschafft? Einen schlechten Kompromiss. Wir wollten ein Staatsangehörigkeitsrecht aus der Kaiserzeit modernisieren. Wir wollten es auf einen neuen Stand bringen. Wir wollten Deutschland, das Einwanderungsland, sozusagen auch auf gesetzlicher Ebene an diese Stelle bringen, und dann mussten wir aber Zugeständnisse machen, denn dafür braucht man nun einmal auch die Zustimmung im Bundesrat. Heraus kam das, was wir heute haben, der sogenannte Optionszwang: Junge Menschen, die in Deutschland geboren werden, sollen sich zwischen 18 und 23 für eine Staatsangehörigkeit entscheiden, und Mehrstaatlichkeit ist ja angeblich nicht erwünscht. Ich möchte gleich noch einmal auf die beiden Punkte zurückkommen.

Aber wir haben dann eben auch etwas anderes in dieser Unterarbeitsgruppe erlebt, und das möchte ich euch schon sagen. Viele von euch, die in diesen Themenfeldern arbeiten, wissen Folgendes: Es gibt zehntausende Menschen in unserem Land, die lange hier leben, Kinder, die hier schon groß geworden sind, die hier die Schule abgeschlossen haben und die jeden Tag befürchten müssen, dass sie die Nachricht bekommen: Jetzt müsst ihr doch das Land verlassen. - Es ist zwar unrealistisch, aber es ist faktisch da, weil sie eben in einer sogenannten Duldung leben. Es ist eine ständige Furcht, auch wenn alle sagen, es kann ja irgendwie gar nicht mehr eintreten. Aber man lebt in einem ständigen unsicheren Verhältnis.

Es ist uns gelungen, Genossinnen und Genossen - das hätten wir kaum geglaubt -, uns zu einigen. Wir haben in dieser Unterarbeitsgruppe gemeinsam verabredet, dass wir eine sogenannte stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete haben wollen. Das wäre etwas, was wir gemeinsam verabschieden würden. Es könnten zwischen 60.000 bis 80.000 Menschen sein, die davon profitieren. Das ist keine gleiche Gruppe, und es gibt den Menschen - gerade den jungen - doch eine gewisse Hoffnung, zu sagen: Ich bin hier schon groß geworden, und Deutschland ist eben mein Land.

(BEIFALL)

Dann gibt es noch etwas, was einige Kommunen ganz besonders erleben, nämlich - ich nenne es einmal beim Namen - eine Armutszuwanderung auch innerhalb Europas. Einige Kommunen fühlen sich damit ein Stück weit im Stich gelassen, weil sie sagen: „Das schaffen wir hier nicht so ganz alleine.“ Da sind die Zah-

lenverhältnisse auch nicht so ganz miteinander aufzuwiegen. Wir haben gesagt, sie müssen die Möglichkeit erhalten, von bestehenden Programmen und Fördermaßnahmen so zu profitieren - auch wenn sie eben ihren Eigenanteil nicht vollkommen dagegensetzen können, wenn sie die Mittel nicht haben -, dass wir sie in besonderer Weise unterstützen und fördern. Es gab eine gewisse Missstimmung aus Bayern. Das will ich ruhig einmal dazusagen; jedenfalls von einer Person in der Gruppe. Es dürfen ja nicht diejenigen bestraft werden, die immer so gut haushalten etc. Aber wir wissen alle, dass wir eine Gesamtverantwortung haben. Deshalb konnten wir uns darauf einigen, dass wir das machen wollen, dass wir das Programm „Soziale Stadt“ aufstocken und diese Kommunen auch aus anderen Fördertöpfen unterstützen, damit sie es wirklich auch meistern können, dass es mit denjenigen, die dort bei ihnen teilweise nur zeitweise Unterschlupf finden, auch gutgeht und daran vernünftig gearbeitet werden kann.

Dann gibt es ja noch einen dritten wichtigen Punkt, der immer wieder besprochen wird, liebe Genossinnen und Genossen. Es nennt sich Residenzpflicht. Das ist einmal davon ausgegangen, dass man sich im Bereich seiner Ausländerbehörde aufhalten muss. 13 Bundesländer haben mittlerweile beschlossen, dass diejenigen, die als Asylbewerber kommen, und dass diejenigen, die dann unter diese Residenzpflicht fallen, sich innerhalb des Bundeslandes bewegen dürfen. Immerhin! Drei Bundesländer wollen das nicht. Das wollen wir schon mal bundesgesetzlich regeln, dass das trotzdem der Fall ist, dass die sich also ein Stück weit bewegen.

Einige von euch sitzen doch sicherlich auch in Härtefallkommissionen, in Eingabeausschüssen usw. Da lernt jemand jemanden kennen. Der will ihn mitnehmen zu einem Turnverein, der will ihn irgendwohin zum Arzt mitnehmen, aber der darf nicht die Ländergrenze überschreiten, an der er sich nun zufällig gerade befindet. Da muss man auch einmal eine Lösung finden, dass jemand für wenige Tage diese Ländergrenze einmal überschreiten darf, ohne dafür immer gleich Geld bezahlen zu müssen. Wir haben ja Grenzen innerhalb Deutschlands, die quasi für Flüchtlinge bedeuten, sie müssen Geld bezahlen, wenn sie mal darüber dürfen, und eigentlich dürfen sie die auch gar nicht verlassen. Das wollen wir einmal auf vernünftige Beine stellen. Da muss jemand Bescheid sagen und sagen: „Ich möchte mal für drei, vier Tage dieses Bundesland verlassen. Ich komme aber wieder und gehe da und da hin.“ Das ist doch überhaupt kein Problem. Wenn man nicht zurückkommt, hat man ein Problem; das sage ich gleich dazu. Aber die allermeisten wollen eben nur kurzfristig mal Verwandte besuchen. Und auch das soll eben möglich sein.

Wir wollen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Das heißt, wir wollen unbedingt, dass erkannt wird, dass es hier um eine Querschnittsaufgabe geht. Was das heißt, kann ich nicht alles wiederholen. Aber ihr wisst es auch. Interkulturell geschulte Pflegekräfte für die Zukunft sind das eine, und die brauchen wir sehr schnell. Was machen wir eigentlich mit denjenigen, die einmal als Gastarbeiter kamen, heute Demenz haben und plötzlich kaum noch Deutsch können. Das ist ein Phänomen, das es bei dieser Krankheit tatsächlich gibt, dass man auf einmal eine Sprache wieder vergisst und in die Muttersprache zurückfällt. Wir haben darauf kaum Antworten.

Wir brauchen endlich eine Berufseinstiegsbegleitung, assistierte Ausbildung für die Jugendlichen, die es nicht von alleine schaffen. Wir brauchen eine zweite Chance, gerade unser Programm, das Sofortprogramm „Zweite Chance“ für diejenigen Jugendlichen, die keine Abschlüsse haben, denn wir wollen ja, dass sie alle ein Stück weiterkommen. Es nützt nichts, zu sagen: „Ihr habt eben Pech gehabt, weil ihr es nicht geschafft habt.“

Es ist also sehr breit, und wir merken, wir haben an diesen Stellen tatsächlich auch etwas erreicht. Es geht, dass man dort zu Ergebnissen kommt. Aber über all dem steht das, was ich ganz zu Anfang sagte: Wir müssen erst einmal das in Ordnung bringen, was einmal falsch verabschiedet wurde, und das bedeutet: Kein

Kind, das in Deutschland geboren wurde, darf in der Zukunft vor diese eigenartige Wahl gestellt werden: Wenn du nicht reagierst - denn so ist das Gesetz ja -, wenn du nicht auf unser Schreiben antwortest, dann wirst du einfach ausgebürgert. Du verlierst die deutsche Staatsangehörigkeit, mit anderen Worten: Du wirst mit Erwachsenwerden in Deutschland zum Ausländer gemacht.

Das gibt es in keinem anderen Land, liebe Genossinnen und Genossen. Es ist die absurdeste Regelung überhaupt, und die muss komplett abgeschafft werden.

(BEIFALL)

Dann will ich nur einen letzten Satz zur Mehrstaatigkeit sagen. Nun gibt es so eigenartige Vorschläge von der CSU oder von der CDU, dass man ruhende Staatsbürgerschaften machen könnte. Was sie nicht dazu sagen, ist: Wir müssten über 100 Verträge mit anderen Ländern dafür machen, also völlig absurde Vorschläge. Oder zu sagen, dann brauchen die Leute eben nur ein bisschen länger, bis sie sich entscheiden. Ich glaube, das alles ist nun wirklich nicht allzu hilfreich.

Genossinnen und Genossen, das solltet ihr wissen: Heute ist bei 53 Prozent aller Einbürgerungen die Mehrstaatigkeit ja auch für die CDU und CSU völlig okay. Die haben da gar kein Problem und starten keine Initiativen dagegen. Aber jetzt nenne ich es einmal beim Namen: Wenn es plötzlich heißt, die Türkeistämmigen könnten auch doppelte Staatsbürger werden, dann sagen sie sofort: „Nein, das wollen wir aber nicht.“

Ich sage jetzt einmal dazu, weil sie wissen, die wählen sie eben auch nicht. Also hätten sie nichts davon. Wir, liebe Genossinnen und Genossen, wissen ganz genau: Wir haben seit Jahrzehnten für sie eingestanden. Wir wollen, dass diese Gesellschaft zusammenwächst. Wir wollen diese Ungleichheiten verhindern.

Mehrstaatigkeit schadet wirklich nicht. Das sehen wir in 17 anderen EU-Staaten auch. Also müssen wir das Paket so schnüren, dass das alles zusammengehört. Und wenn es so ist, liebe Genossinnen und Genossen, dann haben wir schon auch starke Argumente - ich sage das, weil ja viele andere Punkte dazugehören -, eine solche Koalition möglicherweise auch einzugehen. Danke.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsident: Jetzt hat Sascha Vogt das Wort. Ihm folgt Ulrich Kelber.

Sascha Vogt, Jusobundesvorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, mir ging es ähnlich wie vielen meiner Vorrednerinnen und Vorredner, als am 22. September oder am frühen Morgen des 23. September dann langsam, aber sicher klar wurde, wie dieses Wahlergebnis aussieht, bekam ich unheimlich viele Kurzmitteilungen, E-Mails, Facebook-Nachrichten - was auch immer -, die eigentlich alle nur eine Aussage hatten: Bitte macht keine große Koalition. Wenn ich mir die Lage heute anschau, mir die Stimmung bei den Jusos heute anschau, muss ich sagen: An dieser Stimmung, an diesem Bauchgefühl hat sich nicht viel geändert, an diesem Bauchgefühl: Wir sind doch nicht die Mehrheitsbeschaffer für Angela Merkel. Können wir mit denen überhaupt einen Politikwechsel machen usw. Ihr alle kennt diese Argumentationen.

Ich habe nun immer zu denjenigen gehört, die gesagt haben, wir können uns Verhandlungen nicht verweigern, weil wir einen Gestaltungsanspruch haben und weil wir schauen müssen, wie weit wir in diesen Verhandlungen kommen. Ich habe immer gesagt, man kann am Ende zustimmen oder den Mitgliedern emp-

fehlen zuzustimmen, wenn ein wirklicher Politikwechsel möglich ist. Das können wir heute natürlich noch nicht absehen. Deswegen macht es heute, glaube ich, keinen Sinn über einzelne Details dieser Koalitionsverhandlungen zu diskutieren, sondern ganz am Ende muss man feststellen: Was ist denn unter dem Strich dabei herausgekommen? Ist das eine ausreichende Menge, um wirklich etwas gesellschaftlich umsetzen zu können, um wirklich mit gutem Gewissen diese Koalition eingehen zu können?

Ich finde es auch sehr gut, dass wir den Schritt gegangen sind, die Mitglieder dabei so breit zu beteiligen und zu sagen, wir wollen die Mitglieder am Ende entscheiden lassen. Ich finde, liebe Genossinnen und Genossen, allein auf diesen Prozess können wir schon stolz sein.

(BEIFALL)

Nun habe ich gerade gesagt, es kann nicht darum gehen, hier jedes Detail ausführlich zu besprechen. Aber mir wären doch noch zwei Anmerkungen aus der Perspektive der jüngeren Generation relativ wichtig - auch für die Verhandlungen der nächsten Wochen -, die zum Teil eher Querschnittsaufgaben sind.

Dabei geht es mir einmal um den Bereich Investitionen und Finanzen. Ich glaube, wir sind mit einem sehr guten Regierungsprogramm angetreten, indem wir klargestellt haben, dass es für die Zukunftschancen junger Menschen nicht nur wichtig ist, die Staatsschulden im Griff zu behalten, sondern dass es eben auch und mindestens genauso wichtig ist, die Investitionen in Bildung, in Infrastruktur und Kommunen zu tätigen. Das ist ein Anspruch, dem wir jetzt auch gerecht werden müssen.

Gleichzeitig haben die letzten Verhandlungswochen gezeigt, dass auch noch viele andere Aufgaben finanziert werden müssen. Dann kommt die nächste Bedingung: Alles steht erst einmal unter Finanzierungsvorbehalt, und die Union verweigert sich bislang den notwendigen Steuererhöhungen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich sehe diese Entwicklung mit großer Sorge, weil sie eben dazu führen kann, dass wir am Ende die notwendigen Zukunftsinvestitionen nicht mehr tätigen können. Deswegen finde ich es gut, dass wir am Ende schauen müsse, wie denn das Finanztableau aussieht, und dass wir erst mal an unseren Plänen für die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und für eine Vermögensteuer festhalten, liebe Genossinnen und Genossen. Da soll die CDU mal Alternativen aufzeigen.

(BEIFALL)

Den zweiten Bereich, der mir sehr wichtig ist, würde ich einmal mit dem Stichwort „gesellschaftliche Modernisierung“ umschreiben, wo es gar nicht darum geht, eine Revolution in der Gesellschaft zu starten, sondern einfach nur darum, anzuerkennen, dass es einen gesellschaftlichen Modernisierungsprozess gibt und dass man den in der Politik nachvollziehen muss. Das ist gerade auch für junge Menschen ein wichtiger Punkt. Das war auch für viele junge Menschen, die uns gewählt haben - das haben wir im Wahlkampf mitbekommen - ein Grund uns zu wählen. Dem müssen wir gerecht werden.

Da geht es dann um die doppelte Staatsbürgerschaft, da geht es um mehr Betreuungsplätze statt Betreuungsgeld, und da geht es auch darum, dass gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften endlich gleichberechtigt anerkannt werden, liebe Genossinnen und Genossen. Auch das sind wir vielen Menschen schuldig.

(BEIFALL)

In diesem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen: Lasst uns in den nächsten Wochen weiterhin diese Verhandlungen machen, lasst uns aber am Ende auch ehrlich entscheiden, ob das ausreicht oder nicht, und dann die Mitglieder entscheiden lassen: Gehen wir in diese Koalition oder gehen wir nicht da rein? Parallel dazu brauchen wir so oder so innerhalb der Partei eine Fortsetzung unseres Erneuerungsprozesses.- Herzlichen Dank und Glück auf!

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Sascha. - Jetzt spricht Uli Kelber. Ihm folgt Malu Dreyer.

Ulrich Kelber, Verbraucherforum: Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD hat sich in der Tat eine ganze Menge vorgenommen, wenn sie auf der einen Seite an einer Modernisierung ihrer Arbeitsformen weiterarbeiten will, ihr programmatisches Angebot erweitern will, Koalitionsverhandlungen führen und dann für den Fall eines Erfolgs bei den Koalitionsverhandlungen auch noch vier Jahre erfolgreich regieren will. Ich wünsche der Parteiführung mit unserer Unterstützung natürlich eine glückliche Hand und, wenn ich das einmal auf die Koalitionsverhandlungen beschränke, wo ich die Verhandlungsgruppe für Verbraucherpolitik auf SPD-Seite leiten durfte, vor allem auch die Kraft, zu verhindern, dass die CDU/CSU die Dinge, die wir zur Verbesserung erreicht haben, in den Arbeitsgruppen nachher versucht, wieder zurückzudrehen, wie wir das überall erleben.

Zum Thema Energiepolitik, das ich als einen der Schwerpunkte auch in den Koalitionsverhandlungen sehe. Wir müssen offen sagen: Vier Jahre Schwarz-Gelb waren desaströs in der Energiepolitik. Sie haben unseren Technologievorsprung, den wir entwickelt hatten, in vielen Bereichen verspielt. Sie haben Investitionsunsicherheit geschaffen ohne das hätten wir ein Mehr an Investitionen und Arbeitsplätzen gehabt, und sie haben die Energiepolitik völlig unnötig teuer gemacht. Vielleicht einmal eine Zahl zur Erinnerung. In diesen vier Jahren ist die Förderung erneuerbarer Energien, also das, was ausgezahlt wurde, um 80 Prozent gestiegen. Die eingesammelte Umlage bei den Kunden hat sich aber aufgrund der Managementfehler von Schwarz-Gelb versechsfacht. Auch das muss man ihnen in diesen Verhandlungen deutlich machen.

Ich möchte mich bei der Arbeitsgruppe - auch wenn Hannelore gerade nicht am Platz ist - vor allem erst einmal dafür bedanken, dass sie erreicht hat, Vorschläge aus CDU/CSU, die ein echtes Abwürgen der Energiewende bedeutet hätte, abzuwehren, dass der Billigmacher Windenergie an Land weiterlaufen kann und damit auch bundesweit; so verstehe ich es.

Ich hätte noch zwei Bitten noch für die restlichen Verhandlungen, und zwar an Hannelore und an Sigmar. Das eine ist, bei dem strittigen Punkt Klimaschutzgesetz nicht nachzugeben. Wir müssen nicht nur nach dem schauen, was jetzt auf den Philippinen passiert ist. Wir sind in Sachsen. Auch hier ist vor wenigen Monaten erneut ein Extremwetterereignis aufgetreten. Es ist teurer, nichts zu tun beim Klimaschutz, als zu handeln und ein Instrument, das uns zwingt, ein Monitoring zu machen, ob wir beim Klimaschutz auf dem richtigen Weg sind. Das kann auch CDU/CSU nicht verweigern.

Auch der letzte Punkt ist noch einmal wichtig, weil er strittig ist. CDU/CSU schlagen vor, in den nächsten 20 Jahren einen Deckel für die Entwicklung der erneuerbaren Energien festzuschreiben. Einer Technologie, die jedes Jahr billiger wird, einer Technologie, die sauber ist, und einer Technologie, die unseren Vorstellungen von demokratisch und dezentral entspricht, für 20 Jahre einen Deckel aufzusetzen, das sollten wir als Sozialdemokratie nicht mitmachen.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagepräsident: Vielen, Dank Ulrich. - Jetzt spricht Malu Dreyer. Nach ihr kommt Dagmar Schmidt an die Reihe.

Malu Dreyer, Rheinland-Pfalz: Liebe Genossinnen und Genossen, es ist ja schon von vielen gesagt worden, aber auch uns aus Rheinland-Pfalz ist dieser Schritt in die Verhandlungen nicht gerade leichtgefallen, auch mir nicht. Trotzdem möchte ich heute sagen, dass ich inzwischen im Gegensatz zu meinem Vorredner ein besseres Bauchgefühl dazu habe, und ich glaube, es war die richtige Entscheidung, dass wir in die Verhandlungen eingetreten sind.

Sigmar hat vieles dazu gesagt. Ich muss es hier auch gar nicht wiederholen. Aber letztendlich war es für mich auch ein Grund unter vielen, als ich damals in die SPD eingetreten bin was Olaf so schön beschrieben hat, dass die SPD eine Volkspartei ist und dass es uns um die Integration von vielen unterschiedlichen Themen geht. Deshalb glaube ich, ist eine solche Entscheidung, zu sagen, nein, wir reden gar nicht miteinander, und wir machen das auch nicht konstruktiv, gar nicht so einfach für die SPD, weil wir auch von den viel zu wenigen Wählern natürlich einen Auftrag haben, uns selbst gegenüber und unserem Programm gegenüber.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen - auch das fragen viele -, ist es für uns eine andere Frage der Entscheidung, als es zum Beispiel für die Grünen war; denn wir verfolgen nicht nur einzelne Partikularinteressen, sondern wir stehen dafür die Gesellschaft insgesamt zu verändern und es tatsächlich zu schaffen, gesellschaftspolitische Fragen zu integrieren.

Ich denke, das ist heute in vielen Beiträgen auch deutlich geworden: Diejenigen, die verhandeln, versprechen euch, dass wir uns ganz intensiv dafür einsetzen.

Der Parteivorsitzende hat es sehr schön gesagt: Wir werden es keinesfalls zulassen, dass die SPD ihre Identität verliert, sondern wir werden im Gegenteil alles daransetzen, diese Identität in die Verhandlungen einzubringen und uns in dieser Koalition wiederzufinden. Das ist unser Auftrag. Ich bin zuversichtlich, dass wir euch dann auch etwas vorlegen können, von dem wir sagen können: Das ist die Handschrift der SPD. Wir tun es für die Bürgerinnen und Bürger, und wir stehen dafür, dass man das auch in dieser Konstellation erreichen kann.

Einen zweiten Punkt finde ich wichtig: Sigmar hat angesprochen, dass unsere Partei bei vielen Themen wirklich sehr modern aufgestellt ist, dass sich dies aber personell nicht auf allen Ebenen der Partei abbildet - egal, ob es um die Repräsentanz von Frauen und Männern geht, ob es um die Repräsentanz von Menschen mit Behinderungen oder von Menschen mit Migrationshintergrund geht. Deshalb möchte ich euch noch einen Gedanken mitgeben - es ist eigentlich ein Appell an uns alle -: Wir müssen Plätze freimachen für Menschen mit Behinderung, für Menschen mit Migrationshintergrund. Gleichstellung und Teilhabe auf allen Ebenen unserer Gesellschaft sind oft leicht zu beschreiben, aber im wahren Leben manchmal ganz hart umzusetzen. Jeder kennt es vom Ringen um Listenplätze, vom Besetzen von Funktionen. Da können wir, liebe Genossinnen und Genossen, noch viel vorbildlicher werden. Ich glaube, wir brauchen die Sensibilität und die Bereitschaft, zu sagen: Ja, ich mache meinen Platz frei - für jemand jüngerer, für eine Frau, für einen Mensch mit Behinderung. Auch das gehört zur Glaubwürdigkeit der SPD: Die Ziele, die wir gesellschaftlich erreichen wollen, sollten wir in unseren Gremien abbilden, und zwar auf allen Ebenen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ein letzter Punkt: Ich finde, dass die Partei, dass die SPD, in den letzten Jahren eine ganz wunderbare Entwicklung genommen hat; vieles davon haben Sigmar und Andrea auf den Weg gebracht. Ich meine damit vor allem die innerparteiliche Demokratie. Ich bin vielen Gesprächen ausgesetzt, die in die Richtung gehen: Wieso macht ihr eigentlich eine Mitgliederbefragung? Das ist doch nichts anderes als ein blöder Trick. - Das sagen Menschen, die gar nicht verstanden haben, dass wir heute zwar in einer repräsentativen Demokratie leben – was ein Glück –, aber das Bedürfnis nach direkter Demokratie viel größer ist als früher. Ob es uns am Ende das bringt, was es uns verspricht – noch nicht einmal das können wir sagen. Aber es ist schon klar, dass die Menschen das Bedürfnis haben, sich in bestimmten Fragen direkt zu beteiligen. Deshalb kämpfen wir als SPD auf Bundesebene für einen nationalen Volksentscheid. Ich finde es klasse, dass die SPD den Mut hat, zu zeigen, dass sie solche Prinzipien in ihrer eigenen Partei nicht scheut. Deshalb habe ich die Bitte: Möglichst viele mögen sich an unserer Mitgliederbefragung beteiligen! Die Verpflichtung bei Elementen direkter Demokratie ist allerdings, dass man sich umfassend mit den Fragen, die vorgelegt werden, beschäftigt. Deshalb wird die Frage nach einer möglichen Großen Koalition ganz sicher nicht nur von den Ergebnissen abhängen, die wir vorlegen, sondern auch von der Kommunikation in unserer Partei und davon, wie stark wir unsere Mitglieder fordern, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen.

Ich glaube, dass die SPD auf einem sehr guten Weg ist. Ich denke, wir können uns sehen lassen im Vergleich mit anderen Parteien, gerade was das Thema Beteiligung betrifft. In diesem Punkt sind wir sehr glaubwürdig, da stimmt unser Programm auf jeden Fall mit dem überein, was wir tatsächlich tun. – Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Malu. Jetzt spricht Dagmar Schmidt. Ihr folgt Joachim Poß.

Dagmar Schmidt, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Lieber Sigmar, es ist richtig: Es gibt nicht nur einen Grund für unser Wahlergebnis. Aber ich glaub schon, dass man – wenn auch etwas verkürzt – analysieren kann, dass unser gutes Programm, unsere Ideen, unser politisches Angebot nicht bekannt genug geworden ist und dass uns viele Menschen nicht zugetraut haben, das, was bekannt worden ist, für sie umzusetzen. Unser Profil ist nicht klar genug geworden, und wir waren nicht glaubwürdig genug, um mehr als 25 Prozent zu bekommen. Die Angst in der Partei ist groß, dass sich das gerade in einer Großen Koalition nicht ändert.

Ich selber glaube nicht daran, dass man automatisch Profil gewinnt, wenn man in die Opposition geht. Es gibt genug historische Belege dafür, dass das nicht der Fall ist. Aber es darf auf keinen Fall passieren – du hast es gesagt –, dass wir in einer Großen Koalition, im Kleinklein täglicher Politik die Zukunftsthemen und die liberalen Fragen anderen überlassen. Das gilt vor allem für Themen wie die Verteilungsgerechtigkeit – die Steuergerechtigkeit gehört dazu –, aber dazu gehören auch die sozial empathischen Themen wie Armutsbekämpfung und der Einsatz für die Menschen, die sonst wenig Lobby haben. Auch das gehört zum sozialdemokratischen Markenkern. Da hätte ich mir in den vergangenen Wochen größeren Einsatz und ein klareres Profil von unserer Seite gewünscht.

(VEREINZELT BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, wir können mit 25 Prozent nicht 100 Prozent durchsetzen; das ist ein Allgemeinplatz. Was uns nicht passieren darf, ist, dass wir in unserem politischen Handeln nicht mehr klarmachen, was denn 100 Prozent Sozialdemokratie wären. Wir werden eine kluge Arbeitsteilung brauchen zwischen der potenziellen Regierung im Bund, zwischen Länderregierungen, zwischen der Fraktion und der Partei, die auf gegenseitigem Vertrauen beruht. Wir müssen immer wieder klarmachen, was denn wäre, wenn die SPD 100 Prozent ihres Programms durchsetzen könnte. Es muss klar sein, dass in einer Großen Koalition am Ende wir diejenigen sind, die dafür sorgen, das Leben der Menschen leichter und besser zu machen, und dass die CDU an den Stellen, wo es um das reale Leben geht, uns ausbremst. Wir müssen gleichzeitig klar machen, was wir tun würden, wenn wir die stärkste Partei wären. Nun dann, Genossinnen und Genossen, brauchen wir keine Angst vor einer Großen Koalition zu haben. Ich glaube, daran müssen wir noch ein wenig arbeiten. Ich bitte euch, das mit mir und mit unserem Vorsitzenden gemeinsam zu tun. – Danke schön.

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Dagmar. Jetzt spricht Joachim Poß. Ihm folgt Elke Ferner.

Joachim Poß, Parteivorstand: Lieber Sigmar, ich erwarte nicht, dass Angela Merkel zur Sozialdemokratin mutieren wird. Aber ich erwarte schon, dass zum Kriterium und Maßstab einer noch zu schließenden Koalitionsvereinbarung gehört, die wirtschaftliche, soziale und finanzielle Realität unserer Republik anzuerkennen. Demgegenüber kommt mir in der Arbeitsgruppe Finanzen die Vorstellung entgegen: Wir haben in den letzten vier Jahren doch alles hervorragend gerichtet. Es gibt gar keinen Reformbedarf.

Wichtig ist: Wir brauchen eine belastbare Koalitionsvereinbarung, die für die Menschen nachvollziehbar ist. Denn bei der Koalitionsvereinbarung von Schwarz-Gelb aus 2009 haben wir ja gesehen, was passiert, wenn die Realität weitgehend ignoriert wird: Die mussten ständig nachjustieren, weil sie ins kurze Gras gekommen sind. Das müssen wir uns ersparen. An der Stelle müssen wir ganz ehrlich miteinander umgehen.

Momentan befinden wir uns in einer Zwischenstation, mit etwas diffuser Stimmung, und treten an einigen Stellen ziemlich auf der Stelle. Die nächste Woche wird wohl entscheidend sein. Oft wird ja ein Spiel in der Schlussphase entschieden. Ich glaube auch, dass wir nicht erwarten können, dass in einer schwarz-roten Konstellation unsere Finanzierungsvorschläge vollständig umgesetzt werden. Aber klar muss auch sein, liebe Genossinnen und Genossen und lieber Sigmar, dass wir Fortschritte brauchen beim Kampf gegen die Steuervermeidung, die wir ja nicht nur bei Google und Amazon sehen, sondern auch bei renommierten deutschen Unternehmen. Es kann nicht sein, dass wir weiter zuschauen. Wir müssen da unsere Möglichkeiten ergreifen.

Wir haben auch Vorschläge aus den Ländern. Da muss etwas passieren.

Klar muss auch sein, dass wir nicht - wie wir es mit Herrn Söder in den Gesprächen erlebt haben - hinnehmen müssen, dass der Abbau von Steuervergünstigungen - das haben wir ja massiv mit Peer Steinbrück und Roland Koch und der CDU/CSU in der Großen Koalition von 2005 bis 2009 gemacht - tabuisiert wird, dass alles, was Einnahmeverbesserung oder mehr Steuergerechtigkeit bedeutet, tabuisiert wird.

Das Nächste, Genossinnen und Genossen, mussten wir in dieser Arbeitsgruppe in den letzten Wochen feststellen: Die CDU/CSU hat nicht nur das Wählerklientel der FDP weitgehend aufgesogen, sondern sie übernimmt auch die Rolle der FDP in der Steuerpolitik. Das ist strategisch zu bedenken. Wir gehen, wenn die sonstigen Grundlagen stimmen, vielleicht in eine Große Koalition, in der in wichtigen auch Verteilungsfra-

gen sozusagen der Koalitionspartner CDU/CSU eine bestimmte Entwicklung nimmt. Jedenfalls mussten wir den bisherigen Verlauf so deuten.

Wir brauchen in den nächsten Jahren in der Tat eine stärkere Deutungshoheit über die Kriterien einer modernen, sozialen Marktwirtschaft. Darauf hat, glaube ich, Sigmar zu Recht hingewiesen. Auch wir wollen eine stabile und steigende Wertschöpfung. Aber das darf nicht ausgespielt werden gegen andere wichtige Zukunftsaufgaben und schon gar nicht gegen die gerechte Verteilung der Wertschöpfungsergebnisse, Genossinnen und Genossen. Das, was Dagmar Schmidt an der Stelle angemerkt hat, ist wichtig. Das müssen wir prüfen. Wir dürfen nicht verschiedene Maßnahmen jetzt mitmachen - ich nenne einmal das Beispiel Rente -, wo dann über Beiträge finanziert wird, was über Steuern finanziert werden müsste, auch aus Verteilungsgründen, liebe Genossinnen und Genossen. Wir müssen noch erkennbar sein für unsere Anhängerschaft, die sehr wohl realistisch einschätzen kann, was man in einer solchen Konstellation denn konkret bewegen kann.

Das Thema der sogenannten kalten Progression, Sigmar, können wir in einem Tag erledigen. Nur muss die Gegenseite dann auch bereit sein, über Gegenfinanzierung zu sprechen, und das tut sie nicht. Sie verweigert sich da der finanziellen Realität; denn das hieße ja, notwendige Maßnahmen zu machen, aber eben schuldenfinanziert, unter Erhöhung öffentlicher Schulden. Liebe Genossinnen und Genossen, den Weg können wir nicht mitgehen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Joachim. Jetzt hat Elke Ferner das Wort.

Elke Ferner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Sigmar, eigentlich wollte ich mich erst nachher melden, wenn es um den Leitantrag geht. Aber du hast in deiner Rede einen Punkt angesprochen, der mich dazu gebracht, mich doch jetzt zu melden.

Die SPD hat immer dann gut abgeschnitten, wenn sie besonders viel von Frauen gewählt worden ist. Wir haben leider zu verzeichnen, dass seit 2002 die weibliche Wählerschaft um 40 Prozent zurückgegangen ist. Das kommt nicht von ungefähr. Das ist ein nachhaltiger Vertrauensverlust, den wir da erlitten haben. Umso gravierender, umso schlimmer ist das eigentlich, weil die CDU wirklich - das merken wir jetzt auch wieder in den Koalitionsverhandlungen - eine stockkonservative Partei ist. Aber sie wirkt jünger. Sie wirkt weiblicher. Sie wirkt bunter. Das ist, glaube ich, auch eines der Probleme, das wir angehen müssen.

Eben ist Willy Brandt mit „mehr Demokratie wagen“ zitiert worden. Vielleicht wäre das neue Motto für uns jetzt: mehr Vielfalt wagen, mehr Frauen, mehr Migranten, mehr Migrantinnen, mehr Menschen mit Behinderungen und andere Gruppen, die es in unserer Gesellschaft gibt und die sich vielleicht von uns nicht angesprochen oder nicht vertreten fühlen.

Glaubwürdigkeit ist ein wirklich wichtiges Pfund, gerade in Wahlauseinandersetzungen. Die Inhalte haben gestimmt. Die Personen haben auch gestimmt. Aber das eigene Verhalten stimmt nicht immer. Und das merken die Menschen, dass das eigene Verhalten nicht stimmt.

Wenn es darum geht, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen - ich bin dafür, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch bei uns in der eigenen Partei, auch in der Fraktion und der Parteispitze -, dann muss das auch selber gelebt werden. Wir hatten in 150 Jahren noch

nie eine Frau als Parteivorsitzende. Wir hatten noch nie eine weibliche Fraktionsvorsitzende im Bundestag. Es gab auch noch nie eine sozialdemokratische bzw. überhaupt keine Frau, die Bundespräsidentin gewesen ist. Wir haben auch im Willy-Brandt-Haus - um es einmal offen zu sagen - zu wenig Abteilungsleiterinnen. Das gehört natürlich auch dazu.

Sigmar sagte eben, wir müssen auch im Mittelgeschoss und im Untergeschoss mehr tun. Ja, ich bin sehr bei dir. Das müssen wir. In unserer Partei haben wir das. Wir haben durch die Quote im Mittelbau und im Unterbau viel mehr Frauen in den Gremien. Aber je weiter es nach oben geht, desto dünner wird das, desto weniger Frauen finden wir in der ersten Reihe - bei der Stellvertreterinnen ja, aber eben nicht vorne. Dass Malu Dreyer erst die dritte Sozialdemokratin ist, die ein Land als Regierungschefin führt, ist eigentlich zu wenig in den vielen Jahren, die es die Bundesrepublik gibt. Das müssten eigentlich schon viel mehr gewesen sein.

Ich finde, Sigmar, wenn wir in den nächsten zwei Wochen noch weiter verhandeln, auch in der Großen-Koalitionsgruppe, dann lass uns doch gemeinsam dafür kämpfen, dass wir nicht nur mehr Frauen in Aufsichtsräte und in Vorstände kriegen, sondern dass wir auch für die Privatwirtschaft eine Frauenförderung mit den Schwarzen vereinbaren, die dann auch wirklich dazu führt, dass im Untergeschoss und im Mittelgeschoss mehr Frauen vorhanden sein werden.

(BEIFALL)

Letzter Punkt - das wird wahrscheinlich nachher in der Debatte um den Leitantrag und den Antrag, den wir seitens des ASF-Bundesvorstands gestellt haben, noch eine Rolle spielen: Wir müssen natürlich auch sehen, wie wir Parteistrukturen schaffen, die es jungen Frauen ermöglichen, einmal in die Spitzenfunktionen hineinzukommen. Das, was wir an Parteileben entfalten, unterscheidet sich nicht wirklich von der Dauerpräsenzkultur, die wir in der Wirtschaft zu Recht beklagen. Ich finde, wir sollten auch den Mut haben, dass dort, wo es gewünscht wird, auch zwei - ein Mann und eine Frau - zusammen einen Ortsverein, einen Unterbezirk oder auch einen Bezirk oder Landesverband, vielleicht auch einmal den Parteivorstand anführen, dass wir von der Einzelspitze mehr hin zu Doppelspitzen kommen und dann auch Partnerschaftlichkeit, die wir zu Recht fordern, in der Wirtschaft und in der Familie auch als Partei vorleben und sagen: Männer und Frauen begegnen sich in der SPD auf Augenhöhe. - Uns ist es auch wichtig, die Frauen ganz oben mit dabei zu haben. - Schönen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Elke. - Jetzt spricht Stephan Weil.

Stephan Weil, Hannover: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Wir führen ja im Grunde genommen zwei Debatten in einer. Wir fragen uns: Wie konnte es geschehen, dass wir die Bundestagswahlen verloren haben, und was machen wir jetzt weiter? - Das ist nicht zwangsläufig identisch. Ich will insbesondere sagen: Die Analyse, warum wir zum zweiten Mal hintereinander ein schlechtes Bundestagswahlergebnis erzielt haben, darf nicht mit dieser Debatte auf diesem einen Parteitag zu Ende sein. Das müssen wir uns wirklich vornehmen.

(BEIFALL)

Wir sind derzeit auf Bundesebene nicht mehrheitsfähig. Ich finde, Sigmar Gabriel hat in seiner Rede einen ganz entscheidenden Punkt angesprochen, der im Grunde ganz einfach ist: Du gewinnst auf der Bundesebene keine Wahlen, wenn dir die Leute nicht zutrauen, dass du dafür sorgen wirst, dass die Wirtschaft weiter

floriert. - So einfach ist das. Die Leute haben uns schon zugetraut, dass wir für soziale Gerechtigkeit sind und dass wir da auch hochkompetent sind. Aber sie haben uns nicht zugetraut, dass wir in der Lage sind, die Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern und neue zu schaffen. Sie haben das den anderen mehr zugetraut. Das, liebe Genossinnen und Genossen, muss uns wirklich eine Lehre sein. Die SPD ist nun wirklich eine Partei, die weiß, wie wichtig Wirtschaft für Menschen ist, weil Menschen arbeiten. Wir müssen daran arbeiten, wenn es an die nächsten Bundestagswahlen geht, dass jedem klar ist: Mit der SPD geht es der Wirtschaft in Deutschland nicht nur genauso gut, sondern es wird ihr besser gehen, als wenn weiter rumgemerkelt wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ihr erinnert euch vielleicht: Innovation und Gerechtigkeit. Mit diesem Slogan hat die SPD mal Bundestagswahlen gewonnen, 1998. Innovation und Gerechtigkeit, das bringt ziemlich genau den Doppelklang auf den Punkt, dass wir für soziale Gerechtigkeit stehen, aber dass bei uns auch das Thema Arbeit und Wirtschaft eine riesen große Rolle spielt.

Es gibt einen zweiten Punkt. Ich finde, den kann man eigentlich jeden Tag gleich beheben und dafür sorgen, dass wir künftig mehrheitsfähig sind. Ich sage das ganz offen. Das ist das Thema der Geschlossenheit. Wenn Menschen den Eindruck gewinnen, wir seien in einem zu großen Maße mit uns selbst beschäftigt und nicht mit der Gesellschaft, dann sagen sich viele: Die sollen sich erst einmal selber regeln. Dann kommen wir wieder auf die Angelegenheit zurück.

Umgekehrt heißt es auch: Wenn es uns gelingt, aus dieser Wahl die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen und den richtigen Eindruck zu vermitteln - die SPD besteht aus Frauen und Männer, die unterschiedliche Temperamente haben, aber hochsolidarisch zusammenarbeiten und als Team gewinnen wollen -, dann, so glaube ich, haben wir die Grundlage dafür gelegt, künftig auch wieder auf Bundesebene Wahlen zu gewinnen, wie das in den letzten Jahren vielfach andernorts geschehen ist. Wir müssen geschlossen sein: Das ist die zweite Lehre aus diesen Wahlen. Das ist meine tiefe Überzeugung.

(VEREINZELT BEIFALL)

Zu den Koalitionsverhandlungen will ich nur so viel sagen: Ich kann die Diskussionen in der Partei aufgrund unserer Ansprüche und aufgrund dessen, was wir nach den Bundestagswahlen eigentlich machen wollten, schon verstehen. Aber ehrlich gesagt: Wir machen doch nicht Politik, um Wahlen zu gewinnen, sondern wir wollen Wahlen gewinnen, um Politik zu machen. Wir haben doch nicht den Anspruch, dass wir erst dann versuchen wollen, etwas ganz konkret zu verändern, wenn wir mit unseren Vorstellungen tatsächlich ganz überwiegend durchkommen.

Andersherum ausgedrückt: Wenn es uns gelingt, jetzt einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen, dann können wir, so finde ich, miteinander stolz sein wie Bolle. Das hat in Deutschland noch keiner geschafft.

(VEREINZELT BEIFALL)

Wenn es uns gelingt, die Abräumkommandos von der Union abzuwehren und die Energiewende zu verteidigen und zum Erfolg zu führen, dann können wir stolz sein. Wir werden die Energiewende nicht nur retten, wir wollen sie zum Erfolg führen. Das ist dann unser Erfolg, und darauf können wir stolz sein, Genossinnen und Genossen.

Wenn es uns gelingt, dass in den Ländern und Kommunen künftig endlich mehr für Bildung getan werden kann, dann sind uns unendlich viele Menschen in ganz Deutschland dankbar, und dann können wir stolz darauf sein, Genossinnen und Genossen. Lasst uns das miteinander klarmachen. Es ist nicht so, dass wir nur miteinander hadern müssen. Es gibt viele Beispiele, wo wir sagen können: Das haben wir ziemlich gut gemacht.

Deswegen will ich mit Martin Luther schließen. Martin Luther hat seinerzeit viel Wahres gesagt. Unter anderem hatte er die hinlänglich bekannte Erkenntnis, dass aus einem verzagten Hintern noch niemals ein fröhlicher Furz gekommen ist. Das, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir nicht wörtlich nehmen. Aber im übertragenen Sinne rate ich uns sehr dazu, das Wahlergebnis mutig, zuversichtlich und selbstbewusst zu akzeptieren, es künftig besser zu machen und jetzt aber daran zu arbeiten, dass wir unseren Leuten und unseren Zielen voranhelfen. – Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(VEREINZELT BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Stephan. Das Zitat war noch etwas deftiger. - Jetzt hat Dietmar Schäfers das Wort. Dietmar Schäfers ist stellvertretender Bundesvorsitzender der IG BAU.

Dietmar Schäfers, Stellvertretender Bundesvorsitzender der IG BAU: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich wollte mir hier heute eigentlich einen ruhigen Tag verschaffen, weil ich dachte: Du bist von der Gewerkschaft, hierher als Gast eingeladen und hörst einmal zu, was der Parteivorsitzende hier sagt. Ich habe mich dann allerdings spontan entschlossen, einige Ausführungen zu machen, weil mich das, was Sigmar hier ausgeführt hat, schon ein Stückchen beeindruckt hat – auch wegen der Offenheit, aber auch wegen der Analyse in Bezug auf die Partei und weil er die Gewerkschaften ganz direkt angesprochen hat.

Es ist klar: Normalerweise müsste man denken, die Masse der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und allen geht es ja nicht besonders gut. Es gibt Millionen mit befristeten Arbeitsverhältnissen, die in eine unsichere Zukunft gehen. Gerade in den Ballungszentren gibt es teure Wohnungen. In diesen können sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kaum noch – wenn überhaupt – die Miete leisten. Wir haben über eine Million Aufstocker, weil sie, obwohl sie arbeiten, von dem, was sie mit ihrer Hände Arbeit verdienen, nicht leben können. Sie können sich teilweise die enormen Strompreise nicht mehr leisten, und sie verdienen weit unter dem, was noch menschenwürdig ist.

Normalerweise müsste man als Sozialdemokrat bei dem Wahlprogramm, das wir hatten, denken: Ja, das wird ein Selbstläufer. Aber Sigmar hat hier Dinge gesagt, die sehr viel mit dem Herzen der Partei, aber auch mit den Herzen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu tun haben. Man muss sich ja in der Tat die Frage stellen: Warum hat man die Sozialdemokratie nicht gewählt, obwohl doch die Antworten auf all die drängenden Fragen vielfach von der Sozialdemokratie gegeben wurden?

Man muss sich natürlich auch anschauen, wie das hier tickt. Ich glaube – hier gebe ich dir recht, Sigmar –, einer der ganz entscheidenden Fehler – damit sollte es dann eigentlich auch schon genug sein mit Reden über die Vergangenheit – wurde beim Thema „Soziale Gerechtigkeit“ – und hier vor allen Dingen bei den Themen „Rente“ und „Rente mit 67“ – gemacht, Genossinnen und Genossen. Ich glaube, das war ein Stück Politik der SPD, die zu Folgendem geführt hat: Man hat unter dem Mantel der großen Verantwortung Dinge entschieden, die auch dem letzten treuen Arbeitnehmer das Genick gebrochen und ihn davon abgehalten hat, Sozialdemokraten zu wählen.

Für mich ist jetzt die Frage: Reiten wir all die nächsten Jahre noch darauf herum, oder welche Chancen haben wir jetzt letztlich bei den Koalitionsvereinbarungen, nachdem wir die Wahlen verloren haben?

Ich habe ein bisschen Angst vor den Diskussionen, die noch kommen, Sigmar. Man muss Verantwortung und ein Stückchen Schuld auch immer bei sich selbst suchen. Wenn man aber über die Politik enttäuscht ist – ich habe ja gerade beschrieben, warum -, dann läuft man ja nicht durch die Gegend und wirbt massiv für die Partei, sondern man gibt seine Enttäuschung anderen kund. Ich gebe zu, ich gehöre auch zu denen. Das tun dann viele, und dann hast du eine Massenbewegung und musst dich nicht wundern, dass man in einem kollektiven Jammertal sitzt.

Bei dem, was jetzt bei den Koalitionsvereinbarungen läuft, habe ich eine gewisse Befürchtung. Jeder Einzelne, der sich hier zu Wort gemeldet hat und sich noch zu Wort melden wird – oder im Ortsverein oder im Unterbezirk -, hat seine Themen, die für ihn relevant sind. Wenn diese Themen nicht bedient werden, ist das schlecht, und dann kann man dem eigentlich nicht zustimmen. Das wird bei der SPD nicht anders laufen als bei den Gewerkschaften nach Tarifverhandlungen. Hier müssen wir aufpassen.

Darum möchte noch einmal ein ganz besonders Hauptaugenmerk auf Sigmars Rede lenken. Sigmar hat hier viel von Herz und von Prinzipien gesprochen. Zu den elementaren Prinzipien gehören natürlich ein Stück Sozialpolitik und die soziale Gerechtigkeit. Du hast die Punkte selbst genannt, Sigmar.

Dazu gehört, dass man den arbeitenden Menschen natürlich eine Perspektive geben muss, wo sie landen, wenn sie aufhören, zu arbeiten, und wenn sie aufhören müssen, zu arbeiten, weil die Knochen nicht mehr mitmachen. Darum ist das gut. Das wäre für mich ein beinharder Punkt in der Koalitionsvereinbarung: Beim Thema „Rente“ und beim Thema „Übergang in die Rente“ muss man wirklich schauen, dass man eine Perspektive entwickelt. Ich sage: „Perspektive entwickelt“!

Ähnlich ist es mit dem Mindestlohn. Ich glaube, die Sozialdemokratie kann es sich nicht leisten, aus den Verhandlungen herauszukommen, ohne einen gesetzlichen Mindestlohn vereinbart zu haben. Hier vertrauen wir einfach darauf, dass das natürlich auch Teil des Ergebnisses ist.

Ich weiß – das sage ich dazu -, dass nicht alle Wünsche – es gibt ja noch die Steuern, das Wohnen, Europa und viele andere Dinge – erfüllt werden können. Darum bitte ich einfach nur und appelliere, genau an dem Herz anzusetzen, an der Stelle, an der es in den letzten Jahren mit dem Vertrauen in die Sozialdemokratie schiefgegangen ist.

Noch ein Wort von mir: Wer sagt, dass man in der Opposition sein Profil stärken kann und in den nächsten Jahren dann nur abwarten muss, dass man Regierungsverantwortung übernimmt, muss mir auch erklären, warum das dann in den letzten Jahren nicht gelungen ist. Denn Opposition hatten wir ja letztlich genug. Ich denke, wenn es Sigmar gelingt, in die Koalitionsvereinbarungen die Herzgeschichten, die viel mit sozialer Gerechtigkeit zu tun haben, hineinzubekommen, dann hat man eher die Chance, Glaubwürdigkeit durch eine kluge Regierungspolitik zurückzugewinnen, als es in der Opposition möglich ist. Aber Voraussetzung ist natürlich, dass man die sozialen Themen geregelt bekommt.

Ich habe große Hoffnung, dass das gelingt. Sigmar, du hast als Parteivorsitzender hier klare Kante gezeigt und gesagt, wir werden nicht ein zweites Mal eine Politik betreiben, bei der die SPD wieder gegen Prinzipien

verstößt. Das glaube ich dir, und ich sage dazu: Ich bin mit großer Skepsis hier hingefahren, aber ich möchte dir ausdrücklich gratulieren zu dieser guten, nachdenklichen Rede, die natürlich in den Ortsvereinen und im Unterbezirk noch nachgearbeitet werden muss. Das ist selbstverständlich. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(VEREINZELT BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Jetzt hat Dorothea Kliche-Behnke das Wort. Ihr folgt Christoph Matschie.

Dorothea Kliche-Behnke, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Die SPD war immer dann stark, wenn sie sich überzeugend für soziale Gerechtigkeit und gleichermaßen für den Fortschritt in der Gesellschaft eingesetzt hat. Ich glaube, wir müssen die Wahl mit Blick darauf ehrlich aufarbeiten. Wir haben im Wahlkampf zu Recht gegen das Betreuungsgeld und für mehr Kitaplätze, gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie mehr Frauen in Führungspositionen gekämpft. Dabei ist aber nicht immer deutlich geworden: Wir sind die Partei der Wahlfreiheit und die Partei für die Familien; nur sieht bei uns Familie eben bunter aus, als die Konservativen der Union es gerne hätten.

(VEREINZELT BEIFALL)

Spätestens seit dem Vorstoß des PV, dass wir alle über den Koalitionsvertrag abstimmen können, hat die SPD bewiesen, dass sie nach wie vor die Partei ist, die das Wagnis von Demokratie eingeht. Es wird darauf ankommen, diesen Weg weiterzugehen, innerparteilich, im Land, vor allem aber auch in Europa. Darüber ist mir hier zum Teil zu wenig gesprochen worden.

Gesellschaftliche Öffnung und mehr Demokratie, daran werde ich den Koalitionsvertrag kritisch messen, wenn es um die doppelte Staatsbürgerschaft, moderne Netzpolitik und Gleichstellung geht und wenn es um eine neue Politik für Europa geht.

Regieren in einer Großen Koalition, darauf habe ich, wie viele hier, ehrlich gesagt keine Lust. Das geht es nur, wenn wir uns nicht im Klein-Klein verlieren, sondern ein neues gesellschaftliches Projekt der Sozialdemokratie entwickeln. - Danke.

(VEREINZELT BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Dorothea. - Bevor Christoph jetzt zu uns spricht, liebe Genossinnen und Genossen, würde ich darum bitten, dass wir so langsam die Delegierten, die nicht im Saal sind, in den Saal bitten. Wir haben zwar noch einige Wortmeldungen, aber es sind noch nicht alle E-Voting-Geräte verteilt worden, und diese Geräte können nur verteilt werden, wenn die Delegierten am Platz sind und ihren Ausweis dabei haben. Deshalb bitte ich darum, dass wir alle Delegierten wieder hineinbitten, damit wir das fertigstellen können, weil wir nach der Generaldebatte und nach den Rechenschaftsberichten, die danach kommen, sehr schnell die Wahl des Parteivorsitzenden starten werden. - Christoph.

Christoph Matschie, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Zum Wahlergebnis ist heute eine ganze Menge gesagt worden. Wir haben für Rot-Grün gekämpft und finden uns jetzt in einer Situation, in der wir eine ganz andere Koalition verhandeln.

Ja, man kann Wahlen verlieren. Wichtig ist aber, welche Haltung wir in dieser Situation zeigen. Eins darf uns auf gar keinen Fall passieren: dass wir Angst vor der nächsten Auseinandersetzung haben. Denn es

ist sicher wichtig, selbstkritisch über dieses Ergebnis nachzudenken; es ist auch nicht das erste Wahlergebnis, das uns zum Nachdenken zwingt. Ich finde, Sigmar, du hast heute eine Menge Kluges dazu gesagt. Aber genauso wichtig ist für mich, dass wir denjenigen, die uns gewählt haben, die auf die SPD gesetzt haben, zeigen, dass wir jetzt nicht kneifen, sondern dass wir für sie kämpfen. Da draußen gibt es Menschen, die mit 5 Euro Stundenlohn nach Hause gehen. Sie wollen nicht nur, dass wir uns kritisch mit unserem Ergebnis auseinandersetzen - das auch -; sie wollen auch, dass wir in den Koalitionsverhandlungen kämpfen, damit es in Deutschland anders wird, damit es endlich einen gesetzlichen Mindestlohn gibt, der sie und ihre Arbeit schützt. Da draußen gibt es auch Kinder und Jugendliche, die darauf setzen, dass wir für sie kämpfen, weil sie eben mehr als Halbtagschule brauchen, weil sie etwas mehr Zeit und etwas mehr Unterstützung brauchen, damit sie faire Startchancen im Leben haben. Sie schauen jetzt auf uns. Da draußen leben auch immer mehr alte Menschen, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben, deren Lohn aber so niedrig war, dass sie am Ende nur die Grundsicherung bekommen. Sie schauen auf uns. Sie fragen: Was tut ihr für uns?

Deshalb ist es mir wichtig, dass wir engagiert in die Auseinandersetzung gehen. Ja, man kann Wahlen verlieren, aber man kann auch in Koalitionsverhandlungen gewinnen, und das müssen wir versuchen, liebe Genossinnen und Genossen. Es gibt keinen Automatismus in einer Koalition. Ein Ja wird es am Ende nur geben können, wenn die Ergebnisse stimmen. Aber jetzt ist es Zeit, sich mit aller Kraft da hineinzuknien, hart zu verhandeln und zu zeigen, dass die Sozialdemokratie da ist und für ein besseres Land kämpft. - Herzlichen Dank.

(VEREINZELT BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Christoph. - Jetzt spricht Hilde Mattheis. Ihr folgt Apostolos Tsalastras.

Hilde Mattheis, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben uns seit 2009 auf einen sehr intensiven Reformkurs begeben und uns sowohl inhaltlich neu positioniert als auch organisatorisch reformiert. Das war gut und notwendig und richtig. Die Wahlanalyse für 2005, 2009, 2013 nach diesem Ergebnis nicht stocken zu lassen, sondern keinen Rollback zuzulassen und sich damit auseinanderzusetzen, warum wir 2013 nur 2,7 Prozent hinzugewonnen haben, obwohl wir alle davon überzeugt sind, das richtige Programm gehabt zu haben, das ist wichtig, und zwar unter Einbeziehung der Basis. Auch das haben wir seit 2009 gut und richtig gemacht. Es gibt kein Durchstechen mehr von oben nach unten, und das darf uns auch nie wieder passieren.

Ich glaube, auch in einem zweiten Punkt werde ich ab jetzt nicht mehr mit Sigmar streiten müssen, nämlich über die Öffnung für andere Konstellationen. Auch das ist gut, notwendig und richtig, dass wir uns nicht mehr verengen auf eine Konstellation.

Auch ein dritter Punkt, den ich hier anführen möchte, ist gut, notwendig und richtig. Wir wollen einen Politikwechsel. Damit sind wir in den Wahlkampf gezogen. Dieser Politikwechsel macht sich fest an den Lebensrealitäten der Menschen, die wir verbessern wollen. Diese Lebensrealitäten, die wir verbessern wollen, egal ob durch bessere Pflege, bessere Krankenversorgung oder auch bessere Infrastruktur, was Straßen anbelangt, sowie bessere Schulen, haben wir unterlegt mit einer Botschaft, nämlich dass Steuern kein Selbstzweck sind, sondern dass es um Steuergerechtigkeit geht.

Deshalb mache ich mir an dieser Stelle jetzt schon große Sorgen und Gedanken: Kriegen wir es hin, wenn Frau Merkel jetzt bei allen Koalitionsarbeitsgruppenrunden ihren ganzen dicken „F-Stempel“ draufsetzt und sagt, das steht unter Finanzierungsvorbehalt. Kriegen wir das dann hin, dass die Menschen wirklich merken: Ja, eine SPD in einer großen Koalition tut viel Gutes, und zwar dafür, dass wir unsere Infrastruktur nicht auf Verschleiß fahren, sondern wirklich für zukünftige Generationen investieren.

Wenn wir von Steuergerechtigkeit meinen wir ja nicht die Krankenschwester oder den Installateur oder sonst jemanden, sondern wir meinen diejenigen mit den ganz dicken Geldbeuteln. Wir haben das immer unter Verteilungsgesichtspunkten so gesehen.

Ich bitte darum, bevor dieses ganz dicke „F“ auf Projekte wie soziale Stadt, auf alle Infrastrukturmaßnahmen gesetzt wird, auf alles das, was wir in der Pflege wollen, müssen wir doch unseren zentralen Punkt, nämlich dass es um Umverteilung geht, wieder mit in die Debatte aufnehmen;

(BEIFALL)

denn es geht um Umverteilung für die Enkel auch der Krankenschwester, für die Enkel auch des Installateurs. Denen möchte ich nämlich nicht - und ihr sicher auch nicht; dafür haben wir Wahlkampf gemacht - die kaputten Straßen, Schulen und Kindergärten hinterlassen, sondern die sollen teilhaben, genau auch die Zugänge haben zu all den öffentlichen Dingen, die wir ihnen bereitstellen wollen. Das ist kein Selbstzweck, sondern eine notwendige Investition in die Zukunft. Wenn ein Asmussen uns auf die Agenda schreibt, es fehlen 75 Milliarden pro Jahr, damit wir nämlich genau da investieren, was natürlich unserer Wirtschaft zugute kommt - das ist doch klar -, dann ist das schon ein Punkt, den wir nicht einfach so in Koalitionsgesprächen wegwischen dürfen.

Ich glaube auch: Ja, Koalitionen brauchen Kompromisse. Aber bei Koalitionen und Kompromissen gibt es auch Verlierer. Wir haben das in der letzten großen Koalition gesehen. Deshalb: Es ist wichtig, wenn wir für einen Politikwechsel kämpfen - und das wollen wir -, dass wir genau diese Botschaft nicht senden dürfen. Es ginge über Einsparprogramme. Es ginge womöglich über das Anzapfen von Reserven bei Sozialversicherungen, es ginge über eine Maut. So viele Holländer können gar nicht über unsere Autobahnen fahren, wie das kostet. Ich glaube, dass wir uns da wirklich nichts vormachen dürfen.

Mit Perspektive auf 2017: Ja, wir wollen da den echten Politikwechsel und vielleicht auch schon auf der Strecke bis dahin. Um das zu erreichen mit einer SPD und dann wieder einer starken SPD, die eine Kanzlerin/einen Kanzler stellt, das eint uns doch.

Aber wir dürfen uns auch nicht vorstellen und damit zufrieden geben, dass irgendwie geartete faule Kompromisse uns die Steine bis 2017 aus dem Weg räumen. Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank Hilde, jetzt spricht Apostolos Tsalastras, ihm folgt Gernot Grumbach.

Apostolos Tsalastras, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, lieber Sigmar, ich möchte dir zuerst für deine Rede danken, weil ich glaube, gerade diese nachdenkliche Rede, die du gehalten

hast, die auch den Finger in viele Wunden gelegt hat, die wir nach dem Wahlergebnis zu spüren bekommen haben, die wir dort gesehen haben, die war genau richtig in Anbetracht des Wahlergebnisses, aber auch in Anbetracht dessen, was wir im Augenblick gemeinsam zu bewältigen haben.

Insbesondere der Punkt, den du angesprochen hast, was das Erreichen der Kernwählerschaft angeht, hat mich besonders betroffen gemacht, weil ich dieses Empfinden auch habe und diese Befürchtung, dass das nicht nur ein Kommunikationsproblem ist, sondern mittlerweile ein kulturelles. Deswegen glaube ich was das ganz wichtig, das hier anzusprechen. Ich glaube aber auch, dass wenn wir nicht in Gespräche gegangen wären, um das Möglichste zu schaffen, um dieser Kernwählerschaft, um die es da geht, die wir wiedergewinnen wollen, Verbesserungen in ihrem Lebensalltag zu verschaffen. Ich weiß nicht, wie wir es dieser Kernwählerschaft erklärt hätten, dass wir aus Angst vor der Courage vor diesen Gesprächen geflohen wären und nicht zumindest versucht hätten, Verbesserungen in den Lebensverhältnissen hinzubekommen.

Ich möchte das an einem Beispiel festmachen, das mich als Kämmerer einer hochverschuldeten Stadt in Nordrhein-Westfalen im Ruhrgebiet ganz besonders bewegt. Das ist das Thema der Kommunal Finanzen. Jetzt mag der eine oder andere sagen, das sei ein ganz trockenes Thema. Nein, liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, das ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen - neben vielen anderen, von denen wir heute gehört haben -, die es zu bewältigen gilt. Wir sind nämlich mittlerweile so weit, dass die Zukunftsperspektiven von Menschen nicht mehr nur davon abhängen, in welchem Quartier sie wohnen, leben und aufwachsen, sondern mittlerweile, in welcher Region sie leben, weil wir es mittlerweile mit der Situation zu tun haben, dass ganze Regionen finanziell so ausgeblutet sind, dass sie ihren Bürgerinnen und Bürgern nur schwerlich gleiche Lebenschancen bieten können wie in anderen Regionen. Ich glaube, das ist ein fundamentales Problem, das Sozialdemokratie nicht dulden darf und bekämpfen muss.

Wir haben es mittlerweile mit der Situation zu tun, dass es Kommunen und ganze Regionen gibt, die aufgrund ihrer geringen Steuerkraft, weil die Industrie weggebrochen ist, hohen Soziallasten und hohen Zinslasten ganz extreme Lebenssituationen produzieren. Wir müssen für unsere Unternehmen und für unsere Handwerker und für unsere Bürgerinnen und Bürger vor Ort hohe Steuern nehmen. Wir müssen Kita-Beiträge nehmen, wo 40 km weiter die Kitas für Mütter und Väter umsonst sind, während bei uns hohe Kosten zu tragen sind. Das sind Entwicklungen, liebe Genossinnen und Genossen, die wir als Sozialdemokraten nicht mehr hinnehmen können, und die können wir uns auch an der Stelle nicht leisten.

Deswegen ist es richtig, dass wir uns einbringen und eingebracht haben, dass wir die Kommunen von den schwierigen und hohen Soziallasten, die wir haben, entlasten, dass wieder neue finanzielle Spielräume gewonnen werden, damit wir die Zukunftsaufgaben, die wir alle benannt haben, auch bewältigen können; denn wir können sie ohne die Kommunen nicht bewältigen. Beste Bildung für alle haben wir immer gesagt. Aber in Kommunen, wo Schulen keine beste Bildung mehr garantieren können, wird das nicht funktionieren. Gute Arbeit haben wir gesagt. Gute Arbeit kann nur funktionieren, wenn vor Ort auch gute Arbeitsbedingungen herrschen, wenn Infrastruktur da ist, damit sich Unternehmen ansiedeln können, und nicht Arbeitslosigkeit von über 14 bis 15 Prozent herrscht. Da ist dann keine gute Arbeit mehr möglich.

Ein Punkt, der mir persönlich - auch aufgrund meiner Herkunft - besonders am Herzen liegt, ist das Thema Integration. Das werden wir nicht bewältigen, wenn die Kommunen nicht funktionieren. In vielen haben wir ganz große Probleme zu schultern, auch in Fragen der europäischen Armutswanderung, die insbesondere die Bereiche betreffen, die auch noch finanziell ausgeblutet sind. Wir sind in einer Situation, in der wir Unter-

stützung und Spielräume brauchen, die wir gewinnen müssen, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen bin ich mir sicher, dass es gut ist, dass wir in diese Gespräche gehen, dass wir dieses Thema und andere Themen einbringen, die die Menschen bewegen, und dass wir versuchen, dort erfolgreich zu sein. Wenn wir keinen Erfolg haben und das Gewicht auf der Waage negativ ist, dann kann man auch Gespräche bzw. ein Fazit treffen, das negativ ist, und dann Empfehlungen aussprechen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, vorher die Flinte ins Korn zu werfen, ist fahrlässig und an der Stelle nicht sozialdemokratisch.

Deswegen wünsche ich allen, die da verhandeln, viel Erfolg bei den Verhandlungen, damit möglichst viel herauskommt und wir viel für die Menschen bewegen.

Ich bedanke mich für eure Aufmerksamkeit und wünsche euch viel Glück.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Jetzt hat Gernot Grumbach das Wort. Ihm folgt Nils Schmid.

Gernot Grumbach, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen, wenn die Rede des Parteivorsitzenden besser ist als der Leitantrag, ist das gut für den Parteivorsitzenden, aber es spricht nicht für den Leitantrag. Ich finde schon, dass wir einiges von dem, was wir diskutieren, auch aufschreiben sollten, auch was mit der Vergangenheit zu tun hat.

Ich sage immer: Wer seine Vergangenheit nicht ordentlich bearbeitet, der wird auch die Fehler in der Zukunft wiederholen, die er in der Vergangenheit gemacht hat.

Sigmar hat in seiner Rede gesagt: „Wir haben Politik überprüft und geändert.“ Meine schlichte Frage ist: Warum haben wir das in den letzten zehn Jahren nicht laut sagen dürfen? Warum haben wir den Menschen nicht sagen dürfen, wir haben aus dem gelernt, was wir gemacht haben, und ihnen nicht sagen dürfen, was wir anders machen? Denn vieles von dem, was wir an Glaubwürdigkeitsproblemen haben, liegt daran, dass die Leute sagen: „Na ja, ihr sagt heute etwas anderes als vor zehn Jahren, aber wir wissen nicht, wie das zusammenhängt, weil ihr nur intern diskutiert habt.“ Deswegen glauben sie nicht. Der Satz: „Wir glauben nicht, dass ihr tut, was ihr sagt.“, der uns im Wahlkampf so oft begegnet ist, hat etwas damit zu tun, dass es keinen Übergang von den Fehlern der Vergangenheit zu den Lehren der Gegenwart, geschweige denn zu denen der Zukunft gibt. Ich denke, dass wir da etwas anders machen müssen.

Ich will das Folgende an dieser Stelle auch sagen, weil das dahin gehört. Es ist eine skurrile Situation. Der Spitzenkandidat räumt eigene Fehler ein. Peer kennt mich lange genug und weiß, dass ich ihm das nicht immer zugetraut habe -, aber die Partei kann die gleiche Rolle nicht übernehmen. Ich glaube, dass wir an dieser Stelle, wenn wir nicht anfangen, die Zusammenhänge zwischen dem herzustellen, was wir gelernt haben, und dem, was wir tun, weiterhin Probleme haben werden.

Politik, das heißt doch, genau hinzuschauen. Damit komme ich wieder zu einem Punkt, wo ich mit Sigmars Rede nicht ganz einverstanden bin, weil sich da etwas geändert hat. Sigmar hat gesagt, wir haben die Aufstiegsmöglichkeiten der Gesellschaft geöffnet. Realität ist aber, dass in Deutschland seit 20 Jahren die Aufstiegsmöglichkeiten weniger werden. Man kann das nachsehen. Unternehmensvorstände sind in Deutschland in den letzten 20 Jahren sozial sehr viel selektiver zusammengesetzt, als sie es nach dem

2. Weltkrieg waren. Da sitzt wieder Oberschicht mit Oberschicht, gehobenes Bürgertum mit gehobenen Bürgertum und Adel.

Man kann es noch zuspitzen. Es gibt in Darmstadt einen Eliteforscher, der Dinge wie Heiratsmarkt untersucht. Reich heiratet reich, arm heiratet arm. Das war nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland einmal anders. Wir haben das einmal aufgebrochen, aber dieser Aufbruch ist wieder beendet, und wir werden neu ansetzen müssen, wenn soziale Gerechtigkeit und soziale Spaltung in dieser Gesellschaft einkehren soll und soziale Spaltung in dieser Gesellschaft überwunden werden soll.

Ein zweiter Punkt ist die Frage: Was gehört zu Politik? Zu Politik gehört Vertrauen, und zu Vertrauen gehört Beteiligung. Dann sage ich sehr deutlich: Da haben wir ein Problem, das wir Sozialdemokraten nicht alleine lösen müssen, sondern da werden wir gemeinsam etwas anbringen müssen, denn Beteiligung bedeutet in demokratischen Ländern Zeit. Wer ein Rentenproblem sieht und sagt, wir müssen es in drei Wochen lösen, der weiß, dass er Beteiligung nicht organisieren kann, nicht einmal von Experten. Wer das in einer großen Volkspartei will, der muss sozusagen in der Lage sein und ich glaube, da haben wir sogar ein gemeinsames Interesse mit der CDU, auch die Zeit für Debatten in der Partei zu organisieren. Anders werden wir die vielen Menschen, die nicht bezahlt werden für Politik, gar nicht einbeziehen können.

Dazu gehört übrigens auch, wenn ich mir die Bemerkung gestatten darf - ich verstehe es ja im Zuge von Koalitionsverhandlungen, dass wir Leitanträge auf Parteitag seit Jahren als Tischvorlagen bekommen. Das schafft auch nicht gerade gute Beteiligungsbedingungen. Ich finde, da könnten wir etwas dazulernen.

(BEIFALL)

Der letzte Punkt hat etwas mit den langen Linien zu tun. Norbert Schmitt hat vorhin schon gesagt, wir haben im Wahlkampf deutlich gemacht, wir wollen die soziale Spaltung verringern. Wir wollen Gerechtigkeit. Wir wollen es auch dort, wo es an den Geldbeutel geht. Ich verstehe, dass man an dieser Stelle in harte Konflikte gerät. Aber das Signal, dass die lange Linie - wir wollen sozusagen in der Frage Steuergerechtigkeit drei Schritte weitergehen - nicht mehr so offensiv vertreten wurde, wie sie jetzt im Leitantrag wieder aufgetaucht ist. Das ist ein Punkt, der uns Probleme macht, weil die Menschen schon sehen, dass wir an vielen Stellen auch in den konkreten Fragen von Verhandlungen in Probleme geraten, wenn wir nicht zusätzliches Geld organisieren können.

Dann ein letzter Punkt. Ich glaube, dass wir noch viel Debattenbedarf haben, weil wir jetzt über Regierungsbeteiligung reden. Wir reden jetzt über Koalition. Aber egal, was für Koalitionen es in Deutschland gibt - es wird eine neue - manche werden auch sagen, eine alte - Rolle für die SPD geben, denn eine große Koalition, wenn es sie jemals geben sollte, wird ohne Partei, die daneben klare Akzente gibt, keine Zukunft für die SPD bedeuten.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsident: Jetzt spricht Nils Schmid. Ihm folgt Hendrik Bednarz.

Nils Schmid, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben uns auf den Weg gemacht, um entlang von inhaltlichen Punkten Koalitionsverhandlungen mit der Union zu führen. Ich glaube, die unerquickliche und unbequeme Situation, in der sich heute der Parteitag befindet, hat damit zu tun,

dass wir die Ergebnisse dieser Koalitionsverhandlungen jetzt noch nicht beraten können und deshalb noch nicht dem Parteitag und auch unseren Mitgliedern präsentieren können, dass wir bestimmte Punkte wie Mindestlohn oder auch andere Anliegen durchgesetzt haben. Trotzdem ist dieser Weg richtig, und die ersten Zwischenergebnisse eröffnen die Chance, dass es auch klappen könnte.

Ich finde vor allem wichtig, dass wir es bei dem zentralen Thema der Wirtschaftspolitik geschafft haben, mit der Union zusammen Akzente maßgeblich zu verschieben. Ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland und Baden-Württemberg, ein klares Bekenntnis zum Mittelstand, zur Rolle der familiengeführten Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und sichern, ein klares Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft, Tarifautonomie, Tarifeinheit und Tarifbindung. Das alles sind Punkte, die wir schon jetzt mit der Union gemeinsam verhandelt haben.

Wenn ich sage, wir haben die Akzente in der Wirtschaftspolitik verschoben, dann ist das Entscheidende, dass wir uns nicht auf die Debatten über Lohnnebenkosten oder gar Sozialkürzungen einlassen, sondern dass wir die Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gemeinsam mit der Union diskutieren, auf die es in Zukunft mehr denn je ankommen wird.

Das ist erstens die Energie. Es ist gut, dass Hannelore Kraft in der Energiearbeitsgruppe das magische Dreieck durchgesetzt hat. Energiewende ja, sie wird nicht ausgebremst. Die Strompreise müssen bezahlbar sein, und wir brauchen ein stabiles Netz, eine stabile Versorgung für unseren Industriestandort. Deshalb herzlichen Dank an Hannelore Kraft für diese gute Arbeit in der Energiearbeitsgruppe.

Es geht zweitens um Infrastruktur, Verkehrsinfrastruktur und moderne Telekommunikationsinfrastruktur. Deshalb ist es so wichtig, dass wir eine grundsätzliche Verständigung erreicht haben, die Breitbandnetze in der Fläche unseres Landes auszubauen.

Drittens geht es schließlich um Innovation, um die Fachkräfte der Zukunft. Ich habe als Wirtschaftsminister in Baden-Württemberg eine Fachkräfteallianz gegründet. Wir wollen auch auf Bundesebene zusammen mit der Union eine Allianz für Fachkräfte bilden, denn die Fachkräfte sind der Schlüssel für den Erfolg der Unternehmen in Deutschland und auf den internationalen Exportmärkten. Bei der Zukunft der Fachkräfte geht es ganz entscheidend um ein ureigenes Anliegen dieser Partei. Es geht um gerechte Bildungschancen, denn woher sollen denn die Fachkräfte kommen, wenn wir nicht jedes Talent egal, welcher Herkunft, egal, aus welchem Stadtteil es kommt - genauso gut fördern wie alle anderen auch?

Deshalb ist es so wichtig, dass wir in den Koalitionsverhandlungen verlässliche Finanzierungen finden: für die Ganztageschulen, für die Inklusion, für den Ausbau der Kinderbetreuung, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir sind nicht irgendwelche Ländervertreter, die da jetzt den Bund erpressen, sondern es ist eine strategische Frage für den Wirtschaftsstandort Deutschland, dass wir über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, über gleiche Bildungschancen den Betrieben die Fachkräfte auch in Zukunft zur Verfügung stellen können. Gerechtigkeit in der Bildung ist ein Top-Wirtschaftsfaktor geworden, Genossinnen und Genossen.

Deshalb glaube ich, dass wir am Ende, wenn es um diese Rahmenbedingungen geht, die Frage der Finanzierung nicht auf unser Konto nehmen dürfen, sondern dann ist die CDU begründungspflichtig, wie sie diese wichtigen Zukunftsaufgaben finanzieren will, die sie ja auch selbst immer einfordert. Denn eines kann nicht sein: Dass die Union keine Steuererhöhungen will und dass sie selbst den Abbau von Steuervergünstigungen

als Steuererhöhungen auffasst. In dieser Frage ähnelt die Union im mehr der Teaparty in Amerika, die ebenfalls völlig politikunfähig geworden ist, weil sie bei der Steuerpolitik keinen Deut nachgeben will.

Das werden wir nicht dulden können. Wir brauchen in Zukunft gerade für Kommunen und Länder, die diese wichtigen Zukunftsfragen gestalten müssen, verlässliche Rahmenbedingungen. Das nutzt dem Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland. Das nutzt der Zukunft der Fachkräfte, und das muss ein zentrales Anliegen für den Fortgang der Koalitionsverhandlungen sein. . Vielen Dank.

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Nils. - Es spricht jetzt Hendrik Bednarz. Ihm folgt Roman Götzmann.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich darf begrüßen, zwischenzeitlich eingetroffen, munter im Gespräch, den Vorsitzenden der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske. Lieber Frank, herzlich willkommen auf dem Parteitag.

(BEIFALL)

Hendrik Bednarz, Baden-Württemberg: Genossinnen und Genossen! Wir sind uns einig: Der Kandidat war gut. Das Programm war auch gut. Aber eines hat offensichtlich nicht funktioniert, nämlich das Zusammenspiel zwischen Kandidat, Wahlkampfteam, Programm und Partei. Anders ist es nicht zu erklären, dass wir einen derart krachenden kommunikativen Fehlstart hingelegt haben. Anders ist es auch nicht zu erklären, dass wir die Kernthemen unseres Kandidaten, nämlich Finanzen, Banken, Kapitalmarktregulierung, nicht so platzieren konnten, wie wir es hätten tun müssen. Anders ist es auch nicht zu erklären – Peer und Sigmar, das müsst ihr euch gefallen lassen –, dass es nach außen wahrnehmbar immer wieder zu Abstimmungsschwierigkeiten zwischen euch beiden gekommen ist.

Das Programm enthielt viele Themen – einen ganzen Bauchladen mit größtenteils richtigen Forderungen und Feststellungen –, aber wir haben als Partei keine zündende Geschichte erzählt und konnten nicht vermitteln, weshalb die Wählerinnen und Wähler ihr Kreuzchen bei der SPD und damit für einen Bundeskanzler Peer Steinbrück hätten machen sollen. Unabhängig davon war es ohne Frage richtig, das Thema „soziale Gerechtigkeit“ als den historischen Ausgangspunkt der SPD zu setzen und dieses Thema kommunikativ in den Mittelpunkt zu stellen. Richtig ist aber auch, dass wir mit Themen wie Mindestlohn, Mindestrente und Ähnlichem nur einen bestimmten Teil unserer Gesellschaft erreicht haben, aber nicht genügend, um damit Wahlen zu gewinnen und im Bund mehrheitsfähig zu werden. Deswegen müssen wir das Thema der sozialen Gerechtigkeit ergänzen um Fragen wie: Wie sieht eine moderne, offene Gesellschaft aus? Wie schaffen wir es, geeignete Rahmenbedingungen für Innovationen und wirtschaftliche Stärke herzustellen?

Genossinnen und Genossen, all dies muss sich auch im Koalitionsvertrag niederschlagen. Dazu gehört – darauf hat Nils Schmid in seinem Beitrag gerade zu Recht hingewiesen –, dass es keinen Koalitionsvertrag geben darf ohne eine solide und sozial gerechte Finanzierung. Für mich gehört dazu beispielsweise, dass wir versicherungsfremde Leistungen wie meinetwegen die Mütterrente nicht über Sozialbeiträge finanzieren, sondern über Steuern. Das sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die wir auch gesamtgesellschaftlich und sozial gerecht finanzieren müssen. Das geht nur über Steuern. Das ist eine der Errungenschaften unserer Regierungszeit, die wir meines Erachtens nicht über Bord werfen sollten.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich bitte euch, die Koalitionsverhandlungen und auch die weitere Aufarbeitung der Debatte nach dem Bundestagswahlkampf in diesem Sinne zu führen.

– Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Jetzt hat Roman Götzmann das Wort. Ihm folgt Sebastian Roloff.

Roman Götzmann, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Sigmar! Zu Beginn deiner Rede war ich mit deiner Analyse sehr einverstanden, nämlich dass die soziale Gerechtigkeit für die SPD eine notwendige Bedingung darstellt und dass wir uns etwas einfallen lassen müssen, wie wir diejenigen in unserem Land ansprechen, die einen sicheren Job haben, denen es gutgeht und die eben nicht das Bild teilen, dass dieses Land von Verelendung betroffen ist.

Danach setzte aber Enttäuschung ein; denn dann habe ich eine halbe Stunde lang nur Ausführungen zu – wenn auch wichtigen – sozialdemokratischen Anliegen gehört, die uns leider nur 25 Prozent eingebracht haben. Da hätte ich mir von deiner heutigen Rede, ehrlich gesagt, mehr Antworten erwartet.

Mein Ortsverein ist in Baden-Württemberg gelegen, in einer Region, die wirtschaftlich durchaus passabel da steht. Circa acht Wochen vor der Wahl haben wir uns Gedanken darüber gemacht, welche Themenplakate wir für die SPD aufhängen. Vor uns lag die Auswahl aus dem Willy-Brandt-Haus. Ehrlich gesagt, haben wir nichts gesehen, was auch nur näherungsweise auf die Situation der Bevölkerung, die wir bei uns vorfinden, gepasst hätte. Es gab nicht ein einziges Angebot - im Programm gab es das sehr wohl, aber nicht in unserer politischen Kommunikation – für einen Facharbeiter in einem Betrieb, dem es wirtschaftlich gutgeht. Die Anforderung wäre gewesen, eine Botschaft zu vermitteln, wie es seinem Betrieb auch weiterhin gutgeht und wie sein Arbeitsplatz auch in zehn Jahren noch sicher ist. Das haben wir völlig verfehlt, liebe Genossinnen und Genossen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Wann ist es der SPD in ihrer Geschichte gelungen, mehrheitsfähig zu sein? Ich sagte es bereits: wenn sie sozialpolitisch glaubwürdig war und bei den beiden großen Regierungswechseln! 1969 gab es das Zusatzangebot „Mehr Demokratie wagen“ und 1998 den Slogan „Innovation und Gerechtigkeit“. Diesen Aspekt der Innovation vermisste ich bei den Koalitionsverhandlungen leider vollständig. Wenn die Analyse, die von einigen Rednern – auch von der Parteispitze – kam, richtig ist, dann müsst ihr auch das in den Mittelpunkt unserer Kommunikation stellen. Ansonsten werden wir in dieser Großen Koalition an die Wand gedrückt, nämlich weil wir kein Angebot für weite Teile der Bevölkerung haben. Als Partei sind wir breiter aufgestellt. Wir können stolz auf die Vielfalt in der Partei sein. Sie muss aber auch rausgestellt werden.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Jetzt hat Sebastian Roloff das Wort. Anschließend spricht Jörg Jordan.

Sebastian Roloff, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte kurz zwei Punkte ansprechen, die ich im Verlauf der Koalitionsverhandlungen für essenziell für die Glaubwürdigkeit der SPD halte.

Wir diskutieren viel darüber: Was waren die Gründe für dieses Wahlergebnis? Warum sind wir wieder hinter den Erwartungen zurückgeblieben, obwohl wir einen tollen Wahlkampf hingelegt hatten und auch ein tolles Programm hatten? Ein ganz zentraler Punkt ist natürlich, dass die SPD glaubwürdig für ihre Inhalte eintritt. Ich glaube, dass wir bei den Themen Arbeitsmarkt und Sozialpolitik sehr glaubwürdig sind, dass wir gut agieren und gute Verhandlungserfolge – so zeichnet es sich bei den Koalitionsverhandlungen zumindest ab – erzielen können. Evident wichtig wird sein, dass wir für einen gesetzlichen Mindestlohn eintreten und diesen auch durchsetzen. Das gilt auch für Equal Pay – egal ob es um die Entlohnung von Männern und Frauen oder von Leiharbeitern und Stammbeschäftigten geht. Das sind ganz wesentliche Punkte für die Sozialpolitik, die wir machen, insbesondere – so selbstkritisch und ehrlich muss man sein – weil wir mit der einen oder anderen Reform während unserer letzten Regierungszeit vielleicht ein bisschen über das Ziel hinausgeschossen sind. Deswegen bin ich sehr froh, wie in den Gruppen verhandelt wurde – dafür möchte ich mich bei den Beteiligten bedanken – und welche Ergebnisse wir da erzielt haben. Das betrifft genauso den Bereich sachgrundlose Befristung und die Eindämmung von Werkverträgen, die viel Regulierungsarbeit unterminieren. Das ist ein ganz wesentlicher Fortschritt. Dafür vielen Dank!

Ein anderes Thema würde ich in seiner Strahlkraft betreffend die Glaubwürdigkeit der SPD nicht unterschätzen, nämlich die Öffnung der Ehe. Ich weiß auch, dass die Koalitionsverhandlungen zu diesem Thema schwierig sind und man sie daran sogar platzen lassen könnte. Aber hier haben wir ein Glaubwürdigkeitsproblem. Wir waren sehr fortschrittlich mit unserem Programm, was mehr Rechte für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften betrifft. Ich war sehr stolz, dass wir so mutig waren mit dem Programm und es auch sehr glaubwürdig vertreten haben. Das Argument „Mit der Union ist das schwer zu machen“ reicht jetzt aber noch nicht, um zu sagen: Gut, dann fällt es halt in den Koalitionsverhandlungen runter. Wir haben die FDP in den letzten vier Jahren immer damit getrieben, dass wir gesagt haben: Ihr tut immer so, als wenn ihr Sachwalter der Gleichberechtigung wärt. – Darauf sagte die FDP: Wir wollen ja, aber mit der Union ist nichts zu machen. – Deshalb darf nicht das Einzige, was uns jetzt einfällt, sein: Wir wollen eine hundertprozentige Gleichstellung, aber mit der Union ist das nicht zu machen. Da laufen wir in dieselbe Falle wie die FDP bei diesem Thema.

Deswegen müssen wir bei diesem Thema dranbleiben. Ich weiß, dass wir das tun. Aber es wäre schon wichtig, dass es wenigstens Fortschritte in diesem Bereich gäbe. Wenn wir unser Programm nicht vollständig durchsetzen, dann ist es so; aber wir regieren ja auch nicht allein. Ich plädiere dafür, diesen Punkt nicht ganz zu vergessen, damit wir dann, wenn es um die Bewertung des Koalitionsvertrages geht, sagen können, dass wir möglichst viel von unserem Programm durchgesetzt haben. - Vielen Dank.

Heiko Maas, Parteitagspräsident: Vielen Dank, Sebastian. Jetzt spricht Jörg Jordan – der steht auch schon hier –, und nach ihm kommt Frank Schwabe.

Jörg Jordan, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir hatten vier Jahre Große Koalition und hatten das schlechteste Wahlergebnis seit 1945. Dann hatten wir vier Jahre Opposition und hatten das zweit-schlechteste Wahlergebnis seit 1945. Es ist ganz offensichtlich, dass nicht so sehr die Frage der Machtkonstellation im Parlament und in der Regierung die Wahlergebnisse entscheidend bestimmt hat, sondern unsere Politik bzw. das, was die Leute, die Wählerinnen und Wähler gemeint haben, mit uns politisch zu verbinden oder auch nicht zu verbinden.

Da hat Sigmar Gabriel - so fand ich jedenfalls; ich bin eigentlich nicht sein gelernter Hofsänger - in der Analyse sehr vieles gesagt - das will ich hier nicht wiederholen -, das mich durchaus überzeugt hat. Auf einen Punkt

will ich doch noch zurückkommen. Das ist der der Verbreiterung der sozialen Basis. Das ist ein entscheidender Punkt. Da kann man durchaus ganz tief in die Vergangenheit der SPD, in ihre Glanzzeiten zurückgehen.

Jener August Bebel, von dem Sigmar gesagt hat, dass er hier in der Thomas-Kirche geheiratet hat, war in der Zeit, als er auch Parteivorsitzender war - er war es ja lange Zeit -, gleichzeitig selbstständiger Drechslermeister mit 10 bis 20 Angestellten. Das heißt, das war auch damals schon möglich und eine durchaus - ich will nicht sagen: gängige, aber eine Form, in der tatsächlich Sozialdemokratie sich auch den Wählerinnen und Wählern präsentiert hat, also nicht nur reduziert auf die Kernwählerschaft der Industriearbeiter in den Großbetrieben, sondern sehr viel breiter aufgestellt. Ich kann nur unterstreichen, dass wir da wieder hin müssen. Anders werden wir nicht Mehrheit werden; das ist ganz klar.

Aber ich habe mich eigentlich hauptsächlich wegen eines kurzen Punktes gemeldet, auf den ich hinführen will, was die Mitgliederbefragung, die wir haben werden, angeht; denn man muss sich ja klarmachen: Da ist von vielen, auch von Sigmar und anderen, gesagt worden: Habt Vertrauen. Es kommt dann ein Vertrag. Da seht ihr schon, es wird alles gut. Darüber wird dann abgestimmt. Das überzeugt.

Ich glaube, dabei wird unterschätzt, dass die Meinungsbildung bei den Genossen über die Medien auf dem Weg hin zu dem Vertrag schon langsam stattfindet. Das heißt, Vertrauen ist gut. Aber Öffentlichkeitsarbeit in dem Fall ist mindestens ebenso gut, wenn nicht besser. Ich nenne einmal zwei Beispiele.

Wenn in den Medien als Ergebnis der Verhandlungen zur Energiewende überkommt - Klammer auf: das ist nach unserem Leitantrag keineswegs ein wichtiges Projekt; zu den fünf wichtigen Projekten gehört das nicht; das finde ich schon einmal bedauerlich -, dass das Ergebnis im Wesentlichen darin besteht, dass die Große Koalition die erneuerbaren Energien bremsen wird und dass sie die Staatsknete für die Kohleverbrennung möglichst mobilisieren wird, wenn also als Ergebnis überkommt, dass das Thema Klimaschutz gar nicht mehr - auch nicht oder fast nicht in unserem Leitantrag - unser Thema ist, dann muss man sich nicht wundern, wenn ein Teil unserer Mitglieder, nämlich die, von denen Sigmar auch gesprochen hat, für die solche Themen die Zukunftsthemen sind, möglicherweise einen solchen Vertrag nicht billigt.

Ich nehme ein zweites Beispiel. Er hat in seiner Rede mit Recht - das kritisiere ich nicht, sondern das unterstreiche ich nur - von der Begrenzung der Rüstungsexporte gesprochen. Wenn aber überkommt, was ich gelesen habe - alle, die sich mit solchen Fragen beschäftigen, werden das auch wahrgenommen haben -, dass die Einigung, die man bisher erzielt hat, im Wesentlichen die ist, dass man sozusagen schneller informiert wird, welche Rüstungsverkäufe das Kabinett beschlossen hat, nicht aber, dass es weniger Rüstungsverkäufe sind und dass die insbesondere nicht mehr an Staaten gehen, die nun wirklich dezidiert die Menschenrechte nicht achten - so wie etwa an Saudi-Arabien -, wenn also nicht überkommt, dass das weniger wird, dass es qualifizierter wird und dass es mehr in die richtige Richtung geht, dann nützt uns das nichts, sondern dann wird das bei den Leuten, denen dieses Thema wichtig ist, tatsächlich dazu führen, dass sie diesem Vertrag möglicherweise nicht zustimmen.

Nun glaube ich ja, dass dies alles die verwerflichen Medien sind, die da etwas Falsches berichten. Wir haben alle gelernt, dass wir die Opfer der schlechten Medien sind. Aber umso wichtiger wäre es, Öffentlichkeitsarbeit schon laufend zu machen, das heißt, wenn Fehlinformationen über die Medien kommen, dann vielleicht schon durch die Verhandlungsführer deutlich zu machen, dass das falsch ist und dass da etwas ganz anderes vereinbart ist. Nur, wenn glaubwürdig überkommt, dass da etwas anderes vereinbart ist, und zwar laufend, werden die Genossinnen und Genossen hinreichend vorbereitet sein, um das Verhandlungsergebnis nicht

von vornherein schon kritisch zu sehen, sondern so offen, wie Sigmar es erhofft und wie wir alle es erhoffen. Da ich zu denen gehört habe, die - wie die Mehrheit im Parteikonvent - diesen Weg für richtig gehalten haben, kann ich mir nur wünschen, dass Sie, weil man ja eigentlich nur in der Regierung Politik gestalten kann und nicht in der Opposition, auf das Thema Öffentlichkeitsarbeit während Verhandlungen einen größeren Wert legen, als es nach meinem Eindruck im Moment geschieht.

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank Jörg. - Jetzt spricht Frank Schwabe.

Frank Schwabe, SPD-Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen! Für die Zukunft schließen wir keine Koalition - außer mit Rechtsextremen und Ähnlichem - grundsätzlich aus. Es ist ein kleiner Satz. Aber es ist ein kleiner Satz mit einer großen Wirkung. Bei der Diskussion um die Große Koalition sind Inhalte wichtig. Da könnte ich über viele Inhalte reden. In meiner Region ist es das Verbot von Fracking. In meiner Region ist es das Thema Kommunalfinanzen, das wir am Samstag diskutieren werden. Aber am Ende sind es vielleicht gar nicht die Inhalte, die entscheiden, sondern es ist das Gefühl der Partei, geprägt durch ein tiefes Misstrauen durch das Handeln der SPD im letzten Jahrzehnt und geprägt durch eine tiefe Sorge über die Zukunft und über die Fragen, wie wir denn wieder herauskommen aus der Großen Koalition. Die Frage ist ja durchaus berechtigt, wenn wir dann am Ende in den letzten zwölf Jahren acht Jahre Große Koalition hinter uns haben.

Ich glaube, es gibt mindestens drei Gründe für das Misstrauen der Mitglieder. Sigmar Gabriel hat es heute Morgen auch so ähnlich dargestellt. Der erste Grund ist mindestens der Umgang mit der Agenda 2010 und das brachiale Durchsetzen mancher Inhalte an der einen oder anderen Stelle.

Der Zweite ist die Erfahrung mit der Großen Koalition. Ich glaube, dass wir zwischen 2005 und 2009 zu wenig Eigenständigkeit bewiesen haben. Am Ende sind im Kopf der Menschen die Mehrwertsteuererhöhung und die Rente mit 67 übrig geblieben, die einige von uns in der Spitze auch noch mit einer Trotzigkeit immer wieder vertreten haben.

Das Dritte - das ist mein Punkt; da komme ich zurück auf den Satz, der jetzt im Leitantrag steht - ist eben die fehlende Option, die gefühlte fehlende Option für die Sozialdemokratie im Prinzip seit 2005. Deswegen ist es richtig, das jetzt zu ändern. Es ist richtig, rauszugehen, rauszukommen aus einer - wie ich finde - zumindest teilweise selbstverschuldeten Sackgasse. Ob Rot-Rot-Grün im Jahre 2017 kommt, das wissen wir heute nicht. Da gäbe es ja möglicherweise auch Koalitionsverhandlungen. Aber Rot-Rot-Grün liegt ab jetzt auf dem Tisch. Es ist eine Option. Deswegen ist es notwendig, auch in einer gewissen Normalität mit dem Thema umzugehen. Ich bestreite im Übrigen, dass das in den letzten Jahren so gewesen ist. Ich kann mich ganz gut daran erinnern, wie schwierig die Debatte darüber war, sich überhaupt nur mit Abgeordneten der Linkspartei zu treffen. Das war alles nicht so einfach, liebe Genossinnen und Genossen.

Mein Appell ist: Lasst diesen Antrag heute nicht zu einer Eintagsfliege werden, sondern macht wirklich diese Diskussion um die Option 2017 und darum, wie selbstbewusst wir auch in einer möglichen Großen Koalition auftreten, zum Teil des Diskussionsprozesses in den nächsten Tagen und Wochen; denn ich bin wirklich fest davon überzeugt - ich will es noch einmal sagen -: Es geht vor allem um Inhalte, selbstverständlich. Aber vielleicht geht es noch mehr um die feste Gewissheit der Genossinnen und Genossen, dass es eben einen Weg aus dieser Großen Koalition hinaus gibt. Deswegen macht bitte diese Diskussion auf. Führt sie in den nächsten Wochen parallel zur Frage um die Inhalte.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Danke schön, Frank. - Jetzt spricht Jan Stöß.

Jan Stöß, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Da kann ich mich ganz gut anschließen. Ich glaube in der Tat, dass wir diese Frage, dass wir heute ein Signal von diesem Bundesparteitag aussenden, dass sich etwas ändert in unserem Verhältnis zur Partei DIE LINKE, nicht kleiner reden und kleiner machen sollten, als es ist.

Das ist ein wichtiges Signal, und das ist jetzt auch fällig, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist auch deshalb fällig, weil wir in der Tat für Themen streiten müssen, die wir uns in diesem Bundestagswahlkampf vorgenommen haben.

Ich komme aus einer Stadt, in der es von der Straßenseite abhängig sein kann, welche Rentenformel zur Anwendung kommt. Ich glaube, dass es 23 Jahre nach der Einheit an der Zeit ist, bei der Rente eine Perspektive für die Angleichung zu finden und die soziale Einheit unseres Landes herzustellen.

(BEIFALL)

Es ist auch an der Zeit – das ist heute schon verschiedentlich gesagt worden, aber ich will auch und gerade aus Berlin noch einmal sagen -, dass wir mit diesem unsäglichen Optionszwang Schluss machen, den uns dieser noch unsäglichere Roland Koch damals eingebrockt hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Es kann nicht sein, dass wir viele Tausende junger neuer Deutscher dazu zwingen, ihren deutschen Pass wieder abzugeben. Das wäre integrationspolitisch fatal. Hier eine Veränderung herbeizuführen: Das wäre ein wichtiges und notwendiges Signal.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube in der Tat, dass eines noch immer wichtig und richtig ist – ich will es euch kurz vorlesen -: ‚In unserem Land gibt es eine neue soziale Frage: Wie kommen wir wieder zu einer fairen Verteilung der Lasten für unser Gemeinwohl? Nie waren wenige Menschen in Deutschland wohlhabender, und nie haben sie geringere Beiträge zum Gemeinwohl tragen müssen. Noch nie war die Schere zwischen Arm und Reich so groß.‘

Das ist nicht von mir, liebe Genossinnen und Genossen, sondern das ist von uns allen. Das haben wir gemeinsam in Augsburg beschlossen, und diese Analyse bleibt richtig. Wir brauchen auch eine gerechte Verteilung, eine Verteilungsgerechtigkeit, in unserer Gesellschaft, und auch dafür müssen wir bei einer Regierungsbeteiligung weiter streiten. – Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Jan. – Jetzt hat Norbert Fabian das Wort. Ihm folgt Hans Pawlowsky.

Norbert Fabian, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte nicht die Punkte ansprechen, die Sigmar Gabriel und andere schon genannt haben – Hannelore Kraft auch – und über die

man sich mit der CDU/CSU einigen kann. Bei diesen kann es Kompromisse geben, die auch wir vertreten können, oder es werden sogar auch unsere Forderungen übernommen.

Ich möchte kurz noch einmal vier Punkte ansprechen – das ist hier in der Diskussion zum Teil auch schon gefordert worden –, wo sich bisher keine Einigung abzeichnet und bei denen wir meines Erachtens offensiver auftreten müssen, wenn wir in der Partei eine Mehrheit für eine solche Position bekommen wollen.

Erster Punkt. Wieso können wir mit der CDU/CSU eigentlich nicht ernsthaft über Steuergerechtigkeit diskutieren? Vielleicht hilft hier ein Blick nicht auf die Geschichte unserer Partei, sondern auf die der CDU; denn sie ist auch schon 65 Jahre alt. Unter Adenauer und Erhard war es eine Selbstverständlichkeit, dass es eine gerechtere Steuerprogression und eine Vermögensteuer gab. Hierin waren wir uns einig.

Wieso kann man mit denen darüber jetzt nicht mehr reden? Das ist eine Partei, die auch ein „C“ im Namen führt und – ich denke an den Papst – wohl dafür eintritt, dass man sich solidarisch mit den Armen verhält und die Reichen deshalb zwangsläufig etwas abgeben müssen. In einer modernen Industriegesellschaft geht das nun einmal nur über das Steuersystem.

Das sind doch zum Teil – so würde ich sie beinahe bezeichnen - CSU-Fundis oder Leute, wie Jörg Schmitt das vorhin gesagt hat, darin stimme ich mit ihm überein, die Tea-Party-Positionen vertreten und einfach sagen: Darüber kann man nicht mehr reden.

Da hat sich bei der CDU offensichtlich etwas geändert. Es mag ja sein, dass die sozial eingestellten Christen inzwischen bei der SPD sind und der Flügel dort so schwach ist, dass man darüber nicht mehr diskutieren kann, und dass sich die CDU immer mehr der FDP angenähert hat. Ich denke aber, wir sollten sehr viel offensiver in diese Diskussion hineingehen. Vielleicht hilft dann auch der Blick auf die Geschichte der Bundesrepublik.

Zweiter Punkt. Ich denke, dass wir in einer Großen Koalition auch darüber reden können und müssen - die Chance gibt es -, dass man Kommunen, Länder und den Bund hinsichtlich der Infrastrukturinvestitionen gleichbehandelt. Es ist meines Erachtens nicht einzusetzen, dass die Länder ihre Investitionen in Zukunft – das ist im Grunde auch eine Tea-Party-Position - über Steuern – die will man ja nicht erhöhen – oder über Kredite nicht mehr finanzieren können. Ich denke, hier wird man entsprechende Änderungen vornehmen müssen.

Es hat ja übrigens schon einmal eine Große Koalition gegeben; ich meine die vorletzte, die mit dem Stabilitätsgesetz, und ich halte das heute weiterhin für gültig. Wir haben damals zusammen mit der CDU/CSU die Position vertreten, dass die beste Konsolidierung dadurch erfolgt, dass man die Konjunktur gar nicht erst einbrechen lässt, sondern indem man von vornherein die Konjunktur auch präventiv und nachhaltig, würde ich heute sagen, stabilisiert. Hier besteht also ein Änderungsbedarf. Ich denke, er ist, wenn man mit der CDU/CSU sinnvoll redet, möglicherweise auch ein Stück weit umzusetzen.

Mein dritter Punkt betrifft die Europapolitik. Ich halte es für ein Essential, dass wir eine Korrektur bei der Austeritätspolitik einführen, die ja nun in Südeuropa eindeutig gescheitert ist und die EU insgesamt in die Krise getrieben hat. Warum können wir mit der CDU/CSU nicht über einen neuen nachhaltigen Marshallplan in Europa diskutieren? Ich denke, dass das die angemessene Überschrift für einen solchen Wachstumspakt ist, der auch im Europa-Leitantrag steht. Wir haben das in Nordrhein-Westfalen auch so beschlossen, und ich habe das auf dem SPE-Kongress in Sofia auch vertreten; das fand dort sehr viel Zustimmung.

Eine historische Erinnerung: Der Marshallplan hat nicht nur Europa auf die Beine gebracht und die soziale Marktwirtschaft mitbegründet und in Gang gebracht, sondern er hat auch den Amerikanern genützt, die dadurch eben neue Märkte erschlossen haben. Ich denke, das gilt dann auch für die deutsche Wirtschaft. Ein solches Programm würde Europa insgesamt stabilisieren und voranbringen und die notwendige Aufbruchstimmung verkörpern.

Vierter Punkt. Wieso können wir mit der CDU/CSU eigentlich nicht über das Aussetzen der Rente mit 67 diskutieren? Es hat in den 50er-Jahren schon einmal eine informelle Große Koalition gegeben. Davon hat Adenauer übrigens profitiert. Damals hat man die Dynamisierung der Rente eingeführt. Die CDU hat keine schlechten Erfahrungen damit gemacht, das Rentensystem für die Zukunft gerecht zu gestalten.

Wir haben in der letzten Großen Koalition den Fehler gemacht, uns eine CDU-Position zu eigen zu machen. Das haben wir indessen korrigiert. Ich denke aber, man wird auch darüber mit der CDU reden können und müssen und das offensiver angehen. Die Gewerkschaften haben das auch eingefordert.

Schlussbemerkung: Ich denke, es macht Sinn – das ist in Nordrhein-Westfalen in den Diskussion auch gefordert worden –, dass wir die Punkte, bei denen wir uns nicht einigen, benennt und festhält, dass man einen Diskussionsbedarf hat. Wenn unsere Position im Koalitionsvertrag nicht deutlich zum Ausdruck kommt und ein neuer Weg eingeschlagen wird, muss man das als Partei noch einmal deutlich machen, wodurch unsere Identität als Sozialdemokraten in der Großen Koalition nicht verloren geht. Dann wird man sehen, wie sich der Mitgliederentscheid darstellt.

Ich denke aber, Verbesserungen der bisherigen Ergebnisse sind in jedem Fall notwendig, um die Zustimmung der Mehrheit der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu gewinnen. – Danke.

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Jetzt spricht Hans Pawlowsky. Ihm folgt Peter Befeldt.

Hans Pawlowsky, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Vorab ein Bekenntnis: Ich bin kein Freund der Großen Koalition, um nicht zu sagen: Ich bin ein erklärter Gegner.

(VEREINZELT BEIFALL)

Warum kann man sich Frau Merkel nicht in einer Minderheitsregierung bewähren lassen?

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt ein paar Sätze zum Abschneiden bei der Wahl und zu den Koalitionsverhandlungen: Die verengte Koalitionsaussage, die auch zum Teil der veröffentlichten Meinung geschuldet ist, war ein Grund für das Abschneiden. Ein weiterer Grund sind die Defizite in der Glaubwürdigkeit. Hier möchte ich nur an die sogenannte Merkel-Steuer, an die Rente mit 67 und an die Grausamkeiten von Hartz IV erinnern, um nur einige Punkte zu erwähnen. Liebe Genossinnen und Genossen, das Programm war gut, aber wir stießen auf Ablehnung, weil man uns das Vertrauen entzogen hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt noch ein Problem, nämlich die Kompetenzproblematik. Das A und O aller Politik ist für mich eine soziale und ökologische Wirtschaftspolitik. Hier gibt es zu allem Überduss natürlich zwei Ansätze: Es gibt einen neoliberalen Ansatz, der meint, mit der Kürzung von Sozialausgaben, mit dem Herunterfahren von Löhnen und Steuern - Privat vor Staat und ähnliche Dummheiten - wäre die

Wirtschaft in Gang zu bringen. Das Ergebnis dieses Heilsversprechen neoliberaler Wirtschaftspolitik ist in Griechenland zu besichtigen, und zwar mit einer Massenverelendung und Mord und Totschlag auf der Straße.

So kann man die Demokratie in Gefahr bringen. Da gibt es noch einige sogenannte Wirtschaftsweisen - extra ausgenommen sei Peter Bofinger -, die sich als Kardinäle und Bischöfe eines Irrglaubens betätigen. Dann gibt es natürlich auch noch den nachfrageorientierten wirtschaftspolitischen Ansatz. Ich bin sehr wohl der Meinung, dass der Hinweis nicht fehlen darf. Hier geht es um das Bohren dicker Bretter, aber wir müssen irgendwann einmal anfangen, uns für diesen nachfrageorientierten wirtschaftspolitischen Ansatz einzusetzen. Er bedeutet natürlich genau das Gegenteil: Löhne rauf, Steuern rauf. Ich meine, der Mindestlohn ist zumindest ein Konjunkturprogramm.

Liebe Genossinnen und Genossen, noch eins: Entscheidend ist die Rolle der SPD beim Wohlergehen der Bevölkerung dieses Landes,

(VEREINZELT BEIFALL)

und zwar deswegen, weil die SPD der soziale Kitt ist, der diese Gesellschaft zusammenhält. Wenn dieser soziale Kitt beschädigt wird - er wird beschädigt, wenn der Markenkern der SPD beschädigt wird -, dann wird auch die Bevölkerung dieses Landes beschädigt. Es kann doch nicht sein, dass wir uns bemühen, gegen 80 Prozent der Bevölkerung zu regieren, die den Spitzensteuersatz erhöht haben will. Es kann auch nicht sein, dass wir mit der Union gegen 85 Prozent der Bevölkerung regieren wollen und uns am flächendeckenden Mindestlohn verständigen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe dennoch die Hoffnung nicht aufgegeben. Ich hoffe, dass der griechische Geschichtsschreiber Herodot nicht recht hat, der meint: Die Geschichte lehrt, dass sie nichts lehrt. Ich hoffe doch, dass die politische SPD-Geschichte uns eines Besseren belehrt. - Danke.

(VEREINZELT BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, es ist kaum zu glauben, aber wahr: Die Rednerliste neigt sich dem Ende. Wir haben jetzt noch fünf Wortmeldungen. Ich schlage vor, dass wir die Rednerliste schließen.

(BEIFALL)

- Gut. Ich frage trotzdem formal: Gibt es dazu Gegenrede, Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Dann würden wir das so machen.

Ich würde dann die Delegierten, die noch nicht im Saal sind, noch einmal hereinbitten bzw. bitten, sie suchen zu lassen. Es sind immer noch nicht alle E-Voting-Geräte verteilt. Das ist das Ding, das aussieht wie eine Fernbedienung; man braucht es nachher für die Personalwahlen. Es sind relativ kurze Zeiträume, in denen man auf den Knopf drücken kann. Die Dinger müssen also verteilt sein, bevor wir in die Wahlgänge einsteigen.

Ein Hinweis für unsere Gäste: Enrico Letta wird nachher überraschenderweise auf Italienisch zu uns sprechen. Wer noch keinen Kopfhörer und damit keine Übersetzungsmöglichkeit hat, kann sich einen Kopfhörer am Eingang abholen.

Jetzt hat Peter Befeldt das Wort. Ihm folgt Michael Müller.

Peter Befeldt, AfB-Bundesvorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich denke, wir haben uns alle Rot-Grün gewünscht; dafür haben wir auch gekämpft. Der Gedanke an eine Große Koalition ist sicherlich gewöhnungsbedürftig. Deswegen finde ich es sehr gut, dass im Leitantrag des Parteivorstandes, der uns heute zur Abstimmung vorliegt, die Öffnung für Rot-Rot-Grün ausdrücklich enthalten ist. Das wird uns neue Perspektiven eröffnen, zumindest für 2017. Diese Perspektiven hätte ich mir schon eher gewünscht. Aus unterschiedlichen Gründen ist das aber nicht möglich gewesen.

Wir haben mit fast einstimmiger Mehrheit in Augsburg ein hervorragendes, tolles Regierungsprogramm beschlossen. Peer hat als Kanzlerkandidat dieses Regierungsprogramm ganz hervorragend vertreten; er hat einen ganz hervorragenden Wahlkampf damit geliefert. Ein Regierungsprogramm zu beschließen, liebe Genossinnen und Genossen, heißt aber auch, alles daranzusetzen, dieses Regierungsprogramm in einer Regierung auch umzusetzen, denn sonst wäre es kein Regierungsprogramm, und alles dafür zu tun, dass es auch in einer Koalition umgesetzt werden kann.

Dies wird in den Koalitionsverhandlungen von unseren Genossinnen und Genossen, die die Verhandlungen führen, sehr offensiv vertreten. Ich denke, die Genossinnen und Genossen in den Verhandlungen haben unser volles Vertrauen bei der Umsetzung.

Der Weg, den wir jetzt beschreiten, ist aus meiner Sicht ein sehr guter Weg. Dieser Weg hat begonnen mit dem Beschluss im Konvent, Sondierungsgespräche aufzunehmen. Letztendlich wird das Mitgliedervotum darüber entscheiden, ob, wenn ein Koalitionsvertrag zustande kommt, er auch von uns angenommen wird. Wir haben zwar die Bundestagswahl verloren. Wir haben aber durch dieses Vorgehen, durch diesen breiten Willensbildungsprozess, der da eingeleitet worden ist, als Partei gewonnen. Dafür möchte ich Andrea, Sigmar und dem Parteivorstand ausdrücklich danken. Ich denke, das ist ein guter Weg, der auch uns als Partei voranbringen wird.

Wir haben als Arbeitsgemeinschaft für Bildung im Konvent einen Antrag vorgelegt, in dem wir unsere Kernpunkte für die möglichen Koalitionsverhandlungen formuliert haben. Von diesen Kernpunkten will ich nur vier nennen: kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule, inklusive Bildung von der Kita bis zur Hochschule, ein echtes Ganztagsschulprogramm und eine Ausbildungsplatzgarantie für die Jugendlichen, die nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule keinen Ausbildungsplatz bekommen; das sind immer noch zu viele Jugendliche.

Liebe Genossinnen und Genossen, all diese Punkte, die wir in der Bildungspolitik vorhaben und die im Regierungsprogramm ganz hervorragend beschrieben sind, setzen aber eins voraus, nämlich die Aufhebung des Kooperationsverbotes. Ohne die Aufhebung des Kooperationsverbotes sind unsere Forderungen nicht umzusetzen. Deswegen vertritt Doris Ahnen das dankenswerterweise mit ihrer Verhandlungsgruppe sehr offensiv in ihrer Verhandlungsrunde. Stephan Weil hat dankenswerterweise in seiner Antrittsrede als Bundesratspräsident und damit als oberster Repräsentant der Länder die Aufhebung des Kooperationsverbotes ausdrücklich gefordert. Denn bisher ist es so, dass die Hauptlast der Ausgaben im Bildungsbereich die Länder und Kommunen tragen. Das können sie nur schultern, wenn der Bund auch mit ihnen kooperieren darf. Die CDU wehrt sich dagegen. Sie ist in den Verhandlungen nur bereit, die Aufhebung des Kooperationsverbotes für den Hochschulbereich zu akzeptieren. Wir werden mit Doris Ahnen weiter für die Aufhebung kämpfen. Die Aufhebung des Kooperationsverbotes erfordert allerdings - deswegen brauchen wir die CDU - eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat. Das ist eine der Rechtfertigungen für eine Große Koalition.

Ich bin sehr optimistisch, dass sich die Genossinnen und Genossen in den Arbeitsgruppen in den Koalitionsverhandlungen in großen Bereichen durchsetzen werden. Letztendlich hat das Mitgliedervotum zu entscheiden. Aber ich bin sehr optimistisch. - Vielen Dank.

(VEREINZELT BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Danke, Peter. - Jetzt spricht Michael Müller und nach ihm Lars Winter.

Michael Müller, Vorsitzender Naturfreunde: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will als der Vorsitzende einer Organisation, die schon seit Jahrzehnten für die Energiewende und für den Ausstieg aus der Atomenergie kämpft, sagen, was wir von der SPD erwarten. Unser erster Wunsch ist - da gebe ich Jörg Jordan völlig recht; das ist keine Frage von Koalition oder Opposition -, dass die SPD wieder eine Rolle findet, die vor allem die schreckliche Entpolitisierung der öffentlichen Debatte beendet. Es ist ja furchtbar, dass man in der öffentlichen Diskussion fast überhaupt keine längere Linie der Politik mehr erkennen kann und dass von daher Unsicherheit und Manipulation fast üblich geworden sind. Deshalb ist unser Wunsch an die SPD, dass sie zum Zentrum eines Diskurses darüber wird, wie die Zukunft unseres Landes aussehen kann. Denn das, was wir heute erleben, ist nicht nur eine Krise. Vielmehr erleben wir viel tiefer gehend das Ende einer Epoche. Damit geht einher, dass die alten Antworten immer weniger funktionieren.

Aus unserer Sicht war die Stärke von Frau Merkel der Umgang mit dieser Unsicherheit - nicht ihre Politik, sondern das, was sie sozusagen vermittelt hat.

Wie sonst ist es zu erklären, dass sie bei Sachfragen in der Regel unter 30 Prozent Zustimmung liegt? Dieser Widerspruch ist nur zu erklären, weil wir eine schrecklich entpolitierte Gesellschaft haben, und daran ist leider auch die linke Bewegung insgesamt mit Schuld.

Deshalb, ganz egal, wofür man sich entscheidet: Aus meiner Sicht sollte man alles tun, um zu einer großen Koalition zu kommen, wenn man sie verantworten kann, weil wir einfach schon viel zu viel Zeit für die großen Probleme unserer Zeit verloren haben. Ich sage auch: Wenn es zu Schwarz-Grün käme, muss sich jeder darüber im Klaren sein, dass auf absehbare Zeit die Option von Willi Brandt einer möglichen linken Mehrheit jenseits von der Mitte weg ist; die wäre erst einmal weg. Man soll sich überhaupt keine Illusionen über den Zustand der Grünen machen, die im Augenblick auch in einer Umbruchsituation sind, wo ein Schwarz-Grün genauso möglich sein kann wie ein Rot-Grün. Deshalb ist es wichtig, dass wir vor allem zu einer Politisierung kommen.

Es hat mich sehr gestört, dass die SPD das ökologische Thema vernachlässigt hat. Das war nicht gut. Es wird keine gute Zukunft geben, wenn man nicht ökologische Gerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit zu einer Einheit macht. Meine zentrale These ist: Für die Zukunft unseres Landes, also für das Allgemeinwohl, kommt es nicht alleine auf bessere Umweltgesetze an, kommt es nicht auf eine effizientere Technik an, sondern es kommt vor allem darauf an, dass das Allgemeinwohl absolute Priorität vor individuellem Reichtum bekommt. Das ist die Kernfrage, ökologisch wie sozial. Macht euch nichts vor: Die ökologischen Themen sind so hart mit sozialen Fragen verbunden, dass man keine Trennung machen darf, beispielsweise die Ernährungsfragen, die Verslumung großer Städte, die Zukunft der Mobilität oder natürlich und vor allem die Klimafrage.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass das Thema der sozialen Gerechtigkeit künftig nicht mehr ohne die ökologische Frage definiert werden kann, und genau-

so umgekehrt: Die ökologische Frage wird nicht gelöst, wenn sie nicht zugleich mit der sozialen Frage verbunden wird. Das ist die zentrale Aufgabe, beides miteinander zu verbinden, um endlich eine Linie zu finden, die weit über die Tagespolitik hinausreicht, den Menschen Sicherheit gibt und sie nicht zum Opfer der Unsicherheit von Frau Merkel macht.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Michael. - Jetzt spricht Lars Winter und nach ihm Aziz Bozkurt.

Lars Winter, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin Kreisvorsitzender aus Ostholstein, Schleswig-Holstein.

(VEREINZELT BEIFALL)

- Applaus ist berechtigt.

Wir haben nach dem Wahlergebnis in einer Ortsvereinskonferenz das Wahlergebnis selbst und auch die Möglichkeiten der großen Koalition besprochen. Wir haben alles Für und Wider abgewogen, also das, was wir heute gehört haben, und wir haben den einstimmigen Beschluss gefasst, dass wir die große Koalition nicht wollen, und zwar mit den wesentlichen Punkten, dass wir uns mit dem Mindestlohn nicht abspesen lassen. Sobald Betreuungsgeld noch irgendwie im Koalitionsvertrag steht, ist das ein absolutes „No Go“.

Wir haben auch bisschen parteistrategisch gedacht. Stellt euch vor, wir sind in einer großen Koalition, Gregor Gysi ist Oppositionsführer und wird Anträge einbringen, die durchaus über unser Wahlprogramm hätten eingebracht werden können, und aus Koalitionsrason stimmen wir dagegen. Dann werden wir wissen, wo wir 2017 stehen werden. Dann werden wir nämlich keine 20 Prozent mehr haben, sondern wir werden uns Gedanken darüber machen müssen, ob wir überhaupt zweitstärkste Kraft werden.

Von daher appellieren wir in Ostholstein - ich weiß, das ist in Schleswig-Holstein wahrscheinlich nicht unbedingt die Mehrheitsmeinung, aber wir arbeiten daran und werben dafür: Lasst uns mit dem Ergebnis, das wir haben, in die Opposition gehen, denn mit 25 Prozent gehören wir nirgendwo anders hin. Dann werden wir mit dem sehr guten Wahlprogramm, das wir beschlossen haben, gute Oppositionspolitik machen, und dann werden wir 2017 anknöpfen, und dann können wir uns die Koalitionspartner aussuchen. Das ist der richtige Weg. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Jetzt spricht Aziz Bozkurt. Ihm folgt Armin Schild.

Aziz Bozkurt, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen, mit 25 Prozent können wir keine 100 Prozent durchsetzen. Das wurde jetzt mehrfach betont. Das mag gerne so sein; das kann man auch beklatschen. Aber die Aussage, die Vehemenz und die Wiederholung dieses Mantra, das vorgetragen wird, führt zu einem kleinen Unbehagen, also ob das Gefühl entstehen sollte, dass man gar nicht mehr durchsetzen will als diese 25 Prozent. Das ist falsch.

Das, was wir sehen, ist auch - Sigmar hat es zu Recht erwähnt - die kulturelle Entfremdung zum Wähler. Ich glaube, wir haben ein bisschen die Gefahr, irgendwann eine kulturelle Entfremdung Richtung Basis zu

begehen. Auch Sigmar hat das teilweise wiederholt. Wenn man sich viele Genossen anhört - sei es in meiner Heimat Ostwestfalen-Lippe, sei es in meiner Zwischenstation Hamburg oder in anderen Städten oder in den ganzen Arbeitsgemeinschaften der Migration und Vielfalt im Bundesgebiet -, bekommt man mit, dass das Unbehagen bezüglich der großen Koalition, die eventuell ansteht größer ist, als wir heute gehört haben.

Die Mitglieder sind nicht skeptisch, sondern haben eher das, was Elke am Anfang der Gespräche zu Recht beschrieben hat, nämlich das, was wir als „Würgreflex“ bezeichnen. Das ist etwas mehr als nur ein bisschen Skepsis. Warum? Ich glaube, das kann man die Mitglieder selbst fragen, die hier sind. Wenn ich die Schwusos frage, wie sie sich dabei fühlen, dass sie beim CSD „100 Prozent„Gleichstellung“ auf Riesenplakaten vor sich hergetragen haben und dass diese Forderung gleich eine der ersten ist, die abgeräumt werden - wie fühlen sie sich dabei?

Wie fühlt sich die AFA, wenn es um den Mindestlohn geht und wir über Ost-West-Unterschiede diskutieren oder darüber diskutieren, dass wird das erst 2015 einrichten? Wie fühlt sich die ASF, wenn wir über das Betreuungsgeld gar nicht mehr diskutieren und es so hinnehmen? Und wie fühlt sich eine Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt - das kann ich als stellvertretender Bundesvorsitzender eher beurteilen -, wenn ein Asylbewerberleistungsgesetz gar nicht mehr auftaucht, wenn das Flughafenverfahren, das wir abschaffen wollten, gar nicht mehr auftaucht, wenn das kommunale Wahlrecht, das wir seit 30 Jahren fordern und wieder in das Programm aufgeschrieben haben, gar nicht auftaucht? Es gibt noch viele weitere Themen, die wir nicht mehr berücksichtigen.

Ganz nebenbei: Neben diesen inhaltlichen Punkten ist noch ein weiterer Punkt interessant. Wenn wir das Inhaltliche nicht mit dem Personal verbinden, was wir jetzt beim Frauenthema gesehen haben, werden wir Probleme bekommen. Dass wir nur eine Kandidatin mit Migrationshintergrund haben, sollte uns aufhorchen lassen. Dass uns das erst heute oder gestern auffällt, ist ein bisschen spät. Da muss es dann auch Mechanismen geben, um das zu korrigieren.

Ich komme zum Schluss. Ich glaube, in der Waagschale ist deutlich mehr als 25 Prozent. In der Waagschale ist eine Hannelore Kraft, in der Waagschale ist ein niedersächsischer Ministerpräsident, Berlin, Hamburg und viele andere Städte. Diese Waagschale, was wir im Bundesrat insgesamt haben, sollte deutlich sichtbarer in den Gesprächen sein. Wenn das nicht zum Tragen kommt, wird die Basis sicherlich sagen: „Wir gucken jetzt nicht wie die Maus auf die Schlange und erschrecken vor Angst, sondern wir sagen Nein.“ - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen zur letzten Wortmeldung. Das ist Wortmeldung von Armin Schild. Lieber Armin, ich hoffe, du bist dir der Verantwortung bewusst.

Armin Schild, Parteivorstand: Was soll diese Bemerkung, Heiko?

(HEITERKEIT)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich zum Schluss der Debatte noch einmal zu Wort gemeldet. Wie viele von euch wahrscheinlich wissen werden, bin ich Bezirksleiter der IG Metall und bin zum anderen als Parteivorstandsmitglied und Mitglied in der Arbeitsgruppe, die die Koalitionsverhandlungen zu den

Themen Arbeit und Soziales zur Aufgabe gestellt hat. Ich will auf zwei Aspekte hinweisen, die mir bei allen grundsätzlichen Debatten, die über die Bildung einer großen Koalition geführt werden müssen, besonders wichtig sind.

Erstens. Sigmar hat heute - wie ich finde - dankenswerterweise und mit eindeutiger Klarheit gesagt, dass es ohne eine Regelung zum gleichen Lohn für die gleiche Arbeit keinen Koalitionsvertrag geben wird. Liebe Genossinnen und Genossen, es ist in dieser Phase von ganz entscheidender Bedeutung, dass wir uns in diesem Sinne einer klaren und eindeutigen Haltung zu den Kernthemen sozialer Gerechtigkeit aufstellen, auch um nicht nur über die Frage einer großen Koalition entscheiden zu können, sondern auch, um das zu beeinflussen, was wir in solchen Verhandlungen erreichen können.

Ich glaube, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir gar nicht so schlecht aufgestellt sein könnten, wenn uns gemeinsam klar ist, dass das, was wir in diesen Koalitionsverhandlungen in diesem Feld Arbeit und Soziales erreichen wollen, nicht als Kuhhandel, als Big Deals - Forderungen der Union gegen Forderungen der Sozialdemokratischen Partei - daherkommt, sondern als eine Konzeptauseinandersetzung, eine Auseinandersetzung für eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt, für eine, neue flexible Rentenübergangssystematik in Deutschland.

Das Folgende sage ich als Gewerkschafter mit Eindeutigkeit: Ich habe in den letzten zehn Jahren in meiner Organisation und bei meinen Kolleginnen und Kollegen durchaus nicht immer nur Beifall dafür bekommen, dass ich dieser Partei, dass ich der SPD, wenn ihr so wollt treu geblieben bin.

Ich habe viele Kollegen, mit denen ich persönlich befreundet bin, zu anderen Parteien gehen sehen. Ich habe sie für diese Entscheidung nicht gelobt, ich habe sie kritisiert, aber ich habe sie verstanden.

Deshalb sage ich heute: Ich bin dafür, dass wir das, was in den Kernfeldern der sozialen Gerechtigkeit vor der Wahl angesprochen haben, das, was wir an Konzepten vorgelegt haben, auch nach der Wahl einhalten und dass wir das gemeinsam auch gegenüber der Öffentlichkeit und dem Partner, mit dem wir verhandeln müssen, deutlich machen.

So finde ich es beispielsweise schwierig, dass ich an der einen oder anderen Stelle auch in unserer eigenen Partei jetzt Debatten wahrnehme, ob man eine Rente nach 45 Versicherungsjahren ab dem 63. Lebensjahr oder vielleicht die Erwerbsminderungsrente abschlagsfrei oder vielleicht die Solidarrente priorisierend behandeln sollte. Das ist genau falsch, liebe Genossinnen und Genossen. Wir müssen den Menschen in diesem Land, die lange und hart gearbeitet haben, nicht eine Lösung anbieten, die dann für alle gelten soll, sondern wir müssen für alle vor dem Hintergrund ihrer Lebensleistung eine Lösung anbieten, die für sie passt. Das ist sozialdemokratische Sozialpolitik, und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss uns von der Union unterscheiden.

Deshalb ist es mir wichtig, dass uns klar ist: Es geht nicht „nur“ um einen Mindestlohn, sondern es geht um die Ordnung der Arbeitswelt. Sachgrundlose Befristung, Mindestlohn und andere Themen, die wir in dieser Arbeitsgruppe behandeln, bilden ein Konzept, eine Einheit. Es geht nicht nur um einen populistischen Erfolg bei den Rentenübergängen, sondern um ein Konzept der Flexibilität und Fairness für die Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist auch die große Chance, die diese Partei, meine Partei, gegenüber Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Gewerkschaften, Betriebsräten hat:

Vor der Wahl nichts zu versprechen, wofür man sich nach der Wahl dann nur noch halbherzig einsetzt. Ich glaube, wir können ein neues Verhältnis zu den Gewerkschaften begründen - in diesen Tagen, in diesen Wochen und auch mit diesem Parteitag. Ich glaube, wir werden uns bewähren, und ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen und Genossinnen und Genossen, dass sich das für uns lohnt. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Armin. - Liebe Genossinnen und Genossen, wir wären damit am Ende der Aussprache und der Generaldebatte angekommen. Ich bedanke bei euch allen ganz herzlich, dass das so diszipliniert dann auch funktioniert hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir würden dann in der Tagesordnung fortfahren. Aber vorher ist es mir eine große Freude den italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta hier auf dem SPD-Bundesparteitag in Leipzig zu begrüßen. Herzlich willkommen!

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, Enrico Letta wird gleich zu uns sprechen. Wir würden nur noch einige wenige kleine Punkte in der Tagesordnung abarbeiten. Der nächste wäre der Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Den wird uns jetzt Miriam Pichler geben.

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION

Miriam Pichler, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 600 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 35 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen. Anwesend sind heute 571 Delegierte und 33 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft.

Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 263 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 43,5 Prozent. Die Quote ist also erfüllt und der Parteitag damit beschlussfähig. Ja, das ist einen Applaus wert.

(BEIFALL)

Der älteste Delegierte ist mit 78 Jahren Rudolf Herbers aus der Landesorganisation Hamburg. Den jüngsten Delegierten mit 19 Jahren haben wir heute schon kennengelernt: Julian Hördemann aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Ich wünsche dem Parteitag weiterhin einen erfolgreichen Verlauf.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Lieben Dank. Liebe Genossinnen und liebe Genossen, wir kommen vor der Entlastung des Vorstands zu den Rechenschaftsberichten. Da den Rechenschaftsberichten dann gleich die Wahl des Vorsitzenden folgt, bitte ich euch jetzt alle, ins Plenum zurückzukommen. In wenigen Minuten wählen wir den Vorsitzenden.

Ihr braucht zur Wahl alle dieses kleine Gerät. Wer das jetzt noch nicht hat, sollte bei den Kollegen, die sich im Umfeld befinden, sehen, dass er eines bekommt. Ihr braucht zu der Wahl diese kleine Chipkarte, die ihr bei der Akkreditierung bekommen habt. Wer die im Augenblick nicht bei sich hat, sollte beginnen, sie zu suchen.

Jetzt kommen wir zu den Rechenschaftsberichten. Die Rechenschaftsberichte liegen euch schriftlich vor. Barbara hat jetzt das Wort zum Bericht der Schatzmeisterin. Barbara, bitte!

RECHENSCHAFTSBERICHT DER SCHATZMEISTERIN

Barbara Hendricks, Schatzmeisterin: Liebe Genossinnen und Genossen, das laufende Jahr ist nicht nur von der Bundestagswahl maßgeblich geprägt gewesen, sondern auch durch unser 150jähriges Bestehen. Vorbereitung und Durchführung unseres Jubiläums haben vom Engagement unzähliger Genossinnen und Genossen auf allen Ebenen der Partei und in allen Teilen des Landes gelebt. Sowohl bei den zentralen Veranstaltungen in Leipzig und Berlin wie auch bei den zahlreichen Veranstaltungen der Landesverbände, Unterbezirke und Ortsvereine wurde immer wieder deutlich: Wir Sozialdemokraten sind zu Recht stolz auf unsere gemeinsame Geschichte. Wir bilden eine starke Gemeinschaft mit einer lebendigen Kultur, und wir streiten auch künftig gemeinsam für die Werte, denen sich die Sozialdemokratie seit 150 Jahren verpflichtet fühlt.

Insgesamt haben wir für das Parteijubiläum neben dem parallel laufenden Bundestagswahlkampf etwa 3,8 Millionen Euro aufgegeben. Eine Vielzahl von Publikationen - die Vervielfältigung der Wanderausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung, eine eigene Ausstellung zu den Frauen der SPD und der Frauenpolitik der SPD, ein großer Film zu unserer Geschichte und vieles mehr - wurde davon finanziert. Besonders gelungen war das „Workers Youth Festival“ in Dortmund, wo im Mai, auf Einladung von Jusos und Falken mehrere tausend junge Menschen aus aller Welt zusammenkamen.

Wenn ich allein an den wirklich gut gelungenen Festakt hier in Leipzig und vor allem auch an das großartig besuchte und sehr stimmungsvolle Deutschlandfest in Berlin am Brandenburger Tor denke, halte ich diese Summe für gut investiertes Geld, haben wir doch so die Verdienste, den Gestaltungswillen und den Zusammenhalt unserer Partei und ihrer Mitglieder eindrucksvoll darstellen können.

Hierfür möchte ich auch als Beauftragte des Parteivorstandes für die Feierlichkeiten allen Genossinnen und Genossen danken, die diese Veranstaltungen selber organisiert oder sie besucht und belebt haben. Nichts davon ist mit Geld aufzuwiegen.

(BEIFALL)

Die Finanzen der SPD auf solide Grundlagen zu stellen, ist eine der Kernaufgaben der Schatzmeisterin. Neben den Einnahmen aus Beiträgen und Spenden unserer Mitglieder tragen auch die Ausschüttung der staatlichen Mittel und unser Unternehmensbereich einen wesentlichen Bestandteil zur Finanzierung unserer Arbeit bei.

Nach wie vor wird fast die Hälfte unserer Finanzmittel aus den Beitragszahlungen unserer Mitglieder gebildet. Deshalb freue ich mich besonders, dass ich euch heute sagen kann, dass wir die Trendwende trotz nach wie vor sinkender Mitgliederzahlen geschafft haben: Erstmals seit Langem steigen die Mitgliedsbeiträge wieder. Wir haben steigende Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen. Die SPD nimmt ihre Rolle als Organisatorin der politischen Willensbildung, die das Grundgesetz den Parteien zuweist, sehr ernst und bemüht sich daher stets, die hierfür notwendigen Strukturen in der Fläche vorzuhalten. Eine stärkere Unterstützung dieser Strukturen durch Bundesmittel, wie sie mit der Erhöhung der Obergrenze staatlicher Zuschüsse im Jahr 2011 parteiübergreifend beschlossen wurde, hilft auch, Teilhabe an politischen Prozessen und somit gelebte Demokratie im ganzen Land zu ermöglichen.

Zu unserer langen und wechselvollen Geschichte gehört auch der Unternehmensbereich der SPD. Hier in Leipzig erschien vor 137 Jahren der „Vorwärts“ zum ersten Mal. Auch heute noch ist er als Debattenforum

und Informationsmedium für die deutsche Sozialdemokratie nicht wegzudenken. Aber es bestehen darüber hinaus vielfältige weitere Beteiligungen an regionalen Medienhäusern und Druckereien, aber auch an unserem SPD-Reiseservice und an neuen, Online-getriebenen Unternehmen. Es ist nicht selbstverständlich, dass wir dies heute feststellen können. Denn so wie unsere Partei sind auch unsere Unternehmen und Immobilien oft in Gefahr geraten. Mehrfach wurde die SPD in ihrer Geschichte enteignet. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 hatte natürlich auch die damaligen Unternehmen der SPD schwer getroffen. Von den Nazis enteignete Druckereien und Verlage wurden im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt und teilweise nach Kriegsende demontiert. Immer wieder gab es den Versuch von Union und FDP, mit juristischen Taschenspielertricks die Medienbeteiligungen der SPD zu beseitigen. Erst das Bundesverfassungsgericht hat dieses Treiben durch ein wegweisendes Urteil im Jahre 2008 beendet.

Heute stehen unsere Unternehmensbeteiligungen vor neuen Herausforderungen. Die Medienwelt wandelt sich, und die Medienmärkte werden kräftig durchgeschüttelt. Zuerst spüren dies die Printmedien. Auch die DDVG, unsere Holding, war und ist von diesen Entwicklungen betroffen. Am deutlichsten sichtbar wurde dies durch die Insolvenz der „Frankfurter Rundschau“ im vergangenen November. Trotz aller Schwierigkeiten im Segment der Tageszeitungen konnte die DDVG sowohl 2011 als auch 2012 deutlich positive Betriebsergebnisse erzielen. Sondereffekte unter anderem aus der Situation der „Frankfurter Rundschau“ haben allerdings Wertberichtigungen erfordert, die für 2012 zu einem negativen Unternehmensergebnis geführt haben. Damit sind aber auch alle mit der Insolvenz der „Frankfurter Rundschau“ verbundenen Lasten verarbeitet. In diesem Jahr werden wir sogar in nennenswertem Umfang vorsorgliche Rückstellungen wieder auflösen können. Ihr seht: So belastend die Ereignisse in Frankfurt auch waren, die DDVG hat diese verkraftet. Somit wird sie auch in Zukunft eine wichtige finanzielle Säule für uns sein können.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst es mich klar sagen: Ihr wisst alle, dass die Neigung vieler Menschen, sich dauerhaft an große Organisationen und Verbände zu binden, nicht mehr so ausgeprägt ist wie früher. Dies hatte und hat natürlich auch Auswirkungen auf unsere finanziellen Kräfte. Um die Finanzen der SPD solide zu halten, werden wir unsere Ausgaben immer wieder kritisch überprüfen müssen. Das heißt nicht, dass alles anders werden muss. Es heißt aber, dass wir künftig unsere Ausgaben, vor allem diejenigen mittel- und langfristiger Natur, nicht nur am Wünschenswerten, sondern eben auch am Machbaren ausrichten müssen. Als Schatzmeisterin muss ich hieran immer wieder erinnern. Das ist nicht immer gerade leicht. Man macht sich dabei auch nicht immer beliebt. Aber so ist das nun einmal.

Der vergangene Bundestagswahlkampf hat aber gezeigt, dass es natürlich möglich ist, einen attraktiven Wahlkampf zu bestreiten, ohne uns in den Ruin zu treiben. So haben wir es geschafft, unser festgesetztes Budget von 23 Millionen Euro nicht zu überschreiten. Wahrscheinlich war es das erste Mal in der Nachkriegszeit, dass das gelungen ist. Das ist eben alles andere als selbstverständlich. Ich will ganz besonders Andrea, Sigmar und Peer dafür danken, dass wir dieses Ziel in Teamarbeit erreichen konnten.

Dennoch: Ich werde nicht müde, immer wieder zu sagen: Wir müssen dafür Sorge tragen, dass sich unsere jungen Mitglieder, die sich gerade erst für die SPD als ihre politische Heimat entschieden haben, auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ihre Arbeit in der Partei durch eine verlässliche Finanzierung leisten können. Dazu sind wir ihnen gegenüber verpflichtet, liebe Genossinnen und Genossen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Als Schatzmeisterin bin ich euch gegenüber rechenschaftspflichtig. Dieser Verpflichtung komme ich mit der Vorlage des Finanzberichts, der euch vorliegt, nach. Ich danke euch für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Ganz besonders danke ich den vielen, fast 10.000 ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern. Ihr macht einen tollen Job.

(BEIFALL)

Ich danke euch allen für euer Vertrauen. Um die Erneuerung dieses Vertrauens für meine zukünftige Arbeit bitte ich euch sehr herzlich. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Lieben Dank, Barbara. Es folgt der Bericht der Kontrollkommission. Das Wort hat Brigitte Reckmann.

BERICHT DER KONTROLLKOMMISSION UND ENTLASTUNG DES PARTEIVORSTANDES

Brigitte Reckmann, Kontrollkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Nun auch der Bericht der Kontrollkommission. Aufmerksam und positiv-kritisch haben wir die Arbeit der Schatzmeisterin, der Generalsekretärin und des Vorsitzenden in den letzten zwei Jahren begleitet. Ich kann die Ausführungen der Schatzmeisterin im Großen und Ganzen bestätigen, möchte aber kurz noch die Auffassung der Kontrollkommission ergänzen.

Es ist der sensible Umgang mit Haushaltsfragen, so langweilig das Zahlenwerk auch manchmal ist, der einen guten Start für das zuverlässige Erreichen eines sich gesetzten Ziels ermöglicht. Als Kontrollkommission haben wir unsere Arbeit zu Beginn unserer Tätigkeit unter folgende Grundsätze gestellt: die Bedeutung von Haushaltsfragen steigern, den schonenden Umgang mit der Ressource Geld fördern und einen transparenten Umgang mit Einnahmen und Ausgaben.

Diese Grundsätze haben wir uns stets vergegenwärtigt, wenn wir die Abschlüsse des Parteivorstandes geprüft haben, wenn wir uns aus dem Unternehmensbereich haben berichten lassen oder mit den Projektverantwortlichen das Gespräch gesucht haben. Heute kann ich sagen, dass wir nicht negativ überrascht wurden. Darüber hinaus haben wir mit der Schatzmeisterin und der Generalsekretärin auch gute Partner für unsere Arbeit gefunden. Dennoch haben wir versucht, Akzente zu setzen, und uns bemüht, eine Mentalität zu fördern – ja, auch einzuklagen –, die den Ziel-Mittel-Einsatz stets infrage gestellt hat, eine Mentalität, die dazu einlud, Laufwege zu hinterfragen, sie zu bestätigen, sie gegebenenfalls zu ändern und am Ende erfolgreicher zu sein. Das ist zwar keine Garantie für Erfolg, aber sie hält einen im Spiel. Diese Mentalität werden wir brauchen, wenn es in Zukunft darum geht, Personal zu entwickeln und Standards unserer Arbeit zu definieren. Aus unserer Sicht ist es dringend erforderlich, sich diesen Aufgaben zu stellen, um eine erfolgreiche Parteiarbeit in den kommenden Jahren und für die bevorstehenden Wahlen zu realisieren.

Dabei handelt es sich aber nicht um eine Drohung, sondern um eine Einladung, Gutes zu bewahren, Besseres zu erhalten und am Ende schlicht erfolgreicher zu sein.

An dieser Stelle bin ich auch schon bei der Aufgabe der organisationspolitischen Kommission. Als Kontrollkommission vertreten wir folgenden Standpunkt: Die Entwicklung und Gestaltung organisatorischer Stärke muss mit dem Erhalt finanzieller Unabhängigkeit einhergehen.

Dazu bedarf es insbesondere einer intensiven und aktiven Mitgliederbetreuung und -gewinnung. Es reicht nicht, für vorhandene oder umgebaute Strukturen eine Finanzierung zu finden. Wir müssen zu einer organisatorischen und finanziellen Struktur kommen, die Ressourcen und Aufgaben einer jeden Gliederung zusammenführt. Dazu muss in Zusammenarbeit mit allen Gliederungen ermittelt werden, welche Aufgaben wann von wem erwartet werden und welche Ressourcen ihm dazu zur Verfügung gestellt werden. Je offener wir uns diesem Prozess zuwenden, desto größer wird sein Potenzial sein.

Die Kontrollkommission versteht sich als Teil eines Ensembles. So gesehen haben wir, hat der Parteivorstand im Sinne der Kontrollkommission in den letzten zwei Jahren einen ordentlichen Auftritt gehabt. Die Bücher sind jedenfalls in Ordnung, und das Kostenbewusstsein entwickelt Schärfe. Um im Bild zu bleiben, war manches sicherlich Drama, einiges Komödie. Aber wir beantragen gerne die Entlastung des Vorstands. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Brigitte. - Brigitte hat die Entlastung des Vorstands beantragt. Ich frage deshalb: Wird hierzu noch einmal das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir über die Entlastung des Vorstands ab. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist bei einigen Enthaltungen einstimmig Entlastung erteilt.

(BEIFALL)

WAHL DES PARTEIVORSITZENDEN

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen zur Wahl des Parteivorsitzenden. Ich bitte euch alle, euch hinzusetzen, damit der Wahlvorgang, den wir gleich mithilfe eines elektronischen Gerätes vornehmen werden, reibungslos und für alle so stattfinden kann, dass jeder die Möglichkeit hat, daran teilzunehmen.

Wir haben schon 2011 - ihr erinnert euch - mithilfe dieses kleinen Gerätes das ganz eindrucksvoll miteinander hinbekommen. Ich bin ganz zuversichtlich, wir machen das heute mindestens genauso gut.

Da wir mithilfe dieses Abstimmungsgerätes wählen wollen, ist erste Voraussetzung, dass jede und jeder von euch eine solche kleine Fernbedienung in der Hand hält oder zumindest direkt vor sich liegen hat.

Die erste Frage: Hat jede, hat jeder, der Delegierte auf diesem Bundesparteitag ist, ein solches Abstimmungsgerät? - Wer es noch nicht haben sollte, der meldet sich jetzt bitte so, dass die jungen Kolleginnen und Kollegen, die mit weißen T-Shirts zwischen euch stehen, das sehen können. Die bringen euch dann sofort ein solches Gerät.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Wahl des Parteivorsitzenden gehört zu den Dingen auf einem Bundesparteitag, bei denen wir es schaffen, einmal fünf Minuten ruhig zu sein. Hat jede, hat jeder von euch ein Abstimmungsgerät bekommen? - Das scheint der Fall zu sein.

Hat jede und jeder von euch seine Chipkarte zur Hand? Das ist die Karte, die ihr bei der Akkreditierung bekommen habt. Sie sieht aus wie eure EC-Karte, ohne dass „EC“ draufsteht.

(ZURUFE)

- Ihr könnt damit kein Geld abheben, aber ihr könnt damit den Parteivorsitzenden der wichtigsten deutschen Volkspartei wählen.

Ihr habt diese Karte dabei. Dann bitte ich euch, das erste Wichtige zu tun: Ihr nehmt dieses Gerät in die Linke.

(HEITERKEIT)

Ihr seht auf der rechten Seite einen Schlitz. In diesen Schlitz führt ihr diese Karte mit dem goldenen Chip oben ein. - Ich glaube, es ist noch keiner überfordert. Das ist sehr schön.

Lasst uns uns noch ein ganz bisschen mit dem Gerät vertraut machen. Wer zu Hause schon einmal den Fernseher angeschaltet hat, der wird sich erinnern. Ihr seht auf der linken Seite Ziffern.

(ZURUF)

- Auf der rechten Seite seht ihr die Ziffern. - Heute machen wir es ganz einfach: Von den Ziffern nutzen wir heute nur die Ziffern 1, 2 oder 3. Morgen wird es ein bisschen komplizierter.

Ihr seht auf der linken Seite ein „C“ und einen rechten Winkel. Mit 1, 2 oder 3 bei der Einzelwahl kann man mit der 1 sagen „ja, ich will“, bei der 2 „nein, ich will nicht“ und bei der 3 „ich enthalte mich“.

Für den Fall, dass man eine 2 gedrückt haben sollte, was bedeuten würde „ich will nicht“, und bemerkt rechtzeitig, dass das nicht sein kann,

(HEITERKEIT)

gibt es das „C“. Wenn ihr das „C“ drückt, dann - so werdet ihr gleich feststellen - verschwindet, was sehr vernünftig ist, die 2, und ihr habt die Chance, die 1 oder die 3 zu drücken.

Wenn ihr euch ganz sicher seid, dass die 1, die ihr gedrückt habt, auch die Zahl ist, die ihr tatsächlich drücken wollt, dann drückt ihr auf dieses etwas merkwürdige, wie ein rechter Winkel aussehende Zeichen oberhalb des „C“. Das bedeutet Eingabe oder Enter.

Es ist ganz wichtig - ich bitte um große Aufmerksamkeit -: Wer auf „Enter“ gedrückt hat, der hat seine Stimme in die Urne geworfen. Wenn ihr euch an die alte Zeit erinnert: Auch da bekam ihr sie nicht wieder heraus.

(HEITERKEIT)

Das gilt hier auch, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Mehr müssen wir heute eigentlich nicht wissen, um richtig zu wählen. Der kleine Bildschirm ist übrigens kein Touchscreen. Es nützt nichts, wenn ihr da häufig draufdrückt. Ihr braucht auch noch die Tasten. Da das etwas ältere Geräte sind, drückt bitte deutlich auf die 1 oder die anderen Tasten.

Ihr seht, wenn der Wahlgang eröffnet ist, auf dem kleinen Bildschirm die von euch gedrückte Ziffer. Danach folgt „Enter“ oder - wenn ihr euch geirrt haben solltet - Korrektur; dann noch einmal drücken und dann „Enter“.

Wenn ich gleich den Wahlgang eröffnen sollte - das tue ich dann, wenn ich den Eindruck habe, dass alle es verstanden haben, ihr die Karte eingeführt habt -, dann werdet ihr bei den kleinen Leuchtdioden oben links hoffentlich überall ein dauerhaftes Grün sehen. Habt ihr ein blinkendes Grün, dann habt ihr die Karte nicht eingesteckt. Habt ihr ein blinkendes Rot, dann steckt die Karte falsch herum in eurem Gerät, was aber, glaube ich, nicht passieren kann, liebe Genossinnen und Genossen.

Jetzt kommen wir langsam zu dem, was auf einem Parteitag Spaß macht. Bei der Wahl des Parteivorsitzenden handelt es sich gemäß § 7 unserer Wahlordnung um eine Einzelwahl. Da sehr viele Medienvertreterinnen und -vertreter im Raum sind, der sehr ernsthaft gemeinte Hinweis: Dieses ist eine geheime Wahl. Ich bitte alle, die Kameras nicht auf die Abstimmungsgeräte zu halten, wenn die Delegierten abstimmen. Ich hoffe, das ist deutlich verstanden. Ich bitte, darauf zu achten.

Wir haben einen Kandidaten. Ich glaube, dieser Kandidat, Sigmar Gabriel, hat eine sehr eindrucksvolle Vorstellungsrede gehalten, sodass eine erneute Vorstellung nicht notwendig ist. Da wir nur einen Kandidaten haben, liebe Genossinnen und Genossen - es ist also eine Wahl ohne Gegenkandidat -, habt ihr die Möglichkeit, zuzustimmen, abzulehnen oder euch zu enthalten.

Noch einmal: Für die Zustimmung drückt ihr gleich bitte die 1. Solltet ihr ablehnen wollen, drückt ihr die 2. Solltet ihr euch enthalten wollen, drückt ihr bitte die 3.

Dies wird - wie ihr eben kurz gesehen habt - auf der Leinwand für euch noch einmal angezeigt.

Die von euch gewählte Nummer erscheint im Display, blinkt, und dann kommt gleich die Okay-Taste dran.

Nach § 23 Abs. 3 unseres Organisationsstatuts ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Gibt es noch Fragen zu der Funktionalität eures Gerätes? - Ich weiß, es wäre peinlich, sich jetzt zu melden. Aber tut es trotzdem.

(HEITERKEIT)

Ich sehe keine weiteren Fragen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich eröffne damit den Wahlgang zur Wahl des Parteivorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Wahlgang wird mehrere Minuten geöffnet bleiben. Das wird euch ebenfalls auf der Leinwand angezeigt.

Solltet ihr Schwierigkeiten haben, sollte das Gerät nicht das tun, was ich eben gesagt habe, dann wendet euch vertrauensvoll an die jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den weißen T-Shirts. Sie kommen sofort und helfen euch. – Hat jemand Schwierigkeiten mit seinem Gerät? Funktioniert es irgendwo nicht? Wird irgendwo Hilfe benötigt? Dann äußert euch bitte so, dass euch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den weißen T-Shirts sehen und sofort helfen können.

Hat jemand seine Stimme noch nicht abgegeben, noch nicht abgeben können? – Ich höre Gegenstimmen. – Haben nun alle ihre Stimme abgeben können? – Das ist erkennbar der Fall. Damit schließe ich den Wahlgang.

Das Ergebnis wird jetzt von der Mandatsprüfungskommission überprüft und anschließend von deren Sprecherin oder Sprecher bekannt gegeben. Bis dahin unterbrechen wir kurz, liebe Genossinnen und Genossen. „Kurz“ ist hier das Synonym dafür, dass ihr bitte sitzen bleibt, damit wir gleich alle da sind, wenn das Ergebnis mitgeteilt wird. Ganz lieben Dank.

(UNTERBRECHUNG: 17.37 UHR – 17.40 UHR)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich eröffne die Sitzung wieder und gebe das Wort der Sprecherin der Mandatsprüfungskommission:

Miriam Pichler, Mandatsprüfungskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben ein Ergebnis. Ich gebe euch nun das Ergebnis der Wahl des Parteivorsitzenden bekannt: Abgegebene Stimmen 588, davon waren ungültig 16 Stimmen. Gültige Stimmen 572. Mit Ja haben gestimmt 478, Enthaltungen gab es 18. Mit Nein haben gestimmt 76. Dies bedeutet eine Zustimmung von 83,6 Prozent der gültig abgegebenen Stimmen.

(ANHALTENDER BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Lieber Sigmar, auch von mir herzlichen Glückwunsch und alles, alles Gute für dein Amt, so du es annimmst. Jetzt wäre der Moment, das zu sagen.

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Schon wegen der Art der Einführung in den Wahlgang muss ich es ja annehmen. Ansonsten danke ich für ein, wie ich finde, in dieser Situation außerordentlich ehrliches Wahlergebnis. Auch das ist gut für einen solchen Parteitag. – Vielen Dank.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Ganz herzlichen Dank. – Diejenigen, die ungültige Stimmen abgegeben haben, können sich vertrauensvoll an mich wenden.

(HEITERKEIT)

Wir machen weiter.

GRÜßWORT DES ITALIENISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN ENRICO LETTA

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe eine ganz einfache technische Mitteilung zu machen. Es gibt nämlich noch ein Gerät. Dieses Gerät ist dafür zuständig, dass man die Übersetzung mithören kann. Ich darf euch darauf hinweisen, dass ihr auf Kanal 1 Deutsch hört, auf Kanal 2 Englisch und auf Kanal 3 Italienisch.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist mir jetzt eine besondere Freude, unseren besonderen Ehrengast auf diesem Parteitag ankündigen zu dürfen, nämlich den italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta.

Auf europäischer Ebene ist er eine treibende Kraft dafür, dass der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und auch für mehr Investitionen in Wachstum und Beschäftigung endlich mit dem notwendigen Nachdruck vorangebracht werden. Dabei arbeitet er unter anderem auch eng mit Martin Schulz zusammen. Schon im Mai dieses Jahres war er hier in Leipzig – damals aus Anlass unserer 150-Jahr-Feier.

Wir freuen uns sehr und es ist uns eine besondere Ehre, dass er heute erneut zu uns nach Leipzig gekommen ist - zu unserem Bundesparteitag.

Caro Enrico, a te la parola.

(BEIFALL)

Enrico Letta, Ministerpräsident Italiens: Für mich ist es eine Ehre, zusammen mit Ihnen hier zu sein. Es tut mir leid, dass ich nicht in Ihrer wunderschönen Sprache zu Ihnen sprechen kann. Sie werden es mir verzeihen. Ich verspreche Ihnen aber, mich beim nächsten Mal darum zu bemühen.

Ich hatte Gelegenheit, an diesem so schönen Moment der technologisch durchgeführten Wahl zum Parteivorsitzenden teilzunehmen, der Wahl von Sigmar. Ich habe dabei etwas gelernt. Wir werden das in Italien übernehmen. Das Einzige, was ich Sigmar hier fragen wollte, ist, ob es neben der Übernahme dieses technischen Geräts auch möglich ist, uns Torsten Albig für die Erklärung auszuleihen, wie man damit umgeht.

(BEIFALL)

Ich bin aber vor allen Dingen hier, um Ihnen in einem ganz besonderen Moment des europäischen Lebens, in einem besonderen Augenblick des Lebens in Deutschland, in einer Zeit, in der wir uns alle zusammen bemühen müssen, schwierige Zeiten hier in Europa zu überwinden, eine Botschaft der Wahrheit und der Offenheit zu überbringen. Weil ich bei dem, worüber ich spreche, sehr offen sein und Wahres sagen will, sage ich, dass wir auch im Hinblick auf die Wahrnehmung der öffentlichen Meinung, die man in Deutschland von Italien hat, in schwierigen Zeiten leben, und das gilt auch umgekehrt.

Deutschland und Italien waren schon von jeher praktisch der Pfeiler der föderalistischen Union in der Europäischen Union. Wenn ich mir heute die öffentliche Meinung in dem einen und dem anderen Land angucke, die sich quasi in einem Wettstreit darum befinden, wer in Europa mehr Stereotypen und Vorurteile anwendet oder als Meinung äußert, sehe ich mich dazu veranlasst, hier zu versuchen, überzeugende Dinge zu sagen, genauso wie wir das erst vor Kurzem zusammen mit Martin Schulz in Venedig getan haben, als er als Deut-

scher und als überzeugter Europäer nach Venedig gekommen ist, um Dinge zu sagen, die für die italienische öffentliche Meinung sehr überzeugend waren.

Entweder wir gehen das so an, oder wir werden im nächsten Jahr eine Europawahl haben, in der wir riskieren, einen Wahlkampf zu führen, in dem es nur darum geht, sich gegenseitig Vorurteile um die Ohren zu hauen: die egoistischen Deutschen auf der einen Seite und die faulen Italiener auf der anderen Seite. Eine Kampagne dieser Art wird nur dazu führen, dass die Populisten, die antieuropäischen Populisten, mehr Zustimmung bekommen in Europa. Deshalb ist es unsere Aufgabe, dem etwas entgegenzusetzen, nämlich eine positive europäische Dynamik des Wahlkampfs, ausgehend von gegenseitigem Verständnis.

(BEIFALL)

Die Krise der letzten fünf Jahre zeigt uns vielleicht, dass unser Schicksal letztlich auch vom Schicksal der anderen abhängt. Eine Krise in Italien, eine Schwierigkeit in Deutschland und eine Krise in einem anderen Euro-Land führen letztlich dazu, dass sie uns, wenn wir nicht in der Lage sind, diese vernünftig anzugehen, alle runterziehen und dass Europa nicht in die Lage versetzt wird, mit der größten Krise der Nachkriegszeit klarzukommen. Da wir die Möglichkeit des Wiederaufschwungs vor uns haben, dürfen wir uns jetzt keinen Fehler leisten, so wie das leider in den vergangenen Jahren von europäischer Seite aus der Fall gewesen ist. Wir dürfen uns solche Fehler nicht mehr leisten.

Aus diesem Grund fühle ich sehr stark die Verantwortung eines Landes wie Italien, eines Landes, von dessen Erfolg oder Misserfolg durchaus auch ein Teil des Ausgangs dieser europäischen Krise abhängen kann. Ich sage das vor Ihnen, auf die eine große Verantwortung zukommt, denn Sie haben die Möglichkeit, in den nächsten vier Jahren an der deutschen Regierung mitzuwirken und Verantwortung zu tragen. Diese Regierung kann dazu beitragen, dass die gemeinsame nächste europäische Legislaturperiode von 2014 bis 2019 eine Legislaturperiode des Wachstums wird und nicht eine Legislaturperiode, die lediglich auf Sparpolitik beruht. Ich fühle insofern sehr stark die Verantwortung Italiens auf meinen Schultern lasten, umso mehr nach der Vertrauensabstimmung im italienischen Parlament, die am 2. Oktober stattgefunden hat, die Verantwortung eines Landes, das hoffentlich in der Lage ist, zu zeigen, dass es imstande ist, sich an Regeln zu halten, seiner Verantwortung als Gründungsmitglied der Europäischen Union und als pro-europäisches Land voll gerecht werden kann.

Das Gleiche gilt letztlich auch für das, was demnächst in Deutschland passiert. Ich bin vor allen Dingen deswegen hier, lieber Sigmar, um Ihnen eine Botschaft zu überbringen. Das, was Sie in diesen Tagen gerade leisten, was Sie jetzt gerade entscheiden, was in Ihren Händen und in Ihrer Verantwortung liegt, das geht durchaus über das hinaus, was Ihre eigentliche Verantwortung für Deutschland ist. In Ihren Händen liegen heute Entscheidungen, die letztlich die Zukunft Europas mitbestimmen werden. Insofern fühle ich mich befugt, Ihnen im Auftrag vieler Europäer folgende Forderung zu stellen: Nehmen Sie bitte die gesamte Verantwortung wahr, damit Europa in den nächsten Jahren auf ein Land wie Deutschland zählen kann, das auf jeden Fall diesen Weg des Wachstums mitgehen will, eines Wachstums, das ganz Europa in die Lage versetzt, an diesem Wachstum teilzuhaben, unter Achtung der Regeln und der Haushaltsregeln natürlich, der Finanzierung der öffentlichen Haushalte, aber vor allen Dingen eines Wachstums in Solidarität, eines kollektiven Wachstums. Insofern werden Ihre Entscheidungen hier sehr wichtig sein. Jeder von uns wird mit großer Hoffnung auf Ihre Entscheidungen schauen.

Diese Hoffnung betrifft auch die Entscheidungen, die wir uns in Italien anschicken zu treffen. Ich hatte vorhin schon gesagt: Das, was wir gemacht haben, werden wir auch weiterhin tun. Das heißt, wir werden versuchen, unserer Rolle gerecht zu werden. Italien hat harte Zeiten mitgemacht im Verlauf dieser Krise, aber jetzt hat die Regierung des Landes ein Stabilitätsgesetz, ein Haushaltsgesetz für das nächste Jahr vorgelegt, das von einer Planung ausgeht, die ich wirklich entschlossen voranbringen möchte. Das Ziel für Italien besteht darin, zum Ende des nächsten Jahres nach fünf Jahren zum ersten Mal eine öffentliche Verschuldung zu haben, die sinkt; ein Defizit, das das dritte Jahr in Folge unter der 3-Prozent-Hürde liegt, 2,5 Prozent im darauffolgenden Jahr; zum ersten Mal öffentliche Ausgaben, die sinken; eine Besteuerung der Familien, der Einzelhaushalte, der Industrie und der Wirtschaft, die sinken; ein Pluszeichen vor dem Bruttosozialprodukt mit dem Ziel, im nächsten Jahr 1 Prozent Wachstum zu erreichen.

Diese fünf großen Ziele, die wir in unserem Haushaltsgesetz festgeschrieben haben und die wir im nächsten Jahr werden umsetzen können, weil die italienischen Bürger wissen, dass der einzige Weg, aus der Krise herauszukommen, darin besteht, die Regeln zu achten, eine Politik für das Wachstum zu machen und insbesondere die Arbeitslosigkeit, ganz besonders die Jugendarbeitslosigkeit, zu bekämpfen, bestimmen eine Politik, die wir kämpferisch führen und mit großem Engagement voranbringen. Wir werden hierbei den Beweis antreten, dass Italien ein Land ist, das sich an die Regeln hält und das in der Lage ist, dafür zu sorgen, dass bei uns im zweiten Halbjahr des nächsten Jahres, in dem Italien die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union zukommt, alles stimmt, um die Führerschaft, was das Wachstum in Europa angeht, übernehmen zu können.

Wir sind auch dabei, die Politik bei uns zu reformieren, eine Politik, die in unserem Land Phasen erlebt hat, die ziemlich komplex waren, mit zu großen Privilegien der Politik, einer zu kostspieligen Politik. Wir haben eine Verfassungsreform, die wir im nächsten Jahr endgültig in den sicheren Hafen führen müssen. Außerdem gibt es einige radikale Veränderungen, denn ich habe die Ehre, einer Regierung vorzustehen, die drei Rekorde in der italienischen Geschichte gebracht hat: Es ist die Regierung mit dem größten Anteil von Frauen als Ministerinnen, mit dem größten Anteil von jungen Leuten,

(VEREINZELT BEIFALL)

und zum ersten Mal gibt es mit Cécile Kyenge als Ministerin für Integration eine Ministerin, die nicht weißer Hautfarbe ist; auch das ist neu in Italien. Wir haben es bereits geschafft und werden auch weiterhin die Ziele, die ich vorhin genannt habe, erreichen, ohne aber deshalb unseren Verpflichtungen nicht nachzukommen, die Italien genauso wie Frankreich oder Deutschland - das sind die drei großen Gründungsländer der Europäischen Union - hat, nämlich der Verpflichtung zu Solidarität und globaler Verantwortung.

Sie werden mir gestatten, dass ich eine Zahl dazu nenne; das ist die einzige Zahl, die ich hier nennen möchte. Ich bin überzeugt, dass Sie, wenn ich diese Zahl nenne, verstehen werden, welcher gute Wille bei mir dahintersteckt, und es mir nicht übelnehmen. Aber ich denke, dass es wichtig ist, dass die öffentliche deutsche Meinung sich diese Zahl anhört, denn manchmal hat man den Eindruck, dass man in Deutschland denkt, dass nur der deutsche Steuerzahler die Lasten Europas zu tragen hat. Aber ich möchte hier allen in Erinnerung bringen, dass der europäische Stabilitätsmechanismus und die anderen Maßnahmen des Rettungsschirms und der Rettungsfonds Mechanismen sind, an denen sich letztlich alle beteiligen. Italien hat davon noch nichts beansprucht; es hat noch keinen einzigen Euro Anleihe verlangt. Italien hat 54 Milliarden Euro in den ESM eingebracht, Frankreich 61 Milliarden Euro und Deutschland 81 Milliarden Euro. Ich nenne

zwei weitere für die Europäische Union wichtige Länder: Holland hat 17 Milliarden Euro eingebracht, also ein Drittel von dem Betrag, den Italien eingebracht hat, und Finnland 5 Milliarden Euro, also ein Zehntel unseres Beitrags. Wir haben bisher noch keinen Euro Anleihe verlangt. Wir haben unsere Probleme mit unseren eigenen Entscheidungen angegangen und wir haben mit Blick auf unsere Banken unsere Entscheidungen getroffen, ohne dass Geld in Anspruch genommen wurde, wie das anderswo der Fall war.

Ich möchte das unterstreichen, weil es mir wichtig ist, der deutschen öffentlichen Meinung bekannt zu geben, dass Italien diese Entscheidungen schon einmal getroffen hat und dass man diese Stereotypen beiseite legen sollte, dass Italien ein Bittsteller ist, dass es ein Land ist, das sich von Europa helfen lässt. Italien schafft es alleine, und das ist auch der Grund, weshalb Italien heute mit starker Stimme von Europa verlangen kann, dass es zu einer Wende kommt. Es ist möglich, Haushaltsdisziplin einzuhalten, gleichzeitig aber auch eine Wachstumspolitik voranzubringen. Gerade hier sage ich: Das ist doch dieselbe Sprache, die wir sprechen können.

(BEIFALL)

Es ist möglich, in Europa eine gemeinsame Politik gegen Ungleichheit voranzubringen, gegen die Ungleichheiten, die in diesem Jahr dramatisch angestiegen sind und die in unseren Ländern angestiegen ist, diese Ungleichheiten, die uns herausfordern, die wir bekämpfen müssen, was wir aber nur mit einer gemeinsamen europäischen Politik tatsächlich bewerkstelligen können.

Deshalb haben wir diese großen Anstrengungen vor uns, diese große Herausforderung auch mit der Wahl zum Europäischen Parlament im nächsten Jahr. Wir wissen, dass wir alle diese große Herausforderung haben, die wir gemeinsam als Europäer angehen müssen. Wir haben nämlich das Risiko vor uns, dass wir ich sehe gerade zum Präsidenten des Europäischen Parlaments hinüber - in der nächsten Legislaturperiode, wenn wir den Wahlkampf falsch ansetzen, das antieuropäischste europäische Parlament der europäischen Geschichte vor uns haben. Das ist eine sehr große Gefahr. Wir müssen unsere gesamte Verantwortung in all unseren Ländern zusammennehmen, um gegen den Populismus anzugehen. Das müssen wir durch eine Politik bekämpfen, die die Ungleichheiten abbaut.

(BEIFALL)

Aber funktionieren kann das nur, wenn es uns gelingt, dass die Botschaft ankommt, dass wir das alleine nicht schaffen können. das müssen wir alle zusammen.

Wenn ich so etwas sage, ist es natürlich leicht. Wenn das ein deutscher politischer Führer sagt, dass in Europa keiner alleine etwas retten kann, dann ist das durchaus dazu angetan, dass man in Europa in der öffentlichen Meinung einen Schwenk erlebt. Gerade deshalb ist es so wichtig. Wir müssen zu starken Entscheidungen kommen. Wir müssen zur Bankenunion wichtige Entscheidungen treffen. Wir müssen unbedingt alles tun, um neuen Krisen vorzubeugen, ihnen zuvorzukommen, und wir müssen es auf die richtige Weise angehen. Wir müssen das tun im Hinblick auf die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion tun. Das ist eben gerade wichtig, weil der Europäische Rat sich dann letztlich in unseren Diskussionen darin bewegt hat, und erst mit der Zeit ist es zu einem Thema geworden, denn nur, wenn man wirklich gegen die Ungleichheiten vorgeht, ist man in der Lage, tatsächlich zu einem Wachstum zu kommen.

Aber was es besonders braucht, ist einfach eine starke europäische Führung für die Europäische Union. Es braucht eine demokratische Legitimation. Wir dürfen es uns absolut nicht leisten, dass die nächsten politischen

Posten in Europa einzig und allein auf Basis von Absprachen der politischen Regierungschefs stattfinden. Die Entscheidung über den nächsten Präsidenten der Europäischen Kommission ist wirklich wesentlich. Sie muss breit angelegt sein. Deshalb ist es wichtig, dass darauf geachtet wird, dass das Mandat, das die europäischen Völker, erteilen werden – und ich möchte diese Verpflichtung vor Ihnen noch einmal bekräftigen - es kann nicht sein, dass wir die nächsten fünf Jahre europäischen Lebens ohne das europäische Volk organisieren. Damit würde man den Populisten Vorschub leisten. Wir müssen unbedingt alles tun, um das Europa der Völker dem Europa der Populisten entgegenzusetzen.

(BEIFALL)

Vor allen Dingen aber - damit möchte ich zum Abschluss meiner Überlegungen kommen - müssen wir unbedingt den Weg hin zu einem föderalen Europa wieder aufnehmen. Alle Schritte des föderalen Europas haben bisher gesehen, dass Italien und Deutschland letztlich Hauptakteure waren, zwei Länder, die mit an vorderster Front stehen, zwei Länder, die diese Verantwortung heute übernehmen müssen. Sie müssen ihren ganzen politischen Mut dafür aufbringen.

Ich möchte mit Ihnen diese Übung anstellen: Wie wird die Europäische Union in zehn Jahren aussehen? Wie oft in der Vergangenheit haben wir ein ähnliches Experiment angestellt, haben wir uns gefragt: Wie wird Europa, die Europäische Union in zehn Jahren aussehen? Ich habe Sorge. Ich mache mir Sorgen, weil dies heute das erste Mal ist, dass wir, wenn wir uns fragen, wie Europa in zehn Jahren aussehen wird, letztlich ohne Antworten dastehen. Es gibt keine klare Antwort auf diese Frage, wie Europa in zehn Jahren aussieht. Ich möchte mich selber daran erinnern und möchte, dass auch Sie sich daran erinnern: Wenn wir beispielsweise bis 1983 zurückgehen würden - wie haben wir uns denn damals vorgestellt, wie Europa zehn Jahre später aussehen würde? Wir wussten, dass wir für das Europa der Freiheiten kämpfen wollten. Wir wussten, dass wir für Europa 1992 kämpfen wollten und dass Europa viele Chancen eröffnen würde.

Wenn wir aus heutiger Sicht noch mal 20 Jahre auf 1993 zurückgehen würden: Was haben wir uns denn damals, 1993, vorgestellt, wie sich Europa zehn Jahre später verändern würde? Damals hatten wir auf dem Bildschirm, dass Europa zur Währungsunion kommen würde, das Europa des Euro, das Europa der 23, also wirklich ein ehrgeiziges, groß angelegtes Projekt.

Wenn wir jetzt noch einmal zehn Jahre weiter zurückgehen, also bis 2003, was haben wir uns denn damals vorgestellt, wie Europa zehn Jahre später aussehen wird? Da stand wieder ein großes, ehrgeiziges Ziel vor uns, nämlich das Europa der Einigung, das Europa der 28 Staaten, ein Europa, das in der Lage ist, sich derart zusammenzufinden, während wir alle, die heute hier sind und über Europa sprechen, es möglicherweise schon als normal voraussetzen, was nicht als normal betrachtet werden kann. Europa hat heute den Ratsvorsitz durch das Land Litauen, ein Land, das vor 25 Jahren noch zur Sowjetunion gehörte. Der aktuelle turnusmäßige Ratspräsident der Europäischen Union ist ein Mensch, der in der Sowjetunion aufgewachsen ist, und jetzt bekleidet er den höchsten Posten in der Europäischen Union. Das ist natürlich ein deutliches Zeichen für die Erfolgsgeschichte.

Aber wenn wir uns aus heutiger Sicht noch einmal angucken, wie Europa wohl in zehn Jahren aussieht, also 2023, haben wir ein paar Fragezeichen. Das heißt, wir müssen wirklich viele daransetzen. Wir müssen die besten Leute, die beste Führung ansetzen für den nächsten Europawahlkampf. Wir müssen sagen, dass wir in den nächsten zehn Jahren das Europa aufbauen müssen mit einer föderalen Europäischen Union, das wir dann unseren Kinder übergeben wollen, in einer Welt, in der unsere Kinder sagen können: Wenn die BRIC-Staaten, Indien, China usw. stärker werden, wollen wir trotzdem, dass Europa dann auf seine Kraft

zählen kann, die natürlich auf der gegenseitigen Achtung der Regeln aufbaut, vor allen Dingen aber auch auf dem Ehrgeiz aufbaut, dass wir alle zusammen - wir Europäer, wir Italiener, wir Deutschen - eine sehr mutige, große Entscheidung treffen werden, nämlich die Entscheidung für ein föderales Europa. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidentin: Ganz herzlichen Dank dem italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta. - Jetzt hat sich Sigmar Gabriel zu Wort gemeldet.

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Lieber Enrico, zunächst einmal vielen Dank, dass du die ja doch ein bisschen weitere Reise aus Rom hier zu uns nach Leipzig zum SPD-Bundesparteitag gemacht hast. Du bist Ministerpräsident in einem Land und in einer Koalition, die, wie ich vermuten würde, noch ein bisschen schwieriger ist als die, über die wir gerade in der deutschen Sozialdemokratie reden. Dass du trotz aller Aufgaben, die du vor dir hast, den Weg zu uns auf den Parteitag gemacht hast, ehrt uns sehr und freut uns. Sei noch einmal herzlich willkommen hier auf dem SPD-Bundesparteitag. Wir sind sehr geehrt durch deinen Besuch.

(BEIFALL)

Du hast vielleicht ein bisschen mitbekommen, was die deutsche Sozialdemokratie bei der Frage, ob sie denn in eine Regierung gehen soll oder nicht, bewegt. Ich habe schon gesagt, du hast weit schwierigere Probleme in deinem Land zu lösen. Aber für uns, glaube ich, war es wichtig, von dir auf dem Parteitag zu hören, was in den letzten Wochen überall aus Europa zu hören ist, wenn mit uns darüber gesprochen wird, was in Europa in den nächsten Jahren dringend nötig ist. Nicht nur du, sondern auch unsere Freunde in Frankreich, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in all unseren Nachbarländern und bei weitem nicht nur sozialdemokratische oder sozialistische Regierungen schauen mit großer Aufmerksamkeit auf Deutschland.

Natürlich schauen die Menschen in dieser Krisenlage seit Jahren aufmerksam nach Deutschland, manche mit einem ängstlichen Blick und skeptisch. Aber in diesem Fall wird auf Deutschland mit großer Hoffnung geschaut, weil das, was wir uns in Deutschland vielleicht gar nicht so oft vorstellen können, dass es nämlich große Hoffnung in all diesen Ländern gibt, dass die deutsche Sozialdemokratie in eine Regierung mit den Konservativen geht und dazu beiträgt, dass wir endlich einen Kurswechsel in Europa hin zu Wachstum, Beschäftigung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schaffen.

(BEIFALL)

Das erweitert noch mal ein bisschen unseren Blick. Wir sind in der aktuellen Debatte - das ist auch verständlich - sehr an der Frage orientiert: Welche innenpolitischen Folgen hat eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie in einer großen Koalition? Was hat sie für Folgen für die SPD? Aber es ist auch wichtig, zu wissen, was sich denn der Rest Europas von dieser Regierungsbeteiligung erhofft. Wir sind uns in den drei Punkten, die du eben vorgetragen hast, absolut einig, dass ein Eintritt der Sozialdemokratie in eine Bundesregierung Folgendes bedeuten muss: Erstens, dass wir wieder Hoffnung in Europa schaffen, indem wir in Wachstum investieren, und es nicht dabei belassen, technokratische Spardiktate über die Länder zu verhängen. Gerade das, was du gesagt hast: Die Schulden abbauen, seinen Verpflichtungen gerecht werden und trotzdem für Wachstum und Beschäftigung eintreten. Dafür ist Italien ein wirklich gutes Beispiel.

(BEIFALL)

Das Zweite ist für uns genauso wichtig. Es ist nicht zu unterschätzen, wie groß die Gefahr ist, dass die Antieuropäer, die Rechtspopulisten und auch die Rechtsradikalen zum ersten Mal Morgenluft wittern, um dieses große europäische Projekt zu stoppen und zu stören. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung weit über Parteigrenzen und Ländergrenzen hinaus, dass wir dieses einmalige Zivilisationsprojekt auf dem Kontinent in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts in Gefahr bringen. Das, was da kommt, setzt auf die alten nationalistischen Gefühle, auf Ressentiments, auf Ängste, und nicht darauf, dass wir Menschen zusammenführen, um Frieden und Freiheit, Demokratie und Solidarität auf dem Kontinent zu sichern und auszubauen.

Wir haben gesehen, dass die, die vor uns waren, auch solche Ängste hatten und mit großem Mut Europa zu einem Kontinent des Friedens gemacht haben. Jetzt müssen wir das verteidigen und etwas Zweites hinzufügen: Europa muss in den kommenden Jahren zur Interessenvertretung der europäischen Bürgerinnen und Bürger in der Welt werden. Das muss die Aufgabe der Politik sein, denn der chinesische Ministerpräsident oder der indische Ministerpräsident werden in ein paar Jahren nicht 27, 28 oder 29 Regierungschefs Europas nacheinander anrufen, um mal zu fragen, was wir über die Welt so denken, sondern entweder Europa hat in einigen Jahren eine Stimme, oder unsere Kinder und Enkel werden in der Welt keine Stimme mehr haben. Wir wollen dafür kämpfen, dass sie eine Stimme in der Welt bekommen, liebe Freundinnen und Freunde.

(BEIFALL)

Das Dritte: Es geht um weit mehr als um die Lösung einer ökonomischen Krise. Es geht um die Verteidigung dieses großen Zivilisationsprojekts des 20. Jahrhunderts zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Wir stimmen mit dir völlig überein: Das geht nur über eine Demokratisierung und mehr Föderalismus in Europa. Nur dann, wenn wir das schaffen, wenn wir zeigen, dass Europa kein Gebilde der Technokraten ist, sondern eines von Menschen für Menschen, demokratisch legitimiert, das auch die nationalen Souveränitäten erst wieder ermöglicht, die wir doch längst ohne Europa als Einzelkämpfer verloren hätten, nur dann werden wir gewinnen.

Martin Schulz hat auf einem Parteitag der SPD einen Satz gesagt, der mir gut in Erinnerung geblieben ist. Er hat gesagt: Die großartige Idee Europas haben wir in die Hände von Bürokraten gegeben, und jetzt gibt es viel zu viele Menschen, die die Bürokratie und die Verwaltung für die eigentliche Idee halten.

Wir wollen gemeinsam mit dir und vielen anderen dafür sorgen, dass diese europäische Idee eines besonderen Zusammenlebens der Menschen mit Freiheit und Solidarität, mit Individualität und gemeinsamer Verantwortung für das Leben auf unserem Kontinent auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder Zuspruch findet. Nicht nur Duldsamkeit und Akzeptanz, sondern dass Menschen sich darüber freuen, Europäerinnen und Europäer sein zu können.

(BEIFALL)

Dass du dafür in deinem Land wirbst, in Europa daran arbeitest, und auch ein bisschen dafür, dass du uns ermahnt hast, bei allen Debatten über Innenpolitik, bei allen Sorgen über die Entwicklung der SPD diese große Aufgabe bei unserer Willensbildung über die Frage, ob wir in eine Regierung gehen, ja oder nein, nicht zu vernachlässigen. Dafür bin ich dir sehr dankbar.

Ich glaube, wenn sich die SPD im Jahr des 100. Geburtstages von Willy Brandt an etwas erinnern muss, dann daran, dass wir immer auch eine europäische und internationale Partei gewesen sind, die nicht nur

Verantwortung für ihr eigenes Land trägt, sondern auch für diesen Gedanken Europas und die internationale Zusammenarbeit in Europa und mit vielen anderen darüber hinaus.

Vielen Dank, dass du dabei warst und uns ein einen Blick in dein Land gegeben hast und uns auf einem sehr national geprägten Parteitag an Europa erinnert hast. Vielen Dank. Alles Gute für dich und deine Arbeit!

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, Torsten hat mich darauf hingewiesen, dass er unbedingt mit euch morgen weiter abstimmen will, dass das aber nur geht, wenn ihr jetzt alle eure Karte wieder aus dem Gerät herausholt, denn die Geräte werden gleich eingesammelt, und die Karte müsst ihr bei euch behalten. Bitte denkt daran: Nehmt die Karte aus dem Gerät, packt sie wieder ein und bringt sie morgen mit. Dann haben wir mit Torsten ganz bestimmt wieder viel Freude.

Für heute Abend haben wir uns ein sehr wichtiges, aber - wenn es nach uns geht - gleichwohl überschaubares Programm vorgenommen. Wir wollen heute Abend einerseits mit euch den Perspektivenantrag beraten, aber andererseits auch noch die Antragsblöcke „Organisation“ und „Sonstiges“ abarbeiten. Ich glaube, das werden wir gut hinkommen, wenn wir uns gemeinsam noch ein, zwei Stunden konzentrieren.

Zunächst gebe ich Olaf das Wort für die Antragskommission, und im Anschluss bitte ich Andrea, zum Perspektivenantrag einzuführen. – Olaf, du hast das Wort.

BERICHT DER ANTRAGSKOMMISSION

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will es kurz machen. Die Situation auf diesem Parteitag ist eigen: Wir diskutieren unmittelbar nach einer Bundestagswahl - während wir noch mitten bei den Koalitionsverhandlungen sind -, zu der wir eine ganze Reihe von politischen Forderungen entwickelt hatten, die in unser Wahlprogramm und in viele Parteitagsbeschlüsse eingeflossen sind. Dennoch geht es auf diesem Parteitag neben der Wahl des neuen Vorstandes auch um die Perspektiven, um die Zukunft. Ihr werdet das wiederfinden in den Anträgen, die vom Parteivorstand eingebracht worden sind und die ein bisschen unsere Diskussion strukturieren.

Neben der Frage, wie es zu diesen Ergebnissen gekommen ist, geht es eben auch darum, wie es weitergehen soll und was wir uns für die Zukunft vornehmen wollen. Dazu liegt der Antrag „Perspektiven. Zukunft. SPD!“ vor – wir werden ihn heute schon beraten –, den wir in der Antragskommission sehr sorgfältig diskutiert und mit einer ganzen Reihe von Änderungsvorschlägen versehen haben. Er befasst sich genau damit, was wir in den nächsten zwei Jahren machen, damit wir Stück für Stück unsere Situation so verbessern können, dass wir bei kommenden Wahlen zum Deutschen Bundestag besser abschneiden und mehr Erfolge erzielen können. Das ist keine leichte Sache. Andrea wird den Antrag gleich noch im Einzelnen vorstellen. Deshalb erspare ich es mir, dazu im Einzelnen auszuführen.

Darüber hinaus wollen wir über Europa diskutieren; Martin Schulz wird den Antrag „Neues Vertrauen für ein besseres Europa“ sorgfältig begründen. Unser Parteifreund, der italienische Ministerpräsident, hat ja ge-

rade zu uns gesprochen und die besondere Situation aus seiner Perspektive als Europäer erläutert. Vielleicht ist das auch das Besondere unseres Herangehens als Sozialdemokratische Partei hier in Deutschland und darüber hinaus: dass wir sehr gezielt aus einer europäischen Perspektive argumentieren. Wir begreifen Europa nicht als eine Funktion der nationalen Politik, sondern entwickeln politische Perspektiven und Konzepte, die für das ganze Europa - in dem wir ein wichtiges Land sind - eine Rolle spielen sollen.

Und schließlich diskutieren wir über eine der wichtigsten Basisstrukturen unseres Landes: In den Kommunen wird das alltägliche Leben geregelt, wird vieles vorangebracht und diskutiert. Wir haben uns sehr sorgfältig dem Antrag „Starke Kommunen für ein gerechtes Land“ gewidmet, zum Beispiel was die Fragen der Daseinsvorsorge angeht und wie wir die Entwicklung vor Ort gut voranbringen können angesichts der problematischen Mittelausstattung unserer Kommunen. Die wachsende Disparität in unserem Land – es gibt Wachstumsregionen und solche, in denen die Bevölkerungszahlen dramatisch zurückgeht und wo sich auch die Wirtschaftsleistung entsprechend entwickelt – muss sehr sorgfältig diskutiert werden, weil sie unsere Zukunft beeinflusst.

Natürlich haben sich viele Anträge eigentlich mit der Zeit bis zum Wahlkampf befasst: Was soll inhaltlich in unser Wahlprogramm? Es betrifft Fragen, die wir auch auf Parteitag der letzten Jahre diskutiert haben. Deshalb findet ihr dem dicken Antragsbuch eine ganze Reihe von Vorschlägen, die auf die sorgfältige Diskussion des Wahlprogramms und der Fachanträge, die wir schon beschlossen haben, verweisen. Aber wir haben uns in der Antragskommission eben darauf verständigt, dass wir dem Parteivorstand die Anregung geben, mit den drei von mir skizzierten Anträgen einen Weg in die Zukunft zu weisen. Ich glaube, das ist ganz gut gelungen.

Wer sich das Antragsbuch anschaut, der wird darin eine ganze Reihe von Anträgen befreundeter Organisationen finden. Das ist eine Neuerung und geht auf die Parteireformdebatte zurück. Es war jetzt das erste Mal möglich, und davon ist auch Gebrauch gemacht worden: von den Falken, vom Rad- und Kraftfahrerbund und von den Naturfreunden. Ich glaube, dass das eine gute Entscheidung war, die wir getroffen haben. Es wird die Diskussion in den nächsten Jahren sicherlich noch weiter beleben.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, dass wir mit dieser Perspektive für unsere Antragsdebatte einen guten Weg gefunden haben. Ich will mich zum Ende meiner Ausführungen ausdrücklich bedanken bei den Mitgliedern der Antragskommission, die in den letzten Jahren mit mir zusammengearbeitet haben. Ich kann euch sagen: Wir führen stets schöne und solidarische Diskussionen. Es ist keine leichte Arbeit, die unzähligen Anträge, die auch zu diesem Parteitag wieder eingebracht wurden, zu lesen und sich stets zu überlegen: Haben wir dazu nicht schon etwas beschlossen? Müssen wir Neues beschließen? Wie ist das einzuordnen? Welche Vorschläge machen wir, damit es hier auf dem Parteitag eine gute Beratung geben kann? Das würde nicht funktionieren, wenn sich nicht alle sehr viel Mühe geben würden und sich nicht in dem Geist verbinden würden, Ergebnisse zu erzielen und gute Vorschläge in der Antragskommission zu machen. Das gelingt immer wieder neu. Deshalb will ich euch ausdrücklich sagen: Für diese Arbeit sollten wir uns bei den vielen Genossinnen und Genossen, die ihr in diese Kommission schickt, bedanken. Ich will diesen Dank an dieser Stelle abtatten. – Schönen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank, Olaf. Dann hat jetzt Andrea das Wort, um in den Leitantrag „Perspektiven“ einzuführen.

LEITANTRAG „PERSPEKTIVEN. ZUKUNFT. SPD!“

Andrea Nahles, Generalsekretärin: Liebe Genossinnen und Genossen,

der Ausgang der Bundestagswahl stellt uns vor eine doppelte Herausforderung. Das wollen wir mit dem Leitantrag „Perspektiven. Zukunft. SPD!“ aufgreifen. Zum einen geht es um die aktuelle Situation der Verhandlungen mit der Union, zum anderen aber auch um die intensive Analyse der Ursachen, warum es bei der Wahl nicht zu mehr gereicht hat, was heute ja auch schon passiert ist.

Jetzt geht es darum, neue Impulse für die nächsten Jahre zu setzen. Dieser Parteitag hat die Parteiführung und die inhaltlichen Leitplanken für die nächsten Jahre bestimmt. Deswegen muss es darum gehen, wie wir die Fähigkeit der SPD, wieder mehr Menschen zu überzeugen, stärken können und wie wir dahin kommen, und zwar sowohl organisatorisch als auch inhaltlich. Der Leitantrag beschreibt einige wichtige Markierungen für eine starke SPD in einer sich stark verändernden Gesellschaft. Das nämlich ist der Kern: Erstens erleben wir einen technologischen Wandel, wie wir ihn seit der industriellen Revolution nicht mehr erlebt haben. Frank Schirrmacher – den ich eigentlich nie zitiere – hat vor der Bundestagswahl etwas sehr Interessantes gesagt: Er sprach von einem „Vorbeben einer neuen industriellen Revolution“, die zugleich die Welt des Sozialen in einen neuen Beschleunigungsmodus versetzt. Für ihn sind deshalb – ich zitiere – „selbst Google und Apple (...) nur Start-ups im Vergleich zu der neuen sozialen Software, die gerade im Gehäuse unserer Gesellschaft implantiert wird“. Schirrmacher hat dabei hauptsächlich die Veränderungen unserer Kommunikation im Kopf. Er blickt auf das Denken der Menschen, das sich verändert. Unsere Aufgabe als Sozialdemokratische Partei ist jedoch, dass wir uns noch intensiver als bisher mit den tatsächlichen Veränderungen unseres Lebens und unserer Arbeitswelt befassen, die damit einhergehen. Da sind wir trotz aller programmatischen Arbeit der letzten Jahre noch am Anfang.

Zweitens geht es darum, dass die Schere zwischen Arm und Reich in unserem Land immer weiter auseinandergeht. Immer mehr Menschen bleibt die Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg des Landes verwehrt. Es bilden sich im Grunde genommen abgeschlossene Teilgesellschaften in unserer Gesellschaft, die – so mein Eindruck – immer weniger miteinander verbunden sind und die – wir haben es beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf erlebt – auch immer schwieriger für uns ansprechbar sind. Das ist eben sehr mühsam gewesen. Am Ende des Tages hat das etwas mit einer gesellschaftlichen Veränderung zu tun, für die die Schere zwischen Arm und Reich, die wir haben, nur ein Anzeichen ist.

Wir leben in einer anderen Gesellschaft als noch vor 15 Jahren. Deswegen – das predige ich nun schon seit Jahren – brauchen wir auch eine andere Partei als vor 15 Jahren. Das bedeutet, dass wir als Partei eigene Impulse setzen sollten, sei es, dass wir an einer Regierung beteiligt sind oder sei es, dass wir in der Opposition sind. Das spielt für mich in dem Zusammenhang gar keine Rolle.

Wir dürfen als Partei nie wieder nur ein Begleit- und Abnickverein für Regierungshandeln werden, sondern müssen immer auch eigene Akzente in der gesellschaftliche Debatte setzen. Das ist der entscheidende Punkt, vor dem wir heute und mit diesem Parteitag stehen.

(BEIFALL)

Mehr noch: Wir müssen eine aktive, eine prägende Rolle innerhalb der Gesellschaft spielen und uns in ihr wieder verwurzeln. Wir bewegen uns dabei zwischen zwei Spannungsfeldern. Wir wollen und müssen die Partei nach vorne bringen, nach vorne bringen zu den Menschen. Das habe ich heute Morgen schon bei meiner Begrüßung gesagt und ich wette, dass das auch einige irritiert: Wieso denn? Wir sind doch bei den Menschen! Wir machen doch – usw. Ich sage aber an dieser Stelle sehr klar – mir ist das auch nach der Wahl noch einmal bewusst geworden –: Wir müssen uns nicht nur darüber Gedanken machen, was für Inhalte wir vertreten. Wir haben breite Mehrheiten, demoskopisch belegt, für Mindestlohn, für Rente ab 63, gegen Betreuungsgeld. Das ist gar nicht der Punkt. Vielmehr müssen wir uns auch Gedanken darüber machen, wie wir diese Inhalte und diese Ziele vermitteln, wie wir sie transportieren, wo wir am Ende hinwollen, wie wir wirklich Menschen erreichen. Ich glaube, da ist noch einiges zu tun, um die Mehrheitsfähigkeit zu steigern.

Und nicht nur das. Wir haben trotz der programmatischen Erneuerungsarbeit immer noch viele Felder, auf denen ich mir wünschen würde, dass wir weiterkommen, und auch weiter innovativ sind, was die Weiterentwicklung unserer Politik angeht. Diese Politikfelder haben wir im Leitantrag in zehn Leitzielen definiert.

Ich bin eben am Rande des Parteitags angesprochen worden: Da fehlt aber doch das. Da ist dieses und jenes Thema nicht aufgeführt. – Jawohl, das ist Absicht. Das hat nämlich etwas damit zu tun, dass wir jetzt nicht das Regierungsprogramm der Partei neu beschließen müssen – das ist Konsens, und das ist gut –, sondern wir müssen uns darüber Gedanken machen: Wo sind Themenfelder, wo wir einen Vorsprung in den nächsten Jahren brauchen, wo wir weiterkommen müssen?

Ich zum Beispiel sehe beim Thema Bürgerversicherung keinen konzeptionellen Nachholbedarf, sondern schlicht ein Umsetzungsproblem. Ich sehe beim Thema Rentenpolitik, dass wir uns da verständigt haben. Wir müssen es umsetzen. Ich sehe aber die Frage, wie sich eigentlich die Digitalisierung dieser Gesellschaft auf, zum Beispiel, die Wahrnehmung von Politik auswirkt, wie sie sich auf politische Diskursfähigkeit und am Ende auch darauf auswirkt, wie Bildungspolitik funktioniert und wo junge Leute sich eigentlich politisch bilden, als völlig unbeantwortet an. Zumindest haben wir das kaum wirklich bedacht.

Deswegen denke ich, dass uns an dieser Stelle viele Fragen noch als Entwicklungsfelder begegnen. Es ist nicht das Ziel dieser Leitziele, alles abzudecken, jedes Thema aufzurufen, sondern zu überlegen: Wo brauchen wir Impulse? Wo brauchen wir ein Stück weit einen Aufbruch? Wo brauchen wir mehr Äste und Fäden in das gesellschaftliche Vorfeld und in die Gesellschaft hinein?

An mich kam die weitere Rückfrage: Wollt ihr jetzt wieder so Zukunftskommissionen machen? – Nein. Wir haben sehr gute Zukunftswerkstätten gehabt. Wir haben eine Menge von Kommissionen, die wichtige Themen abdecken. Wir haben Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise. Wir wollen Themenlabore. Was heißt das? Es geht mir nicht um das Wort. Wir können von mir aus auch einen anderen Begriff nehmen. Wir wünschen uns im Grunde genommen entlang dieser Leitziele kleinere Gruppen, Zirkel, die auch offen sind für Intellektuelle, Wissenschaftler. Wir wollen Diskurse organisieren, aber nicht nur im Willy-Brandt-Haus, sondern zusammen mit denen, die sich als Akteure an den Schnittstellen von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik begreifen. Das ist es, was wir Euch unter dem Stichwort „Themenlabore“ hier vorstellen und was wir versuchen, auf den Weg zu bringen. Das ist etwas anderes als das, was wir mit den Zukunftswerkstätten versucht haben.

Ich möchte Euch auch klar sagen, dass es schade ist, aber auch klar gewesen ist, dass von diesem Leitantrag im Wesentlichen die Passage öffentlich kommuniziert wurde, wie wir uns in Zukunft in Bezug auf Koali-

tionen verhalten. Damit es hier noch einmal ausgesprochen ist: Das ist eine wichtige Frage in einem sich differenzierenden Parteienspektrum. Wir knüpfen Koalitionen in diesem Antrag an drei Voraussetzungen: an stabile und verlässliche Mehrheiten, einen verbindlichen Koalitionsvertrag, der finanzierbar ist, und an eine verantwortliche Außen- und Europapolitik. Das ist für mich ein selbstbewusster Auftritt einer Partei, die sich als wichtige linke Reformpartei, aber auch als linke Volkspartei begreift.

Vor dem Hintergrund ist dieser Leitantrag auch ein Gesprächsangebot. Aber das erfordert auch und ganz wesentlich, dass es dafür Partner gibt, die bereit sind, sich damit auseinanderzusetzen.

(BEIFALL)

Hier – das muss ich ganz klar sagen – sind wir, Sigmar und ich – Sigmar hat das auch gestern im Parteivorstand gesagt -, auch eher enttäuscht, zum Beispiel von der Linkspartei, mit der es diese Gesprächsfäden und -angebote in den letzten Jahren auch gab. Wir hatten aber nicht den Eindruck, dass sie sich da wirklich bewegen. Vielleicht tut sich was. Wir werden das sehen. Mit großem Selbstbewusstsein und mit Offenheit werden mit damit umgehen.

Als linke Reformpartei möchten wir, auch wenn wir – wir wissen es noch nicht – in die Regierung auf Bundesebene kämen (wir sind es ja in vielen Landesregierungen und auf kommunaler Ebene), die Kampagnenfähigkeit der Partei stärken. Wir haben uns schon in den letzten Jahren verändert. Das Willy-Brandt-Haus hat seine Rolle verändert gegenüber den Landes- und Kommunalparteien. Wir haben sehr stark auch Unterstützungsleistungen bei Landtagswahlen erbracht. Wir sehen uns mehr als Dienstleister für die gesamte Partei, als wir das früher getan haben. Das wollen wir weiter ausbauen.

Aber entscheidend ist, dass wir auch dann, wenn kein Wahlkampf ist, bei Themen, die für uns wichtig sind, kampagnenfähig sind. Ich glaube, dass wir ziemlich gut im Wahlkampf sind; wir können das. Aber ich hatte zwischendurch, wenn wichtige Anliegen von der Bundestagsfraktion gekommen sind oder wenn wir selbst welche hatten, immer wieder das Gefühl, dass diese Kampagnenfähigkeit noch nicht für Themen zwischen Wahlkämpfen trägt. Das ist etwas, was, glaube ich, andere politische Mitbewerber besser hinkriegen. Darüber müssen wir nachdenken.

Deswegen wollen wir hier – das schlagen wir ganz konkret vor in diesem Leitantrag – anknüpfen an Methoden, die sich im Wahlkampf bewährt haben, wie zum Beispiel das Nachbarschaftskonzept. Wir wollen die Nachbarschaftsarbeit, vielleicht in anderer Form, weiter führen. Oder wir wollen zum Beispiel auch den BürgerInnendialog fortsetzen. Deswegen schlagen wir vor, dass wir den auch weiterführen, indem wir alle zwei Jahre zu einem Bürgerkonvent einladen – dass wir diesen Ansatz mitnehmen, nicht nur als Wahlkampfinstrument, sondern als permanenten Versuch, eben auch unsere Kampagnen- und Dialogfähigkeit zu stärken.

Und – das halte ich für wichtig – wir müssen auch in einer möglichen Regierungsverantwortung die Vorstellung von unserer Politik so beschreiben und sie so vermitteln, dass die Menschen uns verstehen. Ganz ehrlich, ich bin auch ein Kind dieser Partei. Ich bin von den Jusos sozialisiert worden. Das gelingt mir auch selbst nicht immer. Da darf man ruhig mal einen Rückspiegel einbauen und überlegen, was daran zu tun ist. Mein Eindruck ist, so viel gescholten so mancher simpler Sprech der Bundeskanzlerin ist – das ist wenigstens verständlich. An dieser Baustelle sollten wir arbeiten.

Liebe Genossen und Genossen, all das haben wir in unserem Leit Antrag abgebildet, aber das ist nur ein Diskussionsangebot. Bitte begreift es so. Wir haben in den letzten Wochen sehr viele verschiedene Baustellen nebeneinander gehabt. Ich mache keinen Hehl daraus, dass dieser Leit Antrag ein erstes Angebot ist. Wir werden das Ganze in der Jahreseröffnungsklausur, die wir ja durchführen werden, in ein echtes, konkretes und detailliertes Arbeitsprogramm für das Jahr 2014 ummünzen müssen.

Deswegen wäre es schön, wenn wir heute von Euch ein paar Anregungen, Kommentare, Kritik dazu mit auf den Weg bekommen würden, damit das Ganze kein Stück Papier bleibt, sondern lebendig wird und unsere Partei nach vorne bringt, sodass wir 2017 wieder den Kanzler oder die Kanzlerin stellen und diese Partei mehrheitsfähig ist. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank, Andrea. - Wir steigen damit in die Beratungen zu dem Initiativantrag 1 – „Perspektiven. Zukunft. SPD!“ – ein. Mir liegen dazu bisher vier Wortmeldungen vor, und zwar von Matthias Miersch, Hayat Erten, Dietmar Woidke und Johanna Uekermann. – Ich sehe eine weitere Wortmeldung, und zwar von Niels Annen. Damit sind es fünf Wortmeldungen.

Damit steigen wir in die Beratungen ein. Als Erstes hat Matthias Miersch das Wort.

Matthias Miersch, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Andrea! Wenn das ein Beginn sein soll, dann, glaube ich, ist der Antrag gut. Aber ich will sagen: Wenn man etwas mit „Perspektiven“ überschreibt, dann bedeutet das, dass man eigentlich in die Zukunft guckt. Und in diese Zukunft kann die Partei nach meiner Auffassung nur dann substanziiell gucken, wenn wir uns noch einmal die Frage stellen: Wo stehen wir, und warum stehen wir dort, bei etwas mehr als 25 Prozent?

Ich glaube, wir müssen uns die Zeit nehmen, und deswegen wünsche ich mir, dass zukünftig auch solche Leit Anträge den Delegierten rechtzeitig zugehen, damit wir einen solchen Leit Antrag auch bezogen auf die Gliederungen vorbereiten können, liebe Genossinnen und Genossen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich weiß aber natürlich, dass es Zeitdruck gegeben hat und dass man hier auch ein Zeichen setzen will. Insofern glaube ich, ist das ein Auftakt. Ich habe mir aber auch die Frage gestellt – Andrea, ich gebe dir vollkommen recht: Jeder von uns guckt durch seine Fachbrille -, wie es in den letzten Wochen und Monaten gewesen ist, als du in den Schulen gewesen bist und mit den Leuten dort die Wahlhalte durchgesprochen hast.

Ich habe jedenfalls immer wieder ein besonderes Bedürfnis der jungen Menschen wahrgenommen. Es ging um die große Frage, in welcher Welt wir eigentlich leben wollen. Wie ist es mit der Nahrung der Zukunft? Wie wird unsere landwirtschaftliche Praxis weiterentwickelt? Wie sieht es mit dem Klimawandel etc. aus?

Ich glaube, diese großen Zukunftsfragen dürfen wir nicht anderen überlassen, sondern das sind elementare Gerechtigkeitsfragen. Es geht auch um die Frage, was uns als Exportnation zukünftig zukunftsfähig macht. Diese Verbindung unter Berücksichtigung der großen Herausforderungen dieser Welt herzustellen, muss man, glaube ich, auch ins Zentrum rücken, wenn es um die Perspektiven der SPD geht.

Insofern glaube ich: Ja, durch diesen Leitantrag geht heute ein Auftrag an uns alle. Ich würde mir aber mehr wünschen, nämlich, dass wir auch die großen ökologischen Themen hier noch pointierter und auch prominenter besetzen, zum Beispiel, wenn es um die fünf Kernthemen vorne geht. Dort ist von ökologischer Nachhaltigkeit die Rede. Der Klimawandel wird nur ganz hinten einmal erwähnt.

Wenn die Politik heute in Warschau nicht in der Lage ist, sich zu einigen, dann muss die Sozialdemokratie auch mit solchen Mankos umgehen und Antworten entwickeln. Ich glaube jedenfalls, das ist ein Teil der Zukunft einer modernen Sozialdemokratie, und daran sollten wir in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren arbeiten.

In diesem Sinne ist das ein Auftakt, und ich glaube, die Einladung nehmen wir als Delegierte hier gerne an.
– Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(VEREINZELT BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. – Als Nächste hat Hayat Erten das Wort.

Hayat Erten, Bundes-AG „Migration und Vielfalt“: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich stehe hier für die Bundes-AG „Migration und Vielfalt“ und finde den Antrag „Perspektiven. Zukunft. SPD!“ sehr gut.

Ich möchte in diesem Zusammenhang jedoch einen Änderungsantrag für die Bundes-AG stellen, nämlich dahingehend, dass unter den Themenlaboren ergänzt wird, dass die Herausforderungen der vielfältigen Einwanderungsgesellschaft angenommen werden beziehungsweise, dass sie dem gerecht werden sollen.

Das ist der Änderungsantrag der Bundes-AG. Ich bitte, das so aufzunehmen.

Ich möchte im Auftrag der Bundes-AG „Migration und Vielfalt“ der SPD, der Sozialdemokratischen Partei, auch noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass ohne die Aufhebung der Residenzpflicht, ohne eine Verbesserung des Asylbewerberleistungsgesetzes und ohne die Einführung der generellen doppelten Staatsbürgerschaft – und zwar ohne Wenn und Aber – eine Große Koalition aus unserer Sicht nicht möglich ist. – Danke schön.

(VEREINZELT BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank, Hayat. – Jetzt kommt Dietmar Woidke.

Dietmar Woidke, Ministerpräsident Brandenburg: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte zu einem Punkt etwas sagen, der für viele in den letzten Monaten – ich darf hinzufügen: gerade für die Brandenburger SPD in den letzten Jahrzehnten – eine wichtige Rolle gespielt hat, nämlich zu dem Verhältnis SPD/Linkspartei, SPD/PDS oder SPD/SED/PDS. Die Namen haben ja gewechselt; die Partei ist in Teilen die Gleiche geblieben. Sie hat sich allerdings auch sehr verändert.

Sigmar hat genau wie Andrea Nahles vorhin darüber gesprochen, dass wir neue Perspektiven der Zusammenarbeit entwickeln müssen. Ich bin fest davon überzeugt, dass es richtig ist. Es liegt allerdings auch an der Linkspartei selber, wie diese Perspektiven entwickelt werden und ob sie jemand ist, der für uns auf Bundesebene in Bezug auf die drei Punkte, die im Leitantrag genannt sind, in Zukunft als Koalitionspartner in Frage kommt.

Ich gehöre jetzt seit vier Jahren einer Koalition aus SPD und Linken an - zunächst als Minister, Fraktionsvorsitzender und mittlerweile als Ministerpräsident. Ich kann euch sagen, dass ich nach den vier Jahren hier ganz klar sagen kann: Es ist möglich, mit den Linken gut zu regieren.

(VEREINZELT BEIFALL)

Das ist übrigens eine Erfahrung in Brandenburg, die andere Bundesländer schon vor uns gemacht haben, zum Beispiel Klaus Wowereit unter besonders schwierigen historischen Bedingungen in Berlin. Man muss sich hier die ehemals durch eine Mauer getrennte Stadt mit den zwei Teilen Ost- und Westberlin vorstellen. Diese Erfahrung hat in Mecklenburg-Vorpommern auch Harald Ringstorff gemacht, und auch in Sachsen-Anhalt war das der Fall.

Es geht, allerdings nur dann, wenn sich die Linkspartei ihrer Vergangenheit gestellt hat und diese Vergangenheit aufarbeitet. Das betrifft natürlich vor allen Dingen die Verbände im Osten.

Für uns, für die Sozialdemokratie, war es damals, als wir in den Koalitionsverhandlungen waren, ein riesengroßes Problem, dass wir in der Partei große Befürchtungen hatten. Viele haben gesagt: Wir können mit denen nicht koalieren, weil sie ihre DDR-Geschichte nicht aufgearbeitet haben.

Diese Aufarbeitung ist in einem sehr schmerzhaften Prozess zu Beginn unserer gemeinsamen Regierung erfolgt, und das war nicht schön, weil jede Woche neue Schlagzeilen in der Zeitung standen, nach dem Motto: „Neuer Stasi-IM enttarnt“ - und Ähnliches. Mittlerweile – dazu hat die Linkspartei in Brandenburg wesentlich beigetragen – gibt es ein großes Vertrauen und sind diese Fragen geklärt.

Ein zweiter wichtiger Punkt: Die Linkspartei darf keine Illusion einer sozialen Agenda verfolgen. Sie darf keine illusionäre Politik, sondern eine Politik des sozialen Fortschritts in Deutschland machen wollen. Das ist auch das Kernelement, das wir in Brandenburg verfolgt haben. Hier könnten wir uns gut einigen, und hier sind wir in den letzten Jahren - gerade in der Gesellschaftspolitik, in der Bildungsgerechtigkeit und in der sozialen Gerechtigkeit - vorangekommen.

Der dritte wesentliche Punkt ist – das ist in vielen Landesverbänden in Ost und West sicherlich auch noch immer eine wichtige Frage -: Die Linkspartei ist dann regierungsfähig, wenn sie die SPD nicht mehr als ihren Hauptgegner ansieht.

(VEREINZELT BEIFALL)

Das ist nach wie vor Teilen der Linkspartei schwer vermittelbar. Diesen Kulturwechsel hinzukriegen, wird sicherlich relativ schwierig sein. Wenn diese Mindestanforderungen erfüllt sind, plus die drei Punkte, die im Leitantrag stehen, halte ich es mittelfristig durchaus für möglich, zu einer stabilen Zusammenarbeit nicht nur auf der Landesebene, sondern eben auch auf der Bundesebene zu kommen. Entscheidend wird sein, ob die Linkspartei aktiv mitgestalten will oder ob sie als kommunistische, sozialistische Opposition dasitzen will, alles besser wissen will und Entscheidungen nicht selbst beeinflussen kann und dann natürlich - das ist ihr Vorteil - auch nicht verantworten muss. Sie entscheidet selber darüber. Wir haben in Brandenburg gute Erfahrungen gemacht. Ich finde den Leitantrag in diesem Punkt richtig gut. - Danke schön.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe jetzt noch Johanna Uekermann, Niels Annen und Claudia Schoening-Kalender. Darf ich dann, euer Einverständnis voraussetzend, da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, die Redeliste zum Perspektivantrag schließen? - Widerspricht dem jemand? - Das scheint nicht der Fall zu sein. - Dann hat als Nächstes Johanna Uekermann das Wort.

(VEREINZELT BEIFALL)

Johanna Uekermann, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde es ist nicht nur wichtig, sondern auch zwingend notwendig, dass wir heute eine ausführliche Debatte über das Bundestagswahlergebnis geführt haben und dass wir auch mit dem Leitantrag gemeinsam unsere Schlüsse daraus ziehen.

Klar ist: Das Ergebnis hat vielfältige Ursachen, und diese kann man nicht von heute auf morgen einfach so beseitigen, und alles ist gut. Ich möchte aber noch einmal zwei Punkte herausgreifen, die mir besonders wichtig sind und die wir in den nächsten Monaten und Jahren aufgreifen müssen.

Zum einen müssen wir unsere Partei voranbringen, indem wir auch einen personellen Erneuerungsprozess einleiten. Wir haben - das zeigt das Wahlergebnis - überproportional gewonnen, auch bei jungen WählerInnen. Das liegt bestimmt auch an dem engagierten und aktiven Wahlkampf, den die Jusos geführt haben.

(BEIFALL)

Das Ergebnis zeigt aber auch, dass dort auf jeden Fall noch gewaltig Luft nach oben ist. Ich möchte deshalb, dass die SPD in den nächsten Monaten auch die junge Zielgruppe wieder mehr in den Blick nimmt. Dazu gehört natürlich, dass wir Politik für junge Menschen machen, dass wir eine fortschrittliche Politik machen und dass wir die Lebensrealitäten von jungen Menschen in unsere Politik einbeziehen. Dazu gehört aber auch, dass wir eine höhere Repräsentanz von jungen Menschen in unseren Führungsstrukturen erreichen. Denn es ist klar, dass junge Menschen besonders dann angesprochen werden, wenn sie sehen, dass Leute aus ihrer Generation etwas verändern, etwas dazu beitragen, diese Welt zu verändern.

(VEREINZELT BEIFALL)

Es gibt einen zweiten Punkt, den ich an dieser Stelle deutlich machen möchte. Ich finde es nicht nur gut, sondern halte es für längst überfällig, dass wir mit diesem Antrag eine neue strategische Ausrichtung wagen, indem wir keine Koalitionen mehr ausschließen und uns somit auch einer Koalition mit der Linkspartei öffnen. Es reicht aber nicht aus, dass wir das heute einfach nur beschließen. Diese Öffnung, diese Annäherung muss politisch gestaltet werden. Da schließe ich die Linkspartei auch gar nicht aus. Aber es muss verhandelbar gemacht werden, wenn es Differenzen gibt. Ihr könnt euch sicher sein: Wir Jusos werden das sowieso vorantreiben. Wir hoffen aber, dass wir den Weg gemeinsam gehen und dieses Projekt gemeinsam gestalten können.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank. - Als Nächster hat das Wort Niels Annen.

Niels Annen, Parteivorstand: Schönen guten Abend, liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich zu diesem Antrag gemeldet, weil ich eine Bemerkung machen möchte. Ich fand es gut, dass wir uns vorhin Zeit

genommen haben, um über das Wahlergebnis zu diskutieren, und ich bin mir sicher, dass die Debatte nicht zu Ende ist; denn dafür sind zu viele Gründe genannt worden und gibt es noch zu vieles, was wir, glaube ich, nicht verstanden haben. Aber dieser Antrag ist nicht deswegen wichtig, weil er in jedem Punkt perfekt ist. Aber ich glaube, wenn wir ihn hier verabschieden, muss uns klar sein: So schwierig die Verhandlungen jetzt sind, so schwierig eine mögliche Regierungsbildung wird und so schwierig die Debatten sind, die uns allen bevorstehen, wenn es um das Mitgliedervotum geht, die eigentliche Arbeit, Genossinnen und Genossen, für diese Partei wird in den nächsten vier Jahren stattfinden. Ich glaube, wir sollten uns an diesem Punkt ehrlich in die Augen schauen und feststellen: Jeder, der schon einmal, egal, ob als Mitglied eines Bundeskabinetts oder als einfacher Abgeordneter oder Mitglied eines Parteivorstands, erlebt hat, was für eine Sogwirkung wie ein magnetisches Feld eine Regierungsbeteiligung auf eine Partei ausübt, der muss sich vornehmen, das, was wir hier beschließen, auch wirklich durchsetzen zu wollen. Dazu, Genossinnen und Genossen, gehört eine große Selbstdisziplin. Jeder von uns kennt das doch. Da gibt es eine wichtige Entscheidung, manchmal auch etwas, was gar nicht eingeplant ist in der Regierung, und das muss dann durchgesetzt werden. Schaffen wir es miteinander, einzelnen Personen den Raum zu geben, die Debatten, die Andrea Nahles eben zum Beispiel angesprochen hat, die Frage, wie sich die Digitalisierung auf die Gesellschaft auswirkt, zu führen? Schaffen wir es, kluge Konflikte einzugehen, ohne dass wir bei einer möglichen Regierungsbeteiligung wie ein kleiner, beleidigter, ständig nörgelnder Partner dastehen? Das darf uns nämlich auch nicht passieren. Das sind die eigentlichen Fragen. Ist es wieder spannend, zu einem SPD-Parteitag zu kommen, nicht nur weil man wissen möchte, wie bestimmte Wahlergebnisse aussehen, sondern weil man die Erwartung hat, dass dort die eigentlichen gesellschaftlichen Debatten vorangetrieben werden?

Uns kann das gelingen, weil wir schon heute merken, dass die Union sich noch nicht einmal für ihr eigenes Wahlprogramm interessiert. Deswegen glaube ich auch, dass es wichtig ist, selbstbewusst in diesen Prozess zu gehen.

Ich will eine Bemerkung machen zu einem Punkt, über den viel berichtet worden ist. Ich finde es auch richtig, dass wir uns öffnen, dass wir unsere Machtoptionen erweitern. Genossinnen und Genossen, ich habe zu denen gehört, die schon vor acht oder neun Jahren begonnen haben, Gespräche mit einzelnen Abgeordneten der Linkspartei zu führen, und vielleicht bin ich deshalb nicht ganz so enthusiastisch, weil ich gemerkt habe, wie schwierig das an der einen oder anderen Stelle ist, übrigens gerade im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Aber dazu müsste man hier eine eigene Veranstaltung machen. Wir müssen realistisch daran herangehen. Manchmal habe ich den Eindruck, dass dieser Öffnungsbeschluss so eine Art Ersatz wird dafür, wieder die eigene Stärke zu finden. Denn eine Machtoption verschafft diese Öffnung nur dann, Genossinnen und Genossen, wenn wir selber stark genug werden, eine Mehrheit zu bilden.

(VEREINZELT BEIFALL)

Das muss uns doch klar sein an diesem Punkt. Deswegen lasst uns sorgfältig überlegen, wo wir unsere Kraft investieren. Unser Anspruch muss doch am Ende sein, dass sich andere, unsere politischen Konkurrenten, an der SPD abarbeiten. Deswegen unterstütze ich diesen Antrag. Ich glaube, er muss am Anfang einer Debatte stehen. Ich hoffe, dass ihr und wir alle, die wir hier sind, es gemeinsam hinkriegen, diese Diskussion mit derselben Energie zu führen, mit der wir heute die Debatte geführt haben, dass wir beides gemeinsam machen müssen: möglicherweise eine Regierung bilden und die Diskussion führen. Das ist schwierig, aber wir kriegen das hin. Deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet. - Ich danke euch und wünsche uns noch einen schönen Abend.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Als Letzte zu diesem Antrag hat das Wort Claudia Schoening-Kalender.

Claudia Schoening-Kalender, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Liebe Andrea! Ich denke, die Tatsache, dass die Redeliste im Fall dieses ja doch sehr gewichtigen Antrags nicht sehr lang ist, ist auch dem geschuldet, dass wir alle ihn als Einstieg in die nächsten vier Jahre wahrnehmen.

Da ist noch vieles offen, und da gucken wir nicht auf den Text vor und hinter dem Komma und auf jeden einzelnen Begriff, sondern sagen: Okay, hiermit steigen wir jetzt in die neue Debatte ein.

Dennoch möchte ich ein paar Anmerkungen machen.

Zum einen ist die die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaften dankenswerterweise sehr betont worden. Dafür herzlichen Dank, Andrea, und allen, die diesen Antrag formuliert haben. Ich denke, es ist ein ganz wichtiges Zeichen, dass die Arbeitsgemeinschaften ihren Stellenwert, ihre Wertschätzung innerhalb der Partei finden.

Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, was es mit diesen Themenlaboren auf sich hat. Da bin ich etwas ratlos, denn wir haben vor zwei Jahren Themenforen beschlossen. Ich muss ehrlich sagen: So richtig ist noch nicht bei der Basis angekommen, was diese Themenforen tun, was dort gearbeitet wird und wie die Ergebnisse sind. Ich denke, diese Ergebnisse werden wir dann vermutlich auch 2015 in der großen Auswertung besprechen können. Insofern denke ich, dass es für die Themenlabore vielleicht noch etwas zu früh ist. Denn ich denke, wir sollten mit gemeinsam diskutierten, bearbeiteten Erfahrungen umgehen, bevor wir wieder etwas Neues installieren.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort. Das Thema Themenlabore steht unter der Überschrift „Moderne Parteiarbeit“. Ich meine, auch die Arbeitsgemeinschaften leisten durchaus moderne Parteiarbeit. Wir haben vorher von Sigmar etwas über das Thema der Kulturen gehört, in diesem Falle die Kultur, wie wir sie oder wie die Partei, die SPD, sie mehr und mehr repräsentiert und vielleicht nicht mehr ganz so nah an den Wählerinnen und Wählern dran ist, die eigentlich unsere Zielgruppe sind. Ich denke, das mit den Kulturen gilt auch für die Partei intern. Wenn Andrea sagt, wir wollen in den Themenlaboren Diskurse organisieren, wir wollen Wissenschaftler, Wissenschaftlerinnen und Intellektuelle einbinden, dann sagen ich: Das können wir auch mit den Arbeitsgemeinschaften, und eigentlich wollen wir das auch gerne mit den Arbeitsgemeinschaften. Insofern ist hier mein Wunsch und meine große Bitte, dass wir diese moderne Parteiarbeit auch umsetzen und dass sie in und mit den Arbeitsgemeinschaften gefördert wird. - Danke schön.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Ganz herzlichen Dank. Ich glaube, deine Anregungen sind bei Andrea angekommen, die dir sehr aufmerksam gelauscht hat und an vielen Stellen auch unterstützend genickt hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, das waren die Wortmeldungen zum IA 1 „Perspektiven. Zukunft. SPD!“ . Aus den Redebeiträgen geht ein konkreter Änderungsvorschlag hervor, nämlich der von Hayat Erten, dass wir ein zusätzliches Themenlabor „Migration“ mit aufnehmen. Sowohl die Antragskommission als auch Andrea haben da heftig genickt. Insofern gehe ich davon aus, dass auch die Antragsteller dieses Anliegen übernommen haben.

Insofern könnten wir in Gänze über den Antrag abstimmen. Ich würde euch dann bitten, wer dem Antrag „Perspektiven. Zukunft. SPD!“ in dieser geänderten Form mit den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Darf ich fragen, wer dagegen stimmt? - Eine Stimme haben wir hier gesehen. Enthält sich jemand? - Bei einer Gegenstimme und einigen Enthaltungen ist der Antrag so verabschiedet. Herzlichen Dank.

BERATUNG WEITERER INITIATIVANTRÄGE

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Ich rufe dann im Bereich „Sonstiges“ die Initiativanträge IA 8 und IA 11 auf.

Bei IA 8 empfiehlt die Antragskommission, dass der Antrag „Resolution ARGE 60+ zu Koalitionsverhandlungen“ Erledigung durch den Beschluss des Parteikongresses vom 20. Oktober. - Barbara, du hast das Wort.

Barbara Hendricks, Antragskommission: Ich meine, damit ist das ja schon gesagt. Meinethalben können wir dann über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Wird ansonsten zum IA 8 das Wort gewünscht? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann können wir über den IA 8 abstimmen.

Wer der Empfehlung der Antragskommission - erledigt durch Beschluss des Parteikongresses - vom 20. Oktober 2013 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Stimmt jemand gegen das Votum der Antragskommission? - Das sehe ich im Moment nicht. Enthält sich jemand? - Bei einigen wenigen Enthaltungen ist der Antrag dann so angenommen.

Damit kämen wir dann zum IA 11. Hierzu liegt eine Wortmeldung vor. Barbara, möchtest du zuerst für die Antragskommission sprechen?

Barbara Hendricks, Antragskommission: Nein, bitte erst die Wortmeldung. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, aber wir wollen erst die Wortmeldung hören. - Herzlichen Dank.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Dann hat Ute Meiers aus Nordrhein-Westfalen das Wort.

Ute Meiers, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, ich bringe den Antrag „Instrumentalisierung der SPD verhindern“ ein und spreche damit für die Wählerinnen und Wähler, die mich angesprochen haben, und auch für die Genossinnen und Genossen von der Basis, denen dieses Thema besonders am Herzen liegt.

Wir wollen deutlich machen, dass unsere Befürchtung darin liegt, dass die SPD die Verliererin sein wird, wenn wir in die große Koalition gehen. Ich möchte das gerne begründen. Leider ist unsere Begründung nicht in dem Antrag abgedruckt, sodass ich das ein bisschen ausführen muss.

Wenn wir in die große Koalition gehen, machen wir Frau Merkel zur Kanzlerin. Wenn wir in die große Koalition gehen, stellen wir die Bundesratsmehrheit, die wir uns mühsam erarbeitet haben, kalt. Unsere Vorhaben werden - so vermuten wir - unter Finanzierungsvorbehalt gestellt, womöglich mit einigen oder vielen Ausnahmen verwässert und damit voraussichtlich auch völlig wirkungslos. Also erreichen wir die Menschen, die wir erreichen wollten, und das, was wir für die Menschen erreichen wollten, eigentlich nicht.

Wir stimmen während dieser Legislaturperiode dann auch für CDU-Vorhaben, die wir aber im Wahlkampf vehement bekämpft haben und gegen die wir auch immer waren. Deshalb stellen wir uns die Frage: Was passiert mit wem und mit welcher Wirkung?

SPD-Stammwähler haben Steinbrück gewählt - sie kriegen Merkel. 1,25 Millionen Wähler haben unser Wahlprogramm und Steinbrück gewählt - sie kriegen fragwürdige CDU/CSU-Klientelpolitik und Merkel. Die SPD-Basis - das sind wir ja wohl alle, genauso wie die vielen Tausend, die in den Ortsvereinen tätig waren - hat einen extrem engagierten Wahlkampf gemacht, gegen alle Widrigkeiten, die uns alle gut bekannt sind - auch gegen eine große Koalition. Wenn wir in die große Koalition gehen, müssen genau diese Menschen wieder vor Ort an die Basis gehen und sagen, warum wir das machen. Sie müssen das vertreten, und ich vermute einmal - ich sage das jetzt mal so platt -, Sigmar wird nicht an die Basis kommen, um den Leuten das zu erklären.

Was ist die Folge? Wir als SPD verlieren unsere Glaubwürdigkeit, weil die SPD den Köder, den Mutti unsinhält, frisst und dann uns verspeist. Wir bitten euch: Geht in eure Ortsvereine, nehmt unsere Argumente mit in die Diskussion, damit das Votum nicht nur von der Presse beeinflusst wird, sondern von unseren Mitgliedern getragen wird, aus unserer Sicht möglichst gegen eine große Koalition. - Danke schön und Glück auf!

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Die Antragskommission!

Barbara Hendricks, Antragskommission: Ich hatte eben schon gesagt, dass die Antragskommission Ablehnung empfiehlt. Ich will nur noch mit einem Satz begründen: Wir sind eine stolze Partei und sollten nicht so kleinmütig sein.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, da mir, wenn ich das richtig sehe, keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, können wir zu Abstimmung über den Antrag kommen.

Ich rufe dann den Antrag IA 11 auf. Wer dem Votum der Antragskommission auf Ablehnung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Einige Enthaltungen. Mit großer Mehrheit ist dem Votum der Antragskommission gefolgt.

Wir kommen dann, um den Bereich Sonstiges abzuschließen, zu einem ganz anderen Thema, nämlich zum Antrag „Zur Abschaffung der Winterzeit - keine Zeitumstellung“. Der Antrag ist ein besonderer Wunsch der Hessen-Südler. Das wollen wir jetzt nicht diskutieren, woran das liegt, sondern wollen, wenn es keine Wortmeldungen zu diesem Antrag gibt, dem Votum der Antragskommission entsprechen und für Ablehnung votieren.

Barbara Hendricks, Antragskommission: So ist es.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Wortmeldungen gibt es keine. Dann würde ich über das Votum der Antragskommission auf Ablehnung abstimmen wollen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? - Das sind doch schon einige.

(ZURUFE)

- Ja, langsam. Wer enthält sich?

Gut, dann machen wir das Ganze noch einmal, weil das von hier vorne nicht eindeutig zu sehen ist. Noch einmal: Es geht um den Antrag So 1 aus Hessen-Süd „Zur Abschaffung der Winterzeit - keine Zeitumstellung“.

Jetzt frage ich noch einmal: Wer stimmt dem Votum der Antragskommission zu, diesen Antrag abzulehnen? Den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Wer stimmt gegen das Votum der Antragskommission? - Wer enthält sich? - Wir alle hier oben haben es so gesehen, dass das Erstere die Mehrheit war, und ich glaube, das war

(WIDERSPRUCH)

Ich glaube, wir sind uns hier alle einig. Ich glaube, wir sehen die Halle von hier aus ganz gut. Es wäre schön, wenn ihr uns an dieser Stelle vertrauen könntet. Aber natürlich widerspricht jetzt jemand.

Barbara Hendricks, Antragskommission: Nein, das ist nicht der Fall.

(ZURUFE: AUSZÄHLEN!)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Ich sage euch: Wenn es jetzt ein Antrag auf Auszählung gibt, dann machen wir das. Aber ich frage, ob den wirklich jemand aufrecht erhält. - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann haben wir entsprechend dem Votum der Antragskommission so entschieden.

Damit hätten wir den Bereich „Sonstiges“ abgeschlossen.

BERATUNG DER ANTRÄGE ORGANISATIONSPOLITIK

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Wir kommen dann zum Bereich „Organisationspolitik“. Lasst mich vorher darauf hinweisen, dass unter diesen Anträgen satzungsändernde Anträge sind. Bei satzungsändernden Anträgen brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit. Es wäre also wirklich gut, wenn ihr darauf achten würdet, dass die Delegationen möglichst vollständig sind. Dann können wir das wirklich zügig schaffen.

Ich gebe jetzt zunächst Barbara für die Antragskommission das Wort.

Barbara Hendricks, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen das auch in eurem Interesse möglichst zügig machen; das hat Doris Ahnen ja gerade schon gesagt. Bei den Anträgen von O 1 bis O 20 steht jeweils eine Satzungsänderung an. Ich schlage Folgendes vor: Satzungsändernde Anträge müssen, wie schon gesagt, mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Diese Anträge rufen wir jetzt einzeln auf, und zwar schlage ich zur Abstimmung vor, die Anträge auch schon zu bescheiden, bis die erste Wortmeldung zu einem Antrag angemeldet worden ist. Ich kann also jetzt aufrufen, weil es dazu keine Wortmeldungen gibt

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Wir haben Wortmeldungen.

Barbara Hendricks, Antragskommission: Ich weiß. Aber bis dorthin, wo keine sind. Ich würde die Anträge, zu denen keine Wortmeldungen vorliegen, jetzt schon einmal aufrufen. -

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Die Abstimmungen müssen wir aufrufen.

Barbara Hendricks, Antragskommission: Ja, dann ruf du auf, und ich gebe jeweils die Empfehlung dazu.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Bei elf der 20 Anträge empfiehlt die Antragskommission die Annahme, so dass das die Anträge sind, für die wir die Zweidrittelmehrheit brauchen. Anschließend folgen dann die Anträge, die nicht die Satzung ändern. Hier schlage ich vor, so zu verfahren, wie es Barbara eben gesagt hat, dass sie dann jeweils auch das Votum mit abgeben kann. Wir müssen nur darauf achten, dass wir in der Systematik bleiben.

Uns liegen zu einzelnen Anträgen Wortmeldungen vor und fragen dann bei dem einzelnen Antrag immer noch mal, ob es entsprechende Wortmeldungen gibt.

Wir kommen dann zu O 1 auf Seite 170. Das ist ein satzungsändernder Antrag. - Barbara!

Barbara Hendricks, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Der Antragsteller ist der Parteivorstand, und der strebt an dieser Stelle eine Klarstellung an, weil es nämlich zugleich eine Entschlackung des Textes ist und weil die Finanzfragen bereits in der Finanzordnung geregelt sind.

Wir empfehlen Annahme.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Dazu liegt keine Wortmeldung vor, sodass wir weitermachen könnten, wenn ihr einverstanden seid, und dann nachher zusammen abstimmen. - Es besteht der besondere Wunsch, bei erforderlicher Zweidrittelmehrheit doch einzeln abzustimmen. Dann stimmen wir also einzeln ab.

Dann stelle ich jetzt den Antrag O 1 zur Abstimmung und bitte alle, die dem zustimmen wollen, um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig.

Dann kommen wir jetzt zu Antrag O 2.

Barbara Hendricks, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Der Antrag würde nämlich den Entzug des aktiven und passiven Wahlrechts für die Unterstützer in den Arbeitsgemeinschaften beinhalten. Das würde sogar hinter die Ursprungsregelung der Arbeitsgemeinschaften zurückfallen, die ja gerade gegründet wurden, um auch Nichtmitgliedern die Mitarbeit an Themen in den Arbeitsgemeinschaften zu ermöglichen. Wir würden also nicht die eigentlich vorgesehene Erweiterung vom letzten Parteitag haben, sondern eine Zurückführung, die noch weniger wäre als das, was wir vorher hatten. Wir empfehlen also Ablehnung.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Auch dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich würde den Antrag dann zur Abstimmung stellen.

Wer stimmt dem Votum der Antragskommission auf Ablehnung zu? - Wer stimmt dagegen? Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Mit einigen wenigen Enthaltungen ist dem Votum der Antragskommission auf Ablehnung gefolgt worden.

Wir kommen dann zum Antrag O 3. Hierbei handelt es sich wieder um einen satzungsändernden Antrag. - Barbara!

Barbara Hendricks, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Grund dafür ist, dass sich im Konvent kaum Mitglieder finden, die nicht auch beim Parteitag Delegierte sind. Die Regelung ist daher unnötig.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Auch hierzu liegen keinen Wortmeldungen vor. - Jetzt hat sich Jörg Jordan gemeldet.

Jörg Jordan, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin so ein Betroffener und rede also, wenn man so will, für mich selbst und für die, die vergleichbar sind, also für diejenigen, die auf dem Konvent dafür gewählt worden sind, als beratende Mitglieder teilzunehmen.

Ich will einmal in Erinnerung rufen, wie alles entstanden ist. Ursprünglich hatten wir den Parteirat. Der Parteirat war ein interessantes Gremium, aber ohne jegliche Beschlussmöglichkeiten. Er nahm aber in seiner Gänze an den Beratungen des Parteitages teil. Dann haben wir stattdessen im Rahmen der Reform der Parteiorganisation den Konvent bekommen. Dieser Konvent hat nunmehr auch Beschlussmöglichkeiten und damit durchaus wesentlich an Gewicht gewonnen. Dem hat entsprochen, dass davon ein Teil - etwa ein Zehntel - auch die Möglichkeit haben sollte, das, was dort diskutiert wurde, hier einzubringen. Das soll jetzt abgeschafft werden. Mir leuchtet das nicht ein, nicht nur weil ich betroffen bin, sondern es mir auch von der Philosophie her nicht einleuchtet.

Jetzt haben wir ein Gremium, das Relevanz bekommen hat, dass dann auch mit dieser Relevanz eine Möglichkeit hatte, seine Meinung einzubringen. Und genau weil das so ist, soll das nun darauf beschränkt werden, dass diejenigen, die dort zu Entscheidungen berufen sind, hier keine Repräsentanz mehr haben sollen. Das ist eigentlich nicht einleuchtend. Wir wollen ja mehr Demokratie wagen, haben wir heute gehört. Hier läuft aus meiner Sicht jedenfalls das Gegenteil.

Weil das mit satzungsmäßiger Mehrheit beschlossen werden müsste, wäre es sicher auch möglich, an dieser Stelle einmal ein Zeichen zu setzen, dass der Parteitag einsieht, dass es auch sinnvoll sein kann, dass das, was im Parteikonvent beraten wird, hier eingebracht wird. Weil das so ist, bitte ich euch, der Antragskommission, zu widersprechen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Barbara!

Barbara Hendricks, Antragskommission: Ich hatte euch schon gesagt, dass die Antragskommission die Annahme dieses Antrags vorschlägt. Es ist im Übrigen auch in der organisationspolitischen Kommission sehr ausführlich debattiert worden. Ich kann der Logik des Genossen Jordan nicht so ganz folgen.

Ein ordentlicher Parteitag findet nur alle zwei Jahre statt; vielleicht gibt es in dem Jahr dazwischen noch einen außerordentlichen Parteitag. Also, innerhalb von zwei Jahren tagt der Parteitag im Regelfall zweimal. Dagegen tagt der Konvent mindestens zweimal im Jahr – so die Satzung –, nach den bisherigen Erfahrungen sogar noch öfter. Nach meinem Dafürhalten ist offenbar, dass eine Repräsentanz des Parteikonventes auf dem viel seltener tagenden Parteitages in sich nicht logisch ist.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Ich glaube, die Argumente sind ausgetauscht. Es liegen auch keine Wortmeldungen mehr vor, sodass wir über das Votum der Antragskommission abstimmen können. Das Vo-

tum der Antragskommission lautet „Annahme“. Ich darf fragen, wer dem Votum der Antragskommission zustimmt! - Wer lehnt das Votum ab? - Wer enthält sich? Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

Allerdings geht es hier um eine Satzungsänderung. Das heißt, es muss die Zweidrittelmehrheit sein. Wir schauen noch einmal, ob sich das für uns eindeutig darstellt: Wer stimmt dem Votum der Antragskommission auf Annahme zu? - Wer lehnt das Votum ab? - Wer enthält sich? - Wir hier oben sind uns einig, dass es eine Zweidrittelmehrheit war.

Dann kommen wir zu O 4 und damit gleichzeitig zum Initiativantrag A 6, der diesen Antrag ergänzen will. Auch hier ist Ablehnung empfohlen. Zunächst hat für die Antragskommission Barbara das Wort, und dann haben wir Wortmeldungen von Christine Negele und Svenja Ludwig.

Barbara Hendricks, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt euch Ablehnung des Antrages O 4 und damit die Erledigung des Initiativantrages A 6, der ersteren Antrag ergänzt. Die Anträge verstießen gegen geltendes Recht: Es wäre eine Einschränkung der Mitgliedsrechte und deswegen nach dem Parteiengesetz nicht erlaubt. Ich bitte also um Ablehnung.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Als Erste hat Christine Negele das Wort.

Christine Negele, Bayern: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Warum habe ich mich, obwohl es rechtlich nicht geht, trotzdem gemeldet? Mir geht es darum, dass wir darüber diskutieren, wie wir es schaffen können, dass auf Parteitag und vor allem auch im Konvent nicht nur Abgeordnete teilnehmen, sondern überwiegend tatsächlich die Basis mit Stimme und Sitz vertreten ist. Im Moment ist mir das zu wenig.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich habe die Argumentation gehört. Aber ich habe auch gehört, wie Andrea heute den Parteitag eröffnet hat: Als Erstes hat sie sich an die Basis gewandt und auf den Mitgliederentscheid verwiesen. Den finde ich auch wichtig. Sigmar hat in seiner Rede gesagt – ich zitiere –, dass es ein breites Misstrauen gibt: „Die da oben, wir hier unten“ und davon gesprochen, dass er bei den Beteiligungsrechten und der innerparteilichen Demokratie noch nachlegen will.

Ich glaube, der Mitgliederentscheid ist richtig, aber nicht ausreichend. Wir brauchen tatsächlich eine größere Beteiligung von Ehrenamtlichen, das heißt von Leuten, die nicht von Politik leben, auf dem Parteitag und im Konvent. Denn manche Sachen sieht man als Mandatsträger eben doch mit einem gewissen Tunnelblick. Dazu muss eine Gegenrede möglich sein. Es geht nicht darum, dass die Abgeordneten nicht mehr vertreten sein sollen, sondern es geht um eine Art Quote. Wir haben eine Quote bei den Frauen und damit unsere Erfahrungen gemacht. Die Frauen wurden anfangs auf den Listen hinten platziert. Jetzt fordert das Organisationsstatut verbindlich den Reißverschluss, und plötzlich klappt es auch.

Ich würde schon darum bitten, dass sich die organisationspolitische Kommission des Parteivorstandes mit dem Thema befasst und Vorschläge an die Untergliederungen macht, wie man unserem Anliegen gerecht werden kann. Auch wenn es rechtlich nicht möglich ist, das so ins Organisationsstatut aufzunehmen – ich kann das nicht beurteilen; ich weiß nur, dass wir eine Frauenquote haben und das ja auch keine Diskriminierung der Männer ist – und auch wenn man argumentiert, dass man den Untergliederungen nichts von oben

über ein Organisationsstatut diktieren soll, was ja richtig sein mag, wäre es vielleicht trotzdem möglich, dass der Parteivorstand ein Signal an die Untergliederungen gibt und diesen empfiehlt, mehr ehrenamtliche Delegierte zu wählen. Denn bei den Wahlen in den Ortsvereinen und Bezirksverbänden läuft es doch genauso wie überall: Man wählt den, den man kennt. Und wen kennt man? Man kennt den Abgeordneten. Deswegen wäre es ein wichtiges Signal, wenn sich die Parteispitze mal an die Basis wendet und sagt: Leute, so kann es nicht sein. Wir können nicht nur über Mitgliederentscheide basisdemokratisch werden. Wir brauchen auch mehr Delegierte im Konvent und auf dem Parteitag, die nicht von Geld leben, das sie als Politiker verdienen. Vielleicht könnt ihr euer Votum so ändern, dass der letzte Satz, den ich an den Bochumer Antrag angefügt habe, nämlich dass sich die Organisationskommission damit befasst, angenommen wird. – Vielen Dank.

(VEREINZELT BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Als Nächste kommt Svenja Ludwig.

Svenja Ludwig, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben uns mit der Frage auseinandergesetzt, wie wir eigentlich Beschlüsse fassen. Das Ganze sind wir nicht juristisch angegangen – da mag es einen kleinen Fehler geben –, sondern demokratisch. Das heißt ja auch nicht, dass wir uns nicht überlegen könnten, wie wir in unserer Partei etwas verändern können. Wenn Sigmar von der „Wochenendpartei“ und der „Montag-bis-Freitag-Partei“ spricht, dann geht es genau darum. Der Delegiertenkörper auf Parteitag und beim Konvent besteht – seht euch um – hauptsächlich aus MdB, MdL, aus Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, aus Ministern und Ministerinnen und was ich sonst noch alles aufzählen könnte. Wir müssen aber, wenn wir glaubwürdig für eine moderne Partei mit starker Basis sprechen wollen, auch Mitglieder auf unseren Parteitagen hören, die nicht in finanzieller Abhängigkeit von der Partei sind. Die Stimme unserer Ehrenamtlichen ist zentral. Wenn ein Parteitag donnerstags anfängt, dann ist das für normale Beschäftigte natürlich ein Hindernis.

Wir fordern zur besseren Einbindung der Basis eine Quote für Ehrenamtliche, damit hier zukünftig mehr als die Hälfte Ehrenamtliche sitzen – jetzt mit dem kleinen Zusatz: Wenn es juristisch nicht möglich ist, werden wir dafür bestimmt einen anderen Weg finden. Deswegen unterstützen wir auch die beiden Initiativanträge sehr. Wir würden uns darüber freuen, wenn die organisationspolitische Kommission unsere Anträge noch einmal behandeln würde. Liebe Genossinnen und Genossen, gebt euch einen Ruck – einen Ruck für mehr Basis! Lasst uns ganz im Sinne unseres § 8 unseres Organisationsstatutes handeln: Meinungsbildung findet von unten nach oben statt. Bitte unterstützt unseren Antrag. Glückauf, liebe Genossinnen und Genossen!

(VEREINZELT BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Jetzt hat noch Ralf Spörkel das Wort, und dann nimmt Barbara noch mal für die Antragskommission Stellung.

Ralf Spörkel, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Als Soziologe lasse ich die juristischen Fragestellungen mal beiseite. Ich möchte eine Anmerkung machen: Meines Erachtens sind Abgeordnete nicht abhängig von der Partei, sondern vom Wähler und von der Wählerin, weil die sie nämlich durch Wahlen mandatieren. Das ist das Erste, das wir klarziehen müssen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Das Zweite ist: Der Antrag will ein Problem lösen, das so nicht besteht, auch wenn wir uns das immer wieder einreden. Um die Aufmerksamkeit zu erhöhen, versuchen wir mal kurz ein interaktives Element: Vielleicht können all diejenigen die Hand heben, die nicht Mandatsträger sind.

Das sind meiner Ansicht nach mehr als 51 Prozent. Genossinnen und Genossen, ich glaube, wir sollten über die Dinge sprechen, die inhaltlich wirklich wichtig sind, und nicht Probleme diskutieren, die eigentlich gar nicht bestehen.

(BEIFALL)

Ehrlich gesagt, ich glaube - ich bin kein Mandatsträger -, dass auch Mandatsträgerinnen und Mandatsträger gute VertreterInnen der Basis sein können, wenn sie denn von ihr gewählt werden.

(BEIFALL)

Es ist unsere Verantwortung, Genossinnen und Genossen, dafür zu sorgen, dass wir solche Mandatsträger in solche Ämter wählen, die auch das tun, was wir wollen. Dafür sollten wir sorgen. Dafür brauchen wir aber diesen Antrag nicht. - Vielen Dank.

Barbara Hendricks, Antragskommission: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist, den Antrag anzunehmen. Ich plädiere für die Antragskommission weiterhin für Ablehnung, sage für den Parteivortand aber zu, dass wir sowohl die Organisationspolitische Kommission noch einmal mit der Fragestellung befassen wollen als auch durchaus noch einmal einen Aufruf in die Gliederungen machen wollen, dass man sozusagen die Ehrenamtlichen bei der Entsendung sowohl zum Parteikonvent als auch zum Bundesparteitag nicht aus dem Blickfeld verlieren möge.

Mit dieser Maßgabe bitte ich um Ablehnung des Antrages.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Wir kommen dann zur Abstimmung über das Votum der Antragskommission. Wer dem Votum auf Ablehnung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist dem Votum der Antragskommission gefolgt.

Damit kommen wir zum Antrag O 5. Auch hier handelt es sich wieder um einen satzungsändernden Antrag. Barbara!

Barbara Hendricks, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt Annahme, insbesondere deswegen, weil die Einberufung und Tagesordnung sowieso schon dauerhaft im Internet abrufbar sind.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Da keine Wortmeldungen vorliegen, können wir sofort über das Votum der Antragskommission auf Annahme abstimmen. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Enthält sich jemand? - Das scheint mir einstimmig so beschlossen zu sein.

Dann kommen zum Antrag O 6. Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. - Barbara!

Barbara Hendricks, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, insbesondere deshalb, weil die Gleichbehandlung aller Anträge und aller Antragsteller gewährleistet sein muss.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Dann stimmen wir auch hier über das Votum der Antragskommission ab. Das Votum ist Ablehnung. Wer dem Votum zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Auch niemand. Dann haben wir auch das einstimmig beschlossen.

Dann kommen wir zum Antrag O 7, zu dem Wortmeldungen vorliegen. Aber zunächst hat Barbara für die Antragskommission das Wort.

Barbara Hendricks, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung, nicht, weil es darum gehen würde, dass sie sich ja irgendwie dann selber abschaffen würde, sondern wenn es keine abgestimmten Voten durch die vorbereitete Antragsberatung mehr gäbe, würden Parteitage natürlich erheblich verlängert werden.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Dazu liegt eine Wortmeldung von Heinrich Donner vor.

Heinrich Donner, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich könnte jetzt sagen, ich bin überrascht, dass die Antragskommission diesem Antrag nicht zustimmt; denn immerhin wird in Absatz 2 eine sinnvolle Tätigkeit beschrieben. Die Aufgabe wäre nach wie vor wichtig. Ich möchte ganz klar sagen, dass es hier nicht gegen die Antragskommission oder gegen Mitglieder der Antragskommission als solche geht, sondern darum, dass es in unserer Zeit - da spreche ich wieder vom Kulturwandel - einfach undemokratisch ist, über Voten abzustimmen und nicht über die Anträge selbst, die Anträge also nicht zu diskutieren.

(BEIFALL)

Das kann man heute nicht mehr machen. Ich sage auch, warum wir der Ansicht sind, dass man das heute nicht mehr machen kann: Wie gerade Svenja Ludwig, so bin auch ich aus dem Bochumer Norden. Wir haben dort das Glück, dass wir viele junge Genossinnen und Genossen für unsere Parteiarbeit begeistern konnten. Wir haben natürlich mit denen auch diskutiert. Die haben uns viel gefragt: Wie läuft so etwas denn ab? Wie findet denn Demokratie in der Partei statt? Denn wir haben einmal in der Schule gehört, die Bundesanstalt für politische Bildung hält solche Antragskommissionen für zutiefst undemokratisch, ja demokratiefeindlich.

Nun hat natürlich nicht nur die SPD solche Antragskommissionen. Ich bin ja auch Gewerkschafter. Da gibt es die auch, auch bei anderen Parteien. Nun, das muss ja nicht die Rechtfertigung sein. Ich habe natürlich gedacht, jetzt komme ich hierher und begründe als arme Sau den Antrag. Alle sagen: Was will der Kerl da?

Dann hörte ich heute die Rede von Sigmar Gabriel und dachte: Mein Gott, was der Mann sagt, ist ja eigentlich die Begründung meines Antrages. Ich habe ihn auch in einer Sonntagsrede gehört; das meine ich jetzt nicht im übertragenen Sinne. Vielmehr war er auf Einladung der SPD-Ratsfraktion eines Sonntagmorgens in Bochum und hat dort noch einmal gesagt, wie wichtig er es findet, dass wieder die Willensbildung in der Partei von unten nach oben stattfindet und dass wir mit neuen Strukturen neue Mitglieder begeistern müssen.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, bitten wir euch, darüber nachzudenken, ob man einem solchen Antrag zustimmt; denn, wie gesagt, er würde uns viele neue Freunde machen bei Leuten, die solche Abläufe auf Parteitag eher politikhinderlich finden. - Danke schön.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung über das Votum der Antragskommission. Sie empfiehlt Ablehnung. Wer stimmt diesem Votum der Antragskommission zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist dem Votum der Antragskommission gefolgt.

Wir kommen dann zum Antrag O 8. Dazu liegen auch keine Wortmeldungen vor. - Barbara, du hast das Wort!

Barbara Hendricks, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt Annahme; denn auch für Anträge von außen muss die gleiche Frist gelten.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Auch hier handelt es sich um einen satzungsändernden Antrag. Wir brauchen also eine Zweidrittelmehrheit. Wer dem Votum der Antragskommission auf Annahme zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig so beschlossen. Vielen Dank.

Dann kommen wir zum Antrag O 9. Dazu liegen Wortmeldungen vor. Trotzdem kannst du, Barbara, wenn du willst, zunächst das Votum der Antragskommission begründen.

Barbara Hendricks, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die Organisationspolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand. So, wie der Antrag hier vorliegt, würde eine Ungleichbehandlung hinsichtlich der anderen Arbeitsgemeinschaften entstehen; denn die Arbeitsgemeinschaften sind ja ein unselbstständiger Teil der Partei. Dann müssten sich diejenigen, die hier angesprochen sind, nicht dem Votum des Parteitages stellen, sondern wären qua Amt Mitglied. Das ist eigentlich kein Demokratiegewinn.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Dazu hat sich Peter Befeldt zu Wort gemeldet.

Peter Befeldt, AfB-Bundesvorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Mit großer Einmütigkeit haben wir heute den Leitantrag des Parteivorstandes „Perspektiven. Zukunft. SPD!“ beschlossen. Ich finde es sehr richtig, dass wir den beschlossen haben. Das wird uns gewaltig voranbringen in unserer innerparteilichen Diskussion und in der Stärkung der Kräfte, die die Partei zusammenhalten.

In dem Beschluss, den wir heute gefällt haben, steht ausdrücklich drin: „Mit den Arbeitsgemeinschaften hat die SPD Ansprechpartner für wichtige gesellschaftliche Gruppen geschaffen. Sie sind wichtig, um Glaubwürdigkeit und Vertrauen in unsere Zielgruppen zu gewinnen.“

Das kann ich nur unterstreichen. Das ist so. Die Arbeitsgemeinschaften sind nicht nur Ansprechpartner für die Zielgruppen, sondern sie vertreten auch die Expertise, die wir in der Partei im Ehrenamt haben, sei es ASF, sei es AfA, seien es Jusos, sei es 60 plus, sei es AfB, seien es Schwusos, sei es Selbst Aktiv, sei es die neue Arbeitsgemeinschaft für Integration. Wir können als Partei auf die Expertise dieser in der Partei ehrenamtlich Tätigen nicht verzichten.

Wir sind für diejenigen Ansprechpartner, die außerhalb der Partei diese besonderen Interessen in den jeweiligen Bereichen haben, und wir sind auch Aushängeschild gegenüber den Interessengruppen der Partei.

Deswegen finde ich es grundsätzlich richtig, dass dieser Antrag aus Bayern gestellt worden ist – von der AfA -, und ich unterstütze diesen Antrag auch. Ich möchte aber auch darum bitten, dass das nicht nur auf die vier Arbeitsgemeinschaften AsF, AfA, Jusos und 60plus eingeschränkt ist, die zweifellos ganz hervorragende Arbeit leisten.

Wir könnten unsere Wahlkämpfe beispielsweise ohne die Arbeitsgemeinschaft 60plus nicht bestreiten. Sie sind an den Ständen unheimlich aktiv und unheimlich engagiert für die Partei. Das heißt, wir sind als Partei auch auf die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften angewiesen.

Schauen wir es uns an: In der AsF sind all diejenigen kraft Geburt, die als Frau zur Welt gekommen sind. In der AfA sind all diejenigen, die sich als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fühlen, die abhängig beschäftigt oder möglicherweise auch arbeitslos sind. Sie alle haben also irgendetwas mit Arbeit zu tun. Bei den Jusos sind kraft Geburt all diejenigen, die unter 35 Jahre alt sind. Bei 60plus sind natürlich all diejenigen, die über 60 Jahre alt sind. In Bezug auf die Arbeitsgemeinschaft für Bildung könnten wir also sagen: Wir sind die allergrößte Arbeitsgemeinschaft, weil bei uns alle sind, die einmal zur Schule gegangen sind oder eben auch nicht.

(VEREINZELT BEIFALL)

Deswegen halte ich es nicht für zielführend, wenn wir einige Arbeitsgemeinschaften ausschließen. Wir brauchen alle im Parteivorstand, und deswegen möchte ich darum bitten, den ersten Satz nicht nur auf diese vier genannten Arbeitsgemeinschaften zu beschränken, sondern für alle Arbeitsgemeinschaften aufzunehmen und dies entsprechend an den Parteivorstand zu überweisen, um im Parteivorstand weiter zu beraten.

Ich halte es auch für sinnvoll, dass die Arbeitsgemeinschaften an allen Sitzungen des Parteivorstandes teilnehmen. Sie kommen ja alle aus dem Ehrenamt. Von daher ist auch sicherlich nicht zu befürchten, dass alle an allen Sitzungen teilnehmen. Ich halte es aber schon für wichtig, dass wir als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaften an den Sitzungen teilnehmen, in denen unsere Themen schwerpunktmäßig behandelt werden. Wir werden aus zeitlichen Gründen, weil wir eben ehrenamtlich tätig sind und vom Arbeitgeber Sonderurlaub brauchen, auch nur an diesen Sitzungen teilnehmen können.

Ich bitte also darum, diesen Antrag, das auf alle Arbeitsgemeinschaften auszudehnen, im Parteivorstand weiter zu beraten. Näheres wird vielleicht noch zu O 10 zu sagen sein. – Danke.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Danke, Peter. – Barbara, du hast noch einmal das Wort für die Antragskommission. Danach kommen wir zur Abstimmung.

Barbara Hendricks, Antragskommission: Wir schlagen weiterhin die Überweisung an die organisationspolitische Kommission beim Parteivorstand vor. Ihr werdet euch erinnern, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir auf dem letzten Parteitag den Parteivorstand von 45 Mitgliedern auf 35 Mitglieder verkleinert haben. Wenn wir dem Antrag folgen würden, dann hätten wir elf zusätzliche stimmberechtigte Mitglieder im Parteivorstand, die sich hier keiner Wahl stellen müssen. Das kann nicht im Interesse der Delegierten dieses Parteitages sein, und ich bitte deswegen um Überweisung an die organisationspolitische Kommission.

(VEREINZELT BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Ich darf jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einigen Gegenstimmen wurde dem Votum der Antragskommission gefolgt.

Wir kommen damit zum Antrag O 10. Auch hierzu liegen mehrere Wortmeldungen vor. Zunächst hat aber Barbara das Wort für die Antragskommission.

Barbara Hendricks, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Argumentationslinie ist hier ähnlich. Hier wird nicht mehr verlangt, dass man stimmberechtigtes Mitglied des Parteivorstandes ist, sondern hier wird für alle sozusagen die beratende Teilnahme an den Sitzungen des Parteivorstandes gefordert.

Ich darf daran erinnern, dass alle Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften unabhängig von der Größe der Arbeitsgemeinschaften schon jetzt einmal im Quartal zu den Sitzungen des Parteivorstandes eingeladen werden, und ich bitte deswegen um Ablehnung dieses Antrages.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Es liegen jetzt drei Wortmeldungen vor, und zwar zunächst von Peter Befeldt. Ihm folgen Ansgar Dittmar und Jürgen Kaspar aus Hessen-Süd. - Peter, du hast das Wort.

Peter Befeldt, AFB-Bundesvorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Vieles Grundsätzliche habe ich ja eben schon gesagt. Das möchte ich nicht wiederholen; das will ich euch ersparen.

Barbara, ich kann deine formalrechtliche Argumentation, dass es sicherlich Schwierigkeiten hinsichtlich der demokratischen Legitimierung gibt – auch gegenüber den Delegierten des Parteitages -, verstehen. Das kann ich durchaus nachempfinden. Von daher kann ich diese Diskussion um das volle Stimmrecht durchaus nachvollziehen. Ich denke, es ist auch sinnlos und nicht notwendig, darum zu kämpfen.

Der Antrag O 10 beinhaltet aber auch nicht das volle Stimmrecht, sondern, wie du ganz richtig sagtest, die beratende Teilnahme. Hier möchte ich ganz gerne doch noch wiederholen: Den meisten von uns wird es nicht möglich sein, an allen Sitzungen teilzunehmen. Ich beispielsweise habe auch schon Probleme mit meinem Arbeitgeber wegen des Sonderurlaubs.

Es erscheint mir aber doch wichtig, dass wir dabei sind, wenn unsere Themen behandelt werden. Dazu werden wir ja sicherlich auch kommen. Hier halte ich aus den Gründen, die ich vorhin schon genannt habe, unsere beratende Stimme für wichtig, weil wir die Genossinnen und Genossen in der Partei in den jeweiligen Gebieten und in den jeweiligen Arbeitsbereichen der Arbeitsgemeinschaften vertreten, in denen wir Experten sind. Deswegen bitte ich sehr darum, den Antrag nicht abzulehnen, sondern anzunehmen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt hat Ansgar Dittmar das Wort. Ihm folgt Jürgen Gasper.

Ansgar Dittmar, Hessen-Süd, Bundesvorsitzender der Schwusos: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich weiß nicht, wer von euch gerne ins Theater oder ins Kino geht. Ich bleibe einmal beim Theater, damit ihr euch vorstellen könnt, wie zurzeit die Beteiligung von Arbeitsgemeinschaftsvorsitzenden an Sitzungen

des Parteivorstandes aussieht. Das ist so, als würdet ihr nach dem zweiten Akt in den Saal gelassen und als würdet ihr spätestens vor dem letzten Akt wieder aus diesem Saal verschwinden müssen. Ihr bekommt also nicht mit, was in der Diskussion die Hauptauseinandersetzungspunkte sind, und den Schluss bekommt ihr auch nicht mit. So können wir eigentlich nicht die Beteiligung der Arbeitsgemeinschaften, wie wir sie heute in dem Leitantrag beschlossen haben, umsetzen wollen.

Die aktuelle Situation ist – das wurde eben schon dargestellt –: Wir werden einmal im Monat pauschal, also nicht zu unseren Themen, eingeladen. Das heißt, wir können auch nicht zu unseren eigenen Themen Stellung nehmen, wenn sie im Parteivorstand beschlossen oder beraten werden. Das war in den Jahren 2009 bis 2011 anders. Damals waren wir bei jeder Parteivorstandssitzung dabei, und damals hat das auch funktioniert.

Das beste Beispiel war die Diskussion, die wir jetzt im Parteikonvent geführt haben. Es ging dort beispielsweise um unser Thema Gleichstellung. Darüber haben wir im Parteikonvent eine relativ harte Diskussion geführt. Wenn wir das Thema offen hätten diskutieren wollen, wäre es sinnvoller gewesen, wenn wir es im Parteivorstand diskutiert hätten. Aber genau zu diesem Termin sind wir nicht zum Parteivorstand eingeladen worden. Es macht also keinen Sinn.

Wir haben in den Arbeitsgemeinschaften Expertenstatus bei einigen besonderen Themen. Es macht einfach Sinn, dass die Arbeitsgemeinschaften kommen, wenn diese Themen behandelt werden, und es ist sinnvoll, dass die Arbeitsgemeinschaften selber entscheiden, ob sie vorbeikommen oder nicht.

Und mit Verlaub: Ich habe noch einen ordentlichen Beruf und muss nicht zu irgendwelchen Sitzungen hinzukommen, wenn ich nur Staffage bin. Es macht nur dann Sinn, dass ich zu einer Sitzung komme, wenn ich mein Wissen entsprechend einbringen kann.

Das soll dieser O 10 auch darstellen, und ich muss die Antragskommission in dieser Frage tatsächlich etwas kritisieren. Euer Vorschlag zum Antrag O 9 – Überweisung an die organisationspolitische Kommission – und euer Vorschlag zum Antrag O 10 – Empfehlung einer Ablehnung – sind unterschiedlich, und das ist nicht stringent.

(VEREINZELT BEIFALL)

Entweder wir überweisen alles in die organisationspolitische Kommission oder wir lehnen ab. Dementsprechend empfehle ich hier, dass wir auch das in die organisationspolitische Kommission geben, um hier vielleicht eine saubere Lösung hinzubekommen, die für alle gut und vor allen Dingen zum Wohle dieser Partei ist. – Ich danke euch.

(VEREINZELT BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Jürgen hat das Wort.

Jürgen Gasper, Hessen-Süd: Genossinnen und Genossen! Ich will mich kurzfassen. Nach einem Vertreter der AfB und einem Vertreter der Schwusos spricht nun ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen.

Auch wir haben einiges an Expertise in die Arbeit dieser Partei einzuspeisen, und das haben wir in der Vergangenheit auch hinreichend unter Beweis gestellt.

Ich finde es wichtig, dass die Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeit haben, kontinuierlich an der Gremienarbeit sowohl auf Bundesebene als auch auf Landes-, Unterbezirks- und Bezirksebene teilzunehmen. In den meisten Landesverbänden und Bezirken ist das auch der Fall. Dort ist das Recht der Arbeitsgemeinschaften, an den Sitzungen der entsprechenden Vorstände teilzunehmen, weitestgehend satzungsrechtlich abgesichert, und ich sehe nicht ein, warum dies hier auf der Bundesebene nicht gelten sollte.

Die Mitarbeitsmöglichkeit der Arbeitsgemeinschaften ist kein Gnadenrecht. So aber wird es gegenwärtig von unserem Parteivorstand gehandhabt, und ich denke, dass wir hier ein deutliches politisches Signal setzen müssen, was auch die Wertschätzung der Arbeit dieser Arbeitsgemeinschaften ausdrückt.

Deshalb schließe ich mich den Ausführungen von Ansgar Dittmar an.

(VEREINZELT BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Barbara, was sagt die Antragskommission dazu?

Barbara Hendricks, Antragskommission: Die Antragskommission zeigt sich einsichtig und empfiehlt nicht Ablehnung, sondern Überweisung an die organisationspolitische Kommission, so wie bei O 9.

(VEREINZELT BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Ich glaube, damit ist dem Begehren der Antragsteller fürs Erste Rechnung getragen. - Wir stimmen also über das neue Votum der Antragskommission - Verweis an die organisationspolitische Kommission - ab. Wer dem Votum zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Einige wenige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Einige Enthaltungen. Dann ist das jetzt so beschlossen.

Wir kommen dann zum O 11; das ist die Wiedereinführung des Präsidiums. Hier empfiehlt die Antragskommission Annahme. Auch das wäre ein satzungsändernder Antrag, der einer Zweidrittelmehrheit bedürfte. Eine Wortmeldung liegt uns dazu vor von Elfriede Behnke aus Baden-Württemberg.

Elfriede Behnke, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Gerade vorhin haben wir den Leitantrag „Perspektiven. Zukunft. SPD!“ beschlossen. Unter dem Passus 9.2 - Moderne Parteiarbeit - haben wir auch beschlossen, dass wir 2015 eine Evaluation über die Parteireform vorgelegt bekommen. Im Rahmen der Parteireform wurde das Präsidium abgeschafft. Wie wir gehört haben, sind auch einige Dinge bei den Arbeitsgemeinschaften geändert worden. Ich bitte euch, diesen Antrag auf Einrichtung eines Präsidiums abzulehnen. Zu einer Evaluation gehört, dass das Gesamte, was in der Parteireform beschlossen worden ist, auf einmal auf den Tisch kommt und dass man dann entscheidet, wie es weitergeht. Der Parteivorstand hat 35 Mitglieder, und diese können gemeinsam Parteitagsbeschlüsse umsetzen. Ich bitte um Ablehnung des Votums der Antragskommission. - Vielen Dank.

(VEREINZELT BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Jetzt hat sich noch Ralf Stegner gemeldet.

Ralf Stegner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Das ist ein Antrag des Landesverbands Schleswig-Holstein, den wir deswegen gestellt haben, weil die Absicht, die verfolgt worden ist mit der Abschaffung des Präsidiums, nicht erfolgreich gewesen ist. Es ist ein bisschen so dargestellt worden, als ob das eine Verschlinkung der Führungsstruktur sei. De facto war es aber so, dass die wöchentliche Rückkopplung mit dem Präsidium auch aus den Landesverbänden weniger gewesen ist. Ich finde, wöchentliche Rückkopplung für die Führung ist gut.

(VEREINZELT BEIFALL)

Deswegen ist es gut, wenn wir das wieder einführen. Ich bitte euch herzlich um Zustimmung für diesen satzungsändernden Antrag. - Vielen Dank.

(VEREINZELT BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Wir stimmen dann ab über das Votum der Antragskommission, nämlich auf Annahme. Der Antrag ist satzungsändernd; wir brauchen also eine Zweidrittelmehrheit. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das war die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

(VEREINZELT BEIFALL)

Dann kommen wir zum Antrag O 12. Hier empfiehlt die Antragskommission Annahme. Auch das ist ein satzungsändernder Antrag; wir brauchen also wieder Zweidrittelmehrheit. Es gibt keine Wortmeldung; wir können über den Antrag also unmittelbar abstimmen. Wer stimmt dem Votum der Antragskommission auf Annahme zu? - Wer lehnt das Votum ab? - Wer enthält sich? - Einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zum Antrag O 13. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Ebenfalls satzungsändernder Antrag; wir brauchen also Zweidrittelmehrheit. Wer stimmt dem Votum der Antragskommission zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zum O 14 und damit zusammenhängend zum IA 7, den wir mit aufrufen. Dazu haben wir eine Wortmeldung von Christine Negele aus Bayern.

(ZURUF VON CHRISTINE NEGELE, BAYERN)

- Das ist unheimlich nett von dir. - Sie hat gesagt, sie hat schon geredet, und zieht ihren Redebeitrag zurück. - Ich nehme an, es bleibt beim Votum der Antragskommission auf Ablehnung. Dann stimmen wir über dieses Votum ab. Wer dem Votum zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einigen Gegenstimmen dem Votum der Antragskommission auf Ablehnung gefolgt.

Wir kommen dann zum O 15, ebenfalls ein satzungsändernder Antrag mit Zweidrittelmehrheit. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das war ebenfalls einstimmig.

Dann kommen wir zum O 16. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Eine Wortmeldung liegt uns nicht vor, sodass wir unmittelbar über das Votum der Antragskommission abstimmen können. Wer dem Vo-

tum zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das bei einigen wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Dann kommen wir zum O 17. Auch darüber stimmen wir einzeln ab, weil es da um die Satzung geht. Das Votum der Antragskommission ist Ablehnung. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum O 18. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Satzungsändernder Antrag; wir brauchen die Zweidrittelmehrheit. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das einstimmig beschlossen.

Dann kommen wir zum O 19. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Ebenfalls satzungsändernder Antrag; wir brauchen die Zweidrittelmehrheit. Wer stimmt dem Votum der Antragskommission zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zum O 20. Die Antragskommission empfiehlt ebenfalls Annahme. Ebenfalls satzungsändernder Antrag mit Zweidrittelmehrheit. Wir stimmen ab über das Votum der Antragskommission. Wer stimmt dem Votum zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, das waren die satzungsändernden Anträge. Also erst einmal herzlichen Dank dafür.

Ich schlage vor, dass wir nun den Initiativantrag 10 aufrufen: „Die SPD weiblicher machen“. Dazu liegt eine Wortmeldung von Elke Ferner vor, und ich vermute, dass das auch gleich die Begründung ist. Du hast das Wort, Elke.

INITIATIVANTRAG „DIE SPD WEIBLICHER MACHEN“

Elke Ferner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Einen Teil der Begründung habe ich ja eben schon in der Aussprache dargelegt. Deshalb kann ich es kurz machen. Es geht bei dem Redebeitrag darum, dass das Votum der Antragskommission abgeändert werden soll. Die Antragskommission empfiehlt Annahme, aber nicht alles, sondern drei Punkte werden an die organisationspolitische Kommission überwiesen. Uns wäre es wichtig, dass nicht nur die organisationspolitische Kommission darüber diskutiert, dass in der Satzung ermöglicht werden soll, auch Doppelspitzen zu bilden, wenn das in den Gliederungen gewünscht wird, sondern dass das in den Gliederungen selbst und natürlich auch im Parteivorstand diskutiert wird. Denn wir gehen davon aus, dass das ein bestechender Vorschlag ist, mit dem man auch jüngere Genossinnen und Genossen animieren kann, mehr Verantwortung in der Spitze zu übernehmen, weil nicht die ganze Verantwortung auf nur einer Person liegt, sondern man sich die Verantwortung teilen kann, und dass wir dann beim nächsten Parteitag einen satzungsändernden Antrag haben werden, mit dem das ermöglicht wird. Mein eigener Ortsverein wollte das machen, aber das ist daran gescheitert, dass das nach unserer Satzung gar nicht möglich ist. Es geht auch gar nicht darum, das den Gliederungen vorzuschreiben, sondern es geht darum, es zu ermöglichen. Deshalb würde ich mich freuen, wenn das Votum entsprechend abgeändert wird.

Noch mehr würde ich mich freuen, wenn ihr alle den Antrag nicht nur zu euren Unterlagen nehmen, sondern ihn auch noch einmal anschauen würdet, wenn ihr zu Hause seid, und ihn auch vor Ort in euren Gliederungen umsetzen könntet. - Schönen Dank.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Barbara, wir haben inzwischen noch eine Wortmeldung bekommen. Vielleicht ziehen wir die noch vor. Das ist Brigitte Pleß. Dann kannst du für die Antragskommission sprechen.

Brigitte Pleß, Mecklenburg-Vorpommern: Liebe Genossinnen und Genossen, Elke hat es gerade noch einmal erklärt. 150 Jahre SPD. In diesen 150 Jahren war die SPD eigentlich immer eine Partei, die die Gleichstellung von Frauen und Männern vorangetrieben hat. Dafür ist sie sehr stark gewählt worden - auch von Frauen. Das können wir allerdings von den letzten Wahlen nicht mehr sagen. Seit 2002 ist die Anzahl der weiblichen Wählerinnen um 40 Prozent zurückgegangen. Die Ursachen sind vielfältig. Sigmar hat heute viele aufgezählt, aber eines hat er nicht genannt: Frauen nehmen die SPD als Männerpartei wahr. Ich finde, dagegen müssen wir dringend etwas tun, wenn wir wieder mehr von Frauen gewählt werden wollen.

(BEIFALL)

Wir haben toughe Frauen in der Partei und auch in Spitzenpositionen. Aber sie sind weniger sichtbar, kommen weniger in der Öffentlichkeit vor, und mit dem Ergebnis, dass sich viele Frauen als Wählerinnen nicht mit der SPD identifizieren können. Wir haben eine gute Programmatik, aber die alleine das haben wir bei den letzten Wahlen gesehen - reicht nicht. Deshalb bitte ich euch, das, was Elke eben gesagt hat, zu unterstützen, direkt anzunehmen, dass wir darum bitten, die Voraussetzungen dafür zu schaffen - wie gesagt, sie müssen erst in der Satzung geschaffen werden -, dass zukünftig eine paritätisch besetzte Doppelspitze ermöglicht wird. Ermöglicht wird heißt nicht „erzungen wird“, sondern dass dort, wo es gewünscht ist, auch möglich ist. Haben wir den Mut dazu!

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Barbara hat das Wort für die Antragskommission.

Barbara Hendricks, Antragskommission: Genossinnen und Genossen, wir wollen dem Vorschlag von Elke Ferner gerne folgen. Die Antragskommission empfiehlt also nicht mehr die Überweisung an die Organisationspolitische Kommission, sondern an alle Landesverbände und Bezirke, sodass die sich in ihren Vorständen damit auseinandersetzen.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Dann stimmen wir über dieses neue Votum der Antragskommission ab: Überweisung an die Bezirke und Landesvorstände, verbunden mit der Bitte, sich damit zu befassen. Wer diesem Votum zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich? - Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen.

Es folgt nun noch der Initiativantrag IA 12. Dabei geht es um die Beteiligung der Parteigremien an Personalentscheidungen für den Fall einer Regierungsbildung. Das Votum der Antragskommission lautet hier: Überweisung an den Parteivorstand und an die Organisationspolitische Kommission.

Wortmeldungen liegen uns dazu nicht vor, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung kommen könnten.

Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einigen wenigen Gegenstimmen so angenommen.

BERATUNG WEITERER ANTRÄGE ORGANISATIONSPOLITIK

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Die Anträge O 21 bis O 52 aus dem Antragsbuch sind von der Antragskommission jeweils beraten worden. Im Antragsbuch ist auch das entsprechende Votum abgebildet. Sie sind im Wesentlichen zur Überweisung empfohlen, für erledigt erklärt worden oder zur Annahme empfohlen worden.

Bitte beachtet, dass die Antragskommission - das ist auch verteilt worden - noch eine Votenänderung vorgeschlagen hat. Der Antrag O 33 soll an die Organisationspolitische Konferenz überwiesen werden.

Wir können das Verfahren sehr beschleunigen - das will ich euch jetzt vorschlagen -, indem wir immer abstimmen, bis ein Antrag aufgerufen wird, und dann eine Blockabstimmung über die Voten der Antragskommission machen. Seid ihr damit einverstanden? - Ja, das scheint mir der Fall zu sein, sodass ich jetzt die Anträge einzeln aufrufe. Solange wir keine Wortmeldung haben, können wir hinterher im Block abstimmen.

O 21! - O 22! - O 23! - O 24! - O 25! - O 26! - O 27! - O 28! - O 29! - O 30! - O 31! - O 32! - O 33! - O 34! - O 35! - Zu O 36 liegt uns eine Wortmeldung vor. Wird die Wortmeldung zu O 36 noch aufrechterhalten? Das ist Stefan Schieren. - Ja. Eine Sekunde, Stefan, dann müssen wir jetzt erst abstimmen.

Wir stimmen jetzt im Block entsprechend den Voten der Antragskommission über O 21 bis O 35 ab. Wer den Voten der Antragskommission jeweils zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das bei einigen wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Wir kommen dann zu O 36. Du hast dich, wenn ich es richtig sehe, auch zu O 37 gemeldet. Vielleicht kannst du das in einem Aufwasch machen.

Stefan Schieren, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen, es ist ganz unspektakulär. Die beiden Anträge gehen über den gleichen Sachverhalt. Wir möchten aber einfach, weil der O 37 eine Frist enthält, das Votum einfach umtauschen und vorschlagen, dass O 36 mit O 37 für erledigt erklärt wird und dass O 37 angenommen wird. Um mehr geht es gar nicht.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Barbara, du hast das Wort für die Antragskommission.

Barbara Hendricks, Antragskommission: Es geht hier um die Vereinfachung von Mitgliederbegehren. Daran wird in der Tat weiter gearbeitet. Wir hatten bisher vorgeschlagen, O 36 anzunehmen und O 37 damit für erledigt zu erklären. Jetzt wird um Umkehrung des Votums gebeten. Das ist kein Problem. Wir können auch O 37 annehmen und damit O 36 für erledigt erklären.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Also hat sich die Antragskommission das Votum zu eigen gemacht, wenn ich das richtig sehen. Dann entscheiden wir über das Votum der Antragskommission. Wer dem zu-

stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zum O 38. Dazu liegt uns keine Wortmeldung vor. Zu O 39 liegt uns keine Wortmeldung vor. Zu O 40 liegt uns keine Wortmeldung vor. Zu O 41 liegt uns keine Wortmeldung vor. Zu O 42 liegt uns keine Wortmeldung vor. Zu O 43 liegt uns keine Wortmeldung vor. Dann haben wir bei O 44 eine Wortmeldung von Christina Fuchs. Wird die aufrechterhalten? - Ja.

Dann stimmen wir jetzt erst einmal über die Anträge O 38 bis O 43 ab. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Dann kommt jetzt O 44. Dazu hat Christina Fuchs das Wort.

Christina Fuchs, Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv: Liebe Genossinnen und Genossen, es liegt ein Antrag der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv vor, Antrag 44 im Antragsbuch - abgelehnt -, und zwar zur Quote für Menschen, die behindert werden. Das heißt aktives und passives Wahlrecht nach Art. 29 der UN-Behindertenrechtskommission bitten wir auch hier in der SPD, in der Partei zu gewähren. Teilhabe ist Menschenrecht. Für Teilhabe und Partizipation haben sich seit 150 Jahren Menschen in der SPD organisiert, und zwar in der Gesellschaft eigentlich sehr erfolgreich. Sie haben die Gesellschaft weiterentwickelt und sind zukunftsfähig geworden. Deshalb bitten wir nun auch um Zustimmung zum Antrag 44, das aktive und passive Wahlrecht für behinderte Menschen in der SPD über eine Quote zu regeln, wie im Antrag beschrieben. Wir wünschen uns, dass kein Menschenbild von Menschen erster und zweiter Ordnung in der SPD stattfindet. - Danke.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank. - Barbara, willst du noch einmal das Wort für die Antragskommission haben?

Barbara Hendricks, Antragskommission: Ich glaube, wir müssen darauf hinweisen, dass es nicht um Menschen erster und zweiter Kategorie in der SPD geht - das ist es nicht -,

(BEIFALL)

sondern hier wird sozusagen eine Quote für Menschen, die behindert werden, gefordert. Es gibt in der Tat tatsächliche Gründe, die dagegen sprechen, weil jede Quote natürlich immer auch eine Einschränkung des aktiven bzw. passiven Wahlrechts für alle anderen beinhaltet. Deswegen bittet die Antragskommission darum, den Antrag abzulehnen.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Dann stimmen wir jetzt über das Votum der Antragskommission auf Ablehnung ab. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einigen wenigen Gegenstimmen und einigen wenigen Enthaltungen ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen dann zu O 45. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Mareike Strauß vor. Mareike, du hast das Wort.

Mareike Strauß, Bundesvorstand Juso-Hochschulgruppen: Liebe Genossinnen und Genossen, ich mache es auch ganz kurz. Es ist mir nur wichtig zu betonen.

Ich danke dem Bezirk Hessen-Stüd für die Einbringung des Antrags. Auch für uns Juso-Hochschulgruppen, für die ich an dieser Stelle spreche, ist die Unvereinbarkeit mit der Deutschen Burschenschaft schon seit vielen Jahren ein wichtiges Anliegen. 2006 hat es einen ähnlichen Beschluss schon einmal von einem Parteitag gegeben. Damals wurde der Parteivorstand auch damit beauftragt, die Unvereinbarkeit mit der Deutschen Burschenschaft festzustellen. Es lief darauf hinaus, dass die Unvereinbarkeit der burschenschaftlichen Gemeinschaft, also sozusagen noch einmal dem Rechtsaußen, dem Inner Circle des Dachverbands Deutsche Burschenschaft festgestellt wurde.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal betonen, dass auch die Deutsche Burschenschaft in den letzten Wochen und Monaten immer wieder durch die Forderung beispielsweise nach einem Ariernachweis für Schlagzeilen gesorgt hat. Die Deutsche Burschenschaft ist noch einmal deutlich nach rechts gerückt. Die burschenschaftliche Gemeinschaft, mit der wir die Unvereinbarkeit ja bereits haben, hat dort das Sagen, hat dort alle wichtigen Ämter besetzt. Liberale Bünde treten aus. Das heißt, in diesem Falle wäre es nur konsequent - ich bitte den Parteivorstand, das diesmal auch wirklich umzusetzen, die Unvereinbarkeit mit der Deutschen Burschenschaft in aller Gänze durchzusetzen. - Danke.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Ich glaube, das war ja eine Unterstützung für das Votum der Antragskommission auf Annahme, sodass wir unmittelbar über das Votum der Antragskommission abstimmen können. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Am späten Abend herrscht Einstimmigkeit.

Damit könnte ich jetzt aufrufen O 46. Dazu liegt uns keine Wortmeldung vor. Zu O 47 liegt uns auch keine Wortmeldung vor. Zu O 48 liegt uns auch keine vor, zu O 49 auch nicht, zu O 50 auch nicht, zu O 51 auch nicht und zu O 52 auch nicht. Der ist sowieso zurückgezogen.

Ich könnte jetzt die Anträge von O 46 bis O 51 entsprechend dem Votum der Antragskommission aufrufen. Wer möchte diesem Votum der Antragskommission zustimmen? Den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einigen wenigen Enthaltungen haben wir auch diese letzten Anträge abgearbeitet.

Liebe Genossinnen und Genossen, damit wären wir am Ende des Blocks „Organisationspolitik“, den wir uns für heute vorgenommen hatten.

Es gibt noch zwei organisatorische Hinweise.

Wir sind erstens noch einmal darauf hingewiesen worden: Wer morgen wieder abstimmen will, muss heute seine Karte mitnehmen. Es liegen immer noch Geräte auf den Tischen, in denen auch noch die entsprechende Chipkarte enthalten ist. Nehmt bitte die Chipkarte raus, nehmt sie an euch, nehmt sie mit in eure Unterkünfte und bringt sie auch morgen bitte wieder mit. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Alles was auf den Tischen liegt, wird heute Abend abgeräumt und ist dann für immer verloren. Wenn man hier etwas deponieren möchte, versichert mir Jessica, wenn man das auf den Stühlen tut, dann sei das auch morgen früh noch da. Insofern ist die Ansage: Nichts auf den Tischen liegenlassen, sondern wenn ihr etwas hierlassen wollt, legt es bitte auf die Stühle.

Seitens des Parteitagspräsidiums bedanken wir uns ganz herzlich bei euch, dass das heute alles so gut geklappt hat. Wir wünschen euch und uns einen schönen Abend und freuen uns, wenn wir uns morgen früh hier wiedersehen.

- UNTERBRECHUNG DES PARTEITAGS UM 20:12 UHR -

FREITAG, 15. NOVEMBER 2013, BEGINN: 9:18 UHR

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Das akademische Viertel ist jetzt vorbei. In guter alter Tradition sollten wir doch halbwegs pünktlich unseren Parteitag fortsetzen.

Wir haben heute merkwürdigerweise keinen Geburtstag eines Delegierten oder einer Delegierten zu feiern. Aber etwas zu feiern gibt es dennoch: Ihr habt vernommen, dass ich mit Freude diese Glocke bedient habe, die hier rechts von mir steht. Diese Glocke wurde 1951 von der Ortsgruppe Gescher gestiftet; sie begleitet uns seit dieser Zeit. Diese Glocke hat viel erlebt, und darunter war auch ein ganz wichtiger Tag: der 15. November 1959 in Bad Godesberg. Mit ihr wurde damals die Sitzung eingeläutet, auf der das Godesberger Programm von uns beschlossen wurde. Diese Glocke steht für die Kraft einer Volkspartei. Und um nicht weniger geht es auch heute, wenn wir das, was Sigmar Gabriel uns gestern auf den Weg gegeben hat, ernst nehmen, nämlich diese Volkspartei immer wieder neu zu erfinden und sie neu zu denken. Ich bin ganz sicher: In den nächsten 54 Jahren wird uns diese Glocke weiter begleiten und uns weiter deutliche Signale geben, damit wir nicht einschlafen, die Volkspartei in Deutschland zu sein.

(BEIFALL)

Das Jahr 2014 ist ein Jahr mit vielen Wahlen: Europawahl, Kommunalwahlen, aber auch viele Landtagswahlen. Eine davon wird in Sachsen stattfinden. Wir haben hier in Sachsen eine Menge Luft nach oben. Aber ich bin ganz sicher: In einem engagierten, in einem guten, in einem modernen Wahlkampf wird die sächsische SPD zeigen, wie eine Volkspartei hier im Land erfolgreich sein kann. Angeführt wird sie von Martin Dulig. Lieber Martin, wir freuen uns, dass du jetzt zu uns als Vorsitzender der SPD hier in Sachsen sprichst.

(BEIFALL)

GRÜßWORT DES VORSITZENDEN DES SPD LANDESVERBANDS SACHSEN MARTIN DULIG

Martin Dulig, Landesvorsitzende Sachsen, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich heiße Martin Dulig und bin 39 Jahre alt. Ich habe Maurer gelernt und Erziehungswissenschaften studiert. Ich bin Sozialdemokrat und Spitzenkandidat der SPD hier in Sachsen.

(BEIFALL)

Dass ich hier stehe und wie ich bin, hat ganz viel mit dem zu tun, was man 1989/90 erlebt hat. Gestern wurde schon daran erinnert, dass wir hier in Leipzig in der Heldenstadt sind. 1989/90 hat mich wirklich geprägt, sowohl politisch als auch persönlich – politisch deshalb, weil ich damals schon als 15-Jähriger verstanden habe, dass es um etwas Besonderes geht: Nach einer Demonstration wurde damals mein großer Bruder festgenommen und ins gelbe Elend nach Bautzen gebracht. Da versteht eben auch ein 15-Jähriger, dass es um etwas anderes geht, nämlich dass man sich engagieren muss. So habe ich die Jusos in der DDR mit gegründet.

(BEIFALL)

1989/90 war auch für mich persönlich eine ganz besondere Zeit. Im Jahr 1990 wurde meine älteste Tochter geboren. Ich war damals 16 Jahre alt. Da wird man schnell erwachsen. Man lernt aber auch, Verantwortung zu übernehmen. Und ich habe Lust darauf, Verantwortung zu übernehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Ausgangsbasis für die Landtagswahl in Sachsen ist nicht ganz einfach: Die sächsische SPD ist seit drei Wahlperioden in einem 10-Prozent-Loch gefangen. Sie kämpft um Bedeutung. Wir haben im Rucksack auch noch ein paar andere Steine liegen: Wir wissen nicht, ob die Berliner Politik Rückenwind bringt. Und dann ist da noch das Problem mit dem Wahltermin, den die CDU in Sachsen auf den letzten Feriensontag festlegen will. Das ist ein Skandal, was hier passiert.

(BEIFALL)

Da sieht man aber auch, mit welcher Arroganz die hier rangehen. Denen geht es gar nicht darum, Wahlkampf zu machen, zu mobilisieren, für Themen zu werben. Sie sitzen fest im Sattel. Dieses Gefühl haben sie, und das strahlen sie aus. Ich finde das furchtbar.

(VEREINZELT BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Ausgangslage in Sachsen erinnert mich fatal an die Ausgangslage bei der Bundestagswahl: Es geht den Leuten gut, und sie sehen eigentlich gar keinen Grund, etwas anderes zu wählen. Der Ministerpräsident in Sachsen schreitet präsidential durch das Land und genügt den Menschen. Das ist ein bisschen ein Problem für mich. Aber ich sage euch: Na und? Ganz egal, ich werde kämpfen!

(BEIFALL)

Ich verrate euch ein Geheimnis – wir sind ja hier unter uns –: Es wird nicht die absolute Mehrheit rauskommen. Aber ich werde kämpfen, als ob! Abgemacht?

(BEIFALL)

Denn Sachsen ist so ein tolles Land. Ihr seid zu Gast in Leipzig. Leipzig ist doch eine saucoule Stadt, oder?

(BEIFALL)

Sachsen hat wirklich ein ungeheures Potenzial. Wir haben industrielle Kerne. Wir haben tolle Hochschulen. Wir haben eine interessante Sprachfärbung.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Wir haben Kunst und Kultur von Weltruf. Und wir sind einfach nette Menschen!

(BEIFALL)

Nur, liebe Genossinnen und Genossen, dieses tolle Potenzial muss man doch nutzen. Es reicht nicht aus, das Land nur zu verwalten; daraus muss man doch etwas machen. Und der Tillich, das ist so ein Langweiler! Da muss man etwas dagegensetzen. Man muss sagen, was man anders machen will, was man aus diesem Potenzial rausholen kann.

Wenn wir schon so eine tolle Industrie haben, dann wollen wir aber auch, dass die Leute vernünftig bezahlt werden.

(BEIFALL)

Die jetzige Staatsregierung dagegen wirbt damit, dass man in Sachsen um 27 Prozent niedrigere Löhne hat. Auch das ist ein Skandal: sowohl, dass man damit wirbt, als auch, dass es so ist!

(BEIFALL)

Ja, wir brauchen mehr Unterstützung für Bildung, damit endlich weniger Unterricht ausfällt und Kinder einen guten Schulabschluss machen können. Vor allem brauchen wir eine andere Bildung, die eben nicht unterteilt in diejenigen, die Chancen haben, und diejenigen, die weniger Chancen hat. Wir brauchen mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung. Unser Problem ist, dass die Industrie zu kleinteilig ist und die Unternehmen nicht in der Lage sind, selber Forschung und Entwicklung zu betreiben. Also müssen wir vor allem dort investieren. Und wir müssen die Unternehmen auch unterstützen bei der Suche nach Unternehmensnachfolgen. Bis zu 4.000 Unternehmensnachfolgen stehen an. Nur, das muss man aktiv begleiten, das läuft nicht von alleine. Deshalb: Ein Verwalten des Landes reicht nicht aus. Man muss auch den Willen zum Gestalten haben.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, meine wichtigsten Berater sitzen bei mir am Küchentisch: Es sind meine Familie und meine Freunde. Dann weiß man, warum es geht. Da weiß man, wie es ist, wenn man auf der Suche nach der richtigen Schule für die Kinder ist. Dann weiß man, was die Herausforderungen sind. Aber was vor allem wichtig ist: Man kann auf die Fragen der Kinder nicht antworten mit Renten-Überleitungsgesetz, Finanztransaktionsteuer oder Viehbestandsquote. Man braucht auf die Fragen von Kindern andere Antworten. Ich finde, es ist eine der besten Schulen für mich, dass man lernt, Kindern Politik zu erklären. Ich glaube, das würde uns allen gut tun.

(BEIFALL)

Ich weiß, wie es ist. Ich weiß aus familiären Zusammenhängen aber auch, wie wichtig es ist, sich um das Thema Inklusion zu kümmern. Mein mehrfach schwerstbehinderter Neffe sitzt im Rollstuhl, und ich weiß, was es für Eltern heißt, ständig kämpfen zu müssen. Ich weiß, wie es ist, wenn ich an mein Patenkind in Zittau denke, also unmittelbar an der Grenze zu Polen und Tschechien. Mein Patenkind hat einen angolanischen Vater, und man sieht es ihr an. Ich möchte, dass sie angstfrei in Sachsen leben kann.

(BEIFALL)

All das sind auch wichtige Motivatoren für mich, um jetzt bei den Koalitionsverhandlungen in der Arbeitsgruppe Familie, Frauen und Gleichstellung für diese Themen mitzukämpfen, gerade wenn es um Vielfalt geht. Ich bin Sönke Rix und Sascha Vogt dankbar dafür, dass wir beim Thema „Zukunft der Bundesprogramme“ auf einem richtig guten Weg sind. Ich glaube, da haben wir etwas Gutes geschafft.

(BEIFALL)

Ich kann also schon sagen: Es wird eine gute Perspektive für die Bundesprogramme geben. Es ist auch eine Motivation der Arbeitsgruppe, über das Thema Familie anders zu reden. Gerade jemand wie ich, der seit 21 Jahren mit ein und derselben Frau verheiratet ist und inzwischen sechs Kinder hat,

(BEIFALL)

der kann dann eben auch mit einer CDU und CSU darüber reden, dass ich das Privileg der Ehe nicht dadurch einkaufen will, dass andere Lebensformen diskriminiert werden.

(BEIFALL)

Mein Name ist Martin Dulig. Den Namen sollte man sich merken.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Vielleicht auch dann bei der Wahl. Ich danke dem Willy-Brandt-Haus, dass sie als kleine Erinnerung für euch auf die Karten extra ein „D“ für Dulig gedruckt haben.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Was erbitte ich von euch? Ich brauche für nächstes Jahr eine andere Art von Unterstützung von euch. Das Finanzielle kläre ich mit Barbara. Das, was ich wirklich brauche, ist, dass ihr daran glaubt, dass in Sachsen was geht.

(BEIFALL)

Das ist die größte Unterstützung, wenn man weiß, dass man mit einem ehrlichen Interesse begleitet wird und dass man schaut, was da passiert, und dass das mit Wohlwollen passiert. Darum kämpfe ich. Darum bitte ich. - Einen schönen Parteitag noch!

(STARKER BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Lieber Martin, es mag so sein, dass du bei der Wahl im nächsten Jahr noch nicht Ministerpräsident wirst.

(ZURUFE: BUH!)

Wir haben heute gesehen: Du wärst der bestmögliche für dieses Land, lieber Martin, und wir werden dich dabei unterstützen, dass die SPD hier in Sachsen ein Ergebnis bekommt, das einem solch klasse Spitzenkandidaten entspricht. Du kannst dich auf uns verlassen, lieber Martin.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen gleich nach der Rede von Frank-Walter zu den nächsten Wahlen. Das heißt, dass wir alle ein Wahlgerät brauchen. Ein Wahlgerät bekommt nur, wer hier im Saal ist. Also an alle, die draußen sind und meinen, dass sie lieber Kaffee trinken, als hier zuzuhören: Parteitage finden nicht am Kaffeestand statt, sondern sie finden im Plenum statt. Bitte kommt herein, damit die Wahlgeräte ausgeteilt werden können. Ich bitte euch auch, langsam damit zu beginnen, nach eurer Chipkarte zu suchen. Noch einmal der freundliche Hinweis von gestern: Wer eine hat, der wählt. Wer keine hat, der wählt nicht. In ungefähr 15 Minuten beginnen wir mit den Wahlen. Seid also bitte so diszipliniert, an eure Plätze zu kommen, das Wahlgerät entgegenzunehmen, eure Chipkarte zu suchen und sie bereit zu halten.

Jetzt freuen wir uns auf die Rede von Frank-Walter Steinmeier, den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion. Lieber Frank-Walter!

REDE DES VORSITZENDEN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der Bundestagsfraktion: Morgen, liebe Genossinnen und Genossen!

(ZURUFE: MORGEN!)

Es ist hoffentlich alles gut gegangen gestern Abend. Der Saal ist jedenfalls voll. Es scheint so zu sein.

Dir, lieber Martin, dürfen wir ganz herzlich danken für deine optimistische Rede hier zu Beginn des zweiten Tages des Parteitages. Herzlichen Dank - das meine ich ganz ehrlich - auch dafür, dass wir wieder einmal die Gastfreundschaft der sächsischen SPD genießen dürfen.

Wir haben es eben von dir selbst gehört: Es ist nur noch ein paar Monate hin, dann seid ihr hier in Sachsen im Wahlkampf. Wir alle wissen - du hast es eben noch einmal unterstrichen -: Das ist für euch alle und insbesondere für dich kein einfaches Pflaster hier. Gerade deshalb finde ich, Martin, habt ihr wirklich die Solidarität der ganzen SPD in Deutschland verdient. Die werden wir zeigen müssen.

(BEIFALL)

Eines werden wir uns vornehmen müssen, diejenigen, die hier vorne sitzen, aber auch viele von denen, die hier im Saal sind: Glückwünschen ist wichtig, Daumen drücken ist wichtig. Aber das alles wird nicht reichen, sondern möglichst viele von uns müssen unterwegs sein hier in Sachsen und helfen, wenn hier um Stimmen gekämpft wird. Hier auf dem historischen Grund der deutschen Sozialdemokratie, hier, wo vieles seinen Anfang genommen hat, da darf Opposition für die SPD kein Dauerzustand sein. Das muss sich ändern. Das soll sich ändern, und dabei wollen wir dir helfen, lieber Martin.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind ja in der Tat in einer seltsamen Lage - viele Redner haben das gestern zum Ausdruck gebracht -: Wir haben einen Wahlkampf hinter uns, in den sich die allermeisten richtig reingehängt haben. Wir haben tolle Veranstaltungen gehabt, an die ich mich gerne erinnere. Wir haben eine Partei vor Ort erlebt, die gerackert hat, die gelaufen ist. Am Ende haben wir sogar Mandate hinzugewonnen. Aber es ist so, wie ich es am Wahlabend häufiger gesagt habe: Man kann hinzugewinnen und trotzdem der Verlierer sein. Es ist nach 2009 eine weitere bittere Niederlage, die schmerzt, jede von uns, jeden von uns schmerzt. Man spürt das auch hier auf dem Parteitag in den Reden und in den Gängen.

Trotzdem, liebe Genossen und Genossinnen - deshalb habe ich mich gemeldet -, ist das am Ende auch nicht die ganze Wahrheit. Deshalb möchte ich einen kleinen Blick mit euch austauschen über die neue Bundestagsfraktion, wo ich so wenig Kleinmut und Bitternis spüre, sondern - ganz im Gegenteil - ganz viel Optimismus und Tatkraft. Ich kann euch sagen: Das macht Mut, wenn man in diesen Tagen vor diese neue SPD-Bundestagsfraktion tritt. Das ist eine Stimmung, die ansteckt, auch den Fraktionsvorsitzenden. Die neue SPD-Bundestagsfraktion ist um ein Drittel größer geworden. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, sie ist nicht nur größer geworden, sondern sie ist jünger geworden, sie ist bunter geworden und sie ist vor allen Dingen viel weiblicher geworden.

(BEIFALL)

Wir sind jetzt 193 Abgeordnete. Fast 90 von diesen 193 sind neu im Deutschen Bundestag. Das sind Leute mit Neugier, Leute, die etwas wollen, Leute, die mit ganz unterschiedlichen Lebensläufen und Begabungen zu uns gekommen sind, und viele von ihnen sind hier auf dem Parteitag. Ich freue mich nicht nur, dass wir so viele Neue in der SPD-Fraktion haben, sondern ich bin mir auch ganz sicher, dass dies eine Bundestagsfraktion wird, die frischer ist und noch stärker sein wird als die bisherigen.

Ich freue mich jedenfalls mit all denen auf eine neue Legislaturperiode, und ich will, dass wir gemeinsam – auch mit dem Beitrag der SPD-Bundestagsfraktion - dazu beitragen, dass wir unsere SPD insgesamt in Deutschland und im Bund wieder nach vorne bringen. Dafür wollen wir arbeiten, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Jetzt geht es darum, was wir in den nächsten vier Jahren anfangen wollen, was wir erreichen können und welche Richtung wir unserer Politik und dem Land geben wollen. Natürlich geht es auch darum – auch das habe ich gestern in der einen oder anderen Rede gehört -, ob und wie es uns gelingt, diesen nächsten vier Jahren auch unsere Handschrift aufzuzwingen. Das heißt nicht und darf nicht heißen, um das ganz klar vorneweg zu sagen: Regierungsbeteiligung um jeden Preis.

Eine Koalition zu bilden, egal welche und mit welchen Inhalten, war nie Sinn und Zweck sozialdemokratischer Politik, sondern wenn wir über Sinn und Zweck sozialdemokratischer Politik reden, dann ist doch wohl klar: Sinn und Zweck ist, so weit wie möglich nach unseren eigenen sozialdemokratischen Vorstellungen politisch zu gestalten. Die Welt um uns herum ein Stückchen besser machen – möglichst jeden Tag -: Das ist doch das Ziel, mit dem wir in die Politik gegangen sind und das uns hoffentlich noch immer gemeinsam antreibt.

Liebe Freunde, wenn das in der gewünschten Konstellation, für die wir ja alle ernsthaft gestritten und unterwegs waren, nicht geht, dann muss man eben gucken, ob das in anderen Konstellationen geht oder eben gar nicht. Nur eines verbietet sich für eine Volkspartei wie die SPD mit unserer Geschichte, liebe Freunde: Wir dürfen nie Angst vor der Verantwortung und nie Angst vor dem eigenen Versagen haben. Das darf nie Motiv von politischen Entscheidungen sein, liebe Freunde.

(BEIFALL)

Das ist jedenfalls die Haltung, mit der wir mit Sigmar an der Spitze diese Koalitionsverhandlungen führen, und jeder weiß: Wir sind da längst nicht durch. Das hat Sigmar gestern in seiner Rede auch gesagt.

Für mich sind das jetzt insgesamt die fünften Koalitionsverhandlungen, an denen ich teilnehme: einmal auf Länderebene und viermal im Bund. Ich kann euch nach meiner Erinnerung sagen: Keine von diesen Koalitionsverhandlungen war wirklich einfach. Sie sind es mit den Schwarzen nicht - das erleben wir gerade -, aber es war doch auch mit den Grünen nicht immer ganz einfach. Auch wenn es 1998 und 2002 einfacher war, dann heißt das nicht, dass es jetzt, im Jahre 2013, mit den Grünen sehr viel einfacher geworden wäre.

Liebe Freunde, Koalitionsverhandlungen sind schwer. Da muss man auch manchmal über seinen Schatten springen; das ist nun einmal so. Es ist eben immer schwer, das eigene Programm durchzusetzen, wenn zur absoluten Mehrheit noch ein kleines Stückchen fehlt, liebe Freunde, und das ist leider der Fall. Das ist die ganze Realität.

Ich kann euch allerdings auch berichten, dass wir dieses Mal – wie soll ich sagen - einem ganz besonderen Verhandlungspartner gegenüber sitzen, und das macht die Verhandlungen mit der Union eben doch ein bisschen anders, als das früher mit den Grünen der Fall war.

Das ist jetzt ein Verhandlungspartner, von dem ich sagen würde: Er geht, anders als wir, ohne eine eigenen programmatischen Anspruch in Verhandlungen. Sie kommen mit der Überzeugung in den Raum: Wir haben die letzten vier Jahre eigentlich ordentlich regiert, und es gibt keinen Grund, daran etwas zu verändern. Jetzt tauschen wir einfach einmal den Koalitionspartner aus und machen weiter wie bisher. – Es hat ein bisschen gedauert, liebe Freunde, bis wir der Union in den letzten Wochen klargemacht hatten, dass das nicht funktioniert. Wir haben gesagt: Weiter so, nur mit neuen und mit anderen und größeren Mehrheiten: Das ist für uns kein Grund, in die Koalition zu gehen, das ist für uns auch keine Option, sondern wenn wir in eine Koalition gehen, dann muss das eine Koalition sein, die auch garantiert, dass sich in diesem Land etwas verändert. Das haben wir klargemacht, und ich glaube, das ist auf der anderen Seite auch verstanden worden.

(BEIFALL)

Wir wollen etwas verändern, und wir wollen, dass dieses Land gerechter, moderner und toleranter wird und auch in Zukunft wirtschaftlich stark bleibt. Auch das in unser Interesse. Dafür arbeiten wir in den Verhandlungen – gleich, auf welcher Ebene sie im Augenblick stattfinden - mit Ehrgeiz, dafür arbeiten wir mit Leidenschaft.

Natürlich, liebe Genossinnen und Genossen, gilt der alte Satz, den ihr alle kennt: Nichts ist beschlossen, solange nicht alles beschlossen ist. Es zeichnen sich Gott sei Dank aber ein paar Dinge ab, die am Ende vielleicht auf der Habenseite stehen könnten: dass die Energiewende neu angepackt und endlich vom Kopf auf die Füße gestellt wird, dass die Mietpreisbremse kommt und wir Schluss machen können mit manchem Wucher auf dem Mietwohnungsmarkt, dass Rüstungsexporte in Zukunft nicht mehr geheim gehalten werden, sondern getroffene Entscheidungen öffentlich gemacht werden und Schluss ist mit der Mausechlei beim Waffenexport. Auch das ist eine Chance, die am Ende dieser Koalitionsverhandlungen stehen könnte.

(BEIFALL)

Ich glaube, wir haben uns beim Thema mehr Investitionen, für den Breitbandausbau und für Straßen und Brücken, durchgesetzt, sozusagen dem eigentlichen Rückgrat einer Industrienation, eines Industriestandortes. Aber das ist ja nicht alles. Wir alle miteinander wissen, dass diese Investitionen für die Zukunft notwendig sind, aber nicht ausreichen werden. Wir brauchen eben auch Investitionen in Schulen und Chancen für unsere jungen Leute.

Es ist notwendig und richtig, dass wir – Andrea verhandelt das ja gerade – etwas gegen Armutsrenten tun. Jeder von uns weiß aber doch: Generationengerechtigkeit werden wir nur erreichen, wenn wir den jungen Menschen Perspektiven geben, denjenigen, die dafür sorgen müssen, dass die zukünftigen Rentner auch noch anständige Renten bekommen können, und das heißt eben konkret: Wer in Zukunft ernsthaft Armutsrenten verhindern will, der muss jetzt mehr in gute Bildung investieren, und dafür sind wir unterwegs, liebe Freunde.

(BEIFALL)

Gute Bildung, mehr Beschäftigung, hochwertige Arbeit, kreative Wirtschaft: Auf all das kommt es an. Das heißt dann eben auch, dass wirklich alle jungen Menschen in Deutschland gemeint sind, alle akzeptiert werden und willkommen sind und alle die gleichen Rechte haben. Es kann doch nicht wahr sein, liebe Freunde, dass 400.000 junge Deutsche, die hier geboren und hier aufgewachsen sind, drohen, ausgewiesen zu werden, wenn sie ihren eigenen Wurzeln, die Wurzeln ihrer Eltern, nicht aufgeben wollen. Das muss sich ändern, und deshalb ist es so wichtig, dass wir verhandeln.

(BEIFALL)

Diese Optionspflicht muss fallen, und wir müssen mit manchen Lebenslügen des Ausländerrechts und des Staatsangehörigkeitsrechts aufräumen. Auch das kann gelingen, liebe Freunde.

(BEIFALL)

Hannelore, Sigmar und viele andere, die sich gestern zu Wort gemeldet haben, haben das in den Reden gestern gesagt: Wir alle miteinander hätten uns ein besseres und anderes Wahlergebnis gewünscht, aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen: Es gibt noch immer ganz viele in Deutschland – viele, die uns gewählt haben, viele die andere Parteien gewählt haben -, die trotz des Wahlergebnisses auf uns bauen. Sie erwarten, dass wir auch aus der jetzigen Situation, die für uns unbefriedigend ist, etwas machen und für sie erreichen, etwa, wenn es um die Gleichstellung von Frauen und Männern geht, wenn es um gleiche Löhne für gleiche Arbeit geht und wenn es um Mindestlöhne und vieles mehr geht.

Liebe Freunde, wir dürfen nicht vergessen: Da setzen noch immer viele Erwartungen in uns, weil sie doch wissen: Wenn das so bleibt mit der Union, dann wird sich in diesem Lande nichts verändern - gerade für diejenigen nicht, die gelegentlich auf öffentliche Unterstützung und staatliche Hilfe angewiesen sind.

Auch deshalb sind wir verpflichtet, mit der jetzt eingetretenen Situation nicht leichtfertig umzugehen.

Wir müssen jetzt nicht über eine Regierungsbeteiligung der SPD entscheiden. Wir können das sowieso nicht, weil die Verhandlungen noch laufen, und wir können und wollen es nicht, weil am Ende die Mitglieder entscheiden werden. Aber am Ende wird es doch hoffentlich davon abhängen, was wir an Verbesserungen durchsetzen. Aber ich sage auch: Davon muss es dann wirklich auch abhängen und nicht vom Grad der Verärgerung und der Verbitterung über ein Wahlergebnis. Das darf nicht der Maßstab der Entscheidung sein, liebe Freunde.

(BEIFALL)

Wir führen diese Debatten, Martin, hier bei dir in Leipzig, dem Gründungsort der deutschen Sozialdemokratie. Liebe Freunde, wenn es eins gibt, was sich durch diese 150 Jahre SPD-Geschichte hindurchgezogen hat wie ein roter Faden, dann war das doch unser Selbstverständnis, unser Anspruch, aus berechtigtem Protest, aus berechtigter Empörung, die es gibt und geben muss, immer wieder Politik zu machen; der Anspruch, die Verhältnisse zu sehen, Ungerechtigkeiten zu definieren, zu zeigen, nicht zu verschweigen, aber die Verhältnisse nicht so zu lassen, wie sie sind. Daraus entsteht Veränderung, und das ist unsere Art, Politik zu machen. Wir wollten nie nur am Rande stehen und zuschauen. Wir wollten nie den Konservativen einfach das Staatsgeschäft überlassen. Was wir wollten in 150 Jahren Sozialdemokratie, war immer einmischen, anpacken, verändern. Wenn notwendig und nicht anders möglich, auch in kleinen Schritten, aber - und darum

geht es - immer Schritte nach vorn. Das ist SPD, und darum, glaube ich, werden wir gebraucht in diesem Land. Wir haben immer nach vorn gedacht.

Die Union - auch das darf ein bisschen unser Selbstbewusstsein ausmachen, wenn man sich die letzten 20, 30 Jahre anschaut - ist in vielen Dingen im 10-, 15-, 20-Jahres-Abstand manchmal gefolgt. Das war bei der Kernenergie so, das war bei der Zuwanderung so, das war bei Frauenrechten so. Die sind in einigen Dingen jetzt vielleicht da, wo wir 1998 waren. Die holen jetzt manches von dem nach in manchen Bereichen, was sie in den letzten 15 oder 20 Jahren verpasst haben. Die Frage ist doch nur: Wenn die aufholen, sollen wir uns dann eigentlich darüber ärgern? Ich sage immer: im Gegenteil! Wenn andere uns folgen, vieles von dem übernehmen, was wir vorgedacht haben, dann heißt das doch nur, dass wir, jedenfalls eine Weile lang, vorweggegangen sind. Genau das dürfen wir nicht aufgeben, liebe Freunde. Wir dürfen uns nicht einrichten in einer gemütlichen Ecke der Geschichte unserer Partei, sondern wir müssen Geschichte immer als Auftrag verstehen, immer wieder neu eine Vorstellung von Zukunft, immer wieder neu eine Vorstellung von einer gerechten Gesellschaft zu entwerfen, und das diesseits und jenseits unserer Grenzen. Das ist Auftrag der Sozialdemokratie, und dem müssen wir gerecht werden, liebe Freunde.

(BEIFALL)

Ich sage „diesseits und jenseits unserer Grenzen“, weil ich natürlich zum Schluss einige wenige Sätze über Europa sagen will. Es geht nicht um mehr, aber auch nicht um weniger als um die Frage, ob Europa wieder eine Hoffnung auf eine bessere Zukunft haben wird oder ob wir zulassen, dass Europa von der Mehrheit der Menschen vielleicht auch im eigenen Land als Bedrohung empfunden wird. Es geht dabei um unsere Themen. Es geht um Arbeit, es geht um Einkommen, es geht um Lebenschancen, es geht um Perspektiven für junge Menschen.

Aber ich bin mir sicher: Am Ende steht noch mehr auf dem Spiel. Das müssen wir uns mit großer Ernsthaftigkeit auch mit Blick auf die Rede von Enrico Letta gestern vor Augen führen. Es geht auch um das Vertrauen in unser demokratisches System. Es geht darum, ob das, was wir in unseren Nachbarländern erleben, da wo die Lebenschancen junger Menschen schon vernichtet sind und im Augenblick nicht wieder neu entstehen, es geht darum, ob die Erosion am demokratischen System weiter um sich greift, ob antidemokratische und populistische Bewegungen in Europa an Zulauf gewinnen. Um all das geht es, auch in der Europawahl im nächsten Jahr. Liebe Freunde, das ist nicht mehr und nicht weniger als eine Bewährungsprobe für die Demokratie in Europa. Deshalb werden wir mit dir, Martin Schulz, für eine starke Sozialdemokratie in Deutschland kämpfen als Basis für eine starke europäische Sozialdemokratie.

(BEIFALL)

Zum Schluss. Ich habe vor vier Jahren hier in Leipzig in der Nikolaikirche zur Erinnerung an die friedliche Revolution geredet. Wir haben uns in dieser Veranstaltung erinnert an die Hoffnung vieler junger Menschen auf Freiheit, Demokratie und Frieden, vor allen Dingen aber an den Mut, dafür tatsächlich zu kämpfen. Liebe Freunde, wenn die SPD heute wieder in Leipzig tagt, dann lasst uns immer daran denken: Die Aufgabe der SPD ist, für Demokratie zu streiten - seit 150 Jahren. Lasst uns gewiss sein miteinander: Diese Aufgabe ist nicht erledigt. Sie wird wichtiger werden in den nächsten Jahren, mehr denn je. Dazu braucht es eins, liebe Freunde: Dazu braucht es eine starke europäische demokratische Bewegung. Aber ich bin mir sicher: Diese wird es nur geben, wenn wir hier im eigenen Land eine mutige und selbstbewusste Sozialdemokratie

haben. Dafür wollen wir arbeiten, dafür wollen wir streiten in den nächsten vier Jahren auch in Deutschland, nicht mit Kleinmut, nicht mit Hader und Rückschau, sondern mutig vorwärtsgerichtet. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Lieber Frank-Walter, danke für deine starken Worte. Du hast uns gezeigt, warum es Sinn macht, zu kämpfen, und warum es Sinn macht, zu verhandeln. Mit uns geht es besser in Deutschland. Mit uns regiert es sich besser in Deutschland. In diesem Sinne wollen wir jetzt auch unseren Vorstand weiter wählen, damit auch unsere Partei stark kämpfen kann für unser Land.

Liebe Genossinnen und Genossen, damit wir das können, muss jede und jeder von euch ein Wahlgerät haben. Noch immer ist nicht jede und jeder im Saal. Wer also neben sich eine Lücke bemerkt, sollte bitte seine Delegationsleitung darauf ansprechen. Man kann dazu übrigens auch ein Handy benutzen, um draußen mitzuteilen, dass man endlich hereinkommen möge. Es wäre ganz schön, wenn nicht so viele fehlen.

Bevor wir zur Vorstellung der Kandidaten kommen, wird Miriam uns für die Mandatsprüfungs- und Zählkommission den aktuellen Stand vortragen, da wir heute eine etwas andere Zahl haben als gestern.

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION

Miriam Pichler, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Es sind noch ein paar Delegierte zu uns gestoßen. Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag immer noch aus 600 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 35 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen. Anwesend sind 584 Delegierte und 33 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 268 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 43,4 Prozent. Die Quote ist erfüllt, und der Parteitag ist beschlussfähig. - Danke für eure Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Danke, Miriam. - Wir kommen jetzt zur Vorstellung der fünf Kandidatinnen und Kandidaten. Solltet ihr noch kein Wahlgerät haben, wendet euch bitte an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den weißen T-Shirts. Sie werden euch damit versorgen.

Zur Wahl stehen als Kandidatinnen und Kandidaten Hannelore Kraft, Aydan Özoğuz, Thorsten Schäfer-Gümbel, Olaf Scholz und Manuela Schwesig. Alle fünf werden sich uns jetzt noch einmal kurz vorstellen. Hannelore beginnt bitte.

VORSTELLUNG DER KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN STELLVERTRETENDE PARTEIVORSITZENDE

Hannelore Kraft, stellvertretende Parteivorsitzende: Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Mein Name ist Hannelore Kraft. Ich bin 52 Jahre alt, verheiratet, und ich habe nur einen Sohn geschafft.

(HEITERKEIT)

Ich komme aus Mülheim an der Ruhr in Nordrhein-Westfalen, und ich stelle mich heute zur Wiederwahl. Beim letzten Mal habe ich ein Ergebnis bekommen, das unbeschreibbar war und das ich mit großer Freude entgegengenommen habe, aber auch als Verpflichtung gesehen habe.

Ich hoffe, ich habe diese Verpflichtungen auch eingelöst. Ich jedenfalls möchte die Gelegenheit nutzen - ich will es kurz fassen -, einmal Danke zu sagen. Danke für die vielen Begegnungen, die ich in den letzten Wahlkämpfen haben durfte. Ich habe viel gesehen, ich habe viel gelernt, und ich konnte meine Politik immer wieder erden, wie ich es nenne. Mit beiden Beinen auf dem Boden zu bleiben, ist das Wichtigste, wenn man ein solches Amt innehat.

(BEIFALL)

Und ich gebe euch ein Versprechen, nein, eigentlich zwei Versprechen: Erstens. Ich gebe weiterhin mein Bestes. Ich sage dir, lieber Martin, für Mission-Impossible-Geschichten bin ich prädestiniert. Ich komme nach Sachsen. Ich helfe euch genauso wie Dietmar Woidke in Brandenburg und Christoph und den Genossinnen und Genossen in Thüringen. Ich werde da sein.

(BEIFALL)

Mit ganz besonders viel Herzblut, weil es auch eine schwierige Mission ist, werde ich auch mein Bestes für diese Europawahl geben. Das verspreche ich dir, Martin.

(BEIFALL)

Das zweite Versprechen: Ich bleibe bei meinem klaren Kurs. Ich habe gestern von meinem Spiegel gesprochen; der ist mein Gradmesser. Ich will auch weiterhin dafür sorgen, dass ich ihn nicht zuhängen muss. - Danke.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Danke, Hannelore. - Das Wort hat Aydan.

Aydan Özoğuz, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und liebe Genossen, ich bin Aydan Özoğuz, 46 Jahre alt, verheiratet und habe auch ein Kind.

Vor zwei Jahren habt ihr mich zur stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt, und seitdem bin ich sehr viel unterwegs gewesen, um euren Einladungen zu folgen, von Flensburg bis Aschaffenburg, vom nordrhein-westfälischen Kleve bis zum sächsischen Riesa. Denkwürdig war, dass ich in Kleve NPD-Funktionäre in der Veranstaltung hatte - für mich durchaus etwas Neues - dass wir in Riesa von der Sicherheit durch den Hintereingang in den Veranstaltungssaal hineingebracht wurden. Damals hat Martin Dulig genau das

Richtige gemacht, was dann später auch mein Handeln begleitet hat: Er hat mich und Stephan Kramer an die Hand genommen, wir sind vorne wieder rausgegangen und haben den Platz eingenommen, den wir nicht den anderen zugestehen wollten, denen, die NPD-Zettel verteilt haben.

(BEIFALL)

Damals konnten wir nicht ahnen, dass sich schon eine unglaubliche Mordserie durch unser Land gezogen hatte und dass Menschen alleine deshalb umgebracht wurden, weil sie einst aus einem anderen Land gekommen sind. „Nie wieder!“, sagen wir ja oft, aber wenn wir ehrlich sind, muss es in diesem Fall echte Konsequenzen in unseren Sicherheitsbehörden, in der personellen Ausstattung, aber eben auch beim Umgang mit Opfern rechtsextremer Straftaten geben; denn es darf sich tatsächlich nie wieder wiederholen, dass Opfer zu Verdächtigen werden, nur weil sie ausländische Namen tragen.

(BEIFALL)

Ich möchte auch etwas Positives ansprechen, denn ich denke, Fürsorglichkeit allein kann es ja nicht sein. Frank-Walter hat eben davon gesprochen, dass wir eine sehr gute Entwicklung in der Bundestagsfraktion haben: Spanische oder belgische Mutter oder Vater, türkische Eltern, senegalesische, indische, kroatische Wurzeln. Wir haben eine wirklich gute Bandbreite und signalisieren vor allem doch eines: Wer mitmachen will, der kann es auch schaffen. Der oder die hat bei uns in der Sozialdemokratie eine echte Chance, diese Gesellschaft weiterzuentwickeln. Wir haben nämlich diverse Landesarbeitsgemeinschaften für Migration und Vielfalt gegründet. Nun muss es sich natürlich auch in den Koalitionsverhandlungen zeigen.

Ich möchte nicht meinen gesamten Bericht von gestern über die Unterarbeitsgruppe wiederholen, aber eines, glaube ich, kann man nicht oft genug sagen: Dieses Ganze, die ganzen Verhandlungen haben nur Sinn, wenn die Optionspflicht für immer abgeschafft wird und wenn die Mehrstaatlichkeit auch für alle und nicht nur für einige in diesem Land zugelassen wird.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte an diesen Themen gerne weiterarbeiten und bitte euch um euer Vertrauen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Aydan. - Das Wort hat Thorsten.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, Thorsten Schäfer-Gümbel, 44 Jahre, drei Kinder. Damit erhöhe ich die Quote. Nicht so sehr wie Martin, aber doch wie der Rest des Vorstands oder Teile davon.

Ich darf heute das erste Mal vor euch stehen und für das Amt des stellvertretenden Parteivorsitzenden kandidieren. Ich habe mich gestern sehr über die lobenden Bemerkungen von Sigmar Gabriel über das, was in Hessen in den letzten fünf Jahren möglich war, gefreut. Im Übrigen ein Ergebnis, das nur deswegen möglich war, weil die hessische SPD gemeinsam, und zwar jeder einzelne, geschlossen für den gemeinsamen Erfolg gearbeitet hat. Insofern ist es der Erfolg der hessischen SPD.

(BEIFALL)

Eine Frage, die mir in diesen Tagen häufiger gestellt wird, lautet: Was hat Hessen anders gemacht als Berlin? Ehrlich gesagt, darauf gibt es keine einfache, kurze und sonstige Antwort, weil die hessische Situation völlig anders war als die im Bund. Alle wissen, worüber ich rede.

Was wir allerdings durchzusetzen versucht haben, ist der Grundsatz der langen Linien. Wir haben versucht, uns auf Themen zu konzentrieren und nicht alle zwei Wochen ein neues Thema durch die Welt zu treiben. Ich glaube, dass es für uns insgesamt gut ist, wenn wir lange Linien gehen, wenn wir uns auf unsere Stärken besinnen, und dafür gilt als Allererstes: Die deutsche Sozialdemokratie ist die Partei der Arbeit und Gerechtigkeit. Das muss erkennbar werden.

(BEIFALL)

Wir sind die Partei für diejenigen, die jeden Tag hart arbeiten gehen, aber dabei keinen Reichtum nach Hause bringen, und zwar völlig egal, ob es Erwerbstätige oder diejenigen sind, die in ihren Familien oder in ihren Vereinen und Organisationen ehrenamtlich Arbeit leisten. Wir sind aber eben auch die Partei der Gerechtigkeit. Ich sage das sehr offen: Manches, was ich nicht in meinem Kopf zusammenkriege, kriegen in diesem Land auch viele andere nicht zusammen.

Die Europäische Kommission hat vor wenigen Monaten eine unglaubliche Zahl vorgestellt: 1 Billion Euro entgeht den öffentlichen Haushalten in der Europäischen Union jedes Jahr durch Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und durch Steuersparmodelle. Das sind pro Kopf in der Europäischen Union 2.000 Euro pro Person, eine schier unglaubliche Zahl. Gleichzeitig sehen wir, wie Menschen vor Lampedusa ihr Leben verlieren, auf der Flucht vor Elend, Hunger und Krieg, und die deutschen Steuerzahler haben in den letzten Jahren pro Kopf 13,10 Euro für die Flüchtlinge ausgegeben.

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht in allen diesen Fragen um Werte, um Haltung, um Grundüberzeugung. Lasst uns endlich dafür sorgen, dass die Relationen wieder zurechtgerückt werden, dass klar ist, dass die Bekämpfung von Steuerbetrug eine Gerechtigkeitsfrage ist.

(BEIFALL)

Ich will das gerade mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen sagen: Ja, wir sehen ein, dass es wahrscheinlich mit der Union nicht zur Durchsetzung unserer Überzeugung beim Thema Steuergerechtigkeit kommt. Das ist bedauerlich und ärgerlich. Aber genauso klar ist - das muss die Union wissen, und zwar alle Teilfraktionen der Union -: Wir geben unsere Haltung zu Gerechtigkeitsfragen nicht auf. Sie werden sich auch in der großen Koalition jeden Tag damit konfrontiert sehen, dass wir diese Gerechtigkeitsfragen auf die Tagesordnung setzen, weil wir nicht hinnehmen, dass sie darauf keine Antwort geben wollen.

(BEIFALL)

Ich bin in den letzten Tagen - das ist meine letzte Bemerkung - häufig gefragt worden: Was kann mein Beitrag in diesem Parteivorstand sein? Warum trete ich überhaupt als stellvertretender Parteivorsitzender an?

Meine Antwort ist unter anderem die Geschichte eines Mannes, den ich im Rahmen des Landtagswahlkampfes kennengelernt habe, ein Mann, der heute 62 Jahre alt ist, der vor 20 Jahren seinen Arbeitsplatz als Feinmechaniker verloren hat - in Mittelhessen gab es viele in dieser Branche -, der anschließend Hunderte von Bewerbungen

geschrieben hat und keine neue Anstellung als Feinmechaniker gefunden hat, der sich dann als Hausmeister, als Ein-Mann-Vollserviceunternehmen selbständig gemacht hat, der aber über die Jahre auch nicht gesünder geworden durch diese harte Arbeit. Er hat diese Arbeit verloren und hat im letzten Jahr im August angefangen, eine ehrenamtliche Tätigkeit bei der Gießener Tafel aufzunehmen, deren Kunde er vorher schon lange war. Dieser Mann hat in einem der vielen Gespräche, die man in solchen Wahlkämpfen führt, seine Geschichte erzählt und hat am Ende gesagt: „Herr Schäfer-Gümbel, ich habe keine Erwartungen mehr an niemand.“

Liebe Genossinnen und Genossen, mein kleiner Beitrag in diesem Parteivorstand soll sein, Menschen wie diesem Mann wieder einen Ort zu geben, an den man Erwartungen richten kann, und ich glaube, dass das nicht nur für mich gilt. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Thorsten. - Das Wort hat Olaf.

Olaf Scholz, stellvertretender Parteivorsitzender: Olaf Scholz, verheiratet, 55 Jahre.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe schon oft für Ämter in Deutschland bei Bundeskongressen unserer Organisation kandidiert. Das erste Mal war es in den 80er-Jahren bei den Jungsozialisten. Damals hatte ich noch Locken und längere Haare. Das hat sich mittlerweile verflüchtigt. Dafür trage ich mittlerweile Nadelstreifenanzüge, wie es sich für Hamburger Bürgermeister gehört.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, dass wir alle große Aufgaben vor uns haben, das durchzusetzen, was uns wichtig ist. Gerade, wenn man die Gelegenheit hat, wie wir es in jetzt Hamburg angesichts unseres Wahlergebnisses haben, etwas durchzusetzen, dann muss man davon auch Gebrauch machen. Ich glaube nämlich, dass unsere Zielsetzungen umsetzbar sind, wenn es um die Frage geht, was man mit einem flächendeckenden Ausbau von Krippen und Kitas, mit Ganztagsbetreuung vom Anfang in der Krippe bis zum Schulabschluss, mit dem Ausbau von Möglichkeiten der Berufsausbildung erreichen kann, und wie man sicherstellen kann, dass alle eine gute Perspektive haben. Wie kann man dafür sorgen, dass genügend Wohnungen gebaut werden und dass die steigenden Wohnpreise bekämpft werden, die wir heute überall erleben. Wir müssen dafür sorgen, dass der Wohnungsbau wieder vorankommt und dass sich normale Bürgerinnen und Bürger auch Wohnungen leisten können.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen auch dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft zusammenhält. Eines der großen und wichtigen Themen, das ich gerne immer wieder voranbringe, ist die Frage: Wie können wir sicherstellen, dass all diejenigen, die bei uns leben und die in vielen Fällen bei uns aufgewachsen sind, auch die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben? Ich habe als Bürgermeister all diejenigen in der Stadt Hamburg angeschrieben, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, aber schon acht Jahre oder länger in Deutschland leben. Das sind - wir wissen es genau - 137.000 in der Stadt Hamburg. Mittlerweile haben wir fast 90.000 davon angeschrieben. Das Ergebnis dieser persönlichen Einladung zum Erwerb der Staatsangehörigkeit ist eine massive Steigerung der Beratungsgespräche und eine Steigerung der Einbürgerungsquote um 40 Prozent. Ich glaube, das ist ein sehr, sehr ermutigendes Signal.

(BEIFALL)

Es gibt kaum etwas Bewegenderes, als wenn wir in dem größten und schönsten Saal der Stadt Hamburg in unserem Rathaus eine Einbürgerungsfeier haben, wo ganz viele zusammenkommen, wir einigen exemplarisch die Urkunden überreichen, ganz viele mit ihren Familien kommen, sich hinterher noch ganz lange mit dem Bürgermeister für die eigenen Familienalben fotografieren lassen, und was man sonst so im Internet verbreiten kann. Man sieht: Hier findet ein ganz wichtiger Integrationschritt statt.

Ich bin überzeugt, dass wir recht daran tun, diese Sache noch einmal voranzubringen. Deshalb bin ich sehr, sehr dafür, dass wir bei den Koalitionsverhandlungen durchsetzen, dass die heutigen Hürden zum Erwerb der Staatsangehörigkeit beseitigt werden. Der Optionszwang muss in der Tat verschwinden, und wir brauchen die Hinnahme der Mehrstaatlichkeit, damit sich noch mehr für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, als Arbeitsminister habe ich versucht, ein wenig dazu beizutragen, dass Mindestlöhne in Deutschland vorankommen. Das ist gelungen. Es sind viele zusätzliche Branchen in das Arbeitnehmerentendegesetz aufgenommen worden. Damals waren wir uns alle sicher: Das ist der Durchbruch. Am Ende wird es das geben, was wir anstreben: Einen flächendeckenden allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Ich bin davon überzeugt, dass wir jetzt bei diesen Koalitionsverhandlungen den Sack zumachen müssen. Das, was wir damals begonnen haben, muss jetzt zu Ende geführt werden, und ein solcher flächendeckender Mindestlohn muss kommen, damit klar ist: Wer sich anstrengt, wer sich Mühe gibt, wer den ganzen Tag arbeitet, muss von dieser Arbeit auch leben können. Wir brauchen einen Schutz vor dem freien Fall nach unten. Das ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern das ist auch eine Frage der Würde und der Moral.

(BEIFALL)

Ansonsten habe ich mich in den letzten Jahren hier im Parteivorstand unter anderem um die Antragskommission gekümmert. Ich habe gestern schon gesagt: Eine tolle Zusammenarbeit mit vielen Genossinnen und Genossen aus der gesamten Partei. Ich glaube, wir haben es immer hinbekommen, dass wir gemeinsam Beschlüsse fassen können, die uns zusammenführen. Das soll auch in Zukunft so sein. - Schönen Dank.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Danke, Olaf. - Das Wort hat Manuela.

Manuela Schwesig, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen, vor vier Jahren habe ich mich in Dresden zum ersten Mal zur Wahl als Parteivize gestellt. Damals war ich die Neue, und ich hoffe natürlich, dass die meisten oder ihr alle mich jetzt inzwischen gut kennengelernt habt.

(BEIFALL)

Ich bin 39 Jahre alt und habe einen Sohn. Ich bin in meinem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern Arbeits- und Sozialministerin und weiß deshalb um die großen Probleme und Sorgen in dem Bereich der sozialen Gerechtigkeit, aber auch um das große Problem, dass gerade Kinder, die mit schlechteren Startchancen aus Familien kommen, gute Unterstützung brauchen, gute Bildungschancen von Anfang an, von der Kita

über die Ganztagschule bis hin zur Ausbildung und zum Studium. Deshalb ist es mir wichtig, dass wir uns für diese Bildungschancen einsetzen, weil sie der Schlüssel für die soziale Gerechtigkeit sind.

Ich hatte damals vor vier Jahren von euch einen großen Vertrauensvorschuss bei der Wahl bekommen. Dafür sage ich ein herzliches Dankeschön. Mein Anspruch war, diesen Vertrauensvorschuss einzulösen, mit zu gestalten an unserem Markenkern soziale Gerechtigkeit, dafür zu stehen, zu kämpfen, aber vor allem vor Ort zu sein. Es gab viele Gelegenheiten. Wir hatten viele Kommunalwahlen, 14 Landtagswahlen, und es hat Spaß gemacht, gemeinsam zu kämpfen. Ich hatte dadurch die Chance, unsere Partei von Ost bis West, von Nord bis Süd kennenzulernen, in über 300 Terminen viele engagierte jungen Menschen, Frauen und Männer in unserer Partei.

Deshalb möchte ich heute auch die Gelegenheit nutzen, uns gemeinsam Mut zu machen. Ja, die Nachdenklichkeit, die Skepsis, die Sorge, wie es in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten weitergeht, ist zu spüren. Die ist auch hier im Saal zu spüren. Ich kann das verstehen, denn es geht uns ja auch so. Es geht mir auch so. Aber ich möchte uns Mut machen. Wir haben keinen Grund, verzagt zu sein. Wir haben uns in den letzten vier Jahren supergut aufgestellt, alleine im Bereich der Familienpolitik. Mir hat es damals wehgetan, dass wir 2009 den Kompetenzvorsprung in diesem Bereich bei der CDU und CSU hatten. Aber es ist anders geworden. Heute zeigen die Umfragen - das war selbst im Wahlergebnis zu sehen - in der Analyse, dass wir diesen Kompetenzvorsprung wieder zu uns geholt haben. Das ist ein Zeichen dafür, dass die Leute es richtig finden, dass wir für eine moderne Familienpolitik streiten, für die Gleichstellung von Frauen und Männern und auch für die Öffnung der Gesellschaft für alle Lebensformen streiten, dass niemand ausgeschlossen wird, dass wir es unterstützen und wertschätzen, wenn Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, egal in welchen Konstellationen: ob in Paaren, mit Trauschein oder ohne, ob in Regenbogenfamilien, ob in Patchworkfamilien, ob es Alleinerziehende sind. Alle haben unsere Unterstützung verdient. Das ist unser modernes Familienbild. Das verdient Unterstützung, und das bekommt auch Unterstützung bei den Bürgerinnen und Bürgern. Deswegen ist es wichtig, dass wir weiter dafür kämpfen, natürlich jetzt in den Verhandlungen, aber auch darüber hinaus.

(BEIFALL)

Aber es geht nicht nur darum, wie es jetzt in Berlin und im Bund weitergeht. Wir haben es gehört. Wir haben allein in 2014 drei wichtige Landtagswahlen. Wir haben eine Europawahl, und wir können auch stolz darauf sein, dass aus unseren Reihen der Spitzenkandidat Martin Schulz kommt.

Deswegen wird es Sinn machen, gemeinsam zu kämpfen: bei der Europawahl, bei der Landtagswahl, aber auch in den wichtigen Kommunalwahlen vor Ort. Denn da ist unsere Partei stark. Da müssen wir und da möchte ich weiter präsent sein.

Es gibt zwei Dinge, die wir in den nächsten Jahren in der SPD erreichen müssen – gestern noch haben wir das mit einem Antrag begleitet –: Diese Partei muss vor allem weiblicher werden. Für mich geht es da nicht um Vorzeigefrauen. Für mich heißt das, dass in der Struktur, in der Fläche Frauen unterstützt werden müssen. Ich sehe meine Verantwortung insofern, als wir Frauen, die wir von der Partei in einer Führungsposition getragen werden, jetzt dafür sorgen müssen, dass auch die anderen Frauen zum Zuge kommen. Das ist unsere Aufgabe.

(BEIFALL)

Es gibt einen zweiten Punkt, der mich umtreibt: Mittlerweile gibt es viele weiße Flächen im Land. Wir als SPD sind nicht mehr überall präsent. Das ist ein großes strukturelles Problem, und zwar nicht nur im Osten. Ich habe auch westdeutsche Regionen erlebt, bei denen das so ist. Es ist gar kein Ost-West-Problem. Ich glaube, wir müssen uns gemeinsam Gedanken machen, wie wir gerade in den strukturschwachen Regionen wieder präsenter werden. Denn wir dürfen keine weißen Flecken lassen.

Ich sage das deshalb bewusst, weil ich aus einem Bundesland komme, wo die Nazis unterwegs sind. Sie versuchen, sich in die Demokratie einzuschleichen. Unter dem Deckmantel des sozialen Engagements versuchen sie, Kitas zu übernehmen, und wollen in Vereinen und Verbänden unterwegs. Sie verstecken ihr eigentliches Gesicht; ich erlebe das ja in einem Parlament. Deswegen ist es mir auch wichtig, dass wir – bei allen Verhandlungen, Problemen, Entscheidungen, die es derzeit gibt – weiter dafür kämpfen: kein Platz für die neuen Nazis! Wir müssen uns weiter für ein NPD-Verbot starkmachen. Und vor allem müssen wir da präsent sein, wo sonst die Nazis sind. Da, wo wir sind, kann kein Nazi sein. Das muss unser Motto sein!

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden in den nächsten Tagen und Wochen schwere Verhandlungen vor uns haben. Am Ende werden wir gemeinsam entscheiden müssen, wie es für uns auf Bundesebene weitergeht. Ich finde es gut, dass wir diese Entscheidung mit einem Mitgliedervotum fällen. Egal wie diese Entscheidung ausgeht: Kein Weg wird einfach sein. Deshalb liegt es mir am Herzen, dass wir diesen Weg weiter geschlossen gehen, dass wir uns gemeinsam vertrauen und eines immer im Blick haben: Die SPD steht für soziale Gerechtigkeit. Das erwarten die Menschen von uns, und das muss auch immer dann, wenn wir handeln und Verantwortung tragen, dabei rauskommen. Deswegen möchte ich weiter diesen Weg begleiten in der Führungsspitze unserer Partei. Ich bin stolz darauf, dass ich dabei sein kann, und ich würde mich freuen, wenn ihr mich weiterhin unterstützt. – Vielen Dank.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Manuela. Bevor wir in den Wahlgang einsteigen, begrüßt mit mir Klaus-Peter Hesse, den Geschäftsführer des Zentralen Immobilien Ausschusses, hier bei uns auf dem Parteitag. Herzlich willkommen!

(BEIFALL)

WAHL DER STELLVERTRETENDEN PARTEIVORSITZENDEN

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir kommen jetzt zur Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden. Hat jede Delegierte, hat jeder Delegierte ein Abstimmungsgerät bekommen? – Es erheben sich nur wenige Hände. Bitte streckt euch in Richtung der Kollegen in den weißen Hemden; dann wird gleich ein Abstimmungsgerät zu euch gebracht werden.

Die nächsten Wahlen finden in der statutarischen Reihenfolge statt – erst die Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden, dann der Generalsekretärin, dann der Schatzmeisterin und dann des Verantwortlichen beim Parteivorstand für die Europäische Union –, und zwar nach demselben Muster, wie wir gestern den Parteivorsitzenden gewählt haben.

Wir beginnen wieder damit, dass jeder sein Gerät und die weiße Chipkarte zur Hand nimmt. Ihr nehmt eure Chipkarte und führt sie bitte mit dem goldenen Chip nach oben ein. Wer es vergessen hat: Der Schlitz ist auf der rechten Seite; links funktioniert das nicht. Wenn nachher der Wahlgang eröffnet ist, dann leuchtet das LED oben links grün, wenn ihr es richtig gemacht hat. Es leuchtet rot, wenn die Chipkarte falsch herum eingesteckt wurde. Und wenn gar nichts drin ist, dann blinkt es grün; aber das kann ja nicht mehr passieren.

Noch einige allgemeine Hinweise: Nach unserem Statut, liebe Genossinnen und Genossen, sollen die stellvertretenden Vorsitzenden in getrennten Wahlgängen gewählt werden. Gemeint ist, dass die Wahl in Einzelwahl und nicht in Listenwahl erfolgen muss. Das Präsidium hat euch in der Vergangenheit immer empfohlen, diese Wahlgänge als verbundene Einzelwahl durchzuführen. Das hat Wahlgänge und Zeit gespart. Wir empfehlen euch, dies beizubehalten, indem wir zuerst alle fünf Stellvertreterinnen und Stellvertreter wählen und erst dann das Ergebnis gemeinsam bekannt geben. Hat jemand Einwände gegen diesen Vorschlag? – Das ist nicht der Fall. Vielen Dank.

An die Medienvertreterinnen und Medienvertreter noch einmal der wichtige und sehr ernst gemeinte Hinweis – er gilt für alle Wahlgänge des heutigen Tages –: Bitte halten Sie Ihre Kameras nicht auf die Abstimmgeräte. Diese Wahl ist geheim. Wir möchten, dass Sie das respektieren. Wenn Delegierte den Eindruck haben, dass Sie das nicht tun, kommen Sie dem Wunsch der Delegierten bitte unverzüglich nach.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, da die fünf Kandidaten jeweils ohne Gegenkandidat sind, ist das Verfahren der Wahl genau wie gestern: Ihr drückt die Tasten 1, 2 oder 3. Wer zustimmen will, der drückt die 1. Wenn er sicher ist, dass diese Entscheidung richtig ist, drückt er auf Enter. Enter war die kleine Taste über dem C auf der linken Seite eures Gerätes. Wer ablehnen, also mit Nein stimmen will, der drückt die 2 und dann auf Enter. Wer meint, sich enthalten zu müssen, drückt die 3 und dann auf Enter. Die Wahl kann so lange noch korrigiert werden, wie Enter nicht gedrückt wurde. Man korrigiert mit C; das ist die rot gefärbte Taste, mit der man verhindern kann, dass die Wahl ungültig wird. Das sage ich insbesondere den 16, die es gestern nicht geschafft haben.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Ihr werdet euch gefragt haben: Wie um alles in der Welt bekommt man es hin, ungültig abzustimmen? Genauso wie früher! Früher haben die, die nicht in der Lage waren, klar Ja oder Nein zu sagen, zwei Kreuze auf ihrem Zettel gemacht. Heute passiert es, wenn man 1 und Enter, 2 und Enter, 3 und Enter drückt. Dann sagt die Karte: Der ist ein bisschen blöd, das ist ungültig. Ich finde, wir sollten klar Ja oder Nein sagen. „Ich kann es nicht“ sollten wir nicht sagen.

(HEITERKEIT)

Solltet ihr immer noch Zweifel haben, wendet euch vertrauensvoll an die Menschen, die neben euch sitzen; die haben es gestern verstanden.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Ich glaube, das Verfahren ist im Prinzip verstanden. Nach § 23 Abs. 3 unseres Organisationsstatutes ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Nach 23

Abs. 1 Satz 5 unseres Organisationsstatuts soll die Geschlechterquote auch bei der Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter Berücksichtigung finden.

Bei fünf Kandidatinnen und Kandidaten haben wir zwei Männer und drei Frauen. Damit ist § 23 Abs. 1 Satz 5 des Statuts erfüllt.

Gibt es noch Fragen, wie man wählt? - Wenn das nicht so ist, dann würden wir jetzt - das ist wichtig - fünfmal nacheinander wählen. Bitte geht nicht raus, wenn ihr jetzt einmal bei Hannelore gewählt habt, weil ihr denkt, das war es. Erst dann, wenn ich Manuela aufgerufen habe und ihr „Enter“ gedrückt habt, war es das, vorher bitte nicht. Es wird jetzt also fünfmal ein Wahlgang eröffnet und wieder geschlossen. Das dauert jedes Mal ein bisschen. Das heißt, ihr braucht jetzt ein wenig Zeitdisziplin und Konzentration. Bleibt bitte hier im Raum.

Ich sehe keine weiteren Fragen.

Ich rufe für die erste Stellvertreterwahl die Wahl von Hannelore Kraft auf. Ich eröffne den Wahlgang. - Genossinnen und Genossen, hat jeder seine Stimme abgegeben? - Ich sehe keinen Protest. Damit ist der Wahlgang für Hannelore Kraft geschlossen.

Wir müssen jetzt einen kleinen Augenblick abwarten, bis die Stimmen technisch alle erfasst sind. Ich bitte um ein klein wenig Geduld. - Die Stimmen sind alle angekommen.

Wir kommen zur zweiten Stellvertreterwahl, zur Wahl von Aydan Özoğuz. Die Wahl für Aydan Özoğuz ist eröffnet. - Hat jeder seine Stimme für Aydan abgegeben? - Das scheint so zu sein. Damit ist der Wahlgang für Aydan Özoğuz geschlossen. - Auch hier sind die Stimmen eingegangen.

Wir kommen damit zur dritten Stellvertreterwahl. Zur Wahl steht Thorsten Schäfer-Gümbel. Die Wahl für Thorsten ist eröffnet. - Hat jeder seine Stimme für Thorsten abgegeben? - Ich höre keinen Widerspruch. Damit ist die Wahl für Thorsten Schäfer-Gümbel geschlossen.

Wir kommen zur nächsten Stellvertreterwahl. Zur Wahl steht Olaf Scholz. Der Wahlgang für Olaf ist hiermit eröffnet. - Haben alle ihre Stimme für Olaf abgegeben? - Ich höre keinen Widerspruch. Damit ist der Wahlgang für Olaf Scholz geschlossen.

Damit kommen wir zu letzten Stellvertreterwahl, der fünften. Zur Wahl steht Manuela Schwesig. Der Wahlgang für Manuela ist hiermit eröffnet. - Haben alle ihre Stimme für Manuela abgegeben? - Ich höre keinen Widerspruch. Damit ist der Wahlgang für Manuela Schwesig geschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es dauert jetzt wieder einen kleinen Augenblick. Das Ergebnis muss von der Mandatsprüfungskommission überprüft und uns dann anschließend mitgeteilt werden. Wir gehen im Anschluss sofort in die Wahl der Generalsekretärin über. Ich bitte euch, dieses zu beachten, wenn ihr jetzt einmal kurz - ich betone: kurz - den Saal verlassen wollt. Seid bitte gleich wieder da. Die Wahl der Generalsekretärin schließt sich unmittelbar an die Bekanntgabe des Ergebnisses und die Glückwünsche an. So lange ist der Parteitag unterbrochen.

- UNTERBRECHUNG VON 10.44 BIS 10.52 UHR -

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, bitte kommt langsam wieder ins Plenum; das Ergebnis wird gleich vorliegen. Bis dahin freue ich mich, gemeinsam mit euch den Bundesvorsitzenden der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Thomas Eigenthaler, zu begrüßen. Lieber Thomas, schön, dass du bei uns bist.

(BEIFALL)

Miriam hat das Ergebnis. Wir sind gespannt.

WAHLERGEBNIS DER STELLVERTRETENDEN PARTEIVORSITZENDEN

Miriam Pichler, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe jetzt die Ergebnisse zu den Wahlen der stellvertretenden Vorsitzenden bekannt.

Ich fange mit Hannelore Kraft an: Es wurden 598 Stimmen abgegeben, wovon eine ungültig war. Somit gab es 597 gültige Stimmen. Mit Ja haben gestimmt 511, enthalten haben sich 24, mit Nein haben gestimmt 62. Das bedeutet eine Zustimmung von 85,6 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen. Herzlichen Glückwunsch, Hannelore.

(BEIFALL)

Es geht weiter mit der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden Aydan Özoğuz: Es wurden 597 Stimmen abgeben, wieder war eine davon ungültig. Somit gab es 596 gültige Stimmen. Mit Ja haben gestimmt 476, 38 haben sich enthalten, und mit Nein haben gestimmt 82. Das bedeutet eine Zustimmung von 79,9 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen. Herzlichen Glückwunsch.

(BEIFALL)

Es geht weiter mit Thorsten Schäfer-Gümbel: Es wurden 594 Stimmen abgeben, wovon eine ungültig war. Somit haben wir 593 gültige Stimmen. Mit Ja haben gestimmt 527,

(BEIFALL)

es gab 20 Enthaltungen, und mit Nein haben gestimmt 46. Das bedeutet eine Zustimmung von 88,9 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen. Herzlichen Glückwunsch.

(BEIFALL)

Weiter geht es mit Olaf Scholz: Es wurden 600 Stimmen abgeben, wovon eine ungültig war. Somit haben wir 599 gültige Stimmen. Mit Ja haben gestimmt 403, Enthaltungen gab es 50, mit Nein haben gestimmt 164. Das bedeutet eine Zustimmung von 67,3 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen. Herzlichen Glückwunsch.

(BEIFALL)

Jetzt kommen wir zu Manuela Schwesig: Es wurden 604 Stimmen abgegeben, wovon eine ungültig war. Es gab somit 603 gültige Stimmen. Mit Ja haben gestimmt 483, Enthaltungen gab es 23, mit Nein haben gestimmt 97. Dies bedeutet eine Zustimmung von 80,1 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen. Herzlichen Glückwunsch.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, auch von mir herzlichen Glückwunsch allen Gewählten. Um das jetzt rund zu machen, müssen alle fünf die Wahl noch annehmen.

Hannelore, ich frage dich: Nimmst du die Wahl an?

Hannelore Kraft, stellvertretende Vorsitzende: Ja, ich nehme die Wahl gerne an.

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Aydan, nimmst du die Wahl an?

Aydan Özoğuz, stellvertretende Vorsitzende: Ja, danke.

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Thorsten, nimmst du die Wahl an?

Thorsten Schäfer-Gümbel, stellvertretender Vorsitzender: Ja, danke schön.

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Olaf, nimmst du die Wahl an?

Olaf Scholz, stellvertretender Vorsitzender: Ja.

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Manuela, nimmst du die Wahl an?

Manuela Schwesig, stellvertretende Vorsitzende: Ja, danke.

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Herzlichen Glückwunsch, wir freuen uns.

(BEIFALL)

WAHL DER GENERALSEKRETÄRIN

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir kommen zur Wahl der Generalsekretärin und beginnen mit der Vorstellung.

Andrea Nahles, Generalsekretärin: Guten Morgen auch von meiner Seite, liebe Genossinnen und Genossen. Mein Namen ist Andrea Nahles. Ich bin 43 Jahre alt, ich habe eine kleine Tochter, und ich habe vor allem einen klasse Mann, der mir hilft, das alles unter einen Hut zu bringen.

(BEIFALL)

Als ihr mich 2009 zur Generalsekretärin gewählt habt, bin ich mit Herzblut in diese Aufgabe eingestiegen, und ich habe in diesen vier Jahren eines festgestellt: Es geht viel, wenn man diskutiert, wenn man sich zusammenrauft. Ich kann mich an Parteireformdebatten erinnern, zum Beispiel an den Parteirat in Hannover usw., wo wir uns ordentlich gerauft haben. Ich glaube aber, mit den Ergebnissen können wir alle zufrieden sein. Ich bin sehr froh und dankbar, dass ich diese Arbeit mit eurer Unterstützung, mit der Unterstützung der Landesverbände, der Bezirke und der Mitglieder, in den letzten Jahren machen konnte.

Vor allem eines muss man auch sagen: Als Generalsekretärin steht man zwar immer vorne, aber die Wahrheit ist: Es stehen ganz viele Menschen hinter einem. Gerade, als wir uns angeschickt haben, das Willy-Brandt-Haus stärker zur Dienstleisterin und zum Dienstleister für die Landesverbände zu machen, haben mich vor allem auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses aktiv unterstützt, und auf diese Unterstützung konnte ich mich verlassen. Das war also eine gute Arbeit. Dafür meinen Dank auch an dieser Stelle an alle.

(BEIFALL)

Wir wollen jetzt aber nicht zufrieden sein, weil wir als Partei bei aller Diskussion um Koalitionsverträge derzeit Riesenprojekte vor uns haben. Deswegen bewerbe ich mich heute auch um eure Unterstützung, damit wir in den nächsten Jahren gut vorankommen und vor allem drei Projekte, die jetzt vor uns liegen, anpacken können.

Da ist zum Ersten ganz klar das Mitgliedervotum. Das ist die größte logistische Herausforderung, die wir bisher stemmen mussten. Wir haben das noch nie gemacht, und wir haben deswegen sehr viel darüber nachgedacht, wie wir das machen. Ich bin mir sicher, wir haben mit der Briefwahl einen guten Weg gefunden. Wir werden eine Halle anmieten und 400 bis 500 freiwillige Helferinnen und Helfer haben. Daneben haben wir zwei Hochleistungsschlitzmaschinen - das ist mein Lieblingswort der letzten Woche geworden -, mit denen wir an den Inhalt der Briefumschläge herankommen können.

Also, ihr seht, das sind alles wichtige Aufgaben. Aber vor allem geht es mir darum, die Demokratie in unserer Partei zu stärken. Das war mein Anliegen als Generalsekretärin, und ich hoffe, dass wir das jetzt zum Höhepunkt bringen mit diesem Mitgliedervotum, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich möchte, dass ihr euch auf diese Partei, auf das Willy-Brandt-Haus auch verlassen könnt bei den elf Kommunalwahlen. Unsere Partei ist stark vor Ort, und das wollen wir auch zeigen. Wer da gewinnt oder nicht, das hat mit viel Fleiß und Engagement der Ehrenamtlichen vor Ort zu tun. Deswegen werden wir euch da auch aktiv unterstützen, und ich würde das gerne für euch mitgestalten. Und nicht nur das: Es liegen noch drei Landtagswahlen und die Europawahl vor uns; es gibt also viel zu tun.

Besonders wichtig ist mir aber, dass wir den Leitantrag, den wir gestern beschlossen haben, wirklich ernst nehmen. Ich möchte, dass die SPD die modernste Partei, die schlagkräftigste Partei ist, denn ich möchte, dass wir in diesem Land wieder die Kanzlerin oder den Kanzler stellen, dass wir in der Lage sind, mehrheitsfähig zu werden. Dafür müssen inhaltliche Erneuerung und organisatorische Schlagkraft zusammenkommen. Dafür will ich weiter mit allem Einsatz kämpfen und bitte um euer Vertrauen.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Andrea. - Um das zu tun, müssen wir in die Wahl der Generalsekretärin unserer Partei eintreten. Wir brauchen wieder unser Abstimmungsgerät und die Chipkarte. Wir haben eine Einzelwahl gemäß § 7 unserer Wahlordnung. Noch einmal der Hinweis an die Kameras: Auch dies ist eine geheime Wahl. Wir haben keine Gegenkandidatin und keinen Gegenkandidaten. Das heißt für euch, die 1, die 2 und die 3 haben die Bedeutung, wie wir sie jetzt miteinander verinnerlicht haben. Nach § 23 Abs. 3 unseres Organisationsstatutes ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Gibt es noch Fragen zur Prozedur, insbesondere welche Bedeutung die 1 hat? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich den Wahlgang zur Wahl der Generalsekretärin.

Hat jede, hat jeder ihre oder seine Stimme abgegeben für Andrea? - Gibt es noch Delegierte, die nicht ihre Stimme abgegeben haben für Andrea? - Ich höre keinen Widerspruch. Damit ist der Wahlgang für Andrea Nahles geschlossen.

Wir haben jetzt wieder einen kleinen Augenblick des Auszählens. Bitte bleibt im Plenum, weil wir unmittelbar im Anschluss die Wahl der Schatzmeisterin durchführen wollen. Also bitte nicht hinausgehen; es geht in wenigen Minuten weiter. Bis dahin ist der Parteitag unterbrochen.

- UNTERBRECHUNG VON 11.06 BIS 11.09 UHR –

Das Ergebnis für Andrea liegt vor. Miriam wird es uns mitteilen. - Bitte kommt in den Saal zurück; wir wählen sofort die Schatzmeisterin.

Miriam Pichler, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Ich gebe nun die Ergebnisse der Wahl zur Generalsekretärin bekannt. Es wurden 603 Stimmen abgegeben, davon waren 0 ungültig.

(BEIFALL)

Wir haben es geschafft! Also hatten wir auch 603 gültige Stimmen. Mit Ja haben gestimmt 405, enthalten haben sich 41, mit Nein haben gestimmt 157. Dies bedeutet eine Zustimmung von 67,2 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen. Herzlichen Glückwunsch zur Wahl!

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Andrea, auch von mir herzlichen Glückwunsch zu deiner Wahl. Nimmst du die Wahl an?

Andrea Nahles, Generalsekretärin: Sehr gern!

(BEIFALL)

WAHL DER SCHATZMEISTERIN

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Ganz lieben Dank. - Wir kommen zur Wahl der Schatzmeisterin. Barbara, ich bitte um deine Vorstellung.

Barbara Hendricks, Schatzmeisterin: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin Barbara Hendricks, ich bin 61 Jahre alt. Ich bin die, die für die Zahlen und das Geld zuständig ist. Aber ich bin natürlich darüber hinaus auch an Politik interessiert. Schatzmeisterinnen sind nicht nur Zahlenmenschen.

In den Jahren, seit ich Schatzmeisterin bin, habe ich, wie auch ihr alle, mit unserer Partei schon viel erlebt. Es gab mehrere Parteivorsitzende, jetzt seit vier Jahren den einen; das ist hilfreich, ich glaube, für uns alle. Seit vier Jahren besteht auch die Zusammenarbeit mit Andrea Nahles als Generalsekretärin. Ich kann sagen, dass wir eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit gehabt haben und sicher auch in der Zukunft haben werden, sofern ihr mir euer Vertrauen gebt.

Auch auf die Gefahr hin, dass ich meinem eigenen Wahlergebnis jetzt schade: So hättet ihr - ich weiß, man soll keine Publikumsbeschimpfung machen - mit Andrea nicht umgehen sollen.

(LEBHAFTER BEIFALL)

All das, was wir zum Beispiel als zusätzliche innerparteiliche Demokratie gemacht haben, bedeutet einen hohen Arbeitsaufwand, zum Beispiel der Prozess der Verabschiedung unseres Programms mit Bürgerbeteiligung und der Bürgerkonvent; das ist ein völlig neues Instrument. Was jetzt vor uns liegt mit dem Mitglieder-votum, ist ebenfalls ein völlig neues Instrument in dieser Form. Das ist sehr viel Arbeit. Daran arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses hart, auch die aus meiner Schatzmeisterei. Aber das war immer ganz besonders viel Arbeit, auch für Andrea. Natürlich muss es auch finanziert werden - da kommt dann meine Rolle ins Spiel -; denn die neuen Formen der innerparteilichen Demokratie sind bei weitem nicht kostenfrei zu haben. Das ist nicht zu bestreiten, das ist aber okay so; man muss es nur wissen. Deswegen werden in dem Zusammenhang in Zukunft auch noch weitere Anforderungen an uns gestellt werden.

In den letzten Jahren ist viel geleistet worden, auch die Durchführung eines wirklich hervorragenden Wahlkampfes mit neuen Formen der Präsentation. Ihr wart eigentlich alle zufrieden damit. Auch der Spitzenkandidat war sehr zufrieden mit dieser neuen Anmutung, die wir im Wahlkampf hatten. Und wir haben gemeinsam - ich habe das gestern schon gesagt - auch die geplanten Wahlkampfkosten einhalten können. Das ist eher ungewöhnlich.

Alles in allem ist also eine anständige Arbeit abgeliefert worden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses, insbesondere von Andrea und ich glaube, auch von mir. Ich bitte euch um euer Vertrauen.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Ganz herzlichen Dank, liebe Barbara. - Wir kommen zur Wahl der Schatzmeisterin. Gleiches Prozedere: Abstimmungsgerät, Chipkarte, Einzelwahl gemäß § 7 unserer Wahlordnung. Wir können zustimmen, wir können ablehnen, wir können uns enthalten mit 1, 2 oder 3. Nach § 23

Abs. 3 unseres Organisationsstatutes ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Gibt es noch Fragen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist hiermit der Wahlgang zur Wahl der Schatzmeisterin eröffnet.

Haben alle ihre Stimmen abgegeben? Ich dachte schon, es geht so schnell, dass ich nichts mehr sagen muss. Sehe ich irgendjemanden, der es nicht hat? - Damit ist der Wahlgang für Barbara geschlossen.

(STARKER BEIFALL)

Wir haben das Ergebnis zur Wahl der Schatzmeisterin. Miriam, bitte!

Miriam Pichler, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe das Ergebnis der Wahl zur Schatzmeisterin bekannt. Es wurden 590 Stimmen abgegeben. Davon waren null ungültig. Somit haben wir 590 gültige Stimmen. Mit Ja haben 469 gestimmt. Es haben sich 36 enthalten, und mit Nein haben 85 gestimmt. Dies bedeutet eine Zustimmung von 79,5 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen. Herzlichen Glückwunsch!

(BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Barbara, auch von mir herzlichen Glückwunsch zu deiner Wahl. Nimmst du die Wahl an?

Barbara Hendricks, Schatzmeisterin: Ja.

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Ganz lieben Dank. Herzlichen Glückwunsch von uns allen!

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und liebe Genossen, wir haben gestern viel über die Bedeutung der Europawahl gehört. Wir haben viel über den Auftrag gehört, den wir auch europäisch als Sozialdemokraten nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa haben. Wir wollen das mit einem Leitantrag „Neues Vertrauen für ein besseres Europa“ unterfüttern. Ich freue mich sehr, dass der Präsident des Europäischen Parlaments und der Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokratie, Martin Schulz, diesen Leitantrag nun einbringt. Martin, du hast das Wort.

(BEIFALL)

LEITANTRAG „NEUES VERTRAUEN FÜR EIN BESSERES EUROPA“

Martin Schulz, Beauftragter des SPD-Parteivorstandes für die Europäische Union: Vielen Dank, Torsten. – Liebe Genossinnen und Genossen, unser Leitantrag ist mit „Neues Vertrauen für ein besseres Europa“ überschrieben. In den letzten Jahren ist viel Vertrauen in das europäische Einigungswerk verloren gegangen. Es gibt immer mehr Menschen, die an der Europäischen Union, so wie sie heute ist, zweifeln. Es hat

überhaupt keinen Sinn, dass wir uns die Welt schönreden. Ja, die Europäische Union ist in einem schlechten Zustand, und sie muss reformiert werden. Sie muss verbessert werden. Sie ist weder sozial gerecht, noch ist sie effektiv. Und sie droht in Einzelteile zu zerfallen.

Wir sind gemeinsam mit der gesamten europäischen Sozialdemokratie aufgefordert, auf diese Entwicklung eine Antwort zu geben: Es mag sein, dass Europa schlecht regiert wird. Es mag sein, dass die Europäische Union nicht in einem guten Zustand ist. Es mag sein, dass sie zu bürokratisch ist, und ganz sicher ist die EU nicht demokratisch legitimiert genug.

Hinzu kommt, dass der Satz, dass es keine Alternative zum europäischen Einigungsprozess gibt, falsch ist. Die Ultrationalisten, die den europäischen Einigungsprozess, die Kooperation von Nationen und Staaten über Grenzen hinweg, zurückabwickeln wollen, werden in vielen Ländern stärker und formulieren ihre nationalistische Alternative.

In Den Haag hat sich vor wenigen Tagen eine europaweite Bewegung der Ultrationalisten gebildet. Diesen Parteien und ihren Leuten müssen wir in aller Deutlichkeit entgegentreten und ihnen und den Europäerinnen und Europäern sagen: Der Nationalismus hat Europa immer nur Zerstörung, Krieg, Leid und Elend gebracht.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, diese Herausforderung ist nichts Abstraktes, sie ist etwas sehr Konkretes. Enrico Letta hat gestern berichtet, dass er – und das fand ich mutig – in Italien eine afrikanischstämmige Ministerin benannt hat. Ein symbolischer Schritt, der von Abgeordneten der Lega Nord mit dem Satz beantwortet wurde: „Aber man kann doch solche Leute nicht zum Minister machen“.

Auf die Frage eines italienischen Journalisten, Herr Balotelli sei doch auch ein Schwarzer, antwortete ein Abgeordneter im Europa-Parlament: „Das ist ja schon ein Unterschied, ob einer schwarz ist und gegen einen Ball tritt oder ob er Minister ist“. Wollen wir, dass im nächsten Europa-Parlament dieser Geist regiert, oder wollen wir die Europawahl nutzen, um diesen Leuten zu sagen: Für euch ist im sozial und demokratisch geprägten Europa kein Platz. Darum geht es bei der Europawahl.

(BEIFALL)

Europa ist eine faszinierende Idee! Sie bleibt historisch die richtige Antwort der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf die erste Hälfte. Die Idee, dass Staaten und Völker über Grenzen hinweg zusammenarbeiten und gemeinsame Institutionen und Organe aufbauen, die einen Rahmen für einen fairen Interessenausgleich schaffen, ist aber nicht nur die Antwort auf Jahrhunderte des Krieges und der Zerstörung. Sie ist zugleich die Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Die europäische Zusammenarbeit stellt sicher, dass die großen Mitgliedstaaten den kleinen Mitgliedstaaten keine Lektionen erteilen. Dass wirtschaftlich und politisch starke Mitgliedstaaten ihre Stärke nicht gegen die Schwächeren ausspielen und sichergestellt ist, dass die Großen und Kleinen auf gleicher Augenhöhe kooperieren. Diese Grundidee von Europa ist weiter richtig und wird von den Europäerinnen und Europäern auch unterstützt. Zugleich ist es aber so, dass immer weniger Menschen den Eindruck haben, dass diese Idee in der EU hochgehalten wird: Wenn ich in Athen bin, sehe ich Menschen in Mülltonnen

wählen, weil sie etwas zu essen suchen. Zugleich wissen wir, dass reiche Griechen in Berlin die teuersten Wohnungen kaufen und ihr Kapital ins Ausland gebracht haben und keine Steuern bezahlen. Diese Art von Entwicklungen führen dazu, dass sich die Leute von Europa abwenden.

(BEIFALL)

Stattdessen muss es darum gehen, ganz konkret deutlich und erfahrbar zu machen, dass Europa einen Mehrwert für soziale Gerechtigkeit haben kann. So müssen wir etwa in Zukunft in Europa dafür sorgen, dass Unternehmen ihre Gewinne in dem Land versteuern, in dem die Gewinne anfallen. Es kann doch nicht sein, dass Konzerne Milliardengewinne machen und durch Konzernstrukturen ihre Gewinne in Europa nicht versteuern müssen. Es muss das simple und einfache Prinzip gelten: Dort, wo Unternehmen ihren Gewinn erzielen, dort müssen sie Steuern bezahlen.

(BEIFALL)

Außerdem müssen wir die Bekämpfung und Schließung der Steueroasen durch Europa und in Europa vorantreiben. Das ist eine weitere zentrale Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Und bei sich Europa beweisen muss.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit haben wir in unserem Leit-antrag und übrigens auch in den laufenden Koalitionsverhandlungen ganz oben auf unserer Prioritätenliste gesetzt. Ich will euch erläutern, warum dies für uns ein solch zentrales Anliegen ist: Folgendes Erlebnis hat mich tief bewegt. Ich habe in Madrid 30 junge Frauen und Männer im Alter zwischen 18 und 29 Jahren getroffen, zum Teil mit zwei akademischen Abschlüssen - alle arbeitslos!. Unter ihnen eine junge Frau, die mir gesagt hat: „Ich habe zwei Abschlüsse. Ich bin Architektin und Psychologin, 26 Jahre alt, und habe zwei Prädikatsabschlüsse.“

Ich habe sie gefragt: „Was machen Sie jetzt?“ „In Spanien“, sagte die junge Frau, „gibt es für mich keinen Platz und keine Zukunft.“ Es ist dramatisch, dass es für eine 26-jährige junge Frau, die zwei Abschlüsse hat, die Architektin und Psychologin ist, keine Möglichkeit gibt, sich in Spanien eine Zukunft aufzubauen. Sie hat mir gesagt: „Ich wandere nach Lateinamerika aus.“ Ich habe ihr nicht gesagt, dass der Botschafter des lateinamerikanischen Landes, in das sie auswandern will, mir wenige Tage zuvor gesagt hatte, dass sein Land in diesem Jahr die Grenzen für Europäer und Europäerinnen schließen will.

Wir sind der reichste Kontinent der Erde und lassen zu, dass in manchen Ländern mehr als 50% junger Männer und Frauen, die vielleicht am besten ausgebildete Generation, arbeitslos sind. Das ist kein Problem, das uns in Deutschland und gerade uns als Sozialdemokraten gleichgültig lassen kann. Das ist ein Problem, das den Zusammenhalt unserer Gesellschaften und auch die Zukunft des europäischen Einigungsprozesses zerstören kann.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, dieses Problem lösen wir auch nicht dadurch, dass wir einige dieser gut ausgebildeten jungen Menschen aktiv nach Deutschland holen. Damit organisieren wir den Wegzug der am besten ausgebildeten Leute und schaden somit den europäischen Volkswirtschaften mittel- und langfristig.

Deshalb muss es darum gehen, durch die europäische Strukturpolitik in diesen Regionen Wirtschaftswachstum zu stimulieren, damit die jungen Leute wieder bei sich vor Ort Jobperspektiven bekommen.

(BEIFALL)

Außerdem müssen wir eine der wohl fatalsten Fehlentwicklungen der letzten Jahre korrigieren: Die einseitige Austeritätspolitik in Europa. Wir sehen doch, dass die drastischen Haushaltskürzungen, die nunmehr in das fünfte oder sechste Jahr gehen viele Länder in die Rezession getrieben haben und die Staatsschuldenkrise dadurch weiter verschärft wurde.

Selbstverständlich ist die Sanierung der nationalen Haushalte notwendig. Haushaltssanierung und der Abbau von Staatsschulden ist auch eine Gerechtigkeitsfrage, insbesondere eine Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Man muss kein Professor der Volkswirtschaftslehre sein, um zu begreifen: Ohne Wirtschaftswachstum, ohne Verbesserung der Einnahmeseite des Staates, wird sich kein Haushalt sanieren lassen. Deshalb brauchen wir wachstumsstimulierende Investitionen. Das ist die Grundvoraussetzung für die Sanierung von Staatshaushalten.

Ich bin stolz darauf, dass es uns den laufenden Verhandlungen mit der Union gelungen ist, eine Abkehr von dieser Politik durchzusetzen. Einer der zentralen Sätze des Europakapitels für den möglichen Koalitionsvertrag wird lauten: Wir werden die nachhaltige Haushaltssanierung kombinieren mit strategischen Investitionen in Wachstum und Beschäftigung. Wir werden den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit an die erste Stelle der europapolitischen Aktivitäten einer neuen Bundesregierung setzen. Das ist die Wende, die wir in Europa brauchen. Auch deshalb hat Enrico Letta gestern gesagt: Europa schaut auf die derzeit laufenden Verhandlungen! Lasst uns die Europäerinnen und Europäer, die uns interessiert folgen, nicht enttäuschen, Genossinnen und Genossen! Als aktiver und starker Teil der Bundesregierung und mit einem guten Ergebnis bei der Europawahl können wir der Entwicklung in Europa eine neue Richtung geben, hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich um eine Funktion beworben, die es bis dato bei nicht gab: Die Funktion des gemeinsamen Spitzenkandidaten der europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten für die Nachfolge von José Manuel Barroso an der Spitze der EU-Kommission. Für meine Bewerbung gibt es insbesondere zwei Gründe: Ich glaube erstens, dass die Auswahl des Kommissionspräsidenten, der höchsten Exekutivfunktion, die es in der EU gibt, nicht länger einem Geheimzirkel überlassen bleiben darf. Die Bürgerinnen und Bürger in Europa haben ein Recht darauf, mitzubestimmen, wer die Institution führt, von der sie häufig den Eindruck haben: Das ist eine anonyme Macht, die in unser Alltagsleben hineinwirkt und bei der wir keine Mitwirkungsmöglichkeiten haben. Deshalb glaube ich, dass die neue Möglichkeit im Lissabonner Vertrag, wonach das Europaparlament den Kommissionspräsidenten wählt, eine Chance ist, um die Menschen für die Europawahl und die Zukunft Europas zu interessieren. Ich hoffe, dass die anderen europäischen Parteienfamilien ebenfalls starke Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen.

Denn es geht um den politischen Wettbewerb in der Frage: Welches Europa wollen wir? Wollen wir ein soziales, ein demokratisches Europa oder wollen wir ein Europa der Marktfreiheiten, der Liberalisierung und der Privatisierung? Wir brauchen den Wettbewerb von Personen und Köpfen, die gegeneinander mit ihren politischen Programmen antreten und sich um die Exekutivaufgabe in Brüssel bewerben, um die Demokra-

tisierung der EU, die wir dringend brauchen, voranzubringen. Deshalb bewerbe ich mich um dieses Amt. Menschen müssen in Europa entscheiden können, wer in Brüssel die politische Führung innehat. Es darf nicht so sein, dass die 28 Staats- und Regierungschefs das allein für sich reklamieren, wie Nicolas Sarkozy es im französischen Wahlkampf gemacht hat: „Le gouvernement de l’Europe, c’est Angela et moi“, so sagte er damals. Die Regierung von Europa, das sind Angela und ich. Nein, die Regierung von Europa muss die EU-Kommission sein. Und an ihrer Spitze muss der- oder diejenige stehen, die nach der Europawahl im Europäischen Parlament eine Mehrheit findet.

(BEIFALL)

Zweitens bewerbe ich mich, weil ich Vertrauen zurückgewinnen will durch eine Reform der EU-Kommission. Es gibt sie doch, diese faszinierende Idee von Europa. Das ökonomisch zusammengeschlossene Europa, eine starke politische Union, muss die Antworten auf die drängenden weltweiten Herausforderungen geben: Klimawandel, Migrationsfragen, Steuerpolitik, Währungsbeziehungen, die weltweiten Handelsbeziehungen und deren sozial gerechte Ausgestaltung - diese großen Herausforderungen des 21. Jahrhundert kann kein einzelnes Land, auch nicht die Bundesrepublik Deutschland, alleine bewältigen. Das geht nur im Zusammenschluss der 500 Millionen Menschen in 28 Staaten, die sich auf gemeinsamen Werten zur Europäischen Union zusammenschließen.

In den weltweiten Handelsbeziehungen geht es besonders darum, dass die sozialen und die ökologischen Standards und die Grundrechte, die wir verteidigen, nicht unter dem Wettbewerbsdruck, dem Europa in der Welt ausgesetzt ist, unter die Räder kommen. Natürlich brauchen wir einen Binnenmarkt, zu dem jeder Zugang hat. Aber die Staaten, die Zugang zu diesem Binnenmarkt haben, müssen auch akzeptieren, dass nicht der geringste Sozial- und Ökologiestandard und der geringste Respekt vor den Grundrechten zum Wettbewerbsvorteil werden darf. Ich will nicht, dass Frauen und Männer zusammen mit ihren Kindern 15 Stunden am Tag in irgendeiner Bruchbude Hemden nähen, die dann zu europäischen Preisen verhökert werden, aber diese Frauen und Männer in der Produktion nur mit einem halben Dollar bezahlt werden. Ich will, dass Europa es nicht zulässt, dass die hemmungslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ein Wettbewerbsvorteil gegenüber unserer industriellen Produktion ist. Darauf muss sich Europa konzentrieren – und nicht auf irgendwelche Vorschriften, mit denen geregelt wird, ob in Restaurants Olivenöl künftig nur noch in geschlossenen Kännchen auf die Tische gestellt werden darf oder nicht.

(BEIFALL)

Auch deshalb brauchen wir eine Reform des bürokratischen Apparats der EU. Wir werden nur dann Vertrauen in die EU zurückgewinnen, wenn sich die Bürger nicht von der EU gegängelt fühlen, sondern das Gefühl haben, dass die EU in ihrem Interesse handelt. Und genau deshalb will ich diese EU reformieren.

(BEIFALL)

Ich glaube, dass die Idee von Europa gefährdet ist. Aber sie ist nicht deshalb gefährdet, weil die Menschen die Idee nicht wollen. Die Idee von Europa ist unbestritten. Es war Wim Wenders, der in einer Diskussion mal zu mir gesagt hat: Herr Schulz, das hört sich alles toll an, was Sie da sagen; das unterstreiche ich auch. Die Idee von Staaten und Nationen, die über Grenzen hinweg zusammenarbeiten, ist unbestritten. Die meisten Menschen, die ich in Europa treffe, stehen zu dieser Idee. Aber aus dieser Idee ist – das hat Wim Wenders gesagt – die Verwaltung geworden. Und jetzt meinen die Leute, die Verwaltung sei die Idee. Damit hat er recht. Er bringt

das Bauchgefühl von Millionen Menschen damit auf einen Nenner. Aber die Frage ist doch: Geben wir jetzt die Idee auf, oder ändern wir die Verwaltung? Meine Schlussfolgerung ist: Wir müssen Europa entbürokratisieren. Wir müssen Europa demokratisieren. Wir müssen Europa sozial gerechter machen. Dann werden sich die Leute auch wieder für die Idee begeistern.

(BEIFALL)

In diesen Fragen darf man auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs nicht außer Acht lassen. Wir müssen erleben, dass in Schweden, einem traditionell gewerkschaftsfreundlichen und sozial gerechten Land Tarifverträge angefochten werden, und zwar von Betrieben aus anderen Ländern, die unter Berufung auf die Angebotsfreiheit und die Dienstleistungsfreiheit schwedische Tarifverträge unterbieten wollen.

Wir sind zwischenzeitlich in manchen Teilen nicht nur zu einem Europa der wandelnden Scheinarbeitnehmer, sondern auch der wandelnden Scheinselbstständigen geworden, wogegen wir meiner Meinung nach zwingend etwas unternehmen müssen. Dazu gehört ein europäischer und nicht nur ein deutscher Mindestlohn. Es kann nicht sein, dass wir nur in Deutschland den Mindestlohn durchsetzen, sondern klare Standards für Mindestlöhne müssen auch in anderen Ländern gelten, um die Ausbeutung, die mit diesem Scheingewerbe verbunden ist, endlich zu beenden.

(BEIFALL)

Wir haben, nebenbei bemerkt, bereits mit der CDU in dem Europakapitel der Koalitionsvereinbarung festgelegt, dass die Entsenderichtlinie der EU mit diesem Ziel erneuert wird.

Aber ich komme zu dem schwedischen Fall zurück. Da urteilt der Europäische Gerichtshof, dass die Binnenmarktfreiheiten der EU höherrangig seien als das Sozialrecht ihrer Mitgliedstaaten. Ich wiederhole das: Die Freizügigkeit von Dienstleistungen, Waren und Kapital sei höherrangig als die Sozialstandards der Mitgliedstaaten.

Und vor diesem Hintergrund möchte ich Euch einen Satz aus der Vereinbarung, die wir gerade mit der CDU/CSU in den Koalitionsverhandlungen geschlossen haben, nennen. Und ich finde, es ist beachtlich, dass sie dem zugestimmt haben. Konkret heißt das: Die nächste deutsche Regierung wird sich in Europa dafür einsetzen, dass es eine Gleichrangigkeit der sozialen Grundrechte ihrer Mitgliedstaaten mit den Wettbewerbsfreiheiten des europäischen Binnenmarktes gibt. Das ist einer der größten Fortschritte, die wir in den letzten 20 Jahren in Europa erreicht haben. Kein Streikrecht, kein Tarifrecht ist weniger Wert als die Freiheit von Kapital und Transfer in Europa. Das ist das Prinzip, für das wir kämpfen.

(BEIFALL)

Dasselbe gilt auch für die Finanztransaktionssteuer, für die wir als europäische Sozialdemokraten und wir als SPD in besonderer Weise gekämpft haben. Die Finanztransaktionssteuer ist eine Gerechtigkeitssteuer. Es kann nicht sein, dass man für den Kauf von einem Pfund Tomaten auf dem Markt in Leipzig Mehrwertsteuer zahlt, aber für den Kauf eines Aktienpakets in Frankfurt nicht. Das geht nicht. Auch ist die Finanztransaktionssteuer ein Beitrag dazu, dass diejenigen, die maßgeblich die Krise verursacht haben - das war nämlich der Finanzsektor - an der Bewältigung der Krise und an ihren Lasten beteiligt werden. Es kann nicht sein, dass immer nur kleine Steuerzahler die Haftung übernehmen müssen. Das muss auch der Finanzmarkt tun.

(BEIFALL)

Nur eine Bitte habe ich, Genossinnen und Genossen, macht aus der Finanztransaktionssteuer nicht den Jäger 90 des 21. Jahrhunderts. Früher wurde der Jäger 90 für jede Finanzierung herangezogen. Wir haben die Finanztransaktionssteuer noch nicht. Wenn wir sie einmal haben, dann können wir auch über die Nutzung der Gelder reden. Aber ich wäre froh, wenn die nächste deutsche Regierung ihre Kraft in Brüssel zunächst einmal dafür einsetzt, dass die Finanztransaktionssteuer nicht nur versprochen wird, sondern, dass sie auch tatsächlich kommt. Das ist der entscheidende Punkt in den nächsten Monaten. Nichts anderes.

(BEIFALL)

Ich bewerbe mich für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten aus noch einem weiteren Grund: Ich bin - das will ich hier nicht verhehlen - stolz darauf, dass meine Partei die erste war, die mich als Kandidaten für diesen Posten vorgeschlagen hat. Aber ich bin auch stolz darauf, dass 22 andere europäische Parteien ihre Unterstützung für meine Kandidatur durch Beschlüsse ihrerseits unterstrichen haben.

(BEIFALL)

Das ist nicht irgendeine Floskel in irgendeiner Parteitagsrede. Ich bin mir darüber sehr wohl im Klaren. Und es ist auch nicht irgendetwas pathetisch Dahergesagtes. Glaubt es mir. Es ist etwas, was mich tief bewegt, dass es so viele Menschen in Europa gibt, in unserer Parteienfamilie, in der sozialdemokratischen Bewegung, die mir sagen: Wir haben Vertrauen in dich. Wir haben Vertrauen, dass du das packst, dass du das schaffst. Wir wollen, dass du uns in diesen Wahlkampf führst, in den ersten gesamteuropäischen Wahlkampf, mit einer gesamteuropäischen Strategie durch eine gesamteuropäische Partei und für eine gesamteuropäische politische Position. Das empfinde ich als eine große Ehre. Und ich empfinde es als eine Verpflichtung.

Aber warum sage ich euch das? Weil es mich nicht nur persönlich angeht, sondern weil ich auch ein deutscher Sozialdemokrat bin und es mir immer häufiger passiert, dass Leute in Europa mir das sagen, was mir eine junge Schülerin in Straßburg in einer Schule gesagt hat. Sie hat mir die Frage gestellt: „Wie können Sie denn kandidieren? Sie sind doch ein Deutscher!“ - Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass es in Europa noch einmal soweit kommt, dass die politische oder persönliche Kompetenz von jemandem wegen seiner Nationalität angezweifelt wird. Aber so weit ist es wieder gekommen. Die junge Frau, diese junge Französin, sagte mir in einer der europäisiersten Städte, die es überhaupt gibt, in Straßburg, in einer Schule, in der sie Deutsch lernt, in einwandfreiem Deutsch: „Sie sind doch ein Deutscher!“ – Dies ist etwas, was mich zutiefst besorgt, dass Vorurteile, nationale Stereotype, Vorbehalte gegen die andere Nation, gegen die andere Sprache in Europa wieder Einzug gehalten haben.

Ich kann nicht sagen, wer dafür verantwortlich ist; denn ich habe dafür noch keine Erklärung gefunden. Aber ich weiß eines: Es gibt ein Land, das für Europa eine besondere Verantwortung hat und das dieser besonderen Verantwortung nachkommt und nachkommen muss. Deshalb haben wir auch die besondere Verantwortung für Europa in unserem Leitantrag und übrigens auch in unserem Europatext zu den Koalitionsverhandlungen ganz nach vorne gestellt.

Die Verantwortung für Europa muss der allererste Punkt in unserem Denken als Deutsche sein und bleiben. Das 20. Jahrhundert kannte den Ersten Weltkrieg mit seinen zig Millionen Toten, in den Krieg gehetzt, nachdem sie im Exerzierreglement von 1870 in dem Glauben an Ehre und Ritterlichkeit auf dem Schlachtfeld erzogen worden waren. Sie wurden getötet und abgeschlachtet durch die Militärtechnik des 20. Jahrhunderts.

Dieses 20. Jahrhundert kannte Versailles mit einer Botschaft an uns Deutsche: Auf die Knie! An den Pranger! Ihr seid schuld! Menschlich ist das sicher verständlich, aber es war verheerend in den Auswirkungen.

1933 und 1945 waren die Folge eines Ultrationalismus in diesem Lande, eines Rassismus, eines Ausrottungswillens gegenüber anderen Nationen, Glaubensgemeinschaften, Rassen, mit der Anmaßung: „Wir sind besser. Deshalb haben wir das Recht, euch zu töten“, mit Auschwitz als dem Tiefstpunkt der Zivilisationsgeschichte und dem Zweiten Weltkrieg mit über 50 Millionen toten Soldaten und Zivilisten, ermordeten Menschen, Männern und Frauen und über 6 Millionen ermordeten Juden.

Nach diesem Zweiten Weltkrieg, Genossinnen und Genossen, gab es kein zweites Versailles. Man hätte es vielleicht erwarten können, dieses erneute „Auf die Knie! Das habt ihr gemacht! Ihr seid verantwortlich!“. Ich stehe heute rückblickend immer wieder vor einem Rätsel und frage mich: Warum gab es eigentlich kein zweites Versailles am Ende des Zweiten Weltkrieges? Dabei gab es ja auch damals durchaus Leute, die sagten, wir machen aus Deutschland einen Agrarstaat. Es darf nie wieder eine staatliche Einheit Deutschlands geben. Lasst uns dieses Land zerschlagen. Aber sie haben sich nicht durchgesetzt. Warum? Weil es die Männer und Frauen in anderen Ländern gab, in Frankreich, in Italien, in den Beneluxstaaten, die die Auffassung vertraten: Wenn wir jemals Frieden in Europa haben wollen, dann muss es den Deutschen ermöglicht werden, eine eigene stabile Demokratie aufzubauen. Dann müssen wir dieses Land integrieren.

Genossinnen und Genossen, ich bin im Drei-Länder-Eck zwischen Maastricht, Aachen und Lüttich aufgewachsen. Dies waren damals keine populären Vorschläge in Belgien oder in den Niederlanden. Im Gegenteil: Wer diese Vorschläge machte, wurde ausgepiffen. Was - haben die Belgier gesagt - wir kriegen weniger Mittel als die Deutschen? Die sind zweimal durch unser Land gerast, die haben hier alles in Schutt und Asche gelegt. Die haben unsere Nachbarn verschleppt und getötet. Und jetzt sollen wir mit denen zusammenarbeiten?

Die Leute, die für den deutsch-französischen, den deutsch-belgischen oder den deutsch-niederländischen Ausgleich geworben haben, waren nicht populär. Und dennoch haben sie sich durchgesetzt, weil ihre Antwort war: Ja, wir müssen die Deutschen integrieren. Wir wollen Frieden auf dem Kontinent, und deshalb müssen die Deutschen diese Chance haben. Es waren diese Männer und Frauen, die es uns Deutschen ermöglicht haben, erhobenen Hauptes in die demokratische Völkerfamilie zurückkehren zu können.

Ich bin der Überzeugung, dass wir Deutsche deshalb eine besondere Verantwortung haben. Denn nur dadurch hat unser Volk, unsere Nation, nach allem, was im Namen dieses Volkes geschah, noch einmal die Chance bekommen, auf gleicher Augenhöhe in dieser Gemeinschaft von Staaten und Völkern über Grenzen hinweg zusammenarbeiten und mitarbeiten zu können. Und ganz besonders aus diesem Grund ist gerade für mich als deutschen Sozialdemokraten völlig klar: Dieser Weg des Demokratischen, des Toleranten, des Sozialen und Gerechten, des respektvollen Umgangs zwischen den Völkern ist der richtige soziale und demokratische Weg für Europa. Es ist der europäische Weg der Sozialdemokratie, und in dieser europäischen Sozialdemokratie ist es die deutsche SPD, die als führende Kraft und aus unserer Verantwortung und Tradition heraus, auf diesem Weg weiter vorangehen muss.

Auf uns schauen viele andere Parteien in Europa. Sie schauen auch genau, was auf diesem Parteitag getan und gesagt wird. Dass sie Vertrauen in einen Deutschen haben, hat viel weniger mit mir, als mit dem Vertrauen unserer Freunde in Europa in die SPD zu tun. Denn sie wissen: Wenn es eine Partei gibt, die den Satz, mit dem ich abschließen will, zum Leitsatz ihres gesamten europapolitischen Handelns in ihrer 150-jährigen

Geschichte gemacht hat, dann ist es diese stolze deutsche Sozialdemokratie. Das ist der Satz, mit dem ich abschließen und in diesen Wahlkampf ziehen will und auf den andere Menschen in Europa warten: Wir wollen ein europäisches Deutschland und nie mehr ein deutsches Europa. Dafür ziehe ich in den Wahlkampf, und dafür bitte ich euch um eure Unterstützung.

(LANG ANHALTENDER BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Das war die Rede des nächsten Präsidenten der Europäischen Kommission. Martin, wir danken dir.

(BEIFALL)

Wie gerne, lieber Martin, würden wir dich heute schon dazu wählen können. Das steht jetzt aber noch nicht an. Dafür gehen wir in einen gemeinsamen Wahlkampf, den wir mit dir erfolgreich gestalten wollen.

(VEREINZELT BEIFALL)

WAHL DES VERANTWORTLICHEN IM PARTEIVORSTAND FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

Jetzt, liebe Genossinnen und Genossen, steht die Wahl des Verantwortlichen im Parteivorstand für die Europäische Union an. Die Vorstellungsrede habt ihr eben gehört. Martin Schulz steht für diese Wahl zur Verfügung.

Ich hoffe, es sind alle wieder im Saal. Wer es ist nicht, hat eine große Rede verpasst.

Habt ihr eure Abstimmungsgeräte und Chipkarten? Wir wollen in die Wahl des Verantwortlichen im Parteivorstand für die Europäische Union eintreten. Bei dieser Wahl handelt es sich wieder um eine Einzelwahl gemäß § 7 unserer Wahlordnung.

Ich bitte noch einmal die Medienvertreter, darauf zu achten, dass dies eine geheime Wahl ist. Keines der Geräte wird bitte gefilmt.

Da es keinen Gegenkandidaten gibt, habt ihr die Möglichkeit, Martin eure Zustimmung zu geben oder die 2 oder die 3 zu drücken. Wir werden dies auf der Leinwand wieder anzeigen. Auch bei dieser Wahl ist nach § 23 Abs. 3 unseres Organisationsstatutes im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Gibt es hierzu noch Fragen? – Ich sehe keine Fragen. Damit eröffne ich die Wahl des Verantwortlichen im Parteivorstand für die Europäische Union.

Gibt es irgendwelche Schwierigkeiten bei der Stimmabgabe? Haben alle Delegierten ihre Stimme abgegeben? – Ich höre keinen Widerspruch. Damit ist der Wahlgang zur Wahl des Verantwortlichen im Parteivorstand für die Europäische Union abgeschlossen.

Ich bitte euch jetzt, im Saal, im Plenum, zu bleiben. Nachdem wir das Wahlergebnis für Martin erhalten haben, werden wir kurz den neuen Vorstand vorstellen und das ausgeschiedene Mitglied verabschieden. Danach treten wir unmittelbar in die Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes ein, und dazu solltet ihr bitte alle im Plenum sein. Das wird in wenigen Minuten so weit sein. Bitte nicht herausgehen. Wenn es unvermeidlich ist, dann kommt bitte sofort zurück.

Wir haben ein Ergebnis, und das wird uns in bewährter Form vorgetragen.

Miriam Pichler, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich verkünde nun das Ergebnis zur Wahl des Verantwortlichen im Parteivorstand für die Europäische Union: Es wurden 565 Stimmen abgegeben; davon war eine ungültig. Wir haben somit 564 gültige Stimmen. Für Martin Schulz mit Ja haben gestimmt 552,

(BEIFALL)

es gab zwei Enthaltungen, und mit Nein haben gestimmt 10. Dies bedeutet eine Zustimmung von 97,9 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen. Herzlichen Glückwunsch, lieber Martin.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Lieber Martin, was für ein Ergebnis. Nimmst du die Wahl an? - Martin, du müsstest jetzt einmal kraftvoll Ja sagen, bitte.

Martin Schulz, Beauftragter des SPD-Parteivorstandes für die Europäische Union: Ja!

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Genau so! Herzlichen Glückwunsch.

Jetzt bitte ich die Mitglieder des neuen Parteivorstandes zu einem Gruppenfoto. - Nein, kein Gruppenfoto; dann nicht.

Wenn Neue kommen wie der Thorsten, müssen uns Liebgewordene im Parteivorstand verlassen. Das Wort hat der Parteivorsitzende.

VERABSCHIEDUNG KLAUS WOWEREIT ALS STELLVERTRETENDER PARTEIVORSITZENDER

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Nach dem, wie ich finde, berechtigten und eindrucksvollen Ergebnis für Martin haben wir doch noch einen Einschnitt in der Geschichte der SPD, jedenfalls in der jüngeren, zu dem wir ein paar Worte sagen sollten. Denn es verlässt jemand die engere Parteiführung als stellvertretender Parteivorsitzender, der für viele in Deutschland ein Gesicht der SPD ist, das Urbanität, kulturelle Vielfalt, Weltoffenheit und Zugewandtheit signalisiert, und das ist Klaus Wowereit.

(BEIFALL)

Klaus, du hast dich dazu entschieden, nicht wieder zu kandidieren. Aber du verlässt ja nicht die Politik. Du wirst als Regierender Bürgermeister von Berlin die Politik der Bundes-SPD weiterhin entscheidend mitgestalten. Bei dir muss man ja immer sagen: Und das ist auch gut so.

(VEREINZELT BEIFALL)

Du bist inzwischen der dienstälteste sozialdemokratische Länderchef Deutschlands. Deine Erfahrung, dein Wissen, aber eben auch dein Blick von unten auf die ganz normalen Lebensverhältnisse in Deutschland sind unersetzlich für eine gute Politik der SPD. Wir erleben das gerade wieder in den Verhandlungen mit der Union. Du sagst immer, was Sache ist, ohne zu überdrehen oder ins Populistische abzudriften, obwohl dir das Populäre ja nicht fremd ist. Es geht nicht um Abschied, aber ein paar Bemerkungen, finde ich, sollte man zu dir machen; denn du wirst der SPD als stellvertretender Parteivorsitzender fehlen.

Ich weiß noch, wie das war vor vier Jahren, als wir die schwierige Wahlniederlage in Dresden zu verarbeiten hatten. Die Aufgaben waren riesig. Wir haben einen innerparteilichen Erneuerungsprozess ins Leben gerufen, und du hast ganz maßgeblich dazu beigetragen. Als einer der Leiter der Zukunftswerkstatt Integration hast du dazu beigetragen, die SPD gerade auf diesem Feld, das wir, wenn wir ehrlich sind, doch ziemlich vernachlässigt hatten, wieder nach vorne zu bringen. Es geht dir darum, die Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen. Integration ist keine Einbahnstraße. Das hast du auch ohne laute Töne sehr deutlich gemacht in deinem 2011 erschienenen Buch „Mut zur Integration - Für ein neues Miteinander“. Du hast der Versuchung widerstanden, einfache Antworten auf schwierige Fragen zu geben, und du hast uns im Parteivorstand immer wieder gesagt: Ihr dürft denjenigen, die ihr gewinnen wollt, nicht immer sich widersprechende Antworten geben. Du hast als Bezirksverordneter, Bezirksstadtrat, Abgeordneter, Fraktionsvorsitzender, Regierender Bürgermeister und stellvertretender Parteivorsitzender die Politik der SPD maßgeblich und auf ganz vielen unterschiedlichen Ebenen und Feldern geprägt. In erster Linie aber hast du es dir zur Aufgabe gemacht, als Mensch, als überzeugter Sozialdemokrat, als Bürger dieses Landes das Leben anderer Menschen zu verbessern.

Ich glaube, wie bei vielen in der SPD kommt das auch bei dir nicht von ungefähr. Du stammst aus einfachen Lebensverhältnissen, und dein Lebensweg und auch dein Aufstieg - so darf man das ja durchaus nennen - zeigen, dass Herkunft nichts mit Haltung zu tun hat. Das ist immer wieder ein ermutigendes Beispiel, das diese Partei mit ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten auch an führender Stelle zeigt: Egal, woher man kommt, jeder Mensch hat die Fähigkeit, sich für richtig oder falsch zu entscheiden und sich für die richtige Sache zu engagieren, und das hast du immer eindrucksvoll gezeigt. Vielen Dank, lieber Klaus Wowereit.

(BEIFALL)

Ich sage das, lieber Klaus, ohne übertriebenes Pathos: Du kannst stolz auf das sein, was du für die SPD getan hast. Wir können stolz darauf sein, dass einer wie du zu uns gekommen ist und diese Partei repräsentiert. Dafür danke ich dir nicht nur im Namen des Parteitages, sondern im Namen der ganzen deutschen Sozialdemokratie. Vielen Dank und auf gute Zusammenarbeit auch in Zukunft.

(BEIFALL)

Wir haben auch etwas mitgebracht. Was kann man einem Berliner Regierenden Bürgermeister Besseres schenken als ein Bild von Willy Brandt? Das soll noch einmal daran erinnern, in wessen Tradition du stehst. Ich fin-

de, das machst du großartig. Alles Gute für dich persönlich, aber auch für die Stadt Berlin und für die Berliner Sozialdemokratie. Herzlichen Dank, Klaus.

(BEIFALL)

Klaus Wowereit, Berlin: Lieber Sigmar Gabriel! Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist schön: Ich hatte gerade 60. Geburtstag, und da hat der Sigmar schon eine wunderbare Rede auf mich gehalten. Jetzt sind es in kurzer Zeit zwei solcher Lobeshymnen. Ich finde, er hat recht,

(HEITERKEIT)

und man soll dem Parteivorsitzenden ja auch nicht widersprechen. Schönen Dank, lieber Sigmar.

Ich möchte aber an dieser Stelle auch die Gelegenheit nutzen, mich bei den unterschiedlichsten Gliederungen in unserer Partei zu bedanken. Ich war in den letzten Jahren als stellvertretender Parteivorsitzender landauf und landab unterwegs und bin immer mit offenen Armen empfangen worden und habe mich immer gefreut, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in unterschiedlichen Funktionen und Kandidaturen zu unterstützen. Vieles war erfolgreich. Manchmal hat es nicht gereicht, aber es war immer der gemeinsame Wille da, etwas für die Menschen in dieser Republik zu tun. Dafür bin ich dankbar. Das war eine sehr starke Erfahrung.

Ich möchte mich bedanken bei meinem persönlichen Mitarbeiter im Willy-Brandt-Haus, beim Genossen Thomas Bosch, der mich betreut hat,

(BEIFALL)

und natürlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses, die dahinter standen. Sie machen wirklich einen super Job. Ohne diese Arbeit wären die Ehrenamtlichen, die dort die obersten Funktionen haben, überhaupt nicht funktionsfähig. Deshalb mein großes Dankeschön an euch alle.

(BEIFALL)

Ich freue mich, dass der Thorsten mein direkter Nachfolger geworden ist. Noch einmal herzlichen Glückwunsch zu dem fulminanten Ergebnis. Jetzt sage ich einfach nur: Viel Spaß bei der Aufgabe! Es wird nicht leichter werden, und es wird auch nicht alles nur rund laufen. Aber ich glaube, mit dem entsprechenden Willen und mit der entsprechenden Kraft können wir gemeinsam etwas tun für die sozialdemokratische Sache, für die Menschen in unserer Republik. Dazu sind wir angetreten; wir wollen etwas tun für soziale Gerechtigkeit in unserer Republik. - Schönen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Lieber Klaus, auch von uns ganz lieben Dank für das, was du für die Partei geleistet hast. Ich freue mich sehr, mit dir gemeinsam als Ministerpräsident die nächste Bundesregierung durch sozialdemokratische Ministerpräsidenten ordentlich unter Druck setzen zu können. Das wird viel Spaß machen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen gleich zur Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes. Bitte füllt noch ein wenig die Reihen. Kommt in den Saal. Es ist eine wichtige Wahl, und es sollten viele Delegierte abstimmen.

Damit ihr noch ein wenig Zeit habt, erinnere ich an eine weitere wichtige Wahl, die Wahl um den Wilhelm-Dröschner-Preis. Ihr habt in euren Tagungsunterlagen die entsprechenden Abstimmungskarten gefunden und sicherlich schon die Gelegenheit gehabt, euch die wundervollen Projekte, die draußen vorgestellt sind - über 40 sind es in vier Kategorien: „150 Jahre SPD“, „Zukunft: Teilhabe. Zusammenhalt. Gemeinsam“, „Stark gegen Rechts“ und „Die SPD weiblicher machen“ -, genau anzuschauen und einen Eindruck davon zu bekommen, mit welcher großen Kraft und Kreativität die Genossinnen und Genossen überall im Land für unsere Sache arbeiten.

Bitte erweist den Projekten und den Menschen, die dahinterstehen, durch euren Besuch euren Respekt, und bitte stimmt ab, damit wir auf ganz großer Basis eines dieser 40 Projekte, die alle preiswürdig sind, mit dem Wilhelm-Dröschner-Preis auszeichnen können. So viel dazu.

WAHLEN DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND

Torsten Albig, Parteitagspräsidium: Dann kommen wir zur Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstands. Dies ist ein ganz klein wenig komplizierter als das, was wir miteinander schon eingeübt haben. Wir kommen also ins Next Level.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Parteivorstand besteht gemäß § 23 Abs. 1 unseres Organisationsstatuts aus bis zu 35 Mitgliedern. Das Parteitagspräsidium empfiehlt euch, die Zahl von 35 auch zu wählen. Wenn dies eure Zustimmung findet, dann bitte ich jetzt um euer Kartenzeichen. - Sehe ich Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann war das einstimmig. Ralf Stegner hat darauf hingewiesen, dass das der einfache Teil der Wahl war.

Nach Abzug der bereits stattgefundenen Einzelwahlen zum Parteivorstand sind daher jetzt noch 26 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen. Bitte nehmt jetzt noch einmal euer Gerät zur Hand, damit wir uns mit dem nächsten Wahlgang vertraut machen.

Wir wählen gemäß der Nummer, die der oder die jeweilige Kandidatin auf dem Gerät erhalten hat. Woher erfahrt ihr die Nummer? Ihr alle habt mittlerweile auf euren Tisch einen Merkzettel mit allen 30 Kandidaten und der dazugehörigen Wahlnummer. Gibt es jemanden, der diesen Merkzettel nicht vor sich liegen hat? - Dem ist nicht so.

Auf dem Merkzettel, der deshalb „Merkzettel“ heißt, weil er kein Wahlzettel ist, könnt ihr die Kandidatinnen und Kandidaten, die ihr wählen wollt, mit der zu ihnen gehörenden Nummer identifizieren. Wenn ihr die Nummer, die zu Dietmar Wolke gehört, finden wollt, dann stellt ihr fest, es ist die Nummer 30. Oder wenn ihr die zu Kerstin Griesse gehörende Nummer finden wollt, dann stellt ihr fest, es ist die Nummer 11. Die Nummer eures Kandidaten ist das, was ihr in euer Wahlgerät eingibt und dann mit „Enter“ bestätigt.

Jetzt werdet ihr fragen: Nummer 11 eingeben? Mein Wahlgerät geht nur bis 10.

(HEITERKEIT)

- Hier nutzt uns wieder unsere Kenntnis unserer Fernbedienung: Wenn wir die Kanäle über 10 wählen, dann drücken wir zweimal die 1. Das verlangt jetzt ein ganz kleines bisschen mehr Konzentration. Da kommt

dann die C-Taste zu ihrer eigentlichen Bedeutung, denn es kann schon sein, dass ihr vielleicht nicht stark genug draufdrückt oder in der Tat dann verrutscht und anstatt einer 11 eine 12 drückt. Solange ihr nicht „Enter“ gedrückt habt, könnt ihr korrigieren. Das C löscht die jeweils zuletzt gedrückte Zahl wieder, und ihr könnt neu drücken. Das könnt ihr so lange machen, bis ihr auf „Enter“ gedrückt habt. Wollt ihr eine 30 drücken, dann drückt ihr die 3 und die 0 und dann „Enter“. Ihr seht, es ist nicht wirklich schwierig, aber etwas anders, als wir es bisher gehabt haben. Es gibt also kein Nein. Es gibt keine Enthaltung, genauso wie immer, wie wir wählen, wenn wir papierenen Listenwahlen wählen.

Jetzt kommt die nächste Schwierigkeit. Ihr müsst mindestens 13 Kandidatinnen oder Kandidaten wählen, und ihr dürft höchstens 26 Kandidatinnen und Kandidaten wählen. Das heißt, ihr müsst mindestens 13-mal hinter eine Zahl oder eine Zahlenkombination das „Enter“ setzen. Ihr dürft es höchstens 26-mal tun. Macht ihr es nur 12-mal, ist eure Wahl ungültig. Macht ihr es 27-mal, ist eure Wahl ebenfalls ungültig, genauso, also wenn wir per Stimmzettel wählen würden.

Damit ihr einen Überblick habt, wie oft ihr denn jetzt schon gewählt habt, leuchtet hinter jedem „Enter“ eine Zahl auf. Wenn ihr zum Beispiel bei eurer ersten Wahl die 7 und dann „Enter“ gedrückt habt, leuchtet kurz eine 1 auf. Die 25 war eure zwölfte Wahl. Dann leuchtet kurz eine 12 auf. Das geht so weiter. Sollte dort eine 27 aufleuchten, solltet ihr aufhören zu wählen, und sollte dort eine 12 aufleuchten, dann wisst ihr, ein Mal noch, und ihr seid zumindest im sicheren Gebiet. Ist das bis hierhin verstanden?

Wenn ihr euch noch einmal vergewissern wollt, wie ihr gewählt habt, dann kommt die nächste Funktionalität unseres Wahlgerätes zum Einsatz. Das sind die Scroll-Tasten, die ihr unter dem Display seht. Wenn ihr nach vorne und nach hinten scrollt, könnt ihr feststellen, was ihr bei 1, bei 12 oder bei 24 gewählt habt. Ihr scrollt und werdet immer feststellen können, wen ihr gewählt habt, wer auch immer das war. Wenn ihr hochscrollt, findet ihr die 2, 3 bis hin zur 26.

Das ist alles, was wir beachten müssen, um genau wie eben null ungültige Stimmen zu haben.

Ich sage es gleich noch mal, weil es ja doch sehr viel an Information ist. Im ersten Wahlgang ist gemäß § 23 Abs. 3 unseres Statuts nur gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Bei der Wahl handelt es sich um eine Listenwahl nach § 8 unserer Wahlordnung. Keine Einzelwahl; deswegen die Erklärung, wie ich eben vorgetragen habe. Die Merkzettel, die ihr habt, dienen zu eurer Information. Bitte achtet darauf, wenn ihr euch auf euren Merkzetteln Notizen macht, dass ihr sie nach der Wahl an euch nehmt, dass sie nicht dort liegen bleiben, wo ihr gesessen habt, damit sie nicht von anderen, die um euch herum sitzen, eingesehen werden können, so ihr sie denn nutzen wollt.

Wir werden gleich auf den Leinwänden ebenfalls diese Merkzettel - also Kandidat zur Nummer - sehen.

Hier gilt ganz besonders der Hinweis, dass die Journalisten bei der Art und Weise, wie sie mit ihren Aufnahmegeräten umgehen, sehr sensibel sind. Weder das Gerät noch die Merkzettel sind geeignete Objekte, um sie aufzunehmen.

Eure Stimmabgabe ist nur gültig, wenn ihr höchstens so viele Kandidatinnen und Kandidaten gewählt habt, wie insgesamt zu wählen sind - also 26 -, und mindestens die Hälfte der zu Wählenden, also 13. Gibt es noch Fragen, wie man zum Beispiel eine 23 wählt? „2“ tippen, „3“ tippen, dann „Enter“.

Habe ich mich vertippt, mit dem C deutlich machen. Die letzte oder vorletzte Zahl wird dann gelöscht, und ihr könnt neu eingeben. Wenn ihr „Enter“ gedrückt habt, gibt es kein Zurück.

Solltet ihr zum Beispiel die 7 schon gewählt haben und tippt noch einmal die 7, dann passiert nichts, weil das Gerät automatisch merkt, dass die 7 schon gewählt ist. Das heißt, dann bleibt sie einfach stehen und ihr erkennt, dass ihr es mit einem C rückgängig machen müsst.

Die Kandidatinnen und Kandidaten mit ihren Vorstellungen liegen euch per Tischvorlage vor. Hat jeder die Möglichkeit gehabt, sich einen Einblick in diese Tischvorlage zu verschaffen? Wird von einer der Kandidatinnen oder einem der Kandidaten persönliche Vorstellung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann, liebe Genossinnen und Genossen, treten wir in die Wahl ein.

Ich bin gebeten worden, noch einmal deutlich zu machen, wie ihr erkennt, wie viele Stimmen ihr schon abgegeben habt. Ihr wählt eine Nummer, eine der 30 zur Verfügung stehenden, drückt „Enter“, und dann taucht kurz die Nummer des nächsten Wahlgangs auf. Wenn es euer zwölfter war, dann erscheint die 13, und dann wisst ihr genau: Den muss ich noch vornehmen. - Sollte dort die 27 auftauchen, hört ihr bitte auf zu wählen. Es sei denn, ihr wollt eine ungültige Stimme haben.

Ich glaube, wir sind so weit klar damit. Dann würde ich den ersten Wahlgang zur Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstands eröffnen. - Gibt es noch Delegierte, die nicht abgestimmt haben? - Ich habe kein Nein gehört und frage noch einmal: Alle haben abgestimmt? - Ich bin sehr stolz euch. Damit ist der erste Wahlgang für die weiteren Mitglieder des Parteivorstands geschlossen.

BERATUNG DER ANTRÄGE ZUM THEMA EUROPA

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, da das Auszählen der Stimmen jetzt ein bisschen Zeit beanspruchen wird, wollen wir euch vorschlagen, dass wir in die Antragsberatung einsteigen, denn wir wollen euch heute zu einer vernünftigen Zeit entlassen können.

Das heißt, wir rufen jetzt die Beratung und Beschlussfassung zum Thema Europa auf. Im Mittelpunkt steht der Initiativantrag 2 „Neues Vertrauen für ein besseres Europa“. Sprecher für die Antragskommission ist Peter Friedrich. Peter Friedrich hat darauf verzichtet, jetzt einleitend längere Ausführungen zu machen und will sich selbst in der Debatte zu Wort melden. Insofern obliegt es mir, euch einen kurzen Überblick zu verschaffen.

Aufgerufen ist der IA 2. Dazu gibt es die Änderungsanträge IA 13 und IA 14, und es gibt die Resolution von 60 plus, IA 9. Die würden wir jetzt miteinander aufrufen, bevor wir die weiteren Anträge zum Thema Europa aufrufen.

Für die Grundsatzdebatte zum Thema Europa zum IA 2 liegt und eine Reihe von Wortmeldungen vor, mit denen wir jetzt beginnen. Als Erstes hat Ralf Stegner das Wort. Ihm folgt Luisa Boos aus Baden-Württemberg.

Ralf Stegner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, wenn man eine Überschrift für den heutigen Tag bräuchte, dann könnte sie lauten: „Martinstag bei der SPD“, denn wir haben, wie ich finde, mit

einem überragend guten Ergebnis einen Klassemann als unseren Spitzenkandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament nominiert und haben unseren ersten Europäer als jemand, der gerade auch die deutsche Sozialdemokratie gut vertritt, in Europa auf den Weg geschickt.

Ich füge einmal an, weil die Wahlbeteiligung bei Europawahlen immer schlecht ist: Wenn wir in Europa etwas ändern wollen, brauchen wir eine starke Sozialdemokratie und müssen gucken, dass wir die neo-liberalen Mehrheiten in Europa brechen. Das geht nur, wenn wir unsere Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, auch wählen zu gehen.

Ich habe mich heute zu Wort gemeldet, um zu einem Aspekt zu sprechen, der Teil dieses Antrags ist, und das ist der Aspekt, dass dieses reiche Europa verstehen muss, dass wir auch ein Einwanderungskontinent sind und dass dieses reiche Europa dazu beitragen muss, dass Menschen, die zu uns kommen, weil sie vor Unterdrückung fliehen, weil sie vor Armut fliehen, weil sie aus Bürgerkriegen fliehen, hier aufgenommen werden, und zwar in einem Geist, der dem gilt, was im Grundgesetz der Bundesrepublik steht, nämlich: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das muss die Richtschnur sein, wie wir mit Menschen umgehen, die zu uns kommen.

(BEIFALL)

Ich finde, gerade wir Deutschen als stärkstes, reichstes Land in Europa, aber auch als ein Land mit einer eigenen Geschichte - - Aus diesem Land sind vor Jahrzehnten viele vor der Nazi-Diktatur geflüchtet. Wir haben eine besondere Begründung dafür, warum wir bei diesem Thema mit gutem Beispiel vorangehen und vorangehen sollten.

Dazu gehört übrigens auch, dass wir uns an das erinnern - das steht auch darin -, dass es damit anfängt, dass wir verstehen, dass Menschen nicht freiwillig ihre Heimat verlassen, wenn sie es nicht müssen. Die meisten wollen in dem Land leben, woher sie kommen, wo ihre Heimat ist. Deswegen müssen wir die Fluchtursachen bekämpfen. Ich finde, statt Rekorde im Rüstungsexport zu haben, wie es die großen Staaten haben, sollen wir eher dafür sorgen, dass wir wirklich nur 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts dafür ausgeben, Entwicklungshilfe zu leisten, wie es Willy Brandt uns allen schon beigebracht hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Fluchtursachen beseitigen, heißt eben auch, mehr dazu beizutragen, dass Kriege nicht verschärft werden und dass Armut abnimmt. Es kann nicht wirklich zusammenpassen, dass man Menschen zumutet, in bitterer Armut zu leben, während es uns - im anderen Teil des Weltalls - so gut geht, dass bei uns Lebensmittel vernichtet werden.

Deswegen sollten wir uns auch dagegen wenden, wenn hier von Wirtschaftsflüchtlingsen geredet wird. Das sind keine Wirtschaftsflüchtlingsen, das sind Armutsflüchtlingsen, die unsere Hilfe und unsere Solidarität verdienen.

(BEIFALL)

Dieser Teil sollte deswegen auch so beschrieben werden: Egal, ob die Menschen als Armutsflüchtlingsen, ob sie als Bürgerkriegsflüchtlingsen oder ob sie als Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu uns kommen - wir sollten für sie alle etwas tun und ihnen eine Perspektive bieten. Es ist doch ein Skandal, dass es zu Katastrophen wie der vor Lampedusa kommt. Es kann doch nicht wahr sein, dass diejenigen, die dort ums Leben

bekommen, italienische Staatsbürger werden und ein Staatsbegräbnis bekommen, während die Überlebenden mit einem Bußgeld wieder weggeschickt werden. Das kann ja wohl nicht europäische Politik sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Das müssen wir alle gemeinsam ändern, und da muss auch eine neue Bundesregierung andere Akzente setzen. Wir Sozialdemokraten müssen uns für einen anderen Umgang mit diesen Menschen einsetzen. Es heißt immer: Wir müssen mit den Flüchtlingen so umgehen, wie wir selbst wollen, dass mit uns umgegangen wird. Dieser Verantwortung haben wir uns in Europa zu stellen.

Ich will eine letzte Bemerkung machen: Es gibt auch Unterdrückung und Verfolgung in Europa. Wir können nicht zulassen, dass zum Beispiel mit den Sinti und Roma in Teilen des europäischen Kontinents in einer Form umgegangen wird, wie es nicht der Menschenwürde entspricht.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich komme aus einem Land, das den Schutz der Sinti und Roma in die Verfassung aufgenommen hat. Wir in Schleswig-Holstein waren die Ersten, die das getan haben. Wir haben auch andere Minderheiten bei uns, die diesen Schutz genießen. Ich finde, wir sollten unseren rumänischen und anderen Kollegen in der Europäischen Union sagen: Es gibt Standards für ein soziales Europa, die überall gelten müssen. Hinzufügen will ich aber: Diskriminierung gibt es in Deutschland auch. Deswegen müssen wir auch in Deutschland eine Debatte darüber führen. Deutschland als reiches Land darf sich nicht so definieren, dass wir meinen, besonders hartherzig auftreten zu müssen. Das bedeutet auch, dass man die Probleme, die damit verbunden sind, nicht einseitig dem einen oder anderen auflastet. Wir müssen den Kommunen helfen, die solche Eingliederungsleistungen in besonderem Umfang zu erbringen haben. Diese Kommunen brauchen – das steht in einem anderen Antrag, den wir im Parteivorstand beschlossen haben – Hilfsprogramme.

Ich werbe also dafür, dass unser Grundwert der Solidarität, der in unserem Parteiprogramm verankert ist, in allererster Linie für Menschen gilt, die in Not in dieses reiche Europa flüchten. Wir sollten der Welt ein gutes Beispiel geben, dass wir daran etwas ändern wollen. – Vielen herzlichen Dank.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Das Wort hat jetzt Luisa Boos aus Baden-Württemberg. Ihr folgt Peter Friedrich, ebenfalls Baden-Württemberg.

Luisa Boos, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Vor dem Hintergrund der erneuten Katastrophen vor Lampedusa mit annähernd 400 Toten ist endlich in der breiten Öffentlichkeit eine Debatte über die europäische Asylpolitik entbrannt. Das Drama an unseren Außengrenzen dürfte nun allen bekannt sein. Die Darstellung ist aber weiterhin, dass es sich dabei um Unfälle handelt. Es sind aber nicht Unfälle, sondern das ist die Konsequenz aus politischen Entscheidungen, die wir dringend ändern müssen.

(BEIFALL)

Vor diesem Hintergrund ist der Asylteil in diesem Antrag ziemlich oberflächlich. Er geht leider nicht weiter als das, was das Europäische Parlament in diesem Jahr ohnehin schon beschlossen hat. Ich möchte drei Beispiele nennen und damit drei mündliche Änderungsanträge einbringen.

Es geht erstens um die Einrichtung eines gemeinsamen Asylsystems. Die Diskussion geht darum, ob wir unseren Außengrenzenstaaten Geld geben wollen, damit sie die Flüchtlinge aufnehmen, oder ob wir innerhalb Europas ein solidarisches Verteilungssystem wollen. Die sozialdemokratische Antwort muss, glaube ich, sein, dass wir uns die Verantwortung teilen. Das sollte auch so verankert werden. Im Antrag steht momentan beides drin. Deshalb bitte ich darum, die Zeilen 451 bis 453 zu ändern; der Wortlaut liegt der Antragskommission vor.

Zweitens geht es um Dublin II. Momentan sind die Außengrenzenstaaten für ankommende Flüchtlinge verantwortlich. Das ist in der Konsequenz ein System der Unsolidarität und wird zu Recht in diesem Antrag kritisiert. Aber es wird nicht benannt. Deswegen möchten wir in Zeile 457 einfügen, dass wir das Dublin-II-System langfristig abschaffen wollen.

(BEIFALL)

Drittens geht es darum, wie Frontex mit Menschen aus unsicheren Drittstaaten umgeht; das ist nämlich verbunden mit einem verkürzten Asylverfahren. Wir möchten in Zeile 504 einfügen, dass der Grundsatz der Nichtzurückweisung laut Genfer Flüchtlingskonvention – der nur für unsichere Drittstaaten gilt – für alle Drittstaaten gewährleistet ist. Der individuelle Flüchtlingsstatus muss in jedem Fall geprüft werden. Das ist Teil unserer internationalen Verantwortung.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir bitten euch, unsere Asylpolitik vor dem Hintergrund unserer sozialdemokratischen Geschichte weiterhin progressiv zu gestalten und deshalb unsere Änderungsanträge anzunehmen.

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. Jetzt hat Peter Friedrich das Wort. Ihm folgt Stella Kirgiane-Efremidis.

Peter Friedrich, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Martin, ich gratuliere dir nicht nur, sondern ich danke dir auch für deine Rede vorhin.

Einen Aspekt finde ich ganz wichtig – das kommt auch in dem Antrag, der heute vorliegt, zum Ausdruck –, nämlich dass wir die Zukunft Europas nicht auf den Euro reduzieren dürfen. Das Projekt Europa ist zu wichtig, als dass man es allein von einem der ehrgeizigsten Integrationsprojekte, dem Euro, abhängig machen kann.

Wie sehr ein solches Denken schon infiltriert wurde, will ich an einem kleinen Beispiel erläutern, das ich erlebt habe: Als Europaminister Baden-Württembergs habe ich die Aufnahme der Republik Kroatien am 1. Juli freudig begrüßt. Wir sind seit vielen Jahren gut verbunden mit Kroatien und haben geholfen, dass Kroatien in die Europäische Union aufgenommen werden kann.

(VEREINZELT BEIFALL)

- Danke für den Applaus.

Dann habe ich eine Mail bekommen, in der in bestem Schwäbisch formuliert wurde: Glauben Sie, dass sich Kroatien für uns je rechnet? - Liebe Genossinnen und Genossen, das ist ein Beispiel dafür, dass aus dem Blick geraten ist, dass Europa für uns alle sehr viel mehr ist als ein ökonomisches Geben und Nehmen. Der Weg der europäischen Integration muss ein gemeinsamer Gesellschaftsentwurf von Frieden, von Demokra-

tie, von Wohlstand und sozialer Sicherheit sein. Vor allem aber ist es das größte Friedensprojekt, das auf diesem geschundenen Kontinent vorangekommen ist. Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir uns mit Blick auf die Europawahl immer wieder klarmachen: Wir sind die Glückskinder der europäischen Integration. Wir haben die Verpflichtung, aus diesem einmaligen Glücksfall etwas zu machen und etwas zurückzugeben. Wir müssen einen Beitrag dafür leisten, dass Europa eine solidarische Gemeinschaft von Völkern ist, die auf der Grundlage gemeinsamer Werte zusammenarbeiten.

Ich möchte noch etwas zu dem Aspekt der Finanzarchitektur Europas sagen. Momentan geschieht nichts anderes, als dass für Europa eine in Verträge gegossene Finanzordnung geschaffen wird. Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen gemeinsam dagegen ankämpfen, dass – im Fiskalpakt ist das schon angelegt – wir ein rein neoliberales Wirtschaftsmodell institutionell verfügen. Das genau wird nämlich in Teilen Europas betrieben: Es werden Institutionen und Regeln geschaffen, die überhaupt nur eine Form von Wirtschaftspolitik zulassen. Ich sage: Der Fiskalpakt ist richtig. Aber er alleine ist keine ausreichende Grundlage dafür, dass Europa dauerhaft funktionieren kann. Deshalb müssen wir – aufgrund eines Änderungsantrags aus Baden-Württemberg wurde dieses Ziel inzwischen auch aufgenommen – zu einem festen Bündnis kommen, was die Einnahmeseite der Staaten angeht. Martin hat es vorhin völlig zu Recht angesprochen: Es kann doch nicht sein, dass wir in Europa zwischen den Staaten nach wie vor einen Wettlauf der Steuervermeidung organisieren, während die Ausgabenseite der Haushalte in einen Gleichlauf gebracht werden sollen.

Wir brauchen ein europäisches Besteuerungssystem, nach dem die Menschen überall dort in Europa steuerpflichtig sind, wo sie ihr Einkommen erzielen. Die Staaten müssen genug Einnahmen haben, um die Aufgaben bewältigen zu können, die wir alle von ihnen verlangen.

Die Bundesregierung hat gesagt, Wachstum käme von Sparen. Das war der Grundsatz, mit dem man hineingegangen ist. Inzwischen hat sich diese These als ein Rechenfehler einer Excel-Tabelle herausgestellt. Es gibt keinen ökonomischen Nachweis für die Richtigkeit dieser Theorie. Wachstum kommt von Investieren. Wenn wir nicht in die Funktionstüchtigkeit der europäischen Mitgliedstaaten einschließlich ihrer Steuerverwaltung, wenn wir nicht in die Zukunft der Infrastruktur, in Forschung, Innovation, neue Energien investieren, dann wird Europa, nach wie vor die größte Wirtschaftsregion der Welt, nicht nur im globalen Wettbewerb zurückfallen. Vielmehr werden wir für uns selber nur eine Verwaltung der Armut erleben und nicht einen Aufbruch zu neuer wirtschaftlicher Dynamik. Diese können wir nur erreichen über europäische Haushalte und über ausreichend starke nationale Haushalte, die in Wachstum in Europa investieren.

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Peter. - Jetzt spricht Stella Kirgiane-Efremidis.

Stella Kirgiane-Efremidis, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte Grundsätzliches zu dem Part „für eine humanitäre europäische Flüchtlingspolitik“ sagen. Ich möchte an die Änderungsvorschläge von Luisa Boos anknüpfen.

Liebe Genossinnen und Genossen, seit Jahren sprechen wir über eine humanitäre Flüchtlingspolitik in Europa und vor allem auch in Deutschland. Doch das, was in den letzten Jahren und vor allen Dingen in den letzten Monaten in Europa passiert ist, ist beschämend. Ich persönlich schäme mich, Europäerin zu sein, weil wir so mit unseren Flüchtlingen umgehen, die an unsere Tür klopfen.

(BEIFALL)

Wir bauen hohe Mauern, und das Mittelmeer ist mittlerweile zum Massengrab für Flüchtlinge geworden, für Hilfesuchende, die bei uns Hilfe suchen, um dem Tod zu entkommen, und die dafür lebensgefährliche Reisen auf sich nehmen. Leidtragende sind Frauen und vor allem kleine Kinder.

Die Spitze des Eisberges hat sich uns gezeigt: Es gab in Lampedusa innerhalb weniger Tage über 300 Tote. Was ich in diesen Tagen vermisst haben, war der Aufschrei, der Aufschrei in unserer Partei, aber auch generell der Aufschrei in ganz Europa. Wir lassen die Menschen mit ihren Problemen alleine. Wir lassen vor allem auch die Länder, die es betrifft, die sich mit diesen Flüchtlingsströmen auseinandersetzen müssen, allein.

Ich frage uns daher: Wo bleibt das solidarische, wo bleibt das humanitäre Europa? Vor allem auch: Wo bleibt da die starke Stimme Deutschlands? Wenn wir fast 200 Millionen Euro für eine Agentur FRONTEX ausgeben können, damit sie - oft auch mit Waffengewalt - die Flüchtlinge ins Mittelmeer zurücktreibt, dann meine ich, können wir dieses Geld doch wirklich für bessere Maßnahmen, um diese Menschen bei uns aufzunehmen, verwenden.

(BEIFALL)

Wo bleibt das Menschenrecht? Wo bleibt das Asylrecht, das uns ja sagt: „Wer an Leib und Leben bedroht ist, dem steht es zu, aufgenommen zu werden“? - Ich wünsche mir, dass von diesem Parteitag heute ein starkes Signal nach Deutschland und nach Europa ausgeht, dass wir uns in Deutschland um diese Schwächsten der Schwachen in Europa und außerhalb von Europa kümmern, dass wir sie nicht zurückdrängen, sondern dass wir sie aufnehmen, nämlich menschenwürdig.

Dieser Antrag, vor allem der Passus „für eine humanitäre europäische Flüchtlingspolitik“, ist mir zu schwammig gefasst. Die wirklich ernststen Tatsachen werden gar nicht erfasst. Das ist für mich enttäuschend. Das Thema Flüchtlingspolitik ist bei Wahlen nicht gewinnbringend. Aber das müssen wir als SPD endlich angehen; denn wenn nicht die SPD in ihrer 150-jährigen Geschichte jetzt endlich einmal ein starkes Zeichen setzt und sich für die Ärmsten und Schwächsten der Schwachen einsetzt, wer soll es dann tun? Die CDU/CSU sicherlich nicht.

Aus diesem Grunde, liebe Genossinnen und Genossen, bitte ich, diese Änderungsanträge von Baden-Württemberg anzunehmen, damit das Thema Xenophobie in Europa und in Deutschland erst einmal beiseitegeschoben wird, damit wir uns um die Menschen kümmern und damit die SPD zeigt: Wir sind für alle da, nicht nur für die Wähler in Deutschland, sondern für die Menschen in ganz Europa und auch außerhalb Europas. - Ich danke euch.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsident: Vielen Dank. - Jetzt spricht Thomas Oppermann.

Thomas Oppermann, SPD-Bundestagsfraktion: Lieber Martin, auch ich möchte mich bei dir für deine tolle Rede bedanken. Wer mit so viel Begeisterung und Leidenschaft über Europa spricht, der bietet eigentlich das beste Mittel, die beste Medizin gegen Nationalismus und die populistischen Anti-Europäer, die in Europa wieder Fuß fassen. Lieber Martin, wenn ich so gut reden könnte wie du, dann würde ich bei meinem Lob für dich nicht so stolpern.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte etwas zur europäischen Flüchtlingspolitik sagen, die ja in diesem Leitantrag angesprochen wird. Wir alle haben die schrecklichen Bilder von Lampedusa noch im Kopf, das grenzenlose Leid, was da passiert ist. Wir haben gesehen, dass es rechtliche Regeln gibt, nach denen die Menschen, die denen helfen, die in Seenot geraten sind, hinterher wegen Beihilfe zu illegaler Einwanderung bestraft werden können. Ich finde, das sind absolut unmögliche Zustände, die in diesem Europa ganz schnell überwunden werden müssen.

(BEIFALL)

Wir brauchen eine gemeinsame Flüchtlingspolitik, gemeinsame Verantwortung in Europa für Flüchtlinge. Das setzt voraus, dass wir zu Regelungen kommen, durch die Flüchtlinge fair in allen Mitgliedsländern Europas verteilt werden. Was wir jetzt haben, ist ein Hin- und Herschieben von Verantwortlichkeiten, aber keine gemeinsame Verantwortung. Das ist der erste Schritt, den wir in der europäischen Flüchtlingspolitik angehen müssen. Wir müssen das auch von Deutschland aus betreiben.

Die Chancen dafür, dass Einwanderer und Flüchtlinge in Deutschland akzeptiert werden, sind ja heute viel größer als vor 20 Jahren, als wir über den Asylkompromiss gestritten haben. Vor 20 Jahren war es so, dass die Einwanderer und Flüchtlinge hier auf eine strukturelle Massenarbeitslosigkeit gestoßen sind. Vielen galt in dieser Zeit Einwanderung als Belastung.

Heute haben wir eine völlig andere Situation. Wir haben eine sehr gute Beschäftigung, und wir haben Fachkräftemängel. In Zeiten von Fachkräftemangel sind Einwanderer und Flüchtlinge keine Belastung, sondern eher eine Chance. Aber diese Chance muss von uns natürlich auch vernünftig gestaltet werden. Das ist die Aufgabe, die wir in den Koalitionsverhandlungen haben. Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft, so wie Europa ein Einwanderungskontinent geworden ist. Das haben noch nicht alle verstanden. Das ist auch das Problem der Union. Sie hat jahrzehntlang gesagt, Deutschland sei kein Einwanderungsland, und muss jetzt feststellen: Wir sind längst eine Einwanderungsgesellschaft.

Deshalb muss es jetzt eigentlich auch darum gehen, dass wir zusammen mit den 15 Millionen Menschen, die bei uns leben, die direkt eingewandert sind oder von Einwanderern abstammen, diese Einwanderungsgesellschaft zu einer Gesellschaft gleichberechtigter Bürger in diesem Lande machen. Deshalb kämpfen wir ja auch für die doppelte Staatsangehörigkeit. Allen, die aus Mitgliedsländern der Europäischen Union kommen und die einen Einbürgerungsantrag in Deutschland stellen, lassen wir übrigens ihre nationale Staatsangehörigkeit. Deshalb sind bei Einbürgerungsverfahren mittlerweile mehr als 50 Prozent mit doppelter Staatsangehörigkeit. Das wird in der Union akzeptiert. Ich finde, es ist doch nur noch ein kleiner Schritt, das jetzt für alle, die in Deutschland eingebürgert werden wollen, zu akzeptieren.

Wir müssen aber auch Konsequenzen ziehen, wenn wir eine humane Flüchtlingspolitik machen wollen, Konsequenzen für uns hier vor Ort. Es genügt nicht, nur mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Wir müssen das auch so organisieren, dass es funktioniert, dass es sozialverträglich ist. Da müssen wir den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den Landräten, die Quartiere für Flüchtlinge suchen müssen, natürlich entsprechend helfen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Aufnahme von Flüchtlingen am Ende sozusagen den Rechtspopulisten und Rechtsextremisten in diesem Lande das Geschäft erleichtert, unsere Gesellschaft zu spalten und gegen Flüchtlinge zu hetzen. Also müssen wir das gut machen. Sonst funktioniert das nicht.

Wir müssen auch in den Koalitionsverhandlungen etwas durchsetzen. Wir sind auf einem guten Weg.

Wir haben die Chance, ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht für langjährig in Deutschland lebende Flüchtlinge und mehr Integrationsangebote auch für Asylbewerber zu bekommen, und wir wollen durchsetzen, dass es Asylbewerbern nicht mehr monatelang verboten wird, zu arbeiten, sondern dass sie möglichst früh arbeiten und Geld verdienen können, also das machen können, was jeder gerne machen möchte.

Ich glaube, wir haben jetzt gute Chancen, eine bessere Flüchtlingspolitik in Deutschland als Basis für eine humanere Flüchtlingspolitik in Europa zu machen. Europa muss dieses Problem angehen, um seinen eigenen Wertvorstellungen gerecht zu werden. – Vielen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Thomas. – Jetzt spricht Klaus Barthel. Ihm folgt Daniela Kolbe.

Klaus Barthel, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde, gestern hat der Aspekt Europa bei der Aufarbeitung des Wahlergebnisses eine zu geringe Rolle gespielt; denn die Menschen haben gespürt, dass die Sozialdemokratie nicht wirklich widerspruchsfrei und schlüssige Antworten als Alternative zu der katastrophalen Merkel-Politik für Europa hat. Deswegen würde ich mir wünschen, dass wir unsere Antragslage auch in dem Sinn, wie es Martin Schulz hier vorgetragen hat, deutlich verbessern und präzisieren.

Das Erste ist noch einmal, zu sagen – das hat er jetzt auch gesagt, aber das findet sich kaum in dem Antrag wieder –, was in Europa eigentlich los ist. Dort haben 43 Millionen Menschen kaum noch genug Geld zum Essen. In Europa herrscht eine absolute Rekordarbeitslosigkeit von mittlerweile 26,9 Millionen Menschen - mit steigender Tendenz. Wir haben eine noch immer zunehmende Jugendarbeitslosigkeit von 6 Millionen. Die Löhne sinken teilweise: in Griechenland waren es in den letzten zwei Jahren minus 20 Prozent, in Spanien waren es minus 6 Prozent, und in Portugal waren es minus 10 Prozent. Stellt euch das einmal auf unsere Verhältnisse übertragen vor! Daneben sind wir im zweiten Jahr einer eurozonenweiten Rezession.

Glaubt all den Schönrednern doch nicht, dass wir da irgendwie durch sind, dass Irland und Spanien wirklich schon raus können aus den ganzen Rettungsmaßnahmen. Schaut euch an, was die Europäische Zentralbank macht, die den Leitzins auf 0,25 Prozent senkt. Das ist ein Alarmsignal, mit dem gesagt werden soll: Europa steht vor der Deflation. - Es ist höchste Zeit, dass sich die europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik endlich ändert.

Wir müssen benennen, was dort im Moment passiert. Natürlich müssen bestimmte Länder ihre Hausaufgaben machen und ihre Haushalte und ihre öffentlichen Verwaltungen in Ordnung bringen. Die Rezepte, die jetzt von der Troika kommen, führen aber immer tiefer in die Krise. Die Gewerkschaften werden geschwächt, und die Tarifautonomie wird aufgehoben; es wird in sie eingegriffen. Die Lebensarbeitszeit wird bei steigender Massenarbeitslosigkeit verlängert. Es ist doch ein völliger Irrsinn, die Alten mit 65 Jahren im Betrieb und die Jungen draußen stehen zu lassen. Das wird in Europa aber durchgesetzt.

Der Sozialstaat wird zerschlagen, die Rentenfonds werden privatisiert, und das Gesundheitswesen in Griechenland wird ruiniert, sodass Leute auf der Straße krepieren, weil sie den Krankenhausaufenthalt und die

Medikamente nicht mehr bezahlen können. Es wird alles privatisiert, was nicht niet- und nagelfest ist – bis hin zu den Inseln, die irgendwelche verrückten Scheichs kaufen, weil sie ihre Paläste draufstellen wollen. Das ist die Realität in Europa.

Auf der anderen Seite werden die Reichen und Superreichen geschont, und es wird nichts getan, zum Beispiel für eine gleichmäßige Kapitalbesteuerung, sondern es werden auch noch die Länder unterstützt, die Steuerdumping in Europa betreiben, wie zum Beispiel Irland.

Dann kommt jetzt der Pakt für Wettbewerbsfähigkeit, den Frau Merkel uns in der Koalition auch aufdrücken will. Der bedeutet nichts anderes, als diese Politik europaweit zu kodifizieren und in Recht umzusetzen. Ich denke, hier müssen wir ganz deutlich sagen: Nicht mit uns!

(BEIFALL)

Deswegen, finde ich, kann man nicht einfach darüber hinweggehen, wenn der Deutsche Gewerkschaftsbund das in seiner Position zum Beispiel zu den Koalitionsverhandlungen als einen zentralen Punkt festhält. Er sagt: Anstelle der gescheiterten Sparpolitik brauchen wir einen Marshallplan. Wir brauchen eine soziale Fortschrittsklausel in den Verträgen, wir brauchen verbindliche soziale Mindeststandards, wir brauchen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. - Das heißt, wir brauchen eben nicht Merkel-Plus, sondern einen Politikwechsel in Europa.

(VEREINZELT BEIFALL)

Zentrales Element – ein Beispiel – ist der New Deal oder der Marshallplan. Genossinnen und Genossen, es ist mir nicht gelungen, wenigstens das Stichwort im Antrag zu verankern. In Europa geistern zurzeit 27 Billionen Euro an privatem Geldvermögen herum und suchen eine Anlagemöglichkeit. Sie führen zu einer Blase nach der anderen: erst bei den Immobilien, jetzt gerade auf den Aktienmärkten. 5 Billionen Euro davon befinden sich allein in Deutschland. Wenn wir etwas machen wollen, dann müssen wir versuchen, dieses private Kapital zu mobilisieren und es in einen europäischen Zukunftsfonds zu überführen, um damit Investitionen in die Energie, in die Verkehrsnetze und in die soziale und öffentliche Infrastruktur in allen europäischen Ländern zu tätigen, um die Investitionsblockade, die es auch bei uns in der Bundesrepublik gibt – wir haben die niedrigste Investitionsquote im historischen Vergleich -, zu lösen und endlich Investitionen in Gang zu setzen, anstatt die Banken und die Finanzmärkte weiter zu füttern.

(VEREINZELT BEIFALL)

Das muss gerecht finanziert haben. Dazu haben einige andere schon etwas gesagt. Ich will einfach noch auf Folgendes verweisen: Das ist jetzt nicht eine Spinnerei von irgendwelchen Ökonomen, sondern das ist zum Beispiel auch der Beschluss des Europäischen Gewerkschaftsbundes von vor einer Woche. Ich wünsche mir, dass so etwas in einem sozialdemokratischen Programm auftaucht.

Was ich mir auch wünschen würde, was demnächst auftauchen muss, ist ein Text bzw. eine Botschaft zur Freihandelspolitik der Europäischen Union. Genossinnen und Genossen, jenseits des Datenschutzeskandals, der NSA usw. kann es doch nicht sein, dass wir ohne Vorbedingungen in diese Verhandlungen gehen.

Es wird gesagt: Wir müssen ökologische und soziale Verbraucherschutzstandards - Datenschutz usw. - in solchen Abkommen absichern. Wir müssen zum Beispiel etwas zu der Frage sagen, wie es denn sein kann, dass es in den USA nicht möglich sein soll, dass im VW-Werk in Chattanooga ein Betriebsrat etabliert wird und dass die Gewerkschaften Zugang zu diesen Betrieben haben, bloß weil irgendwelche wildgewordenen Gouverneure der Republikaner das nicht so gerne sehen. Hier sollen wir dann auf gleicher Ebene konkurrieren und Freihandel betreiben. Ich denke, dazu muss es auch in unserem europäischen Wahlprogramm Aussagen geben.

Wenn wir in Europa wieder Vertrauen und Glaubwürdigkeit wollen, dann müssen wir nicht so viel über Institutionen reden – das ist unser Geschäft -, sondern dann müssen wir über die politischen Inhalte reden. Wir brauchen eine Politik aus einem Guss, weil es nicht sein kann, dass wir auf den Ruinen der Arbeits- und Soziallandschaft in den einen Ländern der Europäischen Union gute Arbeit, Wachstum, Beschäftigung und mehr Gerechtigkeit auf den Arbeitsmärkten aufbauen, in den anderen Ländern aber nicht.

Das passt überhaupt nicht zusammen, sondern dort müssen wir einheitlich agieren. Das heißt, wir müssen versuchen, das auch in unser Europawahlprogramm aufzunehmen. Es ist jetzt aufgrund der kurzen Zeit leider nicht gelungen, das alles präzise in den jetzt vorliegenden Antrag zu schreiben. Ich bitte euch, daran mitzuarbeiten.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Jetzt hat das Wort Daniela Kolbe. Ihr folgt Ralf Spörkel.

Daniela Kolbe, Sachsen: Zunächst einmal auch von meiner Seite ganz herzlichen Glückwunsch an Martin Schulz. Es war ein tolles Ergebnis für einen tollen Europäer. Immer, wenn ich dich sprechen höre, merke ich, wie es dir gelingt, die Flamme, die in dir für Europa brennt, auch bei mir zu entflammen. Du machst wirklich einen ganz tollen Job. Weiter so!

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich freue mich sehr, dass in dem Antrag, den wir gerade besprechen, das Thema Flüchtlingspolitik eine so große Rolle spielt und auch in der Debatte einen breiten Raum einnimmt, denn es kann in der Tat niemanden kalt lassen, was derzeit vor Lampedusa passiert und jeden Tag wieder passieren kann.

Ich war vor reichlich zwei Jahren mit Mitgliedern des Innenausschusses an der griechisch-türkischen Grenze in Griechenland. Was ich dort in Lagern gesehen habe, hat mir schlaflose Nächte bereitet und bereitet mir manchmal heute noch schlaflose Nächste. Solche grauenvollen und menschenverachtenden Zustände hätte ich mir überhaupt nicht vorstellen können – erst recht nicht mitten in der Europäischen Union. Das waren wirklich skandalöse Zustände.

Wir waren dieses Jahr wieder dort und konnten sehen, dass sich ein bisschen was verändert hat. Das Asylsystem in Griechenland hat sich weiterentwickelt und durchaus verbessert, auch durch Gelder, die aus der Europäischen Union geflossen sind. Insofern kann man erst einmal festhalten: Europäische Solidarität kann etwas bewirken, auch in Griechenland. Wenn ich allerdings nach Athen schaue und sehe, wie die Flüchtlinge in Athen gejagt werden, wie die Goldene Morgenröte dort Stimmenzuwächse erlangt, wie Menschen dort in erbärmlichen Zuständen leben, dann weiß ich eben auch: Griechenland braucht unsere

Solidarität, und die kann nicht allein in Geldleistungen bestehen, sondern wir brauchen ein anderes europäisches Flüchtlingssystem.

(VEREINZELT BEIFALL)

Mit dieser Debatte ist die Diskussion, wie eine humanitäre Flüchtlingspolitik aussieht, wieder mit voller Wucht angekommen: in Italien, in Griechenland, aber eben auch in Hamburg, in Berlin-Marzahn, in Schneeberg und auch in dieser wunderbaren Stadt Leipzig. Auch wir diskutieren hier stark über die Unterbringung von Asylbewerbern. Wenn wir dieser Debatte gewachsen sein wollen, dann müssen wir als Sozialdemokratie uns darüber verständigen und auch über Punkte sprechen, bei denen wir uns vielleicht nicht einig sind. Es ist eine schwierige Debatte, die vor uns liegt, und darüber müssen wir miteinander sprechen; das müssen wir besprechen.

Ja, wir brauchen eine andere europäische Flüchtlingspolitik, die Verantwortung teilt. Ja, wir müssen in die Herkunftsländer schauen und dort die Bedingungen verbessern. Ja, wir brauchen Resettlement-Programme und Relocation-Programme, solange wir noch keine vernünftige europäische Lastenteilung haben. Aber wir brauchen eben auch die Debatte hier in Deutschland über ein vernünftiges Asylsystem. Im Moment schicken wir in unserem Asylsystem immer noch viel zu viele Menschen in eine Sackgasse, wo sie zum Nichtstun verdammt sind, wo sie dazu verdammt sind, in ihren Regionen zu bleiben, wo sie oftmals über Jahre hinweg ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können. All das sind wichtige Punkte.

Insofern möchte ich an dieser Stelle einen Dank aussprechen, und zwar an eine Arbeitsgruppe, die im Auftrag des Parteivorstandes unter der Führung von Ralf Stegner ein Papier genau zu diesen wichtigen Themen erarbeitet hat. Herzlichen Dank an diese Arbeitsgruppe, dass ihr euch an dieses schwierige Thema herangewagt habt und ein tolles Papier geschrieben habt. Es heißt „Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik“, und es liegt auf allen Tischen als Initiativantrag 4 aus. Es ist als erledigt erklärt worden, weil der Parteivorstand das Papier schon zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

Ich hätte jetzt gerne darüber diskutiert, aber diesen Raum wird es jetzt wahrscheinlich nicht geben.

(VEREINZELT BEIFALL)

Aber ich wiederhole es: Der Parteivorstand hat das Papier zustimmend zur Kenntnis genommen. Insofern möchte ich es euch ganz, ganz herzlich zur Lektüre empfehlen. Es enthält viele wichtige Punkte, die euch wappnen für die Herausforderungen, Debatten und Diskurse, die sicherlich auch bei euch zu Hause stattfinden. Ich bitte euch: Schaut euch das Papier an. Drückt das Kreuz durch. Geht mit Haltung in diese Gespräche, die vor euch liegen, und lasst uns gemeinsam für eine humanitäre Flüchtlingspolitik in Europa und auch vor unserer Haustür streiten. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. - Das Wort hat Ralf Spörkel aus Baden-Württemberg. Ihm folgt Kerstin Griese aus Nordrhein-Westfalen.

Ralf Spörkel, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin froh, dass die Daniela Kolbe vor mir gesprochen und auf das vorliegende Papier zur Flüchtlingspolitik hingewiesen hat. Ich denke, wenn wir dieses Papier doch auf diesem Parteitag diskutiert hätten, dann würden uns Sätze wie in Zeile 324

- in der Version, die ich hatte; es gibt ja einige -: „Deutschland kommt seinen Verpflichtungen umfassend nach“ im Kontext einer europäischen Asyl- und Einwanderungspolitik nicht unwidersprochen in Anträge hineinrutschen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich beantrage die Streichung dieses Satzes, weil er suggeriert - meiner Meinung nach fälschlicherweise -, dass die deutsche Haltung und das deutsche Arbeiten in diesem Bereich in Ordnung sei. Ich denke, dass wir das nur als schlechten Witz bezeichnen können. Das stimmt vielleicht, wenn man ganz grob nur in den Kategorien der Verträge denkt. Wenn man aber moralische Maßstäbe anlegt und wenn man darüber nachdenkt, welche Aufgaben wir hätten, dann kann man doch nicht sagen, dass wir unseren Aufgaben hier vorbildlich nachkommen. Deswegen sollten wir das in unseren Anträgen auch nicht schreiben, Genossinnen und Genossen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Der zweite Punkt, auf den ich hinweisen will. Ich würde einen weiteren Satz, der mich extrem stört, gerne streichen. Er beginnt in der Zeile 461. Ich will euch nicht den ganzen Absatz vorlesen; ihr könnt ihn nachlesen. Aber da steht: Es dürfen durch Finanzhilfen an europäische Mitgliedstaaten im Flüchtlingsbereich keine Anreize für eine schlechte Behandlung und Versorgung der Flüchtlinge geschaffen werden. - Genossinnen und Genossen, ich denke, dass dieser Satz ein Misstrauen ausdrückt und eine Unsolidarität anspricht und dass uns das nicht gerecht wird. Ich glaube, dass es ein bisschen unverschämte ist, auch nur zu unterstellen, dass das der Hintergrund von Ländern ist. Wenn man sich die deutsche Asylpraxis in manchen Asylbewerberheimen anschaut, dann sieht man, dass solche Sätze eigentlich eine Unmöglichkeit sind. Ich würde ihn deshalb streichen wollen, weil das ein vollkommen falsches Signal ist.

(VEREINZELT BEIFALL)

Dann möchte ich zwei, drei Worte zu den Änderungsanträgen aus Baden-Württemberg sagen, die schon vorgelegt worden sind. Wenn wir neue Mechanismen bei der - ich nenne das jetzt einmal so, auch wenn es ein blödes Wort ist - Verteilung von Flüchtlingskontingenten auf der europäischen Ebene einführen, dann sollten wir - ich hoffe, dass das Konsens ist - nicht dazu übergehen, Geldleistungen zu verteilen, sondern die Bundesrepublik Deutschland sollte dahin kommen, Menschen aufzunehmen, statt sie in die Grenzstaaten kommen zu lassen und ihnen Geld zu geben. Wenn das der Fall ist, können wir nicht gleichzeitig sagen, dass wir keine Anreize für schlechte Behandlung schaffen wollen, Genossinnen und Genossen. Ich glaube, das passt nicht zusammen. Wir sollten hier den Tatsachen ins Auge blicken und beschließen, Kontingente aufzunehmen. Der Thomas hat es auch gesagt. Wir sollten es aber auch im Antrag so formulieren. Deswegen ist es notwendig, dem Änderungsantrag aus Baden-Württemberg hier zuzustimmen.

Weiterhin ist es notwendig, etwas zu Dublin II zu sagen. Auch hier gibt es den Antrag, eine kleine Streichung vorzunehmen. Wenn man sich Publikationen von Pro Asyl, von Kirchen usw. anschaut, dann stellt man fest, dass hier Änderungen vorgenommen werden müssen. Wir können nicht die Grenzstaaten alleinlassen mit dem Problem. Wir müssen Kontingente schaffen; wir müssen hier zu Entlastungen kommen. Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Verfahren nicht ewig dauern, dass die Kontingentierung schon vorher stattfindet und die Flüchtlinge nicht sechs, sieben Monate in den Grenzstaaten verbleiben müssen, um dann in andere Länder verteilt zu werden. Das geht nicht.

(VEREINZELT BEIFALL)

Deswegen bitte ich euch, auch diesem zweiten Änderungsantrag aus Baden-Württemberg zuzustimmen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Zum Schluss noch ein Satz zu Frontex. Bei aller - lasst mich das so sagen - Lyrik, die in dem Antrag zu Frontex steht, muss man doch festhalten, dass diese Einrichtung eine skandalöse Veranstaltung in Europa bleibt. Ich glaube, es kann nicht sein, dass wir - und das ist der dritte Änderungsantrag aus Baden-Württemberg - Menschen vor einem vernünftigen Prozess in sogenannte sichere Drittstaaten zurückschicken. Kein Mensch kann glauben, dass zur Not der Fregattenkapitän im Mittelmeer entscheidet, dass da, wo die Menschen herkommen, ein sicheres Land ist, in das sie zurückkehren können. Das kann nicht unser Ernst sein. Deswegen bitte ich euch, auch dem dritten Änderungsantrag aus Baden-Württemberg zuzustimmen.

Nur damit das klar ist - ich gehe davon aus, die Antragskommission lehnt unsere Anträge ab -: Stimmt gegen das Votum und im zweiten Schritt für unseren Antrag. - Vielen Dank.

(VEREINZELT BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Dann Kerstin Griese. Ihr folgt Rene Repasi.

Kerstin Griese, Nordrhein-Westfalen: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen! Zu einem sozialen Europa gehört, dass Europa mit den Menschen, die aus bitterer Not fliehen, human umgeht. In dem Antrag steht so schön der Satz: „Europa steht für Frieden, Wohlstand und soziale Balance.“ Das soziale Europa ist unser Ziel. Ich glaube, wir müssen noch stärker betonen, dass es dazu nicht passt, dass jede Woche Menschen im Mittelmeer ertrinken, dass sie sterben, weil sie nach Europa, in dieses soziale Europa wollen, das eigentlich viel offener sein sollte.

Deshalb brauchen wir eine andere Flüchtlingspolitik - viele haben es schon gesagt -, denn wenn Europa seine Werte lebt, darf Europa nicht tatenlos zuschauen, wenn vor seiner Tür Menschen ertrinken. Liebe Genossinnen und Genossen, ich werfe es ganz besonders der noch im Amt befindlichen Bundesregierung und dem Bundesinnenminister vor, dass er mit kaltem Herzen, mit Abwehr und Ignoranz auf dieses große Problem reagiert.

Im Fall der syrischen Flüchtlinge war das übrigens genauso. Auch da Ignoranz, kaltes Herz und Abwehr statt Hilfe. Wenn es nicht die Kirchen gewesen wären, die interveniert hätten - ich habe das als Kirchenbeauftragte sehr intensiv verfolgt -, hätte diese Bundesregierung noch nicht einmal 5.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen. Ich finde, das ist eine peinlich niedrige Zahl angesichts der Not in Syrien.

Ich bin deshalb froh, dass einige Bundesländer - NRW gehört dazu, aber auch andere sozialdemokratisch geführte Bundesländer - den syrischen Familien, die dort leben, die Möglichkeit geben, Verwandte aus Syrien aufzunehmen, um so auch die Zahl der Flüchtlinge zu erhöhen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will auf einen Punkt besonders hinweisen. In der Asyl- und Flüchtlingspolitik brauchen wir die Unterstützung der Zivilgesellschaft. Viele Menschen sind dort in Initiativen vor Ort aktiv, zum Beispiel wenn es darum geht, sich gegen rechtsextreme Stimmungsmache vor geplanten Flüchtlingsunterkünften zu wenden. Zum Beispiel, wenn es darum geht, dass ein SPD-Ortsverein für Fahr-

räder für eine Asylbewerberunterkunft sammelt. Zum Beispiel, wenn Menschen aus Kirchengemeinden, aus Nachbarschaften, aus Vereinen Kleidung, Spielzeug oder auch einfach Zeit mitbringen, um sich zum Beispiel um Roma-Flüchtlinge zu kümmern.

Ein ganz, ganz großes Dankeschön für dieses Engagement aus der Zivilgesellschaft, das wir brauchen, damit wir eine andere Flüchtlings- und Asylpolitik durchsetzen können.

(BEIFALL)

Wir brauchen diese Unterstützung, ehrlich gesagt, manchmal auch als SPD, um uns in der Asyl- und Flüchtlingspolitik ein bisschen anzustoßen, denn das haben wir nötig. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Zu einem sozialen Europa gehört eine humane Flüchtlingspolitik. Ich bin Martin Schulz dankbar, dass er das immer wieder betont hat und zum Thema gemacht hat. Ich hoffe, lieber Martin, dass du das demnächst noch viel stärker in anderer Funktion durchsetzen kannst. - Vielen Dank

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Danke Kerstin. - Das Wort hat Rene Repasi. Ihm folgt Fabien Vesper.

Rene Repasi, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Martin, Europa ist ein gefesselter Riese, und es die Aufgabe der Sozialdemokratie, die Fesseln zu durchschlagen. Wir haben heute jemanden gesehen, der in der Lage ist, das Schwert zu führen, mit dem wir diese Fesseln zerschlagen können. Vielen Dank, Martin, für diesen Auftritt. An euch alle, liebe Genossinnen und Genossen: Geht einmal zu eurem lokalen Buchhändler und fragt nach dem gefesselten Riesen. Dann werdet ihr alles Material brauchen, um einen erfolgreichen Europawahlkampf zu führen.

Eine der entscheidenden Fesseln, die Europa fesselt, ist immer noch die Wirtschaftspolitik. Heute wurde sehr viel über die Flüchtlingspolitik gesprochen. Sie hat große Aktualität. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass es diese Wirtschaftspolitik ist, die in der Europäischen Union gemacht wird, die uns daran hindert, voranzukommen. Lasst mich daher drei Punkte nennen, die für mich entscheidend sind, damit wir aus dieser Krise herauskommen, damit Europa seine Fesseln ablegen kann.

Der erste Punkt ist die Diskussion, die wir zurzeit rund um die sogenannte Bankenunion und rund um die Frage der Bankenrestrukturierung führen. Wir müssen herauskommen aus der Spirale, dass Staaten Banken retten, damit danach die Banken die Staaten retten, und damit dann die Staaten wieder die Banken retten und wir alle nur auf die große Pleite zusteuern. Es kann nicht sein, dass wir weiterhin ein System aufrechterhalten, in dem öffentliches Geld missbraucht wird, um die Fehler von Bankern auszugleichen.

(BEIFALL)

Das kann nur funktionieren, wenn diejenigen, die den Mist machen, auch durch das Geld gerettet werden, das sie dafür zur Verfügung stellen müssen. Wir brauchen also auf der Ebene, auf der die Banken aktiv sind, also im europäischen Binnenmarkt, einen Restrukturierungsfonds mit einem Mechanismus, der eigenständig entscheiden kann. Der Idealfall wäre es, wenn es sich hierbei um eine eigene Behörde und nicht um die Kommission handeln würde. Der muss kritisch sein, wenn so viel Macht in einer Behörde konzentriert ist. Ausnahme natürlich: Martin Schulz wird Kommissionspräsident.

Lasst mich zum zweiten Punkt kommen: Steuerflucht. Was wir an Geldern in der Steuerflucht und Steuer-
vermeidung verlieren, ist ein Skandal. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die hier möglich sind. Es muss
möglich sein, Banken ihre Lizenz zu entziehen, wenn sie Beihilfe zum Steuerbetrug leisten. Es muss mög-
lich werden, dass Banken öffentlich zugänglich für jedermann veröffentlichen müssen, in welchem Staat sie
ihre Werte haben und in welchem Staat sie ihre Steuern zahlen, damit es eine Kontrolle der Öffentlichkeit
dazu gibt und dass es nicht nur an die Finanzbehörden gegeben wird.

Wir müssen in Bezug auf Finanzinstitute, die aus Drittstaaten kommen und Steuerdaten nicht an unsere
Steuerbehörden liefern wollen, die Möglichkeit haben, ihnen die Genehmigung für Banktätigkeit in der
Europäischen Union zu entziehen. Dann wird man schnell sehen, dass Drittstaaten mit ihren ominösen
Bankgeheimnissen die Banken relativ schnell ad acta legen oder ad facta legen.

Lasst mich zum dritten Punkt kommen. Der dritte Punkt ist die berühmt-berüchtigte Austeritätspolitik.
Liebe Genossinnen und Genossen, Martin Schulz hat darauf hingewiesen: Das reine Sparen bringt
nichts. Deswegen lasst uns zusätzlich investieren. Das ist sehr richtig. Die Frage, die ich mir allerdings
stelle, lautet: Reicht das aus? Reicht das bei den Schulden, die die Staaten angehäuft haben, aus, dass
wir allein mit diesen zwei Mechanismen den Staaten helfen? Ich glaube nicht. Ich glaube, wir müssen
den Staaten helfen, von ihren Schuldenbergen herunterzukommen. Da spreche ich dann jetzt nicht von
Haircuts oder sonstigen modernen Begrifflichkeiten, sondern ich rede von einem Altschulden Tilgungs-
fonds, den wir nicht vergessen sollten und mit dem wir den Staaten die Möglichkeit geben, auf einen
Reset-Knopf zu setzen, dass sie wieder die Kriterien erfüllen und wieder vertrauenswürdig auf den
Finanzmärkten arbeiten.

Lasst uns dieses Instrument nicht vergessen. Lasst uns nicht vergessen, dass wir den Staaten bei ihren Schul-
den helfen müssen. Lasst uns das in den Koalitionsverhandlungen offensiv fordern, Genossinnen und Ge-
nossen. Wir brauchen keine rotlackierte Austeritätspolitik, sondern wir brauchen einen Politikwechsel
in der Europapolitik, und das geht nur, wenn wir diese Maßnahmen mit hineinbringen. Dann haben wir die
Chancen, dem europäischen Riesen seine Fesseln zu nehmen und als starke und kräftige Europäische Union
da zu sein, wo wir Sozialdemokraten die Europäische Union sehen: Als Helferin der schwächeren Staaten
und der schwächeren Menschen. - Vielen Dank, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. -Jetzt hat Fabienne Vesper das Wort. Dann folgt Daniel
Brunkhorst.

Fabienne Vesper, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe eine wichtige Nach-
richt aus Südwestdeutschland, wo ein Ministerpräsident gemeint hat, die wahre Bedeutung der Europawahl
erkannt zu haben. So hat Winfried Kretschmann etwa erklärt, die Europawahl sei ein Stimmungstest für Ba-
den-Württemberg. Aber ich denke, wir wissen es besser, liebe Genossinnen und Genossen: Die Europawahl
ist kein Stimmungstest für Baden-Württemberg, die Europawahl ist auch kein Stimmungstest für Deutsch-
land, für die Bundespolitik. Es geht darum, dass wir die Krise solidarisch überwinden. Es geht darum, die
Finanzmärkte zur Verantwortung zu ziehen und unser Grundrecht auf Datenschutz durchzusetzen. Es geht
um eine menschenwürdige Flüchtlings- und Einwanderungspolitik.

Das sind alles europäische Themen. Es ärgert mich von Europawahl zu Europawahl, wie diese europäische Wahl nur national gedacht wird oder sogar von der Kirchturmspolitik her gedacht wird. Wir müssen unseren Beitrag auch dazu leisten, dass die Europawahl als europäische Wahl wahrgenommen wird.

Wir haben einen ersten Schritt gemacht, indem wir einen gemeinsamen Spitzenkandidaten für unsere Partei in Europa aufgestellt haben. Das ist ein wichtiger Schritt, Martin, und ich freue mich sehr darüber.

Wir brauchen aber auch ein Programm, das ein klares Profil hat, und nicht nur ein Programm des kleinsten gemeinsamen Nenners aller europäischen Mitgliedsparteien der SPE. Wir müssen dazu beitragen, eine europäische Öffentlichkeit zu schaffen. Dazu gehört auch eine europäische Parteiöffentlichkeit. Ich verstehe nicht, warum die Website der sozialdemokratischen Partei Europas heute nur auf Französisch und Englisch erreichbar ist. Wenn wir die Menschen in ganz Europa und auch bei uns in Deutschland mitnehmen wollen, dann müssen wir auch die Sprache der Menschen sprechen und diese Website auch auf Deutsch anbieten, damit auch die Direktmitgliedschaft in dieser Sozialdemokratischen Partei Europas wird vor Ort besser angenommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Sozialdemokratische Partei Europas soll nicht nur ein Verbund von Parteien sein, nicht nur eine Kooperation von Parteivorständen. Ich denke, es ist wichtig, dass wir dafür sorgen, dass sie vor Ort ankommt und dass wir die Menschen vor Ort mitnehmen. - Vielen Dank

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank. - Das Wort hat jetzt Daniel Brunkhorst. Dann folgt Eckart Kuhlwein.

Daniel Brunkhorst, Hannover: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, zur Asylpolitik ist das allermeiste gesagt worden. Ich glaube aber, dass man eine Sache hinzufügen muss. Ich glaube, das, was hier an richtig guten Sachen vorgetragen wurde - Ralf hat damit angefangen -, alles nicht im Antrag steht. Viele sehr wichtige Punkte, die hier gesagt wurden, stehen nicht im Antrag. Deswegen hat Daniela Recht: Wir hätten heute eigentlich noch den Asylantrag diskutieren müssen.

Die zweite Sache, die hier, glaube ich, noch nicht gesagt wurde, und wo ich mich auch ein bisschen geärgert habe, war, als Thomas Oppermann vorhin gesagt hat - jetzt ist er nicht mehr da; schade drum -, man müsse zum Beispiel den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern - ich glaube, er hat nur männliche Formen benutzt - dabei helfen, dass sie Quartiere für Menschen finden können, die hierherkommen.

Ich glaube, dass er an dieser Stelle irrt, denn ich möchte keine Quartiere, sondern ich möchte ein Ende der Unterbringung in großen Gruppen, in großen Gebäuden. Ich möchte, dass Flüchtlinge in Deutschland auch in ganz normale Wohnungen kommen können. Das ist, glaube ich, eine Sache, die in der Sozialdemokratie noch mal ankommen muss.

(BEIFALL)

Ich glaube auch, dass wir als Sozialdemokratie die Tatsache verstehen müssen, dass wir in den Ortsvereinen und in den Gemeinden dafür werben müssen, dass zum Beispiel für den Fall Syrien 5.000 Menschen nicht genug sind. Es ist eine schwierige Debatte, aber ich glaube, wir müssen in Deutschland eine Debatte

führen, dass wir eben nicht nur unserer Verantwortung gerecht werden, sondern dass mehr Menschen nach Deutschland fliehen können müssen. Deswegen glaube ich, dass wir an der Stelle noch einmal beim Konvent nachfassen müssen.

Es gibt einen anderen Bereich, der ähnlich wenig entwickelt ist, vielleicht sogar schlimmer in diesem Antrag, und das ist die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Wenn ihr euch den Antrag einmal anschaut - es lohnt sich -, wird dort skizziert, was man alles machen könnte, um zum Beispiel eine europäische Parlamentsarmee zu bekommen. Ich glaube, das ist eine sinnvolle Forderung. Die zentrale Herausforderung, vor der die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa steht, ist aber eine andere. Direkt vor unseren Grenzen, direkt neben der Türkei, die wir als Sozialdemokratie ja auch nach Europa holen wollen, findet derzeit ein Bürgerkrieg statt, und wir haben keine Antwort auf dieses Morden dort.

Liebe Genossinnen und Genossen, was hilft uns eine Parlamentsarmee, wenn wir trotzdem als europäische Sozialdemokratie keine Antwort darauf haben, wie wir das Leiden in Syrien beenden und wie wir damit umgehen, wenn solche Fälle stattfinden, denn es ist nicht das erste Mal nach Ruanda, sondern es gibt eine längere Reihe von Konflikten, bei denen wir nicht intervenieren wollten, was vielleicht richtig ist. Aber wir haben keine Diskussion dazu geführt, wie wir damit umgehen, wenn vor unseren Toren gemordet wird. Ich glaube, liebe Genossinnen und Genossen, auch da würde sich vielleicht einmal ein Konvent anbieten, um einmal zu sagen, welche Außen- und Sicherheitspolitik wir eigentlich verfolgen wollen, damit so etwas nicht mehr stattfindet. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Das Wort hat Eckart Kuhlwein. - Ihm folgt Stephan Grüger aus Hessen-Stüd.

Eckhart Kuhlwein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen, ich unterstreiche fast alles, was hier an kritischer Analyse zum deutschen und zum europäischen Asylrecht gesagt worden ist, und unterstreiche auch die vielen Vorschläge zu einer grundlegenden humanitären Veränderung und Verbesserung.

Wir haben die Rede von Martin Schulz gehört. Er ist schon überschwänglich gelobt worden. Alle, die das gemacht haben, hatten Recht. Wir stehen mit ihm in einem angehenden Europawahlkampf hervorragend aufgestellt da. Jetzt müssen wir noch am Programm nacharbeiten. Es wird noch einen Europa-Parteitag geben, weil manches, was hier diskutiert worden ist, in dem IA 2 nicht so ausführlich berichtet wird.

Ich will einen weiten Punkt hinzufügen. Dabei geht es um das sogenannte Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen. Martin, TTIP. Ich würde dich einmal bitten, zuzuhören, weil ich in der SPD bisher eine Debatte darüber vermisst habe. Ich weiß nur, dass sich der Bundesrat im Sommer damit beschäftigt hat und „Ja, aber“ gesagt hat. Aber dieses Freihandelsabkommen, wenn es denn so zustande kommen würde - Barrosos Handschrift und die Handschrift von einem gewissen Herrn Philipp Rösler in der deutschen und europäischen Eingangssituation -, dann bedeutet das, Kern ist der Abbau von sogenannten nicht tarifären Handelshemmnissen. Das sind dann soziale Rechte der Arbeitnehmer, das ist dann Tarifentlohnung, das ist aber auch Umweltschutz, Lebensmittelschutz, Naturschutz. Das kann bedeuten, die Einfuhr von Gentechnik-Lebensmitteln wird aus wettbewerbsrechtlichen Gründen erlaubt werden müssen. Hormonfleisch aus den USA landet ungekennzeichnet auf unseren Tellern, die gesamten europäischen Standards bleiben auf der Strecke. Martin Schulz hat mehr Demokratie für Europa angemahnt. Das Ganze wird auch noch in ge-

heimen Zirkeln verhandelt. Papiere dringen nicht nach draußen. Sie werden aber wohl der amerikanischen Agrarlobby zur Verfügung gestellt, die unmittelbar Einfluss nimmt. Das Europäische Parlament bekommt diese Papiere bisher auch nicht. Das halte ich für unerträglich, weil es das Vertrauen in unser demokratisches System erheblich schwächen würde.

Ich habe einen kleinen Antrag, der wenigstens die Aufmerksamkeit auf diesen Punkt lenken soll: Beim IA 2 in der neuen Fassung soll hinter der Zeile 253 neu angefügt werden: „Ein Freihandelsabkommen zwischen EU und USA darf es nur geben, wenn die europäischen Naturschutz-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards gewährleistet werden.

(BEIFALL)

Ich gebe das gleich dem Präsidium. Lasst mich noch eine letzte Anmerkung machen.

Im Frühjahr gab es großes Geschimpfe - auch von Parteispitzen von uns - über die Geldwäscherei in Zypern. Inzwischen wissen wir, lieber Sigmar, aus einer Veröffentlichung der Süddeutschen Zeitung in dieser Woche, dass Deutschland, was Geldwäsche angeht, weit vor Zypern rangiert. Ich würde euch dringend bitten, euch darum zu kümmern, wie bei uns von internationalen Gangs Geld gewaschen wird und wie wir damit inzwischen, glaube ich, Platz 8 in der Weltrangliste erreicht haben - Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Das Wort hat jetzt Stephan Grüger. Ihm folgt Udo Bullmann.

Lasst mich bitte noch einen Satz sagen. Liebe Genossinnen und Genossen, sorgt jetzt bitte dafür - abgesehen davon, dass es eine spannende Europa-Debatte ist und dass es deshalb schön wäre, wenn die Delegierten im Saal wären, weil wir uns langsam der Bekanntgabe von Ergebnissen zu den Beisitzerwahlen nähern und weil dann das weitere Verfahren zu besprechen ist, dass die Delegierten so langsam in den Saal kommen.

Danke für die Geduld, Stephan. Jetzt hast du das Wort.

Stephan Grüger, Hessen-Süd: Danke, Doris. - Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Martin! Martin, zunächst einmal herzlichen Glückwunsch zu dem hervorragenden Ergebnis. Du hast unsere Unterstützung für die Europawahl. Ich wünsche dir und uns allen gutes Gelingen dafür.

Lasst mich eine kurze Anmerkung machen. Diejenigen, die mich etwas länger kennen, werden sich nicht wundern, welches Thema jetzt zu dem vorliegenden Antrag kommt. Mir fehlt nämlich ein Energiekapitel in diesem Antrag. Das finde ich besonders irritierend vor dem Hintergrund, dass gerade in der letzten Zeit aus den Reihen des Parteivorstands neuerdings immer wieder der Hinweis kommt, man müsse Energiepolitik auch europäisch denken. Wenn ich es mir recht betrachte: Energiepolitik europäisch denken - dabei denke ich zunächst immer an den Energiekommissar Günther Oettinger, und da vergeht mir eigentlich das europäisch Denken an dem Punkt. Das ist doch der Energiekommissar, der kürzlich versucht hat, den Subventionsbericht zu fälschen, weil dabei herauskam, dass Atom, Kohle und andere fossile Energieträger drei- bis viermal stärker subventioniert werden als die ach so überforderten und übersubventionierten erneuerbaren Energien. Das ist das, was viele Menschen dann als europäische Energiepolitik erleben, nämlich eine gnadenlose Politik für Atomkonzerne, für Oligopole, gegen Marktwirtschaft, für die gigantomanischen Netzprojekte. Das ist europäische Energiepo-

litik - zumindest, solange Günther Oettinger und Ähnliche diese Energiepolitik bestimmen. Deswegen ist es natürlich wichtig, Martin, dass du Kommissionspräsident wirst und dafür sorgst, dass, selbst wenn der Energiekommissar vielleicht nicht ganz richtig tickt, er zumindest richtig eingebremst wird. Denn diese Art von Energiepolitik, Genossinnen und Genossen, darf auf keinen Fall jemals eine sozialdemokratische Energiepolitik sein, auf europäischer Ebene wie auf nationaler Ebene. Wir sind doch diejenigen, die für die Verbraucher streiten, für eine soziale Marktwirtschaft in der Energiewirtschaft, gegen Oligopole, gegen Großkonzerne und gegen gigantomanische Projekte, die am Ende nämlich der kleine Verbraucher - dazu zähle ich durchaus auch das kleine Handwerk und die mittelständischen Unternehmen - mitbezahlen muss.

Es ist nämlich nicht die Energiewende, die so teuer ist, sondern es ist im Augenblick die Energiewende, die genau das verhindern wird, weshalb sie massivst von den großen Oligopolunternehmen und von denen, die davon profitieren würden, wenn diese gigantomanischen Projekte eines Günther Oettinger umgesetzt würden, bekämpft würden.

Deswegen, Genossinnen und Genossen: Ich werde jetzt keinen Änderungsantrag stellen, aber es ist wichtig, dass wir diese Form der Energiepolitik mit bedenken, dass wir die mit in den Wahlkampf nehmen und dass wir dafür kämpfen, dass wir auf europäischer Ebene eine Energiepolitik haben werden, die für eine dezentrale, mittelständische, bürgernahe und soziale Energiewende eintritt. Ich hoffe, dass wir uns in dieser Hinsicht alle einig sind. Martin, in diesem Sinne wünsche ich dir auch besonders viel Erfolg. - Danke.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagepräsidentin: Das Wort hat jetzt Udo Bullmann, dann kommt Tobias von Pein. – Noch einmal der Hinweis: Sorgt bitte dafür, dass die Delegierten alle in den Saal kommen. Wir haben noch drei Wortmeldungen, und dann werden die Ergebnisse der Beisitzerwahlen bekannt gegeben. Es wäre gut, wenn dann alle Delegierten hier im Saal wären.

Udo Bullmann, Hessen-Süd: Genossinnen und Genossen! Lasst mich sagen – auch im Namen aller Kollegen der SPD-Fraktion im Europäischen Parlament, die ich, glaube ich, in Anspruch nehmen darf –: Wir danken euch für diese engagierte Debatte. Der Aufschlag von Martin und die Diskussion auf diesem Parteitag machen uns Mut, dass wir in einigen Monaten in eine engagierte Auseinandersetzung gehen werden.

Als Zwischenfazit können wir ziehen: Wenn das richtig ist, was hier gesagt worden ist, dann sollten wir nie wieder auf die Idee kommen, dass es auf dem Feld der Europapolitik keine zentralen Kontroversen gibt. Ganz im Gegenteil! Mit fast allem, was hier ausgeführt wurde, habt ihr Recht. Das bedeutet aber, dass Europa das Schlachtfeld ist, wo die Kontroverse stattfindet und wo sich entscheidet, ob wir morgen in angemessenen Sozialstaaten leben können oder ob sich die Rechte durchsetzen wird – sie ist gerade dabei, sich zu formieren – und die Konservativen und Liberalen weiter Abstriche machen können von der Art, wie wir unser Zusammenleben organisieren.

Genossinnen und Genossen, die Krise ist keineswegs vorbei. Ganz im Gegenteil! Die Konjunktur ist noch nicht umgeschwungen. Wir sind noch nicht auf einem guten Pfad. Niemand weiß im Moment, wie eine mögliche nächste große Bankenkrise beherrscht werden kann. Deswegen dürfen wir nicht lockerlassen. Wir

dürfen uns nicht einlullen lassen von dem, was Schwarz-Gelb in den letzten Jahren über dieses Land gekippt hat. Sie haben Europa nicht verbessert. Im Gegenteil, sie haben ein Monster erfunden mit dem Namen Troika, das niemand kennt. Niemand kennt das Gesicht dieser Veranstaltung. Man kann es weder wählen noch abwählen. Die Troika besteht aus dem Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und der EU-Kommission. Denkt an Frau Merkel im Duell mit Peer Steinbrück: Ihrer Meinung nach – was natürlich falsch ist; sie hat damit nie wieder etwas zu tun gehabt – geht das nur die EU-Kommission an, nicht die Mitgliedstaaten. Überall, wo diese Troika drin war, sind die Schulden explodiert und ist die Jugendarbeitslosigkeit durch die Decke geschossen. Das müssen wir den Menschen erklären. Auch wir würden sagen: Reformanstrengungen sind nötig. Auch wir wären für Auflagen für Hilfen. Aber, Genossinnen und Genossen, es muss die richtigen Auflagen geben! Nicht die Mindestlöhne runter, sondern die Tankerkönige müssen wieder Steuern bezahlen. Das sind unsere Auflagen, Genossinnen und Genossen. Darum geht es in Europa, und darum müssen wir kämpfen.

(BEIFALL)

Wir müssen diese Lücke füllen: dass wir zwar gute Reden halten, aber bei den Menschen noch nicht angekommen sind. Das ist der Kampf der nächsten Wochen und Monate. Bei der Bankenregulierung, bei der Umstellung auf Wachstum und Beschäftigung, beim Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit sind wir noch nicht am Ende, wir zählen auf eure Unterstützung. Die Partei darf keine Angst haben vor dieser Auseinandersetzung. Europa heißt kämpfen. Wenn wir nicht kämpfen, werden wir nicht gewinnen. Aber wir werden kämpfen. Wir zählen auf euch.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank, Udo. Jetzt hat Tobias von Pein das Wort. Ihm folgt Carsten Sieling.

Tobias von Pein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Sozialdemokratische Europapolitik bedeutet ein offenes Europa, ein Europa der Solidarität ohne Grenzen und ohne Abschottung, aber eben auch eine Willkommens- und Anerkennungskultur. Das gilt gerade auch im Umgang mit Flüchtlingen. Der Antrag geht in die richtige Richtung. Wir Sozialdemokraten haben die Chance, wieder etwas gutzumachen, und zwar im Zusammenspiel von Europa, Bund, Land und Kommunen.

Auf Europaebene brauchen wir mehr Solidarität. Deutschland kann mehr tun. Ich finde die Formulierung, dass wir schon Umfassendes tun, etwas überzogen. Wahrscheinlich sollte das gestrichen werden; ich bin sehr für den Antrag aus Baden-Württemberg.

Aber auch auf der Landesebene können wir viel tun. Ich glaube, dass von diesem Bundesparteitag ein Appell an die Bundesländer gehen sollte, gerade an diejenigen mit sozialdemokratischer Regierungsverantwortung. Ich komme aus einem Land, in dem man Asylpolitik durchaus anders macht als in den Nachbarbundesländern. Man kann auf der Ebene des Bundeslandes schon einiges anders machen. Man kann Flughafenverfahren infrage stellen, man kann Abschiebehaft infrage stellen, man kann Härtefallkommissionen anders gestalten, man kann Migrations- und Sozialberatung fördern, man kann Sprachkurse anbieten. All das geht schon auf Landesebene. Da kommt es auf die Haltung an.

(BEIFALL)

Thomas Oppermann hat vorhin gesagt, wir müssen den Bürgermeistern in unserem Land helfen. Klar müssen wir das. Wir müssen aber auch vor Ort für Unterstützung für den Kurs, den wir in Europa wollen, werben. Als ich vor kurzem in meinem Gemeinderat – ein kleines Dorf von 3.000 Einwohnern – den CDU-Vertretern gesagt habe, wir müssten damit rechnen, dass ungefähr 20 Flüchtlinge in unser Amt kommen, die wir unterbringen müssen, fiel denen die Kinnlade runter. Sie haben dann darüber gesprochen, ob man nicht Holzhäuser bauen sollte. Ich habe denen gesagt: Nein, liebe Leute, die sollen hier aufgenommen werden. Die werden hier bleiben. Das sind Menschen wie ihr auch, die integriert werden sollten. Die Menschen hier brauchen sie auch. Wir möchten sie gerne willkommen heißen.

(BEIFALL)

20 Jahre nach dem Asylkompromiss ist es an der Zeit, umzusteuern. Die Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion 1992 war – das müssen wir an dieser Stelle sagen – ein historischer Fehler.

(BEIFALL)

Ich bin stolz, dass von dem Bundesland, aus dem ich komme, damals sieben von zehn Bundestagsabgeordneten dagegen gestimmt haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Antrag geht in die richtige Richtung. Die Änderungsanträge aus Baden-Württemberg sind aber genauso wichtig. Ich glaube, dass wir an dieser Stelle noch nachsteuern müssen. Deshalb bitte ich euch, den Änderungsanträgen aus Baden-Württemberg zuzustimmen. Unsere Vision von Europa ist ein weltoffenes und ein solidarisches Miteinander. Aber diese Haltung müssen wir eben auch auf allen Ebenen durchsetzen: Bund, Land, Kommune – alle gemeinsam. Es geht auch anders. Gesetze sind Gesetze; die kann man ändern. Aber man muss eine Haltung dabei haben! – Vielen Dank.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Jetzt hat Carsten Sieling das Wort. Ihm folgt Peter Simon. Das ist der letzte Redner in dieser Debatte. Ich sage es noch einmal: Holt bitte, sofern noch nicht geschehen, die Delegierten in den Saal. Denn anschließend werden die Ergebnisse der Beisitzerwahlen verkündet. – Carsten, du hast das Wort.

Carsten Sieling, Parteivorstand: Vielen Dank, Doris. – Liebe Genossinnen und Genossen! Der Antrag, den wir gleich, wahrscheinlich mit guter Mehrheit, beschließen werden, spricht an verschiedenen Stellen das Thema Finanzordnung an. Ich beobachte, dass wir viele richtige Dinge thematisieren. Aber der politische Schwung, der notwendig ist, um auf der Steuerseite, aber auch bei der Regulierung der Finanzmärkte voranzukommen, weicht ein wenig der technokratischen Herangehensweise.

Mich besorgt besonders – das will ich sehr deutlich sagen –, dass die Heranziehung derer, die Verantwortung tragen für diese Krise und die die Kosten der Krise ausgelöst haben, nicht mehr in dem Maße im Vordergrund steht, wie das der Fall sein müsste. Wir brauchen eine europäische Bankenabgabe; das ist schon angesprochen worden. Vor allem aber brauchen wir natürlich eine Finanztransaktionssteuer, die die Verursacher in die Pflicht nimmt.

(BEIFALL)

Darüber wird verhandelt in Europa. Martin hat angesprochen, wie schwierig das ist. Auch in Deutschland gestalten sich die Gespräche mit den Schwarzen kompliziert. Nach wie vor formuliert man Ziele, aber es

geht nicht richtig voran. Ich habe die Sorge, dass das im Dickicht der technokratischen Beratungen stecken bleibt. Deshalb will ich hier sagen: Deutschland muss in jedem Falle Druck machen und dafür sorgen, dass dieses Vorhaben vorankommt. Es geht nicht, darauf zu verweisen, dass andere Länder Knüppel dazwischenwerfen. Wir haben eine Verantwortung im Zusammenspiel zwischen europäischer Ebene und vernünftiger nationaler Politik.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich sage das auch deshalb, weil ich glaube, dass wir zu einem gewissen Zeitpunkt sagen müssen: Wenn dieser Weg der vertieften Zusammenarbeit nicht funktioniert, dann muss man schauen, dass man die Finanztransaktionssteuer im Kreis der Willigen einführt und Deutschland dabei eine führende Rolle spielt. Notfalls müssen wir – das wünsche ich mir nicht – auch einen nationalen Alleingang mit zwei, drei, vier Partnern machen. Aber vorher müssen wir das auf europäischer Ebene drücken. Wir dürfen es nicht verlaufen lassen, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich will kurz einen zweiten Punkt ansprechen. Das ist die Tatsache, dass gestern in den Zeitungen mit großen Überschriften zu lesen war: Die EU nörgelt über deutsche Exportstärke. - Das ist die Entscheidung der EU-Kommission, die in der Tat die Ungleichgewichte thematisiert. Ich halte das für einen der wichtigsten Vorgänge, die uns in den nächsten Monaten und Jahren beschäftigen werden und beschäftigen müssen. Das Thema ist im Antrag noch nicht ausführlich angesprochen worden. Aber das ist vielleicht auch etwas der Aktualität geschuldet.

Ich will noch einmal darauf hinweisen: Vor zwei Jahren hat Helmut Schmidt hier eine eindrucksvolle Rede gehalten. Er hat sehr in den Vordergrund gestellt, dass es gerade die Ungleichgewichte in Europa sind, die der wirtschaftliche bzw. ökonomische Grund dafür sind, dass diese krisenhafte Situation entstanden ist. Er hat uns ermahnt, hier einen Schwerpunkt zu setzen.

Ich sage das deshalb, weil die Konservativen und die Neoliberalen schon wieder anfangen, mit dem Finger auf die anderen zu zeigen und zu sagen, sie sollen die Wettbewerbsfähigkeit steigern. Das ist nicht die Antwort, die wir brauchen. Vielmehr haben wir die Verantwortung, nicht unsere Exporte zurückzuschrauben, sondern die Binnennachfrage zu stärken, und zwar bei Investitionen und bei Löhnen. Das ist der Weg, Genossinnen und Genossen, den wir gehen müssen. Das ist der sozialdemokratische Weg. Das ist meines Erachtens die größte finanz- und wirtschaftspolitische Herausforderung der nächsten vier Jahre, gerade auch für Deutschland. Lasst uns dafür kämpfen, damit wir nicht eine Spaltung oder ein Auseinandertreiben Europas kriegen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Jetzt hat Peter Simon als Letzter das Wort. - Noch einmal die Bitte an alle Delegierten: Kommt in den Saal. Denn danach stimmen wir über den Initiativantrag zu Europa ab. Anschließend kommen wir zu den Ergebnissen der Vorstandswahlen.

Peter Simon, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Zwischen den Ergebnissen der Vorstandswahlen stehe nur noch ich und eine Anregung, die ich mit auf den Weg geben möchte, basierend auf dem, was Martin und auch Udo vorhin angesprochen haben und was auch im Beitrag von Rene Repasi besonders deutlich zum Ausdruck kam.

Wir müssen uns, wenn wir uns mit diesem Europa-Antrag in den Europawahlkampf begeben, auf ein zentrales Gebiet konzentrieren, das die Menschen in Europa bewegt, nämlich die Wirtschaftspolitik; denn es macht ihnen Angst. Dieses Europa hat den Menschen immer zwei Dinge versprochen. Es gab ein Friedensversprechen, und es gab ein Wohlstandsversprechen.

Mittlerweile macht Europa aber den Menschen in vielen Ländern Angst, Angst wegen seiner Wirtschaftspolitik, Angst in den Krisenländern, wo eine ganze Generation heranwächst, die das Gefühl hat, dass diese Wirtschaftspolitik ihre eigene Zukunft bedroht. Aber es gibt auch Angst in Ländern wie dem unseren, wo die Menschen kein Gefühl haben, wo die Reise hingehet, so wie Angst haben vor den Unwägbarkeiten.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen uns diesen Fragen stellen; denn ansonsten laufen wir Gefahr, dass uns bei allen Anstrengungen, die Krise zu bekämpfen, das Wichtigste verlorengeht: eben genau diese Menschen. Dies erfordert, dass wir zunächst mutig nach draußen gehen und eine Perspektive in den Ländern bieten, in denen die Menschen keine Perspektive haben.

Mit Martin Schulz haben wir einen Kandidaten, der hier ein Gesicht bietet. Mit diesem Antrag haben wir einen Programmansatz, den wir als Alternative zu dem präsentieren können, was die Troika uns vorstellt, eine Troika, die uns noch vor zwei Wochen im Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europaparlamentes allen Ernstes sagte: nur noch weiter, nur noch genauso und stärker, und dann wird das Ganze schon. - Daran glaubt niemand mehr. Ich bin davon überzeugt: niemand hier im Raum, niemand in Griechenland, aber auch niemand draußen in Deutschland auf den Straßen. Also müssen wir ran, müssen wir zeigen, dass es mehr gibt als eine reine Sparpolitik in Europa, dass es Solidarität gibt in Europa, auch aus wohlverstandener Eigeninteresse, auch weil wir unsere eigenen wirtschaftlichen Interessen schützen, auch weil es in unser aller Interesse ist, dass wir diesen Kontinent in eine friedliche Zukunft führen, dass wir dieses Europa weiter nach vorne entwickeln und keine Rückschritte zulassen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen den Mut, den Menschen zu sagen: Jawohl, wir werden bei der Unterstützung der Länder, die unserer Hilfe bedürfen, noch eine ganze Weile tätig sein müssen. Wir dürfen uns nicht von den Kräften treiben lassen, die uns das Gegenteil einreden wollen. Aber ich bin mir sicher, Genossinnen und Genossen, wenn dies offensiv und selbstbewusst nach draußen tragen, dann haben wir eine Chance, in vielen Gesprächen den Menschen das auch zu vermitteln. Wenn wir uns zurückhaltend verhalten und leicht verschämt mit den Menschen in den Diskussionsrunden am Info-Stand reden, dann gießen wir Wasser auf die Mühlen der Rechten.

(BEIFALL)

Mit diesem Leitantrag haben wir einen guten Ansatz, um mutig nach vorne zu gehen und den Menschen zu vermitteln: Die SPD setzt sich an dieser Stelle dafür ein, dass es in Europa wieder gerechter zugeht.

Ich möchte mit einer Zahl schließen. Der Antrag aus Baden-Württemberg zu Finanzen und Steuern macht deutlich, wie wichtig es ist, mit einer neuen Politik für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Die Zahl fiel vorhin schon: 1 Billion - 1.000 Milliarden - Euro gehen Jahr für Jahr den Europäern durch Steuerhinterziehung und Steuerbetrag verloren. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist mehr als die Europäische Union in sieben Jahren als Haushalt zur Verfügung hat. Ein Jahr Steuerhinterziehung und Steuerbetrag entspricht mehr als sieben Jahren europäischer Haushalt. Wenn wir hier rangehen, dann hat Europa die Finanzen in der Hand, um auch endlich in Ländern Dinge zu bewirken, in Länder zu investieren, wo dies bei den jetzigen Haushaltslagen oft schwierig ist.

Lasst uns deswegen auch hier mutig voranschreiten. Lasst uns für mehr Gerechtigkeit in Europa sorgen. Lasst uns in diesen Europa-Wahlkampf für ein neues Europa mit Martin Schulz ziehen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt hören wir ganz aufmerksam dem Peter Friedrich zu. Er wird uns jetzt sagen, welche der vielen Anregungen aus der Debatte von der Antragskommission übernommen werden. Dann würden wir über den Antrag in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Peter!

Peter Friedrich, Antragskommission: Vielen Dank, Doris. - Liebe Genossinnen und Genossen! Die Antragskommission hat heute Morgen eine Neufassung an euch verteilen lassen. Dort findet ihr einige Dinge, die bereits aufgenommen wurden. Das beginnt auf der Seite 3 - das ist dann jeweils fett gedruckt - in Zeile 124. Die ASF hatte einen Antrag, liebe Elke, in dem das Thema der Gleichstellung als europapolitisches Thema noch einmal betont wurde. Wir würden empfehlen, dies so aufzunehmen. Ich glaube, wir müssen nicht darüber abstimmen, da es an dieser Stelle schon Erwähnung findet.

Die nächste Ergänzung ist in Zeile 141. Hier geht es darum, dass die Gemeinschaftsmethode als Herzstück der europäischen Einigung benannt wird. Die Anregung kommt aus der Antragskommission selbst.

Auf Seite 5 haben wir den ersten Passus, der aus dem Änderungsantrag der Jusos gekommen ist. Wir schlagen vor, in Zeile 227 dem Antrag der Jusos durch eine Fassung der Antragskommission gerecht zu werden, indem wir dort ergänzen: „Einen reinen EU-Wettbewerbspakt lehnen wir ab.“ Wir haben ja auch ein europäisches Semester und anderes. Aber einen reinen Wettbewerbspakt in der Form lehnen wir ab. Ich glaube, dass damit auch dem Antrag der Jusos Genüge getan ist. Der Antragsteller übernimmt dann.

Dann kam in der Debatte von Eckart Kuhlwein die Anregung, auf Seite 6 in Zeile 254 aufzunehmen: „Ein Freihandelsabkommen zwischen EU und USA darf es nur geben, wenn die europäischen Naturschutz-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards“ - es muss wahrscheinlich „Verbraucherrechtstandards“ heißen - „gewährleistet werden.“ Diesen Antrag würde die Antragskommission übernehmen.

(BEIFALL)

Wir haben dann in Zeile 273 den zweiten Änderungsantrag der Jusos aufgenommen. Auch hier brauchen wir dann keine Abstimmung darüber, sondern wir würden den Passus so, wie von den Jusos vorgeschlagen, hier integrieren.

Dann käme auf Seite 7 der schon von mir angesprochene zweite Passus, der auf den Antrag der ASF zurückgeht, ein ganzes Kapitel: Gleichstellung für Frauen und Männer voranbringen. - Wir sind froh, das übernehmen zu können und damit ein Defizit des Antrages zu korrigieren.

Wir schlagen vor - das ist ebenfalls auf Seite 7 -, in Zeile 323 einen Passus aus dem Initiativantrag der AG 60 plus zu übernehmen. Hier geht es um den demografischen Wandel. Auch das findet ihr fett gedruckt. Damit hätte die Resolution der AG 60 plus Aufnahme gefunden und sich damit erledigt. Ich glaube, dazu müssen wir auch nicht abstimmen. - Gut. Machen wir weiter.

Dann haben wir als Antragskommission einen Passus aufgenommen, den ihr auf der Seite 7 und der Seite 8 oben jeweils fett gedruckt findet. Hier nehmen wir auf, was bereits in den Koalitionsgesprächen zum Thema Daseinsvorsorge vereinbart wurde. Das hat in dem Antrag an der Stelle noch gefehlt.

Daneben wir nehmen auch den Passus der Jusos auf – es geht um den dritten Antrag -, womit sich dann auch alle Änderungsanträge der Jusos erledigt haben, weil wir das übernehmen.

Weiter geht es mit Zeile 352. Das, was hier in der Debatte mehrfach angesprochen wurde – allerdings ohne konkreten Änderungsantrag -, hat die Antragskommission bereits aufgenommen gehabt. Es geht um die Regelungslücken in Bezug auf den Abgleich der nationalen Sozialsysteme.

Wir nehmen dann - ab Zeile 365 - den umfassenden Änderungsantrag aus Baden-Württemberg zum Thema „Steuergerechtigkeit schaffen und Steuerflucht effektiv bekämpfen“ auf.

(VEREINZELT BEIFALL)

- Ich verstehe die Freude aus Baden-Württemberg. – Ich will aber darauf hinweisen, dass wir eine Veränderung vorgenommen haben, weil hier einige Detailfragen hinsichtlich der Zinssteuerrichtlinie enthalten sind. Die Antragskommission nimmt die Formulierung auf: „Der Rat muss die überarbeitete EU-Zinssteuerrichtlinie endlich annehmen und perspektivisch auf alle Kapitaleinkünfte sowie alle juristischen Personen ausweiten“. - Damit ist dem Anliegen Genüge getan, und dies enthält keine Spezifizierung. Das findet sich in Zeile 400 des Antrages wieder.

Wir kommen nun zu den Anträgen im Kapitel „Flüchtlingspolitik“.

Von Ralf Spörkel gab es zunächst den Hinweis auf Zeile 423. Er hat angeregt und gefragt, ob wir das nicht lieber streichen wollen. Wir haben uns inzwischen mit Ralf darauf verständigt, dass wir das an der Stelle belassen. Hintergrund ist die Frage, wie in Deutschland das Asylrecht, die Asylbewerberunterbringung usw. gehandhabt werden. Das ist ein immer zu diskutierendes Thema, hat aber zunächst mit der Frage, ob wir den Verpflichtungen zur Aufnahme nachkommen, nichts zu tun, sondern hier geht es zunächst einmal nur um die Verpflichtung im Rahmen des europäischen Solidarsystems. So wäre dieser Satz auch zu lesen. Insofern sollte er dort so bleiben.

Es gibt daneben die von Luisa Boos vorgetragene zwei Änderungsanträge.

Der erste Änderungsantrag bezieht sich auf Zeile 451. Es wurde beantragt, dass ein Teil des Satzes gestrichen wird. Es geht um den Teilsatz: „durch Elemente eines solidarischen Ausgleichs ergänzt werden“. Dieser Teilsatz soll gestrichen werden, weil es darum geht, Verantwortung für die Menschen zu übernehmen und das nicht durch Geldzahlungen abzugelten. Diesen Antrag übernimmt die Antragskommission.

(VEREINZELT BEIFALL)

Zum Zweiten gibt es den Vorschlag, in Zeile 456 folgenden Satz einzufügen: „Wir wollen das Dublin-II-System im Rahmen des gemeinsamen europäischen Asylsystems abschaffen“.

Liebe Genossinnen und Genossen, in dem Antrag findet ihr oben eine längere Auseinandersetzung damit, was wir im gemeinsamen europäischen Asylsystem aufgrund unserer Wertvorstellungen und unserer Vorstellung von einer humanitären Flüchtlings- und Asylpolitik verbessern wollen. Dublin II und Dublin III sind Teile dieses System. Es macht deswegen Sinn, zu sagen: Wir wollen das durch unsere besseren Regelungen überwinden, aber wir können jetzt nicht sagen: „Wir schaffen das mal eben ab“, weil damit ein Baustein herausgenommen würde, den wir verändern wollen. Deswegen würden wir diesen Antrag nicht übernehmen. Darüber müssten wir also erst abstimmen.

Wir sagen: Dublin II wollen wir aufgrund unserer humanitären Vorstellungen zu einem gemeinsamen Asylsystem in Europa, dessen Bestandteil es ist, reformieren und verändern. Deswegen macht ein Streichen an dieser Stelle keinen Sinn.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Ganz herzlichen Dank – auch dafür, dass ihr den Überblick bei dieser Debatte behalten habt.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr merkt, es ist sehr viel übernommen worden.

Peter Friedrich, Antragskommission: Bitte erst einmal nur über diesen Antrag abstimmen.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Jetzt gibt es ein umfassendes Votum der Antragskommission. Über Einzelanträge stimmen wir nur dann ab, wenn das nach dem Votum der Antragskommission vom Antragsteller noch immer gewünscht wird. Wird es noch gewünscht, an einem Punkt eine Einzelabstimmung vorzunehmen? – Ich höre ein Ja. Es geht wahrscheinlich um den letzten Punkt, der von Peter eben erwähnt worden ist. Ist das die Stelle? - Ja.

Dann stimmen wir zunächst über diesen Punkt ab. Peter, sag bitte noch einmal die Zeilen, um die es geht.

Peter Friedrich, Antragskommission: Es geht um die Zeile 456. Hier ist beantragt: „Wir wollen das Dublin-II-System im Rahmen des gemeinsamen europäischen Asylsystems abschaffen“. – Wir plädieren für Ablehnung, weil wir es reformieren wollen, was nicht bedeutet, dass wir es per se abschaffen wollen.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Das ist also der einzige Antrag, über den wir einzeln abstimmen müssen. Es wird erst über das Votum der Antragskommission abgestimmt. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt gegen das Votum der Antragskommission? – Wer enthält sich? - Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist das Votum der Antragskommission so angenommen.

Peter Friedrich, Antragskommission: Doris, ich habe noch drei Punkte vorzutragen: In der Debatte wurde von Ralf Spörkel der Satz in Zeile 461 moniert. Wir haben den Vorschlag, diesen umzuformulieren, um die Negativformulierung in eine Positivformulierung zu verändern. Ich glaube, damit werden wir der Sache gerecht und unterstellen anderen Staaten nicht etwas.

Der jetzige Satz „Es dürfen dadurch aber keine Anreize für eine schlechte Behandlung und Versorgung der Flüchtlinge geschaffen werden“ soll ersetzt werden durch: „Diese müssen aber ihren Verpflichtungen einer guten Behandlung und Versorgung der Flüchtlinge selbst nachkommen“. Damit ist klar: Man kann sich so-

zusagen nicht herausstehlen. Wir wollen eine Positivformulierung, nach der sich die Staaten um die Flüchtlinge, die ihnen zugewiesen sind, kümmern müssen. Ich glaube, hier gibt es Konsens mit dem Antragsteller. Insofern brauchen wir das nicht abzustimmen

Wir haben dann noch eine Änderung in Zeile 496 vorgenommen. Dort steht: „Verfahren der Grenzsicherung dürfen nicht im Widerspruch zu den Zielen einer humanitären Flüchtlingspolitik stehen“. Das greift die vielen Anregungen in Bezug auf die Ausrichtung von Frontex auf.

Es gibt jetzt noch einen letzten Antrag. Es wird beantragt, dass in Zeile 502 der Satz „Deshalb muss bei allen von Frontex koordinierten Operationen“ etc. geändert wird. Wir schlagen vor – ich glaube, bei dem Änderungsantrag wurde etwas vergessen -, diesen Satz folgendermaßen zu fassen: „Deshalb muss bei allen von Frontex koordinierten Operationen ebenso wie bei Kooperationen mit Drittstaaten der Grundsatz der Nichtzurückweisung (non-refoulement) gewährleistet sein“.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Es scheint keinen Widerspruch zu geben. Damit ist auch dieses Petition aufgenommen. Hast du jetzt noch etwas?

Peter Friedrich, Antragskommission: Jetzt habe ich nichts mehr.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Jetzt hast du nichts mehr. – Dann hat Peter mit dem, was er erledigt hat, auch Stellung zum IA 13, zum IA 14 und zum IA 9 genommen. Insofern würde ich jetzt insgesamt - mit all diesen Änderungen – über den IA 2 – „Neues Vertrauen für ein besseres Europa“ – abstimmen wollen.

Wer dem Antrag in der nun geänderten Fassung zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? - Wenn unsere Augen uns nicht trügen, dann war das einstimmig.

(BEIFALL)

Ich bedanke mich sehr herzlich für diese intensive Debatte und gebe jetzt gerne Miriam Pichler von der Mandatsprüfungs- und Zählkommission das Wort.

(VEREINZELT BEIFALL)

ERGEBNIS DER WAHLEN DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND

Miriam Pichler, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch nun die Ergebnisse der Wahl der weiteren Mitglieder im Parteivorstand bekannt.

Insgesamt sind 26 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen. Für eine Wahl im ersten Wahlgang ist mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

Abgegeben wurden 612 Stimmen. Davon sind 38 Stimmen ungültig. Also sind 574 Stimmen gültig. Das notwendige Quorum im ersten Wahlgang liegt somit bei 288 Stimmen.

Ich gehe jetzt alphabetisch vor: Auf Doris Ahnen entfielen 415 Stimmen. Sie ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Auf Niels Annen entfielen 351 Stimmen; er ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Auf Klaus Barthel entfielen 206 Stimmen.

Auf Katrin Budde entfielen 205 Stimmen.

Auf Petra Crone entfielen 360 Stimmen; sie ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Auf Martin Dulig entfielen 408 Stimmen; er ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Auf Michaela Engelmeier-Heite entfielen 351 Stimmen; sie ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Elke Ferner erhielt 261 Stimmen.

Peter Friedrich erhielt 158 Stimmen.

Angelika Graf erhielt 208 Stimmen.

Auf Kerstin Griese entfielen 362 Stimmen; sie ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Auf Michael Groschek entfielen 376 Stimmen; er ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Auf Hubertus Heil entfielen 366 Stimmen; er ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Anette Kramme erhielt 228 Stimmen.

Gabriele Lösekrug-Möller erhielt 375 Stimmen; sie ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Heiko Maas erhielt 235 Stimmen.

Homaira Mansury erhielt 217 Stimmen.

Christoph Matschie erhielt 188 Stimmen. Auf Hilde Mattheis entfielen 248 Stimmen.

Matthias Miersch erhielt 371 Stimmen; er ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Joachim Poß erhielt 394 Stimmen; er ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Florian Pronold erhielt 236 Stimmen.

Armin Schild erhielt 294 Stimmen; er ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Auf Dagmar Schmidt entfielen 303 Stimmen; sie ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Carsten Sieling erhielt 316 Stimmen; er ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Auf Ralf Stegner entfielen 285 Stimmen.

Auf Jan Stöß entfielen 219 Stimmen.

Sascha Vogt erhielt 280 Stimmen.

Ute Vogt erhielt 264 Stimmen.

Dietmar Woidke erhielt 259 Stimmen.

Ich gratuliere allen Gewählten und überbe das Wort wieder an Doris.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidentin: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte zunächst die, die gewählt sind, fragen, ob sie die Wahl annehmen. - Ich habe kein gegenteiliges Votum, also scheint das so zu sein. Es ist völlig klar, dass es jetzt Besprechungsbedarf in den Delegationen und zwischen den Delegationen gibt. Ich bitte euch, noch einen Moment im Saal zu bleiben. Wir werden eine ordentliche Unterbrechung des Parteitags machen, damit das nicht am Rande passieren muss, sondern man miteinander reden kann. Aber der Parteivorsitzende möchte gerne vorher noch das Wort ergreifen.

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist immer schwierig, wenn man sich als Parteivorsitzender in Wahlen einmischt, aber ich habe das beim letzten Mal schon gemacht und mache es auch dieses Mal, denn ich will euch bitten, bei dem, was jetzt kommt, eine Sache zu berücksichtigen: Die Wahlen, die gerade im ersten Wahlgang gelaufen sind, haben dazu geführt – das ist nicht neu; das gibt es immer wieder im ersten Wahlgang, dass eine ganze Reihe von Landesverbänden nicht durch ihre Landesvorsitzenden im SPD-Parteivorstand vertreten wären, wenn es dabei bliebe. Was immer man über den SPD-Parteivorstand denken kann – die Wahlen, die bisher gelaufen sind, zeigen ja, dass der Parteitag darüber nachdenkt: Das darf uns nicht passieren. Wir brauchen die Landes- und Parteivorsitzenden im Parteivorstand. Es geht nicht anders.

(BEIFALL)

Deswegen lese ich – wir haben ja auch eine ganze Reihe neuer Delegierter – jetzt einmal die Namen der Landesvorsitzenden vor.

(WIDERSPRUCH)

- Das ist so! Ich werde euch das gleich zeigen. Zum Beispiel ist Dietmar Woidke - der nicht nur Landesvorsitzender, sondern sogar Ministerpräsident ist -

(BEIFALL)

im ersten Wahlgang nicht gewählt worden. Ich glaube nicht, dass das ein Zeichen der Missachtung war, sondern dass es daran liegt, dass er ganz neu ist. Übrigens, das ist mir, Dietmar, als ich ganz neu Ministerpräsident wurde, auf dem damaligen Parteitag auch passiert. Aber ich glaube, wir können uns alle nicht vorstellen, dass ein veritabler Ministerpräsident und Landesvorsitzender nicht dem Parteivorstand angehört.

Katrin Budde, Sachsen-Anhalt, Heiko Maas, Saarland, Christoph Matschie, Thüringen, Florian Pronold, Bayern, Ralf Stegner, Schleswig-Holstein, Jan Stöß, Berlin, und, wie gesagt, Dietmar Woidke, Brandenburg - meine herzliche Bitte ist: Tut uns allen und euch den Gefallen, dafür zu sorgen, dass die Landesvorsitzenden Mitglieder des neuen Parteivorstandes sind; das geht nicht anders.

(BEIFALL)

Das war sozusagen die institutionelle Bitte. Jetzt kommt eine persönliche Bitte; das ist gefährlich für die, die ich jetzt nenne. Ich würde gerne auf zwei Menschen hinweisen; ihr werdet gleich verstehen, warum. Der eine ist Sascha Vogt. Sascha Vogt hat lange Zeit die Jungsozialisten geführt und tut das auch noch ein paar Wochen. Dann allerdings wird er ausscheiden, und deshalb wird er dem SPD-Parteivorstand nicht mehr angehören, denn er ist bislang nur dort vertreten, weil er Vorsitzender der Jungsozialisten ist. Ich finde es eine gute Tradition in der SPD, dass diejenigen, die über lange Zeit unsere Jugendorganisation geführt haben, insbesondere wenn sie das sehr erfolgreich getan haben, danach auch dem Parteivorstand angehören. Das war bei Andrea Nahles so, das war bei Niels Annen so. Ich finde, wir brauchen den Sascha mit seiner Erfahrung auch im Vorstand der SPD.

(BEIFALL)

Das sage ich, obwohl ich das hinterher ausbaden muss mit ihm.

Jetzt wollte ich euch auf etwas aufmerksam machen, weil ich finde, auch das gehört zur Fairness auf einem Parteitag. Gestern hat eine Delegierte zugehört, als ich etwas über Migrantinnen gesagt habe, und dann hat sie zugehört, als Malu Dreyer hier geredet hat. Malu hat nämlich gesagt hat: Manchmal muss auch jemand sozusagen zurücktreten, wenn wir wirklich wollen, dass Frauen und insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund bei uns sichtbar repräsentiert werden. Malu hat gesagt, das ist schmerzhaft, aber das muss man machen; dann müssen jedoch auch welche kandidieren. Nach der Rede, Malu, hat sich eine Delegierte getraut, ohne dass sie durch die üblichen Verabredungen von Landesverbänden gebeten worden wäre. Sie hat einfach einmal das Recht einer Delegierten für sich in Anspruch genommen; so etwas soll es auf Parteitag ja auch geben.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich weiß nicht, ob die Homaira Mansury im zweiten Wahlgang gewählt wird. Aber sie hat einen iranischen Hintergrund, sie ist, glaube ich, Soziologin und kommt aus Würzburg. Ich will mich bei ihr ausdrücklich bedanken. Ihr müsst jetzt überlegen, ob ihr den Anteil der Menschen mit dieser Lebenserfahrung im Vorstand ein bisschen größer werden lasst, als das der Fall ist, wenn nur Aydan sie vertritt. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Liebe Delegierte! Bevor ihr in die Pause geht, noch Folgendes. Ich schaue einmal in Richtung Mandatsprüfungs- und Zählkommission.

14 sind jetzt gewählt, das heißt, in einem zweiten Wahlgang wären noch zwölf zu wählen. Das wird so bestätigt, nur dass ihr das einfach noch mal wisst. Zwölf können jetzt also im zweiten Wahlgang noch einmal gewählt werden. Ich würde euch vorschlagen, auch wenn das jetzt noch keiner formell beantragt hat, dass wir jetzt eine Auszeit machen, wenn ihr damit einverstanden seid, und zwar bis um 15 Uhr, damit ihr jetzt ausreichend Zeit habt, euch zu beraten. Einverstanden? - Dann machen wir es so.

- UNTERBRECHUNG VON 14.35 BIS 15.06 UHR -

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Sind die Delegationen so weit wieder im Saal? Das Erste, was wir jetzt miteinander besprechen müssten, ist - und da muss ich alle einzeln fragen -, ob die, die im ersten Wahlgang noch nicht gewählt worden sind, im zweiten Wahlgang wieder antreten. Wenn wir das hätten, braucht die Mandatsprüfungs- und Zählkommission sowieso ein bisschen Zeit, weil neue Stimmzettel erarbeitet werden müssen. Man kann sich dann also auch noch ein bisschen weiterberaten. Aber jetzt müssten wir die Frage klären, ob alle wieder antreten. Insofern würde ich gerne, wenn ihr einverstanden sein könnt, in alphabetischer Reihenfolge abfragen, ob die Kandidaturen auch für den zweiten Wahlgang aufrecht erhalten bleiben. Ich brauche dann von euch in irgendeiner Art und Weise ein vernehmbares Signal.

Ich fange mal mit Klaus Barthel. - Ja. Super.

Katrin Budde? - Ja.

Elke Ferner? - Ja.

Peter Friedrich? - Ja.

Angelika Graf? - Ja.

Anette Kramme? - Ja.

Heiko Maas? - Ja.

Homaira Mansury? - Ja.

Christoph Matschie? - Ja.

Hilde Mattheis? - Ja.

Florian Pronold? - Ja.

Ralf Stegner? - Ja.

Jan Stöß? - Ja.

Sascha Vogt? - Ja.

Ute Vogt? - Ja.

Dietmar Woidke? - Ja.

Dann können wir nämlich neue Stimmzettel erstellen, worum ich dann auch bitten würde.

BERATUNG WEITERER ANTRÄGE ZUR EUROPAPOLITIK

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Ich würde euch vorschlagen, dass wir in der Antragsberatung weitermachen, bis die Stimmzettel erstellt sind und wir in den neuen zweiten Wahlgang eintreten.

Ihr erinnert euch: Wir hatten zuletzt den IA 2 - Europapolitik - beraten. Wir haben noch einige Anträge, die alle im Antragsbuch standen und die wir entsprechend den jeweiligen Voten abstimmen könnten. Neu ist, dass Eu 1, Eu 4, Eu 5, Eu 6 und Eu 10 mit Annahme von IA 2 ihre Erledigung gefunden haben. Widerspricht dem jemand? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann bitte ich hierfür um Zustimmung, dass diese Anträge mit der Verabschiedung IA 2 nach Empfehlung der Antragskommission erledigt sind. Ich darf euch um das Kartenzeichen bitten. - Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann kommen wir zu den Anträgen aus dem Antragsbuch Eu 2. Empfohlen ist die Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im Europaparlament. Darüber müssen wir nicht einzeln abstimmen, solange es keinen Widerspruch gibt. Dann zu Eu 9 - „Stärkung der parlamentarischen Demokratie in einer neuen Architektur Europas“ -, ebenfalls Überweisung an europapolitische Kommissionen, zu Eu 11, Überweisung an den Verantwortlichen für die Europäische Union beim Parteivorstand, an die Europapolitische Kommission und an die Sozialdemokratische Partei Europas, dann Eu 12, Überweisung an den Verantwortlichen für die Europäische Union beim Parteivorstand und an die Sozialdemokratische Partei Europas.

Seid ihr damit einverstanden? - Es gibt keine Wortmeldungen. Dann können wir auch über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das miteinander so beschlossen.

Mit Annahme des Initiativantrags IA 2 haben sich nach Votum der Antragskommission außerdem im Antragsbereich Innenpolitik folgende Anträge mit zurückgestelltem Votum erledigt: I 15, I 16, I 19, I 20, I 21. Gibt es dazu Widerspruch? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann stimmen wir auch über dieses Votum der Antragskommission ab. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand? - Das scheint auch nicht der Fall zu sein.

Im sonstigen Antragsbereich Europapolitik liegen keine weiteren Änderungen gegenüber den im Antragsbuch ersichtlichen Voten der Antragskommission vor. Die Anträge sollen daher wie im Antragsbuch ersichtlich behandelt werden. Es geht um Eu 3, Eu 7, Eu 8 und Eu 13. Ich bitte auch hier um Zustimmung zum Votum der Antragskommission. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das auch so miteinander besprochen.

Ich vermute, ihr seid noch nicht so weit mit der Herstellung des Stimmzettels? - Ihr braucht noch.

BERATUNG DER ANTRÄGE ZUR AUßEN-, SICHERHEITS- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Dann würden wir in den Bereich Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik einsteigen. Dazu bräuchten wir aber Barbara Hendricks. Aufgerufen sind dann im Antragsbuch

A 1 bis A 16 die Seiten 45 bis 64. Jetzt hat Barbara für die Antragskommission das Wort zu den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

Barbara Hendricks, Antragskommission: Zum Antrag A 1 empfehlen wir Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion, Thema Rüstungsexporte, ebenso zu A 2 zum Thema Rüstungsexporte. Bei den Anträgen A 3 und A 4 - UN-Sicherheitsrats-Resolution 1325 empfehlen wir die Annahme des Antrags A 3.

Bei Annahme von Antrag A 3 ist der Antrag A 4 erledigt. Dabei geht es um den Schutz von Frauen in Kriegen.

Bei A 5 - Bedingungen für die Verlängerung des ISAF-Mandats in Afghanistan - empfehlen wir die Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion und an die Kommission Internationale Politik. Bei A 6 und A 7 geht es um die Aufnahme afghanischer Helfer. Wir empfehlen die Annahme des Antrags A 6 in der Fassung der Antragskommission. Bei Annahme von Antrag A 6 ist der Antrag A 7 unserer Auffassung nach erledigt. Bei A 8 geht es um den Nahost-Friedensprozess. Wir empfehlen die Überweisung an die Kommission Internationale Politik beim SPD-Parteivorstand. Bei A 9 - Auslandseinsätze der Bundeswehr, Parlamentsvorbehalt stärken, Zustimmungserfordernis im Grundgesetz verankern - empfehlen wir ebenfalls Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion, bei A 10 - Zukunft der Außen- und Sicherheitspolitik - Überweisung an die Kommission Internationale Politik beim Parteivorstand. Die Anträge bei A 11 und A 12 - Entwicklungszusammenarbeit - sind im Kern identisch. Wir bitten um Überweisung an das Forum Eine Welt, bei A 13 - Entwicklungszusammenarbeit Millenniumsziele - auch um Überweisung an das Forum Eine Welt, bei A 14 - Progressive Allianz - Überweisung an die Kommission Internationale Politik beim SPD-Parteivorstand, bei A 15 - Sozialistische Internationale - Überweisung an die Kommission Internationale Politik, und zu Antrag A 16 - Grundgesetzänderung zum Thema Wehrpflicht - empfiehlt die Antragskommission Ablehnung.

Doris Ahnen, Parteitagpräsidentin: Ganz herzlichen Dank, Barbara.

Da wir die erste Wortmeldung zu A 8 haben, könnten wir, wenn ihr einverstanden seid, A 1 bis A 7 entsprechend den Voten der Antragskommission abstimmen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann bitte ich um das Kartenzeichen zu den Voten der Antragskommission für A 1 bis A 7. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Enthält sich jemand? - Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Damit kommen wir zum A 8. Hierzu hat sich Sascha Vogt gemeldet.

Sascha Vogt, Bundesvorsitzender der Jusos: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte etwas zum Antrag „Den Nahost-Friedensprozess unterstützen“ sagen. Ich glaube, das ist ein wichtiges Thema, ein Thema, mit dem sich die SPD auseinandersetzen sollte. Es ist aber auch ein sehr heikles Thema. Das wissen wir selbst aus eigener Erfahrung. Deswegen will ich im Kern überhaupt nicht dagegen sprechen, dass dieser Antrag an die Kommission überwiesen wird.

Aber dieser Antrag hat auch ein bisschen was Besonderes. Dieser Antrag ist nicht einfach ein Antrag, den sich die Jusos mal überlegt haben, sondern es ist ein Antrag, der aus einem gemeinsamen Projekt entsteht, ein gemeinsames Projekt, das wir mit den Falken haben. Deswegen steht Immanuel Benz, der Bundesvorsitzende der Falken, neben mir. Vielleicht begrüßt ihr ihn auch einmal mit einem herzlichen Applaus.

(BEIFALL)

Es ist ein Projekt, das eigentlich in Jerusalem maßgeblich stattfindet, wo wir auch unsere israelischen und palästinensischen Partnerorganisationen dabei haben. Ihr seht sie hier in der ersten Reihe vor euch. Es wäre schön, wenn ihr sie auch herzlich willkommen heißen würdet, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Dieses Projekt, dieses Willy-Brandt-Zentrum ist etwas ganz Besonderes. Es gelingt uns dort nämlich seit mehr als zehn Jahren, immer wieder einen Dialog mit jungen Israelis, mit jungen Palästinensern und mit uns deutschen jungen Menschen zu führen. Wir finden eine gemeinsame Plattform, um auf dieser Plattform über eine friedliche Zukunft auch im Nahen Osten zu debattieren. Das ist dort vor Ort - ich bin sehr häufig in der Region - ein sehr einzigartiges Projekt. Das gibt es sonst kaum, dass es uns gelingt, junge Menschen von beiden Seiten zusammenzufinden, junge Menschen, die aber gemeinsame Grundwerte teilen, nämlich unsere sozialdemokratischen Grundwerte, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist immer wieder ein Riesenerfolg, und es ist für mich auch immer wieder bewegend, dort zu sein und mitzubekommen, wie groß die Schwierigkeiten sind, wie groß die Hürden sind für einen solchen Dialog, dass er aber eben doch immer wieder stattfindet.

Ich finde, darauf können wir ein bisschen stolz sein. Deswegen wollte ich die Gelegenheit heute nutzen, um für dieses tolle Projekt zu werben und es hier vorzustellen. Ihr werdet diesen Antrag in der Bundeskommission Internationale Politik schon klug beraten. Da werden sich die Jusos sicherlich auch inhaltlich einbringen. Aber ich finde es toll, dass wir es geschafft haben, uns gemeinsam mit unseren Partner auf einen gemeinsamen Text zu einigen, was unsere sozialdemokratischen Anforderungen an die Weiterentwicklung des Nahost-Friedensprozesses sein können. Von daher erst einmal herzliche Dank meinerseits. Aber Immanuel möchte, glaube ich, noch ein paar Sachen ergänzen.

(BEIFALL)

Immanuel Benz, Bundesvorsitzender Die Falken: Danke, Sascha. - Aus der Perspektive der Falken ist es uns natürlich auch noch einmal ein Anliegen, die Bedeutung des Willy-Brandt-Zentrums für uns und für unsere praktische Arbeit herauszustreichen.

Internationale Solidarität ist natürlich einer unserer Grundwerte und gehört zu unserem Selbstverständnis. Die Arbeit in Nahost ist ein ganz wichtiger Bezugspunkt für unseren Verband. Die Arbeit in Nahost bedeutet aber vor allem auch die Unterstützung der Zusammenarbeit unserer israelischen und palästinensischen Schwesterorganisationen vor Ort. Für diese Zusammenarbeit bietet das Willy-Brandt-Zentrum die Plattform für eine Begegnung auf Augenhöhe, wo sich linke politische und auch zivilgesellschaftliche Kräfte treffen, Vorurteile abbauen, ein gemeinsames Geschichtsverständnis erarbeiten können, aber vor allem gemeinsame Zukunftsperspektiven für einen gesellschaftlichen, für soziale Gerechtigkeit, für Frieden und vielleicht auch für eine sozialistische Zukunft gemeinsam zu entwickeln.

(BEIFALL)

In diesem Zusammenhang ist es uns ein Anliegen, auch hier noch einmal darauf hinzuweisen: Auch ihr könnt dabei unterstützen. Zum Beispiel beim Stand der Jusos oder beim Stand der Falken gibt es eben diese tollen Flyer. Die kann man ausfüllen, da kann man Fördermitglied werden und das Willy-Brandt-Zentrum unterstützen. - Herzlichen Dank. Freundschaft!

(BEIFALL)

Barbara Hendricks, Antragskommission: Ich danke euch beiden sehr, dass ihr Projekt noch einmal vorgetragen habt. Ich will es gerne aus meiner Sicht ergänzen, weil in unserer Partei wirklich nicht alle wissen, wie es da läuft.

Das Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem arbeitet mit jungen Menschen aus Israel und Palästina und jungen Deutschen zusammen, alles auf Basis unserer Grundwerte. Die arbeiten in einem Haus, das wir vor einigen Jahren haben erwerben können, und zwar aus der Erbschaft eines jüdischen Amerikaners deutscher Herkunft, der dem Parteivorstand der SPD eine Erbschaft mit der Maßgabe überlassen hat, im Sinne Willy Brandts internationale Friedensarbeit zu leisten. Wir haben es für den besten Weg gehalten, genau dieses Haus, in dem wir vorher zur Miete waren, zu erwerben und es auch auf feste Füße zu stellen.

Ich will noch eine Geschichte aus der Zusammenarbeit mit den jungen Palästinensern und den jungen Israelis erzählen. Natürlich kommen manchmal auch Gruppen nach Deutschland. Eine Gruppe war hier in Sachsen in einem Bildungswerk. Die sind dann eines Tages an die deutsch-tschechische Grenze gefahren, die ja als solche fast schon gar nicht mehr zu erkennen ist. An der Neiße stehen mal schwarz-rot-goldene Grenzpfähle und mal andere herum. Dann war es so, dass die jungen Menschen nicht glauben wollten, dass das eine Grenze ist. Sie wussten ja auch, dass das bis vor wenigen Jahren noch eine richtige, total abgesicherte Grenze war, damals ja noch in den Blockverhältnissen. Es war so, dass die jungen Menschen gar nicht glauben wollten, dass man so viel Hoffnung haben kann, dass man in seinem eigenen Leben noch erleben kann, dass es anders wird. Es kann aber anders werden, und daran arbeiten wir.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Ganz herzlichen Dank auch für diese unterstützenden Beiträge zum Antrag A 8.

Das Votum lautet Überweisung an die Kommission Internationale Politik beim SPD-Parteivorstand. Darüber würde ich jetzt abstimmen wollen. Wer diesem Votum zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? Dann haben wir das einstimmig beschlossen.

Dann könnten wir über die Anträge A 9, A 10, A 11 und A 12 abstimmen, weil bis dahin keine Wortmeldungen vorliegen. Wir stimmen ab jeweils entsprechend dem Votum der Antragskommission, wie Barbara es euch vorgestellt hat.

Wer möchte diesen Voten der Antragskommission zustimmen? Denn bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das einstimmig so gemacht.

Dann kommen wir zu A 13. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Norbert Fabian vor.

Norbert Fabian, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Antrag A 13 kommt nicht von der Bundesebene des Forums Eine Welt, sondern eher von der Basis des Forums Eine Welt in Nordrhein-Westfalen. Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich denke, dass wir die Überweisung ausweiten sollten, und zwar – da es um Europapolitik und europäische Entwicklungspolitik geht – an die SPE-Fraktion in Brüssel und meines Erachtens auch gleich an die Bundestagsfraktion, damit das Thema der Millenniumentwicklungsziele auch aktuell weiter diskutiert wird. Ich habe den Eindruck, dass das Thema über das

Forum Eine Welt hinaus in der Partei zu wenig diskutiert wird. Es hat einen anderen Stellenwert verdient, als das derzeit der Fall ist.

Eine breite Diskussion wäre geeignet, um Bewusstsein zu wecken für die Probleme der Einen Welt und der Globalisierung. Das Stichwort Globalisierung macht deutlich, wie wichtig dieses Thema ist. Wir hatten ja zwei sehr profilierte Entwicklungsminister: Erhard Eppler und Heidemarie Wieczorek-Zeul. Von den anderen Parteien fällt mir keiner ein. Der noch im Amt befindliche Minister wollte sich ja sogar selbst abschaffen.

Das Thema ist wichtiger, als es den Anschein hat. Der Antrag ist übernommen worden vom Ortsverein Duisburg, allerdings mehr aus Termingründen, weil wir das noch hier auf dem Bundesparteitag einbringen wollten. Es ist auch keine halb akademische Abhandlung, zu der irgendwelche Experten etwas ausgearbeitet haben – diese Gefahr besteht ja durchaus bei Anträgen zu diesem Thema –, sondern wir haben sehr konkret Ziele für eine Diskussion formuliert. Ich nenne mal den einen Punkt, wo es in Fortschreibung der Millenniumsentwicklungsziele um die Halbierung des Hungers in der Welt geht. Bei diesem Ziel hat es sowohl Fortschritte als auch Rückschritte gegeben; wir wollen das weiter verfolgen.

Aber ich denke, sozialdemokratische Entwicklungspolitik sollte auch dadurch an Profil gewinnen, dass es mehr um Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Welt geht. Es geht nicht nur um arme Länder, sondern auch um arme Personengruppen, zum Beispiel in Bangladesch. Gerade kürzlich sind dort ja Arbeiterinnen durch die elendsten Arbeitsbedingungen und durch Unfälle zu Tode gekommen. Es geht also darum, dass man die Millenniumsentwicklungsziele weiterentwickelt und entsprechend Druck macht von deutscher und europäischer Ebene: Soziale Mindeststandards, soziale Absicherung, Arbeitnehmerrechte sollten zu Essentials sozialdemokratischer Entwicklungspolitik werden. In der Richtung sollten wir in Zukunft stärker Akzente zu setzen.

Ich bitte die Antragskommission, die Überweisung insoweit zu erweitern. – Danke.

Barbara Hendricks, Antragskommission: Vielen Dank, Norbert Fabian, dass du das noch einmal so engagiert vorgetragen hast. Die Antragskommission macht sich die Erweiterung des Überweisungsvorschlags zu Eigen. Neben Überweisung an das Forum Eine Welt beim Parteivorstand soll der Antrag also auch an die sozialdemokratischen Fraktionen im Bundestag und im Europaparlament überwiesen werden.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Dann bitte ich um Zustimmung zu dem geänderten Votum der Antragskommission. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall.

Über A 14 und A 15 können wir wieder im Block abstimmen; denn hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Ich bitte um Zustimmung zu dem Votum der Antragskommission. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir so beschlossen.

Dann kommen wir zu A 16. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Christoph Brodhun aus Hannover vor.

Christoph Brodhun, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche hier für den Antragsteller Northeim-Einbeck. Dieser Antrag, der so unscheinbar auf der letzten Seite in diesem Block steht, ist ein sehr interessanter Antrag, und er wäre sehr weitgehend, wenn wir ihn heute doch beschließen sollten.

Es ist schade, dass die Antragskommission ihn zur Ablehnung freigibt. Dennoch sollten wir das Anliegen, wie ich meine, diskutieren. Die faktische Abschaffung der Wehrpflicht, die Schwarz-Gelb vor zwei Jahren vorgenommen hat, könnte erst der Anfang sein. Wir müssten langsam erkannt haben, dass die Wehrpflicht, ein Zwangsdienst dieser Art, nicht mehr zeitgemäß ist.

(VEREINZELT BEIFALL)

Es ist kein Zufall, dass die Wehrpflicht in den meisten Ländern Europas gar nicht mehr besteht. Wir brauchen sie nicht mehr, und sie ist auch unwürdig, weil Zwangsdienste dieser Art immer unwürdig sind.

Jetzt kann man sagen: Wir haben die Wehrpflicht doch schon abgeschafft. Niemand wird mehr eingezogen. Sie existiert doch gar nicht mehr. Aber das ist ein fataler Irrglaube. Wir haben sie ausgesetzt. Das heißt, sie besteht eigentlich fort; wir könnten sie jederzeit wieder einführen. Es könnte tatsächlich eine Versuchung für konservative Regierungen sein – in deren Weltbild gehört teilweise der Dienst an der Waffe bei Männern zum Erwachsenwerden dazu –, die Wehrpflicht wieder einzuführen. Als SPD sollten wir dieses Weltbild nicht teilen und insgesamt gegen die Wehrpflicht sein.

(VEREINZELT BEIFALL)

Der Antragsteller möchte, dass das Grundgesetz geändert wird. Wenn wir das Grundgesetz ändern, hat sich diese Sache erledigt. Dann kann die Wehrpflicht nicht mehr einfachgesetzlich eingeführt werden. Jetzt kann man sagen: Eine Grundgesetzänderung kriegen wir doch eh nicht durch. In der Tat, das ist schwierig. Aber sollte uns das davon abhalten, diesen Entschluss – den wir als richtig erachten und mit dem wir vielleicht auch viele Menschen draußen ansprechen können – zu fassen? Ich denke, wir sollten diesen Entschluss fassen und von hier aus das Signal aussenden, dass wir die Wehrpflicht nicht länger als sinnvoll ansehen.

Es gab, so habe ich gehört – viele von euch werden es auch gehört habe –, schon Überlegungen, die Wehrpflicht wieder einzuführen. Das wäre allerdings eine fatale Entwicklung. Denn die Wehrpflicht hat sich eigentlich erledigt. Ich wünschte mir, dass wir hier ein Signal setzen und wir die Wehrpflicht dahin schicken, wo sie hingehört, nämlich in die Mottenkiste der Geschichte. Daher, liebe Genossinnen und Genossen: Stimmt nicht dem Votum der Antragskommission zu, sondern stimmt für diesen Antrag. – Danke.

(VEREINZELT BEIFALL)

Barbara Hendricks, Antragskommission: Genossinnen und Genossen, ich hatte für die Antragskommission auf Ablehnung plädiert. Ich will noch einmal daran erinnern, dass wir uns auf dem Bundesparteitag 2007 in Hamburg nach sehr schwieriger, langer Debatte in einem ausgewogenen Kompromiss darauf verständigt haben, die Wehrpflicht auszusetzen. Ich glaube auch nicht, dass wir heute gegen Ende der A-Anträge das mal so eben schnell anders entscheiden können.

Ich will aber gerne den Antragstellern entgegenkommen und statt auf Ablehnung auf Überweisung an die außen- und sicherheitspolitische Kommission beim Parteivorstand plädieren. Dass man das Thema in der Zukunft noch einmal wird aufgreifen können, halte auch ich für wahrscheinlich – wobei ich persönlich das nicht in ganz naher Zukunft sehe; denn eine Zweidrittelmehrheit wird man dafür sowieso nicht haben –, aber

die Debatte in der Partei sollten wir natürlich nicht verhindern. Ich plädiere also für Überweisung an die außen- und sicherheitspolitische Kommission beim Parteivorstand.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Dann stimmen wir über dieses geänderte Votum der Antragskommission ab. Wer dem Votum der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Stimmt jemand dagegen? – Einige Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen wurde dem Votum der Antragskommission so gefolgt. Vielen Dank, Barbara. Damit sind wir am Ende der Beratungen zur Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, dieser Bereich bietet sich in besonderer Art und Weise an, dass wir auf diesem Parteitag an die Situation der Menschen auf den Philippinen erinnern und euch sehr herzlich um Hilfe und Solidarität bitten. Die Menschen auf den Philippinen wurden – das wisst ihr alle – von einer schrecklichen Katastrophe heimgesucht. Der Taifun traf am 8. November 2013 mit furchtbarer Wucht auf den Inselstaat, hat ganze Landstriche zerstört und unermessliches Leid über die Bevölkerung gebracht. Die Vereinten Nationen schätzen, dass weit über 9 Millionen Menschen betroffen sind und Tausende getötet wurden. Unser Mitgefühl und unsere Trauer gelten heute insbesondere den Hinterbliebenen.

Unsere Freunde von der sozialdemokratischen Agbayani-Partei von den Philippinen versuchen seit der ersten Stunde, Hilfe für die Bedürftigen im Land zu organisieren. Sie sind dabei auch in einem engen Austausch mit der SPD.

Die Parteivorsitzende von Agbayani, Risa Hontiveros, hat uns allen eine Videobotschaft von den Philippinen geschickt, die ihr gleich sehen werdet. Der Parteivorstand hat gestern einen Aufruf zu Hilfe und Solidarität für die Menschen auf den Philippinen beschlossen. Dieser und auch - darauf will ich ausdrücklich hinweisen - eine Liste mit verschiedenen Spendenkonten liegen auf euren Tischen. Es wäre schön, wenn ihr daran denken könntet.

(BEIFALL)

- FILMBEITRAG -

(LEBHAFTER BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, wie gesagt, ihr habt nicht nur den Beschluss des Parteivorstandes auf euren Plätzen, sondern auch eine Liste mit Spendenkonten. Viele Untergliederungen sind da ja auch schon aktiv. Er wäre schön, wenn auch von diesem Parteitag ein entsprechendes Signal ausgehen könnte.

(ZURUFE: HIER SAMMELN!)

- Wir können hier auch sammeln. Dagegen würde überhaupt nichts sprechen. Das wird hier auch sofort aufgegriffen und vorbereitet. Es wird gleich eine entsprechende Box durch die Reihen gehen. Ich bedanke mich ganz ausdrücklich für diese Initiative

ZWEITER WAHLGANG ZUR WAHL WEITERER MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Wir kommen nun zum zweiten Wahlgang bei den Beisitzerinnen und Beisitzern. Noch einmal: Es sind 14 von 26 Beisitzern des Parteivorstands gewählt. Es können noch höchstens zwölf gewählt werden. Ihr müsst aber mindestens sechs wählen. Gewählt sind im zweiten Wahlgang die Kandidatinnen und Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl, soweit die Quote nicht verletzt wird. Damit die Mindestquote von 40 Prozent eingehalten ist, müssten in diesem Wahlgang noch mindestens drei Frauen und mindestens zwei Männer gewählt werden.

Ihr habt auf euren Tischen einen Merkzettel, auf dem ihr die Kandidaturen noch einmal sehen könnt. Selbstverständlich wären wir auch bereit, euch noch einmal das Wahlverfahren zu erklären. Aber ehrlicherweise muss ich sagen: Erstens fehlt uns Torsten Albig. Jeder, der das nach ihm versuchen würde, geriete nur in Schwierigkeiten. Zweitens haben wir uns hier oben entschieden, dass wir davon ausgehen, dass ihr das könnt - es sei denn, ihr würdet jetzt noch einmal Fragen zu dem Verfahren stellen. Dann würden wir nach bestem Wissen und Gewissen versuchen, diese Fragen zu beantworten. Gibt es solche Fragen? - Nein.

Dann würde ich, bevor wir in den Wahlgang einsteigen, noch einmal die Mandatsprüfungs- und Zählkommission bitten, uns den aktuellen Stand mitzuteilen, weil sich ja auch die Zahl der Delegierten immer verändern kann.

Miriam Pichler, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Es sind noch einige Genossinnen und Genossen dazu gekommen. Anwesend sind jetzt 590 Delegierte und 33 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 268 Frauen; das entspricht einem Anteil von 43 Prozent. Die Quote ist immer noch erfüllt und der Parteitag immer noch beschlussfähig.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Jetzt frage ich: Hat jeder einen Merkzettel bekommen? - Ja. Hat jeder noch sein Gerät? - Ja. Jeder ist ausgestattet mit Merkzettel, Gerät und natürlich mit seiner Karte, die - wie Torsten euch das erklärt hat - auf der rechten Seite in das Gerät geschoben werden muss.

Wenn jetzt niemand widerspricht, dann würde ich den Wahlgang eröffnen. - Es widerspricht niemand. Dann eröffnen wir jetzt den Wahlgang und bitten euch, eure Stimme abzugeben. - Ich frage einmal zur Sicherheit: Gibt es irgendwo ein technisches Problem? - Nein. - Haben alle gewählt? - Es gibt keinen Widerspruch. Dann schließe ich den Wahlgang.

BERATUNG DER ANTRÄGE ZU UMWELT-, ENERGIE-, VERBRAUCHER- UND VERKEHRSPOLITIK

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Wir fahren dann in der Antragsberatung fort. Wir kommen zu den Anträgen zu den Themen Umwelt-, Energie-, Verbraucher- und Verkehrspolitik auf. Das sind die Anträge U 1 bis U 52 auf den Seiten 233 bis 273 des Antragsbuches sowie IA 16. Wir würden so verfahren, wie wir es schon die ganze Zeit gemacht haben. Wir können über die Anträge en bloc abstimmen, zu denen es keine Wortmeldungen mehr gibt. Die Wortmeldungen, die hier eingegangen sind, würden wir dann bei den jeweiligen Anträgen aufrufen.

Ich rufe zunächst die Anträge U 1 bis U 15 auf. Es ist hier noch eine Wortmeldung zu den Anträgen U 1 und U 2 eingegangen, und zwar von Stephan Grüger. - Ist Stephan da? Er hätte jetzt das Wort. - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Zu den Anträgen U 1 bis U 15 liegen mir hier keine Wortmeldungen vor. Wir können also en bloc über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer bei den Anträgen U 1 bis U 15 dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um ein Kartenzeichen.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir sind damit beim Antrag U 16. Dazu liegt eine Wortmeldung von Udo Dettmann vor.

Udo Dettmann, Braunschweig: Sehr geehrte Genossinnen und Genossen! Es geht wieder einmal um das Thema Asse II. Der Bundestag hat vor einem halben Jahr das Lex Asse beschlossen. Das war ein wichtiger Schritt. Ute, allerbesten Dank, dass du so stark an unserer Seite für uns aus der Region Asse darum gekämpft hast.

(BEIFALL)

Das Problem mit dem Atommüll in dieser havarierten Schachanlage ist aber noch immer nicht gelöst: Wasser läuft hinein, und der Müll kann im Berg nicht von den Flüssigkeiten isoliert werden. Über kurz oder lang würde unsere Region durch das Austreten des radioaktiven Wassers wieder belastet werden.

Durch das Lex Asse haben sich die Planungen des Bundesamtes für Strahlenschutz und des Bundesumweltministeriums jetzt etwas beschleunigt. Jetzt soll also die Rückholung des Mülls nicht mehr 2036, sondern schon 2033 beginnen. Das ist uns zu langsam.

Erstes konkrete Beispiel: Es soll 15 Jahre dauern, den neuen Schacht zur Bergung des Mülls zu erstellen und zu bauen. Sind 15 Jahre kurz oder lang? Der Schacht 2, da, wo der Müll hineingebracht und früher der Bergbau betrieben wurde, wurde in drei Jahren gebaut. Das ist 100 Jahre her. Es stellt sich also die Frage, ob die deutsche Spitzentechnologie so aussieht und ob eine effiziente Verwaltung in Deutschland so aussehen soll.

Zweites Beispiel: Im Haushaltsplan des kommenden Haushaltsjahres steht für die Asse nur halb so viel Geld zur Verfügung – für diesen Havaristen – wie für den 30 Kilometern entfernten Schacht Konrad, der erst zu einem Atommülllager ausgebaut werden soll. Welches ist denn jetzt der Havarist? Wo ist der Handlungsdruck?

Diese beiden Punkte habe ich exemplarisch gewählt, weil sie zeigen: Es fehlt der Asse das Projektmanagement. Die Rückholung der radioaktiven und chemotoxischen Abfallstoffe muss beschleunigt werden. Die Projektplanung steckt in den Kinderschuhen. So wird es nichts, wenn es so weiter geht. Es ist zeitnah ein professionelles Management zu integrieren.

Der Müll wurde nicht an der Asse produziert, sondern er wurde uns in den 60er- und 70er-Jahren in den Berg gekippt. Wir hatten davon keine Vorteile, sondern nur Probleme. Wenn er jetzt zurückgeholt wird, dann muss er erst einmal zwischengelagert werden. Für uns ist unstrittig, dass der Müll oben an der Schachanlage verpackt und konditioniert wird.

Der Müll wird auch nicht ungefährlich sein. Er hat etwa die Radioaktivität eines Hundertstels eines Castors, aber das ist sehr viel. Auf einem Haufen gestellt sind das 100 Meter mal 250 Meter mal zehn Meter. Das ist in etwa die Größe des Quaders, in den er hineinpassen würde. Doch wohin soll dieses Lager? Die Behörden – das Bundesumweltministerium – sagen zur Zeit nur eines: Es soll direkt neben den Berg, direkt an das Bergwerk heran.

Eine faire Suche nach einem Standort ist nicht angedacht. Hier appellieren und fordern wir, dass es ein transparentes Suchverfahren nach einem Standort für dieses Zwischenlager geben soll.

Direkt am Asse-Schacht ist ein Landschaftsschutzgebiet. Die Entfernung zur Wohnbebauung liegt in etwa bei einem Kilometer. Diese Punkte zeigen, dass nach diesem Standort nicht entsprechend eines sauberen Kriterienkatalogs gesucht wurde. Wir fordern eine bundesweite Suche.

Ein Kriterium kann und muss auch die Transportentfernung sein, aber es muss an dieser Stelle ein faires Verfahren geben. Genau dafür brauchen wir eure Solidarität. Hier muss Druck in diese Debatte kommen. Deswegen möchten wir hier eben eure Zustimmung. - Allerbesten Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Danke, Udo. – Zu diesem Antrag hat sich jetzt noch Ute Vogt zu Wort gemeldet.

Ute Vogt, Parteivorstand: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Udo! Ich teile euer Anliegen in allen Punkten. Es war sicher ein großer Schritt, dass es uns in der letzten Legislaturperiode gelungen ist – im Übrigen parteiübergreifend; mit Einbeziehung der Linkspartei bis hin zur FDP und CDU -, ein gemeinsames Gesetz auf den Weg zu bringen, um die Rückholung zu beschleunigen.

In der Asse haben wir eines der größten Probleme in Europa in Bezug auf den Atommüll. Dieses Problem wird den Steuerzahler mindestens noch 3 Milliarden Euro kosten - wahrscheinlich wird es sogar noch deutlich mehr werden. Es ist eine Schande, dass es rechtlich leider nicht mehr gelingen kann, diejenigen, die dies eingelagert haben, unmittelbar zur Verantwortung zu ziehen. Man muss dies auf Umwegen versuchen.

Deshalb ist euer Anliegen, denke ich, bei uns aufgenommen. Ich finde, zu den meisten Punkten können wir sagen: Das steht im Gesetz, muss aber weiter bearbeitet werden.

Wenn man einen Antrag mit einer solchen Detailtiefe zu einem solchen Spezialthema hat, dann ist es für die einzelnen Delegierten schwierig, bis ins Detail darüber abzustimmen. Deshalb schlage ich vor – insbesondere auch deshalb, weil wir auch den Punkt 8, das Projektmanagement, und auch die Art und Weise der Suche nach einer Zwischenlagermöglichkeit genauer besprechen müssen -, dass wir ihn nicht nur an die Bundestagsfraktion, sondern auch an den Parteivorstand überweisen, sodass auch dort eine Beschlussfassung erfolgt. Ich glaube, darauf kommt es euch an.

Ich denke, man muss die Details in einem konzentrierten Kreis besprechen. Das kann man jetzt sicherlich nicht en bloc tun. Deshalb schlage ich vor, dass wir den Antrag nicht nur an die Bundestagsfraktion überweisen – ich glaube, da ist euer Anliegen schon ganz gut angekommen und, wie du gesagt hast, auch ganz gut

aufgehoben -, sondern auch der Parteivorstand sollte sich damit befassen und auch einen Beschluss fassen, mit dem ihr dann vor Ort arbeiten könnt.

(VEREINZELT BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Ute. – Jetzt hat der Berichtersteller der Antragskommission, André Stinka, dazu das Wort.

André Stinka, Antragskommission: Genossinnen und Genossen! Die Antragskommission hat sich natürlich gerade mit diesem Thema sehr umfassend beschäftigt. Ich will Ute Vogt auch zustimmen. Sie hat noch einmal deutlich gemacht, dass gerade die Detailtiefe eine ganz entscheidende Frage ist.

Deswegen schlägt die Antragskommission vor, die Überweisung an den Parteivorstand mit aufzunehmen, um sich den Fragen, die dort angesprochen wurden, auch zu stellen. Deswegen erweitern wir den Vorschlag der Antragskommission um die Überweisung an den Parteivorstand.

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, André. – Udo hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte.

Udo Dettmann, Braunschweig: Mit dem Vorschlag, den Ute gemacht hat und der hier gerade wiederholt wurde, können wir als Antragsteller mitgehen.

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Prima, das ist schön. – Dann können wir jetzt auch darüber abstimmen.

Wer dem Votum der Antragskommission in der erweiterten Form – also auch die Überweisung an den Parteivorstand - zustimmen will, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, für die Anträge U 17 bis U 43 gibt es keine Wortmeldungen, sodass wir über diese Anträge und die Voten der Antragskommission en bloc abstimmen können.

Ich stelle damit die Voten der Antragskommission zur Abstimmung. Wer ihnen folgen will, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen damit zum Antrag U 44. Dazu hat sich Eckart Kuhlwein zu Wort gemeldet.

Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Die göttlichen Eingebungen der Antragskommission sind manchmal nicht ganz logisch. Das will ich an dieser Empfehlung hier gerne nachweisen.

Der Antrag bezieht sich auf eine Debatte auf dem Hamburger Parteitag 2007, die damals damit endete, dass die Schlagzeile lautete: SPD will Tempo 130 auf Autobahnen.

Ich habe nicht verfolgen können, ob es in der Bundestagsfraktion entsprechende Initiativen gegeben hat. Deswegen wollte ich mit diesem Antrag vor allem daran erinnern, dass das in das neue Arbeitsprogramm - unabhängig davon, ob in der Bundesregierung oder in der Bundestagsfraktion als Opposition - mit auf-

genommen wird. Jetzt heißt es: erledigt durch Regierungsprogramm. Da stand von Tempo 130 überhaupt nichts drin. Sonst hätte es auch die Irritation zwischen Sigmar Gabriel und Peer Steinbrück nicht gegeben, als Sigmar im Sommer 120 als Tempolimit vorgeschlagen hat und er dann gleich wieder einpacken musste, damit wir nicht im Bundestagswahlkampf unterschiedliche Tempi vorgeben.

Deshalb bitte ich, den Antrag lieber an die Bundestagsfraktion zu überweisen und sie intensiv daran zu erinnern, was schon einmal, spätestens 2007 auf dem Hamburger Parteitag, Beschlusslage der SPD zum Tempolimit und zum Dienstwagenprivileg gewesen ist. - Schönen Dank.

(VEREINZELT BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsident: Vielen Dank, Eckart. - Die Antragskommission kann dem auch folgen und würde das übernehmen, sodass der Vorschlag der Antragskommission dann lauten würde: Überweisung an die Bundestagsfraktion, wie es auch Eckart Kuhlwein jetzt vorgeschlagen hat. Dann können wir abstimmen über dieses neue Votum der Antragskommission. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wäre das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen dann zum Antrag U 45. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Ulli Nissen. - Ist die Ulli irgendwo? - Anscheinend nicht. Wenn das nicht der Fall ist, dann würde ich das Votum der Antragskommission zu U 45 so zur Abstimmung stellen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wäre das einstimmig so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen dann zu den Anträgen U 46 bis U 50. Für diese Anträge liegen keine Wortmeldungen vor, sodass wir über diese Voten der Antragskommission en bloc abstimmen können. Wer für die Voten der Antragskommission bezüglich der Anträge ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wäre auch das einstimmig so beschlossen.

Damit kommen wir zum Antrag U 51. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Michael Müller.

Michael Müller, Bundesvorsitzender Naturfreunde: Liebe Genossinnen und Genossen! Das neue Organisationsstatut ermöglicht es, dass befreundete Organisationen Anträge zum SPD-Bundesparteitag einbringen können. Wir, die Naturfreunde, die mit der SPD eng verbunden sind - ich weise nur darauf hin, dass beispielsweise ohne einen Osterausflug der Lübecker Naturfreunde ein Willy Brandt heute nicht 100 Jahre geworden wäre -, haben das Recht, Anträge zu stellen, in Anspruch genommen. Wir haben es zu einem Thema gemacht, das in der Naturwissenschaft seit 2002 sehr intensiv diskutiert wird, nämlich, ob wir nicht unsere Erde heute anders bewerten und gestalten müssen, ob es nicht eine neue Qualität der Verantwortung der Menschen gibt, die wir bisher nur unzureichend oder gar nicht erfüllen.

Ich begründe das mit Folgendem. Es gibt im Augenblick ein sehr stark besuchtes Theaterstück mit dem Titel „Das Himbeerreich“ von Andres Veiel. Es wird in Stuttgart und Berlin gespielt und es behandelt die Finanzkrise. Ich will jetzt nicht weiter auf das Theaterstück eingehen. Aber in diesem Stück gibt es einen Schlüsselsatz. Da sagt der frühere Spekulant Gottfried Kastein: Wir haben in den letzten Jahrzehnten Prozesse in Gang gesetzt, ohne zu wissen, was wir damit anrichten. Das heißt, wir waren nicht politisch, denn politisch zu sein heißt, Zusammenhänge zu verstehen.

Ich will auch klar sagen: Wenn der Satz von Willy Brandt richtig ist, dass Politik nur erfolgreich sein kann, wenn man auf der Höhe der Zeit ist, dann ist es Aufgabe der Sozialdemokratie, die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse in ihrer politischen Arbeit zu berücksichtigen. Sie sind im Übrigen im hohen Maße auch soziale Fragen; beides gehört zusammen.

Ich will sagen: Die SPD hat in der Vergangenheit den Fehler gemacht, vielleicht in der einen oder anderen Frage zu sehr dem Neoliberalismus anzuhängen. Ich warne davor, dass die SPD jetzt den Fehler macht, sich wieder nur auf das soziale Thema zu verengen. Das ist wichtig; das ist von zentraler Bedeutung. Aber es muss der SPD darum gehen, die gute Gesellschaft, die solidarische und gerechte Gesellschaft für alle zu gestalten. Das geht über dieses Thema weit hinaus.

Der Nobelpreisträger von 1995 Paul Crutzen hat gesagt: Wir leben nicht mehr im Holozän - also in der gemäßigten Warmzeit -, sondern wir leben im Menschenzeitalter, und das Menschenzeitalter erfordert von uns eine ganz neue Qualität von Verantwortung im Umgang mit der Natur.

Ich will nur ein paar Beispiele dafür nennen. Auf der Erde sind inzwischen 40 Prozent des feinen Sandes Plastik. Auf der Erde ist es inzwischen so, dass 80 Prozent der Landoberfläche vom Menschen verändert worden sind. Auf der Erde ist es inzwischen so, dass sich im letzten Jahrhundert der Energieumsatz versechzehnfacht hat und der CO₂-Ausstoß sich versiebzehnfacht hat. Und es ist auch eine Realität, die viel mit unserem heutigen Verständnis von Freiheit zu tun hat, dass 95 Prozent unserer Mobilität auf Öl basieren, aber Öl den Höhepunkt der Förderung überschritten hat.

Was bedeutet das eigentlich für unser Thema Freiheit? Zur Geologie der Menschheit, wie Crutzen das nennt, gehört auch, dass, wenn man die Erde in neun ökologische Hauptbereiche einteilt, wir in drei davon die Grenzen schon längst überschritten haben. Der ökologische Fußabdruck ist weltweit so groß, dass Ende Juli eines Jahres die biologische Kapazität der Erde verbraucht ist. Es geht noch weiter: Wenn ich das auf Deutschland umrechne, verbrauchen wir sogar 4,6-mal im Jahr die Erde.

Das heißt, wir können so nicht weitermachen. Das Schlimme ist, dass die Folgen dieser Tatsachen vor allem die sozial schwächsten Schichten treffen. Wer also von sozialer Gerechtigkeit spricht, der darf das nicht gegen ökologische oder ökonomische Fragen ausspielen, sondern der muss einen Zusammenhang finden; sonst wird er in allen drei Feldern scheitern.

(VEREINZELT BEIFALL)

Auch das muss man, liebe Genossinnen und Genossen, vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung sehen. Die Weltbevölkerung hat sich in 44 Jahren verdoppelt. In derselben Zeit hat sich der Energie- und Naturverbrauch verdreifacht. Wenn wir die weitere Entwicklung sehen, dann müssen wir wissen: Es wird etwa bis zum Jahre 2045 weitere 1,5 Milliarden Menschen geben, und dann werden etwa 60 Prozent dieser Menschen unter industriellen Bedingungen leben. Wenn das so läuft wie heute, bedeutet das den Kollaps der Erde.

Das heißt, wir reden nicht aus Jux und Tollerei über die Energiewende oder über die ökologische Modernisierung, sondern weil das der Kernbereich für ein gutes Leben künftiger Generationen ist. Deshalb bitte ich, dass die SPD mehr über diese Fragen redet.

(BEIFALL)

Ich bitte euch ganz herzlich: Überlasst das Thema nicht den Grünen, und zwar aus folgendem ganz einfachem Grund: Jetzt beginnt die zweite Phase der ökologischen Debatte. Die letzten drei, vier Jahrzehnte haben die Anerkennung des Themas gebracht; das ist geschehen. Jetzt geht es darum, das Verhältnis des Menschen zur Natur so zu organisieren, dass es vereinbar ist mit wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit. Das ist eine Gestaltungsaufgabe, die man nicht Schwarz-Grün überlassen darf. Deshalb, Genossen, nehmt das Thema auch als euer Thema an und überlasst es nicht anderen.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteipräsidium: Vielen Dank, Michael.

(BEIFALL)

Vielen Dank auch an die Naturfreunde Deutschland, dass sie dieses neue Instrument, das wir haben, dass auch sogenannte Vorfeldorganisation antragsberechtigt sind, aufgegriffen haben. Ich verweise auch auf den Antrag U 42. Dazu hat der Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität Deutschland 1896 bereits einen Antrag eingebracht, den wir auch beschlossen haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Antragskommission schlägt vor, diesen Antrag an den SPD-Parteivorstand zur weiteren Beratung zu überweisen. Ich würde jetzt darüber abstimmen lassen. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um Zustimmung. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wäre das einstimmig beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ein organisatorischer Hinweis: Wir haben jetzt noch zwei Anträge auch mit zwei Wortmeldungen aus diesem Kapitel zu beraten. Danach rufen wir die Anträge zum Thema Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht auf. Ich sage das, damit sich all diejenigen, die sich dafür interessieren oder auch zu Wort gemeldet haben, dann auch im Plenum einfinden können.

Liebe Genossinnen und Genossen, damit kämen wir zum Antrag U 52. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Eckart Kuhlwein.

(BEIFALL)

Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein: Ich nehme die Ovation gerne entgegen. Hier steht noch einmal ein Naturfreund, der sich natürlich gerne Michaels Argumentation anschließt.

Aber ich habe ein Detailproblem, das wir auch anpacken müssten. Wir wissen ja, dass seit einiger Zeit durch Fracking tiefliegendes Erdgas oder Erdöl unter Einsatz von chemischen Keulen gewonnen werden soll, wie sie bisher kaum unterirdisch eingesetzt worden sind. In Deutschland ist die Situation so, dass Versuche der noch amtierenden Bundesregierung, Fracking einzuschränken, auch an CDU-Abgeordneten gescheitert sind, die in ihrem Heimatland wohl auch betroffen sind, und zwar von Unternehmen oft fremdländischer Herrschaften, meistens aus multinationalen Konzerne, die die Erde anbohren wollten.

Der Ortsverein Osteide, Bezirk Hannover hat einen Antrag gestellt, in dem er eine Novellierung des Bundesberggesetzes und anderer Vorschriften zur bergbaulichen Vorhabengenehmigung gefordert hat, damit die materiellen Genehmigungsvoraussetzungen neu gefasst werden usw.

Genossinnen und Genossen, die Antragskommission kommt zu dem Ergebnis: Erledigt durch Regierungsprogramm. Ich habe einmal gesucht, wo die Änderung des Bundesberggesetzes im Regierungsprogramm steht. Aber in der Schatztruhe der Bundestagsfraktionen gibt es das seit ungefähr drei oder vier Jahren. Wir haben nämlich schon mal einen Antrag eingebracht. Damals war Fracking noch nicht das Thema, sondern die Allmacht bestimmter Bergämter war das Thema. Damals wurde das - Hubertus Heil; ich weiß nicht, ob er noch im Saal ist an die Bundestagsfraktion überwiesen. Ich habe ihn damals noch gebeten: Tut aber auch etwas! Dann habe ich gelegentlich in Protokollen des Bundestages nachgelesen. Es gab ein paar Initiativen, aber keine, die das noch auf kaiserzeitlichem Recht und Nazirecht basierende Bundesbergrecht so geändert hätten, dass es künftig umwelt- und bürgerfreundlich und demokratisch angewandt werden kann. Das hat zur Folge, dass heute in den meisten Ländern Unsicherheit herrscht, ob die grundlegenden Aussagen zum Verbot oder zum Moratorium für Fracking denn auch bedeuten, dass man rechtlich handeln darf.

Ich weiß nur aus meinem Heimatland Schleswig-Holstein, dass Aufsuchungserlaubnisse nach geltendem Bergrecht möglich sind. Obwohl sich unser Landtag eindeutig mit allen Fraktionen dagegen ausgesprochen hatte, Fracking in Schleswig-Holstein anzuwenden, dürfen die einfach irgendwo nachsuchen.

Genossinnen und Genossen, es ist unerträglich, dass dieses alte Nazistaatsrecht, Bevorratung und Ressourcen zu reservieren, in unserem Rechtsstaat heute noch existiert. Ich bitte deshalb, nicht für „Erledigt durch Regierungsprogramm“ zu stimmen, sondern die Änderung des Bergrechts erneut an die Bundestagsfraktion zu überweisen.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteipräsidium: Vielen Dank, Eckart. - Dazu hat sich jetzt Ute Vogt gemeldet.

Ute Vogt, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde gerne das Votum von Ecki Kuhlwein unterstützen, weil das Thema Fracking gerade in der Koalitionsverhandlung tatsächlich eine große Rolle gespielt hat, sowohl bei uns im Umweltbereich als auch in der Arbeitsgruppe Energie. Ich glaube, ein erster wichtiger Erfolg war es, dass es uns gelungen ist, uns darauf zu einigen, dass Fracking so lange nicht erlaubt wird, solange umwelttoxische Stoffe dazu benutzt werden. Wir hätten es am liebsten gehabt, dass man ein richtiges Moratorium macht. Das Wort Moratorium wurde von der CDU vermieden. Aber es hat zumindest dazu geführt, dass klar ist: Solange umweltschädliche Stoffe in die Umwelt kommen, darf dieses Fracking bei uns nicht stattfinden, zum Fracking von unkonventionellen Gasen.

Wir haben in die Koalitionsvereinbarung - jedenfalls im jetzigen Entwurf - auch das Stichwort Bergrecht aufgenommen. Wir haben das unter dem Thema „Unterirdische Raumplanung“ aufgenommen. Insofern ist das ein Thema, wo ich glaube, dass wir da dringend Handlungsbedarf haben. Es geht auch darum, noch eine Umweltverträglichkeitsprüfung einzubeziehen.

In diesem Sinne würde ich darum bitten, es an die Bundestagsfraktion zu geben, da wir, wenn es so kommt und die Mitglieder zustimmen, so etwas tatsächlich schon in unserem Vertrag verankert hätten und darauf aufsetzen. Wenn es anders kommt, dann würden wir auf jeden Fall als Opposition in dem Sinne auch gerne agieren wollen.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteipräsidium: Vielen Dank, Ute. - Die Antragskommission würde den Vorschlag von Eckart übernehmen, also die Verweisung an die Bundestagsfraktion, sodass wir ein neues Votum hätten, dass der

Antrag U 52 an die Bundestagsfraktion überwiesen wird. Ich lasse darüber abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wäre das so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte, den Kolleginnen und Kollegen aus den Delegationen, die noch nicht im Raum sind, vielleicht Bescheid zu sagen, dass wir in wenigen Minuten das Ergebnis des zweiten Wahlganges zu den Beisitzerwahlen verkünden werden.

Ich begrüße ganz herzlich in unseren Reihen Heinrich Alt, Mitglied des Vorstands der Bundesagentur für Arbeit. Wir werden jetzt auch gleich mit dem Thema Arbeitsmarktpolitik beginnen. Herzlich Willkommen, Heinrich Alt!
(BEIFALL)

Dann kämen wir zum letzten Antrag aus diesem Kapitel, zum Antrag IA 16. Dazu hat sich Uli Scharfenberg zu Wort gemeldet.

Ulrich Scharfenberg, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen, mein Name ist Uli Scharfenberg. Ich komme aus dem Unterbezirk Hochfranken und bin dort der Vorsitzende, also in Bayern ganz oben, zumindest geografisch.

Wir haben einen Initiativantrag eingebracht, der „Kein Koalitionsvertrag mit Öffnungsklausel für die Länder im Baugesetzbuch in Bezug auf Mindestabstände zur Wohnbebauung bei Windkraftanlagen“ lautet. Es ist ein kleines Detail, aber ich denke, es ist ein Detail mit einer sehr großen Wirkung. Die Arbeitsgruppe Energie hat nach den Verhandlungen in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, es soll eine Öffnungsklausel geben. Jedes Bundesland könnte dann selbst entscheiden, wie weit die Abstandsflächen zu Windkraftanlagen sein würden.

Für Bayern bedeutet das, dass von der Landesfläche Bayerns nur noch 0,5 % der Fläche für Windkraftanlagen vorgesehen werden. Ich darf euch in diesem Zuge daran erinnern, dass die Bayerische Staatsregierung schon zweimal einen Antrag im Bundesrat eingebracht hat, diese Abstandsflächen zu verändern. Wenn wir jetzt diese Öffnungsklausel in den Koalitionsvertrag hineinschreiben, heißt das, dass wir den Totengräbern der CSU, den Totengräbern der Windkraft in Bayern durch die Hintertür eine volle Einfallscheune aufmachen.
(BEIFALL)

Die Energiewende in Bayern wäre so gescheitert. Aus unserer Sicht ist die Energiewende auch ein Thema der Solidarität. Jede Region soll und muss ihren Beitrag zu der Energiewende leisten.

Jetzt hat die Antragskommission vorgeschlagen, diesen Antrag an den Parteivorstand zu überweisen. Mit diesem Votum können wir gerne mitgehen, wenn es heißt, dass die Überweisung an den Parteivorstand nicht bedeutet, er verschwindet dort irgendwo, sondern wenn es wirklich heißt, dass in den nächsten zwei bis drei Wochen noch einmal intensiv über dieses Thema gesprochen wird und dass für den Fall, dass die Koalitionsverhandlungen in diesem Punkt noch strittig, dieser Punkt noch einmal strittig gestellt wird.

Wenn es in den Verhandlungen schon so ist, dass man es nicht mehr ändern kann, sollte man vielleicht versuchen, über die AG Bau, über das Baurecht diese Öffnungsklauseln zu kippen. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Heiko Maas, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Uli. Ich glaube, ich kann dir das versichern, dass das, was die Arbeitsgruppe Energie ausverhandelt hat, im Ergebnis nicht entschieden ist, weil insbesondere drei zentrale Punkte offen geblieben sind und insofern alles erst geeinigt ist, wenn man über alles eine Einigung erzielt hat. Wir müssen also zwangsläufig gerade in den nächsten zwei Wochen über dieses Thema auch noch einmal im Parteivorstand reden. Ich denke, deshalb ist es da wirklich gut aufgehoben und wird dann vor allen Dingen auch aufgerufen werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, liebe Genossinnen und Genossen, können wir auch über diesen Antrag abstimmen. Das Votum der Antragskommission ist, wie gesagt, Überweisung an den Parteivorstand. Wer dem zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Es gibt eine Gegenstimme. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann wäre das so beschlossen. Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir wären damit am Ende des Kapitels Umwelt-, Energie-, Verbraucher- und Verkehrspolitik.

Ich bin noch darum gebeten worden, darauf hinzuweisen, dass die Antragskommission heute Abend nicht mehr tagen muss, weil es keine weiteren Initiativanträge mehr gibt, und übergebe jetzt das Wort an Martin Dulig.

BERATUNG DER ANTRÄGE ZUR ARBEITSMARKTPOLITIK

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Dann geht es weiter mit dem Kapitel Arbeitsmarktpolitik. Der Themenbereich Arbeitsmarktpolitik war ja nun schon immer ein großer Schwerpunkt unserer Arbeit in den letzten Jahren. Wir haben gerade in diesem Bereich - insbesondere bei der Positionierung zu steigenden Zahlen atypischer und prekärer Beschäftigung - viele Beschlüsse gefasst, auf Parteitagen und zuletzt im Regierungsprogramm.

Die Anträge Ar 1 bis Ar 32 sollen so wie im Antragsbuch behandelt werden. - Moment, ich sehe, es gibt einen Geschäftsordnungsantrag.

Delegierter: Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, es sollte einen gewissen zeitlichen Zusammenhang zwischen einer Wahl und der Bekanntgabe des Wahlergebnisses geben. Insofern stelle ich den Geschäftsordnungsantrag, jetzt zuerst die Wahlergebnisse bekannt zu geben. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Keine Sorge, wir wollen die Spannung nicht stärker machen, also sie ohnehin ist. Sobald wir Wahlergebnisse haben, werden sie auch immer vorgestellt. Aber in diesem Moment ist Jessica hereingekommen und gesagt, sie sind jetzt da. Ihr bekommt die Ergebnisse also immer zum schnellsten Zeitpunkt. Jetzt liegen sie aber in der Tat vor. Deswegen würde ich Miriam bitten, uns für die Mandatsprüfungskommission die Ergebnisse mitzuteilen.

ERGEBNISSE DER WAHLEN DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND

Miriam Pichler, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch nun die Ergebnisse des zweiten Wahlgangs der weiteren Mitglieder des Parteivorstands bekannt. Gewählt sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den absolut höchsten Stimmenanzahlen. Dabei ist die Quote zu berücksichtigen.

Abgegeben wurden 611 digitale Stimmzettel. Davon sind neun ungültig. Also haben wir 602 gültige.

Auf Klaus Barthel entfielen 249 Stimmen.

Auf Katrin Budde entfielen 380 Stimmen. Sie ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Auf Elke Ferner entfielen 402 Stimmen. Sie ist somit auch gewählt

(BEIFALL)

Auf Peter Friedrich entfielen 268 Stimmen. Er ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Auf Angelika Graf entfielen 188 Stimmen.

Auf Anette Kramme entfielen 263 Stimmen.

Auf Heiko Maas entfielen 384 Stimmen. Er ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Auf Homaira Mansury sind 273 gefallen. Sie ist somit auch gewählt.

(BEIFALL)

Auf Christoph Matschie sind 332 Stimmen entfallen. Er ist somit auch gewählt.

Hilde Mattheis bekam 250 Stimmen.

Florian Pronold bekam 325 Stimmen. Er ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Ralf Stegner bekam 383 Stimmen und ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Jan Stöß bekam 332 Stimmen und ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Sascha Vogt bekam 329 Stimmen und ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Ute Vogt bekam 297 Stimmen und ist somit gewählt

(BEIFALL)

Dietmar Woidke bekam 445 Stimmen und ist somit gewählt.

(BEIFALL)

Herzlichen Glückwunsch an alle Gewählten!

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Ich darf die Gewählten fragen, ob sie die Wahl annehmen. - Das ist der Fall. Dann gratulieren wir allen Gewählten herzlich.

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Wir haben einen neuen Parteivorstand gewählt. Damit geht aber auch eine Zeit für andere zu Ende, sowohl für diejenigen, die sich entschieden haben, nicht noch einmal zu kandidieren, als auch für diejenigen, die jetzt nicht gewählt wurden. Deshalb verabschieden wir an dieser Stelle diejenigen, die in den letzten Jahren ihre Verantwortung hier wahrgenommen haben. Sigmar Gabriel hat das Wort.

VERABSCHIEDUNG DER EHEMALIGEN PARTEIVORSTANDSMITGLIEDER SOWIE MATTHIAS PLATZECK UND JÜRGEN HITZGES

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, erst einmal herzlichen Glückwunsch an alle diejenigen, die im ersten und zweiten Wahlgang gewählt wurden, aber vor allen Dingen auch herzlichen Dank an die, die in den letzten Jahren dem Parteivorstand angehört haben und auch dazu beigetragen haben, dass wir miteinander gute Arbeit hinbekommen haben.

Einige von ihnen scheiden aus, weil sie nicht mehr kandidiert haben, andere, weil sie jetzt im zweiten Wahlgang nicht gewählt worden sind. Trotzdem finde ich, dass wir allen gleichermaßen danken sollten. Das sind Alptekin Kirci aus Niedersachsen, Nadja Lüders aus Nordrhein-Westfalen, Anette Kramme aus Bayern, Hilde Mattheis aus Baden-Württemberg, Julian Nida-Rümelin aus Bayern und Zülfiye Kaykin, auch aus Nordrhein-Westfalen. An alle herzlichen Dank! Ich finde, sie haben für ihre Arbeit einen großen Beifall des Parteitags verdient.

Aber gestattet mir, dass ich zu einem, der heute ausscheidet, weil er nicht mehr kandidiert hat, und der leider heute auch nicht mehr auf dem Parteitag sein kann, doch ein paar Worte mehr sage, weil er allen von uns als ein besonderer und besonders engagierter Sozialdemokrat bekannt ist. Ich rede vom ehemaligen Parteivorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Matthias Platzeck.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, mit Matthias Platzeck scheidet ein Mensch aus, der die SPD nach der Vereinigung von Ost und West entscheidend mit geprägt hat. Er hat dem Begriff „preußische Tugenden“ die Schärfe genommen und diesen Tugenden ein sehr, sehr freundliches Gesicht gegeben.

Matthias Platzeck hat einen anderen Weg in die Politik genommen als die meisten seiner Altersgenossen in Westdeutschland. Eine Bürgerinitiative für Umweltschutz und Stadtgestaltung – so hieß seine erste politische Station – zu gründen, das war in der DDR ein sehr mutiger Schritt. Mut zieht sich auch durch sein ganzes weiteres Handeln: 1995 in die SPD eingetreten, ist er schnell zu einem oder – vielleicht kann man sagen – zu dem Hoffnungsträger der SPD in Ostdeutschland geworden. Und er hat alle diese Hoffnungen erfüllt: als Landesvorsitzender der SPD in Brandenburg von 2000 bis 2013, als Mitglied des Parteivorstands – in den er zum ersten Mal 1999 gewählt worden ist, und ab Herbst 2005 dann als Vorsitzender unserer stolzen alten Partei. Ich sage ganz persönlich: Ich hätte ihm damals gewünscht, dass sein gesundheitlicher Zustand nicht dazu geführt hätte, dass er zurücktreten musste. Er war ein toller Vorsitzender und wäre es auch geblieben, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Übrigens: Selbst Martin Schulz reicht mit seinem Wahlergebnis nicht an das Ergebnis heran, das Matthias Platzeck schaffte. Nur Kurt Schumacher ist in der Geschichte der SPD jemals näher an die 100-Prozent-Grenze gekommen als Matthias Platzeck. Er hat als Parteivorsitzender unserer Partei mit größtem Einsatz und mit seiner sehr unaufgeregten und offenen Art in schwieriger Zeit unsere Partei vorangebracht.

Er hat Brandenburg verkörpert. Als Identifikationsfigur hat er weit über sein Bundesland und über den Osten hinaus in ganz Deutschland gewirkt, pragmatisch, pflichtbewusst, klar, weiblickend, aber eben auch immer leidenschaftlich für die Menschen in ganz Deutschland und natürlich insbesondere im Osten. Dietmar Woidke wird – da bin ich sicher – in unserer Partei diesen Stil auf neue Weise und genauso engagiert interpretieren.

Und ein paar persönliche Worte: Matthias ist für mich ein ganz persönlicher Freund geworden. Es gibt nur wenige, die Menschen so direkt ansprechen können wie er und zuhören und immer ein gutes Gespür dafür haben, wie sich die Dinge entwickeln sollten. Er ist nie unverbindlich, sondern lässt sich immer in die Verantwortung nehmen. Ich bin sicher, dass er uns auch weiter mit Rat und Tat zur Seite steht. Wir wünschen ihm vor allen Dingen, dass seine Gesundheit stabil bleibt und er möglichst oft in unsere Reihen zurückkehrt. Von hier aus alles Gute, Matthias Platzeck!

(BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, nachdem wir jetzt die Mitglieder des Parteivorstandes verabschiedet haben, die diesem nicht mehr angehören, wollen wir noch eine weitere Verabschiedung vornehmen, und zwar von Jürgen Hitzges, einem langjährigen Abteilungsleiter im Willy-Brandt-Haus. Andrea, du hast das Wort.

Andrea Nahles, Generalsekretärin: Ich habe die ehrenvolle Aufgabe, Jürgen Hitzges zu verabschieden, von dem ich weiß, dass er uns einerseits mit einem weinenden Auge, aber andererseits vielleicht auch mit einem lachenden Auge verlässt, weil er weiß Gott noch viel vorhat.

Für die, die ihn nicht kennen – er hat ja oft im Hintergrund gewirkt; obwohl ich mir sicher bin, dass viele ihn kennen –, will ich ihn ein bisschen vorstellen. Komm ruhig nach vorne, Jürgen!

(BEIFALL)

Jürgen begann in den 70er-Jahren als Falken-Sekretär in Essen. 1986 wurde er jugendpolitischer Sekretär und Bundesgeschäftsführer der SJD-Die Falken. 1992 ging er dann in den Hauptvorstand der ÖTV. Dort hat er sich das Wissen angeeignet, um später bei uns als Betriebsratsvorsitzender der Parteiführung gute Verhandlungsergebnisse für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Willy-Brandt-Haus abzurufen. 1994 wurde er Referent für die Parteiorganisation. Ich kann wirklich sagen: Es gibt nur ganz wenige, die die Parteiorganisation so gut kennen wie du, Jürgen. Alle Parteireformen seit 1994 wurden von dir begleitet, auch mit eigenen Ideen, mit eigenen Impulsen. Das war einfach eine super wertvolle Arbeit für die Partei.

Die lebendige Mitgliederpartei war für dich eine Herzensangelegenheit und wird es auch sicher bleiben. Die Mitgliedskarte zum Beispiel oder das Neumitgliederpaket – also ganz praktische Sachen, die wirklich auch im Alltag wichtig sind –, das sind alles deine Ideen gewesen, die wir nur umgesetzt haben.

Was ich besonders bei ihm geschätzt habe: Er hat in der größten Hektik die Ruhe bewahrt und immer Übersicht garantiert, nicht zuletzt auch auf solchen Parteitag. Und obwohl du ja eigentlich schon in der Ausgleitphase bei uns bist, haben wir alle sehr gerne dein Angebot angenommen, uns heute noch einmal tatkräftig zu unterstützen. Auch im Kreis der Landes- und Bezirksgeschäftsführer hast du – das darf ich wirklich sagen – ein hohes Ansehen.

Jürgen, wir haben uns jetzt überlegt: Was geben wir dir mit auf den Weg? Du bist ein Kind der Arbeiterbewegung. Wir haben deswegen gedacht, es würde dir gefallen, wenn wir dir eine Reise ins rote Wien schenken. Das machen wir auch. – Das hier ist der Gutschein; wir haben ihn standesgemäß verpackt. Ich hoffe, du hast Spaß. Es soll nächstes Jahr um den 1. Mai herum sein. Der eine oder andere war vielleicht schon mal am 1. Mai in Wien: Die haben noch richtige Massenkundgebungen an diesem Tag. Also, da erfährt man echtes Arbeiterleben.

Ich möchte mich auch ganz persönlich bei dir bedanken für deine loyale, für deine hervorragende Arbeit im Dienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Danke, Jürgen!

(BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Jürgen, für deine wertvolle, gute Arbeit. – Wir haben gerade das Thema Arbeitsmarktpolitik aufgerufen. Passend dazu möchte ich an dieser Stelle ganz, ganz herzlich den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer begrüßen.

(BEIFALL)

Wir wollen die Gelegenheit natürlich nutzen, von dir kurz zu hören, wie du zu dem Thema stehst, das wir die ganze Zeit diskutieren, gerade bei dem wichtigen Thema Arbeitsmarktpolitik. Michael, du hast das Wort.

REDE DES DGB-VORSITZENDEN MICHAEL SOMMER

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Genossinnen und Genossen! „Kurz“ ist ein Problem, aber ich werde es trotzdem probieren.

Als Erstes möchte ich mich dafür entschuldigen, dass ich erst jetzt komme. Aber wie der eine oder andere weiß, befinde ich mich sozusagen in der Schlussphase meiner hauptamtlichen Tätigkeit. Da muss man manches richten. So musste ich heute zum Beispiel mithelfen, einen neuen Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung zu inthronisieren. Die Sitzung in Düsseldorf heute hatte da Vorrang. Ich muss sagen: Manchmal ist man ja für den Solidarbeitrag zur deutschen Einheit dankbar. Denn auf der A 38 kommt man wesentlich besser und wesentlich schneller von West nach Ost als früher.

Das Zweite, was ich sagen möchte, ist: Wir haben es miteinander in den vergangenen Jahren sicherlich nicht immer einfach gehabt – ihr nicht mit uns und wir nicht mit euch. Es hat Entfremdungsprozesse zwischen den Gewerkschaften und der SPD gegeben, und die äußerten sich vielfach. Ich sage das zum Beispiel auch mit Blick auf den 150. Geburtstag der SPD.

Natürlich haben wir uns alle gefreut, den Geburtstag dieser stolzen Partei miteinander feiern zu können, die Partei der Arbeit, die Partei der sozialen Gerechtigkeit, die Partei des Friedens, die Partei Europas, ja, die Partei der kleinen Leute. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass in der einen oder anderen Festveranstaltung auch vermerkt worden wäre: Viele der Etappen, der Siege und der Erfolge, die die Arbeiterbewegung und die Demokratiebewegung erringen konnten, waren nur möglich, weil Gewerkschaften und Partei miteinander gestanden haben. Ich habe nicht gehört, dass auch wir genannt wurden.

(BEIFALL)

Ich will an der Stelle auch sagen: Ich hätte mir gewünscht, dass zum Beispiel auch über so herausragende Persönlichkeiten wie Karl Legien, Ernst Breit oder Otto Brenner geredet worden wäre, wenn man schon über 150 Jahre SPD redet.

Das war eine Anmerkung, die mir gestattet sei, weil ich glaube, sie macht auch deutlich: Es gibt eben nicht nur bei der SPD Verletzungen. Es gibt sie auch aufseiten der Gewerkschaften.

Nichtsdestotrotz haben wir uns in den vergangenen Jahren gemeinsam bemüht, aufeinander zuzugehen und miteinander wieder neue gemeinsame Bögen zu schlagen. Ich will ausdrücklich anerkennen, dass es insbesondere neben Kurt Beck auch Sigmar Gabriel war, der immer wieder den Versuch unternommen hat, die Brücken zu bauen. Sigmar Gabriel und ich haben zum Beispiel vor drei Jahren ein gemeinsames Papier zum Thema „gute Arbeit“ entwickelt, was viel mitgeholfen hat, die Gräben zum Thema „gute Arbeit“, die zwischen uns entstanden sind, zu schließen. Dort sind Positionen entwickelt worden, gemeinsame Positionen, vom einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn über die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen bis hin zur Betonung der Tarifautonomie.

Es war auch Sigmar Gabriel, der mitgeholfen hat, die Fragen und die Gräben in der Rentenpolitik mindestens miteinander zu verkleinern, wenn nicht Brücken zu bauen. Die Gewerkschaften haben ausdrücklich anerkannt - ich will es auch heute noch einmal tun -, dass das Wahlprogramm der SPD für die Bundestagswahl am 22. September ein gutes und ein richtiges war, das aus unserer Sicht auch die richtigen Akzente gesetzt hat. Auch das muss hier einmal in aller Deutlichkeit gesagt werden.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen, nichtsdestotrotz: Die Zeit ist weitergegangen, und die Zeit ist auch so, dass wir erkannt haben, dass das Wahlergebnis am 22. September dieses Jahres ein sehr ambivalentes war und ist, nicht nur für diese SPD, sondern insgesamt für dieses Land und auch für die Gewerkschaften.

Auf der einen Seite nehmen wir mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der Neoliberalismus in diesem Land offensichtlich keine Mehrheiten mehr hat, auch nicht mehr parlamentarisch groß vertreten ist. Das ist die positive Seite dieses Wahlergebnisses.

(BEIFALL)

Die andere Seite ist, dass dieses Wahlergebnis noch lange nicht dazu geführt hat, dass die Kräfte, die für einen wirklichen sozialen Wandel stehen, auch deutlich die Mehrheiten bekommen haben. Das ist die zweite Seite. Dies muss man ebenso zur Kenntnis nehmen.

Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, wir haben erlebt, dass wir in vielen Punkten es gemeinsam geschafft haben durch unsere gemeinsame Arbeit der vergangenen Jahre, den Zeitgeist in diesem Land zu drehen. Ich will bewusst jetzt etwas zu den Gewerkschaften sagen.

Die Gewerkschaften waren vor zehn, zwölf Jahren in den Augen vieler - wahrscheinlich auch vieler in der SPD - und natürlich in den Augen insbesondere der veröffentlichten Meinung sozusagen von gestern. Man hatte uns abgeschrieben. Wir waren die Dinosaurier des Industriezeitalters und nicht in der Lage - so wurde jedenfalls gesagt -, uns auf die neue Zeit der Globalisierung einzustellen. Die Gewerkschaften waren ohne Frage in einer schwierigen Situation, auch durch den Druck der Massenarbeitslosigkeit und der damit einhergehenden Mitgliederverluste. Das ist der eine Teil.

Der andere Teil ist der, dass wir es geschafft haben, bei uns den Trend zu drehen, und zwar durch zwei Momente. Die will ich noch einmal deutlich machen, weil sie auch bestimmend sind für unsere heutige Haltung zum Beispiel in aktuellen politischen Fragen.

Wir haben gesagt, wir müssen als Gewerkschaften wieder deutlich machen, dass wir die Organisation der Arbeit sind. Das ist der Kern unserer Kompetenz. Das ist, warum die Leute bei uns Mitglied sind. Das ist das, worauf sie auch bei uns warten, dass wir aus der Kompetenz für Arbeit unsere Stellungnahmen zu Gesellschaft und Politik ableiten.

Das Zweite, was sie von uns erwarten, ist, dass wir tatsächlich als Organisation der Arbeit, als Einheitsgewerkschaft agieren und fungieren. Gleichzeitig wissen wir in den Gewerkschaften sehr genau, dass auch die größte gewerkschaftliche Stärke die politische Hegemonie in einem Land nicht ersetzen kann. Sie kann

es nicht ersetzen. Wir brauchen die Folie fortschrittlicher Politik, auf der wir unser Wollen, unsere Ziele, unsere Interessenvertretungsarbeit verwirklichen können. Diese Folie ist heute - wie ihr selber wisst - nur zum Teil vorhanden.

Deswegen haben wir ein so großes Interesse daran, mit allen demokratischen Parteien ins Gespräch zu kommen. Aber deswegen haben wir auch ein Interesse an einer starken Sozialdemokratie, und das nicht nur wegen der historischen Wurzeln, sondern auch wegen der großen programmatischen Nähe, die uns insbesondere beim Thema Arbeit und Politik für die sozial Schwachen verbindet, Kolleginnen und Kollegen.

(BEIFALL)

Ich hoffe sehr, dass wir in der Lage sind, den Weg, den wir aufeinander zugegangen sind, auch weiter gemeinsam zu gehen - in Eigenständigkeit und Eigenverantwortung für die jeweilige Organisation, aber gleichzeitig auch im Wissen darum, dass es einander bedingt, dass starke Gewerkschaften eine starke SPD brauchen und eine starke SPD ohne starke Gewerkschaften wohl kaum denkbar ist. Das gehört zusammen.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, wir wollen als Gewerkschaften jetzt in der aktuellen Phase der deutschen Politik insbesondere eines: Wir wollen, dass die Fehlentwicklungen der vergangenen 30, 35 Jahre in puncto Arbeit und Strukturen für gesunde, klare und eindeutige Arbeitnehmerrechte wieder korrigiert werden. Ich erinnere mich noch sehr genau - damals war ich noch ein junger Gewerkschaftssekretär - an die geistig-moralische Wende von Helmut Kohl. Ich erinnere mich noch sehr genau daran, dass im Kern dieser geistig-moralischen Wende stand, die organisierte Arbeitnehmerschaft zu schwächen, wenn nicht nach britischem Vorbild sogar, wenn möglich, zu zerschlagen und den Arbeitnehmern ihre Rechte zu nehmen und die Gewerkschaften wenigstens strukturell zu schwächen.

Seitdem haben wir erlebt, wie die Tarifautonomie in vielen Bereichen unseres Landes ad absurdum geführt wurde, wie die Arbeitgeber immer stärker wurden und wir strukturell unserer Rechte beraubt wurden, wie die Tarifbindung gesunken ist, wie wir gezwungen waren, unsere Kernkompetenz, nämlich die Tarifpolitik, zu ergänzen um die Forderung an die Politik: Nun gebt uns zusätzliche Rechte, zum Beispiel beim Schutz gegen das Abrutschen der Löhne nach unten. Das war doch für uns keine schöne Zeit, sondern es war eigentlich Notwehr, die wir machen mussten, weil wir gesehen haben, die strukturellen Rechte für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen immer stärker verloren.

Jetzt, nach dem Wahlergebnis, das wir heute haben, mit allen seinen Schwierigkeiten, gerade auch für diese Partei, habe ich schon die Hoffnung, dass es gelingen kann, dass wir die strukturellen Rechte für die organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Betriebsräte, für die Gewerkschaften, für die arbeitenden Menschen in diesem Land wieder stärken können. Dazu gehört ohne Frage und ohne Wackeln der Mindestlohn von 8,50 Euro in der Stunde, und zwar gleichermaßen in Ost und West, für Jung und Alt und so schnell wie möglich, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Dazu gehört aber auch, dass wir alles tun, um Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften wieder in die Situation zu versetzen, dass sie ihr Kerngeschäft ausüben können, nämlich tarifpolitisch zu wirken. Dazu gehört, dass es aufhören muss, dass der Gesetzgeber es fördert, dass die Arbeitgeber sich der Tarifbindung entziehen können, sondern die Tarifbindung muss gestärkt. Das ist eine ganz wichtige zentrale Frage für uns, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Dazu gehört übrigens auch, dass wir mit den Fehlentwicklungen, die wir auf dem Arbeitsmarkt erlebt haben - von sachgrundlosen Befristungen bis hin zum Missbrauch von Minijobs -, soweit es geht, Schluss machen, den Trend umdrehen, endlich dazu kommen, dass Arbeit wieder ihren Wert hat und nicht behandelt wird, als ob sie billig wäre wie Dreck, Genossinnen und Genossen.

Das gilt insbesondere auch für die vielen Menschen, die im Dienstleistungssektor arbeiten. Wenn ich von Menschen rede, dann meine ich in diesem Fall insbesondere die Frauen, die nämlich die wirklichen Verlierer dieser Trendwende auf dem Arbeitsmarkt sind, und zwar ganz überwiegend.

(VEREINZELT BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, wenn wir die Chance haben, hier etwas zu bewegen, dann plädieren wir dafür, dass wir dies mit in die Waagschale werfen.

Ich kann und ich will euch nicht die Entscheidung abnehmen, die unsere Mitglieder und mithin auch ich irgendwann einmal fällen müssen: Stimmen wir einer Koalitionsvereinbarung zu? Ja oder Nein? – Das ist eine Gesamtabwägung. Die Gewerkschaften werden in der Gesamtabwägung sagen: Wir haben in den letzten Jahren vier Punkte in den Mittelpunkt unserer Auseinandersetzungen gestellt. Das war das Thema „Gute Arbeit“, das war das Thema „Sichere Altersversorgung“, das war das Thema „Soziales Europa“, und das war das Thema, dass wir endlich wieder eine Steuerpolitik wollen, bei der die Reichen zahlen und nicht nur die Armen zur Kasse gebeten werden. Auch das ist ein Ziel, das die Gewerkschaften haben und das wir weiterverfolgen werden.

(BEIFALL)

Genossinnen und Genossen, nichtsdestotrotz ist zum Schluss alles eine Gesamtabwägung, und zum Schluss ist es auch ein politischer Prozess über lange Zeit. Wer immer glaubt, man könne die Fehlentwicklungen über 30, 35 Jahre mit einer Koalitionsvereinbarung kippen, dem sage ich: Ich halte das persönlich nicht für realistisch. Man kann in einer Koalitionsvereinbarung aber klar sagen: Wir haben das Mandat der Wählerinnen und Wähler dafür - wir haben übrigens auch das Mandat der großen Mehrheit der Bevölkerung -, dass endlich damit Schluss ist, dass die Arbeitsseite dereguliert wird. Wir müssen wieder zurückkehren zu einer neuen und guten Ordnung der Arbeit.

Daran zum Beispiel werden die Gewerkschaften auch ihre Haltung zu Ergebnissen messen, die wir alle noch nicht kennen. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die in der Lage sind, Wasserstandsmeldungen in irgendeiner Weise heute schon zu beurteilen; denn wir müssen sehen, was zum Schluss herauskommt, wie weiland einmal ein deutscher Bundeskanzler gesagt hat. Genossinnen und Genossen, ich sage euch aber auch: Wir müssen die Trendwende, die wir im öffentlichen Bewusstsein erreicht haben, aufnehmen und verstärken.

Ich kann mich noch an einen SPD-Parteitag erinnern – ich glaube, Kurt Beck kann das auch; ihm sehe ich das gerade an -, auf dem vehement darüber diskutiert wurde, ob man die Bahn privatisieren sollte. Ich kriege heute landauf, landab mit - von Schleswig-Holstein bis Berlin, von Nordrhein-Westfalen bis hin zu Kommunen in Baden-Württemberg -, dass man wieder zurückkehrt zu der Aussage: Der Weg der Privatisierung war falsch, bestimmte Sachen müssen in die öffentliche Hand. Das ist eine Trendwende in der Politik.

(BEIFALL)

Ich bekomme mit, dass 85 Prozent der Bevölkerung sagen: Es muss Schluss damit sein, dass die armen Menschen noch mehr ausgebeutet werden und dass die Geschäftsmodelle verbrecherischer Arbeitgeber auf staatlichen Lohnkostenzuschüssen basieren. Auch damit muss Schluss gemacht werden.

(BEIFALL)

Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, meine Bitte ist: Lasst uns die Chancen ergreifen, die wir haben - bei allen Schwierigkeiten, die eine Partei mit zu beurteilen hat und die sicherlich eine andere Bewertung erfahren müssen, als man das aus dem Blick von Gewerkschaften tun kann.

Egal wie das jetzt weitergeht - da gucke ich bewusst auch die Parteiführung an -, für eines will ich plädieren: Wir haben in den vergangenen Jahren, wie ich eben sagte, Schritte aufeinander zu getan, und wir sollten diese Schritte weitergehen. Das hat sich für euch und für uns gelohnt. Manchmal dauert es ein bisschen länger, manchmal muss man auch eine Zwischentappe einlegen, und manchmal muss man auch prüfen, ob wir auf dem richtigen Weg sind.

Ich ganz persönlich bin davon überzeugt, dass wenn wir wieder schreiten Seit' an Seit', dann zieht mit uns wirklich die neue Zeit, Genossinnen und Genossen. – Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Schwierige Zeiten liegen hinter uns, wir haben vieles auf den Weg gebracht und jetzt auch erreicht. Aber du hast auch deutlich gemacht, dass wir vieles auf dem gemeinsamen Weg noch vor uns haben. Du hast uns hier deutlich gemacht, was in den nächsten Wochen von uns erwartet werden kann, aber nicht nur in den nächsten Wochen, sondern auch mit einer Perspektive auf eine längere Zeit.

Wir brauchen die Gewerkschaften, wir brauchen die große Solidarität. Danke, Michael.

(BEIFALL)

FORTSETZUNG DER ANTRAGSBERATUNG ZUR ARBEITSMARKTPOLITIK

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Wir sind mitten in der Antragsberatung zum Thema Arbeitsmarktpolitik, zu der ich jetzt wieder zurückkomme. Nach dem Bereich Arbeitsmarktpolitik werden wir über das Thema Sozialpolitik reden.

Nun aber zu den Anträgen.

Bevor wir zu den einzelnen Anträgen kommen, gibt es eine Wortmeldung zur Generalausprache. – Bettina Hagedorn vom Landesverband Schleswig-Holstein hat das Wort.

Bettina Hagedorn, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich bei diesem für uns so wichtigen Thema der Arbeitsmarktpolitik zur Generaldebatte gemeldet, weil ich jenseits all der Anträge, die wir hier zu beraten und abzustimmen haben, noch einmal den Bogen zu den aktuellen Koalitionsverhandlungen und zu dem schlagen möchte, was wir gestern besprochen haben.

Ich will das deshalb ansprechen, weil ich von großer Sorge getragen bin, die ich hier nicht verhehlen kann. Ich bin seit elf Jahren im Haushaltsausschuss des Bundestages und habe dort die letzten vier Jahre das Ministerium für Arbeit und Soziales zu bearbeiten gehabt. Denen, die das nicht richtig mitbekommen haben, sage ich: Der Kahlschlag, den Schwarz-Gelb dort in den letzten vier Jahren gemacht hat, spottet jeder Beschreibung.

In der Summe wurden dort strukturell weit über 36 Milliarden Euro gekürzt. „Strukturell“ ist ein langweiliges und formales Wort, aber das ist ein wichtiges Wort. Strukturelle Kürzungen sind nämlich die, die unabhängig von der Konjunktur vorgenommen werden. Dies haben sie in einer guten konjunkturellen Lage getan. Das bedeutet nichts anderes, als dass man die Auswirkungen nicht sofort in dem entsprechenden Umfang gespürt hat. Aber auch für die Zukunft, wenn die Zeiten schwieriger werden, gilt: Dieses Geld ist weg.

Weil das so ist, haben wir unsere wirklich sehr guten Aussagen in unserem Wahlprogramm solide gegenfinanziert. Wir haben uns gemeinsam vorgenommen, in diesen wichtigen Bereich in Zukunft wieder mehr Geld zu investieren, und zwar das Geld, das wir durch Mehreinnahmen erhalten wollen.

Das gilt nicht nur für den Bereich Rente, der auch dazu gehört und sehr teuer ist, wenn wir dort wirklich etwas für die Menschen durchsetzen wollen, sondern das gilt vor allen Dingen auch für den Bereich der Arbeitsmarktpolitik; denn eine gute, armutsfeste Rente erzielt nur der, der wirklich gute Arbeit hat.

Um den vielen Langzeitarbeitslosen, die wir in unserem Land noch immer haben und auch bei guter Konjunktur hatten, wirklich eine Chance auf gut bezahlte Arbeit zu geben, müssen die Bundesagentur für Arbeit und vor allen Dingen auch die Jobcenter – und damit auch die Kommunen – richtig viel Geld in die Hand nehmen, weil Qualifizierung und Bildung richtig viel Geld kosten. Ich sage das hier mit allem Nachdruck.

(VEREINZELT BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, sollte es dazu kommen, dass wir in eine Koalition eintreten, dann werden die Menschen sicherlich skeptisch schauen, aber mit Hoffnung werden sie an uns die Erwartung stellen – auch Michael hat gerade in diese Richtung gesprochen –, dass wir insbesondere in diesem Bereich wirklich zu Veränderungen und zu Verbesserungen kommen, die bei den Menschen ankommen, die sie spüren.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, geht nicht ohne Geld. Es geht nicht ohne viel Geld. Weil das so ist, habe ich an uns alle eine Bitte. Neben den vielen Gradmessern zur Bewertung, ob wir einen guten oder einen schlechten Koalitionsvertrag haben werden, müssen wir eine weitere Messlatte anlegen. Wir müssen uns fra-

gen, wie viel Kraft die Union entgegen ihren Aussagen, keine Steuererhöhungen und keine Mehreinnahmen verabschieden zu wollen, hat. Angeblich haben wir ja genug Geld. Nein, das haben wir nicht.

Was wir an dieser Stelle mit der Union erreichen oder nicht erreichen können, muss für uns der Gradmesser dafür sein, ob wir es verantworten können, diesen Koalitionsvertrag abzuschließen.

Denn nur davon hängt es ab, ob wir wirklich eine gute Arbeits- und Sozialpolitik in den nächsten vier Jahren machen können. Das, liebe Genossinnen und Genossen, erwarten die Menschen von uns. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Bettina. - Damit komme ich jetzt zu den Anträgen Ar 1 bis Ar 22. Ihr könnt die Voten der Antragskommission im Antragsbuch nachlesen. Es gibt eine Änderung im Antrag Ar 15. Hier hat die Antragskommission ihr Votum dahin gehend geändert, dass der Antrag in den Parteivorstand überwiesen werden soll. Gibt es zu den Anträgen Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann können wir über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wird dem so gefolgt.

Nun gibt es eine Wortmeldung von Klaus Barthel zu den Anträgen Ar 23 bis Ar 26.

Klaus Barthel, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Kampf für die Arbeitnehmerrechte geht weiter, diesmal im kirchlichen Bereich. Da gibt es vier Anträge - Ar 23, Berlin, Ar 24, Rheinisch-Bergischer Kreis, und zweimal Afa-Bundeskongress -, bei denen es heißt „Erledigt durch Beschluss des Parteikonvents“. Großenteils ist es tatsächlich erledigt durch den Parteikonvent, und wir sind auch sehr dankbar dafür und sehr froh darüber.

Ich denke, es lohnt sich aber, noch einmal die Aktualität dieser Auseinandersetzung deutlich zu machen. Wir erleben zum Beispiel jetzt, dass in der Evangelischen Kirche beschlossen worden ist, dass es Streikrechte für kirchlich Beschäftigte weiterhin nicht geben soll. Wir müssen hier konsequent eine Auseinandersetzung führen. Das hat der Parteikonvent für den Tarifbereich sinngemäß auch so beschlossen.

Was damals herausgefallen ist und was wir sehr bedauert haben, ist die Frage der Geltung des Betriebsverfassungsgesetzes und der Mitbestimmung in kirchlichen Einrichtungen. Genau das enthalten diese Anträge. Deswegen wäre mein dringendes Anliegen, diese Anträge nicht für erledigt zu erklären. Außerdem kann es nicht schaden, wenn sich ein Bundesparteitag da positioniert, weil er das höchste Beschlussgremium ist.

Außerdem ist es doch so: Wenn wir es damit wirklich ernst meinen, dass soziale Berufe, pflegerische Berufe, Gesundheitsberufe und alles, was zu diesem Bereich dazugehört, endlich aufgewertet werden sollen, auch hinsichtlich des Stellenwertes, dann können wir es nicht zulassen, dass es bei der betrieblichen Situation, bei der Mitbestimmung, bei der Betriebsverfassung, im Koalitionsrecht und im Streikrecht Zweite- und Dritte-Klasse-Beschäftigte in diesen Bereichen gibt. Deswegen müssen wir für den größten Bereich der Beschäftigung, nämlich die Kirchen, gleiche Bedingungen für alle schaffen. Ich würde mich freuen, wenn ihr entsprechend abstimmen würdet und das nicht für erledigt erklären würdet.

(BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Für die Antragskommission Elke Ferner.

Elke Ferner, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Parteikonvent hat dazu einen Beschluss gefasst. Dieser Beschluss beruht auf einer langen Diskussion mit den Beteiligten. Für die Fraktion haben das damals Kerstin Griese und Ottmar Schreiner übernommen. Man hat sich dann darauf verständigt, dass die Frage des Streikrechts anders geregelt wird, als das jetzt von Klaus vorgetragen worden ist.

Ich finde, man sollte einen solchen feinziselierten Kompromiss nicht ohne große Debatte auf diesem Parteitag aufmachen. Ich finde, wir sollten bei dem Votum „Erledigt durch Beschluss des Parteikonvents“ bleiben. Aber wir sollten vielleicht im Parteivorstand über das Thema Streikrecht noch einmal ausgiebig diskutieren. Ich glaube, es macht keinen Sinn, das zu diesem Zeitpunkt zu entscheiden, nachdem vorher wirklich viele Genossinnen und Genossen gemeinsam mit den Kirchen und mit den Gewerkschaften viel Zeit investiert haben, um diesen Kompromiss, der dann vom Parteikonvent beschlossen worden ist, auszuhandeln.

Ich bleibe also für die Antragskommission bei dem Votum „Erledigt durch Beschluss des Parteikonvents“.

(VEREINZELT BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Ihr habt das Votum gehört. Ich bitte nun um das Kartenzeichen zum Votum der Antragskommission. Wer zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Wer spricht sich dagegen aus? - Die Enthaltungen? - Wir würden das wiederholen. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Die Enthaltungen? - Das Erste war knapp die Mehrheit.

(WIDERSPRUCH - ZURUFE)

- Gut, dann zählen wir jetzt noch einmal aus.

(VEREINZELT BEIFALL)

Das heißt, ich wiederhole die Abstimmung noch einmal. Einen kleinen Moment; die Auszählerinnen und Auszähler müssen sich noch positionieren. - Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. -

(ZURUF)

- Wir sind mitten in der Abstimmung.

(ERNEUTER ZURUF)

Jetzt bitte ich diejenigen, die das Votum ablehnen, um das Kartenzeichen. - Und die Enthaltungen, bitte. - Wir brauchen jetzt ein paar Sekunden zum Auszählen, dann wird das Ergebnis bekannt gegeben.

Das Ergebnis der Auszählung liegt jetzt vor. Es geht um das Votum der Antragskommission zu den vier Anträgen. Mit Ja gestimmt haben 129, 171 mit Nein und fünf Enthaltungen. Damit ist das Votum abgelehnt.

(BEIFALL)

Damit rufen wir jetzt die Anträge noch einmal einzeln zur Abstimmung auf.

Ich rufe den Antrag A 23 auf. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Der Antrag ist somit angenommen.

Ich rufe den Antrag A 24 auf. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist auch dieser Antrag angenommen.

Ich rufe den Antrag A 25 auf. Dazu gibt es eine Wortmeldung, wenn ich es richtig sehe. Kerstin Griese, bitte!

Kerstin Griese, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, ich will wenigstens ein paar inhaltliche Dinge zu der Abstimmung sagen, denn es ist tatsächlich ein Thema, das eine ausführliche Debatte lohnt, das hier aber ein bisschen schnell am Rande behandelt wird.

Elke Ferner hat es schon gesagt: Wir haben uns in der SPD-Bundestagsfraktion und auch in der SPD insgesamt sehr kritisch mit dem kirchlichen Arbeitsrecht beschäftigt. Ich weiß nicht, ob es alle wissen: Es gibt in den Kirchen den sogenannten dritten Weg der Lohnfindung, zu unterschieden vom zweiten Weg der Tarifverträge. Es gab dazu viele öffentliche Debatten. Ich glaube, die gab es auch zu Recht, weil es Missstände bei kirchlichen Arbeitgebern gab, weil es Outsourcing und Leiharbeit gab.

Wir haben in diesen Debatten eigentlich zwei Dinge festgestellt. Das Erste ist: Viele der Probleme, die es in der Sozial- und Gesundheitsbranche gibt, sind Probleme, die ein AWO-Träger genauso wie ein Diakonie- oder Caritasträger hat. Das sind nämlich Probleme der Refinanzierung der sozialen Arbeit, der Gesundheits- und der Pflegearbeit. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir eine Lösung dafür finden - das ist auch politisch unsere Aufgabe -, dass soziale und pflegerische Arbeit und Jugendhilfearbeit besser anerkannt wird, besser bezahlt wird und besser refinanziert wird. Es ist auch unser Job, als Politik dafür zu sorgen. Dafür müssen wir uns damit beschäftigen, wie es in den Sozialgesetzbüchern refinanziert wird, dass anständige Löhne nach dem Sozialgesetzbuch auch als wirtschaftlich gelten.

Ottmar Schreiner und ich - Elke Ferner hat es gesagt - haben im Zuge dieser langen Debatten mit vielen in dem Bereich gesprochen und haben die Idee entwickelt, dass es am besten wäre, wenn man am Ende zu einem allgemeinverbindlichen Branchentarif käme, damit dieser Wettbewerb um den geringsten Lohn endlich aufhört und damit es einen Wettbewerb um die Qualität gibt, und nicht darum, wer die Leute am schlechtesten bezahlt.

(BEIFALL)

Das ist sozusagen die politische Aufgabe aus dieser Debatte, denn das ist das, was wir als Politik tun müssen. Wir haben Mitte der 90er-Jahre mit der Pflegeversicherung einen wirtschaftlichen Wettbewerb in dieser Branche eingeführt, und dieser wirtschaftliche Wettbewerb hat dazu geführt, dass der Faktor, an dem man am meisten spart, nun mal der Faktor Arbeit ist. Deshalb ist dieser Druck in dieser Branche so groß. Das werden alle von euch wissen, die sich ehrenamtlich in einer AWO-Kita, bei der Caritas, bei der Diakonie, beim Paritätischen, bei allen diesen Trägern engagieren. Das tun ja zum Glück viele in der SPD. Deshalb ist das eine ganz grundsätzliche Frage, mit der wir uns politisch beschäftigen müssen.

Es gibt aber auch die zweite Schiene: Was hat sich arbeitsrechtlich getan? Da sind die Positionen der SPD natürlich ganz klar: Wir stehen auf der Seite der Mitarbeitenden. Wir wollen, dass ihre Rechte gestärkt werden. Es gab Auseinandersetzungen und auch in kirchlichen Einrichtungen Streiks. Es gab ein in diesem Zusammenhang sehr wichtiges Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 20. November 2012. Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt hat nämlich gesagt, der sogenannte dritte Weg, dass kirchliche Arbeitsrecht, ist legal, ist in Ordnung, wenn bestimmte Bedingungen eingehalten werden. Wir befinden uns gerade in der Phase, dass diese Bedingungen umgesetzt werden müssen. Wenn die nicht umgesetzt werden, kann man selbstverständlich streiken. Dazu gehört, dass die Gewerkschaften strukturell beteiligt werden, dazu gehört, dass man sich an abgeschlossene Verträge verbindlich hält, und dazu gehört eine unabhängige Schlichtung.

Wir haben am letzten Wochenende einen ganz interessanten Schritt gehabt; Klaus Barthel hat es angesprochen. Ich interpretiere es ein bisschen anders. Die evangelische Kirche hat am Wochenende zum ersten Mal beschlossen, dass Tarifverträge im zweiten Weg und die Tariffindung im dritten Weg gleichermaßen gelten. Es ist ein neuer Schritt, dass Tarifverträge, die mit den Gewerkschaften geschlossen werden, gleichermaßen ihre Bedeutung haben, Das ist guter Schritt, finde ich. Jetzt geht es darum, wie es weiter ausgestaltet wird.

Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich dazu rate, diese Debatte gründlich und in Ruhe zu führen und auch das Bundesarbeitsgerichtsurteil zur Kenntnis zu nehmen; denn einfach zu sagen, der dritte Weg gehört abgeschafft und muss aufgehoben werden, das geht nun mal nicht so einfach. Dafür muss man das Grundgesetz ändern.

Was wir aber politisch tun können und müssen, ist, selbstverständlich auch mit den Kirchen zu diskutieren. Ich tue das selber. Ich habe gerade auf der Synode der evangelischen Kirche dafür gesprochen, dass ich zum Beispiel das Streikverbot für unsinnig halte. - Klaus, keine Sorge, da bin ich sogar mit dir einer Meinung. Aber man kann das nicht vom SPD-Parteitag aus beschließen, sondern es muss ein Weg sein, wo tatsächlich eine Entwicklung stattfindet, wie wir die Mitarbeiterrechte stärken können, welche Bedingungen dort in den kirchlichen Einrichtungen genauso wie in den anderen sozialen Einrichtungen herrschen.

Deshalb mahne ich ein bisschen zur Vorsicht an der Bahnsteigkante, jetzt das alles mal eben so zu beschließen. Ich rate dazu, das nicht zu tun, sondern zu sagen, lasst und den Parteikonventsbeschluss nehmen. In diesem Parteikonventsbeschluss steht eindeutig, dass für uns als SPD die Rechte der abhängig Beschäftigten unteilbar sind und dass deshalb selbstverständlich auch das Streikrecht überall gelten muss. Mit diesem Parteikonventsbeschluss sind wir auch in die Gespräche mit den Kirchen gegangen. Ihr könnt mir glauben: Die verstehen es, dass das Streikrecht für uns ein so wichtiges, hohes Gut ist.

Aber es geht dabei eben auch noch um viel mehr. Es geht auch darum, dass wir als Politiker unsere Hausaufgaben machen, in der sozialen Gesundheitsbranche dafür zu sorgen, dass endlich bessere Löhne möglich, dass endlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestärkt werden und dass diese Berufe besser anerkannt werden. Das gehört alles zusammen. Deshalb wäre mein Vorschlag, dass man lieber mal in Ruhe eine Debatte dazu führt - auch mit Beteiligten -, als jetzt einfach schnelle Beschlüsse zu fassen. Ich rate auch dazu, sich den Parteikonventsbeschluss noch einmal anzusehen, denn er umfasst alle diese Probleme. Es ist übrigens wörtlich ein Beschluss des AFA-Bundeskongresses, den Ottmar Schreiner noch in die Wege geleitet hat. Insofern haben wir da eine gute Beschlusslage, die ich auch für ausreichend halte.

Ich kann euch versichern, dass wir - ich bin oft in Gesprächen mit den Kirchen - dabei sind, dort immer wieder mehr Reform anzumahnen und immer wieder zu sagen, das Bundesarbeitsgerichtsurteil muss umgesetzt werden. Aber wir müssen auch weitergehen. Wir brauchen bessere Bedingungen in der Sozialbranche, und wir wollen, dass ihr die Mitarbeiter anständig beteiligt. Wir wollen, dass sie die gleichen Rechte haben wie auch im zweiten Weg. In diese Richtung gehen unsere Diskussionen, die wir mit vielen Beteiligten führen.

In diesem Sinne halte ich schnelle Beschlüsse, dass alles abgeschafft werden muss, für problematisch. Das wollte ich wenigstens noch einmal erklären, bevor wir am Rande auf einem Parteitag einfach schnell darüber beschließen. Ich hoffe, ich konnte vermitteln, dass wir uns damit ein bisschen grundsätzlicher beschäftigen müssen, und bitte deshalb um Unterstützung, dass die Anträge gerne vertagt werden können, gerne überwiesen werden können, gerne weiterdiskutiert werden können. Aber sie jetzt ohne jede gründliche Diskussion anzunehmen, dabei ist mir ein bisschen unwohl. - Danke schön.

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. - Als Nächstes hat Olaf Scholz das Wort.

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe als Arbeitsrechtler gearbeitet und mich darin als Anwalt betätigt. Ich habe mich als Arbeitsminister um die Fragen gekümmert, die hier eine Rolle spielen. Deshalb weiß ich um den Unterschied zwischen dem, was wir selbst für richtig halten, und dem, was uns die Verfassung für Handlungsmöglichkeiten nachlässt. Nur um diesen Punkt geht es letztendlich.

Ja, selbstverständlich: Wenn es völlig klar wäre, dass der deutsche Gesetzgeber die Freiheit hätte, zu bestimmen, wie die Selbstorganisation der Kirchen stattfände, dann würde er längst beschlossen haben, das Betriebsverfassungsgesetz gilt für die Kirchen. Er würde beschlossen haben, dass es keine Einschränkung hinsichtlich des Streikrechts für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt. Aber es gibt eine Verfassungslage, die das weitgehend in das Selbstorganisationsrecht der Kirchen stellt.

Diese Verfassungslage hat - das will ich ausdrücklich sagen; deshalb ist es auch völlig berechtigt, dass sich alle so viele Gedanken und Sorgen darüber machen - zu richtig vielen Missständen geführt. Da ist es dann auch so weit gegangen, dass jemand behauptet, zu einer kirchlichen Einrichtung zu gehören, weil da irgendetwas geleuchtet hat, und daraus dann für sich abgeleitet hat, dass all die Bestimmungen, die ansonsten für Arbeitnehmer gelten - etwa im Betriebsverfassungsgesetz oder was das Streikrecht oder Tarifverträge betrifft - nicht gelten.

Wie kompliziert das ist, habe ich gemerkt, als ich versucht habe, die rechtliche Grundlage für einen Mindestlohn in der Pflege zu schaffen. Wegen dieser verfassungsrechtlichen Besonderheit mussten wir dafür Sorge tragen, dass eine Kommission den Beschluss fasst, weil wir sonst die Mehrheit der Arbeitnehmer, die entweder Tarifverträge usw. gebunden sind, nicht zusammenbekommen hätten, die notwendig war, um dieses Gesetz mehrheitsfähig zu machen.

Darum finde ich, dass Reformbedarf angesagt ist. Darüber sind wir uns alle einig. Wie sehr wir uns einig sind, sieht man daran, dass der übernächste Antrag, den wir beschließen sollen ich glaube, es ist A 26, praktisch identisch ist mit dem Beschluss, den wir im Konvent schon zu diesem Thema gefasst haben, abgesehen, dass dort an einer Stelle die Worte „kirchliche Mitarbeitervertretung“ durch „Betriebsrat“ ersetzt worden sind. Das ist natürlich ein Unterschied. Die Frage, die viele von uns umtreibt, ist, ob wir ob wir die gesetzliche Handlungskompetenz haben, um das einfach zu bestimmen. Daran gibt es erhebliche Zweifel.

Deshalb besteht der Wunsch, dass wir jetzt nicht einfach etwas beschließen, wo wir hinterher möglicherweise feststellen, dass wir das gar nicht tun können, weil es diese Grenze gibt, wo wir aber gleichzeitig das Maximale erreichen müssen. Denn das will ich ausdrücklich sagen: Aus meiner Perspektive haben diejenigen Kirchen Recht wie zum Beispiele die evangelische Kirche im Norden Deutschlands, die Tarifverträge für ihre Mitarbeiter abgeschlossen haben. Niemand ist daran gehindert, das zu tun. Der Wunsch, den ich jedenfalls habe, ist, dass das auch zur Realität der kirchlichen Arbeitsverhältnisse wird, weil es nämlich sehr wohl das bessere und geeignetere Instrument ist. Die Frage ist, ob wir das von Gesetzes wegen erzwingen können. Das werden wir vielleicht nicht per Parteitagsbeschluss klären können, weil es eben eine doch zu rechtliche Frage ist. Darum wäre es vielleicht doch sinnvoll, dem Rat von Kerstin zu folgen und es noch einmal zu diskutieren. Wenn es denn anders beschlossen wird, geht die Welt nicht unter. Aber die Handlungsmöglichkeiten, sich über die Verfassung hinwegzusetzen, sind nicht nur für den SPD-Parteitag, sondern auch für den Deutschen Bundestag relativ begrenzt.

(ZURUF)

- Ich bin damit einverstanden, es dorthin zu packen, wo man es noch einmal sorgfältig diskutieren möchte. Wenn der Wunsch besteht, dass es im Parteivorstand sein soll, ist es der richtige Ort. Ich will niemandem gewissermaßen das falsche Gremium nahelegen, aber das wäre zum Beispiel ein Ort, das zu diskutieren. Dann werden wir ja sehen, wie es vor sich geht. Es hat ja doch Gründe gegeben, warum zum Beispiel Ottmar Schreiner in dieser Frage so votiert hat, wie es die Antragskommission und der Konvent schon einmal gemacht haben: Weil er nämlich diese Beschränkung kannte. Deshalb glaube ich, dass wir klug beraten sind, uns gut zu überlegen, was wir tun.

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. - Zum Ar 25 hat sich jetzt Sebastian Roloff gemeldet.

Sebastian Roloff, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen, zwei kurze Anmerkungen von mir zu dem Thema. Ich wundere mich ein bisschen über den Debattenverlauf. Ich finde es immer ein bisschen schwierig, wenn man Anträge im Vorfeld von Parteitag stellt, die allen Delegierten Wochen vorher zur Verfügung stehen, die diskutiert werden, die rückgekoppelt werden können, und dann stellt man sich auf dem Parteitag hin und sagt: Das Thema ist vielleicht zu komplex. Wir können es jetzt doch nicht entscheiden. Wir müssen es doch noch mal woanders hin überweisen.

(BEIFALL)

Der Parteitag ist der Ort für Debatten. Wo, wenn nicht hier? Deswegen finde ich schon, dass das Argument, das sei jetzt alles zu schwierig oder so, nur bedingt trägt. Deswegen finde ich, dass wir es hier diskutieren und entscheiden sollten. Der Partei stehen ja eher mehr als weniger Diskussionen besser an.

Der Punkt ist Folgender: Natürlich ist eine Frage, wie man es mit dem Verfassungsrecht in Einklang bringt. Es wird auch die Frage sein, ob man die Verfassung dazu ändert. Wir steuern ja, flapsig formuliert, auf eine große Koalition zu. Deswegen spricht überhaupt nichts dagegen, dass der SPD-Bundesparteitag - wenn er das möchte - die politische Willenserklärung abgibt, dass man das so will. Wie man es dann umsetzt, kann man sich überlegen.

(BEIFALL)

Ich bin schon mal froh, dass wir uns darüber einig sind, dass Beschäftigtenrechte unteilbar sind, zum Beispiel auch in Tendenzbetrieben und in Kirchen. Das ist schön. Das muss aber mehr sein als ein Lippenbekenntnis. Deswegen spricht aus meiner Sicht, wie gesagt, gar nichts dagegen, das jetzt zu beschließen, ganz

im Gegenteil: Wir sollten es tun und sollten es nicht überweisen. Wir können gerne auch noch ein bisschen diskutieren, sollten aber so entscheiden, wie es der Antragsteller möchte. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Als Nächster spricht Christian Bernzen.

Christian Bernzen, Hamburg: Genossinnen und Genossen, es geht an dieser Stelle ja um sehr viele Beschäftigte. Die meisten von ihnen sind im Bereich der sozialen Arbeit tätig; das haben wir schon gehört. Wer in diesem Bereich bessere Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möchte und wer in Sonderheit mehr Entgelt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möchte nebenbei gesagt: es steht dringend an, die Entgelte zu erhöhen -, der muss auch sagen, wer das bezahlen soll. Bezahlen werden es Kommunen und andere Sozialleistungsträger. Ich bin sehr dafür, dass das so kommt. Ich bin auch dafür, dass die Kommunen so handlungsfähig sind, dass sie das bezahlen können. Aber die Realität der Verhandlungen mit den Kommunen und mit den anderen Sozialleistungsträgern über die Entgelte in dem Bereich ist, dass die Frage, die auch sozialdemokratisch regierte Kommunen regelmäßig an die Leistungsanbieter stellen, lautet: Warum bezahlt ihr den Beschäftigten dort so viel? Könnt ihr nicht geringer qualifizierte Beschäftigte einsetzen? Könnt ihr nicht überhaupt weniger Beschäftigte einsetzen? Dann wird über Fallzahlen und Kostenbegrenzungen im Bereich der Eingliederungshilfe gesprochen. Dann wird über Fallzahlexplosionen in der Jugendhilfe gesprochen und über die begrenzte Leistungsfähigkeit der Kommunen.

Wenn wir diese Themen richtig besprechen, dann gehört dazu, dass wir sagen: Ja, wir wollen, dass die Kommunen, dass die anderen Sozialleistungsträger, dass die Pflegekassen ernsthaft mehr Geld einsetzen, und wir wissen auch, wo das Geld herkommt. Solange wir das nicht machen, korrigieren wir mehr im kosmetischen Bereich. Denn den Menschen in den Einrichtungen ist es nicht ganz so wichtig, auf welche Weise sie zu mehr Geld und besseren Arbeitsbedingungen kommen. Aber sie verdienen, dass sie bessere Arbeitsbedingungen bekommen. Wenn wir dafür etwas tun wollen, dann sollten wir sagen: Ja, wir wollen mehr Geld in diesem Bereich investieren. Wer das nicht möchte, braucht auch diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. – Klaus Barthel.

Klaus Barthel, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir sind ja bei der Debatte über diese Anträge nicht mehr bei null. Vielleicht sollten wir nicht vergessen, dass wir schon ein Stück vorangekommen sind.

Ich will mich zunächst bei allen bedanken, die an dem Beschluss des Parteikonvents mitgearbeitet haben, zum Beispiel bei Olaf, bei Kerstin Griese, bei Elke Ferner. Da sind wir wirklich ein gutes Stück vorangekommen. Die Bedenken der Finanzierbarkeit, die der Genosse vor mir angesprochen hat, und die Ursachen dieser Dumpingprozesse – einschließlich im kirchlichen Bereich – haben wir jetzt beschrieben. Das war auch Grundlage des Antrages der AfA-Bundeskonferenz.

Ein Punkt allerdings war nicht enthalten, nämlich der mit der Betriebsverfassung. Olaf, du hast schon recht: Natürlich ist das verfassungsrechtlich umstritten. Aber das mit den Tarifen und mit dem Streikrecht und mit dem Zugang der Gewerkschaften ist verfassungsrechtlich auch umstritten. Es ging uns einfach darum: Wie positioniert sich die Sozialdemokratische Partei in diesem Streit?

(BEIFALL)

Ich denke, man kann keine Unterschiede machen zwischen dem einen Themenbereich und dem anderen: Wenn wir sonst ständig die betriebliche Mitbestimmung und das Betriebsverfassungsgesetz beschwören und als Kernbestandteil unserer sozialen Demokratie beschreiben, dann können wir einen derart großen Bereich nicht herauslassen.

Lasst mich noch etwas zur Antragslage sagen. Ich hätte mir das auch anders gewünscht. Jetzt müssen wir über vier gleichgerichtete Anträge, die sich nur in Nuancen unterscheiden, entscheiden. Aber wir mussten ja erst einmal aus dem Votum der Antragskommission rauskommen. Jetzt, Kerstin, hatten wir schon den Ar 23 und den Ar 24 hier positiv beschlossen; davon kommen wir nicht runter. Deswegen würde ich dafür plädieren, auch noch die beiden AfA-Anträge Ar 25 und Ar 26 – gerade weil sie die Problematik differenzierter darstellen – anzunehmen, um dann sagen zu können: Wir haben ein bisschen ein Durcheinander, aber der Wille des Parteitages ist klar. Es wäre dann die Aufgabe des Parteivorstands, aus dieser Willensbildung des Parteitages eine vernünftige Formulierung zu bauen, die wasserdicht und hieb- und stichfest ist. Aber zuerst muss der Parteitag politisch entscheiden: Will er den einen Bereich herausnehmen oder nicht? Darüber können wir jetzt abstimmen. Deswegen nehmt bitte die Anträge Ar 25 und Ar 26 auch noch an, und dann machen wir gemeinsam etwas Vernünftiges daraus. - Vielen Dank.

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Es spricht Gerhard Zorn aus Nordrhein-Westfalen.

Gerhard Zorn, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen! Wir sind heute nicht hier, um das Recht auszulegen und um auszuloten, was uns die Verfassung ermöglicht, sondern wir sind hier, um darüber zu diskutieren, was wir politisch wollen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Deswegen will ich an dieser Stelle feststellen: Wenn etwas verfassungsrechtlich problematisch ist, dann muss man – sofern man die Mehrheiten dafür findet – die Verfassung ändern. Das ist ein Teil dieses Antrages. Natürlich wird es schwierig, dafür Mehrheiten zu finden. Aber das kann die Entscheidung dieses Parteitages ja nicht beeinflussen. Wir müssen nicht beschließen, was nach derzeitiger Rechtslage verfassungsrechtlich geht, sondern wir müssen beschließen, was wir politisch wollen. Dabei kann die Frage, was heute in der Verfassung steht, nicht unser Maßstab sein. Deswegen plädiere auch ich dafür, diesem Antrag zuzustimmen. Denn damit wird die Verfassungslage geklärt und damit auch deutlich, dass man im Zweifel Mehrheiten für eine Verfassungsänderung suchen muss. Nur wenn man sie nicht findet, muss man sich im Rahmen der geltenden Verfassung bewegen.

Der zweite Punkt: Das Bundesarbeitsgericht hat ja nicht entschieden, dass die derzeitige Rechtslage so bleiben muss. Es hat nur gesagt, dass das, was im Augenblick gilt, unter bestimmten Bedingungen möglich ist. Insofern ist auch das keine Vorgabe.

Und der dritte Punkt: Stellt euch einmal vor, wir würden allgemein über den Mindestlohn reden und da stünde dann drin, der Mindestlohn gilt immer, außer die Kommunen müssen bezahlen. Wir können doch bei den Arbeitnehmerrechten nicht darüber reden, was die Kommunen bezahlen müssen. Wenn die Kommunen zu wenig Geld haben, dann brauchen die Kommunen mehr Geld. Das fordern wir in unserem Programm ja auch.

(BEIFALL)

Deswegen muss der Schritt heißen: Ja, diejenigen, die in kirchlichen Einrichtungen arbeiten, brauchen mehr Geld in ihrer Tasche, und die Kommunen brauchen mehr Geld, um das zu bezahlen. Das sollten wir heute auch beschließen, Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. – Wir machen eine kurze Pause, die Antragskommission berät noch einmal.

(ZURUFE: ABSTIMMEN!)

- So einfach ist das mit dem Abstimmen nicht. Denn die Anträge sind vielleicht nicht nur in Nuancen unterschiedlich, sondern können sich zum Teil widersprechen. Da macht es durchaus Sinn, das noch einmal zu klären. – Noch einmal Klaus.

Klaus Barthel, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ging jetzt nur noch mal darum, welcher der beiden Anträge des AfA-Bundeskongresses, Ar 25 oder Ar 26, jetzt genommen werden soll. Ich würde dafür plädieren, dass wir den Antrag Ar 25 zurückziehen. Der Antrag Ar 26 ist weitgehend kongruent mit dem Beschluss des Konvents, mit Ausnahme der Erwähnung der Betriebsverfassung am Ende. Wir wären damit einverstanden, wenn dieser jetzt angenommen würde.

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Der Antrag Ar 25 ist zurückgezogen. Wir stimmen jetzt über den Antrag Ar 26 ab. Wer für den Antrag Ar 26 ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag Ar 26 angenommen.

(BEIFALL)

Zu den Anträgen Ar 27 bis Ar 31 liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wir folgen auch hier dem Votum der Antragskommission. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist das so.

Wir sind beim Ar 32. Norbert Fabian hat um das Wort gebeten.

Norbert Fabian, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben das Thema, um das es hier geht, schon auf dem Berliner Parteitag diskutiert. Ich freue mich, dass dies auch im Regierungsprogramm aufgegriffen worden ist, denke aber, dass der Antrag in der praktischen Durchführung etwas über das hinausgeht, was im Regierungsprogramm drinsteht.

Es würde von daher Sinn machen, den Antrag noch einmal an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Das hat übrigens schon der NRW-Landesparteitag getan. Aber das sollte als Bekräftigung noch einmal geschehen. Soweit wir in einer möglichen Großen Koalition das Arbeitsministerium stellen sollten, denke ich, wäre auch eine Überweisung an ein sozialdemokratisch geführtes Arbeitsministerium sinnvoll, wenn das denn technisch möglich ist.

Ich will kurz noch drei Punkte nennen, damit deutlich wird, worum es dabei geht. Es geht zum einen um präventive Arbeitsmarktpolitik. Es geht zweitens um Brücken in reguläre Beschäftigung, eine Formulierung,

wie sie Hubertus Heil schon einmal gebracht hat, also auch um Wirtschaftspolitik. Drittens geht es um eine zweite Chance, wenn man so will, auch um eine Philosophie der zweiten Chance in den Arbeitsmarkt. Das hat Andrea jetzt für junge Arbeitslose und junge Auszubildende ihrerseits eingefordert. Aber ich denke, wir sollten es für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausdrücklich einfordern.

Es muss deutlich werden: Es geht uns bei der Arbeitsmarktpolitik nicht darum, wie zeitweilig der Eindruck verbreitet worden ist, Leute in Hartz IV oder ALG II hineinzudrücken, sondern es geht darum zu verhindern, dass sie dahin abrutschen, und dann dafür zu sorgen, dass Arbeitslosigkeit - auch das ALG II - keine Einbahnstraße ist, sondern dass wir Menschen da durch entsprechende Maßnahmen heraushelfen wollen, die wir hier aufführen, die auch einige meiner VorrednerInnen bereits angesprochen haben.

Es geht auch hier um Regionalpolitik. Es geht um ein regionales Problem auf dem Arbeitsmarkt, das wir in Nordrhein-Westfalen, speziell im Ruhrgebiet, und hier in Ostdeutschland gemeinsam haben. Es ist übrigens in den Koalitionsverhandlungen vorgesehen, die Regionalförderung, die Gemeinschaftsaufgabe, neu zu gestalten. Da kann man das auch einbringen. Von daher macht es Sinn, noch einmal auf dieses Anliegen des Antrages hinzuweisen. Das verbinde ich mit der Bitte, wenn die Antragskommission es übernehmen könnte, es noch einmal an die Bundestagsfraktion und auch an ein mögliches zukünftig sozialdemokratisch geführtes Arbeitsministerium zu überweisen.

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. - Elke Ferner für die Antragskommission.

Elke Ferner, Antragskommission: Das können wir gerne machen, dass wir es noch einmal in die Bundestagsfraktion überweisen. Und du gibst uns noch einmal die konkreten Hinweise, wo euer Antrag über das Regierungsprogramm hinausgeht.

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Okay. Die Antragskommission übernimmt das. Wer dem Votum folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen dann zu den Anträgen Ar 33 bis 40. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor, sodass wir über das Votum der Antragskommission abstimmen können.

Wer dem folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann sind auch diese angenommen.

Wir kommen zum Ar 41. Dazu liegt eine Wortmeldung von Mathias Stein aus Schleswig-Holstein vor.

Mathias Stein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Dieser Antrag ist überschrieben: „Scheingewerkschaften dürfen echte Tarifabschlüsse nicht gefährden!“ - Aber es taucht dann plötzlich eine Forderung auf, die da lautet, dass überall in den Betrieben die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zu veröffentlichen sind. Das ist dann als Instrument dafür gedacht, Scheingewerkschaften zu verhindern.

Ich komme aus dem öffentlichen Dienst und weiß, dass man leider auch bei DGB-Gewerkschaften nicht immer den riesigen Organisationsgrad hat. Ich weiß, dass es oft sehr schwer ist, Tarifkonflikte zu führen. Ich glaube, dass diese Forderung Gewerkschaften nicht stärkt, sondern Gewerkschaften schwächt. Meine Bitte ist, den Antrag in dieser Form, so mit dieser Forderung abzulehnen, oder aber eben zu gucken, ob dann im

Gewerkschaftsrat eine Diskussion dazu zustande kommt, wie man es schafft, als Sozialdemokraten gesetzliche Lösungen anzubieten, dass Gewerkschaftsrechte wirklich gestärkt werden. Aber ich glaube nicht, dass wir mit einer Veröffentlichung von Mitgliedszahlen von Betrieb zu Betrieb den Gewerkschaften wirklich helfen. - Danke schön.

Martin Dulig, Parteitagepräsident: Elke!

Elke Ferner, Antragskommission: Die Antragskommission hat Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Das heißt ja nicht, dass es angenommen wird. Wir werden uns noch einmal damit befassen. Das, was du jetzt als Argument gebracht hast, ist sicherlich eines, was da auch gewogen werden wird. Insofern würde ich für die Antragskommission bei dem Überweisungsvorschlag bleiben. Klar ist: In der Sache haben wir damit nicht darüber abgestimmt.

Martin Dulig, Parteitagepräsident: Vielen Dank. - Dann frage ich, wer dem Votum der Antragskommission so folgt. Bitte Kartenzeichen! - Gegenstimmen? - Das Erste war die Mehrheit. So ist dem Votum gefolgt.

Ich rufe jetzt die Anträge Ar 42 bis 49 auf. Hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Deshalb bitte ich diejenigen, die dem Votum der Antragskommission folgen, jetzt um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das beschlossen.

Zum Antrag Ar 50 liegen zurzeit zwei Wortmeldungen vor. Es spricht Simon Rottloff von Hessen-Süd.

Simon Rottloff, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Gute Arbeit, Stärkung der Mitbestimmung, Anerkennung tarifvertraglicher Regelungen, das ist eigentlich das, wofür wir Sozialdemokraten stehen. Das ist das, wofür wir Sozialdemokraten auch im Bundestagswahlkampf in diesem Jahr angetreten sind.

Jetzt steht in dem Beschlussvorschlag aber drin: erledigt durch Annahme auf dem Bundesparteitag 2011. - Wenn die Informationen, die zu diesem Antrag im Vorfeld verschickt worden sind, stimmen, dann ist er mitnichten erledigt; denn in der Bundestagsfraktion sind gerade einmal 30 Prozent Mitglied dieser Tarifkommission bzw. dieser Arbeitsgemeinschaft. Im Europaparlament ist es - ebenso wie in den Landesverbänden, in den Landtagen niemand.

Wenn wir aber für eine politische Forderung stehen, wenn wir dafür stehen, dass wir Mitbestimmung stärken wollen, dann müssen gerade wir Sozialdemokraten eine Signalwirkung erzeugen, nämlich dass wir auch dazu stehen. Dazu gehört, dass unsere Abgeordneten ebenfalls Mitglied dieser Arbeitgebervereinigung werden, damit wir unseren Mitarbeitern in den Parlamenten auch die Möglichkeit einer rechtlich anerkannten Mitbestimmungsorganisation geben.

Aus diesem Grund bitte ich euch dringlich, der Empfehlung der Antragskommission an dieser Stelle nicht zu folgen, sondern diesen Antrag neu zu beschließen, damit für das neu zusammengesetzte Parlament, also für die SPD-Bundestagsabgeordneten, aber auch im Hinblick auf die Wahl zum Europaparlament noch einmal ein Signal gegeben wird. Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt? Wir haben eine Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land. Da müssen wir mit gutem Beispiel vorangehen. - Danke.

(BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Dann hören wir der Antragskommission erst einmal zu. Liebe Elke, was sagst du dazu?

Elke Ferner, Antragskommission: Ich gebe dir als langjähriges Mitglied der Tarifgemeinschaft der Abgeordneten im Deutschen Bundestag recht: Wir sollten das eigentlich alle vier Jahre, wenn wir eine neue Fraktion haben, wieder beschließen, weil natürlich die neuen Kolleginnen und Kollegen nicht unbedingt um die Beschlusslage der Partei wissen. Insofern würde ich jetzt für die Antragskommission auf Annahme plädieren.

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Eckart Kuhlwein, bitte!

Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein: Genossinnen und Genossen, mit der Tarifgemeinschaft ist es so wie mit dem demokratischen Sozialismus: Es ist eine dauernde Aufgabe. Insofern finde ich es gut, dass Elke sich für eine Annahme ausgesprochen hat. Aber ich will es noch ein bisschen konkretisieren. Ich bitte, den Beschluss dann allen Abgeordneten ins Fach zu legen mit der Bitte um Rückmeldung. Gleichzeitig sollte die Fraktion gebeten werden, dem nächsten Konvent Bericht zu erstatten, wie die Entwicklung und Beteiligung in der Tarifgemeinschaft ist.(BEIFALL)

Ich habe gehört, das soll dieses Mal nicht mehr ganz so schlimm sein wie früher; es gibt einen besseren Zugang dazu. Das wäre auch gut. Ihr seid aber in der Pflicht, in der Fraktionsführung dafür zu sorgen, dass es möglichst 100 Prozent werden, die sich da organisieren. – Schönen Dank.

(VEREINZELT BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. – Das Votum der Antragskommission lautet jetzt Annahme. Wer diesem Votum folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung ist das so angenommen.

Ich rufe den Antrag Ar 51 auf.

Das Votum der Antragskommission lautet: Erledigt durch Regierungsprogramm.

Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag Ar 52 auf.

Dazu gibt es eine Wortmeldung von Mathias Stein aus Schleswig-Holstein.

Mathias Stein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich als Einziger zu einem so wichtigen Punkt gemeldet. Es geht um die Arbeitsbedingungen für viele Kolleginnen und Kollegen.

Wenn man den Antrag richtig liest, dann muss man eigentlich erschüttert sein, dass dort angegeben ist, dass nur 17 Prozent der Betriebe eine Gefährdungsbeurteilung nach dem Arbeitsschutzgesetz haben. Wenn man

die Systematik des Arbeitsschutzgesetzes ein bisschen kennt, dann weiß man, dass das bedeutet, dass es dort mit dem Arbeitsschutz nicht gerade gut bestellt ist. Wenn man sich dann auch noch den DGB-Index Gute Arbeit ansieht und sieht, dass die Arbeitsbelastung von vielen Kolleginnen und Kollegen im Dienstleistungsbereich, im Einzelhandel und in vielen anderen Bereichen tatsächlich dramatisch zugenommen hat, dann erkennt man, dass dies ein Zukunftsthema ist.

Dort werden mehr Kontrollen gefordert; das ist sicherlich richtig so. Wenn die Genossinnen und Genossen – auch in den von uns regierten Ländern – einmal gucken, wie denn die Arbeitsschutzbehörden personell ausgestattet sind, dann werden sie feststellen, dass diese Mehrkontrollen gar nicht möglich sind. Insofern müssen wir uns tatsächlich überlegen, wie wir die Arbeitsbedingungen in den Betrieben – in Kleinbetrieben, in Großbetrieben und auch in Mittelbetrieben – tatsächlich gut gestalten können.

Das können wir aus meiner Sicht durch zwei Dinge ergänzend tun: Zum einen kann man das durch selbstbewusste Betriebspersonalräte und selbstbewusste Gewerkschafter tun.

Zum anderen kann man das aber auch durch Folgendes tun – und das ist mein Vorschlag zur Ergänzung des Antrages -: In der Unfallversicherung entlasten wir die Arbeitgeber dadurch, dass wir sie von der Haftung befreien, wenn etwas passiert. Wenn jemand durch Burnout „kaputtgeht“, ist das im Regelfall keine Berufskrankheit. Deshalb schlage ich vor, dass man ab Zeile 49 hineinnimmt: „Neben verstärkten staatlichen Kontrollen sollte das Haftungsprivileg der Arbeitgeber in der Unfallversicherung bei nichtvorhandenen Gefährdungsbeurteilungen überdacht werden“.

Das würde ich gerne als Ergänzung aufgenommen wissen. Die Überweisung an die Bundestagsfraktion ist in Ordnung, denke ich.

(VEREINZELT BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. – Elke nickt zustimmend. Damit wird der Halbsatz mit aufgenommen und der Antrag so an die Bundestagsfraktion überwiesen, wenn ihr dem Votum der Antragskommission zustimmt.

Wenn ihr diesem Votum folgt, dann zeigt das bitte jetzt an. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist so angenommen.

Wir kommen jetzt noch zu den Anträgen Ar 53 bis Ar 59. Wer hier dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Damit haben wir den Bereich Arbeitsmarktpolitik abgearbeitet.

Bevor wir zum Bereich Sozialpolitik kommen, möchte ich euch sagen, dass die Sammlung für die Opfer auf den Philippinen eine Summe von 3.425 € erbracht hat. Vielen, vielen Dank.

(BEIFALL)

BERATUNG DER ANTRÄGE ZUR SOZIALPOLITIK

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Wir kommen jetzt zum Bereich Sozialpolitik. Danach folgt der Bereich Gesundheitspolitik.

Zum Bereich Sozialpolitik liegen euch die Anträge mitsamt der Voten der Antragskommission vor. Wortmeldungen dazu gibt es keine.

Deshalb kann ich jetzt abstimmen lassen: Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

BERATUNG DER ANTRÄGE ZUR GESUNDHEITSPOLITIK

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Damit haben wir den Bereich Sozialpolitik bearbeitet und kommen zum Thema Gesundheitspolitik. Dem wird der Bereich „Medien- und Kulturpolitik“ folgen.

Zum Thema Gesundheitspolitik liegen uns die Anträge G 1 bis G 33 vor. Die Voten sind bekannt.

Auch hier lasse ich abstimmen: Wer den Voten der Antragskommission folgt, der möge das jetzt bitte anzeigen. - Gibt es Widerspruch? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

BERATUNG DER ANTRÄGE ZUR MEDIEN- UND KULTURPOLITIK

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Danach rufe ich die Antragsberatung im Bereich „Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik“ auf.

Zur Medien- und Kulturpolitik: Die Anträge M 1 bis M 13 liegen vor. Auch hier sind die Voten der Antragskommission bekannt. Wortmeldungen liegen keine vor.

Deshalb lasse ich abstimmen: Wer den Voten der Antragskommission folgt, der möge jetzt bitte das Kartenzeichen geben. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Dann haben wir auch das erfolgreich beschlossen.

BERATUNG DER ANTRÄGE ZUR BILDUNGS-, WISSENSCHAFTS- UND JUGENDPOLITIK

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Somit sind wir bei der Antragsberatung im Bereich „Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik“ angelangt. Es folgt danach der Bereich „Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Generations- und Seniorenpolitik“.

Zum Antragsbereich „Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik“: Wortmeldungen dazu liegen keine vor. Deshalb lasse ich abstimmen: Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist auch dieser Bereich abgearbeitet.

BERATUNG DER ANTRÄGE ZUR FAMILIEN-, FRAUEN UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK, GENERATIONS- UND SENIORENPOLITIK

Wir sind jetzt beim Bereich „Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Generations- und Seniorenpolitik“. Danach kommen wir zum Bereich „Innen- und Rechtspolitik“, also zu den I-Anträgen.

Für den Bereich „Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Generations- und Seniorenpolitik“ sind euch die Voten der Antragskommission ebenfalls bekannt.

Zum Antrag F 1 gibt es eine Wortmeldung von Ulli Nissen. – Ulli, du hast das Wort.

Ulrike Nissen, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Erst einmal möchte ich mich dafür entschuldigen, dass ich vorhin bei der Beratung des Antrags U 45 nicht anwesend war. Wir waren zu dem Zeitpunkt in der Landesgruppe Hessen.

Ich war auch bei der Sammlung nicht dabei. Ich lege noch 100 Euro drauf für die Opfer auf den Philippinen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin dem Landesverband Bremen sehr dankbar, dass er einen Antrag zum Unterhaltsvorschussgesetz gestellt hat. Das ist ein Bereich, der mir sehr, sehr wichtig ist. Schon seit Urzeiten wurde hier nichts verändert.

All diejenigen, die Kinder haben, wissen, dass Kinder ab zwölf Jahre besonders teuer werden. Bisher ist mit den Zuschüssen bei zwölf Jahren Schluss. Deshalb ist es mir sehr, sehr wichtig, dass dieser Bereich umgehend behandelt wird. Darum bitte ich darum, dass dieser Antrag – auch mit Blick auf die Koalitionsvereinbarung - auch in der Arbeitsgruppe „Familien, Frauen und Gleichstellung“ intensiv diskutiert wird.

Ich bitte deshalb darum, diesen Antrag nicht nur an den Parteivorstand und an die Bundestagsfraktion zu überweisen, sondern auch an die Arbeitsgruppe, damit er dort behandelt wird.

Ich bitte um eure Zustimmung dafür. – Danke.

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. – Die Elke wird sich dazu melden.

Elke Ferner, Antragskommission: Ulli, wir diskutieren das Thema bereits mit den Schwarzen. Allerdings kann ich noch keinen Vollzug melden.

Aber wir haben ja morgen noch eine Verhandlungsrunde; vielleicht regelt sich das dort. Wir haben das Thema auf jeden Fall auf dem Schirm.

(VEREINZELT BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Damit hätten wir die Wortmeldungen zu F 1 abgearbeitet, und ich kann die Anträge F 1 bis F 17 aufrufen. Die Voten kennt ihr. Wer sie richtig findet, der zeige mir das jetzt an. - Wer widerspricht dem? - Enthaltungen? - Damit ist auch dieser Bereich erfolgreich abgeschlossen.

BERATUNG DER ANTRÄGE ZUR INNEN- UND RECHTSPOLITIK

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Jetzt kommen wir zu einem Bereich, in dem es sicherlich etwas intensiver wird, nämlich zum Bereich der Innen- und Rechtspolitik. Danach werden wir noch den Bereich Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik bearbeiten. - Für die Antragskommission spricht jetzt Ralf Stegner.

Ralf Stegner, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben im Bereich der Innen- und Rechtspolitik einen bunten Strauß an Themen und Vorschlägen. Wie schon in anderen Politikbereichen zeigt sich auch hier die Qualität unseres Regierungsprogramms, die den Referenzrahmen auch politisch darstellt. Viele Anträge finden sich hier inhaltlich wieder und können daher für erledigt erklärt werden.

Zur ausdrücklichen Annahme hat die Antragskommission unter anderem die klare Absage an das sogenannte INDECT-Programm empfohlen. Für diejenigen, die davon noch nichts gehört haben: Hier handelt es sich um ein mit EU-Mitteln gefördertes Forschungsprojekt, dessen Ziel die Schaffung einer zentralen Schnittstelle ist, in der Überwachungsdaten aller möglichen Informationsquellen miteinander verknüpft und von Computerprogrammen automatisiert auf mögliche Gefahren und abnormes Verhalten untersucht werden können. Man könnte meinen, hier forscht die NSA selbst. Der Bezirk Braunschweig hat also völlig recht: Für ein solches Projekt, das die Freiheit der Menschen unverhältnismäßig einschränkt, darf es keinen Cent an Fördermitteln mehr geben. Wir wollen keine NSA in Europa.

(BEIFALL)

Zweitens empfehlen wir euch die Annahme des Antrags des Arbeitskreises jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, der die Stärkung der Projekte gegen Rassismus und Antisemitismus zum Gegenstand hat. Das ist ein wichtiger Antrag, der auch noch einmal die Marschrichtung in den laufenden Koalitionsverhandlungen angibt: Verstärkung der Bundesprogramme für Vielfalt, Toleranz und Demokratie und Abschaffung der Extremismusklausel, liebe Genossinnen und Genossen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Zur Annahme empfehlen wir euch auch den Antrag der Schwusos zum Thema Entschädigung und Rehabilitierung von nach § 175 Strafgesetzbuch verurteilten Männern. Ihr wisst: Für die Zeit zwischen 1933 und 1945 ist das unter Rot-Grün bereits geschehen. Aber für die geschätzten 65.000 Männer, die nach 1945 in der Bundesrepublik und in der DDR verurteilt wurden, gilt das nicht. Letztlich wurde dieser schändliche Paragraph, muss man ja wohl sagen, erst 1994 abgeschafft. Hier wurden Karrieren und Leben zerstört. Diese

Männer gelten bis heute als vorbestraft. Das darf nicht so bleiben. Deshalb ist der Antrag der Schwusos richtig, und wir sollten ihn hier mit großer Geschlossenheit annehmen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Das Gleiche gilt für den Antrag des Landesverbandes Sachsen zum Thema Wirtschaftskriminalität. Ich will in diesem Zusammenhang auch auf den Antrag des Ortsvereins Marienburger Höhe aus dem Bezirk Hannover aufmerksam machen. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags, dass es eine Neuregelung des Gesetzes über die Ruhestandsbezüge des Bundespräsidenten geben soll.

Ihr seht, wir haben einen sehr bunten Strauß in der Innen- und Rechtspolitik. Das gilt auch für die Anträge, die wir zur Überweisung empfohlen haben. Beim Parteivorstand, in den Landtagsfraktionen, in der Bundestagsfraktion oder in der EP-Fraktion sollen diese Anträge einer genauen Prüfung unterzogen werden.

Lasst mich zum Schluss noch auf den von den Jusos gestellten Initiativantrag für eine humanitäre Flüchtlingspolitik hinweisen. Da schlagen zwei Herzen in meiner Brust; denn dieser Antrag basiert nahezu wortwörtlich auf dem Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Humanitäre Flüchtlingspolitik“, so wie er am 14. Oktober vom Parteivorstand beschlossen wurde. Zwei Herzen deshalb, weil Sigmar mich gebeten hatte, im Konvent im November 2012 die Arbeitsgruppe zu leiten. Im Frühjahr haben wir zusammengesessen mit Jusos, den Sozialministern und Innenministern der Länder und mit Fachpolitikern aller betreffenden Bereiche aus Land und Bund. Auch die SGK war dabei. Ich kann euch sagen: Wenn alle Arbeitsgruppen so gut arbeiten würden wie diese, die bei einem so komplexen Thema einen Bericht geliefert haben, dem nahezu alle zustimmen können, dann wären wir sicherlich ein Stückchen weiter. Ich sage das nicht, weil ich diese Arbeitsgruppe geleitet habe, sondern vor allen Dingen, weil so viele mitgearbeitet und ein so gutes Ergebnis geliefert haben.

Es wird euch aufgefallen sein, dass dieser Bericht die unverkennbare Vorlage für den Abschnitt in unserem Regierungsprogramm geworden ist. Noch nie haben wir uns in einem Wahlprogramm ausführlicher zum Thema Flüchtlingsrecht positioniert. Residenzpflicht, stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung, Asylbewerberleistungsgesetz, Flughafenverfahren aussetzen. Dieser Bericht hat den Impuls geliefert für die einschlägigen Passagen in dem schon angenommenen Initiativantrag „Neues Vertrauen für ein besseres Europa“. Da wird ein solidarisches Asylverfahrensrecht gefordert, Stichwort: Dublin II überarbeiten, ein Grenzschutz, der die EU nicht zur Festung werden lässt. Wir bekennen uns dazu, dass Europa ein Einwanderungskontinent ist, und fordern eine europäische Einwanderungspolitik. Nicht zuletzt verlangt der Antrag, eine bessere Entwicklungszusammenarbeit und Fluchtursachen in Herkunftsstaaten zu bekämpfen.

Das heißt, die Arbeit der Arbeitsgruppe „Humanitäre Flüchtlingspolitik“ hat sich wirklich gelohnt. Das höre ich immer wieder von denjenigen, die das in den Koalitionsverhandlungen diskutieren. Wir haben hier Druck aufgebaut, und das ist auch richtig so.

Das alles im Kopf, habe ich der Antragskommission vorgeschlagen, dass wir den hier gestellten Initiativantrag IA 4 als erledigt erklären durch Beschluss des Parteivorstandes. Auf gut Deutsch gesagt heißt das, liebe Genossinnen und Genossen - weil manche das noch nicht gehört haben -: Die Partei hat einen Beschluss zu einer fortschrittlichen Flüchtlingspolitik, die anders ist als das, was Herr Friedrich und Co. zurzeit in der Bundesrepublik tun.

(BEIFALL)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, hoffe ich, dass ihr damit so einverstanden seid, und bitte euch um die Zustimmung zu diesen Verfahrensweisen, die ich jetzt ein bisschen ausführlicher dargestellt habe, weil es viele Anträge betrifft. Aber ich bedanke mich für eure Nachsicht und Geduld, mir so lange zuzuhören.

(BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, lieber Ralf. - Dann wollen wir das so abarbeiten. Das heißt, ich rufe jetzt als Erstes den Initiativantrag IA 4 auf und wiederhole noch einmal das Votum der Antragskommission. Es lautet: Erledigt durch Beschluss des Parteivorstandes für eine humanitäre Flüchtlingspolitik vom 14.10.2013 sowie durch die Annahme des Initiativantrags IA 2 von heute Vormittag. Wer diesem Votum so folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen ist dem Votum so gefolgt; vielen Dank.

An der Stelle noch einmal der Hinweis: Durch die Annahme des Initiativantrages IA 2 heute Vormittag sind die Anträge I 15, I 16, I 19, I 20 und I 21 erledigt. Das hatten wir heute schon beschlossen; deshalb nur noch einmal zur Information.

Damit wären wir bei den ordentlichen Anträgen. Es gibt eine Wortmeldung zu I 6, sodass ich erst einmal die Anträge I 1 bis I 5 aufrufe. Die Voten sind bekannt. Wer den Voten der Antragskommission folgt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dem so gefolgt.

Ich rufe jetzt den Antrag I 6 auf. Norbert Fabian aus Nordrhein-Westfalen hat das Wort.

Norbert Fabian, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben hier eine Überweisung vorliegen für den Antrag der Jusos, der, wie ich meine, ungewöhnlich sorgfältig ausgearbeitet worden ist. Vielleicht auch an die Adresse - man darf das ja einmal sagen - der bei dieser Diskussion sicher besonders mithörenden Geheimdienstler und Geheimdienstlerinnen: Ich stelle jetzt nicht den Antrag, mit den Jusos den Verfassungsschutz oder die Geheimdienste abzuschaffen. Wenn wir das in den SPD-regierten Ländern tun würden, gäbe es immer noch den bayrischen Verfassungsschutz und den Verfassungsschutz in den CDU-Ländern. Das wäre höchst problematisch.

Es gibt allerdings gute Gründe, auch über die Jusos hinaus über die Organisation von Verfassungsschutz und Geheimdiensten nachzudenken. Ich will jetzt keinen Diskurs über die Geschichte des Geheimdienstes in der Bundesrepublik machen, aber ich denke, die braune Vergangenheit des BND, der Organisation Gehlen, rät zumindest zur Vorsicht, was solche Institutionen angeht. Indessen ist das hoffentlich weitgehend durch Sozialdemokraten aufgearbeitet.

Ich denke, es ist sicher ein Strukturproblem. So sieht es Sebastian Edathy aufgrund des NSU-Untersuchungsausschusses. Es ist sicher aber auch ein Personalproblem. Das kommt mir da etwas zu kurz. Zum Strukturproblem: Ich würde, weil es in den Anträgen steht, empfehlen, was in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr mit einem neuen Verfassungsschutzgesetz als ein wichtiger Schritt verabschiedet worden ist. Das ist sicher beispielhaft, und das sollte man auch in anderen Ländern aufgreifen.

Aber noch einmal zu den Personen. Wir hatten in Nordrhein-Westfalen ursprünglich ein ganz drastisches Beispiel. Das fällt noch in die Zeit der FDP mit einem FDP-Innenminister. Das zeigt auch, was das für eine Bürgerrechts-

partei ist, zumindest der rechte Flügel der FDP in Nordrhein-Westfalen, der so seine eigene Tradition hat. Da hat es den folgenden Fall gegeben: Gegen einen V-Mann des Verfassungsschutzes namens Seemann, der als Drogen- und Waffenhändler kriminell wurde, auch im Vorfeld der NSU-Morde - er war auch einer der Begründer von Blood & Honour, einer rechtsradikalen Umfeldorganisation -, wollte die Polizei in Nordrhein-Westfalen vorgehen. Die strafrechtliche Verfolgung wurde aber durch den damaligen Innenminister Wolf von der FDP verhindert. Dieser VMann ist dann aber anschließend doch verurteilt worden, ist inzwischen aber wohl wieder freigekommen.

Ich denke, das ist nicht untypisch für Strukturen, die sich da entwickelt haben und die wir sehr gründlich prüfen müssen. Dabei knüpfe ich an unseren Parteivorsitzenden an. Es ist nicht nur die Aufgabe des Verfassungsschutzes - das kann er gar nicht leisten -, die Verfassung zu schützen, sondern die Aufgabe der Zivilgesellschaft insgesamt. Die Organisation der Geheimdienste ist - so denke ich - nur sehr begrenzt geeignet, die Verfassung wirklich zu schützen.

Ich habe mit dem NRW-Innenminister, der auch aus Duisburg kommt, im Vorfeld noch einmal kurz gesprochen. Ich meine nicht, dass wir blind wären, wenn wir den Verfassungsschutz nicht hätten, sondern häufig sind wir mit dem Verfassungsschutz blind. Vielleicht hat er die Brille auf dem rechten Auge nicht richtig adaptiert bekommen. Aber ich würde sagen, Verfassungsschutz ist häufig blind, was Bürgerrechte angeht.

Es gibt einen Punkt im Antrag der Jusos, auf den ich noch einmal hinweisen wollte. Es betrifft die Frage der Politikberatung. Ich halte es für höchst problematisch, dass wissenschaftliche Politikberatung durch Geheimdienste erfolgt. Was heißt da denn eigentlich „geheim“? Politikberatung muss sich öffentlich verantworten. Es gibt eine Vertraulichkeit in Personalangelegenheiten, die den NSU nun überhaupt nicht beachtet. Aber ich denke, wir sollten sehr vorsichtig sein. Es darf nicht der Fall eintreten - das gilt natürlich nur für CDU/CSU- und FDP- Innenminister -, dass nicht der Innenminister oder die Parlamentarier die Geheimdienste und den Verfassungsschutz kontrollieren, sondern dass es umgekehrt der Fall ist. Dort, wo das geschehen sollte oder wo der Eindruck entsteht, dass das passiert, müssen wir als Partei entschieden dagegenhalten.

Noch einmal: Wir sind eine Bürgerrechtspartei. Wir sind gerade in dieser Frage auch eine Bürgerrechtspartei. Als Teil der Zivilgesellschaft setzen wir uns für Bürgerrechte ein. Deshalb bitte ich darum, dass man den Antrag der Jungsozialisten in der Diskussion im Gesprächskreis Innenpolitik, aber auch darüber hinaus angemessen zur Kenntnis nimmt und in vernünftige Lösungsvorschläge einbezieht. - Danke.

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Danke, Ralf Stegner noch einmal für die Antragskommission.

Ralf Stegner, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin selbst einmal Innenminister gewesen, und ich weiß, dass man in Bezug auf den Verfassungsschutz - gerade wenn man solche Beispiele von eklatantem Versagen wie im Kontext mit den schrecklichen NSU-Morden sieht - leicht dazu kommen könnte, zu sagen: Lasst uns den Verfassungsschutz doch abschaffen.

Ich meine trotzdem, wir sollten es uns sehr genau überlegen und sollten das in dem Gesprächskreis Innenpolitik der SPD das weiter beraten. Dabei möchte ich auf zwei Sachen aufmerksam machen. Das Problem ist nicht der Verfassungsschutz an sich, sondern dass man dafür sorgen muss, dass der Verfassungsschutz parlamentarisch kontrolliert wird, und zwar so eng, wie es irgendwie geht - das ist ganz wichtig -,

(BEIFALL)

und dass wir darauf achten, dass der Geist, der im Verfassungsschutz herrscht, einer ist, der dem entspricht, was wir wollen. Da haben wir ein großes Problem an manchen Stellen.

Das Zweite: Es war eine Lehre aus der deutschen Geschichte, weil wir nämlich in der Nazidiktatur eine Gestapo hatten, dass das, was Polizei und was Verfassungsschutz machen, in einer Hand gewesen ist. Unsere Verfassungsväter und Verfassungsmütter haben gesagt, das darf in Deutschland nie wieder so sein, denn wenn der Verfassungsschutz aufgelöst würde, heißt das ja nicht, dass die Tätigkeiten nicht mehr stattfinden würden, sondern sie würden dann in einer Organisation stattfinden, von der wir das bitte getrennt halten. Wir wollen nicht, dass die Polizei Verfassungsschutzaufgaben macht und umgekehrt.

Deswegen rate ich dazu, den Weg zu gehen, der in den meisten SPD-geführten Ländern gegangen worden ist, indem wir sagen: Verfassungsschutz klein und skandalfrei, klare parlamentarische Kontrolle. Da muss alles auf den Tisch. Das sind geheim tagende Gremien. Es ist übrigens auch strafbar, wenn man dort etwas rauslässt. Aber klare Kontrolle, sodass sie kein Eigenleben führen dürfen.

Mein Vorschlag ist, dass wir diesen Antrag - auch den der Falken, der in eine ähnliche Richtung geht - im Gesprächskreis Innenpolitik sehr ernsthaft miteinander beraten, um die Anregungen, die es gegeben hat, aufzunehmen und um zu einer guten Lösung zu kommen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. - Wer dem Votum der Antragskommission mit den Hinweisen, die jetzt in der Diskussion erfolgt sind, folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung ist dem Votum so gefolgt.

Wir sind jetzt bei den Anträgen I 7 bis I 51. Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir gleich über das Votum der Antragskommission abstimmen können. Wer den Voten folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig beschlossen, und wir haben den Bereich Innen- und Rechtspolitik bearbeitet.

BERATUNG DER ANTRÄGE ZUR STEUER-, FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

Ich rufe zum Schluss den Antragsbereich Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik auf.

Die Anträge StW 1 bis 24 liegen euch vor. Ihr kennt die Voten, sodass wir auch hierüber abstimmen können. Wer den Voten folgt, zeige das jetzt bitte an. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit sind die Anträge mit den Voten so beschlossen, und wir haben die Anträge für heute abgearbeitet. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Dann wären wir fast am Schluss. Bevor ich jetzt ganz offiziell den Parteitag unterbreche, möchte ich euch noch einige organisatorische Hinweise geben. Wir haben heute hart gearbeitet. Das heißt, dass wir jetzt auch feiern dürfen. Der Parteiabend beginnt in Bälde. Wir sind hier in der neuen Messe. Wer denkt, die alte Messe

ist gleich um die Ecke, der täuscht sich. Man muss ans andere Ende der Stadt. Wir würden euch anbieten, das nicht zu Fuß zu machen, sondern zum Beispiel den Bus-Shuttle in Anspruch zu nehmen. Ab 18.30 Uhr fährt der erste Bus. Der wird warten, bis er voll ist. Um 19.30 Uhr fährt der nächste, um 20.30 Uhr dann der dritte Bus. Also, ihr kommt von hier mit einem Shuttle zur neuen Messe. Der Bus fährt über den Hauptbahnhof, den Wilhelm-Leuschner-Platz direkt zum Eventpalast in der alten Messe.

Auch für die Rückfahrt ist gesorgt. Auch da sind die Haltestationen zwischendurch wieder Wilhelm-Leuschner-Platz und Hauptbahnhof. Ab 20.30 Uhr bis 3.00 Uhr früh stehen für euch im 15-Minuten-Takt Busse bereit. Die Abfahrtszeiten für die Rückfahrt vom Eventpalast zum NH-Hotel sind - alle, die im NH-Hotel übernachten, sollten auf die vier Zeiten achten, die ich jetzt sage -: 22 Uhr, 23 Uhr, 0 Uhr und 1 Uhr.

Ein weiterer wichtiger Hinweis. Diese Aufnahmegeräte werden eingesammelt, weil sie morgen wieder zum Einsatz gebracht werden. Sie müssen aufgeladen werden. Wichtig ist, dass ihr eure weiße Karte herausnehmt. Noch wichtiger ist, sie so einzustecken, dass sie nicht verloren geht und morgen wieder eingesetzt werden kann. Also, die weißen Karten herausnehmen und das Gerät liegen lassen.

Alles das, was auf den Tischen liegen bleibt, wird weggeräumt. Die Dinge, die ihr benötigt, können auf den Stühlen liegen bleiben. Denkt daran: Alles, was auf dem Tisch liegt, kommt weg. Sichert alle Dinge, die für euch wichtig sind. Nehmt sie entweder mit oder lasst sie auf den Stühlen liegen.

Jetzt haben wir uns den Feierabend verdient. Ich wünsche uns einen schönen Feierabend und eine schöne Party!

- UNTERBRECHUNG DES PARTEITAGES UM 18.22 UHR -

SAMSTAG, 16. NOVEMBER 2013, BEGINN: 10.19 UHR

Manuela Schwesig, Parteitagspräsidium: Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen, herzliche Grüße vom Parteitagspräsidium. Wir wollen gerne mit euch durch den dritten Tag dieses Parteitags kommen. Wir hoffen, ihr habt gestern Abend die Gelegenheit für gute Gespräche genutzt, um ein bisschen abzuspannen und vor allem auch zu feiern. Ich habe jedenfalls gesehen, dass die Tanzflächen voll waren. Die Stimmung war gut. Vielleicht können wir an diese Stimmung anknüpfen und heute noch gut durch den dritten Tag kommen.

Wir wollen gleich als Allererstes mit den Wahlen zum SPE beginnen. Das ist doch ein umfangreicher Wahlakt. Wir haben ihn gleich an den Anfang gelegt, damit von uns niemand seine Übung verliert, mit diesem wunderbaren Gerät klarzukommen. Diese Geräte werden euch jetzt parallel ausgeteilt. Parallel dazu wird auch schon diese Vorschlagsliste mit den Frauen und Männern ausgeteilt, die nominiert sind. Kommt also bitte auf eure Plätze, damit wir die Geräte und auch die Merkzettel an euch austeilen können.

Zwischenzeitlich, während diese Geräte und die Zettel ausgeteilt werden, möchte ich euch noch ein paar organisatorische Dinge bekannt geben.

Wir wollen euch noch einmal auf die Information hinweisen, dass die Deutsche Bahn aufgrund von erhöhtem Verkehrsaufkommen Entlastungszüge ab Bahnhof Leipzig-Messe einsetzen wird und dass sich dadurch die Situation für diejenigen, die mit der Bahn noch nach Hause fahren wollen, ein wenig entspannt.

Jetzt kommen die Hinweise, mit welchen Zügen ihr fahren könnt: Mit dem ICE Braunschweig-Hannover 13.50 Uhr ab Leipzig-Messe Richtung Halle, Magdeburg, Braunschweig, Hannover, mit dem ICE 2580 um 13.58 Uhr ab Leipzig-Messe Richtung Berlin-Hamburg. Reisende in Richtung Leipzig-Hauptbahnhof nutzen bitte auch die Straßenbahn der Linie 16 Richtung Lößig.

Wir werden versuchen, die Abläufe heute natürlich so zu gestalten, dass ihr diese Züge schaffen könnt, aber dabei brauchen wir natürlich eure Unterstützung. Deshalb: Falls noch die einen oder anderen fehlen, kommt bitte herein, damit wir dann in die Wahl der SPE-Delegierten einsteigen können.

Ich möchte die Verteilpause auch noch nutzen, um alle weiter zu ermutigen, von unserem Parteitag auch in den sozialen Netzwerken zu berichten. Wir sind auf Twitter richtig gut gelaufen. Macht also weiter mit über den Hashtag #spdbpt.

Ich schaue einmal in den Saal: Sind die Geräte schon verteilt, oder haben viele ihre Geräte noch nicht? - Es wird noch ein wenig Zeit gebraucht, um die Geräte zu verteilen. Rennt in diesen paar Minuten bitte nicht wieder raus.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch zwischenzeitlich noch einmal auf unseren Wilhelm-Dröschner-Preis hinweisen. Ihr könnt mitmachen und abstimmen über den Delegierten- und Besucherpreis. Ihr habt noch bis 11.00 Uhr die Möglichkeit, im Ausstellungsbereich „Wilhelm-Dröschner-Preis“ in der Halle 2 abzustimmen. Aber deshalb jetzt bitte nicht hinausrennen, sondern hier bleiben für die Wahl. Vielleicht nutzt ihr die Pause der Auszählung kurz, falls einer von euch noch nicht votiert hat. Es sind tolle Leute, die sich engagieren, die ihre Projekte eingereicht haben. Alleine, dass viele von uns hingehen, sich dafür interessieren und auch die Stimme abgeben, ist schon eine Wertschätzung. Deshalb macht bitte mit.

WAHL DER DELEGIERTEN ZUM KONGRESS DER SPE

Manuela Schwesig, Parteitagspräsidentin: Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen gerne mit der Wahl der SPE-Delegierten anfangen. Bitte jetzt noch einmal die Hände hoch, falls irgendwo ein Gerät fehlt. - Die Geräte werden weiter ausgeteilt. Ich fange schon einmal an, einige Hinweise zu diesem Wahlgang zu geben.

Wichtig ist: Ihr habt parallel einen Merkzettel bekommen. Das ist nicht der Stimmzettel. Wir stimmen wieder mit unserem wundervollen elektronischen Gerät ab. Dieser Zettel mit den Namen und mit den Zahlen, die dann gedrückt werden müssen, ist nur für euch zur Hilfe gedacht. Dieser Zettel wird auch parallel an euch verteilt.

Ich habe nicht das wunderbare Talent von Torsten Albig, es euch in diesem norddeutschen Humor zu erklären. Weil wir ziemlich viel wählen müssen, ist der Wahlgang komplex. Deshalb bitte ich um eure Konzentration und um eure Unterstützung. Lasst mich nicht hängen.

§ 20 Nr. 2 Organisationsstatut in Verbindung mit § 25 Abs. 4 sieht seit der letzten Statutenänderung vor, dass der Bundesparteitag die 34 Delegierten sowie Ersatzdelegierte zum alle zwei Jahre stattfindenden Kongress der SPE wählt. Zuvor war es so, dass diese durch Bezirke bestimmt wurden. Nach § 25 Abs. 4 hat der Parteivorstand ein Vorschlagsrecht, muss aber die Geschlechterquote und den Regionalproporz beachten. Die Vorschlagsliste des Parteivorstands ist an euch ausgegeben worden, die sowohl die Geschlechterquote als auch den Regionalproporz berücksichtigt. Dieser Vorschlag liegt auch in euren Antragsbüchern. Die Vorschlagsliste ist gemäß § 25 Abs. 4 aus den Vorschlägen der Bezirke erstellt worden, die Männer und Frauen in gleicher Anzahl entsprechend ihrer Mitgliederstärke vorgeschlagen haben. Auf ihr befinden sich in alphabetischer Reihenfolge die 34 Kandidatinnen und Kandidaten und hinter jedem Kandidaten oder hinter jeder Kandidatin der Bezirk, für den er oder sie vorgeschlagen wurde. Aufgeführt sind auch die vorgeschlagenen Ersatzdelegierten. Wir haben dieses Verfahren auf dem letzten Parteitag beschlossen.

Wir appellieren an euch, bitte so abzustimmen, dass jeder Bezirk zumindest ein Grundmandat erhält. Die restlichen Stimmen können dann ja immer noch frei vergeben werden. Aber es wäre gut, wenn wir auf diesem Kongress wirklich aus allen Bezirken vertreten sind.

Um gewählt zu werden, ist nach § 8 Wahlordnung die einfache Mehrheit ausreichend. Bei der Wahl der Delegierten handelt es sich um eine Listenwahl nach § 8 Wahlordnung. Delegierte und Ersatzdelegierte müssen gemeinsam gewählt werden.

Ich bitte noch einmal darum, es zu sagen, wenn jemand jetzt das Gerät oder den Merkzettel nicht hat, dass ihr Bescheid wisst. Noch einmal: Es ist nicht der Stimmzettel, sondern es ist nur der Zettel, wo ihr die Nummernkombination seht, falls es auf der Leinwand für euch nicht gut zu lesen ist.

Ein wichtiger Hinweis: Sofern ihr euch Notizen auf diesem Zettel gemacht habt, bitte nicht vergessen, diesen dann nach dem Wahlgang zu vernichten. Auch der Hinweis an die Medienvertreter, dass sie bitte darauf achten, dass Objektive und Kameras weder auf die Geräte noch auf die Merkzettel zu richten sind.

Und so gebt ihr mit den Geräten eure Stimme ab – ihr erinnert euch an gestern -: Die Karte muss im Gerät stecken. Auf eurem Merkzettel findet ihr die Namen der Kandidatinnen und Kandidaten mit der Angabe von

Landesverband oder Bezirk. Das ist jetzt für euch wichtig: Hinter den Namen findet ihr nämlich die Nummern, die ihr drücken müsst. Ihr wählt die Personen durch Eingabe der entsprechenden Ziffern. Ihr erinnert euch: Falls ihr den Kandidat 9 wählen wollt, dann müsst ihr die Taste 9 plus „Okay“ wählen. „Okay“ ist dieses Enter-Zeichen. Ein möglicher Kandidat 13 wird mit den Tasten 1 und 3 gewählt, anschließend wieder mit Enter bestätigen. Ein möglicher Kandidat 22 wird mit den Tasten 2 und 2 plus der Enter-Taste gewählt. Die Zahlen erscheinen auch immer in eurem Display. Nach jeder Stimmabgabe mit der Enter-Taste bestätigen! Solange ihr nicht Enter gedrückt habt, ist die Stimme nicht in der elektronischen Urne und so lange könnt ihr auch mit dem roten C eure Eingabe noch einmal löschen.

Habt ihr alles verstanden, oder hat noch jemand Fragen? Ihr könnt natürlich gerne zu uns kommen, falls es noch irgendwelche Probleme gibt.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Stimmabgabe nur gültig ist, wenn ihr höchstens so viele Kandidatinnen und Kandidaten wählt, wie insgesamt zu wählen sind, und ihr mindestens der Hälfte der Zahl der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste euer Votum gebt. Das heißt ganz konkret, ihr müsst mindestens 17, aber könnt höchstens 34 Kandidatinnen und Kandidaten wählen – mindestens 17, maximal 34! Nach § 25 Abs. 4 muss die Delegation insgesamt quotiert sein. Mit einer Gesamtzahl von 34 Delegierten bedeutet dies, dass jeweils mindestens 14 Frauen und Männer der Delegation angehören müssen.

Bestehen noch Fragen zum Wahlverfahren? – Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich den Wahlgang. Keine Sorge, der Wahlgang wird länger als die letzten Male eröffnet sein. Jeder hat genügend Zeit, seine Stimme abzugeben. Ich mache auch mit, und ich bin auch nicht so schnell.

Die grüne LED leuchtet noch nicht. Bitte nicht unruhig werden! – Jetzt ist es so weit, ihr könnt loslegen!

Liebe Genossinnen und Genossen, braucht ihr noch Zeit zur Stimmabgabe? Diejenigen, die schon fertig sind, bitte ich, im Saal zu bleiben; denn es geht gleich weiter.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde gerne zum Ende des Wahlgangs kommen und frage: Hat jemand seine Stimme noch nicht abgegeben? - Das sieht nicht so aus. Dann schließe ich den Wahlgang.

Es wird ausgezählt. In dieser Zeit macht Doris weiter.

BERATUNG DES LEITANTRAGS „STARKE KOMMUNEN FÜR EIN GERECHTES LAND“

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben uns einen ganz wichtigen Antragsblock sehr bewusst für diesen Vormittag vorgenommen. Es geht um die Kommunen. Ihr alle habt gesehen, es gibt einen Initiativantrag „starke Kommunen für ein gerechtes Land“, den wir heute Morgen behandeln wollen.

Ich freue mich sehr, dass dieser Antrag jetzt vom Oberbürgermeister meiner wunderschönen Heimatstadt Mainz eingebracht wird. Unmittelbar danach wird Sigmar zu diesem wichtigen Thema sprechen. Michael, du hast das Wort. - Jetzt aber mal ein bisschen flotter! Du bist einer von denen, die noch spät auf der Tanzfläche gesehen worden sind. Aber - man sagt hier oben - dafür siehst du noch gut aus.

Michael Ebling, OB Mainz: Doris, ich habe ja auch mit dir getanzt.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Bevor die Bilder auf Facebook erscheinen, kann man es auch gleich sagen, oder?

Liebe Genossinnen und Genossen, einen wunderschönen guten Morgen und ein herzliches Dankeschön dafür, dass wir heute Morgen über das Thema Kommunalpolitik reden. Das ist ein großes Stück Auftanken für die sozialdemokratische Seele, ein großes Stück sozialdemokratisches Selbstbewusstsein; denn nicht nur in den meisten Städten Deutschlands dürfen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an der Spitze von Verwaltung stehen. Es sind auch insbesondere die Tausenden ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die immer wieder dafür sorgen, dass ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land zustande kommt. Wir als SPD, liebe Genossinnen und Genossen, sind die Kommunalpartei in Deutschland.

(BEIFALL)

Entsprechend hat die Kommunalpolitik dieses Gewicht, zum Glück auch heute mit einem Antrag. Es ist auch gut, dass es zum Beispiel so etwas neu gibt wie den Kommunalbeirat beim Parteivorstand; denn damit gelingt es viel stärker, die kommunalen Themen zu platzieren und auch das an Handwerkszeug mitzugeben, was wir vor Ort brauchen.

Kommunalpolitik hat diesen wichtigen Stellenwert, weil wir eben wissen, dass die großen gesellschaftspolitischen Fragen, die großen Herausforderungen, über die wir reden, um die wir ringen und über die wir manchmal auch streiten, nur dann bewältigt werden können, wenn dies auch vor Ort gelingt. Vor Ort werden diese Fragen entschieden.

Dieser Antrag macht das auch deutlich. Ein so großes Thema wie die Integration, wie die Chance, aus der Vielfalt etwas Vernünftiges zu gestalten, das entscheidet sich am Ende in den Vereinen vor Ort, im Sportverein, in der Kulturinitiative, dort, wo wir dann tatsächlich mit Menschen mit Migrationshintergrund gut und offen und natürlich auch mit einer gesunden Willkommenskultur zusammenarbeiten können.

Die große Frage des demografischen Wandels, die Tatsache, dass diese Gesellschaft älter wird, wir werden sie vor Ort anzugehen haben. Es entscheidet sich dort, ob es uns gelingt zu verhindern, dass Menschen einsam leben, oder zu erreichen, dass sie in einer Gemeinschaft selbstbestimmt im Alter leben. Was die Frage der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen angeht, so kommt es darauf an, dass wir in den Schulen und in den Kitas nicht nur baulich, sondern natürlich auch mit den entsprechenden Angeboten dafür sorgen, dass die vollständige Teilhabe am sozialen, am kulturellen Leben gelingt. Deshalb strengen wir uns so an, dass sozialdemokratische Politik vor Ort gestärkt wird. Hier bieten wir den Menschen die Sicherheit im Wandel, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir sind es, die die aktive Demokratie vor Ort gestalten. Deswegen sage ich - auch mit Blick auf die zahlreichen Wahlwahlen 2014 -: Wir, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, stehen für lebenswerte Städte, Gemeinden und Kreise; denn das ist nach unserem Selbstverständnis auch das Fundament für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Aber wir sind auch nicht blind dafür, dass es unterschiedliche Entwicklungsstränge gibt, dass das, was Geld hat und was kein Geld hat, in der kommunalen Landschaft immer stärker auseinanderdriftet. Wir sehen natürlich auch, dass vieles von dem, was erledigt werden müsste und was uns herausfordert, nicht deshalb nicht angepackt wird, weil wir keine Ideen dafür hätten. Das gilt für die soziale Quartiersentwicklung und für die Fragen: Wie sichern wir gleiche Lebenschancen auch in den Stadtgebieten, in denen es schwieriger wird? Wie schaffen wir es, mehr präventive Arbeit in die soziale Arbeit, in die Jugendarbeit einzubringen und die Lebenschancen zu verbessern? Wie schaffen wir es, Kultur als Daseinsvorsorge zu sichern und eben nicht immer wieder Abstriche machen zu müssen, sei es bei der Bibliothek, sei es bei den sportlichen Angeboten? Wir sehen auch, dass nicht mehr alles gelingt.

Deshalb bleibt natürlich als Kern immer wieder die Notwendigkeit, dass wir dafür sorgen, dass die kommunalen Haushalte wirklich von den sozialen Lasten entlastet werden.

Es stimmt – damit bestätige ich wieder jedes Vorurteil der Welt -: Die Kommunalen reden nur über das Geld. Aber, liebe Genossinnen, liebe Genossen, das stimmt nicht nur, sondern das ist ja auch für einen guten Zweck.

(BEIFALL)

Wir brauchen diese Entlastung von den sozialen Aufgaben vor Ort, um das stemmen zu können, was wir als gesellschaftlich notwendig betrachten.

Deswegen sage ich auch mit Blick auf das, was auch der Parteikonvent beschlossen hat: Bei uns sitzt man als sozialdemokratischer Mandatsträger, als sozialdemokratische Mandatsträgerin, wenn es um die Verhandlungen der Großen Koalition geht, eben nicht am Katzentisch dabei, sondern zu unseren zentralen Forderungen gehört, dass wir bei der Eingliederungshilfe nachhaltig und vor allen Dingen schnell um mindestens 4 Milliarden Euro entlastet werden müssen, um vor Ort wieder Spielräume für Infrastrukturinvestitionen und soziale Aufgaben zu schaffen. Das, liebe Genossinnen, liebe Genossen, ist ein echter Lackmustest auch für die Verhandlungen um die Große Koalition. Das muss gelingen.

(BEIFALL)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wenn es gelingt, ist das auch eine gute Voraussetzung dafür, dass wir in 2014 deutlich machen können, wo uns das Spielräume verschafft und wie wir die Spielräume mit unserem gestalterischen Auftrag dann auch sinnvoll vor Ort nutzen können, um wieder einmal mit dafür zu sorgen, die Lebensverhältnisse ein großes Stück weit besser zu machen.

Dafür stehen wir als kommunale Familie in der SPD, als SGK, dafür stehen – ich sagte es eingangs – die Tausenden Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die das jeden Tag als ihren Job begreifen. Sie wollen das auch weiterhin gerne tun, und sie werden das auch weiterhin gerne tun, aber wir müssen auch die großen Weichen dafür stellen, dass die finanziellen Voraussetzungen dafür tatsächlich da sind, um diesen wichtigen Auftrag erfüllen zu können. Sonst gerät unser Land ein Stück weiter in die soziale Schieflage; denn diese Fragen von Integration, von Inklusion und von sozialer Gerechtigkeit werden vor Ort entschieden. - Ich danke euch und werbe deshalb für diesen Antrag.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagepräsidentin: Ganz herzlichen Dank, Michael. – Jetzt hat Sigmar das Wort.

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Lieber Michael, an dich, aber auch an die Genossinnen und Genossen der SGK meinen herzlichen Dank dafür, dass ihr den Antrag formuliert und eingebracht habt. Und vor allen Dingen für das, was ihr im Alltag jeden Tag für die Sozialdemokratie in Deutschland tut.

(BEIFALL)

Ich habe jetzt einmal eine Bitte an den Parteitag, einfach einmal, damit wir ein plastisches Bild bekommen: Ich bitte diejenigen von euch, die als Delegierte mit der Kommunalpolitik verbunden oder dort engagiert sind, einmal die Arme zu heben. – Ihr könnt euch nicht selber sehen, aber von hier aus sieht es so aus, als ob das jeder ist. Ich darf sagen: Mich beruhigt das ungemein.

Ich glaube, dass die Stärke der deutschen Sozialdemokratie nicht nur historisch aus den Städten und den Gemeinden, der Kommunalpolitik, kommt, sondern ich bin fest davon überzeugt: Wir werden auch in Zukunft nur dann mehrheitsfähig sein, wenn Stadt-, Lokalpolitik und Kommunalpolitik die Basis der deutschen Sozialdemokratie ist, liebe Genossinnen und Genossen. Nur dann!

(BEIFALL)

Wir haben seit dem Dresdner Parteitag damit begonnen, die Kommunalpolitik zurück in die Mitte der Partei zu holen. Denn geben wir doch einmal zu: Alle Parteien in Deutschland, auch wir, haben immer ziemlich genau gewusst, was die Kommunen alles leisten sollen, aber weil wir so viel Zeit damit verbracht haben, zu beschreiben, was sie alles machen sollen, hatten wir am Ende meistens zu wenig Zeit dafür, zu sagen, wie sie das bezahlen sollen.

(BEIFALL)

Ich sage ausdrücklich „wir“. Ich komme auch aus der Sozialpolitik und fand viele der Gesetze, die wir auf Bundesebene verabschiedet haben, immer wichtig. Aber ich habe auch gesehen, was das in den Haushalten der Städte und Gemeinden dann bedeutet.

Das Ergebnis, liebe Genossinnen und Genossen, ist doch – seien wir ehrlich, dass es viele Städte und Gemeinden – nicht nur einzelne, und es geht nicht nur um die berühmten Schwierigkeiten im Ruhrgebiet, sondern das findet sich überall in Deutschland – gerade noch schaffen, ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben zu erfüllen – meistens nicht einmal mehr das. Für all das, was städtisches Leben ausmacht – Kulturförderung, soziale Angebote, Jugendförderung, Musikschulen, Unterstützung von Sportvereinen, vernünftige Ausstattung von Kindertagesstätten und Schulen –, haben sie in der Regel aber kein Geld mehr.

Und wenn sie trotzdem versuchen, diese Aufgaben zu erfüllen, dann kommt die Kommunalaufsicht und sagt: Liebe Freunde, das sind sogenannte freiwillige Leistungen. Ihr erfüllt jetzt bitte erst einmal die gesetzlichen Pflichtaufgaben und das andere geht nicht. Meine Erfahrung ist: Das führt inzwischen dazu, dass es immer schwerer wird, noch Menschen zu finden, die überhaupt bereit sind, für die Räte und Kommunalvertretungen zu kandidieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Deswegen würde ich gerne ausführen, was aus meiner Sicht für die Kommunalpolitik der nächsten Jahre wichtig ist. Aber ich möchte auch sagen, was das mit den so ungeliebten Koalitionsverhandlungen zu tun hat.

Wir dürfen uns nicht darum drücken, dass die beiden Dinge etwas miteinander zu tun haben. Städte und Gemeinden, Dörfer, Stadtteile, Kieze sind doch so etwas wie die Brenngläser der Politik. Da kannst du wie im Brennglas sehen, welche Herausforderungen und Probleme es in der Gesellschaft gibt. Und vielleicht auch, wie man sie lösen kann. Sie sind auch der Gradmesser dafür, ob es uns gelingt, Dinge wirklich zu lösen, oder ob wir sie nur immer wieder in die Zukunft verschieben. Deswegen ist die Kommunalpolitik ein guter Maßstab für die Frage, ob in der politischen Gestaltung des Zusammenlebens in Deutschland etwas gelingt oder ob etwas misslingt. Ich glaube, dass die Kommunalpolitik mehr als anderes will, dass es gelingt.

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen: Ich weiß nicht, wie es euch in euren Städten und Gemeinden geht - mit dem Konjunkturpaket II in der Finanzkrise hat sich die Situation ja ein bisschen verbessert. Aber wenn ich in meiner Heimatstadt oder auch in anderen Städten bin, schaue ich manchmal auf die Ausstattung und die Gebäude der Schulen und erinnere mich, dass das zu meiner eigenen Schulzeit noch deutlich besser war.

Bei mir war es so: Ich bin als Kind ein Profiteur sozialdemokratischer Bildungspolitik gewesen – nicht nur hinsichtlich der Öffnung der Schulen, sondern auch hinsichtlich ihres Zustandes. Ich bin in eine neue Grundschule gekommen, dann kam ich in eine neue Realschule und später in ein neues Gymnasium. Man konnte bei uns richtig anfassen, dass Bildung etwas wert ist. Die sanitären Anlagen der Schulen, in die ich gegangen bin, waren lange Zeit besser als die bei uns zu Hause, liebe Genossinnen und Genossen.

Heute ist das in der Regel umgekehrt. Deswegen sage ich: Die Schulen – wie sie aussahen und ausgestattet waren – waren einmal die Kathedralen unserer Gesellschaft. Heute sind die Banktürme die Kathedralen unserer Gesellschaft. Wir müssen wieder dafür sorgen, dass die Schulen die Kathedralen, die sichtbaren Zeichen des Stolzes unserer Gesellschaft sind, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Das gilt aber natürlich nicht nur für die Schulen. Ihr wisst, wie es in vielen sozialen Einrichtungen aussieht, wo in den Städten und Gemeinden, in den Räten, darum gekämpft wird, noch 500 Euro oder 1.000 Euro bereitzustellen, damit nicht alles zusammenbricht und Einrichtungen wenigstens noch ein bisschen leisten können: von der Obdachlosenhilfe über die Drogenberatung und die Straffälligenbewährungshilfe bis hin zu Fragen der Kultur, der Ausstattung der sozialen Angebote und des öffentlichen Nahverkehrs. Überall ringen wir in den Städten und Gemeinden um Minibeträge, um noch einen Rest von dem Angebot vorzuhalten, das Städte und Gemeinden lebenswert macht.

Ja, ich weiß, es gibt auch andere Städte, die haben einen hohen Einkommensteueranteil, gute Gewerbesteuererinnahmen. Es gibt aber eben in Deutschland zunehmend eine Spaltung in die Städte und Gemeinden, denen es noch ganz gut geht, und die Städte und Gemeinden, wo es immer schwieriger wird.

Und ausgerechnet in die, wo es schwieriger wird, erfolgt jetzt ein Zuzug aus Europa, der gemeinhin als Armutswanderung bezeichnet wird. Dieser Zuzug erfolgt nicht in so kleine Städte wie meine Heimatstadt Goslar, sondern er erfolgt in Großstädte wie Duisburg, Dortmund, Mannheim, München und Hamburg.

Da geht er dann in die Stadtteile, in denen es ohnehin schon schwierig ist. Ich war eingeladen von den Duisburgern, um mir einmal ihren Stadtteil anzugucken, und ich war auch in Mannheim. In Duisburg, liebe Genossinnen und Genossen, ziehen Hunderte von Armutsflüchtlingen aus Osteuropa in einen Stadtteil, wohnen mit manchmal Hunderten von Menschen in einem Gebäude. Dieses Gebäude gehört einem Bordellbetreiber. Und ungefähr so sind da auch die Zustände, die die Menschen ertragen müssen. Es ist schon für die Armutszuwanderer schwierig, da zu leben. Aber was glaubt ihr, wie schwierig das für die ist, die nebenan ihr kleines Einfamilienhaus haben? Das sind unsere Wählerinnen und Wähler. Das sind die Facharbeiter und ihre Familien, die sich ein kleines Haus zusammengespart haben; die wohnen da drum herum. Sie ertragen diese Zustände seit Monaten, ohne dass es gesellschaftliche Probleme gibt. Aber sie wissen auch: Wenn das so bleibt, dann ist ihr Grundstück, ihr Haus, ihr kleines Reihenhauses, nichts mehr wert. Dann werden sie es nie vererben oder verkaufen können.

(VEREINZELT BEIFALL)

Deswegen sage ich euch: In der Regel sind es nicht wir Politikerinnen und Politiker, die das Ergebnis von Armutszuwanderung ertragen müssen. Wir leben in der Regel nicht in diesen Stadtteilen. Es sind andere, denen es nicht so gut geht. Und sie sind meistens auch die, die die Konsequenzen solcher Zuwanderungsprobleme ertragen und erleben müssen.

Ich habe große Bewunderung und Respekt für diejenigen, die in solchen Stadtteilen drum herum leben und die immer wieder versuchen, durch gemeinsame Initiativen, oftmals getragen von den Kirchen, miteinander klarzukommen, die Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus abwehren und damit nichts zu tun haben wollen, die nicht die Armutszuwanderer verantwortlich machen, aber die die Politik daran messen, ob sie ihnen am Ende hilft: Ja oder nein? Ich habe großen Respekt vor denen, die da nicht die einfachen Lösungen suchen. Ich finde, wir dürfen diese Städte in Deutschland da nicht alleinlassen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Es gibt noch andere Probleme. Ich war heute Morgen, bevor ich hierher gefahren bin, in Leipzig mit Martin Dulig, mit Daniela Kolbe, mit dem Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung und mit dem Polizeipräsidenten an einem Ort, wo eine kleine Moschee gebaut werden soll - eine Moschee für Muslime, die in ihren Heimatländern, in Pakistan zum Beispiel oder auch in Indien, nicht selten verfolgt, bedroht und ermordet werden, es ist keine große Gemeinde. Dort haben vor zwei Tagen, als der Bundesparteitag der SPD begonnen hat, in der Nacht Rechtsextremisten - anders kann man die nicht nennen - ganz offensichtlich organisiert in den Platz, auf dem die Moschee gebaut werden soll, fünf Pfähle eingeschlagen und auf jeden Pfahl einen Schweinskopf gesetzt und die Umgebung wohl mit Schweineblut getränkt. Es ist doch klar, was das sein soll: eine Beleidigung derer, die da eine Moschee bauen wollen, und natürlich auch der Versuch, sie abzuschrecken.

Ich bin Burkhard Jung dankbar, dass er sich offen der Debatte stellt. Und ich habe Respekt vor dem Polizeipräsidenten der Stadt Leipzig, der das auch zu seinem Thema erklärt hat.

Warum sage ich das im Umfeld des Themas Kommunalpolitik? Lasst uns ehrlich sein: Solcher Rechtspopulismus findet keinen Boden, wenn wir engagiert sind und dagegen halten. Aber vor allen Dingen dann nicht, wenn es sich um funktionierende städtische Gemeinschaften handelt. Die halten das aus; sie werden die abwehren.

Aber lasst uns doch auch offen sagen: Da, wo die Städte in nicht in Ordnung sind, wo sie verwahrlosen, haben Rechtsextremismus und Rechtspopulismus viel größere Chancen als da, wo die städtische und dörfliche Gemeinschaft intakt ist. Spätestens wenn wir hören, dass es in Mecklenburg-Vorpommern Orte gibt, die, weil die Einwohnerzahlen zurückgehen, kein Geld mehr haben, ein Jugendzentrum aufrechtzuerhalten, wo dann die NPJ kommt und anbietet, dieses Jugendzentrum kostenfrei zu übernehmen, müssen wir doch merken, dass da der Dachstuhl brennt und dass wir etwas machen müssen, liebe Genossinnen und Genossen!

(BEIFALL)

Dazu kommt die Mietpreisexpllosion in den Ballungszentren, wo ganz normale Familien keine Chance mehr haben, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Ältere Menschen, die im dritten Stock wohnen, eine schöne Wohnung haben, in deren Haus es aber keinen Fahrstuhl gibt, würden manchmal gerne umziehen in eine altengerechte Wohnung. Aber angesichts der Mietentwicklung können sie sich das nicht leisten, und deshalb bleiben sie in der Wohnung, die eigentlich zu groß für sie ist und die eine Familie gut gebrauchen könnte. Wir kriegen keine vernünftige Sozialstruktur hin wegen dieser Mietpreisentwicklung, auch weil es zu wenige Wohnungen gibt.

Und wie ist es mit der „Sozialen Stadt“? Ein Programm, das Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Bundesregierung entwickelt haben und das Konservative und Liberale zusammengestrichen haben. Ich war in Dortmund, im Dortmunder Norden. Da gibt es eine wirklich klasse Grundschule. Sie hat einen großen Migrationsanteil und macht eine tolle Arbeit. Aus aller Welt kommen Leute dahin und wollen wissen: Wie macht ihr das? Die Antwort ist: Wir haben tolle Ergebnisse, aber eigentlich müssen wir noch früher anfangen. Wir müssen mit Kindertagesstätten in die großen Mietskasernen, nicht damit die Kinder irgendwohin können, sondern damit wir mit Eltern und Kindern arbeiten können. Dafür brauchen wir unbedingt eine Erneuerung und Erweiterung des Programms „Soziale Stadt“, das die SPD geschaffen hat.

(VEREINZELT BEIFALL)

Denn unsere Wohnungen hier gehören allen möglichen Leuten; die kriegen wir nicht zu einer vernünftigen Entwicklung. Wir müssen sie kaufen, um damit etwas machen zu können. Dafür hat die Stadt Dortmund aber kein Geld. Das muss wieder Teil der Sozialen-Stadt-Politik in Deutschland werden.

(BEIFALL)

Ich komme zu einem ganz klaren Ergebnis: Verwahrloste Städte und Gemeinden, liebe Genossinnen und Genossen, erzeugen verwahrloste Köpfe und Seelen und am Ende eine verwahrloste Gesellschaft. Die soziale Gesellschaft beginnt in der Sozialen Stadt, und dafür muss die SPD wieder sorgen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Jetzt habt ihr alle Beifall geklatscht. Jetzt kommen wir aber zu der Frage: Wie machen wir das? Das hat mit der Debatte zu tun: Wie geht das jetzt weiter mit der Großen Koalition? Dieser Parteitag ist ein Parteitag des Übergangs. Er findet zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt statt.

(VEREINZELT BEIFALL)

Es steht bloß leider im Organisationsstatut, dass wir ihn machen müssen. Er findet in der Nähe einer Wahlniederlage statt. Und bevor wir überhaupt sagen können, was bei der Großen Koalition eigentlich herauskommen kann.

Jeder von euch hat doch in den letzten zwei Tagen gespürt, wie unsicher und wie unwohl wir uns alle in dieser Frage fühlen. Natürlich zeigt sich das auch an den Wahlergebnissen zum Parteivorstand. Das ist sozusagen ein Zeichen dieses Unwohlseins - keine Frage.

Übrigens: Das finde ich absolut normal. Ich finde nur ein einziges Wahlergebnis nicht normal: Dass die deutsche Sozialdemokratie jemanden, der eine absolute Mehrheit in seiner Stadt erobert hat, mit einem solchen Wahlergebnis belegen kann. Das finde ich nicht normal.

(BEIFALL)

Das ist meine einzige Anmerkung dazu, Genossinnen und Genossen.

Wir sollten einmal etwas machen, was wir lange nicht mehr gemacht haben, nämlich auch mal eine Nachbereitung des Parteitages in den Delegationen vornehmen.

(BEIFALL)

Ich will dazu nicht mehr sagen. Aber wenn man mich einlädt, sage ich ein bisschen mehr dazu. - Okay, ich bekomme keine Einladung. Auch in Ordnung.

Ich will aber jetzt zu der Frage kommen: Wie schaffen wir das denn nun? Die Kommunalpolitiker, die eben Beifall geklatscht haben, müssen doch jetzt die Frage beantworten: Was machen wir denn nun, damit das besser wird?

Da sage ich euch: Das ist eines der großen Themen, die wir in den Koalitionsverhandlungen bewegen müssen. Aber das bedeutet auch, dass man sich darauf einlassen muss.

Es geht nicht, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir auf Parteitagern wie diesem Dinge beschreiben, die dringend gelöst werden müssen, und dann aus Angst vor den damit verbundenen Schwierigkeiten in der Regierung nicht einmal den Versuch unternehmen, etwas zu bewegen.

Das meine ich mit Unklarheit im Verhältnis zu den jetzt laufenden Koalitionsverhandlungen.

Ich habe gestern den ganzen Tag all denen aufmerksam zugehört, die Sorgen haben. Ja, die teile ich auch. Aber wenn wir jetzt von hier weg nach Hause fahren, dann - so finde ich - müssen wir miteinander eine klare Haltung haben, was jetzt in den nächsten zwei, drei Wochen passieren muss.

Wir brauchen eine klare Haltung. Ich sage euch, die klare Haltung ist erstens: Wir werden der Partei keinen Koalitionsvertrag vorlegen, der aus Prüfungsaufträgen besteht und der keine Klarheit in den Politikfeldern schafft. Das werden wir nicht machen.

(BEIFALL)

Zweitens muss in diesem Koalitionsvertrag aus sozialdemokratischer Sicht klar sein, dass wir einen Mindestlohn von 8,50 Euro flächendeckend in Deutschland bekommen,

(BEIFALL)

dass wir Leih- und Zeitarbeit endlich wieder zurückführen, Werkverträge zurückführen und dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Deutschland gilt,

(BEIFALL)

dass wir Altersarmut bekämpfen und dass wir denjenigen, die jahrzehntelang gearbeitet haben, nach 45 Jahren die Chance geben, mit 63 abschlagsfrei in Rente gehen zu können, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich will das einmal für diejenigen übersetzen, die mit der Rente mit 67 hadern. Das bedeutet, dass für alle nichtakademischen Berufe, für die, die wenig verdienen, für die, die geringe Renten haben, für die, die Schichtarbeit machen, die nicht in Großbetrieben sind, sondern die Fliesenleger oder Steinmetze sind, die bei Aldi arbeiten oder Lkw fahren, dann endlich Schluss ist mit der Bedrohung, durch die Rente mit 67 nur Rentenkürzungen zu erfahren. Die müssen nach 45 Jahren in Ruhe in Rente gehen können, mit einer Rente, von der man leben kann, ohne Abschläge, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich will, dass in diesem Koalitionsvertrag steht, dass wir mehr für Bildung ausgeben und nicht nur für Banken in Europa, liebe Genossinnen und Genossen. Endlich mehr Geld für den Kita-Ausbau, für Ganztagschulen und auch dafür, dass wir dort anständig Personal einstellen können. Ganztagschule heißt doch nicht Verlängerung des Vormittags in den Nachmittag. Das heißt, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagogen, Sportpädagogen müssen in unseren Schulen sein, wenn wir sie wirklich zu etwas machen wollen, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Ich will, dass wir die Gleichstellung von Männern und Frauen endlich voranbringen, aber auch in den Feldern, über die ich in meiner Parteirede gesprochen habe.

Ich will, dass wir das, wo wir gestern alle geklatscht haben, als Martin Schulz gesagt hat, er hat es geschafft, in den Koalitionsvertrag hineinzuschreiben, dass das soziale Europa gleichberechtigt neben dem Binnenmarkteuropa steht, dass das Realität wird. Dass wir die Chance zu einer Kurskorrektur in Europa, die wir in der Regierung hätten, nicht verpassen. Ich weiß nicht, ob es euch aufgefallen ist: Ganz Europa schaut auf diesen Parteitag - und das ist kein Pathos, ich übertreibe nicht. Die gucken hierher, ob wir ihnen helfen wollen oder ob wir uns in den nächsten Monaten verdrücken. Darum geht es, wenn wir in die große Koalition gehen.

(BEIFALL)

Unsere europäischen Vorstellungen, unser Internationalismus ist nichts wert, wenn wir dafür nicht ins Risiko gehen, liebe Genossinnen und Genossen. Das wollen die von uns. Wir sind es ihnen schuldig, das

auszuprobieren, und nicht schon vorher die Flinte ins Korn zu schmeißen. Ich bitte darum, dass wir das zu Hause auch erklären.

(BEIFALL)

Wir wollen, dass wir Schluss damit machen, dass in Länder, die Diktaturen sind, Panzer geliefert werden. Und dass Deutschland der größte Waffenexporteur der Welt ist, muss auch zu Ende sein.

(BEIFALL)

Wir wollen, dass die Zukunft der Städte, der Gemeinden, der Kommunen auch wirklich eine lebenswerte Zukunft ist. Wenn das alles im Koalitionsvertrag steht - verdammt noch mal! - dann dürfen wir doch keinen Zweifel daran lassen, dass wir den auch unterschreiben und in der SPD mehrheitsfähig machen. Es kann doch nicht wahr sein, dass wir diese Chance verpassen!

Ach, übrigens: Und die doppelte Staatsbürgerschaft, natürlich!

(BEIFALL)

Ich werde der SPD keinen Koalitionsvertrag vorlegen, in dem die doppelte Staatsbürgerschaft nicht drin ist, liebe Genossinnen und Genossen. Das mache ich nicht.

(BEIFALL UND JUBEL)

Aber wenn wir es jetzt hinkriegen - es gibt die Chance, es ist beileibe nicht sicher, dass wir das hinkriegen - aber wenn wir es hinkriegen, dann brauche ich eure Hilfe, denn nicht nur ihr und wir sind unsicher, der Parteitag ist auch ein Spiegelbild der Unsicherheit unserer Mitglieder.

Wisst ihr, was die Konsequenz eines Mitgliedervotums ist? Jeder in der SPD trägt dann die gleiche Verantwortung. Jeder in der SPD muss dann so handeln, wie der Vorsitzende handeln würde. Die ganze Verantwortung liegt dann bei jedem einzelnen SPD-Mitglied.

Ich kann einen solchen Koalitionsvertrag, der all das beinhaltet, wo ihr eben geklatscht habt, den kann ich nicht alleine durchsetzen. Den können wir hier im Parteivorstand nicht alleine durchsetzen. Da brauchen wir eure Hilfe und Unterstützung.

Ich werde von keinem von euch verlangen, etwas abzusegnen, von dem wir nicht überzeugt sind. Ich werde all das, was ich gesagt habe, entweder Im Koalitionsvertrag sehen, oder ich werde ihn nicht vorlegen. Aber wenn ich das mit Hilfe der anderen hier vorne hinkriege, wenn wir das schaffen, Genossinnen und Genossen, dann müsst ihr vor Ort kämpfen. Dann dürft ihr nicht zweifelnd in die Mitgliederversammlungen gehen.

(BEIFALL)

Wenn wir dann losmarschieren, geht es um die Zukunft der Sozialdemokratie in den nächsten 20, 30 Jahren. Das muss jeder wissen.

Das ist keine einfache Entscheidung, jeder muss dann zu Hause Verantwortung tragen. Wir - nicht nur wir hier im Parteivorstand - wir alle sind die Führung der Partei. Ja, das bist du! Jeder und jede einzelne Delegierte. Na klar!

Das „ihr da oben, wir hier unten“ funktioniert nicht bei einem Mitgliedervotum.

(BEIFALL)

Wir versprechen euch - ich auch - wir kommen überall hin, soweit es unsere Zeit zulässt, zu Veranstaltungen, wo wir uns dann die Nächte um die Ohren schlagen. Wir kommen überall hin. Wir werden, wenn wir etwas haben, von dem wir überzeugt sind - und nur dann brauchen wir überhaupt zusammenzukommen, dann kommen wir überall hin. Ihr werdet uns überall einladen. Wo immer wir können, werden wir kommen und euch helfen, das zu vertreten.

Aber wir werden nicht so viele Veranstaltungen hinbekommen, dass wir alle erreichen, sondern das können wir nur mit euch zusammen und vielen anderen mehr.

Deswegen lautet meine Bitte: Lasst uns jetzt ernsthaft verhandeln. Lasst uns der anderen Seite auch sagen: Hört mal zu, ihr habt uns jetzt zweimal gebeten, weiter zu verhandeln, ohne jedes Ergebnis. Ihr habt uns in den Konvent geschickt ohne jedes Ergebnis. Ihr habt uns in einen Parteitag geschickt ohne jedes Ergebnis. Jetzt müsst ihr liefern, liebe Leute von der Union. Jetzt müsst ihr liefern!

(BEIFALL)

Wir Sozialdemokraten wissen, wir haben 25,7 Prozent gehabt und die fast 42. Das wissen wir. Wir wissen, dass wir nicht alles durchsetzen können. Aber es gibt ein paar Dinge, ohne die die SPD nicht in einer Regierung geht. Wir sind nicht zum Nulltarif zu haben - und auch nicht zum halben Tarif. Uns gibt es nicht für ein paar Ministerposten - mich übrigens auch nicht. Es gibt ja viele, die das glauben. Mich gibt es da auch nicht.

(BEIFALL)

Ich empfinde es als große Ehre, Vorsitzender der SPD zu sein. Als ich einmal angefangen habe, habe ich mir das nie im Leben vorstellen können. Und ihr dürft euch darauf verlassen: Ich werde die SPD im 150. Jahr ihres Bestehens nicht in eine Koalition hineinführen, von der ich als Sozialdemokrat nicht überzeugt bin. Darauf könnt ihr euch verlassen.

(BEIFALL)

Und selbst, wenn ich es versuchen würde - die anderen würden mich daran hindern. Wer mir nicht traut - da sitzen genug, die aufpassen.

Aber das reicht noch nicht. Ihr müsst dann mithelfen, es erklären und durchkämpfen.

Wenn die Führung - dazu gehört ihr auch - am Ende wackelt, dann wackelt die ganze Partei, und dann geht es um mehr als um eine Koalitionsvereinbarung. Das wollte ich euch am Beispiel der Kommunen einmal gesagt haben,

(BEIFALL)

Damit ist hoffentlich auch klar geworden, dass ich immer noch der Alte bin. Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(LANG ANHALTENDER, RHYTHMISCHER BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Lieber Sigmar, ganz herzlichen Dank. Wir sind damit in der Debatte über den IA 3. Ihr seht, welch weitreichende Bedeutung der hat.

Unmittelbar zum Antrag, glaube ich, spricht jetzt Florian. Im folgt Brigitte Fronzek.

Ich darf einmal auf Folgendes hinweisen: Tut uns bitte den Gefallen und bleibt heute Morgen einfach im Saal. Wir bekommen es hier so hin, dass wir alle rechtzeitig nach Hause kommen, aber das schaffen wir nur, wenn wir jetzt während der Debatte gleichzeitig auch noch Wahlgänge einflechten dürfen. Wenn dann immer wieder welche rein oder raus müssen, schaffen wir das nicht. Wir bekommen das jetzt gut hin und machen es hier oben wirklich zügig. Wenn ihr im Raum bleibt, geht es noch besser.

Jetzt spricht Florian, danach Brigitte, und dann würden wir wieder einen Wahlgang einschieben.

Florian Pronold, Parteivorstand: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Lieber Sigmar, du hast gesagt, die Zukunft Deutschlands liegt in der Sozialen Stadt. Du hast die Verbindung dazu gezogen, dass es darauf ankommt, was wir in diesen Koalitionsvertrag hineinschreiben. Es gibt durch die Antragskommission einen Erledigungsvermerk nicht. Dieser Erledigungsvermerk, den es nicht gibt, heißt „Erledigt durch Koalitionsverhandlungen“. Es gibt nur den Vermerk: „Irgendwann steht das mal im Koalitionsvertrag, und das wird umgesetzt.“ Aber genau zu dem Thema, über das wir heute reden, nämlich zu der Frage, wie es in den Kommunen weitergeht, was mit der Sozialen Stadt passiert und was vor allem mit bezahlbaren Wohnen in den Städten passiert, haben wir ein Zwischenergebnis erkämpft, dass 100 Prozent sozialdemokratische Handschrift trägt. Wir haben in den bisherigen Verhandlungen durchgesetzt - darauf bin ich stolz -, dass wir die Kürzungen, die Schwarz-Gelb bei der Sozialen Stadt gemacht hat, rückgängig gemacht haben.

(BEIFALL)

Wir haben bei den Veranstaltungen vor Ort alle erlebt, wie wir Glasscherbenviertel in die Stadt-Gesellschaft zurückholen konnten. Wer erinnert sich noch an den FDP-Generalsekretär, der uns im Deutschen Bundestag entgegeng gehalten hat, die Zeiten, wo kopftuchtragende türkische Mädchen aus Steuerzahlermitteln, aus Soziale-Stadt-Projekten noch eine Bücherei finanziert bekommen, seien vorbei. Das war die Begründung für die Kürzung der Sozialen Stadt um über 80 Prozent.

Wir haben jetzt in unserer Verhandlungsrunde durchgesetzt, dass die Städtebauförderung wieder nach oben geht, dass wir die Soziale-Stadt-Mittel verdreifachen und dass wir es hinbekommen, dass auch die Notleidenden Kommunen Hilfe bekommen, damit sie das überhaupt in Anspruch nehmen können. Diejenigen, die es am notwendigsten brauchen, können das zukünftig auch bekommen, um den sozialen Zusammenhalt vor Ort zu stärken. Das war nämlich das Wesensmerkmal der Sozialen Stadt: Wir investieren nicht in Beton, sondern wir investieren in den sozialen Zusammenhalt. Das „Wir“ entscheidet.

(BEIFALL)

Der zweite Punkt, liebe Genossinnen und Genossen: Bezahlbares Wohnen, Mietpreisbremse, Absenkung der Mietkappungsgrenzen. Bezahlbares Wohnen dadurch, dass wir das Thema energetische Sanierung aufgreifen. Die Masse der Menschen in den Metropolregionen hat heute Angst davor, wenn energetisch saniert wird, dass sie es sich nachher nicht mehr leisten können. Wir sind an die Modernisierungumlage gegangen, und wir haben etwas durchgesetzt, was viele Menschen ärgert, dass nämlich Kosten auf sie übergewälzt werden. Wir haben beschlossen: Wer anschafft, zahlt. Die Maklergebühren werden zukünftig von dem bezahlt, der sie bestellt, und nicht von den Mieterinnen und Mietern. Ich glaube, auch das ist ein tolles Verhandlungsergebnis.

(BEIFALL)

Deswegen wird an dem Beispiel des Antrags, der heute vorliegt, deutlich, wofür wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen und dass wir das nicht nur auf Parteitage machen, sondern dass wir Koalitionsverträge aushandeln wollen, in denen genau dieser soziale Zusammenhalt vor Ort gestärkt wird. Wir haben dafür gemeinsam mit Sören Bartol, Mike Groschek und vielen anderen in unserer Arbeitsgruppe gekämpft und ein Ergebnis erreicht, das alleine schon dazu führt, dass sozialdemokratische Handschrift in diesem Teil deutlich wird. Jetzt kommt es darauf an, dass wir in den Kämpfen, die wir in den nächsten zwei Wochen haben, auch diesen sozialen Zusammenhalt für die Kommunen retten, dass wir den bewahren, dass wir bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt zum Markenzeichen auch dieses Koalitionsvertrags entwickeln. - Herzlichen Dank.

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Das Wort hat jetzt Brigitte Fronzek aus Schleswig-Holstein.

Dann, liebe Genossinnen und Genossen, schieben wir die Wahl der Bundesschiedskommission dazwischen und machen dann in Debatte weiter. Also bleibt bitte im Saal oder kommt in den Saal, weil wir gleich einen Wahlgang einschieben.

Brigitte Fronzek, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben jetzt gelernt, dass es in dieser Partei kein Oben und kein Unten mehr gibt. Ich gehe davon aus, dass ich jetzt auch 30 Minuten rede.

(BEIFALL)

Der Antrag „Starke Kommunen“ kommt sehr gut begründet und sehr sachlich daher. Deshalb erlaubt mir, noch einmal etwas zu verdeutlichen. Für viele Kommunen ist die finanzielle Ausstattung existenziell. Wir können unsere Aufgaben nicht erfüllen, wenn die Finanzen nicht stimmen. Der Sanierungsbedarf an unseren Schulen und Kindertagesstätten ist riesig. Sie sind in den 70er-Jahren gebaut worden -das hat Sigmar gerade auch erzählt -, und sie müssen jetzt grundsaniert, grunderneuert und zum Teil neu gebaut werden. Damit wir das - nichts Neues, sondern nur das erhalten, was da ist - können, brauchen wir die Entlastung bei der Eingliederungshilfe, und wir brauchen es zunächst, dass zumindest die nächsten vier Jahre nicht schon wieder über eine Gewerbesteuerreform zulasten der Kommunen geredet wird. Wir erwarten stattdessen, dass endlich eine tragfähige Grundsteuerreform in Angriff genommen wird. Auch daran werden wir den Koalitionsvertrag messen. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

WAHL DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir schieben jetzt die Wahlen zur Schiedskommission ein. Dazu braucht ihr wieder euer Abstimmungsgerät. Ich gehe davon aus, dass ich jetzt nicht noch einmal die gesamte Prozedur erklären muss.

Wir rufen als Erstes die Wahl des oder der Vorsitzenden der Bundesschiedskommission auf. Es handelt sich hier um eine Einzelwahl gemäß § 7 der Wahlordnung. Auch hier wieder der Hinweis an die Medienvertreter, die Kameras nicht auf die Abstimmgeräte halten, solange der Wahlgang geöffnet ist. Da es nur eine Kandidatin gibt, habt ihr die Möglichkeit, mit 1 für Zustimmung, 2 für Ablehnung oder 3 für Enthaltung zu wählen. Sobald wir abgestimmt haben, wird unmittelbar ausgezählt. Nach kurzer Zeit ist auch das Ergebnis festgestellt. Denkt daran, auf Enter zu drücken, um euer Votum abzugeben.

Die Kandidatinnen und Kandidaten für alle Ämter sind euch auf einem Vorstellungsblatt vorgestellt worden. Als Vorsitzende der Schiedskommission kandidiert Hannelore Kohl.

Haben alle ihr Gerät bei der Hand, und hat jetzt jeder seine weiße Karte in das Gerät reingesteckt? – Sehr gut, dann können wir den Wahlgang starten.

Gibt es noch Abstimmungsbedarf? Ansonsten würde ich den Wahlgang jetzt schließen. – Der Wahlgang ist geschlossen.

Das Wahlergebnis wird gleich verkündet. Ich nutze die Zeit, bis das Ergebnis vorliegt, um euch zu erklären, was jetzt folgt: Wir kommen zur Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden. Wir haben zwei Kandidaten für zwei Plätze. Es ist also eine Listenwahl. Da es zwei Plätze und zwei Kandidaten gibt, müsst ihr mindestens eine und dürft maximal zwei Stimmen abgeben.

Wir warten aber noch auf das Ergebnis zur Wahl der Vorsitzenden. – Es ist so weit, wir können das Ergebnis verkünden. Miriam, du hast das Wort.

Miriam Pichler, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Auch von mir einen wunderschönen guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Darf ich kurz um eure Aufmerksamkeit bitten. Ich möchte das Ergebnis der Wahl zur Vorsitzenden der Bundesschiedskommission bekannt geben. Es wurden 425 Stimmen abgegeben. Ungültig waren davon 3. Somit haben wir 422 gültige Stimmen. Mit Ja haben gestimmt: 415. Es gab 2 Enthaltungen. Mit Nein haben gestimmt: 5. Das bedeutet eine Zustimmung von 98,34 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen. Herzlichen Glückwunsch!

(BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Herzlichen Glückwunsch! Hannelore, nimmst du die Wahl an?

(ZURUF VON HANNELORE KOHL)

- Vielen Dank.

Jetzt können wir die Stellvertreter wählen; ihr seht die Namen der Kandidaten an der Wand. Noch einmal: Es ist eine Listenwahl, das heißt, ihr müsst mindestens eine und maximal zwei Stimmen abgeben und eure Wahl jeweils mit Enter bestätigen. Haben alle ihre Geräte bei der Hand und die Karte eingesteckt? – Dann können wir jetzt den Wahlgang eröffnen.

Kann ich davon ausgehen, dass ihr eure Stimme abgegeben hat?

(ZURUFE: NEIN!)

– Okay, dann warten wir kurz. – Gibt es jetzt noch Abstimmungsbedarf? – Damit kann ich die Abstimmung schließen, und wir setzen mit der Antragsberatung fort.

FORTSETZUNG DER ANTRAGSBERATUNG ZUR KOMMUNALPOLITIK

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Das Wort hat jetzt Christian Vogel aus Bayern. Ihm folgt Annette Sawade aus Baden-Württemberg. Danach findet der nächste Wahlgang statt, also bleibt bitte im Saal. Christian, du hast das Wort.

Christian Vogel, Bayern: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Mit dem Antrag zur Kommunalpolitik senden wir ein ganz wichtiges Signal aus. Ich bin Sigmar dankbar, dass er sehr deutlich gemacht hat, dass er nur dann einen Koalitionsvertrag vorlegen wird, wenn darin wichtige sozialdemokratische Ziele enthalten sind. Um genau solch ein Thema geht es hier: Die Kommunalpolitik ist ganz zentral für die SPD.

Genossinnen und Genossen, ich trage eine schwere Bürde: Ich habe nämlich gerade noch eine SMS von meinem Oberbürgermeister bekommen, seines Zeichens Städtetagpräsident. Das zeigt schon, dass die Sozialdemokraten auch in Bayern die Großstädte hervorragend regieren. Uli Maly hat mir gerade noch geschrieben „Seid ihr schon so weit?“ – Ich habe zurückgeschrieben: Nein wir sind noch nicht so weit. Aber ich glaube, es ist überhaupt gar keine Frage: Dieser Parteitag wird heute ein einstimmiges Signal zugunsten der Kommunen abgeben. Wir werden mit dem eingebrachten Antrag ein klares Signal senden, weil wir die Partei der Kommunalpolitik sind.

Daran, Genossinnen und Genossen, will ich euch erinnern und um eure Unterstützung bitten. Lasst uns von diesem Parteitag das Signal geben: Wir werden einem Koalitionsvertrag nur zustimmen, wenn es eine Stärkung der Kommunen gibt, wenn die Ausstattung der Kommunen besser wird. Die Städte brauchen Unterstützung, damit wir unseren Aufgaben auch in Zukunft gerecht werden können. Wir machen diese Arbeit gerne und wollen vor Ort der erste Ansprechpartner sein. Aber dazu brauchen wir die Unterstützung des Bundes. Wir brauchen Unterstützung, wenn es um eine bessere Eingliederungshilfe geht. Wir brauchen ein Signal, dass die Kommunen auch in Zukunft handlungsfähig bleiben. In diesem Sinne bitte ich euch herzlich: Nehmt den Antrag ernst. Stimmt dafür, und kämpft mit uns gemeinsam für eine starke SPD in den Kommunen! – Vielen herzlichen Dank.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank. – Jetzt kommt Annette Sawade und dann, wie gesagt, der nächste Wahlgang.

Annette Sawade, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben vorhin gehört, wie viele von euch in der Kommunalpolitik unterwegs sind. Wir haben hier geballten kommunalpolitischen Sachverstand! „Die SPD ist die Kommunalpartei Deutschlands“, heißt es im letzten Satz unseres Leitantes. Ich muss das an dieser Stelle einfach noch mal betonen.

In diesem Antrag geht es – deswegen bitte ich um eure Unterstützung – darum, womit unsere Städte und Gemeinden in Zukunft zu tun haben. Es geht um eine immer älter werdende Gesellschaft, eine größer werdende Kluft zwischen finanzstarken und finanzschwachen Regionen, und es geht um die oft sehr unterschiedliche Entwicklung zwischen ländlichen Räumen und unseren Metropolen. Bund, Länder und Kommunen sind gemeinsam gefragt, hierfür Lösungen zu entwickeln und die erforderlichen Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Genau dafür brauchen wir breite Mehrheiten.

Liebe Genossinnen und Genossen, der vorliegende Leitanspruch formuliert die notwendigen Antworten einer sozialdemokratischen Politik zur Stärkung unserer Kommunen. Unser Ziel sind handlungsfähige Kommunen, die ihrem Daseinsvorsorgeauftrag auch nachkommen können. Das gibt es nicht zum Nulltarif, ganz egal, ob wir über Maßnahmen für die Wirtschaft, für eine gute Bildung, Ausbildung, für Integration, eine solidarische Bürgergesellschaft oder Inklusion sprechen.

Wir als SPD machen mit unserer Politik deutlich, dass es nicht darum geht, Verbesserungen für einzelne Teilbereiche zu erreichen. Es geht darum, ganzheitlich auf Bundes-, Landes- und auf kommunaler Ebene zu gestalten. Und wir müssen der strukturellen Unterfinanzierung unserer Städte, Gemeinden und Kreise entscheidend entgegenwirken. Es geht auch darum, dass wir Einnahmen verstetigen und nicht - wie immer versucht wird - an der Gewerbesteuer drehen. Wir brauchen für unsere Kommunen einen Dreiklang aus weiteren Sozialkostenentlastungen - Stichwort: Eingliederungshilfe -, stabilen Einnahmen und flankierenden Investitionshilfen.

(BEIFALL)

Wir müssen differenzieren zwischen Regionen, die wirtschafts- und strukturpolitisch gut dastehen, und Regionen, die vor allem von Abwanderung und hoher Arbeitslosigkeit bedroht sind. Auch wenn es um ganzheitliche Konzepte geht, brauchen wir individuelle Strategien. Ich begrüße es sehr, dass diese Themen von unseren Genossinnen und Genossen in den Koalitionsverhandlungen immer wieder zum Thema gemacht werden und dass Lösungen eingefordert werden.

Danke für die bisherige Arbeit dort. Wir werden dranbleiben und immer kontrollieren, dass es wirklich vorangeht; denn wir wollen doch nicht, dass junge Familien ihre Heimatorte verlassen, weil sie nicht ausreichende Kita-Plätze zur Verfügung haben oder die Vereinbarung von Beruf und Familie einfach nicht möglich ist, weil Taxi „Mama“ die einzige Möglichkeit für Jugendliche ist, zu ihrer Ausbildungsstätte zu kommen, oder weil die Mieten nicht mehr zu bezahlen sind.

Es kann doch nicht sein, dass Unternehmen sich gegen einen Standort entscheiden, weil Ortschaften nicht ausreichend mit Internet-Breitband versorgt sind. Gleiches gilt für Straßen, ÖPNV und bezahlbaren Wohnraum. Das wurde schon vielfältig erwähnt. Wir haben im kommenden Jahr in elf Bundesländern Kommunalwahlen. Hier entscheiden die Menschen, wer künftig vor Ort die Politik gestaltet. Die bevorstehenden Aufgaben sind groß. Unsere sozialdemokratischen Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich gern dieser Herausforderung.

Deshalb an dieser Stelle ein Werbeblock: Wir werben für Kandidaturen, und wir werben besonders für Frauen, sich für dieses Amt zu bewerben.

(BEIFALL)

Wir als SPD kämpfen dafür, dass die Rahmenbedingungen so gestaltet sind und werden, dass ein solidarisches soziales Miteinander in unseren Kommunen möglich ist und sein wird. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

FORTSETZUNG DER WAHLEN ZUR BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. - Wir kommen jetzt noch einmal zum Thema Bundesschiedskommission und bekommen ein Ergebnis präsentiert.

Miriam Pichler, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Ich gebe euch jetzt das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesschiedskommission bekannt.

Abgegeben wurden 448 digitale Stimmzettel. Davon waren null ungültig. Also haben wir 448 gültige.

Da es eine Listenwahl war, ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Das waren also mindestens 225 Stimmen.

Werner Ballhausen bekam 414 Stimmen und ist somit gewählt.

Roland Rixecker bekam 409 Stimmen und ist somit auch gewählt.

Herzlichen Glückwunsch!

(BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. - Viele Kandidatinnen und Kandidaten der Bundesschiedskommission konnten heute aus unterschiedlichen Gründen nicht anwesend sein. Sie haben aber ihre schriftliche Erklärung abgegeben, dass sie im Fall ihrer Wahl die Wahl annehmen. So können wir davon jetzt bei diesen beiden ausgehen.

Wir komplizieren die Wahl zur Bundesschiedskommission durch die Wahl von vier weiteren Mitgliedern. Für diese vier Plätze haben wir exakt vier Kandidatinnen und Kandidaten. Das kann es vereinfachen.

Auch hier gilt wieder eine Listenwahl. Das heißt, mindestens zwei, maximal vier Stimmen sind abzugeben. Es werden wieder die Ziffern 1, 2, 3 und 4 eingeblendet. Nach jeder Ziffer könnt ihr ein „Enter“ setzen und das damit bestätigen.

Ihr habt alle euer Gerät in der Hand. Ihr könnt die Karte einschieben. - Damit eröffne ich diesen Wahlgang. - Ihr wisst, dass ihr euch vertrauensvoll an die Menschen in den weißen T-Shirts wenden könnt, wenn es technische Probleme geben sollte.

Wird noch irgendwo gewählt? - Wir haben es geschafft. Dann kann ich den Wahlgang hiermit schließen.

FORTSETZUNG DER ANTRAGSBERATUNG ZUR KOMMUNALPOLITIK

Doris Ahnen, Parteitagspräsidentin: Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen uns wieder zwei Redebeiträge anhören. Dann werden wir in den nächsten Wahlgang einsteigen.

Das Wort hat jetzt Manuela Schwesig.

Manuela Schwesig, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte ausdrücklich den Werbeblock von Annette Sawade unterstützen, dass sich möglichst viele bereit erklären, für die Kommunalwahlen, die im nächsten Jahr anstehen, zu kandidieren. Wir freuen uns natürlich, wenn da auch viele Frauen an Bord sind; denn wir haben hier nicht umsonst beschlossen: Die SPD muss weiblicher werden.

Ich selbst bin in der Kommunalpolitik groß geworden. Sie ist für mich nicht das Kellergeschoss, sondern das Fundament unserer Demokratie.

(BEIFALL)

Nur dann, wenn die Dinge in unseren Kommunen funktionieren, nur dann, wenn es in den Städten und Dörfern und Gemeinden gerecht zugeht und der soziale Ausgleich da ist, ist unser Land sozial. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns für die Kommunen stark machen.

Ich bin selbst, weil ich gerne Kommunalpolitik mache, immer noch sachkundige Angehörige meiner SPD-Stadtraktion in Schwerin. Wir erleben genau das, was viele drückt. Die Stadt hat ein hohes strukturelles Defizit. Die Soziallasten knallen uns um die Ohren, insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe. Es bleibt kaum Spielraum für die sogenannten freiwilligen Leistungen, die aber eigentlich wichtig sind, um die Kosten, zum Beispiel in der Kinder- und Jugendhilfe, nicht explodieren zu lassen. Deshalb ist es wichtig, dass wir eine vorsorgende Sozialpolitik, eine vorsorgende Kinder- und Jugendpolitik machen.

Aber auch im kulturellen Bereich brennt die Luft. Ich bin ehrenamtlich im Aufsichtsrat unseres Theaters tätig. Es schmerzt, wenn man anfangen muss, Stellen im künstlerischen Bereich abzubauen, bei Leuten, die ohnehin nicht viel verdienen, weil die Stadt sich die Zuschüsse nicht mehr leisten kann.

All das sind Beispiele - ihr kennt noch viel mehr -, die uns vor Ort drücken. Deshalb machen wir uns - auch in diesen Koalitionsverhandlungen - dafür stark, die Kommunen zu entlasten. Wir machen uns gerade in der Arbeitsgruppe „Frauen, Familie, Gleichstellung“ stark, insbesondere was das Thema Geld für den quantitativen, aber vor allem für den qualitativen Ausbau der Kitas angeht.

Auf Seite vier steht, dass präventive Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik verfolgt werden muss und dass wir die Inklusion leben wollen. Die Familienpolitik fängt für uns früh an. Es geht darum, dass Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Frauen und Männern gelebt werden kann, dass unsere Kinder von Anfang an die besten Bildungschancen bekommen.

Ich bin sehr stolz darauf, dass es uns gemeinsam gelungen ist - ich weiß, was die Kommunen dafür gestemmt haben -, dass das, was die SPD vor vielen Jahren durchgesetzt hat, nämlich den Rechtsanspruch auf Kita ab 1, zunächst in den Städten, Gemeinden und Dörfern Wirklichkeit für die Menschen wurde. Aber es geht

jetzt darum, diesen Rechtsanspruch auszubauen, damit für die, die diese Zeiten brauchen, wirklich Ganztags-Kitas zur Verfügung stehen.

Es geht aber vor allem darum, dass wir in der Qualität vorankommen. Ihr kennt die Diskussionen um kleinere Gruppen für die individuelle Förderung. Wir wissen alle, dass Erzieherinnen und Erzieher endlich besser bezahlt werden müssen. All das kostet Geld. Das können unsere Kommunen und Länder nicht alleine.

Die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Bildungschancen auch im frühkindlichen Bereich ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb hat die SPD an dieser Stelle eine klare Haltung: Wir wollen, dass sich Kommunen, Länder und Bund gemeinsam auch an diesen dauerhaften Betriebskosten beteiligen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Deshalb haben wir in unserer Arbeitsgruppe die klare Forderung gestellt, dass die laufenden Zuschüsse des Bundes zukünftig massiv angehoben werden sollen. Es geht eben nicht darum, dass Bundesgeld vorrangig in Straßen gesteckt wird, sondern wir wollen, dass Bundesgeld vorrangig in die Köpfe und Herzen unserer Kinder gesteckt wird.

(VEREINZELT BEIFALL)

Wir fordern, dass die 2 Milliarden Euro, die für das Betreuungsgeld zur Verfügung gestellt werden, genau in diese Kitas gesteckt werden, und dafür müssen wir nicht einmal Steuern erhöhen. Die CDU und die CSU könnten also locker mitmachen, wenn sie denn wollten.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich darf euch versichern, dass wir an dieser Stelle hart kämpfen. Dieses Thema ist offen – wie viele andere auch.

Wir haben einen wichtigen Punkt für die Kommunen erreicht: Wir haben in den letzten Jahren über das Bundeskinderschutzgesetz durchgeboxt, dass es Geld für frühe Hilfen gibt, weil uns der Schutz für die Kinder und ihre Familien wichtig ist und weil wir es nicht zulassen wollen, dass die Probleme in den Familien so groß werden, bis letztendlich alles eskaliert, sodass wir in die Familien gehen und die Kinder herausholen müssen.

Nein, wir wollen früher anfangen, mit guten Netzwerken für frühe Hilfen und mit wichtigen Angeboten der Hilfen zur Erziehung, zum Beispiel auch mit Familienhebammen. Deswegen haben wir zusätzliches Bundesgeld durchgesetzt. Das ist jetzt vor Ort angekommen, und wir haben in diesen Verhandlungen miteinander verabredet und durchgesetzt, dass dieses Bundesgeld auch verstetigt werden soll, damit der Kinderschutz auf Dauer vor Ort abgesichert ist.

Wir kämpfen derzeit auch darum, dass das, was wir im Bildungspaket durchgesetzt haben, umgesetzt wird. Hier geht es zum Beispiel um die Schulsozialarbeiter, die endlich vor Ort sind und bei der Herstellung von Chancengleichheit und sozialer Teilhabe der Kinder und Jugendlichen helfen, und darum, dass das Geld für die Mittagessen zum Ende des Jahres eben nicht befristet wird, sondern weiter zur Verfügung steht. Auch das ist ein Schwerpunkt in unseren Verhandlungen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ihr seht also: Es bewegt sich etwas. Viele dieser Punkte sind noch offen, aber ich kann euch genau wie Sigmar versichern: Wir werden um diese und andere Punkte kämpfen, weil wir wissen, dass wir diese Dinge für eine moderne Familienpolitik, aber vor allem auch für Chancen vor Ort – ganz konkret in den Städten und Dörfern – vorbringen müssen.

In unserer Arbeitsgruppe machen wir morgen damit gleich weiter, weil wir das sonst gar nicht schaffen würden. Wir werden morgen also genau an diesen konkreten Punkten, die hier in unserem Antrag stehen, weiterkämpfen, und ihr könnt euch darauf verlassen, dass wir kämpfen und nicht kuscheln.

(VEREINZELT BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Das Wort hat jetzt Jochen Ott aus Nordrhein-Westfalen. - Danach kommt wieder ein Wahlgang, liebe Genossinnen und Genossen.

Jochen Ott, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Manuela, du hast mir eine Vorlage geliefert, von der ich gar nicht ausgehen konnte, dass du sie mir liefern würdest.

Ich unterstütze alles, was du gesagt hast, inhaltlich. Ich halte das auch für eines der zentralen Politikfelder, aber bitte hört auf mit dem Satz: Es ist besser, in die Kinder zu investieren als in die Straßen.

Warum? Wir reden bei der Verkehrspolitik und bei dem, um was es in den Kommunen geht, nicht darüber, dass irgendwelche sinnlosen Straßen gebaut werden. Wir reden darüber, dass zwischen Bonn und Düsseldorf keine Rheinbrücke mehr in einem vernünftigen Zustand ist. Wir reden darüber, dass aufgrund des Zustands vieler Kilometer auf der A 45 die wirtschaftliche Dynamik in Gefahr ist, weil die großen Transporter dort nicht mehr fahren können. Wir reden bei den Hafenhinterlandverkehren sowohl in Norddeutschland als auch in Westdeutschland über besondere Probleme.

Deshalb müssen wir verstehen, dass wir immer - auch jetzt, wenn es um den Antrag zur Kommunalpolitik geht - auf zwei Beinen stehen müssen. Bei der Infrastruktur geht es um Bildung, Kinder, Familie und darum, Chancengleichheit zu verwirklichen. Es geht aber auch um Investitionen in Beton, wenn Brücken, Straßen und Schienen saniert werden müssen. Es geht sowohl darum, dass unsere Unternehmen eine gute Zukunft haben, aber auch darum, dass die Lebensqualität der Menschen in diesem Land gesichert wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Deshalb ist es wichtig – Sigmar hat das gesagt -, dass Parteitage im Bund und in den Ländern nicht immer nur schöne Dinge beschließen. Es muss auch darüber nachgedacht werden, was das anschließend für die Basis heißt.

Wir sagen: Mobilität 2.0 - moderne Mobilität in unseren Städten und Gemeinden. Das Problem ist aber doch: An vielen Stellen droht die Verwahrlosung unserer ÖPNV-Struktur. An vielen Stellen sind die Kommunen nicht in der Lage, dafür zu sorgen, dass das bestehende Netz da, wo es erhalten bleiben muss, auch erhalten bleibt.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir uns an dieser Stelle klar bekennen. Wir können hier auch nicht einfach nur sagen: „Wir wollen, dass die Lebensqualität der Menschen steigt“, wofür wir für

mehr Lärmschutz sorgen. Ich bin zwar dafür, dass wir an jeder Stelle für mehr Lärmschutz sorgen, aber dann müssen wir das auch mit mehr Geld unterlegen, weil nur noch so die Akzeptanz der Menschen für große Infrastrukturprojekte der Zukunft zu erreichen ist. Das betrifft die Menschen in den Kommunen ganz massiv.

Ich komme zur Städtebauförderung. Viele in den Städten und Gemeinden, auch ich, kämpfen für die Ausweitung der Städtebauförderung. Denkt das aber bitte auch gemeinsam zu Ende – mit den Ländern und den Kommunen. Viele Kommunen und viele Länder sind nämlich nicht mehr in der Lage, zusätzliche Fördermittel bereitzustellen. Wir als Fachpolitiker in den Ländern sind ja schon froh, wenn wir die Höhe der Mittel halten können. Deshalb lasst uns direkt dafür sorgen, dass diese gute Initiative aus Berlin – wenn die Große Koalition das so umsetzt – dann auch in den Kommunen, die sie dringend brauchen, ankommt, liebe Genossinnen und Genossen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Der Minister meines Bundeslandes, Mike Groschek, der ja da vorne sitzt, hat den Slogan ausgegeben: Heimat vor der Haustür - Das Leben im Quartier. Man muss vor Ort gucken, welche Förderprogramme wir für das Leben der Menschen im Quartier einsetzen.

Das schließt doch nahtlos an die Rede von Sigmar an. Wenn wir wieder da sein wollen, wo die Menschen sind, wo das Leben tobt – da, wo es stinkt, hat er beim letzten Parteitag gesagt -, dann ist das im Quartier. Wenn wir eine Politik aus einem Guss für die Menschen im Quartier machen, dann ist das genau der richtige Weg; denn du kannst die beste Kita und die beste Schule aller Zeiten in einem Stadtteil haben, aber wenn in diesem Stadtteil – das wurde eben gesagt – große unsanierte Hochhausbestände in den Händen von Heuschrecken sind, dann wird es für diese Kinder trotzdem schwierig. Deshalb müssen wir den ganzen Stadtteil in den Blick nehmen, Genossinnen und Genossen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Das alles muss aus einer Hand erfolgen. Das ist eine vernünftige sozialdemokratische Politik.

Wir haben früher „Wir in Nordrhein-Westfalen“ gesagt. Wir wollen heute sagen: Wir im Quartier gemeinsam für das, was für die Menschen notwendig ist. - Das wollen wir vorantreiben.

Letzter Punkt. Ich kann gar nicht nachdrücklich genug sagen, welche Leistung die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker erbringen. Mich als Vorsitzender in einer relativ großen Stadt in unserem Land macht es extrem betroffen, wenn mir gestandene Ratsfrauen und –männer sagen: Ich habe am Ende mehr Achtung und Ehre, wenn ich Vorsitzende eines Bürgervers, Vorsitzende einer Bürgerinitiative oder eines Kirchenvorstands oder Vorsitzender eines Karnevalsvereins bin, als wenn ich Ortsvereinsvorsitzender und Ratsmitglied der SPD bin. Warum ist das so? Sie sagen: Dann werde ich überall für mein ehrenamtliches Engagement gelobt. Wenn ich als Politiker – das hat Sigmar richtig beschrieben – auftrete, bekomme ich erst einmal vorgehalten, was auf allen anderen Eben alles falsch läuft.

Deshalb brauchen wir bei all dem eine breite Debatte über die Akzeptanz der Kommunalpolitik und ein Loblied auf unsere Kommunalpolitiker überall in der Bundesrepublik, weil ohne die funktioniert Demokratie in diesem Land nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

ERGEBNIS DER WAHL DER BEISITZER DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION UND WAHL DER KONTROLLKOMMISSION

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. – Wir erfahren jetzt das Ergebnis der Wahl der Besitzer der Schiedskommission. Miriam Pichler, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Nun komme ich zu den Ergebnissen der Wahl der weiteren Mitglieder der Bundesschiedskommission: Abgegeben wurden 420 digitale Stimmzettel. Davon waren drei ungültig. Also haben wir 417 gültige Stimmen. Ilse Brusis bekam 377 Stimmen und ist somit gewählt.

Kristin Keßler bekam 370 Stimmen und ist somit gewählt.
Thomas Notzke bekam 356 Stimmen und ist somit gewählt.
Johannes Risse bekam 355 Stimmen und ist somit gewählt.
Herzlichen Glückwunsch an die Gewählten.

(BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. – Ich frage Thomas Notzke, ob er die Wahl annimmt.

Thomas Notzke, Beisitzer der Bundesschiedskommission: Ja, ich nehme die Wahl an.

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. – Von den anderen liegt uns die Bestätigung vor. Damit ist dieser Wahlgang abgeschlossen.

Wir steigen unmittelbar in den nächsten Wahlgang ein, und zwar geht es jetzt um die Wahl zur Kontrollkommission.

Bei dieser Wahl ist Folgendes zu beachten: Laut Statut könnten wir über die neun Positionen, die wir zu besetzen haben, offen abstimmen. Es gibt aber zehn Kandidatinnen und Kandidaten. Deshalb empfehlen wir euch vom Präsidium, hier wieder eine geheime Wahl durchzuführen.

Gibt es da Widerspruch? - Das sehe ich nicht. Dann können wir so verfahren.

Es handelt sich bei dieser Wahl um eine Listenwahl. Auch hier ist die Quote zu beachten. Die Kontrollkommission besteht nun aus neun Mitgliedern; das heißt, mindestens vier Männer bzw. vier Frauen müssen ihr angehören. Bei der Wahl zur Kontrollkommission ist in diesem Fall eine einfache Mehrheit ausreichend. Das heißt jetzt, ihr müsst mindestens fünf und dürft höchstens neun Kandidatinnen und Kandidaten eure Stimme geben; ansonsten wäre es ungültig.

Die Nominierten stehen im Antragsbuch, auch, wer sie nominiert hat; das heißt, ihr könnt das dort nachvollziehen. Auch hier gilt wieder: Es ist eine Listenwahl. Das heißt, beachtet die Reihenfolge, die auf eurem Merkzettel steht, der wurde ausgeteilt. Darauf habt ihr die Zahlen, die ihr wählen könnt. Bitte maximal neun Stimmen abgeben, jeweils mit Enter bestätigen. Ihr kennt die alte Prozedur mit Gerät und Karte. Der Hinweis auf die Männer in den weißen T-Shirts ist auch bekannt.

Dann eröffne ich den Wahlgang. - Wo wird noch abgestimmt? - Wir brauchen noch einen Moment. - Ich frage noch einmal, ob noch irgendwo abgestimmt wird. - Dann schließe ich hiermit den Wahlgang.

FORTSETZUNG DER ANTRAGSBERATUNG ZUR KOMMUNALPOLITIK

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich würde euch gerne folgenden Vorschlag machen: Wir haben zur Kommunaldebatte noch sieben Wortmeldungen. Ich würde gerne, wenn ihr einverstanden seid, an dieser Stelle die Redeliste schließen.

(BEIFALL)

Gibt es dagegen Widerspruch? - Das scheint mir nicht der Fall zu sein. Ich würde darüber hinaus die sieben, die ich auf der Liste habe, bitten, vielleicht die fünf Minuten nicht ganz auszuschöpfen; denn wir möchten gerne gleich noch zusammen den Dröscher-Preis verleihen, in einer angenehmen Atmosphäre, wenn die Delegierten auch noch da sind. Insofern meine herzliche Bitte, die Zeit nicht ganz auszuschöpfen. Man kann eigentlich auch in drei Minuten alles Wichtige zu sagen, und manchmal geht es sogar noch schneller.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ulli Nissen hat jetzt das Wort. Ihr folgt Michael Groß.

Ulrike Nissen, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin Sigmar Gabriel sehr dankbar, dass er ein klares Signal an die CDU gesendet hat. Ich komme aus Frankfurt/Main und habe dort über 5.000 Hausbesuche gemacht und von vielen Bürgerinnen und Bürgern erfahren, wo es drückt. Frankfurt wächst pro Jahr um mehr als 10.000 Bürgerinnen und Bürger. Das bedeutet für uns ein riesiges Problem mit steigenden Mieten. Ich habe bei diesen Hausbesuchen auch gesehen, wie unterschiedlich die Häuser sind. Zum Beispiel Häuser von der Deutschen Annington sind zum Teil unerträglich. Deshalb sage ich ganz klar: Ich will keine weitere Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes. Wir müssen wirklich deutlich machen, dass wir das nicht weiter zulassen wollen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich bin der Verhandlungsgruppe um Florian Pronold und Sören Bartol sehr dankbar. Als neugewähltes Mitglied des Deutschen Bundestages werden wir hervorragend informiert, und ich bin wirklich sehr dankbar für das, was bisher herausgekommen ist.

Wichtig auch für Frankfurt sind die Mietpreisbremse, eine deutliche Ausweitung der Städtebauförderung und das Leitprogramm Soziale Stadt. Deshalb ist es ganz wichtig, dass dieses Signal auch an die CDU geht. Ohne eine starke Ausweitung der Fördermittel können wir diesem Koalitionsvertrag nicht zustimmen. Deshalb muss das, was Florian und Sören dort verhandelt haben, auch auf der F-Liste, wie sie so schön genannt wird, wirklich umgesetzt werden. Das ist sehr wichtig.

Bei den Hausbesuchen in vielen Stadtteilen ist für mich auch Folgendes deutlich gewesen: Ohne die Zusage der doppelten Staatsbürgerschaft brauche ich gar nicht nach Frankfurt zurückzukehren. Dann werden meine Frankfurterinnen und Frankfurter nicht zustimmen. Ein Dank an Sigmar, dass er das so klar formuliert hat. - Ich danke euch.

(VEREINZELT BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Wir danken dir auch. - Das Wort hat Michael Groß. Danach bitten wir die Mandatsprüfungskommission sich bereitzuhalten, um uns Ergebnisse mitzuteilen. Michael Groß, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Entschuldigung, dass ich so lange laufen musste. Ich versuche, es kürzer zu machen als drei Minuten. Mir ist wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass es notwendig ist, jetzt Entscheidungen zu treffen und die Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Ich komme aus einer Region zwischen Schalke und Dortmund. Ihr habt der Prognos-Studie entnehmen können, wie weit hinten wir in der Bundesligatabelle stehen. Die Eltern jedes dritten Kindes, das bei uns geboren wird, sind in der Grundsicherung. 60 Prozent der Eltern verdienen weniger als 18.000 Euro im Jahr. Das ist so wenig, dass sie gar keine Elternbeiträge bezahlen müssen. Von daher sind die Forderungen, die heute aufgestellt worden sind, elementar wichtig für uns. Die Eingliederungshilfe muss in der Größenordnung kommen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Wir brauchen ebenso den Mindestlohn. Der Mindestlohn würde für uns bedeuten, dass 60.000 Menschen ein verbessertes Einkommen haben.

Ich will aber auch noch einmal darauf hinweisen, dass wir das Thema Schulsozialarbeit nicht vergessen dürfen. Denn in den Schulen erleben die Kinder und Jugendlichen, was Chancengerechtigkeit und -gleichheit bedeuten. Deswegen werden wir vor Ort darauf achten, dass sich das in einem Koalitionsvertrag wiederfindet. - Herzlichen Dank und Glück auf.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Auch dir ganz herzlichen Dank. - Jetzt hat Silke Schindler das Wort. Ihr folgt Frank Schwabe.

Silke Schindler, Sachsen-Anhalt: Liebe Genossinnen und Genossen! Sigmar hat gesagt, Kommunen zeigen als Spiegelbild, wo Politik wirkt. Kommunen sind aber nicht nur Städte mit 100.000 Einwohnern und mehr, sondern es ist auch der ländliche Raum.

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich selbst komme aus Sachsen-Anhalt. Dieses Land besteht quasi zu 90 Prozent aus ländlichem Raum. Wir sind traditionell stark in den Städten. Aber wir dürfen deshalb den ländlichen Raum nicht vergessen. Der ländliche Raum ist auch nicht nur gut bei dem Thema „Demografiewandel bewältigen“, wo wir vieles erreichen und Beispiele geben. Aber wir wollen mehr. Mehr nicht in dem Sinne, dass wir nur darauf pochen, dass der ländliche Raum stärker und anders gefördert wird, sondern wir wollen, dass der ländliche Raum die Möglichkeit der Wertschöpfung bekommt.

Damit komme ich auf das Thema Energiewende in unserem Leitantrag. Dabei spielt die Wertschöpfung vor Ort eine große Rolle, und dazu habe ich an diesem Punkt einen Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag. Ich möchte, dass in dem Leitantrag in Zeile 477 zwei Sätze angefügt werden. Sie lauten: „Die erneuerbaren Energien stellen für viele Kommunen eine große Chance dar, regionale Wertschöpfung zu generieren. In diesem Zusammenhang ist es ökonomisch sinnvoll, die erneuerbaren Energien in die Energieversorgung der Kommunen einzubinden.“

(VEREINZELT BEIFALL)

Ich gebe das noch schriftlich rein, und ich bitte um Zustimmung zu dieser Ergänzung.

(VEREINZELT BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Frank Schwabe. Ihm folgt Gabriele Lösekrug-Möller.

(VEREINZELT BEIFALL)

Frank Schwabe, SPD-Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich mache es auch deshalb kurz, weil der Waltroper Bürgerbadverein schon auf die Verleihung des Wilhelm-Dröscher-Preises wartet. Es ist toll, dass ihr da seid, dass ihr so engagiert seid. Das macht aber eigentlich schon deutlich, was bei uns los ist. Wir haben mittlerweile Bürgerbadvereine mit tollem Engagement deshalb, weil die Kommunen nicht mehr in der Lage sind, öffentliche Freibäder und Schwimmbäder ordentlich zu betreiben. Das ist ein Zustand, den wir auf Dauer nicht zulassen können. Es geht bei der Zukunft der Kommunalfinanzen eben nicht um Pillepalle, sondern es geht um einen zentralen Punkt in unserem Grundgesetz, nämlich das Versprechen auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Die gibt es eben nicht mit den tollsten Bundesgesetzen; die sind alle richtig. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gibt es nicht, wenn es vor Ort nicht stimmt, wenn vor Ort die Situation nicht so ist, dass alle Menschen diese Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse haben. Es gibt in meinem Wahlkreis Ortsteile, Straßen, bei denen man stigmatisiert ist, wenn man als Kind daherkommt. Dann weiß man, wie das mit den Zukunftschancen aussieht. Ich finde, Genossinnen und Genossen, das darf eine sozialdemokratische Partei nicht zulassen.

(VEREINZELT BEIFALL)

Florian Pronold hat deutlich gemacht, was die letzte Regierung vorhatte und auch gemacht hat und welchen Zynismus sie an den Tag gelegt hat im Umgang mit dem Programm Soziale Stadt. Sie haben gesagt, sie wollen bestimmte soziale Projekte - sie haben von Töpferkursen und Schwimmkursen gesprochen - nicht mehr finanzieren. Das heißt, sie haben die Menschen, die da engagiert sind, um für den sozialen Kitt der Gesellschaft zu sorgen, diskreditiert.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, auch noch einmal mein Appell. Ich finde es gut, dass Sigmar das an der Stelle noch einmal so prominent deutlich gemacht hat. Für die Koalitionsverhandlungen ist es zentral, dass es ein Paket der Entlastung für die Kommunen gibt. Das hat etwas mit Eingliederungshilfe zu tun. Das hat etwas mit Investitionen zu tun. Das hat etwas mit dem Programm Soziale Stadt und auch mit dem Thema Schulsozialarbeit zu tun.

Für uns vor Ort ist es ganz wichtig - das sage ich mit allem Nachdruck -, dass die Genossinnen und Genossen ein solches Paket auch erkennen können, damit am Ende eine ordentliche Bewertung der Ergebnisse der Verhandlungen zur großen Koalition möglich ist. - Glück auf!

(BEIFALL)

ERGEBNIS DER WAHL DER DELEGIERTEN ZUM SPE-KONGRESS

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. Wir hören jetzt das Ergebnis der sehr komplexen Wahl der SPE-Delegierten, die uns die Mandatsprüfungskommission jetzt präsentiert.

Miriam Pichler, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, nun gibt es die Ergebnisse der Delegierten zum SPE-Kongress. Abgegeben wurden 476 digitale Stimmzettel. Davon sind 33 ungültig. Also haben wir 443 gültige Stimmen. Ich habe aber auch eine gute Nachricht: Wir haben es in einem Wahlgang geschafft. Es sind 18 Frauen und 16 Männer gewählt worden.

(BEIFALL)

Ich gehe jetzt in alphabetischer Reihenfolge vor:

Bettina Altersleben bekam 234 Stimmen und ist somit gewählt.

Andrea Arcais bekam 131 Stimmen.

Auf Achim Barchmann entfielen 74 Stimmen.

Harald Baumann-Hasske bekam 46 Stimmen.

Luisa Boos bekam 70 Stimmen.

Udo Bullmann bekam 260 Stimmen und ist somit gewählt.

Margit Conrad bekam 73 Stimmen.

Elke Ferner bekam 93 Stimmen.

Karina Fissmann bekam 48 Stimmen.

Knut Fleckenstein bekam 265 Stimmen und ist somit gewählt.

Christian Flisek bekam 97 Stimmen.

Linus Förster bekam 222 Stimmen und ist somit gewählt.

Evelyne Gebhardt bekam 231 Stimmen und ist somit gewählt.

Harald Geywitz bekam 226 Stimmen und ist somit gewählt.

Sabine Gilleßen bekam 52 Stimmen.

Auf Matthias Groote entfielen 279 Stimmen. Er ist somit gewählt.

Sophia Hartmann bekam 94 Stimmen.

Ulrike Hiller bekam 69 Stimmen.

Auf Iris Hoffmann entfielen 258 Stimmen. Sie ist somit gewählt.

Tine Hör dum bekam 102 Stimmen.

Stefan Jacobs bekam 63 Stimmen.

Christina Kampmann bekam 254 Stimmen und ist somit gewählt.

Birgit Kauertz bekam 89 Stimmen.

Stella Kirgiane-Efremidis bekam 54 Stimmen.

Johanna Klingbeil bekam 261 Stimmen und ist somit gewählt.

Dieter Klöckner bekam 40 Stimmen.

Thilo Kootz bekam 38 Stimmen.

Enrico Kreft bekam 256 Stimmen und ist somit gewählt.

Auf Constanze Krehl entfielen 245 Stimmen. Sie ist somit gewählt.

Auch gewählt ist Sylvia Kunze mit 238 Stimmen.

Wolfram Kuschke bekam 218 Stimmen und ist gewählt.
Bernd Lange bekam 265 Stimmen und ist gewählt.
Josef Leinen bekam 278 Stimmen und ist gewählt.
Manuela Mahnke bekam 80 Stimmen.
Susanne Melior bekam 31 Stimmen.
Anja Möbus bekam 57 Stimmen.
Hanna Naber bekam 221 Stimmen und ist gewählt.
Norbert Neuser bekam 192 Stimmen und ist gewählt.
Dietmar Nietan bekam 118 Stimmen.
Victoria Orioli bekam 247 Stimmen und ist gewählt.
Regina Poersch 227 Stimmen und ist gewählt.
Rene Repasi bekam 201 Stimmen und ist gewählt.
Detlef Rogosch bekam 50 Stimmen.
Eugen Roth bekam 59 Stimmen.
Nilgün Sanli bekam 273 Stimmen und ist gewählt.
Auch gewählt ist Enrico Schäfer mit 190 Stimmen.
Stephanie Schäfer bekam 182 Stimmen und ist gewählt.
Sebastian Schley bekam 99 Stimmen.
Joachim Schuster bekam 281 Stimmen und ist gewählt.
Angelika Schwall-Düren bekam 296 Stimmen und ist gewählt.
Peter Simon bekam 47 Stimmen.
Birgit Sippel bekam 242 Stimmen und ist gewählt.
Katrin Sonnenholzner bekam 223 Stimmen und ist gewählt.
Auf Philipp Steinberg entfielen 227 Stimmen. Er ist gewählt.
Jutta Steinruck bekam 268 Stimmen und ist gewählt.
Sabine Steppat bekam 35 Stimmen.
Ulrich Stockmann bekam 36 Stimmen.
Franka Strehse bekam 251 Stimmen und ist gewählt.
Martin Tretbar-Endres bekam 36 Stimmen.
Fabienne Vesper bekam 46 Stimmen.
Sebastian Vogel bekam 41 Stimmen.
Jakob von Weizsäcker bekam 271 Stimmen und ist gewählt.
Martina Werner bekam 231 Stimmen und ist gewählt.
Babette Winter bekam 41 Stimmen.
Tiemo Wölken bekam 59 Stimmen.
Vladimir Zizka bekam 239 Stimmen und ist somit gewählt.

Herzlichen Glückwunsch an alle Gewählten!

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Nimmt jemand der Gewählten die Wahl nicht an? - Ich höre keinen Widerspruch. Damit sind alle gewählt. Vielen Dank.

FORTSETZUNG DER ANTRAGSBERATUNG ZUR KOMMUNALPOLITIK

Doris Ahnen, Parteitagspräsidentium: Liebe Genossinnen und Genossen, damit für euch auch transparent ist, wie es hier weitergeht: Wir haben jetzt noch drei Wortmeldungen zum Kommunalantrag. Dann werden wir über die kommunalen Anträge abstimmen. Es wäre einfach schön, wenn wir das noch mal mit einem wirklich vollen Raum machen könnten. Dann findet die Verleihung des Dröschner-Preises statt, und anschließend werden wir - wie immer - gemeinsam diesen Parteitag gesungen abschließen. Bitte achtet darauf, dass eure Delegationen möglichst vollständig sind, damit wir auch diesen letzten Teil des Parteitages gemeinsam zu einem guten Ende führen.

Gabriele, jetzt hast du das Wort. Ihr folgt Felix Schwenker aus Hessen-Süd.

Gabriele Lösekrug-Möller, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen ja - wer länger in der SPD ist, kennt das gut -, Papier ist geduldig, und was haben wir nicht schon für viele wunderbare Sätze aufs Papier gebracht. Ich finde, der Kommunalantrag, über den wir heute beraten, ist ein sehr guter Antrag, und es liegt an uns, dass daraus auch lebendige und gestaltete Politik wird. Dazu gehört meines Erachtens auch, dass wir einen Satz daraus, den ich gleich zitieren werde, ganz ernst nehmen. Auf Seite 5 steht: „Als Querschnittsaufgabe bietet Inklusion einen Maßstab bei vielen Entscheidungen, die auch daran auszurichten sind, dass sie ein gemeinsames Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen befördern.“

Da können wir doch nur alle sagen: Ja, das ist richtig und das wollen wir.

Wie genau wollen wir das machen? Wir haben heute Morgen bei der Eingliederungshilfe schon gehört: Ja, wir wollen als Bund die Kommunen dabei entlasten. Das ist notwendig und ist wichtig. - Wir wollen aber auch durch ein Bundesteilhabegeld Menschen mit schweren Behinderungen in die Lage versetzen, endlich viel besser entscheiden zu können, wie sie wollen, was sie wollen und wie sie mit all den Leistungen umgehen, die ihnen nach dem Gesetz zustehen. Ich halte das für einen wesentlichen qualitativen Schritt.

Dann gibt es noch etwas anderes. Das will ich euch nur zurufen, weil es ja immer noch Genossinnen und Genossen in unserer Partei geben soll, die glauben, sie haben persönlich mit Inklusion nichts zu tun.

Ich sage euch: Das ist falsch. Das berührt unseren Alltag, und zwar den Alltag eines jeden und einer jeden von uns. Das wird in der Kommunalpolitik deutlich, und das bildet sich auch auf Landes- und Bundesebene ab. Deshalb will ich euch nur sagen: Was manchmal schlank mit dem Wort Inklusion daherkommt, das muss sich in der Sozialen Stadt abbilden, das muss sich in der Kommunalpolitik und in unseren Gremien abbilden, und das muss auch in der Bundespolitik seinen Platz haben.

Deshalb bin ich sehr zuversichtlich, weil wir dies auch in den Koalitionsverhandlungen zu einem wichtigen, zu einem großen Thema machen, denn Menschen mit Behinderungen haben jetzt jahrelang darauf gewartet, dass endlich etwas passiert. Diesen Menschen gegenüber stehen wir im Wort, und sie können sich auf uns verlassen. Ich rufe euch zu, das ist ganz sicher in den Kommunen und in jedem Bundesland auch so. - Danke schön.

(BEIFALL)

WAHLERGEBNIS KONTROLLKOMMISSION

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Recht herzlichen Dank. Wir kommen jetzt zur Verkündung des letzten Wahlergebnisses - das hoffe ich zumindest -, nämlich zur Wahl der Kontrollkommission.

Miriam Pichler, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: So, die letzten Ergebnisse. Es geht um die Ergebnisse der Wahl der Mitglieder der Kontrollkommission. Gewählt sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den absolut höchsten Stimmzahlen. Abgegeben wurden 421 digitale Stimmzettel. Davon sind 19 ungültig. Also haben wir 402 gültige.

Auf Karl Diller entfielen 229 Stimmen. Er ist somit gewählt.

Renate Drewke bekam 332 Stimmen und ist gewählt.

Brigitte Fronzek bekam 190 Stimmen und ist gewählt.

Thomas Goger bekam 220 Stimmen und ist gewählt.

Walter Meinhold bekam 287 Stimmen und ist gewählt.

Marko Mühlstein bekam 219 Stimmen und ist gewählt.

Brigitte Reckmann bekam 326 Stimmen und ist gewählt.

Karin Rehbock-Zureich bekam 215 Stimmen und ist gewählt.

Britta Stark bekam 178 Stimmen.

Norbert Wieczorek bekam 196 Stimmen und ist somit gewählt.

Auch hier an euch herzlichen Glückwunsch zur Wahl!

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. - Nimmt jemand der Gewählten die Wahl nicht an? - Das sehe ich nicht. Damit sind alle gewählt. An dieser Stelle möchte ich erst einmal der Mandatsprüfung- und Zählkommission ein ganz herzliches Dankeschön aussprechen.

(BEIFALL)

Ihr habt einen ganz tollen Job gemacht. Herzlichen Dank!

Damit haben wir jetzt alle Wahlgänge erfolgreich hinter uns gebracht. Deshalb natürlich auch ein herzliches Dankeschön an euch.

Jetzt noch einmal der Hinweis: Ihr braucht die Geräte nicht mehr. Sie werden auch eingesammelt. Aber steckt bitte diese weiße Karte am Ausgang in die vorgesehene Box. Das haben wir gut gemacht. Ich danke euch.

(BEIFALL)

FORTSETZUNG DER ANTRAGSBERATUNG ZUR KOMMUNALPOLITIK

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, die Wahlgänge gehen zu Ende. Die Antragsberatung auch. Wir haben jetzt noch Felix Schwenke aus Hessen-Süd und dann Timon Gremmels als letzten Redner. Danach stimmen wir über den Kommunalantrag ab. Also bleibt bitte im Saal.

Felix Schwenke, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin Sozial- und Schuldezernent in Offenbach. Wir sind die Kommune in Deutschland, die am achthöchsten pro Kopf verschuldet ist. Deswegen wollte ich diese Debatte nicht vorübergehen lassen, ohne noch einmal ein, zwei Beispiel konkret dafür zu geben, was es bedeutet, eine arme Kommune zu sein, um noch einmal die Wichtigkeit dessen, was wir diskutiert haben, zu unterstreichen. Ich will aber am Ende auch noch einen Punkt ergänzen, der in der Debatte bisher nicht erwähnt worden ist. Auch bei uns lebt jedes dritte Kind in Armut. Das bedeutet, dass es ohne die Chancen aufwächst, die die anderen Kinder haben. Wir sind im vergangenen Jahr gezwungen worden - so viel vielleicht einmal zum Trend der Rekommunalisierung -, unser kommunales Krankenhaus zu verkaufen und zu privatisieren. Man hat im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Schutzschirm des Landes Hessen versucht, uns zu zwingen, unsere kommunale Wohnungsbaugesellschaft zu verkaufen, und man hat auch - so viel zum Thema Energie, das im Antrag steht - versucht, uns zu zwingen, unsere Anteile an unserer kommunalen Energieversorgung zu verkaufen, weil man wollte, dass wir das letzte kommunale Tafelsilber direkt verschleudern.

Das ist die Situation einer armen Kommune, die sich von einer Aufsichtsbehörde ihren Haushalt genehmigen lassen muss. Das können Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten selbstverständlich nicht hinnehmen.

Wir versuchen auch, unsere Schulen zu sanieren. Ich habe gesagt, jedes dritte Kind lebt in Armut. Wo anders, wenn nicht in den Kitas oder in den Schulen könnte diesen Kindern dann geholfen werden? Wir haben gerade am Donnerstag zum zweiten Mal hintereinander eine Verfügung des Regierungspräsidenten bekommen: Wir dürfen keine einzige weitere Schule in Offenbach neu sanieren. Das ist etwas, was der sozialdemokratischen Seele richtig wehtun muss. Das heißt arme Kommune ganz konkret vor Ort. Dagegen müssen wir uns unbedingt wehren, nicht nur mit Parolen. Es muss im Koalitionsvertrag unbedingt eine fundamentale Verbesserung für arme Kommunen erreicht werden.

(BEIFALL)

Dazu ist hier schon sehr viel Richtiges gesagt worden. Manuela Schwesig hat auch von den Kosten in der Kinder- und Jugendhilfe gesprochen, die bei uns auch explodieren. Es ist zu Recht auf Inklusion und Eingliederungshilfe hingewiesen worden, ein Bereich, der demnächst explodieren wird, und es ist auch auf das Programm Soziale Stadt hingewiesen worden, wo wir Kürzungen schon zurücknehmen konnten.

Was aber noch wichtig ist und was ich hier unbedingt noch einmal sagen möchte und den Verhandlungsführern auf Bundesebene mit auf den Weg geben will, ist der Bereich Kosten der Unterkunft. Das ist ein Bereich, der richtig teuer ist. Ja, ich weiß es. Aber Kosten der Unterkunft ist ein total perverses System. Die Kommune, die höhere Arbeitslosenzahlen hat und deswegen sowieso schon einen geringeren Anteil an der Einkommensteuer bekommt, also sowieso schon geringere Einnahmen hat, hat gleichzeitig auch noch höhere Ausgaben dadurch, dass sie einen so hohen Anteil an den Kosten der Unterkunft tragen muss. Das bedeutet, dass man in engen

Ballungsräumen im Grunde genommen einen Verdrängungswettbewerb hat. Eigentlich müsste ein sozialdemokratischer Sozialdezernent versuchen, alle Sozialhilfeempfänger, alle Leute im SGB II aus der Kommune rauszuschmeißen und in eine andere Kommune zu drängen, weil es für uns eine totale Belastung ist und weil wir gar nicht die Möglichkeit haben, den Menschen Perspektiven zu bieten. Aber das kann ja auch nicht Ziel sozialdemokratischer Politik sein. Deswegen muss dieses perverse System der doppelten Bestrafung, das die Kommunen nicht nur weniger Einnahmen bei hoher Arbeitslosigkeit haben, sondern gleichzeitig höhere Ausgaben durch die Kosten der Unterkunft haben, endlich als Thema auf die Tagesordnung der Bundespolitik, und das muss von der SPD im Interesse der ärmsten Kommunen ganz massiv forciert werden. Das hat mir heute in der Debatte noch gefehlt. - Vielen Dank.

(BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. - Ich möchte zwischendurch einen Hinweis an die gewählten Mitglieder der Kontrollkommission geben. Sie konstituiert sich jetzt in diesem Moment. Der Treffpunkt ist rechts bei dem berühmten großen jungen Mann.

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Als Letzter in der kommunalpolitischen Debatte hat Timon Gremmels das Wort. Wir freuen uns auf deinen Beitrag.

Timon Gremmels, Hessen-Nord: Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Hessen. Ihr werdet euch sicherlich fragen, warum ein Energiepolitiker zum Thema Kommunalpolitik. Antwort: Weil ich der Auffassung bin, dass wir Sozialdemokraten anfangen müssen, die Energiepolitik nicht immer nur als Umwelt- und Ökothema zu definieren. Dann zählt es bei den Grünen ein. Für uns sollte das Thema Energiepolitik ein wirtschaftspolitisches, ein sozialpolitisches und - jawohl! - auch ein kommunalpolitisches Thema werden, liebe Genossinnen und Genossen. Wir müssen das herausstreichen, wenn wir wollen, dass wir es zu einem sozialdemokratischen Thema machen, weil die Kommunen zu den Motoren der Energiewende gehören. Wenn wir ihnen die Handlungsspielräume aufmachen, wenn sich Kommunen neue Einnahmequellen verschaffen, gerade heute, wo die Kommunalhaushalte landauf, landab angespannt sind, dann kann die dezentrale erneuerbare Energie für Kommunen neue Einnahmequellen generieren. Es muss die Möglichkeit gegeben sein, dass die Windkraft, die Fotovoltaik, die Biomasse und auch Kommunen und Stadtwerke verstärkt investiert werden und dass sich die Menschen verstärkt daran beteiligen können, die Energieversorgung zu demokratisieren und zu dezentralisieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(BEIFALL)

Mich ärgert, dass bei der Energiewende immer von Kosten gesprochen wird und der Unterschied zu Investitionen gar nicht mehr allgemein bekannt ist. Deswegen sollten wir uns bei den jetzt laufenden Koalitionsverhandlungen mit den CSU- und den CDU-Kommunalpolitikern verbünden. Wir müssen deutlich machen, dass die Energiewende von der kommunalen Ebene aus angegangen wird. Wenn wir das so machen, können wir die Energiewende auch sozial gestalten. Wenn Gemeinden oder Stadtwerke einen Windkraftpark betreiben und so neue Gelder in die klammen Kommunalhaushalte kommen, dann können wir mit diesem Geld für mehr Ganztagschulen, für mehr Kindergartenplätze sorgen und eine bessere Sozialpolitik machen. Diese Einnahmequellen müssen der Allgemeinheit zugutekommen, und deswegen ist die Energiewende ein sozialdemokratisches Thema, liebe Genossinnen und Genossen.

Mein abschließender Appell: Unterstützt den Leitantrag Kommunen! Die Änderung, die von den Genossen vorgeschlagen wurde, finde ich ausdrücklich gut. Der Leitantrag sagt auch das genau Richtige zum Thema Energie. Lasst uns die Kommunen zu den Motoren einer dezentral ausgerichteten Energiewende machen, liebe Genossinnen und Genossen. Glückauf! Ich freue mich, dass ich das Schlusswort in der kommunalpolitischen Antragsberatung hatte. Vielen Dank!

(BEIFALL)

Doris Ahnen, Parteitagspräsidium: Wir danken dir. – Liebe Genossinnen und Genossen, damit kommen wir zur Abstimmung über den IA 3. In der Debatte wurde beantragt, nach Zeile 477 einzufügen: „Die erneuerbaren Energien stellen für viele Kommunen eine große Chance dar, regionale Wertschöpfung zu generieren. In diesem Zusammenhang ist es ökonomisch sinnvoll, die erneuerbaren Energien in die Energieversorgung der Kommunen einzubinden.“ Florian Pronold hat das für die Antragskommission übernommen. Das ist die einzige Änderung, die uns zum IA 3 vorliegt. Von daher haben wir allen Grund, den Antragstellerinnen und Antragstellern noch einmal herzlich für ihre gute Vorarbeit zu danken.

Wir kommen jetzt zur letzten Abstimmung über einen Antrag auf diesem Parteitag. Ich bitte euch um Zustimmung zu dem IA 3, Kommunen. – Stimmt jemand gegen den Antrag? – Enthält sich jemand? – Wie könnte die Antragsberatung besser zu Ende gehen als mit einem einstimmigen Votum für die Kommunen im Land?

(BEIFALL)

Allerdings bin ich darauf aufmerksam gemacht worden: Es war doch nicht die letzte Abstimmung; denn wir müssen noch die anderen Anträge zu den Kommunen behandeln. – An dieser Stelle einen herzlichen Dank an diejenigen, die hinter uns sitzen: Torben, Jessica und alle anderen, die das Parteitagspräsidium aus dem Hintergrund mit den immer aktuellen Informationen versorgen und den Überblick behalten. Ihr macht auch einen super Job, herzlichen Dank!

(BEIFALL)

Also stimmen wir jetzt noch über die weiteren Anträge im Kapitel „Stadtentwicklung, Wohnen, Kommunalpolitik“ ab. Ihr kennt die Änderungsempfehlungen aus dem Antragsbuch. Für den Antrag K 4 wird Annahme empfohlen, für die übrigen Anträge eine Überweisung. Wenn ihr nichts dagegen habt, können wir über das Votum der Antragskommission für alle Anträge gemeinsam abstimmen. – Ich darf euch um Zustimmung für dieses Votum bitten. – Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir das Antragsbuch abgearbeitet.

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Im Umfeld unseres Bundesparteitages hier in Leipzig ist ein schlimmer Vorfall passiert: Es gab einen schändlichen Anschlag auf die Baustelle, wo eine Moschee gebaut werden soll. Wir können und wollen hier nicht zur Tagesordnung übergehen. Deshalb hat jetzt außerhalb der Tagesordnung Andrea Schiele aus Baden-Württemberg das Wort.

(BEIFALL)

Andrea Schiele, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Danke, dass ihr mir die Möglichkeit gebt, hierzu außerhalb der Tagesordnung kurz etwas zu sagen. Sigmar hat es in seiner Rede heute Morgen schon erwähnt: Es gab einen Anschlag auf das Baugelände der Moschee einer Gemeinde hier in Leipzig. Ich

glaube, man muss dazu nichts erklären und lange Worte machen: Das ist für uns ein vollkommenes No-go; wir haben dafür überhaupt kein Verständnis. Dennoch ist es notwendig – nachdem Sigmar, wie ich vorhin erfahren habe, gestern sogar schon vor Ort war, was ich ganz toll finde –, dass auch wir von unserem Bundesparteitag ein deutliches Signal senden, dass wir so etwas weder unterstützen noch tolerieren, noch ignorieren oder in irgendeiner Weise unkommentiert geschehen lassen.

(BEIFALL)

Meine Bitte ist, dass wir vom SPD-Bundesparteitag in Leipzig eine Solidaritätsadresse an die muslimischen Menschen und diejenigen, die diesen Moscheebau unterstützen hier in dieser Stadt schicken. Der Pfarrer der Thomaskirche in Leipzig, der diesen Moscheebau unterstützt, hat gestern berichtet, dass auch er massiv bedroht wird. Es kann nicht toleriert werden, dass Menschen angegriffen werden, die das Anliegen der Religionsfreiheit unterstützen. Deswegen finde ich es wichtig, dass wir als Bundesparteitag der SPD ein klares Signal geben: Wir ignorieren so etwas nicht – wenn wir in dieser Stadt tagen, dann erst recht nicht. – Danke.

(BEIFALL)

Martin Dulig, Parteitagspräsidium: Die Leipziger Genossinnen und Genossen – die SPD, die Jusos – engagieren sich in dieser Frage ganz massiv. Ich finde es richtig und wichtig, dass wir vom Parteitag ein klares Signal aussenden. Wir haben deshalb kurzfristig eine Solidaritätsadresse formuliert. Wir können sie euch jetzt nicht so schnell schriftlich austeilern, deswegen lese ich sie euch vor: „Solidaritätsadresse an die Ahmadiyya-Muslim-Jamaat-Gemeinde Der SPD-Bundesparteitag verurteilt den offensichtlich islamfeindlichen Angriff auf den Bauplatz der geplanten Moschee der Leipziger Ahmadiyya-Muslim-Jamaat-Gemeinde aufs Schärfste. Wir erklären der Ahmadiyya-Muslim-Jamaat-Gemeinde unsere Solidarität und unterstützen die zahlreichen Leipzigerinnen und Leipziger, die sich für eine vielfältige und weltoffene Stadt und gegen Islamophobie einsetzen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Islamophobie und alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist eine gesamtstaatliche Daueraufgabe. Wir führen diesen Kampf entschlossen und setzen uns für eine dauerhafte und ausreichende Finanzierung der Programme gegen Rechtsextremismus ein.“

(BEIFALL)

Wer dieser Solidaritätsadresse folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank.

Manuela Schwesig, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir zur Verleihung des Wilhelm-Dröscher-Preises kommen, will ich noch eine organisatorische Ansage an den neuen Parteivorstand machen: Sigmar Gabriel und Andrea Nahles haben unmittelbar nach Beendigung dieses Bundesparteitages zur konstituierenden Sitzung eingeladen. Sie wird ungefähr um 13.20 Uhr im Saal 2 des CCL stattfinden. Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt kommen wir – wie es schon gute Tradition ist – zum Abschluss unseres Bundesparteitages zur Verleihung eines wichtigen Preises, zur Verleihung des Wilhelm-Dröscher-Preises. Vielen Dank, dass ihr euch alle an der Abstimmung über den Delegierten- und Besucherpreis beteiligt habt.

Jetzt, liebe Heidemarie, hast du als Vorsitzende des Kuratoriums das Wort zur Verleihung des Wilhelm-Dröscher-Preises.

(BEIFALL)

VERLEIHUNG WILHELM-DRÖSCHER-PREIS

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Vorsitzende Kuratorium Wilhelm-Dröschler-Preis: Liebe Genossinnen und Genossen! 40 Projekte wurden in der Ausstellerhalle vorgestellt. Die Initiatoren begrüßen wir jetzt hier bei uns auf der Bühne. Wie immer haben wir auch dieses Jahr festgestellt, wie kreativ, wie ideenreich und wie nachhaltig unsere Basis ist. Ihr habt das toll gemacht. Herzlich willkommen bei uns!

(BEIFALL)

Wir hätten natürlich gerne jedem und jeder einen Preis verliehen; denn alle Initiativen sind preiswürdig.

Ich erinnere daran, wir hatten vier Kategorien: Erstens „150 Jahre SPD“. Das war natürlich der größte Teil der Initiativen. Zweitens „Zukunft: Teilhabe. Zusammenhalt. Gemeinsam.“ Drittens „Stark gegen Rechts“. Nach dem, was wir eben hier noch einmal gehört haben, und gerade nach den Verbrechen des NSU sagen wir auch an der Stelle: Wir wollen alles tun - das wollen auch die Initiativen -, dass die Basis gegen Rechtsextremismus und rechtsradikales Denken und Gewalt verbreitet wird und ihnen damit entgegnet wird.

(BEIFALL)

Die vierte Kategorie ist: „Die SPD weiblicher machen“. Dazu vielleicht zwei Sätze. Das ist hier ja auch viel angesprochen worden. Da waren auch viele Initiativen. Wir sind der Meinung, dass sich auch bei der SPD viel mehr Frauen in die Politik einschalten sollten. Die SPD muss aber dazu ihre Forderungen selbst leben. Dazu ist ja gestern ein Antrag beschlossen worden, der eine gewisse Orientierung setzt.

Die beiden Söhne von Wilhelm Dröschler, Peter-Wilhelm Dröschler und Michael Dröschler, werden die Urkunden verleihen. Wie gesagt, wir hätten gerne alle prämiert. Das geht aber leider nicht. Deshalb möchte ich einige Initiativen lobend erwähnen, bevor wir zu den einzelnen Preisen kommen.

Ich greife heraus die ASF Bremen „STARKE FRAUEN“. Sie haben sich im 150. Jahr der SPD der Geschichte der Frauen in Bremen angenommen und waren der Meinung, im 150. Jahr der SPD seien die Frauen öffentlich vielleicht nicht so wahrgenommen worden, wie es notwendig wäre. Sie haben das toll gemacht und damit eine große Wirkung erzeugt.

(BEIFALL)

Jetzt müssen wir, da alle auf der Bühne stehen, die ASF Bremen, die die Initiative A 1 hatte, noch finden. Notfalls müssen wir es nachher individuell machen.

Lobend erwähnen möchte ich auch das Projekt A 18. Die Abteilung Falkenplatz-Armimplatz in Berlin hat eine Initiative gemacht: „Mein Nachbar war im Widerstand.“

(BEIFALL)

Auf die Art und Weise hat der Kiez auch einmal erlebt und kennen gelernt, welche Geschichte dort geprägt worden ist. Das hat auf die Verankerung der Sozialdemokratie gerade auch in diesem Kiez wichtige Auswirkungen gehabt.

(BEIFALL)

Als Drittes lobend erwähnen möchte ich die Initiative C 1: „Mach meinen Kumpel nicht an“. Das ist die Initiative „Gelbe Hand“.

(BEIFALL)

Die Initiative, die schon fast 30 Jahre besteht, engagiert sich gegen Rassismus und Benachteiligung in der Arbeitswelt. Es gibt aber jetzt immer einen jährlichen Wettbewerb, der auch für uns ein Beispiel für die Verbindung der Sozialdemokratie mit dem gewerkschaftlichen Bereich ist. Die, die sich da engagieren, kommen aus dem Bereich Niedersachsen bzw. Hannover und Hildesheim. Diese Initiativen mit zu unterstützen, halten wir für vorbildlich.

(BEIFALL)

Michael sagt gerade, die Initiativen sollten sich einfach zeigen. Ihr seid alle da, und das ist toll. Seid so nett und winkt, wenn ihr erwähnt werdet, mit dem roten Schal oder so.

Des Weiteren möchte ich lobend erwähnen: Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im Unterbezirk Köln hat ein Patinnenprojekt für Schülerinnen ab der 7 und 8. Klasse angestoßen.

(BEIFALL)

Das hat großes Potenzial. Wir loben das und erwarten auch, denke ich, dass uns die Ergebnisse bei einer der nächsten Ausstellungen noch einmal sehr deutlich gemacht werden. Also: Viel Erfolg und kommt wieder!

Michael und Peter haben die Wilhelm-Dröschler-Stiftung und vergeben auf jedem Parteitag - das sage ich auch für künftige - einen eigenen Preis. Der geht meistens an Initiativen, die große Schwierigkeiten haben, das dauerhaft zu gestalten.

Der Preis geht an die Initiative A 7, den Ortsverein Büdelsdorf aus Schleswig-Holstein.

(LEBHAFTER BEIFALL)

Das ist eine Initiative, bei der ältere und jüngere Genossinnen und Genossen die Archive durchforstet haben und ein SPD-Geschichtsbuch der kommunalen Historie zusammengetragen haben. Aus dieser Initiative hat sich, wie ihr seht, eine neue Juso-AG ergeben. Die Initiatoren und Beteiligten sind heute hier. Tolles Beispiel!

(BEIFALL)

Dann hattet ihr, die Delegierten und Besucher, die Möglichkeit, einen eigenen Preis zu vergeben. Der geht an den Landesverband Berlin, die Initiative D 1: „Mehr Frauen in die SPD!“

(BEIFALL)

Bei den vielen tollen Initiativen haben wir insgesamt auch fünf dritte Preise vergeben. Einer der dritten Preise geht an den Ortsverein Calvörde aus Sachsen-Anhalt mit der Initiative „Bunte Politik“.

(BEIFALL)

Die Initiatorin, die ihr hier seht, macht Politik für Kinder und für Eltern. Im Mittelpunkt steht dabei immer das kleine Mädchen Justine. Mit dieser Gestalt geht die Initiatorin bzw. geht die Initiative auf Feste in Kindergärten. Sie sprechen mit den Kindern und zeigen ihnen ihre Rechte.

Die Kinder kennen ihre Rechte, und die Eltern merken, wie wertgebunden und wichtig sozialdemokratische Politik ist. Toll!

(BEIFALL)

Ein weiterer dritter Preis geht an den Stadtverband Göttingen, der zu 150 Jahre deutsche Sozialdemokratie und 140 Jahre Sozialdemokratie in Göttingen im Jubiläumsjahr eine Vielzahl von Veranstaltungen durchgeführt und viele Kooperationsmöglichkeiten gefunden und geschaffen hat: mit den Kulturveranstaltern, mit den Gewerkschaften und mit den jüdischen Gemeinden.

Ich will übrigens sagen: Alle Initiativen haben sich mittlerweile in einem hohen Maß vernetzt. Sie haben schon das vorweggenommen, was uns der eine oder andere in seinen Reden empfohlen hat. Das macht ihr toll. Ganz prima!

(BEIFALL)

Ein weiterer dritter Preis geht an den Unterbezirk Südpfalz Südtern – „Jugend mobilisiert Jugend“.

(BEIFALL)

Die Initiative hat damals die Wählerinitiative Thomas Hitschler gegründet, die einen Preis für einen politischen Song ausgeschrieben hat. Den hat die Pop- und Rockformation „Harmonic Fiction“ gewonnen. Sie besteht aus 18- bis 20-jährigen Südpfälzern, und zwar aus Marvin, Josua, Timo und Fabian. Sie mobilisieren mit ihren Songs – besonders mit ihrem Song, den sie speziell dafür geschaffen haben – junge Leute, sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren. Toll! Das ist eine wunderbare Initiative.

(BEIFALL)

Ein weiterer dritter Preis geht an die Arbeitsgemeinschaft 60plus Ortsverein Schortens Weser-Ems.

(BEIFALL)

Sie haben aus der anfänglichen Seniorenteuerunde, die seit 1990 besteht, die AG 60plus entstehen lassen und vor allen Dingen dafür gesorgt, dass viel mehr Senioren und auch jüngere Menschen außerhalb der SPD erreicht wurden. Daneben wurde auf ihre Initiative hin ein Wochenmarktcafé als zentraler Treffpunkt geschaffen. Mit ihrer jährlichen Initiative „Jung und Alt“ erwirtschaften sie einen Reinerlös für Jugendprogramme der Stadt Schortens. Das ist beispielhaft. Toll!

(BEIFALL)

Ein weiterer dritter Preis geht an das Bündnis Bunter Brühl Sachsen.

(BEIFALL)

Diese Initiative hat in einem sich entwickelnden Chemnitzer Stadtviertel dagegen protestiert, das dort ein Laden mit dem Namen „Brevik“ eröffnet hat, in dem Modemarken wie „Thor Steinar“ verkauft wurden.

Dort besteht ein dauernder Widerstand und eine Initiative des Bündnisses Bunter Brühl Sachsen. Sie organisiert vielfältige kreative und friedliche Protestaktionen und sensibilisiert die Menschen – auch Lehrer und Schüler - dafür, welche Bekleidungs-codes die Rechtsextremen mittlerweile nutzen. Das ist eine wichtige Aufklärungsarbeit. Dafür unsere Anerkennung!

(BEIFALL)

Wir haben insgesamt vier zweite Preise vergeben: Ein zweiter Preis geht an den Unterbezirk Oberhavel – Initiative A 11 – für ihr Projekt „Mut zum Aufbruch '89“.

(BEIFALL)

Es geht dort um die Gründung der SDP - damals hieß es doch SDP; ich kann mich jedenfalls gut daran erinnern – am 7. Oktober 1989 in Schwante. Dieses Projekt wurde dort zur Erinnerung durchgeführt. Wichtig war es der Initiative, die Eindrücke derjenigen, die sich damals beteiligt haben und die nachher auch zur Sozialdemokratie gekommen sind, zu dokumentieren. Entstanden ist ein großartiger Dokumentarfilm.

Ich will an dieser Stelle auch sagen: Wenn wir von der Geschichte der Sozialdemokratie sprechen, dann wollen wir an dieser Stelle auch einen Dank an diejenigen richten, die 1989 auf diese Art und Weise für den demokratischen Neuanfang unter sozialdemokratischen Vorzeichen in der DDR gestanden haben.

(BEIFALL – ZURUF: ER KOMMT JETZT IN DEN SPD-SHOP!)

- Diese Anregung sollte an die Beteiligten im SPD-Parteivorstand gehen. Ansonsten gucke ich selber nach. Dann weiß jeder, was das heißt.

(HEITERKEIT UND BEIFALL)

Ein weiterer zweiter Preis geht an die Jusos im Unterbezirk Rostock.

(BEIFALL)

Wie ihr seht – ihr habt das ja auch bei den Gesprächen am Stand gesehen – haben die Jusos Anfang des Jahres 2013 diese Kampagne „Billig heißt ...“ in Gang gesetzt. Sie haben aktuelle Themen aufgegriffen, zum Beispiel die katastrophalen Arbeitsbedingungen im Textilhandel in Asien. Damit haben sie auch deutlich gemacht, wie wir selbst mit Produktions- und Wertungsketten verknüpft sind und was unsere Verantwortung ist. Wir meinen, das ist eine wichtige Aufklärungsarbeit – auch, um SPD-Überzeugungen und Überzeugungen in Bezug auf die Nachhaltigkeit miteinander zu verbinden.

(BEIFALL)

Ein weiterer zweiter Preis geht an „Die Schnecke“ – Initiative C 2.

(BEIFALL)

Das ist das Forum Kultur und Gesellschaft in Rheinland-Pfalz. Das Projekt hat den Titel „Raus aus dem Schneckenhaus“. Begonnen wurde es 1981, wie ihr gesehen habt. Es wurde immer wieder fortgetragen.

Diese sozialdemokratische Wählerinitiative will Politik, Kultur und Gesellschaft miteinander verbinden. Damit steht sie übrigens auch in der Tradition von Wilhelm Dröschler, der genau in dieser Region, seiner Heimat, diese Initiative gestartet hat – im gleichen Denken.

Dieser Verein hat mit seinen Veranstaltungen mehr als 20.000 Besucher und Besucherinnen erreicht, und zwar mit einem Angebot, das es sonst vielleicht nur in Großstädten oder in Universitätsstädten gibt.

Toll, dass ihr das auch in einer solchen Region immer wieder voranbringt.

(BEIFALL)

Ein zweiter Preis geht an die Projektgruppe Barcamp Frauen,

(BEIFALL)

eine Ideen- und Debattenplattform, bei der die SPD vor Ort gerade junge Frauen stärker mit einbeziehen will und als Gesprächspartner zur Verfügung steht, aber auch sozialdemokratische Überzeugungen in die Gesellschaft und die Diskussion mit den jungen Frauen bringt. Herzlichen Glückwunsch. Elke Ferner ist schon an eurer Seite. Wir dürfen da nichts dem Zufall überlassen.

Der erste Preis geht an den Unterbezirk Bremerhaven für den Roten Stadtrundgang.

(LEBHAFTER BEIFALL)

- Die Begeisterung schlägt Wellen, und zwar zu Recht.

Für die, die es nicht direkt haben sehen und erleben können: Der Rote Stadtrundgang ist als ein Aufhänger der Broschüre „Tatkraft ist und bleibt rot“ zum 150. Parteigeboortstag entwickelt worden. Er nimmt Interessierte mit auf eine Reise zu den Spuren der SPD Bremerhaven im Kontext der Stadtentwicklung, aber auch der historischen Entwicklung. So wurde neben den Beschreibungen der Wegmarken ein anschaulich illustrierter Stadtplan entwickelt. Der Rote Stadtrundgang mit eigener Homepage und App soll durch ständige Weiterentwicklung und durch immer wieder neue Stadtgänge mit dazu beitragen, Anlaufstation für weitere alte bzw. neue Meilensteine zu setzen. Wir wollten damit auch anerkennen, dass in einer Region, die durch wirtschaftliche und politische Probleme zu bewältigen hatte, die Sozialdemokratie Flagge zeigt und mit ihrer Initiative dazu beiträgt, die SPD voranzubringen.

(BEIFALL)

Herzlichen Glückwunsch und allen ein Dankeschön für die Teilnahme. Jeder, der mit dabei war, und jede Initiative, die mit dabei war, hat ein Riesenpotenzial. Ich finde, das, was ihr in den Projektgruppen geleistet habt, mit der Arbeit im Vorfeld, mit der Präsenz auf diesem Parteitag, ist ein Riesenbeifall der Delegierten wert und die anschließende Unterstützung; auch das ist wichtig.

(BEIFALL)

SCHLUSSWORT DES PARTEIVORSITZENDEN

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Vielen Dank an Heidi Wieczorek-Zeul und die, die das mit ihr zusammen immer machen. Du machst das ja seit Jahren mit großem Engagement. Vielen Dank an dich und natürlich an euch beide, dass ihr den Namen Wilhelm Dröscher, aber auch die damit verbundene Kraft der SPD immer hochhaltet. Vielen, vielen Dank.

(BEIFALL)

Natürlich herzlichen Glückwunsch an alle Preisträger, vor allem aber auch an all die, die mitgemacht haben. Noch mehr als bei Olympia gilt: Dabei sein ist alles. Im Übrigen läuft es auch sauberer ab als bei Olympia.

(BEIFALL)

Ich danke euch wirklich herzlich. Es zeigt, dass die SPD eine lebendige Partei mit Spitzenideen ist. Was mir Elke gerade von den Berlinern gezeigt hat, finde ich nachahmenswert. Das werde ich erst einmal zu Hause ausprobieren; mal sehen, was passiert.

(HEITERKEIT)

Also vielen herzlichen Dank.

Jetzt kommt der Philharmonische Jugendchor Leipzig zu uns.

Vorher sage ich Dank an alle auf dem Parteitag, vor allen Dingen aber Dank an all die, die im Hintergrund dafür sorgen, dass so ein Parteitag funktioniert.

(BEIFALL)

an alle Helferinnen und Helfer aus dem Willy-Brandt-Haus, alle Helferinnen und Helfer hier aus Leipzig und übrigens auch an die von der Restauration, die Bedienungen, die uns mit Essen und Getränken bewirten haben, an die Servicekräfte hier in der Messe und an die Sicherheitsdienste, die uns hier versorgt und begleitet haben; vielen Dank an Sie alle. Es ist nicht verboten, liebe Genossinnen und Genossen, im Hinausgehen denen, die ihr trifft, Trinkgelder zu geben. Die haben toll gearbeitet für uns. Vielen Dank an alle.

(BEIFALL)

Muss ich noch einmal anderthalb Stunden reden? - Nein, jedenfalls nicht hier.

(HEITERKEIT)

Der Philharmonische Jugendchor Leipzig möge jetzt bitte zu uns nach vorne kommen. Wir alle bleiben hier, singen unser Lied und sorgen danach dafür, dass die neue Zeit auch wirklich kommt. Alles Gute und Glück auf!

(BEIFALL)

- LIED: WENN WIR SCHREITEN SEIT AN SEIT -

- ENDE DES PARTEITAGS: 13.13 UHR -

ANHANG

| | |
|--|-----|
| Vorwort | 315 |
| 1. Einnahmeentwicklung | 317 |
| 1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen | 317 |
| 1.2 Die staatliche Teilfinanzierung | 318 |
| 1.3 Die Einnahmen aus Spenden | 318 |
| 1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring | 320 |
| 1.5 Die Einnahmen aus Vermögen | 321 |
| 1.6 Parteiinterner Finanzausgleich | 322 |
| 2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung | 323 |
| 3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände | 325 |
| 4. Der Unternehmensbereich | 325 |
| 4.1 Konzentration GmbH | 325 |
| 4.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin | 326 |
| 4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH | 327 |
| 5. Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich | 332 |

VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen,

die vergangenen zwei Jahre waren geprägt durch die Vorbereitungen für unser 150jähriges Parteijubiläum, die Bundestagswahl und die Umsetzung der Parteireform.

Die SPD ist die älteste demokratische Partei Europas und darauf sind wir stolz. Im Jahr 2013 haben wir durch vielfältige Aktivitäten nicht nur unsere Geschichte gelebt, sondern gezeigt, dass wir eine moderne, kraftvolle Partei sind. Viele Aktivitäten vor Ort haben die Strecke von unserem Festakt in Leipzig bis zu unserem großen Deutschlandfest in Berlin begleitet. Mein herzlicher Dank gilt dafür den Verantwortlichen in den Ortsvereinen und Unterbezirken.

Bundestagswahlen haben einen langen Vorlauf. In der Schatzmeisterei begann der Wahlkampf damit, im 1. Halbjahr 2011 Instrumente und Ausgaben vergangener Wahlen kritisch zu überprüfen und einen Budgetvorschlag zu erarbeiten, der sowohl einen attraktiven Wahlkampf möglich macht, als auch sparsam mit unseren Finanzen verfährt. Das vom Parteivorstand beschlossene Budget von 23 Millionen EUR war ambitioniert. In Teamarbeit und mit der Unterstützung von Andrea Nahles ist es gelungen, das Budget nicht zu überschreiten, das ist nach aller Erfahrung durchaus nicht selbstverständlich.

Eine größere Beteiligung der Mitgliedschaft hat ihren Preis. Mit der im Dezember 2011 beschlossenen Parteireform waren neben organisatorischen auch finanzielle Herausforderungen verbunden. Der Parteikonvent, der zweimal jährlich als Entscheidungsgremium zwischen den Parteitagern einberufen wird, hat sich mittlerweile etabliert und kann bei 200 gewählten Delegierten im Willy-Brandt-Haus stattfinden. Der auf 600 gewählte Delegierte vergrößerte Parteitag bringt neben einer breiteren Beteiligung der Mitgliedschaft auch höhere Kosten. So sind beispielsweise nur wenige Hallen für diese Größe des Parteitages überhaupt als Veranstaltungsort geeignet.

Die Anzahl der Arbeitsgemeinschaften ist von acht auf elf gestiegen. Neu dazu gekommen sind „Selbst Aktiv“, „Schwusos“ und „Migration und Vielfalt“. Wir haben einen gesonderten Arbeitsstab im Haus für die Arbeitsgemeinschaften eingerichtet. Das konzentriert die Zuarbeit, ohne die Kosten proportional steigen zu lassen. Meine Erwartung, dass vor allem die Arbeitsgemeinschaften die neue Mitarbeitsmöglichkeit der Unterstützerinnen und Unterstützer nutzen, hat sich leider noch nicht erfüllt. Diese neue Chance der Öffnung für Nichtmitglieder wird hoffentlich in den nächsten Jahren ein größeres Gewicht erhalten.

Eine der Realität angepasste Beitragstabelle sollte dazu beitragen, dass insgesamt höhere und satzungsgemäße Mitgliedsbeiträge gezahlt werden und unsere Beitragseinnahmen stabilisiert werden. Beim Vergleich der Beiträge vom 1. Halbjahr 2011 mit dem 1. Halbjahr 2013 ist der Durchschnittsbeitrag um 8,3% gestiegen. Der Monatsbeitrag bis unter 5 EUR hat um mehr als 10 %punkte abgenommen, der von 5 bis 10 EUR dagegen um mehr als 8 %punkte zugenommen. Als erste Bestandsaufnahme ist das durchaus erfolgreich. Dieses Ergebnis wäre ohne den engagierten Einsatz der Landesverbände und Bezirke nicht möglich gewesen – auch herzlichen Dank dafür.

Unser Unternehmensbereich hat immer stabil zu den Einnahmen beigetragen, auch wenn wir damit nicht

den Vorsprung von CDU, CSU und FPD bei den Spenden ausgleichen konnten. Auch in Zukunft werden wir uns auf den Unternehmensbereich verlassen können. Die Insolvenz der Frankfurter Rundschau hat jedoch zu höherem Aufwand und zu höheren Wertberichtigungen bei der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg), unserer Medienholding, geführt. Zusätzlich hat die ddvg einen Teil des Sozialplans für die Beschäftigten vorfinanziert, um besonders für Härtefälle jahrelange Wartezeiten zu vermeiden. Desgleichen hat sie die Beschäftigten der Westfälischen Rundschau bei der Finanzierung einer Transfergesellschaft unterstützt. In beiden Fällen gab es dazu keine rechtliche Verpflichtung. Im Sinne der Menschen habe ich diese Maßnahmen unterstützt.

In den vergangenen Jahren ist immer wieder über ein Mehr an Transparenz bei den Parteifinanzungen gesprochen worden. Für mich ist die Richtschnur: Ich unterstützte alle Änderungen des Parteiengesetzes, die tatsächlich die Transparenz bei der Parteienfinanzierung verbessern. Allerdings müssen sie Rechtsicherheit bieten, zweifelsfrei handhabbar und kontrollierbar sein, und sie dürfen die Arbeit unserer ca. 10.000 ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierer nicht zusätzlich belasten. So kann ich mir durchaus vorstellen, die Grenze für die unverzügliche Veröffentlichung von Spenden von 50.000 auf 25.000 EUR herabzusetzen. Auch die namentliche Veröffentlichung im Rechenschaftsbericht ab 5.000 EUR (jetzt 10.000 EUR) kann ich mir gut vorstellen.

Auch Sponsoring gehört zur wirtschaftlichen Betätigung der SPD. Selbst in Jahren mit einem mehrtägigen Parteitag machen beim Parteivorsand die Einnahmen aus Sponsoring aber weniger als 1% der Gesamteinnahmen aus. Um jedoch dem Verdacht zu begegnen, mit Sponsoring würde sozusagen die Veröffentlichungspflicht bei Spenden umgangen, befürworte ich Änderungen im Parteiengesetz. Ich bin dafür, Einnahmen aus Sponsoring im Rechenschaftsbericht gesondert auszuweisen. Auch gegen eine sofortige Anzeige von Sponsoringeinnahmen, die im Einzelfall einen bestimmten Wert übersteigen, habe ich nichts einzuwenden.

Ich finde, alle im Bundestag vertretenen Parteien sollten sich über weitergehende Regeln zur Transparenz der Finanzierung der Parteien verständigen und dabei den Sachverstand Unabhängiger einbeziehen.

Zum Schluss möchte ich allen ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern für ihre Arbeit herzlich danken. Wir sind auf euch angewiesen und ich hoffe, dass ich mich weiterhin auf euch verlassen kann.

Eure Barbara Hendricks

1. EINNAHMEENTWICKLUNG

1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen

Wie in der Vergangenheit waren auch in den Jahren 2011 und 2012 die Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge die wichtigste Einnahmequelle der SPD, mit etwa 45 Prozent (2011) bzw. knapp 48 Prozent (2012) der Gesamteinnahmen.

In absoluten Zahlen bedeutet dies Beitragseinnahmen von 70,11 Mio. EUR für 2011 und 72,12 Mio. EUR für 2012. Diese verteilen sich wie folgt:

| (in EUR) | 2011 | 2012 |
|-----------------------|------------|------------|
| Mitgliedsbeiträge | 47,48 Mio. | 49,08 Mio. |
| Mandatsträgerbeiträge | 22,63 Mio. | 23,04 Mio. |

Seit dem Jahr 1990 haben wir nahezu die Hälfte der Mitglieder verloren. Waren damals noch 943.402 Personen Mitglieder der SPD, waren es Ende 2011 489.638 Personen und Ende des Jahres 2012 noch 477.037 Personen, von 2011 auf 2012 ist dies ein Rückgang um 2,6 Prozent.

Gleichwohl sind wir derzeit mit 472.469 Genossinnen und Genossen die Mitgliederstärkste Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Unsere Mitglieder zahlten im Durchschnitt einen Beitrag von 8,08 EUR (2011) bzw. 8,57 EUR (2012).

Obwohl die Zahl der Mitglieder weiterhin rückläufig ist, hat sich eine Trendwende vollzogen und die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen sind wieder gestiegen. Von 46,03 Mio. EUR (2009) bzw. 45,72 Mio. EUR (2010) auf 47,48 Mio. EUR (2011) bzw. 49,08 Mio. EUR (2012).

Grund für die Mehreinnahmen ist unter anderem die jährlich stattfindende Beitragsanpassung, gemäß § 1 Absatz 7 der Finanzordnung, wonach sich die Beitragsanpassung an der nominalen Steigerung des durchschnittlichen Nettoeinkommens, ermittelt durch das Bundesamt für Statistik, orientiert. Von der Anpassung ausgenommen sind Beiträge von Mitgliedern ohne oder mit geringfügigem Einkommen, die 2,50 EUR pro Monat zahlen.

Die Erhöhungen betragen im Jahr 2011 1,0 Prozent bzw. 3,0 Prozent in 2012. Der Großteil der Mitglieder hat diese maßvollen Erhöhungen akzeptiert, nur wenige legten dagegen Widerspruch ein.

Von der kontinuierlichen Anpassung der Beiträge profitieren vor allem die Landesverbände und Bezirke, sowie ihre nachgeordneten Gebietsverbände, da 85 Prozent der Beiträge nach Abzug des Anteils der Strukturhilfe und des Anteils für den „vorwärts“, dort verbleiben. Der Parteivorstand erhält lediglich die restlichen 15 Prozent.

Eine weitere wichtige Säule unserer Einnahmen sind die Beiträge unserer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung unserer politischen Arbeit, insbesondere vor Ort.

In 2011 betragen die Einnahmen 22,63 Mio. EUR und in 2012 23,04 Mio. EUR, das waren 14,5 Prozent bzw. 15,2 Prozent der Gesamteinnahmen. Rund 99 % (2011 und 2012) dieser Einnahmen wurden in den Landesverbänden/Bezirken und ihren nachgeordneten Gebietsverbänden erzielt.

1.2 Die staatliche Teilfinanzierung

- Die staatliche Parteienfinanzierung basiert auf zwei Säulen:
- der Zahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden

und der Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (bis zu 3.300 EUR je Person): dazu gehören die Mitgliedsbeiträge, die Mandatsträgerbeiträge und die Spenden.

Die Wählerstimmen und die Beiträge und Spenden, die die Bürgerinnen und Bürger einer Partei zu geben bereit sind, gelten als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung. Je stärker eine Partei von Mitgliedern und Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann, desto höher ist ihr Anteil an den staatlichen Mitteln. Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien hat sich mit der Novellierung des Parteiengesetzes am 23. August 2011 erhöht. Der Gesamtbetrag betrug seit 2002 unverändert 133,0 Mio. EUR. Er erhöhte sich nun für das Jahr 2011 auf 141,9 Mio. EUR und für das Jahr 2012 auf 150,8 Mio. EUR. Ab dem Jahr 2013 erhöht sich der Gesamtbetrag jährlich entsprechend des Preisindizes' der für eine Partei typischen Ausgaben. Die Ermittlung erfolgt durch das Statistische Bundesamt.

Die SPD erhielt 2011 insgesamt 42,41 Mio. EUR und 2012 insgesamt 45,59 Mio. EUR. Damit entsprachen die Einnahmen aus staatlichen Mitteln einem Anteil von ca. 27 Prozent im Jahr 2011 und 30 Prozent im Jahr 2012 an den Gesamteinnahmen der SPD.

1.3 Die Einnahmen aus Spenden

Die SPD insgesamt konnte ihre Einnahmen aus Spenden im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr leicht steigern. Dabei konnten wir gestiegene Einnahmen sowohl bei den Spenden natürlicher, als auch bei den Spenden juristischer Personen beobachten. Insgesamt trugen die Spenden mit 11,1 Millionen EUR knapp 7,8 Prozent (Vorjahr 6,5 Prozent) zu den Gesamteinnahmen der SPD bei. Traditionell ist der Anteil der direkt an den Parteivorstand gerichteten Spenden dabei gering: Insgesamt überwiesen die Spenderinnen und Spender nur knapp eine Million EUR nach Berlin – den weitaus größten Anteil aber erhalten die Ortsvereine, Distrikte und Abteilungen unserer Partei.

Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2011

| Jahr | SPD | in % | CDU | in % | CSU | in % | B9o/ Grüne | in % | FDP | in % | Linke | in % |
|---------------|---------|-------|---------|-------|---------|-------|---------------|-------|---------|-------|--------|-------|
| 1998 | 18.836 | 12,10 | 33.762 | 26,22 | 12.536 | 37,39 | 5.847 | 20,07 | 11.178 | 44,29 | 3.784 | 19,16 |
| 1999 | 17.236 | 11,01 | 33.368 | 25,20 | 7.806 | 23,94 | 5.140 | 19,57 | 9.741 | 41,49 | 3.839 | 18,43 |
| 2000 | 12.631 | 8,46 | 28.512 | 21,79 | 6.935 | 24,74 | 4.311 | 18,37 | 7.989 | 35,59 | 3.486 | 17,33 |
| 2001 | 16.528 | 10,33 | 25.459 | 19,43 | 10.887 | 31,48 | 5.121 | 21,48 | 10.799 | 41,98 | 3.699 | 18,05 |
| 2002 | 17.334 | 10,92 | 30.453 | 21,50 | 18.872 | 40,95 | 5.282 | 20,06 | 13.745 | 43,58 | 3.750 | 17,12 |
| 2003 | 10.445 | 5,81 | 17.397 | 12,45 | 9.717 | 20,49 | 3.434 | 13,12 | 7.351 | 26,50 | 1.753 | 7,91 |
| 2004 | 13.144 | 7,72 | 27.684 | 18,27 | 6.278 | 15,76 | 3.637 | 14,32 | 8.725 | 29,70 | 2.001 | 9,51 |
| 2005 | 14.165 | 8,38 | 35.585 | 22,35 | 9.353 | 22,53 | 4.430 | 16,65 | 11.752 | 36,20 | 2.231 | 9,92 |
| 2006 | 12.292 | 7,36 | 22.866 | 15,61 | 6.072 | 15,85 | 3.447 | 13,28 | 8.055 | 27,08 | 1.638 | 7,24 |
| 2007 | 10.569 | 6,73 | 19.079 | 13,40 | 10.671 | 24,55 | 3.212 | 12,29 | 7.073 | 22,33 | 1.545 | 6,89 |
| 2008 | 12.996 | 7,76 | 21.113 | 14,27 | 17.510 | 34,66 | 3.909 | 14,28 | 9.131 | 28,60 | 2.258 | 8,96 |
| 2009 | 18.762 | 10,82 | 41.120 | 25,27 | 9.071 | 21,61 | 5.445 | 17,82 | 16.185 | 37,42 | 2.878 | 10,56 |
| 2010 | 9.556 | 6,49 | 17.616 | 12,76 | 5.464 | 15,61 | 4.043 | 12,95 | 5.991 | 17,44 | 2.093 | 7,52 |
| 2011 | 12.105 | 7,77 | 21.819 | 15,48 | 5.870 | 15,85 | 4.850 | 13,17 | 6.609 | 19,27 | 1.935 | 6,73 |
| 1998– 2011 | 196.599 | | 375.833 | | 137.043 | | 62.107 | | 134.323 | | 36.889 | |

Angaben in Tsd. EUR | in %: Anteil an den Gesamteinnahmen | Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

Die Tendenz, dass sich zur Mitte der Legislaturperiode die Einnahmen aus Spenden reduzieren, zeigte sich auch im Berichtszeitraum: Die Einnahmen sanken auf einen Anteil von knapp unter sieben Prozent der Gesamteinnahmen. Dabei machten die Einnahmen aus Spenden von juristischen Personen, also von Unternehmen und Verbänden, nur einen Anteil von 1,3 Prozent an den Einnahmen der SPD aus, beim Parteivorstand sind es sogar weniger als 1 Prozent. Insgesamt aber bilden Spenden einen wichtigen Teil unserer Einnahmen. Und den verdankt die Partei zum ganz überwiegenden Teil den Genossinnen und Genossen. Denn sie sind es vor allem, die ihre Partei zusätzlich zu ihren Beiträgen auch mit ihren Spenden unterstützen.

Im Vergleich spielen die Einnahmen aus Spenden bei uns aber eine deutlich geringere Rolle als bei den meisten anderen Parteien. Vor allem die C-Parteien und die FDP erzielen deutlich höhere Anteile an ihren Einnahmen aus Spenden. Der immer wieder geäußerte Vorwurf, Parteien machten sich von Spenden abhängig, trifft uns also nicht.

Das bedeutet aber auch: Seit 1998 haben die Unionsparteien insgesamt mehr als eine halbe Milliarde EUR an Spenden eingenommen. Verglichen mit den Spendeneinnahmen der SPD in diesem Zeitraum bedeutet dies einen durchschnittlich jährlichen Vorteil von über 22 Millionen EUR für CDU und CSU.

Anteil der Spenden jur. Personen an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2011

| Jahr | SPD | in % | CDU | in % | CSU | in % | Grüne | in % | FDP | in % | Linke | in % |
|-----------|--------|------|---------|------|--------|-------|-------|------|--------|-------|-------|------|
| 1998 | 3.868 | 2,48 | 10.867 | 8,44 | 4.838 | 14,43 | 166 | 0,57 | 3.362 | 13,32 | 57 | 0,29 |
| 1999 | 3.184 | 2,03 | 9.093 | 6,87 | 3.089 | 9,48 | 200 | 0,76 | 1.617 | 6,89 | 67 | 0,32 |
| 2000 | 1.746 | 1,17 | 5.310 | 4,06 | 2.666 | 9,51 | 175 | 0,75 | 1.500 | 6,53 | 23 | 0,12 |
| 2001 | 3.194 | 2,00 | 7.093 | 5,41 | 3.438 | 9,94 | 591 | 2,48 | 2.190 | 8,51 | 63 | 0,31 |
| 2002 | 3.440 | 2,17 | 9.606 | 6,78 | 7.280 | 15,80 | 1.055 | 4,01 | 3.142 | 9,96 | 52 | 0,24 |
| 2003 | 1.650 | 0,92 | 4.612 | 3,30 | 3.462 | 7,30 | 279 | 1,07 | 1.165 | 4,20 | 28 | 0,13 |
| 2004 | 2.039 | 1,19 | 7.938 | 5,24 | 2.172 | 5,45 | 371 | 1,45 | 1.707 | 5,80 | 44 | 0,21 |
| 2005 | 3.282 | 1,94 | 15.008 | 9,43 | 4.255 | 10,25 | 948 | 3,56 | 3.920 | 12,10 | 35 | 0,16 |
| 2006 | 2.472 | 1,48 | 7.461 | 5,09 | 2.290 | 5,98 | 413 | 1,59 | 2.065 | 6,94 | 31 | 0,14 |
| 2007 | 2.095 | 1,33 | 6.661 | 4,68 | 3.318 | 7,63 | 383 | 1,47 | 1.878 | 5,93 | 20 | 0,09 |
| 2008 | 2.668 | 1,59 | 7.527 | 5,09 | 6.390 | 12,65 | 492 | 1,80 | 2.688 | 8,42 | 109 | 0,43 |
| 2009 | 4.217 | 2,43 | 14.949 | 9,19 | 4.114 | 9,80 | 919 | 3,01 | 5.797 | 13,40 | 178 | 0,65 |
| 2010 | 1.749 | 1,19 | 6.121 | 4,43 | 2.035 | 5,81 | 539 | 1,73 | 1.793 | 5,22 | 21 | 0,08 |
| 2011 | 2.450 | 1,60 | 7.276 | 5,15 | 2.281 | 6,16 | 860 | 2,34 | 1.738 | 5,07 | 29 | 0,10 |
| 1998–2011 | 38.053 | | 119.522 | | 51.628 | | 7.391 | | 34.562 | | 758 | |
| IQ | | 1,68 | | 5,94 | | 9,30 | | 1,90 | | 8,02 | | 0,23 |

Angaben in Tausend EUR | in %: Anteil an den Gesamteinnahmen | Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring

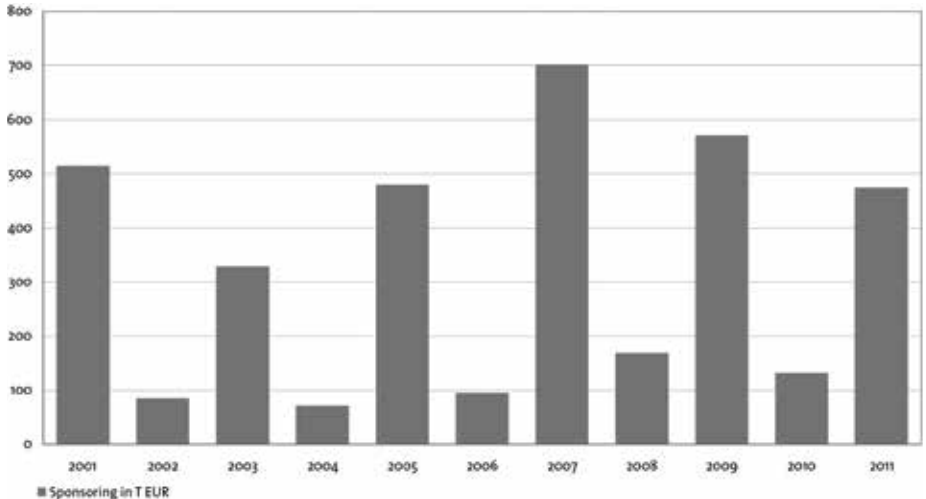
Mit der Vermietung von Ausstellerfläche an Unternehmen und Verbände auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2011 in Berlin und auf dem a.o. Bundesparteitag in Hannover 2012 sind die Haupteinnahmen im Bereich Sponsoring erzielt worden. Daneben haben sich bewährte Formate, wie

der Filmabend zur Berlinale oder besondere Veranstaltungen, wie das Fest zu „50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei“ 2011, als attraktiver Rahmen für einen werbewirksamen Auftritt von Unternehmen bewährt.

Auch in diesem Berichtszeitraum richtete sich der mediale Blick auf die Sponsorenpraxis der Parteien. Anlass bot die Berichterstattung über die Verwicklungen der niedersächsischen Staatskanzlei unter dem Ministerpräsidenten Christian Wulff beim „Nord-Süd-Dialog“, einer kommerziell organisierten Lobby-Veranstaltung, die nichts mit Parteiensponsoring zu tun hatte.

Dieser Vergleich zwischen Äpfel und Birnen führte so weit, dass Sponsoring zum (vermeintlichen) Trick von Unternehmen und Parteien erklärt wurde, um das Parteiengesetz zu umgehen. Als Nachweis dafür diente die „explosionsartige“ Zunahme von Sponsoring seit 2003 bei der Einnahmeposition „Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit“ in den Rechenschaftsberichten der Parteien.

Sponsoringeinnahmen des Parteivorstandes in Tausend EUR



Richtig ist: Seit dem Rechnungsjahr 2003 gilt für politische Parteien das Saldierungsverbot. In den Vorjahren mussten Einnahmen und Ausgaben miteinander verrechnet werden. Lediglich der überschüssende Betrag, also der Gewinn, wurde als Einnahme verbucht, in die auch Sponsoring einfließt. Ab dem Jahr 2003 mussten Einnahmen und Ausgaben mit ihrem vollen Betrag aufgeführt werden. Insofern ist selbstverständlich dieser Einnahmeposten erheblich größer geworden. Die darin enthaltenen Sponsoringeinnahmen des Parteivorstandes haben sich, abhängig davon, ob mehrtägige Bundesparteitage stattfanden und wie groß das Angebot an Ausstellerfläche war, auf vergleichbarem Niveau bewegt.

Der Kern von Sponsoring ist Öffentlichkeit. Auf unserer Homepage veröffentlichen wir daher die Liste der Aussteller, so dass nicht nur Delegierte, Journalisten und Gäste auf den Bundesparteitagen sehen, welche Unternehmen und Verbände vor Ort sind. Um die Transparenz in dem Bereich noch zu erhöhen, befürworten wir zudem die gesonderte Einnahmeposition Sponsoring im Rechenschaftsbericht ab der Ebene der Landesverbände.

1.5 Einnahmen aus Vermögen

Einnahmen aus Vermögen erzielt die Partei insbesondere aus der jährlichen Ausschüttung der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (ddvg).

Im Vergleich zu der Ausschüttung in der vorangegangenen Berichtsperiode (2009/2010 18,3 Mio. EUR) wurden in den Jahren 2011/2012 9,7 Mio. EUR ausgeschüttet (alle Angaben jeweils vor Steuern). Knapp die Hälfte der Ausschüttung wurde in 2011 für die Tilgung der Finanzierungsraten des Willy-Brandt-Hauses verwendet, der andere Teil für die auf die Bruttoausschüttung entfallenden Steuern und die Parteiarbeit.

In 2012 diente die Ausschüttung ausschließlich den abzuführenden Steuern und der Parteiarbeit.

| | 2011 | 2012 |
|-------------------------------|------------------|------------------|
| Tilgung Darlehen WBH | 4.000.000,00 EUR | |
| Einnahmen aus Vermögen | 2.500.000,00 EUR | 1.700.000,00 EUR |
| Vermögensverwaltung (Steuern) | 1.222.007,72 EUR | 319.602,02 EUR |

1.6 Parteiinterner Finanzausgleich

Seit der Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkostenerstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse im Jahre 1994 gibt es einen besonderen Finanzausgleich zwischen Parteivorstand und Landesverbänden bzw. Bezirken.

Die Einbeziehung der Zuwendungen neben den erzielten Wählerstimmen als Basis für die Verteilung der staatlichen Mittel führte zu Verschiebungen gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit großer Mitgliederdichte waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle zur Verteilung der staatlichen Mittel entwickelt.

Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 Prozent an die Landesverbände und zu 70 Prozent an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses Verhältnis inzwischen 33 Prozent für die Landesverbände und 67 Prozent für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln ist über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände gegeben worden. Sie erhalten heute gut elf Prozent mehr an staatlichen Mitteln als vor 1994, während die dem Parteivorstand verbleibenden staatlichen Mittel um ca. drei Prozent gesunken sind.

Seit 1994 erfolgt eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel zu zwei Dritteln. Dem steht die Beitragsverteilung von 85% zu 15% zugunsten der Gliederungen gegenüber.

Verteilung aus staatlichen Mitteln in Tausend EUR

| | 1991 – 1993 | | 1994 – 2001 | | 2002 – 2010 | | 2011 – 2012 | | Veränderung | |
|------------------------|---------------|-------------|---------------|-------------|---------------|-------------|---------------|-------------|------------------|--------------|
| | Ø pro Jahr | | Ø pro Jahr | | Ø pro Jahr | | Ø pro Jahr | | ggü. 1991 – 1993 | |
| | T EUR | % | T EUR | % | T EUR | % | T EUR | % | in T EUR | in % |
| Landesverbände | | | | | | | | | | |
| von den Landtagen | 13.302 | | 7.403 | | 5.450 | | 5.008 | | | |
| aus Finanzausgleich | 0 | | 8.141 | | 8.923 | | 9.738 | | | |
| LV-Gesamt | 13.302 | 30% | 15.544 | 33% | 14.373 | 34% | 14.746 | 33% | 1.444 | 10,9% |
| Partei Vorstand | 30.996 | 70% | 31.541 | 67% | 28.459 | 66% | 30.233 | 67% | -763 | -2,5% |
| SPD-Gesamt | 44.298 | 100% | 47.085 | 100% | 42.832 | 100% | 44.979 | 100% | 681 | 1,5% |

Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,59 Mio. EUR (= 230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. EUR (= 245 Mio. DM), von 2002 bis 2010 auf 133 Mio. EUR; 2011, 141,9 Mio. EUR; 2012, 150,8 Mio. EUR.

2. MITTELBEWIRTSCHAFTUNG UND HAUSHALTSENTWICKLUNG

Die Einnahmen deckten im Berichtszeitraum die Ausgaben des Betriebshaushaltes. Die für den Europa- und Bundestagswahlkampf 2013/2014 beschlossenen Rücklagen konnten im Berichtszeitraum gebildet werden:

Die Haushalte 2011 und 2012 standen unter dem Zeichen sich stabilisierender Einnahmen. So konnten die Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 2011/2012 gegenüber 2009/2010 um ca. 0,5 Mio. EUR erhöht werden.

Die wichtigsten Einnahmen des Parteivorstandes sind nach wie vor seine Beitragsanteile sowie der Anteil des Parteivorstandes an den Staatlichen Mitteln. Gemessen an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der

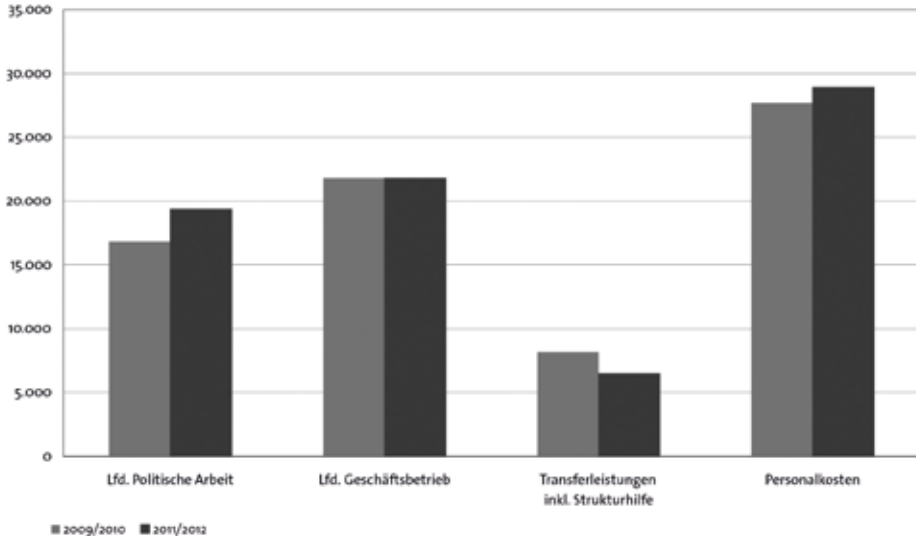
Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 20,1 Prozent (2009/2010: 21,0 Prozent) während der Anteil der Staatlichen Mittel 64,1 Prozent betrug (2009/2010: 56,3 Prozent). Insgesamt bestreitet der Parteivorstand mehr als vier Fünftel seiner Einnahmen aus diesen beiden Bereichen.

Im Berichtszeitraum 2011/2012 stiegen die Aufwendungen gegenüber 2009/2010 um ca. 2,8 Prozent. Der gestiegene Aufwand erfolgte für die Politische Arbeit inkl. Öffentlichkeitsarbeit. Er entsprach 2011/2012 einem Anteil von 25,3 gegenüber 2009/2010 einem Anteil von 22,6 Prozent.

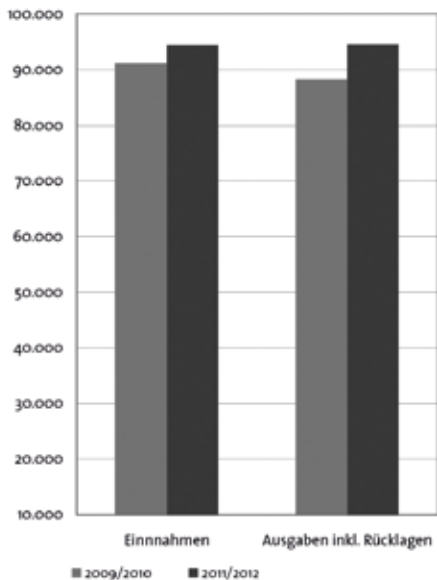
Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV entsprachen 2011/2012 einem Anteil von 28,5 Prozent (2009/ 2010: 29,3 Prozent).

Die Entwicklung der Kosten für die EDV ist positiv. Nach der Verfünfachung dieses Aufwandes von 1995 bis 2000 (auf über 7 Mio. EUR), sanken diese Kosten seitdem kontinuierlich. Im Berichtszeitraum betrug der Aufwand für den Haushalt der EDV inkl. fortgesetzter intensiver Investitionen in einen newsdesk und eine neue Mitgliederverwaltung 6,4 Mio. EUR (2009/2010: 6,8 Mio. EUR).

Ausgaben im Vergleich in Tausend EUR



Einnahmen und Ausgaben im Vergleich in Tausend EUR



Die Transferleistungen inkl. Strukturhilfe sind im Berichtszeitraum 2011/2012 gegenüber 2009/2010 rückläufig. Der Anteil an den Gesamtausgaben betrug im Berichtszeitraum 8,4 Prozent (2009/2010: 11,0 Prozent). Die Strukturhilfe macht mehr als die Hälfte der Transferleistungen aus. Der Anteil der Personalkosten stieg von 37,2 Prozent 2009/2010 auf 37,8 Prozent im Berichtszeitraum 2011/2012. Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten Einnahmen. Trotz der Novellierung des Parteiengesetzes ist in Zukunft nur bedingt mit höheren Einnahmen zu rechnen. Daher müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln und ein vernünftiges Verhältnis der Ausgaben für Politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben.

Die Haushaltsführung des Parteivorstandes für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 wurde überprüft und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen. Außerdem prüfte die Kontrollkommission laufend die Mittelbewirtschaftung des Parteivorstandes.

3. STRUKTURHILFEN FÜR DIE OSTDEUTSCHEN LANDESVERBÄNDE

Die bereits 1990 auf dem Berliner Parteitag beschlossene Strukturhilfe für die ostdeutschen Landesverbände dient der Sicherung einer handlungsfähigen Organisation und wird durch die Mitglieder aller Bundesländer getragen.

In den neuen Bundesländern waren im Jahr 2011 38.224 Personen Mitglieder der SPD, im Jahr 2012 gab es einen leichten Rückgang auf 37.913. Der Durchschnittsbeitrag erhöhte sich von 11,77 EUR im Jahr 2011 auf 11,80 EUR im Jahr 2012.

Der vom Mitgliedsbeitrag aller Mitglieder der SPD einbehaltene Anteil für die Strukturhilfe liegt seit Jahren konstant bei 0,26 EUR je Monatsbeitrag.

Insgesamt erhielten die ostdeutschen Landesverbände in den Jahren 2011 und 2012 hieraus zusammen 2,9 Mio. EUR.

Darüber hinaus hat der Parteivorstand aus seinem Betriebshaushalt eine ergänzende Strukturhilfe in Höhe von insgesamt 1,43 Mio. EUR geleistet, wobei auf das Jahr 2011 750 T EUR und 675 T EUR auf 2012 entfallen.

Den ostdeutschen Landesverbänden wurden in den Jahren 2011 und 2012 somit 4,33 Mio. EUR zur Verfügung gestellt; 2,2 Mio. EUR in 2011 und 2,1 Mio. EUR in 2012.

Auf die Strukturhilfe werden diese auch in den kommenden Jahren angewiesen sein.

4. DER UNTERNEHMENSBEREICH

4.1 Konzentration GmbH

Mehr als 110 Immobilien-Objekte umfasst der Grundbesitz der SPD. Darunter befinden sich traditionsreiche Häuser ebenso wie moderne Büroetagen und Ladenflächen für die politische Arbeit vor Ort.

Die Objekte stehen im wirtschaftlichen Eigentum des Parteivorstandes (entsprechend §25 der Finanzordnung); werden aber treuhänderisch für diesen von der Konzentration GmbH, der Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH (für das Willy Brandt Haus) und einigen lokalen Grundstücksgesellschaften verwaltet.

Der Immobilienbesitz und die Konzentration GmbH sind historische Konstanten der Parteiarbeit der SPD in ihrem Jubiläumsjahr 2013. Darüberhinaus stellen die Immobilien einen wesentlichen Bestandteil des Parteivermögens dar. Bei einem bilanziellen Gesamtvermögen i.H.v. knapp 183 Mio. EUR (Stand 31.12.2011) entfielen grob 122 Mio. EUR auf das Haus- und Grundvermögen, sowie die Ausstattung der Geschäftsstellen.

Es hat sich erwiesen, dass der Grundbesitz eine wichtige Stütze der kontinuierlichen politischen Arbeit vor Ort ist: Da, wo die Partei Immobilien-Eigentum besitzt, hat sie auch einen festen Anlauf- und Orientierungspunkt und kann auch einmal ein schlechtes Wahlergebnis überstehen ohne sich um die grundlegende organisatorische Basis sorgen zu müssen. Die Partei ist darüberhinaus ein nahezu „idealer“ nachhaltiger Immobilieninvestor mit einem langen Atem, Geduld und ohne den Zwang der kurzfristigen Rendite-Optimierung. Daher ermutigt und unterstützt die Konzentration Gliederungen der Partei bei ihrem Wunsch, Immobilien-Eigentum zu erwerben, zu finanzieren, nachhaltig zu pflegen und zu entwickeln. Dabei hilft ihr ein Netzwerk von Experten, egal ob es um die Marktevaluation, die Immobiliensuche, die Finanzierung oder um Umbau, Sanierung, die Vermietung oder die Voll-Verwaltung von Immobilien geht.

Im Berichtszeitraum hat sich die Konzentration insbesondere auf die Sanierung des vorhandenen Immobilienbesitzes konzentriert. Große Sanierungs- und Instandhaltungsprojekte in einem Gesamtvolumen von 1,043 Mio. EUR standen z. B. in Jena, Augsburg, München und Leipzig an und wurden inzwischen abgeschlossen. Seitens der Partei gibt es fortlaufend Wünsche für die bauliche Weiterentwicklung vorhandener Immobilien, ihre energetische Optimierung (Fassadensanierung, Photovoltaik etc.) und funktionale Ertüchtigung. Diese Maßnahmen werden sorgfältig mit den Genossinnen und Genossen vor Ort geplant und – wo möglich – mit lokalen/regionalen Firmen realisiert.

Auch in den Jahren 2011 und 2012 gingen die Bemühungen um die Restitution enteigneten Partei-Vermögens in den neuen Bundesländern weiter. Mehr als 20 Jahre nach der Vereinigung stehen noch einzelne Verfahren aus. Wir hoffen, diese im Jahr 2013, spätestens im ersten Halbjahr 2014, abschließen zu können.

Seit Ende 2012 hat die Konzentration einen Prozess der kritischen Analyse des Immobilienportfolios der Partei angestoßen. Immobilien, die keine Bedeutung für die politische Arbeit der Partei haben und wirtschaftlich nicht bedeutsam sind, sollen veräußert werden. In diesem Zusammenhang hat es bereits 2012 und 2013 erste Veräußerungen gegeben. Auf der anderen Seite sollen politisch und/oder wirtschaftlich starke Objekte weiterentwickelt werden. Langfristig wäre es für die politische Arbeit der Partei sicher ratsam, wenn arrondierend Immobilienbesitz regional dort aufgebaut wird, wo es für die politische Arbeit sinnvoll ist und einen sicheren langfristigen Vermögenserhalt verspricht.

4.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin MbH

Innerhalb der Immobilienbewirtschaftung nimmt die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH (VBB) eine Sonderstellung ein, da sie nicht nur die übliche Liegenschaftsverwaltung übernommen hat, sondern das Willy-Brandt-Haus als Parteizentrale der SPD und als Tagungs- und Veranstaltungsort mit mehreren hundert Sitzungen, Tagungen, Kongressen (auch für Drittmietler) im Jahr betreibt. Daneben erbringt die VBB direkte Dienstleistungen für den Parteivorstand. Beispiele: Telefon- und Handymanagement und Veranstaltungsdienstleistungen für die zahlreichen Parteiveranstaltungen im Haus.

Die Abrechnung erfolgt jährlich zu Gunsten und zu Lasten des Parteivorstands über einen Dienstleistungsvertrag. Die VBB nimmt die Eigentumsrechte am Haus lediglich treuhänderisch für den Parteivorstand wahr. Das Haus gehört der Partei.

Der laufende Unterhalt des Hauses wird aus einem Nutzungsentgelt des Parteivorstandes, Mieteinnahmen von Drittmietern und Einnahmen aus dem Konferenz- und Tagungsgeschäft finanziert.

Eine der wichtigsten Aufgaben der VBB besteht weiterhin in der „fernsehgerechten“ Ausgestaltung und der Pflege des ganzen Gebäudes. Dabei bedient sie sich aufgrund der Gebäudegröße und der anspruchsvollen Gebäudetechnik eines externen Partners, der mit dem technischen Gebäudemanagement beauftragt ist.

In einem im Juni 2013 erstellten Gutachten eines vereidigten Immobilien-Sachverständigen wurde dem Gebäude erneut ein stringentes Instandhaltungsmanagement und ein überdurchschnittlich guter baulicher Zustand bestätigt. Die laufenden Instandhaltungsaufwendungen nehmen, mehr als 15 Jahre nach der Eröffnung, deutlich zu, so dass in den kommenden Jahren weiterer Investitionsbedarf besteht, wenn das erreichte Niveau gehalten werden soll.

In dem vorangegangenen Finanzbericht (2009 und 2010) wurden die noch offenen Bankverbindlichkeiten des Gebäudes aus der Bauphase mit 21,7 Mio. EUR angegeben (Stand: 31.12.2010). Sie konnten in dem Berichtszeitraum deutlich auf 17,6 Mio. EUR (31.12.2012 – noch nicht testiert) reduziert werden. Dazu haben insbesondere Ausschüttungen der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH beigetragen, auf die das Haus – auch in den folgenden Jahren – aufgrund der noch vorhandenen Zins- und Tilgungslasten angewiesen sein wird.

Wie im letzten Finanzbericht angekündigt, konnte das aktuell niedrige Zinsniveau genutzt werden, um die Zinslasten zu reduzieren und Zinssicherheit für die Hypothekendarlehen bis 2022 bzw. 2024 zu erreichen. Das gibt der Partei langfristig finanzielle Planungssicherheit. Das Willy-Brandt-Haus ist nicht nur der Sitz des Parteivorstandes, sondern auch ein Ort gesellschaftspolitischer Debatte und kultureller Kommunikation. Dazu tragen insbesondere die zahlreichen Ausstellungen und Veranstaltungen des „Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V.“ bei.

www.Willy-Brandt-Haus.de

4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft MbH

150 JAHRE GESCHICHTE

Schon bald nach ihrer Gründung vor 150 Jahren begann die SPD eigene Zeitungen und Bücher zu verlegen und zu drucken. 1876 erschien erstmals der Vorwärts. über viele Jahre konnte mit erheblichem Einsatz unzähliger Mitglieder ein beachtliches Vermögen aufgebaut werden. Diese Entwicklung verlief nicht immer gradlinig, oft hatten SPD und ihre Unternehmen mit Schwierigkeiten, häufig um ihre Existenz zu kämpfen: Mehrfach wurde die SPD in ihrer Geschichte enteignet. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 hatte auch die damaligen Unternehmen der SPD schwer getroffen. Von den Nazis enteignete Druckereien und Verlage wurden im 2. Weltkrieg schwer beschädigt und teilweise nach Kriegsende demontiert. In den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts gerieten viele Presseunternehmen der Partei in unruhiges Fahrwasser. über 250 Millionen DM Schulden waren zu bewältigen. Mit großer Kraftanstrengung gelang es letztlich, diese historische Last abzutragen und den Unternehmensbereich der SPD zu sanieren. Hier kommt ein großer Verdienst dem im Jahr 2010 verstorbenen Schatzmeister Prof. Dr. Friedrich Halstenberg zu.

Immer wieder gab es den Versuch von Union und FDP mit juristischen „Taschenspielertricks“ die Medienbeteiligungen der SPD zu beseitigen – erst das Bundesverfassungsgericht hat diesem Treiben 2008 einen Riegel vorgeschoben.

Seit 1971 besteht die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg) als Holding- Gesellschaft des SPD-Parteivorstandes; sie hält für die SPD die Beteiligungen im Medienbereich mit dem Schwerpunkt der Regionalzeitungen. Die ddvg ist der Tradition der sozialdemokratischen Unternehmungen verpflichtet. Ihre Entscheidungen orientieren sich streng nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, ohne dabei die sozialen Verpflichtungen unternehmerischen Handelns zu ignorieren.

Das Engagement im Segment der regionalen Tageszeitungen trägt zum Erhalt einer lebendigen mittelständischen Presselandschaft bei. Dabei vermeidet die ddvg beherrschenden Einfluss und hält in der Regel Minderheitsbeteiligungen.

Transformation der Medienwelt

Die Medienwelt wandelt sich. Im Onlinezeitalter verändert sich der Zugang zu Informationen und der Umgang mit ihnen in atemberaubender Geschwindigkeit:

- Die große Mehrheit der Menschen nutzt heute regelmäßig das Internet.
- Seit bald zehn Jahren spielen soziale Netzwerke eine wichtige Rolle für die Verbreitung von Nachrichten.
- Im Netz verlieren die bisherigen Unterscheidungsmerkmale der etablierten Mediengattungen wie Fernsehen, Radio und Print an Relevanz.
- Neue Akteure treten als selfpublisher, z. B. mit Blogs, auf den Markt.
- Mit der Entwicklung des Smartphones sowie der Etablierung des tablets hat mobile Kommunikation einen vorher nicht geahnten Stellenwert erreicht etc.

Print unter Druck

Die Medienmärkte werden kräftig durchgeschüttelt. Insbesondere Print ist davon betroffen: Wohnungssuche, Autokauf und Jobsuche finden heute fast ausschließlich im Netz statt. Die früher ertragsstärksten Anzeigenmärkte für Tageszeitungen sind seit 2001 auf einen Bruchteil ihrer damaligen Größe geschrumpft.

Gleichzeitig lässt das geänderte Mediennutzungsverhalten vor allem jüngerer Menschen die Abo-Auflagen der Tageszeitungen sinken.

Die demografische Entwicklung tut ihr übriges: Die Bevölkerung, vor allem in ländlichen Regionen, entwickelt sich rückläufig und für die Tageszeitungen ist ebenfalls relevant, dass Migranten deutsche Medien in deutlich geringerem Maße nutzen, d.h. auch dort, wo die Bevölkerungszahl dank Migration stabil bleibt, sinken demografiebedingt die Auflagen.

Die rückläufigen Auflagen setzen wiederum die Attraktivität der Gattung Tageszeitung für Werbekunden unter Druck: Der Discounter-Einzelhandel ist in den vergangenen zwei Jahren fast komplett von der Tages-

zeitung als Werbeträger auf die Direktverteilung umgestiegen, weil er sich davon eine höhere Haushaltsabdeckung verspricht.

Außerdem stärkt die Möglichkeit kostengünstigerer und zumindest vermeintlich zielgenauerer Werbung über das Netz den Onlinewerbemarkt v.a. zulasten von Printprodukten. Während die Tageszeitungen von 2010 bis 2012 rund 400 Mio. EUR Werbeeinnahmen verloren haben (ZAW-Statistik), hat der Onlinemarkt im gleichen Zeitraum um rund 1,1 Mrd. EUR zugelegt (OVK-Werbestatistik).

Die Reaktionen der Verlage auf die beschriebenen Umsatzrückgänge lassen sich wie folgt beschreiben:

Der Trend zu übernehmen mit dem Ziel, größere Einheiten zu bilden, verstärkt sich. Beispielhaft hierfür ist die Expansion der Mediengruppe Madsack durch die Übernahme von Regionalzeitungen von Axel Springer und der Märkischen Allgemeinen. Hierbei geht es auch darum, durch Verknüpfung redaktioneller oder administrativer Ressourcen Einsparungseffekte zu erzielen.

- Viele Verlage gehen den Weg gegenseitiger Kooperationen, um Synergien zu erreichen.
- In nahezu jedem Verlag der Republik wird ein Kostensenkungsprojekt nach dem anderen auf- und umgesetzt.
- Teils werden engagierte Versuche gestartet, mit Geschäften abseits des journalistischen Kerngeschäfts neue Umsatzfelder zu erschließen.

Die Einstellung der Financial Times Deutschland und der Nürnberger Abendzeitung sowie die Insolvenz der Frankfurter Rundschau (FR) haben Ende 2012 für jeden Beobachter erkennbar werden lassen, dass da, wo keiner der oben beschriebenen Wege noch Besserung verspricht, das journalistische Produkt selbst auf der Kippe steht.

Einen Sonderfall stellt das von der WAZ (jetzt Funke-Mediengruppe) beschlossene Aus für die Redaktion der Westfälischen Rundschau dar. Der Versuch, einen Titel ohne jede eigene lokale oder regionale Kompetenz am Markt zu halten mutet befremdlich an. Zumal genau diese Kompetenz das Alleinstellungsmerkmal der regionalen Tageszeitung geblieben ist, das es aus Verlegersicht jetzt zu stärken gilt.

Im Sommer 2013 wurde die Medienwelt vom Verkauf der Traditionsblätter Berliner Morgenpost und Hamburger Abendblatt durch die Axel Springer AG an die Funke Mediengruppe überrascht. Dieser Vorgang hat noch einmal die beiden Hauptbewegungen unterstrichen, die im Medienmarkt zu beobachten sind:

Einige Häuser verabschieden sich Stück für Stück vom Journalismus als Kernprodukt des Hauses und entkoppeln Wertschöpfung und Contenterstellung, andere gehen den Weg des Wachstums, um Synergien erzielen und Skaleneffekte – also Kosten senken – heben zu können.

Das Ende dieser Entwicklung ist offen aber es besteht Anlass zur Wachsamkeit. Ein Abbruch der im europäischen und weltweiten Vergleich sehr vielfältigen und qualitätsvollen journalistischen Tradition in diesem Bereich wäre nicht ohne Folgen für das demokratische Gemeinwesen. Deshalb bleibt es Aufgabe von Politik und Verlagen, die Transformation des Medienmarkts so zu begleiten und zu gestalten, dass die öffentliche Aufgabe der vierten Gewalt auch in Zukunft unabhängig wahrgenommen werden kann.

Durchgängig positive Betriebsergebnisse der ddivg – Sondereffekte belasten das Unternehmensergebnis

Auch die ddivg war von den oben beschriebenen Entwicklungen im Tageszeitungsmarkt betroffen. Am deutlichsten sichtbar wurde dies im November 2012 durch die Insolvenz der „Druckhaus Frankfurt a. M. GmbH (FR), an der die ddivg 40% der Kapitalanteile hielt. Trotz aller Schwierigkeiten im Segment der Tageszeitungen konnte die ddivg sowohl in 2011 als auch in 2012 deutlich positive Betriebsergebnisse von 15,9 Mio. EUR (2011) und 13,0 Mio. EUR (2012) erzielen.

Die notwendigen Wertberichtigungen u. a. aus der Situation der FR wirkten sich auf das ddivg-Unternehmensergebnis aus, das 0,9 Mio. EUR in 2011 und -14,1 Mio. EUR in 2012 auswies. Neben dem Sondereffekt aus der Situation der Frankfurter Rundschau trug auch die Schließung einer Rollen-Offset-Druckerei in Bayreuth Anfang 2012 maßgeblich zu dem negativen Unternehmensergebnis in 2012 bei.

Der Cashflow im Berichtszeitraum unterstreicht die solide Verfassung des Unternehmens. Er belief sich in 2011 auf 13,2 Mio. EUR und im Folgejahr auf 9,7 Mio. EUR.

Das Portfolio der ddivg behält im Berichtszeitraum einen Schwerpunkt im regionalen Zeitungssegment. Die Beteiligungsergebnisse aus den Medienbeteiligungen beliefen sich auf 17,8 Mio. EUR (2011) bzw. 16,7 Mio. EUR (2012).

Auch die Verlagsbeteiligungen der ddivg müssen ihre Antwort auf die Veränderungen im Mediengeschäft finden. Es entspricht der Rolle und dem Verständnis der ddivg, ihren Beteiligungsverlagen kein vermeintliches Patentrezept zu verordnen, sondern gemeinsam mit den jeweiligen Partnern (und meist Mehrheitsgesellschaftern) nach strategischen Antworten für das jeweilige Unternehmen zu suchen und ggf. auch aus der Gesellschafterfunktion heraus zu unterstützen. Ein Beispiel dafür ist der Mehrheitserwerb der Märkischen Allgemeinen durch die Hannoveraner Mediengruppe Madsack, den die ddivg durch Eintritt in die (Minderheiten-)Investorengruppe flankiert hat.

Aus dem Portfolio ausgeschieden ist die FR. Grund hierfür ist die Insolvenz des Unternehmens Ende 2012. Die Insolvenz war unausweichlich, nachdem der nochmalige starke Rückgang im Anzeigengeschäft ab dem 2. Quartal des Jahres 2012 keine Planung mit einem auch nur annähernd ausgeglichenen Ergebnis mehr zuließ.

Ob die FR als unabhängige links-liberale Stimme erhalten bleibt (was das Ziel des Einstiegs der ddivg bei der FR im Jahr 2004 war), wird sich – nach der Übernahme des Titels durch die Frankfurter Societäts-Druckerei (FAZ) – in Zukunft erweisen müssen. Der Abbau von rund 400 Arbeitsplätzen in Druckerei, Verlag und Redaktion war ein herber Schlag für die Betroffenen. Die ddivg und der ehemalige Mehrheitseigentümer, das Kölner Medienhaus M. DuMont Schauberg, haben zur Absicherung einer Transfergesellschaft insgesamt 4,8 Mio. EUR zur Verfügung gestellt und auch damit (zusätzlich zum Erhalt des Unternehmens seit 2004) ihre sozialen Verantwortung wahrgenommen.

Es gibt eine ganze Reihe von Ursachen dafür, weshalb es nicht gelungen ist, die FR wieder in sicheres Fahrwasser zu bringen. Maßgeblich sind einerseits lange zurückliegende Versäumnisse in den 1990'er Jahren, die die FR bereits kränkelnd in die Medienstrukturkrise haben wanken lassen und eine Marktentwicklung, die im Vergleich von heute zu 2003 zu einer Niveaureduktion des Umsatzes beim Verlagshaus der FR in Höhe von 41 Mio. EUR geführt hat.

Für die Jahre ab 2004 (Einstieg der ddivg) oder 2006 (übernahme der Mehrheit durch M. DuMont) lässt sich sicherlich im Nachhinein über manche Maßnahme und deren Wirkung trefflich streiten (z. B. über die Formatumstellung, zögerliches Herangehen an das Onlinethema etc.). Letztlich hat der zweimalige Abschwung der Anzeigenumsätze und damit auch der Fremddruckumsätze im Jahr 2009 und im zweiten Quartal 2012 dem Projekt FR die Luft zum Atmen genommen. Dass die FR im Vergleich zu anderen Titeln diesen Abschwüngen weniger Substanz entgegensetzen hatte, lag an einer prekären Marktposition, die sich spätestens Ende des vergangenen Jahrhunderts ergeben hatte.

Nicht zuletzt aufgrund der schmerzlichen Erfahrungen bei der FR wird die ddivg ihr Engagement für eine Zukunftssicherung ihrer Verlagsbeteiligungen nochmals verstärken, auch wenn hierbei sehr unbequeme Wege gegangen werden müssen.

Da die Personalkosten im Medienbereich den mit Abstand größten Kostenblock ausmachen, kann der beschriebene Rückgang der Umsätze nicht ohne Auswirkungen auf die Personalkosten bleiben. Bislang haben die Tarifparteien leider seit Jahren versäumt, eine tragfähige Struktur in Mantel- und Gehaltstarifverträgen für Redakteure, Verlagsangestellte und Druckereikräfte zu vereinbaren. Das Ergebnis hiervon ist eine Erosion des Flächentarifvertrages und eine Flucht von Verlagen in OT-Mitgliedschaften, die Ausgründung in tariffreie (oder günstigeren Tarifen unter-fallende) Unternehmen, echte Fremdvergabe von Leistungen etc. Die ddivg beobachtet diese Entwicklung mit Sorge, wird aber – wenn es nicht gelingt, eine zukunfts feste Neujustierung des Tarifgefüges zu erreichen – dieser Entwicklung auch in den eigenen Beteiligungen nichts entgegensetzen können. Allerdings wird die ddivg in jedem Fall dafür Sorge tragen, dass journalistische Qualität gehalten werden kann. Hierzu gehört auch, Einstiegskorridore für junge Redakteurinnen und Redakteure zu schaffen, ohne die der Wandel der Zeitungen zu (auch digitalen) Medienhäusern nicht gelingen kann.

Einstieg in digitale Geschäftsmodelle

Die ddivg arbeitet bereits seit 2005 daran, mit ihren Beteiligungen digitale Geschäftsmodelle zu entwickeln. Mit der schon lange bestehenden Beteiligung am Edutainment-Verlag Tivol@, dem Einstieg beim Selfpublishing-Anbieter Tredition und der Beteiligung an der KuK Applikationen GmbH (Erstellung von Smartphone-Lösungen im Kunst- und Kulturbereich), ist die ddivg bereits eigene Schritte bei der Portfolioerweiterung in den digitalen Bereich gegangen. Mit dem Erwerb von Anteilen an avocadostore.de und der Gründung der tivol@-ventures verstärkt die ddivg diesen Bereich und sieht hierin ein strategisches Wachstumsfeld. Tivol@ ist es gelungen, als Spieleanbieter im Bildungssegment eine starke Positionierung im globalen App-Markt zu erreichen. Tredition hat sich eine kontinuierlich positive Tendenz als selfpublisher mit einer hohen Reputation im Kundenstamm erarbeitet. KuK hat neben der App für Potsdam-Sanssouci auch die Applikation für die IBA in Hamburg gestaltet und stellt sich als Anbieter für Stiftungen auf.

Wie beim Einstieg in avocadostore.de sollen auch zukünftige neue Engagements Anknüpfungspunkte dafür bieten, Kooperationen mit starken regionalen (Tageszeitungen) oder nationalen Beteiligungen (Ökotest) zu bilden.

Außerdem verfolgen die Verlagsbeteiligungen der ddivg ihre digitalen Strategien weiter. Ein markantes Beispiel hierfür ist die Mediengruppe Madsack, die mit dem Konzept der Madsack-Media-Stores (u. a. in Hannover und Leipzig) einen neuen Vertriebsweg erschlossen hat.

Weitere Geschäftsbereiche

Das Druckereigeschäft ist im Berichtszeitraum weiterhin sehr unbefriedigend verlaufen. In beiden Bogenoffset-Druckereien der ddvg (Lübeck und Braunschweig) wurden umfangreiche Maßnahmen vorgenommen, um als tarifgebunden arbeitende Unternehmen im Wettbewerb Stand halten zu können. Es zeigt sich aber, dass der Preisdruck im Printmarkt auch hier die Tarifbindungen auflöst und zu Tarifkonditionen kaum noch kostendeckende Aufträge akquiriert werden können. Die schwierige Situation im Printsegment war dafür ausschlaggebend, die RollenOffset-Druckerei in bayreuth (bd+m) im Frühjahr 2012 zu schließen.

Licht und Schatten gibt es im Tourismusgeschäft. Der SPD-Reiseservice verzeichnet nach wie vor wachsende Verkaufszahlen. Die 2012 etablierte Marke Ambiente-Kreuzfahrten ist ebenfalls mit guten Verkaufszahlen in das Geschäft gestartet. Allerdings hat die Insolvenz des Schiffseigners im Herbst 2012 zu erheblichen Verlusten geführt, die sich auch im Unternehmensergebnis der ddvg 2012 ausgewirkt haben. Nach einer umfangreichen Marktpfprüfung wird Ambiente ab März 2014 mit einer neuen Kooperation das Geschäft wieder aufnehmen.

5. FINANZEN DER GESAMTPARTEI FÜR DAS JAHR 2011 IM VERGLEICH

Die SPD konnte im Jahr 2011 Gesamteinnahmen in Höhe von 155,7 Mio. EUR verzeichnen. CDU und CSU zusammen verzeichneten Einnahmen in Höhe von fast 178 Mio. EUR.

Wie auch in vorangegangenen Jahren stellten die Mitgliedsbeiträge mit 30,5 % den größten Einnahmeposten dar, bei CDU und CSU ist dies die Einnahme aus staatlichen Mitteln mit 31 %. Rechnet man Mitglieds- und Mandatsträgerabgaben zusammen, so finanziert sich die SPD zu 45,0 % aus Beiträgen, die CDU zu 40,8 % und die CSU zu 35,8 %. Die Zahlungen unserer Mitglieder- und Mandatsträger sind, wie in den Vorjahren, weiterhin unsere entscheidende Einnahmequelle.

Im Vergleich zu den Unionsparteien und der FDP erhält die SPD sehr viel weniger Spenden. Das trifft besonders für Großspenden aus der Wirtschaft und von vermögenden Privatpersonen zu. Spenden machen somit nur einen kleinen Teil unserer Einnahmen aus. Die Unionsparteien haben im Jahr 2011 Spenden (natürliche und juristische Personen) in Höhe von ca. 27,7 Mio. EUR erhalten, während die SPD Spenden in Höhe von 12,1 Mio. EUR erhalten hat. Die FDP konnte Spenden in Höhe von 6,6 Mio. EUR vereinnahmen.

Einerseits bedeutet dies, dass die SPD über ein hohes Maß an Unabhängigkeit verfügt. Andererseits heißt das aber auch, dass die SPD ihre finanziellen Mittel durch andere Quellen ergänzen muss. Dies geschieht auch durch den Unternehmensbereich der SPD, der in 150 Jahren Parteigeschichte aufgebaut wurde und einen stabilen Beitrag zu den Einnahmen leistet. In 2011 konnte die SPD aus Unternehmertätigkeit und Beteiligungen Einnahmen in Höhe von ca. 8,2 Mio. EUR verzeichnen,

Die Ausgaben der Gesamtpartei beliefen sich im Jahr 2011 auf 141,5 Mio. EUR. CDU und CSU zusammen gaben 164,3 Mio. EUR aus. Für Personal und den laufenden Geschäftsbetrieb wendetete die SPD über 50% ihrer Ausgaben auf. Die SPD verfügt über ein Reinvermögen in Höhe von 188 Mio. EUR. Bei den Besitzposten entfallen 112,5 Mio. EUR auf Haus- und Grundvermögen.

Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2011

| | SPD | | CDU | | CSU | |
|--|--------------------|---------------|--------------------|---------------|-------------------|---------------|
| | EUR | % | EUR | % | EUR | % |
| Einnahmen | | | | | | |
| Mitgliedsbeiträge | 47.475.028 | 30,50 | 40.073.280 | 28,43 | 10.198.757 | 27,54 |
| Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge | 22.631.148 | 14,54 | 17.477.238 | 12,40 | 3.047.846 | 8,23 |
| Spenden von nat. Pers. | 9.605.271 | 6,17 | 14.552.918 | 10,33 | 3.588.508 | 9,69 |
| Spenden von jur. Pers. | 2.499.629 | 1,60 | 7.265.832 | 5,15 | 2.281.128 | 6,16 |
| Einn. aus Unternehmens- tätigkeit u. Beteiligungen | 8.174.010 | 5,25 | 966 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Einn. aus sonst. Vermögen | 8.824.288 | 5,67 | 3.486.533 | 2,47 | 370.644 | 1,00 |
| Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc. | 13.661.571 | 8,78 | 12.617.623 | 8,95 | 7.029.953 | 18,98 |
| Staatliche Mittel | 42.407.425 | 27,24 | 44.641.547 | 31,67 | 10.411.577 | 28,11 |
| Sonstige Einnahmen | 396.953 | 0,25 | 843.567 | 0,60 | 109.314 | 0,29 |
| Gesamt | 155.675.323 | 100,00 | 140.959.504 | 100,00 | 37.937.727 | 100,00 |
| Ausgaben | | | | | | |
| Personalausgaben | 46.371.317 | 32,77 | 41.997.874 | 31,73 | 9.837.128 | 30,83 |
| Lauf. Geschäftsbetrieb | 28.612.269 | 20,22 | 27.955.620 | 21,12 | 7.094.291 | 22,24 |
| Allg. politische Arbeit | 32.130.740 | 22,70 | 30.659.413 | 23,16 | 13.680.972 | 42,88 |
| Wahlkämpfe | 24.134.464 | 17,05 | 27.014.731 | 20,41 | 889.233 | 2,79 |
| Vermögensverwaltg. einschl. sich hieraus ergebend. Zinsen | 9.730.245 | 6,88 | 2.329.149 | 1,76 | 0 | 0,00 |
| sonstige Zinsen | 430.370 | 0,30 | 408.958 | 0,31 | 260.468 | 0,82 |
| sonstige Ausgaben | 114.907 | 0,08 | 1.999.947 | 1,51 | 141.023 | 0,44 |
| Gesamt | 141.524.312 | 100,00 | 132.365.692 | 100,00 | 31.903.115 | 100,00 |
| Überschuss / Defizit | 14.151.011 | | 8.593.812 | | 5.134.612 | |
| Reinvermögen | 188.907.634 | | 165.903.380 | | 33.631.485 | |

Es werden die Daten aus den Rechenschaftsberichten des Jahres 2011 zugrunde gelegt, da die Rechenschaftsberichte für das Jahr 2012 noch nicht veröffentlicht sind.

| CDU / CSU | | Grüne | | FDP | | Die Linke | |
|-------------|--------|------------|--------|------------|--------|------------|--------|
| EUR | % | EUR | % | EUR | % | EUR | % |
| 50.272.037 | 28,24 | 7.966.261 | 21,63 | 7.439.931 | 21,69 | 9.711.525 | 33,81 |
| 20.525.084 | 11,53 | 7.714.360 | 20,95 | 3.312.540 | 9,66 | 3.907.466 | 13,60 |
| 18.141.426 | 10,19 | 3.989.590 | 10,83 | 4.870.757 | 14,20 | 1.905.702 | 6,63 |
| 9.546.960 | 5,36 | 860.115 | 2,34 | 1.738.362 | 5,07 | 29.071 | 0,10 |
| 966 | 0,00 | 286 | 0,00 | 414.678 | 1,21 | 0 | 0,00 |
| 3.857.177 | 2,17 | 197.919 | 0,54 | 430.869 | 1,26 | 191.420 | 0,67 |
| 19.647.576 | 11,04 | 1.053.668 | 2,86 | 2.252.642 | 6,57 | 221.028 | 0,77 |
| 55.053.124 | 30,93 | 13.814.822 | 37,51 | 13.588.557 | 39,62 | 12.130.761 | 42,23 |
| 952.881 | 1,00 | 1.229.915 | 3,34 | 248.624 | 0,72 | 626.460 | 2,19 |
| 177.997.231 | 100,00 | 36.826.936 | 100,00 | 34.296.960 | 100,00 | 28.723.433 | 100,00 |
| 51.835.002 | 31,55 | 11.115.475 | 34,16 | 5.295.442 | 15,26 | 10.207.742 | 38,03 |
| 35.049.911 | 21,34 | 5.638.968 | 17,33 | 9.971.476 | 28,73 | 5.038.600 | 18,77 |
| 44.340.385 | 26,99 | 8.116.049 | 24,94 | 10.194.034 | 29,37 | 6.926.179 | 25,80 |
| 27.903.964 | 16,99 | 7.162.002 | 22,01 | 7.939.983 | 22,87 | 4.497.873 | 16,76 |
| 2.329.149 | 1,42 | 303.516 | 0,93 | 174.830 | 0,50 | 128.298 | 0,48 |
| 669.426 | 0,41 | 4.020 | 0,01 | 1.084.266 | 3,12 | 5.928 | 0,02 |
| 2.140.970 | 1,30 | 203.051 | 0,62 | 51.544 | 0,15 | 36.396 | 0,14 |
| 164.268.807 | 100,00 | 32.543.081 | 100,00 | 34.711.575 | 100,00 | 26.841.016 | 100,00 |
| 13.728.424 | | 4.283.855 | | -414.615 | | 1.882.417 | |
| 199.534.865 | | 30.298.191 | | 5.461.460 | | 25.473.080 | |

BERICHT DER GENERALSEKRETÄRIN 2011-2013

| | |
|--|-----|
| Einleitung | 338 |
| Politischer Bericht der Generalsekretärin | 339 |
| Bericht über die Arbeit der Abteilungen des WBH | 341 |
| Abteilung Partei | 341 |
| Parteischule | 342 |
| Zentraler Rednereinsatz | 343 |
| Mitgliederwerbung und Entwicklung | 344 |
| Arbeitsgemeinschaften und Themenforen | 345 |
| Regine – Hildebrandt – Preis | 346 |
| Abteilung Politik | 346 |
| Politische Arbeit der Abteilung | 346 |
| Foren | 347 |
| Themenforen | 348 |
| Arbeitskreise | 349 |
| Kommissionen | 351 |
| Projektgruppen | 352 |
| Gesprächskreise | 353 |
| Gustav-Heinemann-Bürgerpreis | 357 |
| Abteilung Kommunikation | 358 |
| Planung und Strategie | 358 |
| Öffentlichkeitsarbeit, Produktion und Vertrieb | 359 |
| Eventmanagement | 360 |
| Direktkommunikation | 362 |
| Newsdesk | 363 |
| CvD Text | 364 |

| | |
|--|-----|
| Abteilung Internationale Politik | 364 |
| Internationale Solidarität | 364 |
| Eine starke, soziale und demokratische Europäische Union | 364 |
| Vorausschauende Friedenspolitik | 365 |
| Globalisierung gerecht gestalten | 366 |
| Eine aktive Menschenrechtspolitik | 366 |
| Internationale und europäische Parteienzusammenarbeit | 367 |
| Progressive Allianz | 367 |
| Neue Inländer | 368 |
| | |
| Abteilung Zentrale Aufgaben Personal / Organisation | 368 |
| Personalbüro | 368 |
| EDV | 369 |
| Vertragsmanagement (Zivil- und Vertragsrecht) | 369 |
| Innere Dienste | 369 |

EINLEITUNG

Liebe Delegierte des ordentlichen Bundesparteitags in Leipzig,
liebe Genossinnen, liebe Genossen,

zum ordentlichen Bundesparteitag 2013, mit dem die Wahlperiode des Parteivorstandes und damit auch der Generalsekretärin zu Ende geht, lege ich Euch diesen Bericht über die Arbeit des Willy-Brandt-Hauses in den letzten zwei Jahren vor.

Um Euch einen schnellen Überblick zu ermöglichen, habe ich die politische Arbeit des Willy-Brandt-Hauses in den Mittelpunkt des Berichtes gestellt.

Wir haben einen ereignisreichen Wahlkampf hinter uns, ein großartiges Parteijubiläum gefeiert und erste Erfahrungen mit der Parteireform gemacht. Die Zusammenarbeit war im gesamten Haus sehr gut, Projekte wurden engagiert durchgeführt und neue Ideen entwickelt.

Dafür bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich!

Über die Arbeit der Abteilung Finanzen berichtet die Schatzmeisterin in ihrem Bericht.

Ich wünsche Euch eine informative Lektüre und einen spannenden Parteitag.

Andrea Nahles

POLITISCHER BERICHT DER GENERALSEKRETÄRIN

Ende 2013 ist es Zeit, politisch Bilanz zu ziehen über die vergangenen beiden Jahre seit dem letzten ordentlichen Bundesparteitag.

Bilanz zu ziehen nach einer ganzen Serie von erfolgreichen Landtagswahlen. Wir konnten in Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein einen Regierungswechsel erreichen und wieder den Ministerpräsidenten stellen. In fast allen anderen Landtagswahlen konnten wir erfolgreich bestehen. Dass die Menschen in der Mehrzahl der Länder der SPD ihre Regierung anvertrauen ist ein gutes Zeichen.

Es ist aber auch Zeit, Bilanz zu ziehen zwei Monate nach einer Bundestagswahl, bei der wir angetreten waren, die schwarz-gelbe Bundesregierung abzulösen. Dieses Ziel haben wir nur zu einem kleineren Teil erreicht: Gelb wurde abgewählt. Die Union ist aber stärker geworden und wir als SPD haben zwar zugelegt, aber zu wenig. Wir wollten mehr. Wir wollten Rot-Grün. Wir wollten mit Peer Steinbrück den Kanzler stellen.

Und jetzt sind wir mitten in Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU. Vielen von uns liegt das schwer im Magen. Auch ich habe mir anderes gewünscht. Aber zuviel steht auf dem Spiel, als dass wir nur unserem Bauchgefühl nachgeben dürfen. „Alles oder Nichts“ kann keine politische Option sein, wenn man es ernst damit meint, das Leben von Millionen Menschen in Deutschland zu verbessern. Das ist jetzt unser Auftrag. Und ob uns das gelingt, werden am Ende alle Mitglieder entscheiden – ein Novum in der Geschichte der SPD, die dieses Jahr mit Stolz ihr 150-jähriges Jubiläum gefeiert hat.

Aber vielleicht noch wichtiger als die Wahlergebnisse ist, wie wir uns strukturell in der Partei auf den Weg gemacht haben: mit dem Ausgangspunkt der Parteireform von 2011, mit mehr Mitsprache unserer Mitglieder, mit der Öffnung der Partei. Und unser 150. Geburtstag hat uns in diesem Jahr einen würdigen Rahmen geschenkt für eine überaus gelungene Zwischentappe auf dem Weg zu unserem Ziel – für ganz neue demokratische Standards in Parteien. Ich bin sicher, dass sich andere in Zukunft an uns orientieren werden.

Mit der Parteireform haben wir die Beteiligungsmöglichkeiten unserer Mitglieder gestärkt. So können bei der Personalauswahl nun die Mitglieder auf allen Ebenen durch verschiedene Formen (Briefwahl, Vorwahl etc.) beteiligt werden. Wir haben die Mitgliederbeteiligung in Sachfragen auf alle Ebenen der Partei erweitert und die Quoren für einen erfolgreichen Mitgliederentscheid gesenkt. Kurzum: Die direkte Mitgliederbeteiligung wurde vereinfacht und ausgebaut. Und einige Landesverbände haben bereits erfolgreich von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht. Darüber hinaus haben wir die Partei für UnterstützerInnen geöffnet. Sie können in einer Arbeitsgemeinschaft oder einem Themenforum mitarbeiten. Klar ist aber auch: Wer in die Gremien der Partei will, muss auch Mitglied der SPD sein. Schließlich haben wir mit dem Parteikonvent ein beschlussfähiges Gremium geschaffen, um auch zwischen den Parteitagen eine breite Beteiligung bei Sachentscheidungen zu ermöglichen. Bei der Frage der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen hat sich der Parteikonvent bereits bewährt.

Wir haben jedoch nicht nur innerhalb der SPD neue Wege beschritten. Auch im Vorfeld der Bundestagswahl haben wir neue Beteiligungs- und Dialogformen ausprobiert – mit Erfolg. Vor etwas mehr als einem Jahr haben wir den BürgerInnen-Dialog gestartet. Und schon der Auftakt war unerhört. Denn wir haben uns nicht

darauf zurückgezogen, den Menschen zu erklären, wie großartig wir sind. Wir haben vor allem erst mal zugehört. Die Menschen direkt gefragt, was sie ärgert, wo der Schuh drückt. Wir wollten wissen, was dringender besser werden muss in unserem Land. Direkt und auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern. In persönlichen Gesprächen, auf Veranstaltungen, am Telefon, im Online-Chat, per Post.

Und wir haben damit einen Nerv getroffen: über 40.000 Vorschläge gingen bei uns ein. Zum Teil sehr konkrete Ideen für unsere Politik. Damit haben wir dann weiter gearbeitet – wieder gemeinsam mit den Menschen. Viele Parteimitglieder waren dabei, aber auch viele Frauen und Männer ohne Parteibuch, die neugierig auf uns geworden sind. 300 waren es dann im März 2013 auf der großen BürgerInnenkonferenz in Berlin. Gemeinsam mit ihnen haben wir konzentriert die 11 Bürgerprojekte erarbeitet, die Teil unseres Regierungsprogramms wurden – auch dies ein Novum in der Geschichte der SPD.

Und uns ging es um Politik auf Augenhöhe. So haben wir auch den Wahlkampf aufgebaut. Mit einer Kraft, die nur die SPD als starke Mitgliederpartei aufbringen kann. Unzählige Genossinnen und Genossen, aber auch viele Tausend Freiwillige ohne Parteibuch, waren unterwegs und haben an insgesamt 5 Millionen Haustüren geklingelt. Das war einzigartig für Wahlkämpfe in Deutschland.

Die Großveranstaltungen mit unserem Kanzlerkandidaten waren nicht „von oben herab“, sondern Dialog, Diskussion, Austausch. Die Menschen ernst nehmen – darum ging es uns im gesamten Wahlkampf. Wir haben auch dort die Menschen nicht beschallt, sondern mit ihnen geredet.

Und darum ging es auch bei der BürgerInnenabstimmung im Sommer. Die Wählerinnen und Wähler konnten entscheiden, welche Themen in einem Sofortprogramm direkt nach der Wahl angepackt werden sollen. Diese inhaltliche Arbeit und Fokussierung war überaus erfolgreich. Alle Umfragen haben uns gezeigt, dass unsere Themen hohe Zustimmung erfahren.

Und wir waren in der Wahl-Kampagne schlagkräftiger als in der Vergangenheit. Zum Beispiel haben wir mit den Campaignerinnen und Campaignern einen sehr engen Kontakt vom WBH in jeden einzelnen Wahlkreis aufgebaut. Die enge Rückkoppelung der Stimmung vor Ort war für uns wichtig, um nicht an den Bedürfnissen der Genossinnen und Genossen vor Ort vorbei zu planen.

Das alles sind wertvolle Erfahrungen und Weichenstellungen, an die wir in Zukunft anknüpfen werden.

Und trotzdem sind wir bei der Wahl unter unseren Erwartungen geblieben. Keine Frage: Unsere Aufgabe wird sein, die Gründe dafür gründlich zu analysieren und aufzuarbeiten. Damit haben wir im Parteivorstand bereits begonnen und werden dies auf diesem Parteitag fortsetzen bis ins nächste Jahr hinein. Möglicherweise fehlte noch das Vertrauen, dass wir es tatsächlich ernst meinen, dass wir tun, was wir sagen.

Umso mehr sollten wir den eingeschlagenen Weg der Öffnung, der Mitsprache, der demokratischen Beteiligung entschlossen fortsetzen. Und umso mehr ist es richtig, dass alle unsere Mitglieder über einen möglichen Koalitionsvertrag entscheiden, darüber, ob das mögliche Ergebnis der jetzigen Koalitionsverhandlungen Grundlage für eine Regierungsbeteiligung sein kann.

Politik muss raus aus den Hinterzimmern! Politik muss den Menschen auf Augenhöhe begegnen. Und die SPD wird ihre Mitglieder ganz neu fordern. Alle Mitglieder: diejenigen, die jetzt in Verhandlungen dafür kämpfen,

so viel Sozialdemokratie wie möglich in einen möglichen Koalitionsvertrag zu bringen. Und auch alle anderen Mitglieder, die Farbe bekennen, sich einmischen, mitdiskutieren und mitentscheiden sollen und wollen.

Niemand behauptet, dass unser Weg bequem ist. Aber er ist richtig für eine Volkspartei im 21. Jahrhundert. Und er ist verdammt spannend. Viele schauen jetzt neugierig, was wir da machen.

Denn nur die SPD mit ihrer stolzen 150jährigen Geschichte kann vorangehen. Für mehr Demokratie. Für Politik, bei der viele mitmachen.

BERICHT ÜBER DIE ARBEIT DER ABTEILUNGEN DES WBH

Abteilung Partei

Eine breite Beteiligung aller Mitglieder in inhaltlichen Fragen ist nur möglich über eine entsprechende Beteiligungskultur. Dazu wurden seit dem Parteitag 2009 mit der Parteireform verschiedene Schritte eingeleitet, die beim Parteitag im Dezember 2011 vorgestellt und beschlossen wurden. Die wichtigsten Etappenziele waren die Verabschiedung des Organisationspolitischen Grundsatzprogramms, die Einführung des Parteikonvents, eine stärkere Mitgliederbeteiligung, die Öffnung der Partei für Nicht-Mitglieder und der Innovationspreis zur Unterstützung neuer Ideen in der Parteiarbeit. An diesem Prozess haben alle Ebenen der Partei mitgewirkt.

Die beste Struktur nützt nichts, wenn keine Inhalte diskutiert werden und sich so weiterentwickeln können. Und umgekehrt brauchen neue programmatische Ideen auch Strukturen, in denen diese Ideen zirkulieren und diskutiert werden können. Die mit der Parteireform eingeleiteten Schritte waren kein Selbstzweck, sondern Basis für inhaltliche und programmatische Korrekturen unter Einbeziehung der Mitglieder. Durchlässigere Strukturen sollen eine neue Kultur der inhaltlichen Mitbestimmung ermöglichen und es Mitgliedern und auch Nicht-Mitgliedern erlauben, sich themenbezogen und jenseits von Beschlusslagen und Expertenrunden programmatisch einzubringen. Mit den Zukunftswerkstätten, Online-Konferenzen zu Themenschwerpunkten und Bürgerforen wurden einige Formate erfolgreich erprobt, die auch künftig in ähnlicher Weise fortgeführt werden, um auf breiter Basis wichtige Themen zeitnah aufzugreifen und diskutieren zu können.

Die letzten Monate haben gezeigt, dass dem neuen Parteikonvent eine wichtige Rolle in der Arbeit der SPD zukommt. Als nicht-öffentliches Beratungs- und Entscheidungsgremium konnten hier in den letzten zwei Jahren wichtige inhaltliche Wegmarken für die Bundestagswahl beschlossen werden. Gerade nach der Bundestagswahl kam dem Parteikonvent die Aufgabe zu, die schwierigen politischen Entscheidungen Schritt für Schritt zu begleiten und so eine breite politische Legitimation der Arbeit des Parteivorstands herzustellen.

Mit dem Bürgerdialog, dem Bürgerkonvent und der Bürgerabstimmung haben wir eine neue Qualität der Beteiligung von Mitgliedern an der Erarbeitung des Regierungsprogramms entwickelt. 11 zentrale Positionen wurden auf dem Bürgerkonvent gemeinsam erarbeitet und wurden Teil des Regierungsprogramms. Mit der Bürgerabstimmung konnten dann Mitglieder und Nichtmitglieder entscheiden, welche Themen von der SPD als erstes angepackt werden sollen. Diesen Weg werden wir weitergehen.

Im Bundestagswahlkampf haben wir deshalb auf dialogorientierte Instrumente gesetzt. Über die fast 5 Millionen Tür-zu-Tür-Besuche sind wir mit vielen Menschen wieder ins Gespräch gekommen. Wenn wir das fortsetzen, können wir in den nächsten Jahren verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen. Mit zwei neuen Plattformen haben wir einen neuen Pfad beschritten, der auf eine enge Verbindung unserer politischen Themen mit dem Dialog vor Ort setzt: dem Kampfanetz für die WahlkampfleiterInnen, SPD-Hauptamtlichen und die CampaignerInnen und MITMACHEN.SPD.de, der ersten Kampagnen-Plattform die online- und offline Wahlkampf miteinander verbindet. Daraus lernen wir, um die Angebote weiterzuentwickeln.

PARTEISCHULE

Hierzu gehört auch die kontinuierliche Fortsetzung unserer Bildungsarbeit. Mit der Parteischule haben wir vier Säulen auf denen unsere Bildungsarbeit steht: die betriebliche Weiterbildungsangebote für die 750 Beschäftigten der SPD bundesweit und im Willy-Brandt-Haus; die politischen Bildungsmöglichkeiten für die ehrenamtlichen Mitglieder und die Zusammenarbeit im Netzwerk Politische Bildung; die Nachwuchsförderung mit der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie und die Führungsakademie der sozialen Demokratie.

Betriebliche Weiterbildung

Bundesweit trägt die Parteischule im Willy-Brandt-Haus mit dem Programm „Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung“ zur betrieblichen Weiterbildung bei. So ist es seit 2000 mit den Bezirken und Landesverbänden verabredet. Dazu gehört u.a. ein Angebot für Beschäftigte, die frisch in die Dienste der SPD eingetreten sind, die SPD-Parteischulwoche und die IPQ-Führungstrainings. Außerdem die IPQ-Kleeblatt-Seminare, die in Zusammenarbeit mit dem DGB, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung stattfinden und Nachwuchskräfte der beteiligten Organisationen zu einem gemeinsamen Lernen zusammenführt. Die kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Angebote gehört zum Auftrag aus der Organisationsreform. Hierbei unterstützt uns auch der Beirat der Parteischule.

Ehrenamtliche Bildungsarbeit

Unsere Mitglieder und SympathisantInnen sind die besten BotschafterInnen, die wir als Partei haben. Sie zu fördern und zu qualifizieren ist eine ständige Aufgabe. Mit dem Beschluss des Organisationspolitischen Grundsatzprogramms wurde der Bildungsarbeit ein besonderer Stellenwert gegeben. Darum bleibt es eine wichtige Aufgabe – auch des Beirats der Parteischule – unser Bildungsangebot kontinuierlich weiterzuentwickeln und neuen Herausforderungen anzupassen.

Bildungsarbeit ist auch immer Hilfe zur Selbsthilfe. Mit dem Handbuch „Politische Bildungsarbeit. Tipps, Methoden und Ideen“, das sich an alle in den Unterbezirken, Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften wendet, die ein Interesse daran haben, Bildungsarbeit vor Ort zu gestalten und unsere politische Arbeit stetig zu verbessern, haben wir hierfür ein unterstützendes Angebot entwickelt.

Im Wahlkampf haben wir mit unseren Musterseminaren und Multiplikatortrainings zum Tür-zu-Tür-Wahlkampf ein weiteres Angebot entwickelt. Unser WIKI DER PARTEISCHULE dient zur Sicherung und Erweiterung der Methodensammlung, die im Handbuch Politische Bildungsarbeit veröffentlicht wurden.

Damit wird eine Aktualisierung des Handbuchs bei Notwendigkeit leicht(er) zu realisieren sein. Ehrenamtliche Bildungsarbeit ist oftmals Bildungsarbeit vor Ort. Sie bedarf und bedient sich regionaler und lokaler Besonderheiten. Um dies zu unterstützen, wurde 2010 eine Trainerausbildung ins Leben gerufen. Diese bot den Landesverbänden und Bezirken die Möglichkeit, eigens für die eigene Bildungsarbeit ehrenamtlich Aktiven eine Ausbildung zu Trainerinnen und Trainern für bürgerschaftliches Engagement anzubieten. Den Teilnehmenden wurde die Möglichkeit geboten, am Ende der Ausbildung ein Zertifikat des Bundesverbandes für Trainer, Berater und Coaches e. V. zu erlangen. In den letzten Monaten konnten die Landesverbände und Bezirke auch auf die so ausgebildeten TrainerInnen zurückgreifen. Wir setzen das Projekt fort: denn aus 150 Jahren Erfahrung wissen wir um die Bedeutung der Selbstorganisation. Diesen Geist tragen unsere TrainerInnen weiter. Zentral dabei ist die Kooperation und Kommunikation zwischen den Landesverbänden, Bezirken und der Bundesebene. Aus diesem Grund sind die Treffen mit den Bildungsbeauftragten ein wichtiger Bestandteil dieser Arbeit.

Pilotprojekt Mit wenig(en) viel erreichen

Die SPD ist nicht allorts gleich gut aufgestellt. Bei sinkenden Mitgliederzahlen nehmen die Regionen zu, in denen die SPD mit wenigen Aktiven politische Arbeit leistet. Gespräche führen, MitstreiterInnen motivieren, Andersdenkende überzeugen, Projekte gestalten, Versammlungen leiten, Veranstaltungen organisieren, moderieren und präsentieren – all dies gehört zu den Aufgaben von Ortsvereinsvorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden. In kleinen Ortsvereinen stellen sich diese Herausforderungen in besonderer Weise. Um die Aktiven in diesen Regionen bei den täglichen Aufgaben zu unterstützen, hat die Parteischule gemeinsam mit dem Referat Mitgliederwerbung das Pilotprojekt *Mit wenig(en) viel erreichen* entwickelt. Im Bundestagswahlkampf haben wir auf Grundgedanken des Projektes zurückgreifen können und versucht, Angebote für Regionen mit wenigen Mitgliedern zu entwickeln. Dies werden wir weiterentwickeln.

Die SPD beantwortet die Nachwuchsfrage - neben vielen anderen dezentralen Aktivitäten - auf der Bundesebene mit der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie. Diese gilt unumstritten als Vorbild für moderne praxisnahe Weiterbildung. Eine Studie an der Uni Bochum erklärte sie zu der innovativsten Nachwuchsförderung in Deutschland. Sie wird international beachtet. In 14 der 16 Bundesländer gibt es eigenständige Kommunal-Akademien oder ähnliche Angebote.

Der SPD-Parteivorstand hatte im Jahr 2007 die „Führungsakademie der sozialen Demokratie“ gegründet. Als einzige Partei in Deutschland bot die SPD damit auch den Berufspolitikerinnen und -politikern eine Weiterbildungsplattform an. Im Bundestagswahlkampf 2013 bot die Führungsakademie ein spezielles Auftrittscoaching für neue Kandidatinnen und Kandidaten an. Das erste Training startete sehr erfolgreich bereits Anfang Dezember 2012. Weitere folgten im März und Mai 2013. Für die Europawahl ist die Ausschreibung für ein Auftrittscoaching soeben fertiggestellt worden.

ZENTRALER REDNEREINSATZ

Im Jahr 2011 hat der Zentrale Rednereinsatz zahlreiche Landtags- und Kommunalwahlveranstaltungen vorbereitet und durchgeführt. Hier standen die Termine des Parteivorsitzenden, der Generalsekretärin sowie der stellvertretenden Bundesvorsitzenden für die Wahlen auf Landesebene in Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Berlin, Hamburg und Bremen im Mittelpunkt. In

enger Zusammenarbeit mit den SPD-Gliederungen, den Sicherheitsbehörden und technischen Dienstleistern konnte das Team des Rednereinsatzes 372 Betriebsbesichtigungen, Kundgebungen und Zielgruppenveranstaltungen realisieren.

2012 standen die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und dem Saarland im Fokus mit insgesamt 260 Terminen. Über klassischen Wahlkampf hinaus sind jedoch auch Traditionsveranstaltungen wie Parteijubiläen und Jahresempfänge von besonderer Bedeutung.

2013 stand die Bundestagswahl im Zentrum der Arbeit. Mit den mehr als 40 neu konzeptionierten zentralen Wahlkampfkundgebungen unter dem Schirm konnten wir unsere dialogorientierten Ansätze auch bei den großen Kundgebungen erfolgreich fortsetzen. Auch mit der Dialogbox haben wir neue Standards gesetzt. Ab dem 01. Mai bis zur Bundestagswahl waren vier Dialog-Boxen auf Tour, durch knapp 100 Wahlkreise.

Viele positive Rückmeldungen aus den Wahlkreisen, in denen die Dialogbox Station gemacht hatte, erreichten uns während des Wahlkampfes. Hier einige Auszüge:

- Die Dialog-Box ist eine moderne und attraktive Möglichkeit, Präsenz zu zeigen und sie stellt einen deutlich besseren Anziehungspunkt dar, als ein klassischer Infostand
- Die Dialog-Box wurde von den BürgerInnen als Einladung zum direkten und offenen Dialog wahrgenommen. Passanten suchten auch ohne direkte Ansprache das Gespräch.
- Die technische Ausstattung der Dialog-Box, das begehbare Dach und der Bildschirm in der Dialog-Box wurden von den BürgerInnen sehr gut angenommen.
- Die Dialog-Box konnte als ansprechende und gut nutzbare Bühne für interessante Programme (Talks, Kleinkunst etc.) der Gliederungen genutzt werden.

MITGLIEDERWERBUNG UND ENTWICKLUNG

Die Seminare zur Mitgliederwerbung für Landesverbände und Bezirke wurden weitergeführt. Im Jahr 2011 konnten insgesamt 5 Seminare angeboten werden. Die Seminarreihe zur Mitgliederwerbung für Landesverbände und Bezirke wurde mit regelmäßig bis zu 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern fortgesetzt – und zwar in weiteren 8 Landesverbänden und Bezirken. Im Rahmen der Parteischulwoche wurde ein Workshop zur Mitgliederwerbung angeboten. Die Ende 2011 auf dem Bundesparteitag in Berlin gefassten Beschlüsse zur Parteireform wurden umgesetzt. Die Unterstützermemberschaft und die Änderung der Beitragstabelle musste in alle Materialien und Erfassungsdatenbanken integriert werden. Eine Richtlinie des Parteivorstandes für Unterstützermemberschaften wurde erarbeitet und verabschiedet. Es wurden Grundsätze für die Arbeit der Mitgliederbeauftragten erarbeitet und vom Parteivorstand verabschiedet. Im September 2011 trafen sich die Mitgliederbeauftragten der Landesverbände und Bezirke, um gemeinsam mit dem Willy-Brandt-Haus den Arbeitsstand zu besprechen und weitere Angebote zu erarbeiten.

Die Mitgliederwerbematerialien wurden komplett überarbeitet und mit einem neuen Claim versehen. „Mach Dich stark – werde Mitglied der SPD“. Unter diesem Motto wurden Flyer, Wandzeitungen, Beitrittsformulare und Banner für das Internet erstellt. Die Materialien wurden den Mitgliederbeauftragten der Länder vorgestellt und auf dem Bundesparteitag in Hannover präsentiert.

Mit dem Innovationsfond haben wir eine Reihe neuer und innovativer Projekte fördern können. Für alle transparent und nachvollziehbar. Damit wir als Organisation gemeinsam aus diesen Erfahrungen lernen können, müssen die Projekte in der Aktionsbörse auf spd.de/mein Bereich eingestellt werden. Es lohnt sich, einen Blick in die Aktionsbörse zu werfen. Der Schwerpunkt 2013 lag in der Freiwilligenarbeit. Gemeinsam müssen wir daran arbeiten, dass es einen guten Austausch von Erfahrungen gibt, damit wir nicht immer alles wieder neu erfinden müssen. Innovative Projekte können auch scheitern. Auch daraus können wir als Organisation aber lernen. Wir brauchen Räume und Orte, in denen neue Ideen und Ansätze erprobt werden sollen. Grundsätzlich zeigen die Aktionen aber, dass es viele gute Ideen gibt, und dass es sich lohnt, sich auf den Weg zu machen.

Im 150. Jubiläumjahr der SPD hat der SPD-Parteivorstand zwischen Januar und September 2013 Mitglieder und Ortsvereine zur verstärkten Mitgliederwerbung aufgerufen. Zehn der erfolgreichen Werber wurden per Los ausgewählt und stellvertretend zum Bundesparteitag eingeladen. Bedingung zur Teilnahme war die Werbung von mindestens 5 neuen Mitgliedern.

Die erfolgreichsten Werber waren:

| Name | Vorname | Stadt | Geworben |
|---------|---------|--|----------|
| Aydin | Yilmaz | Hamburg (Im Rahmen einer Mitgliederwerbaktion der AGS) | 143 |
| Stevens | Werner | Pulheim | 82 |
| Cours | Peter | Fuldabrück | 23 |

Drei der besten Ortsvereine bekommen Besuch vom Vorsitzenden bzw. der Generalsekretärin zur Jahreshauptversammlung o. Ä.

| Kategorie | Name | Steigerung | Neueintritte | Mitglieder |
|-------------------------------|------------------------------|------------|--------------|------------|
| Kategorie I kleine OV's | SPD-OV Augsburg-Bergheim | 70,6 % | 12 | 29 |
| Kategorie II OV's 25-50 Mtgl. | SPD-OV Elbufer (BZ Hannover) | 46,15 % | 12 | 38 |
| Kategorie III OV's >50 Mtgl | SPD-OV Fuldabrück-Dörnhagen | 57,14 % | 32 | 88 |

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND THEMENFOREN

Die Folge der Umwandlung von drei Arbeitskreisen in Arbeitsgemeinschaften hatte auch Konsequenzen für die Finanzierung der Arbeitsgemeinschaften und für ihre Strukturen. Das war nicht einfach. Auch wenn das

eine intensive und manchmal schwierige Diskussion war, sind wir inzwischen auf einem guten Weg. Die Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften wurde mit breiter Zustimmung beschlossen und die Arbeit läuft. Mit den Unterstützermittgliedschaften wurde den Arbeitsgemeinschaften ein Weg eröffnet, Angebote zur niedrigschwelligen Mitarbeit zu machen. Wir sollten in zwei Jahren gemeinsam auswerten, wo wir stehen und dann gemeinsam mit der Organisationspolitischen Kommission beraten, ob und wenn ja welche Stell-schrauben verändert werden müssen.

Inzwischen sind alle drei neuen Arbeitsgemeinschaften gegründet. Am 4. Mai 2013 fand die Gründungskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv statt. Die Schwusos gründeten sich in Leipzig am 06. und 07. Oktober 2012. Die Gründungskonferenz der AG Migration und Vielfalt fand am 7. Juni 2013 im Berliner Willy-Brandt-Haus statt. Auch ein neues Themenforum wurde gegründet. Das Themenforum Verbraucherpolitik hat am 1. September 2012 seine Arbeit aufgenommen.

Die Anregungen und konkreten Anträge des Themenforums haben an vielen Stellen Einzug ins Regierungsprogramm gefunden.

Das alles zeigt: Wir sind eine lebendige und vielfältige Partei.

REGINE – HILDEBRANDT – PREIS

Jeweils am 26. November, dem Todestag von Regine Hildebrandt, verleiht der SPD-Parteivorstand den Regine-Hildebrandt-Preis. Er richtet sich an gesellschaftliche Gruppen und Personen, die für Ostdeutschland und für die innere Einheit Deutschlands, gegen Rechtsextremismus und Gewalt wirken und für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit eintreten. Der Regine-Hildebrandt-Preis 2011 ging an Quillo – Neue Musikvermittlung auf dem Land und an den Verein Rothener Hof e. V.

Der Regine-Hildebrandt-Preis 2012 ging an den Regisseur Andreas Dresen und zwei Initiativen für Integration und gegen Rechtsextremismus: der Verein „Wir – Gemeinsam in Zwickau e. V.“ aus Sachsen und das „Bündnis gegen Rechts im Kyffhäuserkreis“ aus Thüringen.

Abteilung Politik

POLITISCHE ARBEIT DER ABTEILUNG

In der politischen Abteilung des Willy-Brandt-Hauses wurde die laufende inhaltliche politische Arbeit koordiniert und begleitet. Es wurden Auswertungen im Archiv erstellt, Wahlen ausgewertet und Erkenntnisse über die politische Konkurrenz zusammengestellt. Vor allem wurde in den Foren, Kommissionen, Gesprächskreisen und Projektgruppen mit Expertinnen und Experten aus Partei, gesellschaftlichen Gruppen und Wissenschaft anhand von inhaltlichen Fragestellungen der kontinuierliche Dialog mit Partnern und Zielgruppen gepflegt. All diese Aktivitäten haben ihren Beitrag dazu geleistet, dass sich die SPD inhaltlich weiter entwickeln und neu aufstellen konnte.

Im Wahljahr konzentrierten sich die Aktivitäten der Abteilung auf die Erstellung des Regierungsprogramms und die thematische Arbeit in der Wahlkampagne, die Konkurrenzbeobachtung, Meinungsforschung und Zielgruppenanalyse.

FOREN

Kulturforum der Sozialdemokratie

Aufgabe des Kulturforums der Sozialdemokratie bleibt es laut Satzung, „Fragen der kulturellen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und international durch Veranstaltungen, Publikationen oder auf andere geeignete Weise aufzugreifen und durch möglichst umfassende Erörterung zu ihrem Verständnis beizutragen“. Es setzt sich für künstlerische und intellektuelle Belange besonders ein, trägt zur Erweiterung des Sachverständnisses der SPD in kulturpolitischen Fragen bei und bietet sich als respektierter Ansprechpartner für engagierte Personen und Gruppen aus dem Kulturleben an. Es versteht sich – auch innerparteilich – als Lobby von Kunst und Kultur.

Für die Vernetzung der rund 35 aktiven regionalen Kulturforen (unter: www.kulturforen.de), die vom Saarland bis Sachsen-Anhalt, von Hamburg bis Starnberg den Kontakt in die Kulturszenen hinein pflegen, ist der 14-tägig erscheinende elektronische Newsletter des Kulturforums eine feste Größe. Bei aller elektronischen Kommunikation bleiben aber die Treffen der regionalen Kulturforen (Hannover 2011, Chemnitz 2011, Köln 2013) jährliche Höhepunkte des Austausches und der ehrenamtlichen Motivation.

Die Schärfung der kulturpolitischen Programmatik wurde im intensiven Dialog mit Künstlern und Kreativen, sowie mit den Kulturverbänden erarbeitet. Diese dialogische Öffnung gewann gerade im Berichtszeitraum neue Qualität, sei es beim Impulspapier des SPD-Parteivorstandes „Kultur und digitale Gesellschaft“, bei den Beratungen zur Rettung und Reform des Urheberrechts, oder beim sogenannten „Kreativpakt“ der SPD-Bundestagsfraktion, der sich besonders der Förderung der Kreativwirtschaft widmete. An all diesen Prozessen, die auch Vorarbeiten waren zur Kulturprogrammatik für die Bundestagswahl 2013, war das Kulturforum aktiv beteiligt und hat dazu beigetragen, die Sozialdemokratie neuen künstlerischen wie intellektuellen Impulsen auszusetzen.

Fortgesetzt wurde die von Julian Nida-Rümelin verantwortete Reihe „Philosophie und Politik“: 2011 mit einem wahrlich globalen Zukunfts- und Demokratiediskurs zwischen Sigmar Gabriel und Wang Hui, einem führenden chinesischen Intellektuellen. Und 2013 mit einer Diskussion von Peer Steinbrück und Ulrich Beck, einem der weltweit bedeutendsten Soziologen, über eine alternative Europapolitik angesichts der Herausforderungen durch Jugendarbeitslosigkeit, Migration und Sparfundamentalismus. Ein weiterer Themenschwerpunkt lag wieder in der Geschichtspolitik – von der Auseinandersetzung mit „Achtundsechzig“ bis hin zu zahlreichen Veranstaltungen des Gedenkens und der Aufarbeitung des Naziterrors.

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie

Im Rahmen des Wissenschaftsforums beschäftigen sich seit der Gründung 1989 Wissenschaftler, Forscher, Hochschulangehörige und Interessierte rund um die Sozialdemokratie mit wissenschafts-, technologie- und hochschulpolitischen Fragen im Hinblick auf nationale wie auch internationale Handlungsperspektiven.

Dabei versteht sich das Wissenschaftsforum als offene Diskussionsplattform für Wissenschaft und Politik. Mit wissenschaftspolitischen Kongressen, Impulsabenden und Publikationen wollen wir diesem Anspruch gerecht werden und einen wissenschaftspolitischen Dialog ermöglichen.

Die Arbeit des Wissenschaftsforums wird durch einen breit besetzten Beirat begleitet. Aufgabe des Beirates ist es, die inhaltliche Arbeit des bundesweiten Wissenschaftsforums zu koordinieren und Impulse für die wissenschaftspolitische Arbeit der SPD im Bund zu geben. Vorsitzende des Beirates war bis Ende 2011 Edelgard Bulmahn MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung a.D. Diese Aufgabe übernahm ab 2012 Christoph Matschie MdL, Mitglied des SPD-Parteivorstands und Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Freistaats Thüringen.

Die zwölf regionalen Wissenschaftsforen greifen die hochschul- und forschungspolitischen Fragen ihrer Bundesländer und Regionen auf. Durch Treffen aller regionalen Wissenschaftsforen zum Gedankenaustausch wird die Vernetzung und die gegenseitige Beratung unterstützt. Das letzte Treffen dieser Art fand im November 2011 in Berlin statt. Ein nächstes Treffen ist für 2014 angedacht.

Im Jahr 2011 beschäftigte sich das Wissenschaftsforum sehr intensiv mit der Zukunft des Wissenschafts- und Hochschulstandortes Deutschland insbesondere mit Blick auf die Zeit nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative. Hierzu wurde unter dem Titel „Unterfinanzierung überwinden, Grundfinanzierung stärken und international sichtbare Spitzenforschung ermöglichen“ ein Thesenpapier erarbeitet, dass auch Eingang in die weiteren Diskussionen der Partei fand.

Ausgehend von einem Vorschlag des Wissenschaftsforums hat der SPD-Parteikongress am 24. November 2012 den Beschluss „Wissenschaft für die Menschen – Menschen für die Wissenschaft“ verabschiedet. Der Entwurf hierfür wurde intensiv vor allem im Beirat erarbeitet und diskutiert. Mit dem Beschluss macht die SPD deutlich, dass es in der Wissenschaftspolitik einen neuen Aufbruch und Konzepte braucht, wie es nach der Exzellenzinitiative und dem Auslaufen des Paktes für Forschung und Innovation weitergehen soll. Dazu werden konkrete Vorschläge gemacht, wie eine neue Dynamik im Wissenschaftssystem möglich werden kann.

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes beteiligte sich das Wissenschaftsforum mit dem Aufruf „Neue Aufbrüche in der Wissenschaft ermöglichen“ an der Unterstützerkampagne des SPD-Parteivorstandes. Fast 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Studierende und in der Wissenschaftspolitik Verantwortliche unterzeichneten den Aufruf und formulierten damit ihre Erwartungen mit Blick auf die Bundestagswahl. Sie machten deutlich, dass das Kernelement einer künftigen Wissenschaftspolitik die Hochschulen sein müssen und das Bund und Länder gemeinsam für eine verlässliche Grundfinanzierung verantwortlich sind.

THEMENFOREN

Verbraucherpolitik

Gute Verbraucherpolitik ist ein sozialdemokratisches Markenzeichen. Dem hat die SPD Rechnung getragen und mit dem Themenforum Verbraucherpolitik ein neues, attraktives Angebot zur fachpoliti-

schen Mitarbeit geschaffen, das sich an interessierte Mitglieder und an interessierte Bürgerinnen und Bürger richtet. Verbraucherpolitik bietet sich als fachlicher Rahmen für diese neue Arbeitsweise in ganz besonderer Weise an: Sie repräsentiert ein anspruchsvolles Fachgebiet, das als Querschnittsaufgabe nicht nur viele andere Sach- und Fachbereiche berührt, sondern auch in ganz besonderer Weise die Lebenschancen und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger beeinflusst. Neben fachlichen Impulsen bedarf eine gute Verbraucherpolitik also vor allem der unmittelbaren Rückkoppelung mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Die eingetragenen Mitglieder des Themenforums – Parteimitglieder und Nichtmitglieder auf gleicher Augenhöhe – haben auf der am 1. Dezember 2012 erstmals einberufenen Jahrestagung als Sprecherin Sarah Ryglewski und als Sprecher Ulrich Kelber gewählt, die die Arbeit koordinieren und das Themenforum in der Öffentlichkeit vertreten. Das Themenforum hat eine eigene Webadresse und verschickt regelmäßig den „Verbraucherbrief“, in dem über die Aktivitäten des Forums und aktuelle verbraucherpolitische Themen informiert wird. Die Anregungen und konkreten Anträge des Themenforums haben an vielen Stellen Einzug ins Regierungsprogramm gefunden.

Der Gesprächskreis Verbraucherpolitik fungiert seit der Gründung des Themenforums in gleicher Zusammensetzung als Beirat des Themenforums Verbraucherpolitik unter der Leitung von Elvira Drobinski-Weiß und Jochen Hartloff.

ARBEITSKREISE

AK Christinnen und Christen in der SPD (AKC)

Der Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD (AKC) ist ein Zusammenschluss von christlichen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf Bundesebene. Zahlreiche Regionalgruppen flankieren die Arbeit in der Fläche, neue Regionalgruppen wurden im Berichtszeitraum gegründet. Ein regelmäßiger Austausch per Mail und über einen Newsletter verbindet die Aktivitäten in der Fläche mit der auf Bundesebene. Der Zusammenschluss auf Bundesebene wird durch einen vierköpfigen Sprecherkreis vertreten. Einmal jährlich lädt der AKC zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion zu einer öffentlichen Tagung nach Berlin ein, an die sich eine Klausurtagung der aktiven AKC-Mitglieder anschließt.

Auf Bundesebene und in den Regionalgruppen will der AKC die Vernetzungen von Christinnen und Christen in der SPD gezielt fördern, die Kontakte der Partei in die Diözesen und Landeskirchen sowie zu Diakonie und Caritas, zu Verbänden, Initiativen und Einzelpersonlichkeiten verstärken und den inhaltlichen Austausch anregen und bündeln.

Die 2009 eingerichtete Homepage www.ak-christen.spd.de informiert und bietet Stoff zur Diskussion. Nach außen wirbt die Publikation „Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit. Christinnen und Christen in der SPD“ auf der Grundlage des Hamburger Programms für eine sozialdemokratische Politik aus christlicher Überzeugung. Diese Broschüre wurde im Frühjahr 2013 aktualisiert und im neuen Partei-Corporate-Design produziert.

Am 23. März 2012 luden AKC und SPD-Bundestagsfraktion zur Diskussion der Frage „Gut leben bis zuletzt – Was brauchen wir für ein gutes Miteinander der Generationen?“ ein. Das Thema der Jahreskonferenz am

15. März 2013 war: „Welche Rolle spielt Religion in unserer Gesellschaft?“ Weitere politische Diskussions- und Veranstaltungsthemen 2012/2013 waren unter anderem Soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung, Kirchliches Arbeitsrecht, Staatsleistungen, die Lage der Christen im Nahen Osten, Entwicklungs- und Flüchtlingspolitik.

Zu den Höhepunkten der Aktivitäten des AKC gehören zweifellos die Kirchentage. Der Arbeitskreis sucht – in bewährter Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und seit 2010 auch mit den Jusos in der SPD – an einem gemeinsamen Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ das direkte Gespräch mit den KirchentagsbesucherInnen. Die „Jour-Fixe-Empfänge“ der SPD sind mittlerweile Markenzeichen und festes Ereignis bei Kirchen- und Katholikentagen mit mehreren hundert Besuchern und Spitzenvertretern aus Kirchen und Gesellschaft – so auch 2012 auf dem Katholikentag in Mannheim und 2013 auf dem Kirchentag in Hamburg. Neben den Kirchen- und Katholikentagen gehört auch eine junge Tradition inzwischen fest in den Kalender des AKC: die SPD-Empfänge anlässlich der Herbsttagung der Synode der EKD, die im Berichtszeitraum 2012 in Timmendorfer Strand und 2013 in Düsseldorf stattfanden.

Zum Parteijubiläum brachte der AKC den auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Evangelischen und Katholischen Akademie Berlin im März 2013 gehaltenen Grundsatzvortrag von AKC-Sprecherkreismitglied Wolfgang Thierse als kleines Heft im neuen Parteidesign heraus. Der Titel: „So fern – so nah. 150 Jahre Kirchen und Sozialdemokratie“ – eine auf zahlreichen Veranstaltungen stark nachgefragte Schrift, die bereits nachgedruckt werden musste.

2013 war der AKC auch mit einem Stand auf dem SPD-Deutschlandfest am 17./18. August in Berlin vertreten. Zahlreiche neue AKC-Mitglieder konnten bei dieser Gelegenheit gewonnen werden. Im Bundestagswahlkampf unterstützte der AKC unter anderem auch bei Veranstaltungen das für Kirchen- und Religionsfragen zuständige Kompetenzteammitglied Cornelia Füllkrug-Weitzel.

AK jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKJS)

Der AKJS versteht sich als ein Zusammenschluss von Juden und Jüdinnen, die Mitglieder der SPD sind oder sich mit sozialdemokratischen Zielen identifizieren und die ihre jüdische Perspektive in die innerparteiliche Diskussion einbringen. Außenpolitisch will der Arbeitskreis vor allem die transatlantischen Positionen in der Partei stärken. Er steht solidarisch an der Seite Israels, versteht sich aber ausdrücklich nicht einfach als „Israel-Lobby“ innerhalb der Partei. Vielmehr geht es ihm darum, eine zukunftsfähige Israel-Politik Deutschlands zu formulieren und zu unterstützen. Innenpolitisch wirbt der Arbeitskreis für die Belange der wachsenden jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Darüber hinaus bezieht der Kreis Position in religionspolitischen Kontroversen.

Der AKJS hat sich 2012/2013 unter anderem zur Knabenbeschneidung und zur Kennzeichnung von Produkten aus Israel und den Palästinensergebieten positioniert. Weitere Arbeitsthemen sind unter anderem Projekte gegen Rassismus und Antisemitismus, Wirtschaftsethik und Sicherung der Menschenwürde in der digitalen Gesellschaft.

KOMMISSIONEN

Alterssicherung

Mit dem Beschluss des Bundesparteitages „Den Wert der Arbeit und die Lebensqualität im Alter erhöhen“ vom 5. Dezember 2011 wurde eine Kommission gebildet, die Fragen der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung (Sicherungs niveau) und der gesamten Alterssicherung, der Vermeidung von Armut im Alter und der finanziellen Grundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung beraten sollte.

Der Auftrag der Kommission war es, Vorschläge vorzulegen, mit welchen Beitragszahlungen zu den Sozialversicherungen welche Leistungen jeweils verknüpft sein sollen. Die Beitragsbelastung für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen insgesamt sollte dem Ziel, ein Leistungsniveau zu sichern, dass ein hinreichendes Einkommen (Lebensstandardsicherung) und Armutsfestigkeit ermöglicht, gegenüber gestellt und der zusätzliche Aufwand für eine Beitrags- bzw. Steuerfinanzierung einer Mindestabsicherung beurteilt werden.

Gebildet wurde die Kommission aus Mitgliedern des Parteivorstandes. Aus den Beratungen am 10.9.2012, am 24.9.2012 und am 12.11.2012 wurden Vorschläge für eine Beschlussempfehlung an den Parteikonvent erarbeitet.

Der Parteikonvent hat am 24.11.2012 den Antrag „Die SPD-Rentenpolitik: Arbeit muss sich lohnen!“ einstimmig beschlossen, der Grundlage wurde für den Abschnitt V.2 „Gute Arbeit, gute Rente“ des Regierungsprogramms für die Bundestagswahl 2013.

Grundwertekommission

Im Berichtszeitraum 2011 bis 2013 sind folgende Stellungnahmen der Grundwertekommission erarbeitet und veröffentlicht worden:

- „Mehr Zeit zum Leben – für alle. Sozialdemokratische Antworten auf den demografischen Wandel“ (2012)

Der „demografische Wandel“ gilt neben der „Globalisierung“ als eine der zentralen politischen Gestaltungsaufgaben. Der Grundgedanke des Papiers ist ein Plädoyer für eine Politik, die das »Mehr« an Lebenszeit in den Vordergrund stellt. Das mehr an Lebenszeit bietet – über den gesamten Lebensverlauf betrachtet – eine reale Chance, diesen Zeitkonflikt zu reduzieren. Eine darauf ausgerichtete Zeitpolitik wäre auch für die Verwirklichung des Kinderwunsches in Partnerschaften oder die Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland von großer Bedeutung.

In einem Workshop „Politik für eine Gesellschaft des längeren Lebens – sozialdemokratische Antworten auf den demografischen Wandel“ diskutierte die Kommission am 15. Oktober 2012 im Willy-Brandt-Haus die Ergebnisse ihrer Stellungnahme „Mehr Zeit zum Leben – für alle. Sozialdemokratische Antworten auf den demografischen Wandel“ mit Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion und Vertretern von Verbänden und Gewerkschaften.

- „Europa muss sozial und demokratisch werden. Für eine grundlegende Reform der Europäischen Union“ (2012)

Angesichts der aktuellen Krise hat sich die Kommission mit den programmatischen Perspektiven Europas befasst. Einer sozialdemokratischen Europapolitik muss es zunächst darum gehen, dass die Auflösungsstendenzen gestoppt werden, was einen Kurswechsel in der aktuellen Krisenpolitik erforderlich macht. Mittel- bis langfristig müssen Lösungen für die Reform der EU mit einer tiefer integrierten Eurozone in ihrem Kern erarbeitet werden. Dazu bedarf es jedoch eines breiten gesellschaftlichen Prozesses, der die Bevölkerung an dieser Neugründung teilhaben lässt.

Zu diesem Thema hat die Grundwertekommission mit TeilnehmerInnen einer internationalen Tagung „Gemeinsame Grundwerte für ein europäisches Programm der Sozialdemokratie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 21. bis 22.10.2011 in Berlin ein Symposium durchgeführt.

Vor dem Abschluss bis Ende 2013 stehen die Beratungen der Kommission über eine Stellungnahme zu der Frage nach den „Grundlagen einer humanen Ökonomie“ (Arbeitstitel), sowie einer weiteren über „Religion und Sozialdemokratie“ (Arbeitstitel) von der „Godesberger Formel“ zu den aktuellen Entwicklungen.

Medienkommission

Die Digitale Welt verändert die Gesellschaft und alle Lebensbereiche. Die Digitalisierung und das Internet bieten enorme Potenziale für Innovation, Emanzipation und Demokratisierung. Die Digitale Gesellschaft ist global, sie macht nicht Halt an nationalen Grenzen. Für die SPD stehen die Gestaltung der Digitalen Welt, ihre Demokratisierung und der Erhalt der Meinungsvielfalt im Mittelpunkt. Uns ist der Zugang zum Internet, als demokratisches Bürgerrecht wichtig. Netzpolitik ist für uns Gesellschaftspolitik und das politische Gestaltungsinstrument für die Digitale Welt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat seinen Platz in der digitalen Welt. Die neuen Formen der Arbeit mit ihrer 4-Säulen-Struktur (Medienpolitik, Netzpolitik und digitale Gesellschaft, Digitale Infrastruktur und Film und Filmwirtschaft), die diesen Entwicklungen folgen, haben sich bewährt. Die Beschäftigungsschwerpunkte reichten von rundfunkrechtlichen Themen über Fragen wie Urheberrecht und Leistungsschutzrecht für Verlage bis zum Schwerpunktthema von 2013 der Netzpolitik. Das betrifft Fragen nach der Wirkungsweise und den Veränderungspotentialen von sozialen Netzwerken für die Kommunikation und die Lebenswelt der Menschen; von Interesse ist auch, wer das Netz „regiert“ und wie Regulierung funktioniert.

PROJEKTGRUPPEN

Arbeitsversicherung

Der Parteivorstand hat auf seiner Sitzung am 13. Februar 2012 die Einsetzung einer Projektgruppe Arbeitsversicherung beschlossen. Die Projektgruppe hatte den Auftrag, die Vorarbeiten der entsprechenden Projektgruppe aus den Jahren 2007 und 2008 fortzusetzen. Die Projektgruppe hat sich in mehreren Sitzungen mit der Fortentwicklung unserer Positionen befasst.

Es wurde beschlossen, dass die Arbeitsversicherung auf drei Säulen gestellt werden soll: dem bestehenden sozialrechtlichen Anspruch auf Qualifizierung durch die Arbeitsmarktförderung der Bundesagentur für Arbeit im Falle von Arbeitslosigkeit, einem gestärkten arbeitsrechtlichen Anspruch gegenüber dem Arbeitgeber auf Sicherung und Erhalt der Qualifikation und einem neuen individuellen Rechtsanspruch auf Wei-

terbildung und Qualifizierung, über den die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst entscheiden. Das Konzept hat Eingang in das SPD-Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2013 gefunden.

Mini-Jobs

Auf den ordentlichen Bundesparteitag 2011 wurde beschlossen, dass ein Konzept zum weiteren Umgang mit geringfügiger Beschäftigung erarbeitet werden soll. In der Sitzung des Parteivorstandes vom 13. Februar 2012 wurde dazu die Einsetzung einer Projektgruppe unter der Leitung von Elke Ferner und Manuela Schwesig beschlossen.

Die Projektgruppe hat sich in mehreren Sitzungen mit der Problematik der Mini-Jobs, ihrer Entwicklung seit der letzten Reform und den arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen befasst. Die Projektgruppe hat sich in ihrem Bericht, der dem Parteivorstand zugeleitet wurde, für Reformschritte in zwei Stufen ausgesprochen. In einem ersten Schritt soll vor allem der bestehende Missbrauch in Form von schlechterer Bezahlung gegenüber dem regulären Beschäftigungsverhältnis, die Vorenthaltung von bezahltem Urlaub, Sonderzahlungen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall usw. beendet werden. Dazu sollen die Arbeitsbedingungen auch bei Mini-Jobs in einem schriftlichen Arbeitsvertrag niedergelegt und kontrolliert werden müssen. In einem zweiten Schritt sollen weitere Schritte für eine bessere soziale Absicherung der geringfügig Beschäftigten angegangen werden.

Der Parteivorstand hat den Bericht der Projektgruppe in seiner Sitzung vom 13. April 2013 behandelt und diskutiert. Dabei wurde beschlossen, dass die von der Projektgruppe vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung des Missbrauchs von Minijobs sofort nach der Bundestagswahl umgesetzt werden sollen. Wir gehen davon aus, dass die Zahl der Mini-Jobs durch diese Maßnahmen zur Bekämpfung des Missbrauchs erheblich sinken wird und wieder mehr reguläre Arbeitsplätze geschaffen werden. Darüber hinaus sollen die Minijobs mit dem Ziel der Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse grundlegend reformiert und weitere Schritte für eine eigenständige soziale Absicherung aller Beschäftigungsverhältnisse eingeleitet werden. Diese Ziele haben auch Eingang in das SPD-Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2013 gefunden.

GESPRÄCHSKREISE

Bildung

Am 21. Mai 2012 konstituierte sich in Nachfolge des Forums Bildung der Gesprächskreis Bildung unter der Leitung von Doris Ahnen, Mitglied des SPD-Parteivorstandes und Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur in Rheinland-Pfalz. Die Mitglieder des Gesprächskreises Bildung bringen ihren bildungspolitischen Sachverstand aus Gewerkschaften, Wissenschaft, Verbänden, von Studierenden, Schüler/innen und Eltern in die Arbeit ein und begleiten so die bildungspolitischen Aktivitäten der SPD. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Diskussion über Leitideen auf dem Weg zu einem Regierungsprogramm, die Begleitung des SPD-Bürgerdialogs sowie die Planung und Vorbereitung bildungspolitischer Aktivitäten im Wahljahr 2013. Der Gesprächskreis arbeitete in den Jahren 2012 und 2013 sehr intensiv und traf sich zu insgesamt 4 Sitzungen.

Unter dem Titel „Ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit – Was Bildungspolitik jetzt leisten muss!“ hat der Gesprächskreis Bildung im Juni 2013 ein Thesenpapier vorgelegt, in dem noch ein-

mal die wesentlichsten bildungspolitischen Themenbereiche zusammengefasst worden sind. Darin machte der Gesprächskreis deutlich, dass gute Bildung ein Grundrecht sei und in den Mittelpunkt politischer und gesellschaftlicher Anstrengungen gehöre. Teilhabe und Aufstieg durch Bildung müssen für alle möglich sein. Dazu brauche es Solidarität, gegenseitige Unterstützung und die gezielte Förderung individueller Fähigkeiten und Talente. Das Thesenpapier sollte die Fragen danach beantworten, wie ein leistungsfähiges und sozial gerechtes, modernes und inklusives Bildungssystem gestaltet sein muss, damit Bildungschancen nicht länger abhängig sind vom Geldbeutel der Eltern, von sozialer, kultureller oder geographischer Herkunft.

Auf Initiative des Gesprächskreises fand am 26. August 2013 in Offenbach die Konferenz „Gleiche Chancen für Alle – Eine gerechte Bildungspolitik für unser Land“ statt. Ziel der Konferenz war es, mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über die zentralen Herausforderungen ins Gespräch zu kommen, vor denen das deutsche Bildungssystem heute steht. Neben drei Themenforen unter Beteiligung unterschiedlicher VertreterInnen aus Bundes- und Landespolitik, aus Gewerkschaften und Wissenschaft hielt der SPD-Parteivorsitzende eine Grundsatzrede. Mit der Konferenz ist es gelungen, nicht nur über bereits formulierte Antworten auf die Herausforderung, die vor uns liegen, zu diskutieren, sondern gemeinsam auch neue Wege anzudenken.

Innenpolitik

Im Gesprächskreis Innenpolitik wurde unter der Leitung von Ralf Stegner und Michael Hartmann über die zentralen Fragen der inneren Sicherheit debattiert. Aufgabe des Kreises ist der stetige Austausch zwischen Sozialdemokraten in Regierungsfunktion, den Fachpolitikern in den Fraktionen in Bund und Ländern, Vorfeldorganisationen und Gewerkschaften. Ziel ist die horizontale wie vertikale Verzahnung zu einer möglichst kohärenten sozialdemokratischen Innenpolitik.

Ganz entscheidend war der GK Innenpolitik an der Vorbereitung und Durchführung des Workshops zum Thema Wirtschaftskriminalität beteiligt. Hier kamen auf Einladung des Parteivorsitzenden Ermittler (u.a. BKA-Präsident Zierke), BGH-Richter (Armin Nack) mit Vorständen von Dax-30-Unternehmen zusammen.

Viele Dinge, die hier erarbeitet wurden, haben Eingang ins Regierungsprogramm gefunden (Kap. VIII) und sind Gegenstand des umfangreichen Antrags der Bundestagsfraktion zum Thema geworden.

Letztlich hat der GK Innenpolitik wichtige Impulse für das Kapitel „Für Freiheit in Sicherheit“ unseres Regierungsprogramms gegeben.

Zudem begleitete der GK Innenpolitik 2012 auch die Online-Konferenz der SPD zur Vorratsdatenspeicherung. Diese wurde vom Parteivorstand zur Unterstützung und Meinungsbildung hinsichtlich des Mitgliederbegehrens zur Vorratsdatenspeicherung veranstaltet. Hier kamen Sachverständige zu Wort, sowohl Gegner wie auch Befürworter der Vorratsdatenspeicherung.

Nach dem Ausscheiden von Ehrhart Körting als Innensenator von Berlin im Dezember 2011, hat der innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Michael Hartmann die Co-Leitung des Gesprächskreises neben Ralf Stegner übernommen.

Inklusion und Teilhabe

Der Gesprächskreis „Inklusion und Teilhabe“ unter Leitung von Karl Hermann Haack hatte im August 2011 ein Papier vorgelegt, das als Grundlage für weitere Beratungen der inklusionspolitischen Diskussion in der SPD dient.

Der Gesprächskreis „Inklusion und Teilhabe“ wurde nach dem Parteitag 2011 nicht weitergeführt. Auf der Grundlage des Papiers des Gesprächskreises wurde am 24.11.2012 eine Fachkonferenz „Von der Fürsorge zur Teilhabe“ durchgeführt, auf der Vertreterinnen und Vertreter von Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen, Ländern und Kommunen, Institutionen und Wissenschaft sowie Sozial- und Wohlfahrtsverbänden Schritte für eine umfassende Inklusionsstrategie diskutierten.

Jugend und Familie

Der Parteivorstand richtete mit Beschluss auf seiner Klausurtagung im Januar 2012 den „Gesprächskreis Familie und Jugend“ ein, um die Diskussion über familien- und jugendpolitische Positionen der SPD vor allem auch im Hinblick auf das Regierungsprogramm 2013 weiterzuführen.

Der Gesprächskreis hat zu Beginn seiner Arbeit den Entwurf für ein jugendpolitisches Konzept diskutiert. Die SPD unterstreicht mit diesem Konzept, dass Jugend eine eigenständige Lebensphase ist. Mit eigenen Bedürfnissen und Rechten. Denn Jugendliche sind keine kleinen Kinder mehr, aber auch noch keine Erwachsenen. Das Ziel der Debatte war und ist es, Jugendpolitik als eigenständiges Politikfeld zu etablieren, das diese Lebensphase als Ganzes in den Blick nimmt, und dafür überzeugende und stimmige Lösungen entwickelt und umsetzt.

- Strukturell heißt das, die verstreuten Kompetenzen auf verschiedene Ressorts und föderale Ebenen besser zu koordinieren und zu vernetzen.
- Konkret heißt das, dass die SPD das Wahlalter bei Kommunal-, bei Landtags- Bundestags- und Europawahlen absenken will – auf 16 Jahre! Verbunden werden soll das Ziel mit mehr Demokratieverziehung – in der Schule und auch außerhalb.
- Konkret heißt das, mit einer Berufsausbildungsgarantie sollen junge Menschen einen Rechtsanspruch bekommen auf eine vollwertige Berufsausbildung. In einem Betrieb oder an einer berufsbildenden Schule. Weil sich inzwischen viele Betriebe dieser Verantwortung entziehen, soll bei Bedarf eine branchenweite Ausbildungsumlage für eine solidarische Finanzierung sorgen. Die SPD vertritt den Grundsatz: ein Recht auf Ausbildung – kein Abschluss ohne Anschluss!

Diese und andere Punkte sind Teil des Antrages „Mit einer Jugendpolitik aus einem Guss Freiräume schaffen, Chancen eröffnen, Rückhalt geben!“, der auf dem Parteikonvent am 16. Juni 2012 beschlossen wurde.

Darüber hinaus hat der Gesprächskreis auf der Grundlage der jugend- und familienpolitischen Beschlüsse Leitideen entwickelt, die in einem Verbändegespräch im Willy-Brandt-Haus am 6. Juni 2012 und im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern vertieft wurden. Diese Positionierungen sind in das Regierungsprogramm eingeflossen und im Wahlkampf kommunikativ verbreitet worden.

Gesprächskreis gegen Rechtsextremismus

Nach dem Parteivorstand 2011 wurde aus der grundsätzlich internen Projektgruppe gegen Rechtsextremismus beim Parteivorstand der offene Gesprächskreis gegen Rechtsextremismus.

Der neue Vorsitzende Martin Dulig hat den Gesprächskreis mehrfach und anlassbezogen zu Sitzungen zusammengerufen. Martin, der auch Vorsitzender des Netzwerks für Demokratie und Courage ist, gelingt es, die SPD noch enger als Partner im Netzwerk mit den vielfältigen Initiativen und Projekten zu etablieren.

Dementsprechend konstruktiv und vertrauensvoll verliefen die Multiplikatorengespräche des GK gegen Rechtsextremismus. Die einschlägige Passage in unserem Regierungsprogramm wurde hier erarbeitet.

Verkehrspolitik

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Sie ist verknüpft mit individueller Freiheit und ein wichtiger Bestandteil für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Mobilität mit entsprechender Infrastruktur ist zugleich ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland und muss die schutzwürdigen Belange von Natur und Umwelt berücksichtigen. Politik muss deshalb die Voraussetzungen für eine nachhaltige, d.h. ökonomisch effiziente, umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität schaffen.

Das sind die Leitlinien für das vom GK (Zusammensetzung aus über 20 Vertreterinnen und Vertreter der wichtigsten Verbände im Bereich Verkehr und Mobilität) erarbeitete Konzept für eine moderne Mobilitäts- und Infrastrukturpolitik.

Das Konzept „Mobilität von morgen – innovativ und bezahlbar“ fand Eingang in das Regierungsprogramm 2013. Es beschäftigt sich mit allen Verkehrsträgern und deren wichtiger Rolle für ein Mobilitätskonzept von morgen und macht deutlich, dass dieses Politikfeld ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge darstellt.

Wohnungsbau und Stadtentwicklung

Der Gesprächskreis Wohnungsbau und Stadtentwicklung unter der Leitung von Florian Pronold hat sich vornehmlich den Themenkomplexen „Zukunft der Stadtentwicklungspolitik“ und „Bezahlbarkeit des Wohnens“ gewidmet. Dabei trugen die Diskussionen der Tatsache Rechnung, dass sich in den Städten die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und die zukünftigen Potenziale gleichermaßen konzentrieren – eine Feststellung, die für die Großstädte und Metropolregionen ebenso gilt wie für kleine und mittlere Städte des ländlichen Raums.

Die Beratungen konzentrierten sich wesentlich auf die Fragestellungen, welche grundsätzlichen Weichenstellungen bei der Fortentwicklung der Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik im Zuge des demografischen Wandels und des Klimawandels erforderlich seien, welche Leistungen die staatlichen Ebenen im Verbund zukünftig realistischerweise erbringen und welche Konzepte, Strategien und Maßnahmen den sozialen Zusammenhalt in den Städten sichern können.

Der Weiterentwicklung des Programms „Soziale Stadt“ zu einem strategischen Leitprogramm im Rahmen einer ressortübergreifenden, integrierten Stadtentwicklungspolitik aller staatlichen Ebenen wurde dabei eine besondere Bedeutung beigemessen.

Die Debatte über die künftige Ausrichtung der Wohnungspolitik fand vor dem Hintergrund der Erkenntnis statt, dass die Wohnungspolitik auf allen Ebenen vor der großen Herausforderung stehe, der Differenziertheit der regionalen Wohnungsmärkten wirkungsvoll begegnen zu können. Dabei müsse der Sicherung der Wohnraumversorgung für Menschen mit niedriger Wohnkaufkraft in Ballungsräumen und angespannten Wohnungsmärkten Vorrang eingeräumt werden, wozu neben ordnungsrechtlichen Maßnahmen auch die Ankerbelung des Neubaus zählen müsse.

In einer vertieften Diskussion um die Zukunft der energetischen Gebäudesanierung - im übergeordneten Rahmen einer energetischen Stadtsanierung - wurde die Konzentration auf wirksame Maßnahmen in der Breite bei gleichzeitigem Verzicht auf überhöhte Standards betont. Dabei sollen die Energieeinspar- und Effizienzpotenziale und die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum auch für mittlere und untere Einkommensgruppen gleichermaßen in den Blick genommen werden.

Die Beratungen des Gesprächskreises wurden abgerundet durch eine Diskussion über die Herausforderungen des demografischen Wandels und ihre Bewältigung in den Kommunen. Angesichts der Komplexität der Prozesse und Effekte des demografischen Wandels bestand Einigkeit in der Überzeugung, dass – im Zeichen ganz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen in den Städten und Gemeinden – mittel- bis langfristige Strategiekonzepte ebenso zu den Erfolgsbedingungen der Gestaltung des demografischen Wandels gehören wie ressortübergreifende Planungen für eine demografiesensible Politik in den Kommunen.

GUSTAV-HEINEMANN-BÜRGERPREIS

Der Preis wurde 1977 von Parteivorstand in Andenken an das Lebenswerk des ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten (1969-1974) gestiftet.

Wir brauchen Vorbilder für gesellschaftliches und politisches Handeln. Aufgabe des Preises ist es, diese Vorbilder zu finden und durch den Preis einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Der Einsatz für unsere Gesellschaft und für unsere Demokratie, Mut zu Veränderungen und neuen Ideen, aber auch Mut zum Widerspruch waren für Gustav Heinemann wichtige und zentrale Elemente seines politischen Handelns und Denkens.

Der Preis wird möglichst in zeitlicher Nähe zum 23. Mai, dem Tag der Verkündung des Grundgesetzes, an Personen, Gruppen oder Organisationen verliehen, die sich im Sinne Heinemanns für unserer Land und unsere Gesellschaft engagieren.

Preisträger waren 2012 Pater Peter Mertes und 2013 das Projekt 3te Generation Ost.

Abteilung Kommunikation

Aufgabe der Abteilung Kommunikation ist, die Botschaften des Parteivorstandes zielgruppengerecht „an die Frau und an den Mann zu bringen“, Öffentlichkeit herzustellen, ansprechbar zu sein für alle Fragen und Anregungen, die das Willy-Brandt-Haus erreichen – das Bild und Selbstverständnis der Partei zu unterstreichen.

Sie wirkt nach innen, in die Partei hinein. Und nach außen. In diesem Sinne ergänzt sie auch die Arbeit der Pressestelle.

Die Referate:

- Planung und Strategie
- Öffentlichkeitsarbeit
- Produktion und Vertrieb
- Eventmanagement
- Direktkommunikation
- Newsdesk

PLANUNG UND STRATEGIE

koordiniert die Arbeit der Abteilung.

Es entwickelt neue Kommunikationsinstrumente und Kampagnen und organisiert die Umsetzung.

Größere Kampagnen im Berichtszeitraum waren:

- **Wir sind viele:** Für die entschlossene Bankenregulierung, gegen eine Politik, die sich den Märkten ergibt. Neben Materialien, die auf Straßen und Veranstaltungen verteilt wurden, setzte die Kampagne insbesondere auf das Internet. Mit einem Erklärvideo zur Bankenkrise, Hintergrundberichten und Aktionen in den Sozialen Netzwerken verbreitete sich die Kampagne „Wir sind viele“.
- **Praxistag:** Bundesweit besuchten SPD-PolitikerInnen einen Tag lang Pflege- und Gesundheitseinrichtungen, um vor Ort zu erfahren, wie der Alltag vor Ort aussieht und mehr über Probleme und mögliche Lösungen zu erfahren. Diese Aktion brachte dem SPD-Gesundheitskonzept bundesweite Aufmerksamkeit.
- **Kitas statt Betreuungsgeld:** Die Debatte über das Betreuungsgeld hatte bis dahin die Betroffenen – nämlich die Kinder – nur wenig berücksichtigt. Darum wurden die Kinder in den Mittelpunkt der Kampagne gestellt. Mit emotionalen Motiven und auch ein wenig augenzwinkernd wurde verdeutlicht, warum die Kita für Kinder sinnvoll ist. Neben den zwei Kampagnenmotiven, die als Postkarten und Banner im Netz verbreitet wurden, gab es eine Flankierung durch PR-Aktivitäten, Aktionen und Unterstützemaßnahmen durch Prominente. In den Sozialen Netzwerken und SPD.de gab es Aktionstage mit Umfragen und Hintergrundberichten.

Bedeutende Projekte in den Jahren 2012 und 2013 waren insbesondere auch die Produktion des SPD-Films zum 150. Geburtstag „Wenn Du was verändern willst“ – und der Start des Bürgerdialogs als Ausgangspunkt für neue Standards politischer Beteiligung.

„Wenn Du was verändern willst“ – Der Film

Die Idee, einen Film über die SPD zu produzieren ist nicht neu. 2010 wurde für die über 20.000 Besucherinnen und Besuchern, die jedes Jahr das Willy-Brandt-Haus besuchen, ein neuer Kurzfilm produziert. Viele wollten aber noch mehr über die Partei und ihre Werte erfahren. In Vorbereitung auf das 150-Jahre-Jubiläum der Partei wurde die Idee dann konkret. 2011 fiel die Entscheidung für das Drehbuch. Was ist es, dass so viele Menschen seit 150 Jahren antreibt, sich für die Sozialdemokratie zu begeistern? Warum riskieren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bis zum Ende des 2. Weltkriegs Verfolgung, Haft und Tod? Und was treibt sie bis heute an, sich für diese Partei zu engagieren? Helmut Schmidt, Hans-Jochen Vogel, Manuela Schwesig, Hannelore Kraft und viele andere lassen die Geschichte von 150 Jahren SPD in 90 Minuten lebendig werden. Mit der Premiere am 8. Februar 2013 in Leipzig stand der Film unseren Gliederungen zur Verfügung. Über 500 mal lud die Partei Genossinnen, Genossen und Freunde ins Kino ein, um zu zeigen: Wir sind eine Volkspartei mit einer einzigartigen Tradition.

Mehr Demokratie – Der Bürgerdialog

Im September startete die SPD den Bürgerdialog – und schlägt damit einen Weg ein, der neue Standards setzt: für mehr innerparteiliche Demokratie und auch für neue Möglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern, sich in politische Entscheidungen einzubringen. Das Ziel: ein Regierungsprogramm, an dem viele mitgeschrieben haben. Bis Anfang 2013 gab es dafür 350 Veranstaltungen im ganzen Land, 40.000 Vorschläge erreichten den Parteivorstand. Eine politische und organisatorische Herausforderung, die sich gelohnt hat. Und gute Erfahrungen, die einen neuen Stil prägen. Innerparteilich drückt sich dies zum Beispiel aus in der praktischen Umsetzung der Parteireform – konkret im verbindlichen Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag.

Besonderen Raum nahm die gründliche Überarbeitung unseres Corporate Designs ein. So wurde unser SPD-Quadrat neu positioniert, eine neue Kampagnenfarbe identifiziert und beispielsweise auch der Auftritt der Arbeitsgemeinschaften dem gemeinsamen Erscheinungsbild angepasst.

Im Zentrum standen 2012 außerdem die Vorbereitungen für den Aufbau der Wahlkampfzentrale „Kampa2013“.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, PRODUKTION UND VERTRIEB

Zwei wesentliche Faktoren haben die Öffentlichkeitsarbeit im Berichtszeitraum geprägt:

1. Die Öffnung der Partei durch Angebote zum Mitmachen und Die Bereitschaft zum Dialog.
2. Die Schärfung des politischen Profils der SPD.

Eine besondere Herausforderung war auch in diesem Referat der Bürgerdialog. In ungewöhnlich hoher Auflage wurde eine Dialogkarte den Gliederungen zur Verfügung gestellt, begleitet von einem Leitfaden, Flyer und Plakaten. So konnten Serviceangebote und Aktivitätsbereitschaft der Gliederungen zu einem außergewöhnlich guten Ergebnis führen. Ein Prozess, der auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern stattfand. Weitere Materialien zu zahlreichen anderen Themen und Aktionen kamen hinzu.

Einen besonderen Beitrag für mehr Demokratie und Toleranz im Land war die ungewöhnliche Veröffentlichung der Grundrechte im Grundgesetz in 10 Sprachen. Mit diesem Produkt wurde eine Lücke gefüllt, weil bislang nichts Vergleichbares erhältlich ist.

Die Ergebnisse der Parteireform sind auch eingeflossen in eine ganz neue Mitglieder- und Mitmachkampagne (Flyer, Plakate, Handbuch) unter dem Titel „Mach dich stark“.

Fortgesetzt wurde der bekannte Wandzeitungsservice mit den wichtigsten Positionen der SPD.

Ein neues Gesicht, neue Struktur und einen neuen Vertriebsweg hat der INTERN bekommen – der Informationsdienst für aktive SPD-Mitglieder. Mit der Ausgabe Juni 2011 erscheint INTERN als 8-seitige Beilage im vorwärts und nicht mehr als eigenständige Publikation – bleibt aber das zentrale Informations- und Serviceformat des Parteivorstandes. Die Auflage von INTERN beträgt rund 42.000 Exemplare. Die Resonanz aus der Organisation ist positiv. Insbesondere die Doppelseite in der Mitte mit großflächigen Motiven (Panoramaseite) wird von vielen Ortsvereinen zum Aushang in den Schaukästen genutzt.

Auch in den Jahren 2011/2012 war es die Aufgabe der Produktion, für die Genossinnen und Genossen aktuelles und kostengünstiges Material zur Unterstützung ihrer Arbeit vor Ort zu produzieren. Darüber hinaus wurden verschiedene Materialien für die Abteilungen im Haus, für die Arbeitsgemeinschaften und Foren erstellt. Für Kampagnen wurden Layouts erstellt, Druckerzeugnisse produziert bis hin zur konzeptionellen und technischen Begleitung von Veranstaltungen. Im Referat vorhandenes Know-how ermöglichte es, das Veranstaltungsdesign der Parteitage von der ersten Idee über die Konzeptentwicklung bis zur Projektbegleitung zu realisieren.

Ein weiterer und immer wichtiger werdender Bestandteil der Arbeit der Produktion ist die Unterstützung der Gliederungen – insbesondere in Wahlkämpfen. Das trifft vor allem auf das Druckportal zu. Der Bedarf an individuellen und höchst professionellen Werbematerialien ist in den Jahren enorm gestiegen. Fast alle Bundestagkandidat/innen organisierten ihre Materialien darüber – so wurden 2013 über 20. Mio. Kandidat/innen-Flyer und 800.000 Plakate gedruckt.

Alle Wahlkampfmaterialien wurden über das Referat entwickelt, produziert und vertrieben. Besonders erfolgreich war dabei die erstmalige Erstellung des Regierungsprogramms in „einfacher Sprache“, über 250.000 Programme wurden verkauft. Aber auch die 6 Themenflyer (Arbeit, Bildung, Familie, Wirtschaft, Rente, Steuern) waren mit einer verkauften Auflage von je 300.000 Stück ein Riesenerfolg. Aufmerksamkeit erzielten auch unsere Flyer in arabischer, englischer, türkischer, russischer, serbischer und polnischer Sprache. Beliebteste give-away im Wahlkampf war der Flaschenöffner mit dem Spruch „Das BIER entscheidet.“

EVENTMANAGEMENT

Die Parteireform der SPD und die damit einhergehende Öffnung der Partei spiegelten sich vor allem 2011 in zahlreichen Veranstaltungen wieder.

Zum Beispiel

- der „Tag der offenen Tür“ am 28. Mai mit der Eröffnung des neuen Besucherforums in der Spitze des Willy-Brandt-Hauses,
- oder auch die Unterbezirks- und Kreisvorsitzendenkonferenz am Tag darauf.

Außerdem wurde 2011 erstmalig die CSD-Trucktour der Schwuos in 10 deutschen Städten durchgeführt. Der einheitliche Auftritt der SPD bei den Christopher-Street-Day-Paraden unter dem Motto „Vielfalt statt Einfalt“ mit der Forderung nach voller rechtlicher Gleichstellung von Lesben und Schwulen hat rund 5 Millionen Menschen vor Ort erreicht. Der Erfolg der Kampagne führte dazu, dass wir die Trucktour 2012 in 11 deutschen Städten unter dem Motto „Traut Euch...!“ mit der Forderung nach Öffnung der Ehe wiederholten.

Zu den Jubiläen dieses Jahres zählte:

- der 85. Geburtstag Hans-Jochen Vogels,
- das 100jährige Jubiläum des Frauentages,
- und auch das Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V. feierte sein 15jähriges Bestehen.
- Darüber hinaus würdigte die SPD den 50. Jahrestag des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens mit einer Festveranstaltung im Ballhaus Rixdorf am 27. Oktober. An der Gala nahmen über 400 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Sozialverbänden, Religionsgemeinschaften, Kunst, Kultur und Sport teil.

Neben der Verleihung des Gustav-Heinemann-Bürgerpreises, des Regine-Hildebrandt-Preises sowie des Innovationspreises fanden erstmalig die Verleihung des August-Bebel-Preises sowie des Internationalen Willy-Brandt-Preises statt.

Der Einladung zur Betriebsräte- und Gewerkschaftskonferenz am 15. Februar in Mannheim, bei der gemeinsame Ziele der SPD und der Gewerkschaften erörtert wurden, folgten rund 700 ArbeitnehmervertreterInnen.

Die zentrale Veranstaltung des Jahres 2011 war der ordentliche Bundesparteitag vom 4. - 6. Dezember in der „Station Berlin“ am Gleisdreieck unter dem Motto: „Unser Kapital: Demokratie und Gerechtigkeit“. Hier wurde Sigmar Gabriel im Amt des Parteivorsitzenden mit 91,6 Prozent der Stimmen bestätigt. 5.000 Gäste waren vor Ort und auch die Zahl der Aussteller war beträchtlich: 90 SPD-nahe und kommerzielle Aussteller waren auf dem Gelände.

Hinzu kamen im Jahr 2011 diverse Zielgruppenveranstaltungen, Gesprächsreihen und Wahlabende, wie beispielsweise die Wahlparty in Kooperation mit dem Landesverband Berlin am 18. September in der Kulturbrauerei anlässlich der Wahl des Abgeordnetenhauses Berlin, aus der Klaus Wowereit zum dritten Mal in Folge als Sieger hervorging.

Ein Höhepunkt im Jahr 2012 war der BürgerInnen-Dialog für welchen das Eventmanagement die Projektleitung übernahm: 350 Veranstaltungen wurden dezentral in der Fläche der Republik umgesetzt. Außerdem gab es unter anderem die ersten Tagungen des Parteikonvents als Nachfolgegremium des Parteirats im Juni und im November, zwei Veranstaltungen der neuen Gesprächsreihe „Reden zu Deutschland und Europa“ und eine Auftaktveranstaltung zum Jubiläumsjahr.

Der 150. Geburtstag der SPD wurde unter anderem gefeiert mit dem „Festakt“ in Leipzig und dem „Deutschlandfest“ mit über 500.000 Besucherinnen und Besuchern. Der fortgesetzte Bürgerdialog mit dem Bürgerkonvent und natürlich vor allem der Wahlkampf und die Organisation von zwei außerordentlichen Bundesparteitag prägten die Arbeit des Eventmanagements im Jahr 2013.

Insgesamt organisierte das Referat Eventmanagement 84 Veranstaltungen in den Jahren 2011 und 2012 und wirkte zusätzlich bei 38 Veranstaltungen unterstützend mit. 2013 kamen weitere 65 Veranstaltungen hinzu.

DIREKTKOMMUNIKATION

Das Referat Direktkommunikation ist die zentrale Anlaufstelle für alle Anfragen und Anliegen an die SPD – ob per Brief, Fax, E-Mail oder am Telefon. Auch im persönlichen Kontakt im Besucherforum finden Gäste des Willy-Brandt-Hauses immer kompetente Ansprechpartnerinnen und -partner. Das Besucherforum wurde im Jahr 2011 eröffnet und unterstreicht das Selbstverständnis eines „offenen Hauses“.

Eine wichtige Aufgabe des Referats ist es, Menschen zur Beteiligung einzuladen und ihnen für ihren Beteiligungswunsch das ideale Angebot zu machen. Deshalb agierte das Referat hier häufig als Vermittler von Wissen über Themen, Strukturen oder Mitmachmöglichkeiten innerhalb der SPD.

Als Schnittstelle zwischen den Fachreferaten des Parteivorstandes und den Bürgerinnen und Bürgern ist es auch tägliche Aufgabe des Referats, das vorhandene Fachwissen nutzbar zu machen. Dafür wurde 2012 eine Wissensmanagement-Software eingeführt, die federführend von der Direktkommunikation betreut wird.

Mit vielen Tausend Kontakten im Jahr ist das Referat eine wichtige „Visitenkarte“ der SPD:

- Allein im Jahr 2012 wurden 1.100 Briefe und Faxe und rund 21.000 E-Mails beantwortet.
- Hinzu kamen ca. 25.000 Telefonate.
- 17.200 Gäste kamen in 410 Besuchergruppen ins Haus
- und zusätzlich 50.000 Besucherinnen und Besucher der regelmäßig wechselnden Kunstaustellungen, die durch das Besucherforum empfangen wurden.
- 125 SPD-Bundestagsabgeordnete schickten ihre Besuchergruppen ins WBH,
- 55 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem WBH haben vor den Besuchergruppen referiert.

Eine besondere Herausforderung stellte der Bürgerdialog und die Bürgerabstimmung an das Referat: Zwischen September 2012 und Februar 2013 wurden 40.000 Vorschläge, die den Parteivorstand per Dialogkarte, Brief, E-Mail oder telefonisch erreichten erfasst – die Basis für den erfolgreichen Bürgerkonvent im März 2013. Für die spätere Bürgerabstimmung wurden noch mal über 15.000 Abstimmungsbögen erfasst und ausgewertet, um die den Bürgerinnen und Bürgern fünf wichtigsten Punkte aus unserem Wahlprogramm für unser 100-Tage-Programm zu identifizieren.

Im Bundestagswahlkampf 2013 war die im Referat angesiedelte Wahlkampfhotline die zentrale Anlaufstelle für Fragen rund um den Wahlkampf, sowohl für Bürgerinnen und Bürger, als auch für Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Sie diente als Knotenpunkt in die Kampa. Auch nach Wahl ist der Bedarf nach Informationen hoch: Allein im ersten Monat nach der Wahl erreichten das Referat etwa 15.000 E-Mails, 900 Briefe sowie etwa 100 Anrufe am Tag.

NEWSDESK

Mit dem Newsdesk hat der SPD-Parteivorstand nach der Bundestagswahl 2009 eine zentrale Redaktion für die Onlineauftritte der Parteizentrale aufgebaut. Dort arbeiten Text- und Social-Media-Redakteure, Online-Strategen und Multimedia-Experten. Die Homepage der SPD www.SPD.de ist die zentrale Newsplattform der Partei im Netz. Launch der Seite war im Herbst 2010.

Über die Jahre 2011 und 2012 wurde der Auftritt inhaltlich im Rahmen der technischen Möglichkeiten immer weiter entwickelt. Im September 2012 stand dann für SPD.de ein Relaunch an: Layout und Funktionen wurden optimiert und die Kampagnenfähigkeit der Seite ausgebaut. Wichtige neue Features der Plattform sind interaktive Elemente, die mehr Beteiligung zulassen. So können Grafiken und Banner nun geteilt werden, das heißt: Sie können mit wenigen Mausklicks auf anderen Webseiten eingebunden werden.

- SPD.de stellt in seinem täglich aktualisierten Onlineangebot dem User viele Informationen über und für die Partei zur Verfügung. Themen und Geschehnisse von sozialdemokratischem Interesse werden aufbereitet und in redaktionellen Beiträgen tagesaktuell veröffentlicht.
- SPD.de ist das Online-Mutterschiff der Partei und auch in Wahlkampfzeiten die erste Anlaufstelle für Interessierte und Genossen, um aktuelle Informationen zu erhalten und mehr über die zentralen Themen der Partei zu erfahren. Hinzu kommen die Internetauftritte von Sigmar-Gabriel.de und Andrea-Nahles.de.
- Daneben betreut der Newsdesk auch die Social-Media-Kanäle des Parteivorstands: Twitter, Facebook, Google+, Youtube und Pinterest. Diese Kanäle haben 2011 und 2012 im Onlinekonzept eine immer wichtigere Stellung eingenommen, da sich mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger in den sozialen Netzwerken bewegen. Dort werden politischen Themen im persönlichen Nachrichtenstrom wahrgenommen und diskutiert. Inhalte teilen, liken, twittern, empfehlen oder kommentieren zählen zu den zentralen Funktionen von Social Media. So hat der Newsdesk über seine starke Vernetzung und starke Präsenz in den sozialen Netzwerken sozialdemokratische Botschaften setzen und Diskussionen voranbringen können.
- Im Dezember 2012 ging außerdem www.Peer-Steinbrueck.de – betreut vom Newsdesk – online.

Mit dem Wahlkampf 2013 schaltete der Newsdesk konsequent in den Kampagnenmodus und generierte gerade über seine Aktivitäten in den Sozialen Netzwerken immer mehr Freunde und Unterstützer. Die Zahlen bei Facebook und Twitter konnten verdoppelt werden, so dass die Partei allein über diese beiden Kanäle nun potenziell rund 110.000 Menschen erreichen kann. Hinzu kommen Peer Steinbrück (120.000 Follower) und Sigmar Gabriel (62.000 Follower) auf Facebook und Twitter.

Das heißt: Jedes Posting in den sozialen Netzwerken erreicht so viele Menschen auf einmal, wie kaum ein anderes Kommunikationsmittel.

Im Wahlkampf sorgte eine Rapid-Response-Runde morgens für die Möglichkeit, sehr schnell auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren. Für die Art der Reaktion gab es in der Online-Redaktion diverse Formate. Ein sehr erfolgreiches Format war die motivische Umsetzung (Bild-Kacheln) der Angriffslinien gegen den politischen Gegner und der SPD-Position zu einzelnen Themen für eine Verbreitung über die Sozialen Medien – und da im Besonderen über Facebook.

Die zunehmende Videobegleitung sowie aufwändig produzierte Erklärfilme – zum Teil exklusiv mit den Ressourcen des Newsdesks – ermöglichten der Online-Redaktion, das Interesse weiterer Usergruppen zu gewinnen.

Der Newsdesk ging im Vergleich zu der politischen Konkurrenz im Online-Bereich immer wieder neue Wege. So veranstaltete die Online-Redaktion mit Peer Steinbrück sehr erfolgreich das erste Twitter-Townhall in Deutschland. Twitter-Interviews und Google-Hangouts gehörten schon bald zur Routine.

Beim Bürger-Dialog wurden Live-Chats etabliert und erstmals eine Internet-Livesendung produziert. Beim großen Deutschlandfest zu 150 Jahre SPD steigerte die Online-Redaktion ihren Anspruch und sendete fünf Stunden live vom Brandenburger Tor – mit vielen Interviewgästen und Videoeinspielern – zum Teil aktuell vor Ort produziert.

Höhepunkt im Wahlkampf war das Finale vor dem 22. September. Der Newsdesk plante und produzierte mit Hilfe von weiteren Kollegen aus dem Willy-Brandt-Haus und einer externen Streaming-Agentur eine 72-Stunden-Livesendung mit stündlichen Nachrichten, aktuellen Videoeinspielern und vielen Liveschalten zu Wahlhelfern, Parteimitgliedern im In- und Ausland, Kampagnenexperten in den USA und sehr viel Parteiprominenz beim Wahlkampf.

CvD TEXT

Mit dem Ziel, politische Botschaften für mehr Menschen verständlich zu machen, hat die Generalsekretärin im Sommer 2012 eine zentrale Redaktion etabliert: den „CvD Text“. Im Wahlkampf konnte die SPD damit kommunikativ einen Schritt nach vorn machen. Mit der Position des CvD Text ist es gelungen, die Textqualität in Flyern, Broschüren, Flugblättern und vieles mehr zu steigern, Argumentationslinien zu harmonisieren – und nicht zuletzt auch das Produktionstempo zu erhöhen.

Abteilung Internationale Politik

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Die SPD als Friedens- und Europapartei Deutschlands klar zu positionieren – dies war auch im Berichtszeitraum eine der prägenden Leitlinien der internationalen Arbeit des SPD-Parteivorstands und der Abteilung Internationale Politik. Im Vordergrund der Arbeit standen insbesondere die Themen Frieden und Abrüstung, nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung von Armut, die Durchsetzung der Menschenrechte und eine starke und soziale Europäische Union als Antwort auf die Wirtschaftskrise und die Herausforderungen im globalen 21. Jahrhundert.

EINE STARKE, SOZIALE UND DEMOKRATISCHE EUROPÄISCHE UNION

Als klar pro-europäische Partei hat sich die SPD zusammen mit der SPE und der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament auch in den zurückliegenden beiden Jahren für eine starke, demokratische und soziale Europäische Union eingesetzt.

Im Berichtszeitraum organisierte die SPE einen demokratischen Prozess, um erstmals mit einem gemeinsamen Spitzenkandidaten aller europäischen Sozialdemokraten bei der Europawahl im Mai 2014 anzutreten.

Die SPD nominierte Martin Schulz als Spitzenkandidaten. Mit diesem Bekenntnis zu einem gemeinsamen Spitzenkandidaten und dem Verfahren zu seiner Nominierung hat die SPE neue Maßstäbe für eine lebendige demokratische Auseinandersetzung im Vorfeld der Europawahl gesetzt.

Das auf Initiative von SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles im Juni 2010 gegründete Netzwerk aller Generalsekretäre der SPE-Mitgliedsparteien traf sich im Berichtszeitraum mehrmals, u.a. in Brüssel, Berlin und London.

Nach einem breiten Diskussionsprozess wurde ein SPE-Grundsatzprogramm im Juni 2013 auf einem SPE-Rat in Sofia angenommen, als erstes Grundsatzprogramm einer europäischen Parteienfamilie überhaupt.

Auch wurde im Berichtszeitraum Achim Post, langjähriger Leiter der Abteilung Internationale Politik des SPD-Parteivorstandes und Internationaler Sekretär der SPD, auf Vorschlag des SPE-Vorsitzenden Stanishev vom SPE-Präsidium im September 2012 als neuer Generalsekretär der SPE eingesetzt.

Im März 2012 fand auf Einladung von Sigmar Gabriel die Auftaktveranstaltung zu der neuen SPD-Veranstaltungsreihe „Reden zu Deutschland und Europa“ im Willy-Brandt-Haus statt, mit Martin Schulz in seiner neuen Funktion als Präsident des Europäischen Parlamentes als Redner.

Die zweite Veranstaltung in dieser Reihe, die jenseits des tagesaktuellen krisengeprägten Europadiskurses Raum für eine breitere europapolitische Debatte öffnen soll, fand im November 2012 mit Bundesminister a.D. Hans-Dietrich Genscher im Willy-Brandt-Haus statt. Beide Veranstaltungen stießen auf große und positive Resonanz.

VORAUSSCHAUENDE FRIEDENSPOLITIK

Im Berichtszeitraum lag ein Fokus der außenpolitischen Arbeit auf den Umbrüchen in der arabischen Welt und den politischen Schlussfolgerungen hieraus. Die SPD, insbesondere auch durch die praktische Arbeit der Abteilung Internationale Politik, organisierte frühzeitig den politischen Austausch mit neuen politischen und gesellschaftlichen Kräften in den betreffenden Ländern und leistete - wo sinnvoll und möglich - auch konkrete Unterstützung.

Mit der Ausstellung „Breaking the Silence: Zeugnisse einer Besatzung – Israelische Soldaten berichten“ im September 2012 setzte die SPD ein wichtiges Zeichen ihres friedens- und menschenrechtspolitischen Engagements. In der Ausstellung, die u. a. auch schon in der Knesset, dem israelischen Parlament, zu sehen war, berichteten Reservistinnen und Reservisten der Israelischen Verteidigungsarmee, was sie als Soldaten als Besatzungsrealität selbst erlebt haben. Der überwältigende Besucherandrang machte das Interesse an einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Nahost-Konflikt deutlich.

Im Januar 2013 fand im festlichen Rahmen im Willy-Brandt-Haus die Verleihung des 2. Internationalen Willy-Brandt-Preises statt. Ausgezeichnet wurde der norwegische Ministerpräsident Jens Stoltenberg für dessen Eintreten für Freiheit, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Reaktion auf die rechtsterroristischen Anschläge in Norwegen im Juli 2011. Der Sonderpreis für besonderen politischen Mut wurde in Abwesenheit an den inhaftierten sozialdemokratischen Oppositionspolitiker und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Nikolai Statkevich verliehen.

Die deutsche Verteidigungspolitik und speziell die Bundeswehr stehen vor einer tiefgreifenden Umstrukturierung. Der umfassende Sparzwang im Verteidigungshaushalt, die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht, die deutliche Verkleinerung der Bundeswehr und die daraus folgenden Standortentscheidungen sind Themen, die intensiv diskutiert wurden. Der laufenden Reform mangelt es bisher an klaren Konzepten für ein Attraktivitätsprogramm und zur Nachwuchsgewinnung sowie insbesondere für eine konsequentere Europäisierung der Streitkräfte im Rahmen der GSVP.

Die Debatte um die Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr, ohne die sicherheitspolitischen, völkerrechtlichen und ethischen Fragen umfassend beantworten zu können, sowie die nicht mehr restriktive Rüstungsexportpolitik waren ein weiterer Fokus der Arbeit. An beiden Themen zeigt sich, dass eine breite sicherheitspolitische Debatte dringend notwendig ist, die insbesondere in der Kommission Sicherheit und Bundeswehr geführt wurde.

GLOBALISIERUNG GERECHT GESTALTEN

Der Gestaltungsanspruch wie auch die Gestaltungsanforderungen an die deutsche und internationale Entwicklungszusammenarbeit haben in den letzten Jahren noch einmal zugenommen. Globale Transformationsprozesse gewinnen an Fahrt und verändern das Umfeld von Entwicklungspolitik. Die wichtigsten Stichworte in diesem Zusammenhang sind die Ausdifferenzierung des Globalen Südens, der Aufstieg großer Schwellenländer, die relative Schwäche Europas, die Nachhaltigkeitsdebatte und die Suche nach neuen Entwicklungsmodellen.

Mit den MDGs steht 2015 zudem die Überprüfung einer der wichtigsten Referenzrahmen der letzten Jahre für Entwicklungspolitik an. Wie die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit verbessert werden kann, steht heute ebenso auf der Agenda wie die zunehmend heterogene „Geberlandschaft“ aus OECD-Ländern, Schwellenländern und privaten Stiftungen. Auf diese Herausforderungen muss eine zukunftsfähige Entwicklungspolitik Antworten finden. Vor diesem Hintergrund arbeitete das Forum Eine Welt im Berichtszeitraum intensiv an politischen Konzepten, die Eingang in einen entwicklungspolitischen Antrag zum Bundesparteitag 2011 und in das Regierungsprogramm 2013 gefunden haben.

EINE AKTIVE MENSCHENRECHTSPOLITIK

Der seit 2006 unter der Leitung von Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin bestehende Gesprächskreis Menschenrechte hat auch im Berichtszeitraum seine intensive Arbeit mit allen relevanten Akteuren dieses Politikbereichs aus Bundestag und Landesparlamenten, Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, Wissenschaft, Gewerkschaften und Ministerien fortgeführt. Der Gesprächskreis versteht sich als der Ort, wo Menschenrechtsthemen vertieft, Handlungsfelder überprüft, Gefahren für die Menschenrechte diskutiert und Kompetenzen gebündelt werden.

Dadurch ist ein dauerhaftes Informations- und Gesprächsnetz entstanden.

In den Sitzungen des Gesprächskreises wurde eine querschnittsorientierte Menschenrechtspolitik in ihrer ganzen Breite diskutiert - wie z. B. die Probleme der Menschen, die ohne Ausweispapiere in Deutschland

leben, dennoch aber Anspruch etwa auf Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung oder auch Rechtsschutz haben. Fragen der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes, die Arbeit des UN-Menschenrechtsrats, aktuelle Fragen aus den UN-Treaty-Bodies, die Arbeit am Zusatzprotokoll zum WSK-Pakt und die leidigen Fragen der Umsetzung der Kinderrechtskonvention oder der Behindertenkonvention sind Beispiele für die Themenvielfalt, die im Gesprächskreis Menschenrechte behandelt werden.

INTERNATIONALE UND EUROPÄISCHE PARTEIENZUSAMMENARBEIT

Die SPD hat sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene die bilaterale wie multilaterale Parteienzusammenarbeit weiter intensiviert. Im Zentrum der zahlreichen bilateralen Gespräche standen die Ursachen und politischen Konsequenzen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die notwendigen Maßnahmen zur Stützung der Euro-Zone und einzelner EU-Mitgliedstaaten. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf den Beziehungen zu unseren Schwesterparteien in Frankreich und Polen, etwa durch gemeinsame politische Erklärungen mit der Parti Socialiste oder durch die Arbeit einer neu eingesetzten Arbeitsgruppe mit unserer polnischen Schwesterpartei SLD. Durch etliche politische Besuche des Parteivorsitzenden insbesondere auch in die von der Krise besonders hart getroffenen EU-Staaten, wurden ebenfalls Akzente gesetzt.

Weiterer Schwerpunkt der internationalen Parteizusammenarbeit ist insbesondere die Stärkung und Unterstützung progressiver Parteien in Israel und im Nahen Osten. Als praktisches Beispiel für viele weitere Aktivitäten in Afrika, Asien und Lateinamerika sei das Engagement für den sozialdemokratischen Oppositionspolitiker Wenceslao Mansogo Alo der CPDS Äquatorialguinea erwähnt. Die haltlosen Vorwürfe gegen ihn, durch die er seine Zulassung als Arzt verlor und die ihn ins Gefängnis brachten, wurden erst auf massiven Druck der SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles und der Einschaltung von amnesty international fallengelassen.

PROGRESSIVE ALLIANZ

Nachdem der Kongress der Sozialistischen Internationale (SI) in Südafrika im Herbst 2012 die Unfähigkeit und den Unwillen zu einer umfassenden Reform und Modernisierung der Organisation deutlich gemacht hatte, hat sich die SPD mit Partnern aus allen Weltregionen für den Aufbau eines neuen parallelen und ergänzenden Parteien-Netzwerkes stark gemacht.

Im Dezember 2012 vereinbarten auf einer Konferenz in Rom auf Einladung der italienischen Partito Democratico über 40 Parteien, die Progressive Allianz aufzubauen. Dies mündete dann am 22. Mai 2013, dem Vortag der 150-Jahr-Feier der SPD, in der Gründung der Progressiven Allianz in Leipzig.

Über 80 Parteien, darunter Parteien wie der indische Congress oder die US-Demokraten, die der SI ferngeblieben waren, haben sich unter dem Leitgedanken „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ zu einer neuen Ära der Parteien-Zusammenarbeit bekannt, die insbesondere auf die Kooperation mit Gewerkschaften, progressiver Zivilgesellschaft und Think Tanks baut. Zeichen dieses neuen Zusammenwirkens war die Grundsatzrede des Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Leipzig.

Auf der Nachfolgeveranstaltung der Progressiven Allianz in Stockholm mit über 40 Parteien und über 20 Vertretern internationaler Organisationen wie der ILO oder dem IGB wurde eine Kampagne zu „Decent

Work Worldwide“ vereinbart sowie ein Aufruf und eine Arbeitsplanung für 2014, mit Veranstaltungen u. a. in Uruguay, im Senegal, in den Philippinen und Tunesien, verabschiedet. Die SPD wurde gebeten, die Arbeit der Progressiven Allianz bis 2015 weiter zu koordinieren.

NEUE INLÄNDER

Im Arbeitsbereich Neue Inländer standen allgemein im Berichtszeitraum der Ausbau der politischen Kontakte zu wichtigen Migranten-Organisationen sowie eine aktive Presse- und Medienarbeit in den zielgruppenspezifischen Leitmedien im Vordergrund. Besonderer Schwerpunkt waren die Aktivitäten der SPD rund um den 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei am 29. Oktober 2011. U.a. mit einer großen deutsch-türkischen Festveranstaltung auf Einladung des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel wurde unter dem Titel „Zusammen in Deutschland“ im Ballhaus Rixdorf der Jahrestag gefeiert.

Koordiniert durch das Referat Neue Inländer wurde im November 2011 aus Anlass der aufgedeckten Mordserie der rechtsterroristischen Gruppe NSU ein breiter gesellschaftlicher Aufruf „Für Freiheit, Vielfalt und Zusammenhalt – gegen rechten Terror in Deutschland“ initiiert und in deutschen und türkischen Zeitungen platziert.

Beim 2010 neu ins Leben gerufenen Arbeitskreis Integration und Migration ging es im Berichtszeitraum vor allem um eine stärkere Öffnung der SPD für Migrantinnen und Migranten. Vorbereitend begleitete der Arbeitskreis auch die SPD-Veranstaltung „Für eine vielfältigere SPD – mehr Migrantinnen und Migranten in Mandate“, bei der im Mai 2011 gut 400 SPD-Mitglieder mit Migrationshintergrund im Willy-Brandt-Haus zusammenkamen. Im Mai 2011 wurde zudem der Beschluss „Für eine Kultur der Anerkennung“ vom SPD-Parteivorstand gefasst. In der Zeit bis Mitte 2013 fand dann die Gründungsphase der neuen AG Migration und Vielfalt der SPD statt.

Mit Blick auf die Bundestagswahl im September 2013 wurde eine Zielgruppen-Kampagne Neue Inländer konzipiert und umgesetzt, mit Anzeigenschaltungen, Interviews, Pressebesuchen und Namensartikel in türkisch-, russisch- und anderssprachigen Leitmedien, Terminen der Parteispitze bei Migranten-Verbänden und Integrationsprojekten, einem gesellschaftlichen Aufruf im Mai 2013 anlässlich des 20. Jahrestages der Brandanschläge von Solingen sowie mit einem Wahlaufufruf zu Vielfalt in Deutschland in der Schlussphase des Wahlkampfes.

Abteilung Zentrale Aufgaben Personal / Organisation

2012 wurde eine neu zusammengefasste Abteilung mit der Verantwortung für die Leitung des operativen Betriebs des Parteivorstandes im Willy-Brandt-Haus und dessen strategischer Weiterentwicklung betraut. Im Einzelnen sind das das gesamte Personalmanagement, die EDV-Entwicklung und -Betreuung, Innere Dienste und das Vertragsmanagement. Dazu gehören auch die Schnittstellen zu externen Dienstleistern.

PERSONALBÜRO

Das Referat Personal führt verantwortlich alle personalwirtschaftlichen Aufgabenbereiche für über 200 bis in Zeiten des Bundestagswahlkampfes hin zu über 300 MitarbeiterInnen durch. Dazu gehören das Gehalts-

wesen, die Zeiterfassung, steuer- und arbeitsrechtliche Bewertungen, Lohnsteueraußenprüfung und Sozialversicherung, Altersversorgung und die Verwaltung des Personalbudgets. Das Personalbüro bearbeitet Betriebsratsangelegenheiten, wirkt mit bei der Personalplanung und erstellt den Stellenplan. Personalbeschaffung und –entwicklung sowie Personalbetreuung runden das umfangreiche Aufgabenspektrum ab.

EDV

Nach der Einführung der Mavis II im Jahr 2010 als neue Mitgliederdatenbank lag in den Folgejahren 2011 und 2012 die absolute Priorität bei der Weiterentwicklung und Qualitätssicherung der Datenbank und der Programmoberfläche sowie bei der Anwenderqualifizierung.

Das Referat leitet die Koordinierungsarbeit zwischen dem PV und der Office Consult im Bereich IT und führt die zentrale Finanzbearbeitung (u.a. Beitragseinzug/Beitragsverteilung, Beitragsanpassungen, Quittungsdruck) in der Mavis II durch. Auch für die technische Umsetzung von Beschlüssen (bspw. Parteiform) und neuen Richtlinien (bspw. SEPA) innerhalb der Mitgliederdatenbank ist das Referat zuständig.

VERTRAGSMANAGEMENT (ZIVIL- UND VERTRAGSRECHT)

Das Referat Vertragsmanagement unterstützt Partiegliederungen in vertraglichen und urheberrechtlichen Belangen (z.B. betreffend Bild- und Persönlichkeitsrechte). Die Tätigkeit betrifft sowohl die Gestaltung von Broschüren und sonstigen Texten, als auch die Präsentationen auf Internetseiten von Unterbezirken und Ortsvereinen. Auch die Abwehr (unberechtigter) Urheberrechtsansprüche war von dieser Tätigkeit umfasst. Das Referat begleitete pro Jahr allein etwa 550 Rechtsfälle. Ferner informiert das Referat über den neuen GEMA-Pauschalvertrag und über versicherungsvertragliche Anpassungen. Auch die Beratungen zur Künstlersozialkasse und zur freiwilligen gesetzlichen Unfallversicherung für Ehrenamtliche gehörten zu den Aufgaben des Referats. Innerhalb des Parteivorstands ist das Referat zudem mit der rechtlichen Begleitung und Verhandlung (bei originärer Zuständigkeit) von Verträgen befasst.

INNERE DIENSTE

Im Referat Innere Dienste werden verschiedenste Angelegenheiten betreut, die für die Funktion des Willy-Brandt-Hauses als Büro- und Veranstaltungshaus sowie zu Fragen der Bürokommunikationstechnik, wie beispielsweise Mobil-, Festnetztelefonie und Ausstattung mit Multifunktionsgeräten erforderlich sind. Ergänzt werden diese Aufgaben durch das professionelle Management aller Post- und Druckaufgaben und eines serviceorientierten Sitzungsdienstes – alles kostentechnisch verantwortlich gesteuert im Rahmen sorgfältiger Kalkulation und Abrechnung. Lager-, Archivierungs- und Fuhrparkfragen werden hier außerdem genauso gelöst, wie die Wahrnehmung vielfältiger Beauftragtenfunktionen, z. B. des Arbeitsschutz-, Brand- und Sicherheitsbeauftragten.

BERICHT ÜBER DEN STAND DER BETRIEBSORGANISATION – AfA

1. Bericht über den Stand der AfA - und Betriebsorganisation

Nach dem Beschluss des Bundesparteitages München 1982 - „Richtlinien für die politische Betriebsarbeit der SPD“ - ist der Parteivorstand verpflichtet, auf jedem Ordentlichen Bundesparteitag einen Bericht über den Stand der Beteiligung betriebstätiger Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen an der Parteiarbeit vorzulegen.

Der letzte Bericht über den Stand der Betriebsorganisation wurde dem Bundesparteitag 2011 in Berlin vorgelegt. Dem nächsten Ordentlichen Bundesparteitag 2013 in Leipzig ist ein weiterer Bericht vorzulegen. Zu diesem Zweck wurde eine Umfrage bei allen Landesverbänden und Bezirken vorgenommen.

2. Ergebnisse der Umfrage

A) GEGENSTAND DER UMFRAGE

Die Umfrage erstreckte sich auf folgende Fragen:

- Anzahl der SPD-Unterbezirke/Kreisverbände
- Anzahl der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen auf der Ebene der Unterbezirke/Kreisverbände
- Anzahl der Betriebsgruppen innerhalb des Landesverbandes/Bezirk
- Anzahl der Betriebsvertrauensleute innerhalb des Landesverbandes/Bezirk

B) ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN IN DEN UNTERBEZIRKEN

Aus den Antworten der Landesverbände/Bezirke ergibt sich, dass in 217 von 418 Unterbezirken/Kreisverbänden Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen bestehen. In einzelnen Landesverbänden ist die Differenz zwischen der Anzahl der Unterbezirke und der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen weiterhin groß. Eine der wesentlichen organisatorischen Aufgaben besteht deshalb darin, die Organisationsstruktur der AfA so auszubauen, dass in sämtlichen Unterbezirken/Kreisverbänden Arbeitnehmerstrukturen als Bindeglied zwischen Partei/Gewerkschaften/Betrieb bestehen.

C) BETRIEBSGRUPPEN

Die Landesverbände/Bezirke haben die Frage nach der Anzahl der bestehenden SPD-Betriebsgruppen dahingehend beantwortet, dass insgesamt 322 Betriebsgruppen bestehen. Dies sind 90 weniger als vor zwei Jahren angegeben wurden. Hinzu kommen 126 Betriebsgruppen im Bereich Eisenbahn, die vom zentralen Betriebsgruppenausschuss Eisenbahn betreut und koordiniert werden. Der AfA-Bundesvorstand arbeitet weiter an einer stärker branchenorientierten Gründung von zentralen Betriebsgruppenausschüssen als Kompetenznetzwerke. 2004 wurde im Bereich der Bauwirtschaft ein zentraler Betriebsgruppenausschuss gegründet. Ende 2008 wurde eine Branchenbetriebsgruppe für den Bereich der Telekommunikation, im Januar

2009 wurde eine Branchenbetriebsgruppe im Bereich der Deutschen Post neu gegründet. 2011 wurde für den Bereich der Weiterbildungsbranche eine Branchenbetriebsgruppe neu gegründet. Im August 2013 wurde eine bundesweite Betriebsgruppe der Schwerbehindertenvertreter in Betrieben neu gegründet.

D) BETRIEBSVERTRAUENSLEUTE

Die Anzahl der Betriebsvertrauensleute wird von den Landesverbänden und Bezirken mit insgesamt 2.091 angegeben. Die weitaus größte Anzahl ist in der gewerblichen Wirtschaft tätig, während die zweitgrößte Gruppe auf den öffentlichen Dienst und öffentliche Dienstleistungsunternehmen entfällt. Unterrepräsentiert sind sie im privaten Dienstleistungssektor.

Umfrageergebnisse, gegliedert nach SPD-Landesverbänden und Bezirken

| Landesverband/ Bezirk | Zahl der SPD-UB/ KV | Zahl der AGs für Arbeitnehmer- fragen in UB/KV | Gesamtzahl der Betriebsgruppen im LV/Bezirk | Gesamtzahl der Betriebsvertrauens- leute im LV/Bezirk |
|--------------------------|---------------------------|--|---|---|
| LV Schleswig-Holstein | 15 | 10 | 3 | 850 |
| LO Hamburg | 7 | 7 | 7 | -- |
| LO Bremen | 3 | 3 | 26 | -- |
| Bez. Nord-Niedersachsen | 6 | 2 | -- | -- |
| Bez. Weser-Ems | 17 | 10 | 1 | 13 |
| Bez. Hannover | 13 | 11 | 28 | 205 |
| Bez. Braunschweig | 9 | 4 | 4 | 24 |
| LV Nordrhein-Westfalen | 54 | 35 | 193 | 215 |
| Bez. Hessen-Nord | 8 | 6 | 20 | 51 |
| Bez. Hessen-Süd | 18 | 14 | 5 | 653 |
| LV Baden-Württemberg | 43 | 27 | -- | -- |
| LV Bayern | 97 | 40 | 10 | 30 |
| LV Rheinland-Pfalz | 28 | 18 | -- | -- |
| LV Saar | 7 | 5 | 9 | -- |
| LV Berlin | 12 | 10 | 14 | 50 |
| LV Mecklenburg-Vorpomm. | 8 | 2 | 2 | -- |
| LV Brandenburg | 18 | 4 | -- | -- |
| LV Sachsen-Anhalt | 14 | 3 | -- | -- |
| LV Thüringen | 23 | 3 | -- | -- |
| LV Sachsen | 13 | 3 | -- | -- |
| Gesamt | 418 | 217 | 322 | 2.091 |

GLEICHSTELLUNGSBERICHT

Berichterstatterin: Elke Ferner, MdB

Bundvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Einleitung: Elke Ferner, MdB

Bundvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) 374

1. Die SPD auf Bundesebene 378

1.1 Mitgliederentwicklung 378

1.2 Parteivorstand, Präsidium, Parteirat 379

1.3 Weibliche Delegierte auf den Bundesparteitag 2001 bis 2011 379

1.4 Delegierte auf dem ordentlichen Bundesparteitag Dezember 2011
nach Landesverbänden / Bezirken 380

1.5 Weibliche Delegierte auf den SPD-Parteikongressen ab Juni 2012 381

1.6 Kommissionen und Beiräte des Parteivorstandes 382

1.7 Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften 383

1.8 Foren, Projektgruppen, Gesprächskreise und sonstige Gremien des Parteivorstandes 384

2. Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene 385

2.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 2007 bis 2012 385

2.2 Weibliche Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken 387

2.3 Vorstände der Landesverbände und Bezirke 2013 388

2.4 Vorstände der Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben 389

2.5 Vorsitzende und Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände 390

2.6 Vorsitzende und Vorstände der Ortsvereine 391

4. Parlamente / Fraktionen / Regierungen 392

3.1 Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Parlament 392

3.2 SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag 393

3.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949 393

3.2.2 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion 394

3.2.3 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949 394

3.2.4 Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen, Sprecher/innen 395

| | | |
|-----------|---|------------|
| 3.3 | Bundesregierung | 395 |
| 3.4 | SPD-Fraktionen der Länderparlamente | 395 |
| 3.4.1 | Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen | 395 |
| 3.4.2 | Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder | 396 |
| 3.4.3 | Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und –Ausschussvorsitzenden | 397 |
| 3.5 | Landesregierungen | 398 |
| 3.5.1 | Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist | 398 |
| 3.5.2 | Zum Vergleich: Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD nicht beteiligt ist | 399 |
| 4. | Bericht der Bundes-SGK | 400 |
| 4.1 | Frauenanteil der SPD-Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnern | 400 |
| 4.2 | Weibliche Vorsitzende der SPD-Großstadt- und Kreistagsfraktionen | 401 |
| 4.3 | Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen im Vergleich zu allen von der SPD besetzten Führungspositionen auf kommunaler Ebene | 401 |
| 4.4 | Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGKs | 402 |
| 5. | Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter | 403 |
| 5.1 | SPD-Parteivorstand | 404 |
| 5.2 | SPD-Landesverbände, -Bezirke und -Unterbezirke, Regionalgeschäftsstellen und Kreisverbände | 404 |
| 5.3 | Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben | 405 |
| 5.4 | Unternehmensbereich der SPD | 405 |

EINLEITUNG

Elke Ferner, MdB: Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Wie bei jedem ordentlichen Parteitag wird hiermit dem Bundesparteitag Bericht erstattet über die Gleichstellung in Ämtern, Funktionen und Mandaten. Berichtszeitraum sind die zwei Jahre seit dem Parteitag in Berlin im Dezember 2011 bis zum November 2013

Mitgliederentwicklung

Auch wenn die Mitgliedszahlen nach wie vor rückläufig sind, ist der Frauenanteil im Vergleich zu 2010 minimal angestiegen, auf nunmehr 31,46 Prozent (2010 31,26). Die Frauenanteile in der Mitgliedschaft der Landesverbände und Bezirke sind unterschiedlich. So ist Schleswig-Holstein mit 35,17 % Spitzenreiter und Sachsen mit 24,24 % Schlusslicht. Bis auf Brandenburg konnten alle Landesverbände und Bezirke einen – wenn auch kleinen – prozentualen Zuwachs der weiblichen Mitglieder vorweisen.

Parteivorstand, Präsidium, Parteirat, Delegierte auf Parteitag

Auf dem Bundesparteitag im Dezember 2011 in Berlin wurde beschlossen, den Parteivorstand auf 35 Personen zu verkleinern. Das Präsidium wurde abgeschafft. Dem Parteivorstand gehören 15 Frauen an, was einer Quote von 42,9 Prozent entspricht und somit die Mindestabsicherung erfüllt.

Auf den ordentlichen Bundesparteitag liegt der Frauenanteil unter den Delegierten regelmäßig über 40 Prozent. Beim Parteitag 2011 betrug der Frauenanteil an den Mandaten 41,9 Prozent. Die 40-Prozent-Marke wurde von einem Großteil der Delegationen erreicht, Spitzenreiter war Brandenburg mit 60,0 Prozent. Echte Parität, also 50:50 erreichte der Bezirk Nord-Niedersachsen, sowie die Landesverbände Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen. Allerdings lagen die Landesverbände Rheinland-Pfalz mit 25,7 Prozent und Saar mit 20,0 Prozent deutlich unter der 40-Prozent-Marke.

Arbeitsgemeinschaften, Kommissionen, Foren usw.

Der Parteitag 2011 beschloss die Gründung von drei neuen Arbeitsgemeinschaften. Die Arbeitsgemeinschaften zeigen in ihren Vorständen recht unterschiedliche Werte. Mit 50 Prozent bei den Arbeitsgemeinschaften der Selbständigen in der SPD, Selbst Aktiv und Migration und Vielfalt sind diese mit der höchsten Frauenquote versehen. Die neu als Arbeitsgemeinschaft gegründeten Schwusos, aber auch die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen können bisher nur einen Wert von 28,6 Prozent Frauenanteil verbuchen.

Auch bei den Foren, Kommissionen, Arbeitskreisen und Projektgruppen ist die Spannweite beim Frauenanteil sehr groß. Sehr gut in der Frauenbesetzung dieser Gremien sind der Gesprächskreis Familie und Jugend mit 52 Prozent, der Gesprächskreis Bildung mit 55 Prozent und das Kuratorium Wilhelm-Dröschner-Preis mit über 58 Prozent. Der Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD liegt mit einem Wert von 25

Prozent deutlich unter der Quote. Der Parteivorstand ist auch künftig aufgefordert, dafür zu sorgen, dass bei der Besetzung von Kommissionen, (Themen-)Foren, Projektgruppen usw. die Quotierung von mindestens 40 Prozent bei den Vorsitzenden und Mitgliedern eingehalten wird.

Vorstände auf Landes-, Bezirks- und örtlicher Ebene

In den Landes- und Bezirksvorständen ist bis auf eine Ausnahme (Hamburg mit 38,1 Prozent) die Mindestquote von 40-Prozent erreicht. 50 Prozent Frauenanteil und mehr erreichen Brandenburg (53,8 Prozent), Bremen (52,9 Prozent) sowie Berlin (57,1 Prozent). Unverändert werden nur vier Landesverbände und Bezirke von Frauen geführt, Nordrhein-Westfalen durch Hannelore Kraft, Sachsen-Anhalt durch Katrin Budde, Nord-Niedersachsen durch Petra Tiemann und Weser-Ems durch Johanne Modder.

In etwa jedem fünften Unterbezirk bzw. Kreisverband hat eine Frau den Vorsitz inne, doch auch hier liegt die Spannweite zwischen 50 Prozent, wie in Nord-Niedersachsen und 0 Prozent, in Hamburg. In den Vorständen dieser Gliederungsebenen beträgt der Frauenanteil im Durchschnitt 37 Prozent. Etwa jedem fünften Ortsverein steht eine weibliche Vorsitzende vor (19 Prozent), in den Vorständen der Ortsvereine haben Frauen 30 Prozent der Ämter inne.

Bundestagswahl

Von besonderer Bedeutung war im Berichtszeitraum die Bundestagswahl am 22.09.2013. Wenige Wochen zuvor, am 30. August, hatte die Partei an das 25-jährige Jubiläum des Münsteraner Quotenparteitages 1988 erinnert. Betont wurde noch einmal: Die Quote ist nicht das Ziel, sondern Mittel zum Zweck. Die Quote trägt dazu bei, dass kompetente Frauen leichter in Mandate und Funktionen gelangen und sich dort beweisen können.

Auf dem Bundesparteitag in Berlin 2011 hat sich die SPD mit ihrem organisationspolitischen Grundsatzzprogramm (Beschluss O 1) deutlich positioniert: unter der Überschrift „Die SPD weiblicher machen“ heißt es dort *„Nach vielen Jahren guter Erfahrungen mit der Quote merken wir aber auch, dass dies noch nicht reicht. Die SPD muss weiblicher werden. Bei den nächsten Bundestagswahlen sollen auch in traditionellen SPD-Wahlkreisen mindestens 40 Prozent der sozialdemokratischen Direktkandidat/innen Frauen sein. Damit und mit der Einführung eines echten Reißverschlusses für die Aufstellung der Landeslisten wollen wir erreichen, dass nach der nächsten Bundestagswahl in der SPD Bundestagsfraktion zum ersten Mal zu Beginn einer Wahlperiode mindestens 40 Prozent Frauen vertreten sein werden. Neue Direktkandidatinnen werden wir aktiv unterstützen.“*

Um dies zu untermauern war auf dem Parteitag mit der Aktion und dem Aufruf „Frauen gewinnen – direkt.“ ein starkes Zeichen gesetzt worden. In dem Aufruf hieß es „Wir wollen endlich erreichen, dass mindestens 40 Prozent Frauen in die SPD-Bundestagsfraktion einziehen“.

Wichtige Voraussetzung dafür war, dass möglichst viele Frauen in den 299 Wahlkreisen aufgestellt werden. Mit 110 Direktkandidatinnen (36,8%) lag die SPD auf Platz 2 hinter den Grünen, jedoch weit vor CDU und CSU (23,2% bzw. 17,8%). Außerdem beschloss der Parteitag den sogenannten „Reiß-

verschluss“. In der Wahlordnung heißt es seitdem „Für die Wahl zum Deutschen Bundestag wird die angemessene Vertretung von Frauen und Männern durch die Aufstellung der Landeslisten gesichert. Die Aufstellung der Landeslisten erfolgt alternierend; eine Frau, ein Mann, beginnend mit dem Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin.“

Diese Vorgabe wurde eingehalten. Auf allen Landeslisten wurde der Reißverschluss angewendet – vor allem auf den vorderen Plätzen.

Der Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hatte mit seinem paritätisch besetzten Kompetenzteam ebenso ein deutliches Zeichen gesetzt. Die Bundestagswahl am 22. September 2013 brachte für die SPD nicht das erhoffte Wahlergebnis. Zwar konnte die SPD Stimmen hinzu gewinnen, allerdings nicht so viele wie erhofft. Bei den Wählerinnen lag die SPD mit großem Abstand hinter der Union.

Mit nunmehr 192 Abgeordneten, einem Plus von 46 Abgeordneten, ist die SPD im Bundestag vertreten. Darunter sind 81 Frauen. Der Frauenanteil beträgt somit jetzt 42,2 Prozent und es wurde das erste Mal die 40-Prozent-Marke erreicht. Nur 14 Frauen gewannen ein Direktmandat, 67 Bewerberinnen zogen über die Liste ein. Bei zweiterem haben sich die quotierten Landeslisten bezahlt gemacht. 86 Abgeordnete zogen neu in die Fraktion ein, darunter 37 Frauen.

Der Fraktionsvorsitzende und der erste Parlamentarische Geschäftsführer wurden von der neuen SPD-Bundestagsfraktion wiedergewählt. Es bleibt abzuwarten, wie die weitere Besetzung der Fraktionsgremien und der Ausschüsse des Bundestages aussehen wird.

SPD-Landtagsfraktionen

Bei den Landtagsfraktionen liegt Saarland mit seinem Frauenanteil an der Spitze (44,4 Prozent), gefolgt von Brandenburg und Bayern und Sachsen. Auf der anderen Seite verfehlen die Landtagsfraktionen in 10 Bundesländern die 40-Prozent-Marke, teilweise knapp wie im Thüringen und Sachsen-Anhalt, deutlich in Baden-Württemberg mit nur 20,0 Prozent.

Kommunale Ebene

In den Kommunalvertretungen ist ein durchschnittlicher Frauenanteil unter den SPD-Mandatsträgerinnen und -Mandatsträgern von 29,5 Prozent erreicht. Dieser Wert schwankt jedoch erheblich je nach Größe der Kommune: In Millionenstädten ist der Wert konstant geblieben, der Frauenanteil liegt bei 41,9 Prozent. In Städten von 500.000 bis 1.000.000 Einwohnerinnen und Einwohnern bei 38,4 Prozent (minus 1,5 Prozent). Je kleiner die Kommune, desto geringer ist der Frauenanteil unter SPD-Ratsmitgliedern. Bei den Spitzenpositionen wie Oberbürgermeisterinnen, Bürgermeisterinnen und Landrätinnen gibt es teilweise leicht steigende Zahlen. Die Funktionen sind jedoch überwiegend von Männern besetzt.

Hauptamtlich Beschäftigte der Partei

Die Statistik der hauptamtlich bei der SPD Beschäftigten weist aus, dass auf der Ebene der Abteilungsleitungen im Willy-Brandt-Haus ein frauenloser Zustand abgelöst wurde: die fünf Positionen sind nunmehr mit vier Männern und einer Frau besetzt. In den Landesverbänden und Bezirken sind die Leitenden Geschäftsführer bis auf vier Ausnahmen (Berlin, Brandenburg, Hannover und Niedersachsen,) männlich, unter 20 Landes-, Bezirksgeschäftsführern gibt es fünf Frauen.

„Quotenbeschluss der SPD hat Türen geöffnet“ (Sigmar Gabriel)

Mit dem Quotenbeschluss auf dem SPD-Parteitag in Münster vor 25 Jahren haben wir Geschichte geschrieben. – Es sollte *„nicht nur um ein Gebot der Gerechtigkeit gehen. Es geht auch um eine Weiterentwicklung unserer Gesellschaft und der Politik insgesamt“* – so der damalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel.

„Klar ist: Die Quote hat die SPD verändert, aber auch die Gesellschaft insgesamt. Die innerparteiliche Gleichstellung ist enorm vorangekommen. Von Wahl zu Wahl stieg der Frauenanteil in der SPD-Bundestagsfraktion, dem SPD-Parteivorstand gehören heute rund 43 Prozent weibliche Mitglieder an. Mit der Quote hat die SPD ihre innerparteilichen Regeln modernisiert. Hinzu kommt: Wir können es uns nicht leisten, auf das Potential politisch interessierter Frauen zu verzichten. Unser langfristiges Ziel bleibt es, Frauen und Männern ausgewogen zu beteiligen. Was wir selber tun, erwarten wir auch von anderen.“ (Sigmar Gabriel, 29. August 2013).

Fazit:

25 Jahre nach dem Quotenbeschluss von Münster ist die Mindestquote von 40 Prozent immer noch nicht überall erreicht. Die Vorstände aller Ebenen der Partei sind nicht nur in der Pflicht auf die Einhaltung der Quote zu achten, sondern müssen auch aktiv dafür sorgen, dass ausreichend Frauen für Funktionen, Mandate, Kommissionen usw. zur Verfügung stehen.

Ohne Sanktionen bei Verstößen gegen die innerparteilichen Regelungen und ohne eine Änderung des Wahlrechtes werden weitere Fortschritte in Richtung Parität nicht zu erreichen sein.

Elke Ferner

Berlin, Oktober 2013

1. Die SPD auf Bundesebene

1.1 MITGLIEDERENTWICKLUNG

| Jahr | Anzahl der Mitglieder gesamt | Anzahl der weiblichen Mitglieder | Frauenanteil in % |
|------------|---------------------------------|-------------------------------------|-------------------|
| 1984 | 916.485 | 227.518 | 24,83 |
| 1986 | 912.854 | 233.708 | 25,60 |
| 1988 | 911.916 | 240.325 | 26,35 |
| 1990 | 919.129 | 250.906 | 27,30 |
| 31.12.1993 | 861.480 | 240.053 | 27,87 |
| 31.12.1994 | 849.474 | 238.192 | 28,04 |
| 31.12.1995 | 817.650 | 230.952 | 28,25 |
| 31.12.1996 | 792.773 | 225.622 | 28,46 |
| 31.12.1997 | 776.183 | 222.577 | 28,68 |
| 31.12.1998 | 775.036 | 224.213 | 28,93 |
| 31.12.1999 | 755.066 | 220.003 | 29,14 |
| 31.12.2000 | 734.667 | 215.633 | 29,35 |
| 31.12.2001 | 717.513 | 211.863 | 29,53 |
| 31.12.2002 | 693.894 | 205.950 | 29,68 |
| 31.12.2003 | 650.798 | 194.846 | 29,94 |
| 31.12.2004 | 605.807 | 182.923 | 30,19 |
| 31.12.2005 | 590.485 | 179.530 | 30,40 |
| 31.12.2006 | 561.239 | 172.126 | 30,67 |
| 31.12.2007 | 539.861 | 166.713 | 30,88 |
| 31.12.2008 | 520.969 | 161.920 | 31,08 |
| 31.12.2009 | 512.520 | 159.894 | 31,20 |
| 31.12.2010 | 502.062 | 156.948 | 31,26 |
| 31.12.2011 | 489.638 | 153.432 | 31,34 |
| 31.12.2012 | 477.037 | 150.085 | 31,46 |

1.2 PARTEIVORSTAND, PRÄSIDIUM, PARTEIRAT

| Jahr | 1995 | 1997 | 1999 | 2001 | 2003 | 2005 | 2007 | 2009 | 2011 ¹ |
|--------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|-------------------|
| ParteiVorstand insgesamt | 45 | 45 | 45 | 45 | 45 | 45 | 45 | 45 | 35 ² |
| davon Frauen | 21 | 23 | 21 | 19 | 19 | 18 | 18 | 19 | 15 |
| Frauenanteil in % | 46,7 | 51,1 | 46,7 | 42,4 | 42,4 | 40 | 40 | 42,2 | 42,9 |
| Präsidium insgesamt | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 17 | 17 | |
| davon Frauen | 5 | 5 | 6 | 7 | 6 | 6 | 8 | 7 | ./. ³ |
| Frauenanteil in % | 38,5 | 38,5 | 46,2 | 53,8 | 46,2 | 46,2 | 47 | 41,1 | |
| Parteirat insgesamt | 110 | 110 | 109 | 108 | 110 | 110 | 110 | 90 | |
| davon Frauen | 50 | 50 | 49 | 52 | 52 | 49 | 48 | 43 | ./. ⁴ |
| Frauenanteil in % | 45,5 | 45,5 | 45,0 | 48,1 | 47,3 | 44,5 | 43,6 | 53,3 | |

1.3 WEIBLICHE DELEGIERTE AUF DEN BUNDESPARTEITAGEN 2001 BIS 2011

| Jahr | Anzahl der weiblichen Delegierten ⁵ | Frauenanteil in Prozent |
|------|--|-------------------------|
| 2001 | 229 | 47,7 |
| 2003 | 217 | 45,2 |
| 2005 | 201 | 41,9 |
| 2007 | 202 | 42,1 |
| 2009 | 211 | 44,0 |
| 2011 | 201 ⁶ | 41,9 |

¹ Auf dem Parteitag im Dezember 2011: Reform der Parteigremien mit dem Beschluss „Partei in Bewegung – Organisationspolitisches Grundsatzprogramm der SPD -Demokratie im Wandel“

² Mit Beschluss des Parteitages vom Dezember 2011 wird der Parteivorstand auf 35 Personen verkleinert

³ Mit Beschluss des Parteitages vom Dezember 2011 wurden die Gremien Präsidium sowie Parteirat abgeschafft

⁴ Mit Beschluss des Parteitages vom Dezember 2011 wurde der Parteirat ersetzt durch den Parteikonvent

⁵ Summe ohne Parteivorstand

⁶ Aus dem Protokoll der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

1.4 DELEGIERTE AUF DEM ORDENTLICHEN BUNDESPARTEITAG DEZEMBER 2011 NACH LANDES-
VERBÄNDEN / BEZIRKEN

| Landesverband / Bezirk | Delegierte insgesamt | davon Frauen | Frauenanteil in % |
|------------------------|----------------------|--------------|-------------------|
| Baden-Württemberg | 42 | 17 | 40,5 |
| Bayern | 62 | 31 | 50,0 |
| Berlin | 15 | 7 | 46,7 |
| Brandenburg | 10 | 6 | 60,0 |
| Braunschweig | 11 | 6 | 54,6 |
| Bremen | 5 | 2 | 40,0 |
| Hamburg | 11 | 5 | 45,5 |
| Hannover | 28 | 13 | 46,4 |
| Hessen-Nord | 18 | 8 | 44,4 |
| Hessen-Süd | 34 | 13 | 38,2 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 4 | 2 | 50,0 |
| Nord-Niedersachsen | 6 | 3 | 50,0 |
| Nordrhein-Westfalen | 128 | 53 | 41,4 |
| Rheinland-Pfalz | 35 | 9 | 25,7 |
| Saar | 15 | 3 | 20,0 |
| Sachsen | 8 | 4 | 50,0 |
| Sachsen-Anhalt | 6 | 2 | 33,3 |
| Schleswig-Holstein | 19 | 7 | 36,8 |
| Thüringen | 6 | 3 | 50,0 |
| Weser-Ems | 17 | 7 | 41,18 |
| Gesamt | 480 | 201 | 41,9 |

1.5 WEIBLICHE DELEGIERTE AUF DEN SPD-PARTEIKONVENTEN AB JUNI 2012

Delegierte gesamt: 200⁷

| Landesverband / Bezirk | 16. Juni 2012 | | | | 24. November 2012 | | | 16. Juni 2013 | | |
|----------------------------|------------------------|---|--------------------------|--------------------------------------|---|--------------------------|--------------------------------------|---|--------------------------|--------------------------------------|
| | Man- date gesamt | Anwe- sende Dele- gierte gesamt | Anwe- sende Frauen | Frau- enan- teil in Prozent | Anwe- sende Dele- gierte gesamt | Anwe- sende Frauen | Frau- enan- teil in Prozent | Anwe- sende Dele- gierte gesamt | Anwe- sende Frauen | Frau- enan- teil in Prozent |
| Baden- Württemberg | 15 | 15 | 7 | 46,7 | 15 | 7 | 46,7 | 13 | 7 | 53,9 |
| Bayern | 26 | 19 | 12 | 63,2 | 23 | 14 | 60,9 | 18 | 9 | 50,0 |
| Berlin | 6 | 6 | 3 | 50,0 | 6 | 3 | 50,0 | 3 | 1 | 33,3 |
| Brandenburg | 3 | 2 | 1 | 50,0 | 3 | 1 | 33,3 | 3 | 1 | 33,3 |
| Braunschweig | 5 | 4 | 3 | 75,0 | 5 | 4 | 80,0 | 5 | 2 | 40,0 |
| Bremen | 3 | 3 | 2 | 66,7 | 3 | 2 | 66,7 | 3 | 2 | 66,7 |
| Hamburg | 5 | 5 | 2 | 40,0 | 4 | 3 | 75,0 | 5 | 3 | 60,0 |
| Hannover | 12 | 11 | 6 | 54,6 | 12 | 6 | 50,0 | 10 | 5 | 50,0 |
| Hessen-Nord | 9 | 8 | 4 | 50,0 | 9 | 3 | 33,3 | 4 | 3 | 75,0 |
| Hessen-Süd | 15 | 15 | 5 | 33,3 | 15 | 5 | 33,3 | 5 | 1 | 20,0 |
| Mecklenburg- Vorpommern | 2 | 2 | 1 | 50,0 | 2 | 1 | 50,0 | 2 | 1 | 50,0 |
| Nord- Niedersachsen | 3 | 2 | 2 | 100 | 3 | 1 | 33,3 | 3 | 1 | 33,3 |
| Nordrhein- Westfalen | 49 | 49 | 20 | 40,8 | 49 | 19 | 38,8 | 30 | 11 | 36,7 |
| Rheinland- Pfalz | 16 | 16 | 2 | 12,5 | 16 | 5 | 31,3 | 16 | 8 | 50,0 |
| Saar | 8 | 8 | 3 | 37,5 | 8 | 2 | 25,0 | 8 | 3 | 37,5 |
| Sachsen | 3 | 2 | 1 | 50,0 | 3 | 2 | 66,7 | 3 | 2 | 66,7 |
| Sachsen- Anhalt | 2 | 2 | 1 | 50,0 | 2 | 1 | 50,0 | 1 | 0 | 0,0 |
| Schleswig- Holstein | 8 | 8 | 4 | 50,0 | 8 | 4 | 50,0 | 8 | 3 | 37,5 |
| Thüringen | 3 | 3 | 2 | 66,7 | 3 | 1 | 33,3 | 2 | 1 | 50,0 |
| Weser-Ems | 7 | 6 | 3 | 50,0 | 7 | 3 | 42,9 | 5 | 3 | 60,0 |
| Gesamt | 200 | 186 | 84 | 45,2 | 196 | 87 | 44,4 | 147 | 67 | 45,6 |

⁷ Summe ohne Parteivorstand

1.6 KOMMISSIONEN UND BEIRÄTE DES PARTEIVORSTANDES

| | Vorsitzende | | stellvertretende Vorsitzende | | Weitere Mitglieder des Gremiums | | Frauen- anteil gesamt |
|--|-------------|----------|---------------------------------|-----------------|------------------------------------|-----------------|-----------------------------|
| | Männer | Frauen | gesamt | davon Frauen | gesamt | davon Frauen | in % |
| Kuratorium Wilhelm-Dröscher-Preis | 0 | 1 | 0 | 0 | 11 | 6 | 58,3 |
| Kontrollkommission | 0 | 1 | 1 | 0 | 7 | 3 | 44,4 |
| Grundwertekommission | 1 | 0 | 2 | 1 | 14 | 5 | 35,3 |
| Bundesschiedskommission | 0 | 1 | 2 | 0 | 4 | 2 | 42,9 |
| Europapol. Kommission ⁸ | 2 | 0 | 0 | 0 | 109 | 37 | 33,3 |
| Medienkommission | 1 | 0 | 0 | 0 | 4 | 2 | 40,0 |
| Historische Kommission ⁹ | 1 | 0 | 0 | 0 | | | |
| Kommission Internationale Politik ¹⁰ | 1 | 0 | 0 | 0 | 109 | 32 | 29,0 |
| Kommission Bundeswehr & Sicherheit ¹¹ | 1 | 0 | 0 | 0 | / | / | / |
| Beirat Wissenschaftsforum | 1 | 0 | 0 | 0 | 23 | 9 | 37,5 |
| SPD-Sportbeirat | 1 | 0 | 0 | 0 | 23 | 10 | 41,7 |
| Beirat Juso-Hochschulgruppen | 0 | 0 | 0 | 0 | 11 | 5 | 45,5 |
| Beirat der Parteischule | 1 | 0 | 0 | 0 | 17 | 8 | 44,4 |
| Gesamt | 10 | 3 | 5 | 1 | 332 | 119 | 35,8 |

⁸ Der Vorsitz setzt sich traditionell aus dem Vorsitzendem der SPD-Gruppe im EP und dem stellv. Fraktionsvorsitzenden mit Europazuständigkeit zusammen.

⁹ Mitgliedsgröße des Gremiums nicht bekannt

¹⁰ Die KIP ist eine offene Kommission, so dass weder der Mitglieder- noch der Frauenanteil quantifiziert werden kann.

¹¹ Es gibt nur einen Vorsitz und keine Stellvertretung bzw. weitere Mitglieder eines Vorstandes.

1.7 BUNDESVORSTÄNDE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

| | Vorsitzende | | stellvertretende Vorsitzende | | Weitere Mitglieder des Gremiums | | Frauen- anteil gesamt |
|--|-------------|----------|---------------------------------|-----------------|------------------------------------|-----------------|-----------------------------|
| | Männer | Frauen | gesamt | davon Frauen | gesamt | davon Frauen | in % |
| Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) | 0 | 1 | 3 | 3 | 17 | 17 | 100,0 |
| Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus | 0 | 1 | 2 | 1 | 6 | 2 | 44,4 |
| Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) | 1 | 0 | 8 | 4 | 9 | 4 | 44,4 |
| Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokrati- scher Juristinnen und Juristen (ASJ) ¹² | 0 | 0 | 2 | 0 | 6 | 2 | 25,0 |
| Bundesvorstand der Juso-Hochschul- gruppen ¹³ | 0 | 0 | 0 | 0 | 7 | 3 | 42,9 |
| Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) | 1 | 0 | 2 | 1 | 4 | 2 | 42,9 |
| Arbeitsgemeinschaft Sozialdemo- kratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) | 1 | 0 | 2 | 1 | 8 | 3 | 36,4 |
| Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS) | 1 | 0 | 2 | 1 | 9 | 5 | 50,0 |
| Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (Afa) | 1 | 0 | 4 | 1 | 16 | 5 | 28,6 |
| Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv - NEU | 1 | 0 | 4 | 2 | 9 | 5 | 50,0 |
| Arbeitsgemeinschaft Schwusos – NEU ¹⁴ | 1 | 0 | 13 | 4 | 0 | 0 | 28,6 |
| Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt - NEU | 0 | 1 | 4 | 1 | 9 | 5 | 50,0 |
| Gesamt | 7 | 3 | 46 | 19 | 100 | 53 | 49,0 |

¹² Der Vorsitz ist zur Zeit nicht besetzt und wird Ende Oktober 2013 neu gewählt

¹³ Im Bundesvorstand der Juso-HSG gibt es keine herausgehobene Position der/des (stv.) Vorsitzenden. Alle (zurzeit 7) Vorstandsmitglieder sind gleichberechtigt. Darüber hinaus gibt es den Beirat der Juso-Hochschulgruppen. Ihm gehören 11 Mitglieder an. Der Frauenanteil beträgt hier 45 %.

¹⁴ Es gibt neben dem Vorsitzenden nur StellvertreterInnen und keine BeisitzerInnen

1.8 FOREN, PROJEKTGRUPPEN, GESPRÄCHSKREISE UND SONSTIGE GREMIEN DES PARTEIVORSTANDES

| | Vorsitzende | | stellvertretende Vorsitzende | | Weitere Mitglieder des Gremiums | | Frauenanteil gesamt |
|--|-------------|----------|------------------------------|--------------|---------------------------------|--------------|---------------------|
| | Männer | Frauen | gesamt | davon Frauen | gesamt | davon Frauen | in % |
| Gesprächskreis Familie und Jugend ¹⁵ | 1 | 1 | 0 | 0 | 7314 | 39 | 52,0 |
| Gesprächskreis Bildung | 0 | 1 | 0 | 0 | 19 | 10 | 55,0 |
| Arbeitskreis Rechtsextremismus ¹⁶ | 1 | 0 | 0 | 0 | / | / | / |
| Kulturforum | 1 | 0 | 1 | 0 | 13 | 5 | 33,3 |
| Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD (AKC) ¹⁷ | 0 | 1 | 0 | 0 | 3 | 0 | 25,0 |
| Gesprächskreis Innenpolitik | 2 | 0 | 1 | 0 | 40 | 11 | 25,6 |
| Forum Sport ¹⁸ | 1 | 0 | 0 | 0 | / | / | / |
| Forum Eine Welt ¹⁹ | 0 | 1 | 4 | 1 | / | / | 40,0 |
| Arbeitskreis jüdische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten | 0 | 1 | 0 | 0 | 4 | 1 | 40,0 |
| Gesprächskreis Menschenrechte ²⁰ | 0 | 1 | 0 | 0 | / | / | / |
| Themenforum Verbraucherpolitik | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 50,0 |
| Gesamt | 7 | 7 | 6 | 1 | 152 | 66 | 44,8 |

¹⁵ Nach dem Parteivorstandsbeschluss vom Jan. 2012: Zusammenlegung der Themen Familie und Jugend in ein Gremium, daraus ergibt sich die hohe Mitgliederzahl des Gremiums

¹⁶ Der Arbeitskreis ist ein offenes Gremium, daher ist ein Frauenanteil nicht bestimmbar, jedoch ist i.d.R. ein relativ hoher Anteil an weiblichen Anwesenden zu verzeichnen

¹⁷ Der AKC hat eine Sprecherin

¹⁸ Den alleinigen Vorsitz für das Forum hat Manfred Schaub. Es gibt keinen Vorstand bzw. weitere Mitglieder eines Vorstandes.

¹⁹ Das Forum ist ein offenes Gremium, daher ist ein Frauenanteil nicht bestimmbar.

²⁰ Der Gesprächskreis ist ein offenes Gremium, daher ist ein Frauenanteil nicht bestimmbar.

2. Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene

2.1 MITGLIEDERENTWICKLUNG IN DEN LANDESVERBÄNDEN UND BEZIRKEN 2007 BIS 2012

| Landesverbände/ Bezirke | 31.12.07 | 31.12.08 | 31.12.09 | 31.12.10 | 31.12.11 | 31.12.12 |
|-----------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Baden-Württemberg ²¹ | 40.484 12.803 | 39.327 12.497 | 39.275 12.538 | 38.618 12.359 | 37.663 12.056 | 36.795 11.753 |
| Bayern | 72.438 22.555 | 70.737 22.250 | 69.023 21.817 | 67.255 21.353 | 65.419 20.799 | 64.088 20.471 |
| Berlin | 15.989 5.328 | 15.883 5.296 | 16.281 5.428 | 16.428 5.463 | 16.457 5.441 | 16.516 5.500 |
| Brandenburg | 6.560 1.863 | 6.573 1.873 | 6.523 1.868 | 6.348 1.815 | 6.261 1.797 | 6.197 1.762 |
| Braunschweig | 13.480 3.898 | 12.882 3.754 | 12.537 3.671 | 12.139 3.516 | 11.980 3.489 | 11.662 3.412 |
| Bremen | 5.198 1.757 | 4.952 1.685 | 4.841 1.641 | 4.763 1.622 | 4.787 1.625 | 4.605 1.571 |
| Hamburg | 11.052 3.808 | 10.747 3.678 | 10.610 3.611 | 10.506 3.555 | 10.657 3.582 | 10.535 3.542 |
| Hannover | 32.220 9.596 | 30.793 9.218 | 30.225 9.092 | 29.457 8.892 | 29.263 8.902 | 28.263 8.624 |
| Hessen-Nord | 24.118 6.327 | 22.831 6.056 | 22.262 5.941 | 21.927 5.872 | 21.283 5.763 | 20.673 5.648 |
| Hessen-Süd | 43.550 12.346 | 41.660 11.887 | 40.870 11.729 | 40.141 11.623 | 39.396 11.480 | 38.118 11.184 |
| Mecklenburg- Vorpommern | 2.793 856 | 2.794 861 | 2.830 871 | 2.802 858 | 2.850 873 | 2.826 864 |
| Nord- Niedersachsen | 6.796 1.992 | 6.497 1.919 | 6.388 1.894 | 6.239 1.863 | 6.206 1.872 | 6.071 1.850 |
| Nordrhein-Westfalen ²² | 145.274 47.283 | 139.623 45.748 | 136.840 44.997 | 133.867 44.018 | 127.765 42.125 | 123.368 40.772 |
| Rheinland-Pfalz | 44.459 12.932 | 42.876 12.578 | 42.463 12.514 | 41.617 12.311 | 40.669 12.089 | 39.650 11.862 |
| Saar | 22.889 7.221 | 21.847 6.915 | 21.485 6.846 | 20.823 6.657 | 20.323 6.515 | 20.044 6.452 |
| Sachsen | 4.324 1.044 | 4.257 1.019 | 4.332 1.031 | 4.314 1.025 | 4.298 1.030 | 4.283 1.038 |

²¹ 1. Zeile: gesamt, 2. Zeile weiblich

²² 1. Zeile: gesamt, 2. Zeile weiblich

| Landesverbände/ Bezirke | 31.12.07 | 31.12.08 | 31.12.09 | 31.12.10 | 31.12.11 | 31.12.12 |
|------------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| Sachsen-Anhalt | 4.327 1.173 | 4.202 1.136 | 4.165 1.125 | 4.067 1.090 | 4.034 1.083 | 3.789 1.037 |
| Schleswig- Holstein | 20.724 7.202 | 20.113 6.999 | 19.651 6.838 | 19.230 6.711 | 18.801 6.571 | 18.456 6.491 |
| Thüringen | 4.412 1.198 | 4.341 1.183 | 4.389 1.214 | 4.357 1.200 | 4.324 1.188 | 4.302 1184 |
| Weser-Ems | 18.774 5.531 | 18.034 5.368 | 17.530 5.228 | 17.164 5.145 | 17.202 5.152 | 16.796 5.068 |
| SPD gesamt | 539.861 | 520.969 | 512.520 | 502.062 | 489.638 | 477.037 |
| Männer | 373.148 | 359.049 | 352.626 | 345.114 | 336.206 | 326.952 |
| Frauen | 166.713 | 161.920 | 159.894 | 156.948 | 153.432 | 150.085 |
| Frauenanteil in % | 30,88 | 31,08 | 31,20 | 31,26 | 31,34 | 31,46 |

2.2 WEIBLICHE MITGLIEDER IN DEN LANDESVERBÄNDEN UND BEZIRKEN
(RANGFOLGE NACH FRAUENANTEIL IN PROZENT, STAND: 31.12.2012)

| Landesverbände/ Bezirke | gesamt | Weiblich | Frauenanteil in % |
|-----------------------------|--------------|--------------|-------------------|
| Schleswig-Holstein | 18.456 | 6.491 | 35,17 |
| Bremen | 4.605 | 1.571 | 34,12 |
| Hamburg | 10.535 | 3.542 | 33,62 |
| Berlin | 16.516 | 5.500 | 33,30 |
| Nordrhein-Westfalen | 123.368 | 40.772 | 33,05 |
| Saar | 20.044 | 6.452 | 32,19 |
| Bayern | 64.088 | 20.471 | 31,94 |
| Baden-Württemberg | 36.795 | 11.753 | 31,94 |
| Mecklenburg-Vorpom- mern | 2.826 | 864 | 30,57 |
| Hannover | 28.263 | 8.624 | 30,51 |
| Nord-Niedersachsen | 6.071 | 1.850 | 30,47 |
| Weser-Ems | 16.796 | 5.068 | 30,17 |
| Rheinland-Pfalz | 39.650 | 11.862 | 29,92 |
| Hessen-Süd | 38.118 | 11.184 | 29,34 |
| Braunschweig | 11.662 | 3.412 | 29,26 |
| Brandenburg | 6.197 | 1.762 | 28,43 |
| Thüringen | 4.302 | 1.184 | 27,52 |
| Sachsen-Anhalt | 3.789 | 1.037 | 27,37 |
| Hessen-Nord | 20.673 | 5.648 | 27,32 |
| Sachsen | 4.283 | 1.038 | 24,24 |

2.3 VORSTÄNDE DER LANDESVERBÄNDE UND BEZIRKE 2013²³
(MIT VERGLEICHSAHLEN 2009 UND 2011)

| Landesverband / Bezirk | weibliche Landes -/ Bezirks- vorsitzende | stellvertretende Vorsitzende | Landes-/ Bezirksvorstände | | |
|----------------------------|---|---------------------------------|------------------------------|---|-----------------|
| | | | gesamt / davon Frauen | gesamt /davon Frauen Frauenanteil in % (z. Vergleich Angaben von 2009 u. 2011) | |
| | | | | 2009 | 2011 |
| Baden- Württemberg | nein | 4 / 3 | 27 / 12 44,4 | 27 / 13 48,1 | 34 / 15 44,1 |
| Bayern | nein | 3 / 1 | 38 / 16 42,1 | 35 / 17 48,6 | 38 / 17 44,7 |
| Berlin | nein | 4 / 2 | 34 / 14 41,2 | 33 / 12 36,4 | 14 / 8 57,1 |
| Brandenburg | nein | 1 / 1 | 16 / 7 43,8 | 15 / 7 46,6 | 13 / 7 53,8 |
| Braunschweig | nein | 4 / 2 | 15 / 5 33,3 | 19 / 8 42,1 | 19 / 9 47,4 |
| Bremen | nein | 2 / 1 | 17 / 7 41,2 | 17 / 9 52,9 | 17 / 9 52,9 |
| Hamburg | nein | 3 / 1 | 26 / 11 42,3 | 31 / 13 41,9 | 21 / 8 38,1 |
| Hannover | nein | 2 / 1 | 23 / 9 39,1 | 26 / 12 46,2 | 25 / 12 48,0 |
| Hessen-Nord | nein | 2 / 1 | 19 / 8 42,1 | 19 / 8 42,1 | 19 / 9 47,4 |
| Hessen-Süd | nein | 2 / 1 | 20 / 10 50,0 | 20 / 10 50,0 | 20 / 9 45,0 |
| Mecklenburg- Vorpommern | nein | 3 / 2 | 16 / 8 50,0 | 16 / 8 50,0 | 16 / 7 43,8 |
| Nord- Niedersachsen | ja | 4 / 1 | 18 / 8 44,4 | 16 / 9 56,3 | 17 / 8 47,1 |
| Nordrhein- Westfalen | ja | 4 / 1 | 37 / 16 43,2 | 37 / 15 40,5 | 37 / 17 45,9 |

²³ Quelle: MAVIS

| Landesverband / Bezirk | weibliche Landes-/ Bezirks- vorsitzende | stellvertretende Vorsitzende | Landes-/ Bezirksvorstände | | |
|---------------------------|--|---------------------------------|------------------------------|---|---------------------------|
| | | | gesamt / davon Frauen | gesamt /davon Frauen Frauenanteil in % (z. Vergleich Angaben von 2009 u. 2011) | |
| | | | 2009 | 2011 | 2013 |
| Rheinland- Pfalz | nein | 3 / 2 | 23 / 12 52,2 | 22 / 10 45,5 | 21 / 9 42,9 |
| Saar | nein | 4 / 3 | 23 / 8 34,8 | 20 / 9 40,9 | 23 / 10 43,5 |
| Sachsen | nein | 2 / 2 | 22 / 9 40,9 | 22 / 11 50,0 | 21 / 10 47,6 |
| Sachsen- Anhalt | ja | 3 / 1 | 17 / 7 41,2 | 17 / 8 47,0 | 17 / 8 47,1 |
| Schleswig- Holstein | nein | 2 / 1 | 11 / 5 45,5 | 11 / 5 45,5 | 11 / 5 45,5 |
| Thüringen | nein | 4 / 2 | 24 / 11 45,8 | 24 / 11 45,8 | 24 / 11 45,8 |
| Weser-Ems | ja | 3 / 1 | 17 / 7 41,2 | 18 / 8 44,4 | 18 / 8 44,4 |
| Gesamt | 4 | 59 / 30 | 443 / 190 42,9 | 445 / 203 45,6 | 425 / 196 46,1 |

2.4 VORSTÄNDE DER LANDESVERBÄNDE, DIE NICHT DEN STATUS VON BEZIRKEN HABEN

| Landesverband | weibliche Landes- vorsitzende | stellvertretende Vorsitzende | Landesvorstände | | |
|---------------|-------------------------------------|---------------------------------|-------------------------|--|-------------------------|
| | | | gesamt /davon Frauen | gesamt /davon Frauen Frauenanteil in % (z. Vergleich Angaben von 2009 u. 2011) | |
| | | | 2009 | 2011 | 2013 |
| Niedersachsen | nein | 5 / 4 | 20 / 9 45,0 | 24 / 11 45,8 | 26 / 11 42,3 |
| Hessen | nein | 3 / 1 | 18 / 8 44,4 | 18 / 8 44,4 | 20 / 8 40,0 |
| Gesamt | 0 | 8 / 5 | 38 / 17 44,7 | 42 / 19 45,2 | 46 / 19 41,3 |

2.5 VORSITZENDE UND VORSTÄNDE DER UNTERBEZIRKE / KREISVERBÄNDE²⁴

| Landesverband / Bezirk | Vorsitzende der Unterbezirke / Kreisverbände | | | Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände | | |
|----------------------------|---|-----------------|----------------------|---|-----------------|----------------------|
| | Anzahl der Vorsitzen- den | davon Frauen | Frauenanteil in % | Anzahl der Vorstands- mitglieder | davon Frauen | Frauenanteil in % |
| Baden- Württemberg | 43 | 6 | 13,95 | 570 | 218 | 38,25 |
| Bayern | 61 | 17 | 27,87 | 1115 | 398 | 35,70 |
| Berlin | 12 | 2 | 16,67 | 224 | 107 | 47,77 |
| Brandenburg | 18 | 2 | 11,11 | 206 | 76 | 36,89 |
| Braunschweig | 9 | 2 | 22,22 | 124 | 39 | 31,45 |
| Bremen | 3 | 1 | 33,33 | 28 | 12 | 42,86 |
| Hamburg | 7 | | 0,00 | 154 | 62 | 40,26 |
| Hannover | 13 | 5 | 38,46 | 246 | 107 | 43,50 |
| Hessen-Nord | 8 | 2 | 25,00 | 129 | 53 | 41,09 |
| Hessen-Süd | 18 | 3 | 16,67 | 365 | 142 | 38,90 |
| Mecklenburg- Vorpommern | 12 | 3 | 25,00 | 110 | 42 | 38,18 |
| Nord- Niedersachsen | 6 | 3 | 50,00 | 81 | 28 | 34,57 |
| Nordrhein- Westfalen | 54 | 6 | 11,11 | 971 | 369 | 38,00 |
| Rheinland-Pfalz | 27 | 5 | 18,52 | 456 | 172 | 37,72 |
| Saar | 7 | 3 | 42,86 | 182 | 58 | 31,87 |
| Sachsen | 13 | 2 | 15,38 | 134 | 45 | 33,58 |
| Sachsen-Anhalt | 14 | 2 | 14,29 | 157 | 62 | 39,49 |
| Schleswig- Holstein | 15 | 2 | 13,33 | 188 | 67 | 35,64 |
| Thüringen | 23 | 6 | 26,09 | 220 | 72 | 32,73 |
| Weser-Ems | 17 | 6 | 35,29 | 303 | 111 | 36,63 |
| Gesamt | 380 | 78 | 20,52 | 5963 | 2240 | 37,56 |

²⁴ UB-Vorstand = Vorsitzende/r, stellv. Vorsitzende/r, Kassierer/in, stellvertretender Kassierer/in, Schriftführer/in, stellvertretende/r Schriftführer/in, Beisitzer/innen. Quelle MAVIS

2.6 VORSITZENDE UND VORSTÄNDE DER ORTSVEREINE²⁵

| Landesverband / Bezirk | Vorsitzende der Ortsvereine | | | Vorstände der Ortsvereine | | |
|----------------------------|---------------------------------|-----------------|----------------------------|--|-----------------|----------------------|
| | Anzahl der Vorsitzen- den | davon Frauen | Frauenanteil in Prozent | Anzahl der Vorstands- mitglieder | davon Frauen | Frauenanteil in % |
| Baden- Württemberg | 829 | 190 | 22,92 | 5622 | 1816 | 32,30 |
| Bayern | 1598 | 314 | 19,65 | 11969 | 3704 | 30,95 |
| Berlin | 120 | 31 | 25,83 | 1436 | 562 | 39,14 |
| Brandenburg | 193 | 44 | 22,80 | 659 | 261 | 39,61 |
| Braunschweig | 162 | 27 | 16,67 | 1307 | 404 | 30,91 |
| Bremen | 46 | 14 | 30,43 | 399 | 155 | 38,85 |
| Hamburg | 73 | 11 | 15,07 | 825 | 309 | 37,45 |
| Hannover | 350 | 77 | 22,00 | 2863 | 891 | 31,12 |
| Hessen-Nord | 505 | 83 | 16,44 | 3227 | 731 | 22,65 |
| Hessen-Süd | 399 | 80 | 20,05 | 4089 | 1210 | 29,59 |
| Mecklenburg- Vorpommern | 96 | 22 | 22,92 | 404 | 144 | 35,64 |
| Nord- Niedersachsen | 69 | 8 | 11,59 | 619 | 189 | 30,53 |
| Nordrhein- Westfalen | 1330 | 226 | 16,99 | 13402 | 4218 | 31,47 |
| Rheinland-Pfalz | 950 | 173 | 18,21 | 7124 | 2001 | 28,09 |
| Saar | 322 | 49 | 15,22 | 3079 | 886 | 28,78 |
| Sachsen | 131 | 23 | 17,56 | 644 | 167 | 25,93 |
| Sachsen-Anhalt | 147 | 28 | 19,05 | 634 | 169 | 26,66 |
| Schleswig- Holstein | 489 | 100 | 20,45 | 2684 | 849 | 31,63 |
| Thüringen | 192 | 35 | 18,23 | 880 | 189 | 21,48 |
| Weser-Ems | 283 | 52 | 18,37 | 2405 | 665 | 27,65 |
| Gesamt | 8284 | 1587 | 19,16 | 64271 | 19520 | 30,37 |

²⁵ Ortsvereins-Vorstand = Vorsitzender, stellv. Vorsitzender, Kassierer, stellvertretende/r Kassierer/in, Schriftführer/in, stellvertreten-der Schriftführer/in, Beisitzer/innen. Quelle: MAVIS

3. Parlamente / Fraktionen / Regierungen

3.1 FRAKTION DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI EUROPAS (SPE) IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1984 bis 2013

| | 1984 | 1989 | 1994 | 1999 | 2004 | 2009 | Stand 2013 |
|---|------|------|------|------|------|------|---------------|
| Anzahl der weiblichen SPD-Europaabgeordneten | 8 | 12 | 17 | 14 | 9 | 10 | 10 |
| Frauenanteil in der deutschen Gruppe der SPD-Europaabgeordneten in % | 25,0 | 38,7 | 42,5 | 42,4 | 39,1 | 43,5 | 43,5 |

Der Frauenanteil innerhalb der deutschen Gruppe der SPD-Abgeordneten konnte seit der ersten Direktwahl 1979 gesteigert werden auf über 40 Prozent. Seit der Europawahl 2009 gehören der deutschen SPD-Gruppe 13 Männer und 10 Frauen an, der Frauenanteil beträgt 43,5 Prozent.

Das Bestreben nach Gleichberechtigung spiegelt sich auch in der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, das in der Vergangenheit schrittweise „weiblicher“ geworden ist. In der laufenden Legislaturperiode sind 35 % der Abgeordneten im Europäischen Parlament Frauen. Von den 99 deutschen Abgeordneten sind derzeit 37 weiblichen Geschlechts (ca. 37%).

In der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) ist der Anteil weiblicher Abgeordneter mit 43,3 % Prozent um 1,5 % gestiegen (vorher 41 %).

Von den 194 Abgeordneten sind 84 Frauen. Somit ist dieser Frauenanteil gleich hoch dem Frauenanteil in der deutschen Gruppe der SPD-Europaabgeordneten.²⁶

²⁶ Quellen: Internetseiten des Europäischen Parlamentes und der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas im Europäischen Parlament; eigene Berechnungen.

3.2 SPD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

3.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949

| Jahr der Bundestagswahl | 1) zu Beginn der Legislaturperiode 2) am Ende der Legislaturperiode | absolut | in Prozent |
|-------------------------|--|---------|------------|
| 1949 | 1) | 13 | 9,5 |
| | 2) | 16 | 11,5 |
| 1953 | 1) | 21 | 12,9 |
| | 2) | 22 | 13,4 |
| 1957 | 1) | 22 | 12,2 |
| | 2) | 22 | 12,2 |
| 1961 | 1) | 21 | 10,3 |
| | 2) | 23 | 11,1 |
| 1965 | 1) | 19 | 8,7 |
| | 2) | 19 | 8,8 |
| 1969 | 1) | 18 | 5,9 |
| | 2) | 17 | 7,3 |
| 1972 | 1) | 13 | 5,4 |
| | 2) | 15 | 6,2 |
| 1976 | 1) | 15 | 8,5 |
| | 2) | 17 | 9,4 |
| 1980 | 1) | 19 | 8,3 |
| | 2) | 20 | 8,9 |
| 1983 | 1) | 21 | 10,4 |
| | 2) | 23 | 11,4 |
| 1987 | 1) | 31 | 16,1 |
| | 2) | 38 | 16,8 |
| 1990 | 1) | 65 | 27,2 |
| | 2) | 65 | 27,2 |
| 1994 | 1) | 86 | 34,1 |
| | 2) | 88 | 35,1 |
| 1998 | 1) | 105 | 35,2 |
| | 2) | 108 | 36,9 |
| 2002 | 1) | 95 | 37,8 |
| | 2) | 98 | 39,5 |
| 2005 | 1) | 80 | 36,0 |
| | 2) | 83 | 37,6 |
| 2009 | 1) | 56 | 38,4 |
| | 2) | 59 | 40,4 |
| 2013 ²⁷ | 1) | 81 | 42,0 |

²⁷ 193 Abgeordnete gesamt (Wahl am 22.09.2013)

3.2.2 *Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion*

Die Besetzung des Fraktionsvorstandes der SPD-Bundestagsfraktion ist zum Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen. Daten aus der 17. Wahlperiode enthält der Gleichstellungsbericht 2011.

3.2.3 *Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949*

| | Anzahl der Frauen | Frauenanteil in % |
|--|-----------------------|-------------------|
| 1. Wahlperiode 1949-1953 | 1 | 5,2 |
| 2. Wahlperiode 1953-1957 | 3 | 14,2 |
| 3. Wahlperiode 1957-1961 | 2 | 8,6 |
| 4. Wahlperiode 1961-1965 | 2 | 8,3 |
| 5. Wahlperiode 1965-1967 | 2 | 7,6 |
| 6. Wahlperiode 1969-1972 | 3 | 10,0 |
| 7. Wahlperiode 1972-1976 | 4 | 13,3 |
| 8. Wahlperiode 1976-1980 | 3 ab 23.03.1978: 4 | 10,0 12,9 |
| 9. Wahlperiode 1980-1983 | 4 | 12,5 |
| 10. Wahlperiode 1983-1987 | 6 Ende 1986: 7 | 14,2 20,0 |
| 11. Wahlperiode 1987-1990 | 11 | 27,5 |
| 12. Wahlperiode 1990-1994 | 14 1993: 19 | 29,2 42,2 |
| 13. Wahlperiode 1994-1998 | 18 | 40,0 |
| 14. Wahlperiode 1998-2002 | 22 2001: 20 | 46,8 42,6 |
| 15. Wahlperiode 2002-2005 | 19 18 | 42,2 40,9 |
| 16. Wahlperiode 2005-2009 | 19 2009: 18 | 40,4 40,9 |
| 17. Wahlperiode 2009-2013 | 18 20 | 45,0 48,8 |
| 18. Wahlperiode ²⁸ ab 2013 | 23 | |

²⁸ Zum Redaktionsschluss stand der Fraktionsvorstand in seiner Besetzung nach der Bundestagswahl im September 2013 noch nicht fest.

3.2.4 Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen, SprecherInnen

Die Konstituierung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen ist zum Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen. Daten aus der 17. Wahlperiode enthält der Gleichstellungsbericht 2011.

3.3 BUNDESREGIERUNG

Nach der Bundestagswahl am 22. September 2013 ist die Bildung der neuen Bundesregierung bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Die Daten aus der 17. Wahlperiode enthält der Gleichstellungsbericht 2011.

3.4 SPD-FRAKTIONEN DER LÄNDERPARLAMENTE

3.4.1 Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen

| Bundesland | SPD-Mandate gesamt | davon Frauen | Frauenanteil in % | letzte Wahlen am |
|------------------------|-----------------------|-----------------|-------------------|---------------------|
| Saarland | 18 ²⁹ | 8 | 44,4 | 25.03.2012 |
| Brandenburg | 30 | 13 | 43,3 | 27.09.2009 |
| Bayern | 42 | 18 | 42,9 | 15.09.2013 |
| Sachsen | 14 | 6 | 42,9 | 30.08.2009 |
| Schleswig-Holstein | 22 | 9 | 40,9 | 06.05.2012 |
| Rheinland-Pfalz | 42 | 17 | 40,5 | 27.03.2011 |
| Thüringen | 18 | 7 | 38,9 | 30.08.2009 |
| Sachsen-Anhalt | 26 | 10 | 38,5 | 20.03.2011 |
| Hessen ³⁰ | 37 | 14 | 37,8 | 22.09.2013 |
| Hamburg | 62 | 23 | 37,1 | 20.02.2011 |
| Berlin | 47 | 17 | 36,2 | 18.09.2011 |
| Bremen ³¹ | 36 | 13 | 36,1 | 22.05.2011 |
| Nordrhein-Westfalen | 99 | 33 | 33,3 | 13.05.2012 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 27 | 7 ³² | 25,9 | 04.09.2011 |
| Niedersachsen | 49 | 12 | 24,5 | 20.01.2013 |
| Baden-Württemberg | 35 | 7 | 20,0 | 27.03.2011 |
| Gesamt | 604 | 214 | 35,4 | |

²⁹ die Erhöhung der SPD Mandate (vorher 17) beruht auf dem Wechsel der Abgeordneten Pia Döring (ehemals Landtagskandidatin der Partei DIE LINKE) nach der Landtagswahl zur SPD

³⁰ Vorläufiges Ergebnis, am 18. Januar 2014 konstituiert sich der Hessische Landtag.

³¹ Es muss berücksichtigt werden, dass bei der Wahl 2011 erstmals ein neues Wahlrecht in Bremen angewendet wurde. Das starre Einstimmenwahlrecht wurde durch ein 5-Stimmenwahlrecht abgelöst. Durch die Personalisierung des Wahlrechts hat sich das Verhältnis von männlichen zu weiblichen Abgeordneten verschoben. Die Quotierung der Listenreihenfolge auf der Parteiliste wird durch das personalisierte Wahlrecht ausgehebelt. Dadurch sind weniger Frauen in den Landtag gewählt worden als beim starren Einstimmenwahlrecht.

³² 2 der 7 Frauen sind neben ihrem Abgeordnetenmandat zudem Ministerinnen und 1 Abgeordnete hat das Amt der Parlamentspräsidentin inne.

3.4.2 Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen

| | Fraktionsvorsitz | stellvertretende Fraktions- vorsitzende / davon Frauen | weitere Mitglieder/ Beisitzer/innen des Fraktionsvorstan- des / davon Frauen | Frauenanteil im Fraktionsvorstand in % |
|---------------------------|-------------------------------|---|---|--|
| Baden- Württemberg | Mann | 3 / 2 | 11 / 0 | 13,3 |
| Bayern | Mann | 3 / 2 | 3 / 2 | 57,1 |
| Berlin | Mann | 5 / 3 | 9 / 4 | 46,7 |
| Brandenburg ³³ | Mann | 5 / 4 | 0 / 0 | 57,0 |
| Bremen | Mann | 2 / 2 | 7 / 2 | 40,0 |
| Hamburg | Mann | 3 / 2 | 10 / 5 | 50,0 |
| Hessen ³⁴ | Mann | | | |
| Mecklenburg-Vorpommern | Mann | 4 / 2 | 3 / 1 | 37,5 |
| Niedersachsen | Frau | 4 / 2 | 7 / 3 | 50,0 |
| Nordrhein- Westfalen | Mann | 7 / 4 | 1 / 0 | 44,4 |
| Rheinland-Pfalz | Frau | 5 / 2 | 29 / 12 | 42,9 |
| Saarland | Mann | 3 / 1 | 8 / 4 | 41,7 |
| Sachsen | Mann | 4 / 2 | 2 / 0 | 28,6 |
| Sachsen-Anhalt | Frau | 2 / 1 | 6 / 4 | 66,7 |
| Schleswig- Holstein | Mann | 3 / 2 | 5 / 3 | 55,5 |
| Thüringen | Mann | 3 / 2 | 2 / 0 | 33,3 |
| Gesamt | 13 Männer 3 Frauen | 56 / 33 | 103 / 40 | 44,2 |

³³ Der Fraktionsvorstand besteht aus sieben gewählten Mitgliedern: dem Fraktionsvorsitzenden, dem Parlamentarischen Geschäftsführer und den fünf stellv. Fraktionsvorsitzenden, die gleichzeitig auch Leiter der Arbeitskreise sind.

³⁴ Fraktionsvorstand: weitere Ergebnisse zur Wahl des Fraktionsvorstandes nach der Landtagswahl am 22.09.2013 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

3.4.3 Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und –Ausschussvorsitzenden

| | Arbeitskreise der SPD-Fraktionen | | Ausschüsse der Parlamente | |
|------------------------|--|-----------|---|-----------|
| | Arbeitskreisvorsitzende insgesamt / davon Frauen | | SPD-Ausschussvorsitzende insgesamt / davon Frauen | |
| Baden-Württemberg | 11 | 2 | 3 | 1 |
| Bayern ³⁵ | | | | |
| Berlin | 8 | 4 | 6 | 2 |
| Brandenburg | 5 | 4 | 4 | 1 |
| Bremen | 32 | 0 | 11 | 1 |
| Hamburg | 20 | 9 | 11 | 4 |
| Hessen ³⁶ | | | | |
| Mecklenburg-Vorpommern | 10 | 2 | 6 | 1 |
| Niedersachsen | 13 | 5 | 8 | 3 |
| Nordrhein-Westfalen | 19 | 4 | 10 | 2 |
| Rheinland-Pfalz | 13 | 5 | 6 | 3 |
| Saarland | 12 | 5 | 5 | 3 |
| Sachsen | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Sachsen-Anhalt | 6 | 4 | 3 | 0 |
| Schleswig-Holstein | 6 | 1 | 2 | 0 |
| Thüringen | 5 | 1 | 2 | 1 |
| Gesamt | 128 | 46 | 78 | 22 |

³⁵ Die Besetzung ist nach den Landtagswahlen am 15.09.2013 in Bayern noch nicht abgeschlossen.

³⁶ Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat derzeit keine Arbeitskreise.

3.5 LANDESREGIERUNGEN^{37 38}

3.5.1 Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist

| Bundesland | Zahl ³⁹ der Regierungsmitglieder insgesamt | davon sozialdemokratische Regierungsmitglieder | weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit | Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in % | Frauenanteil unter den sozialdemokr. Regierungsmitgliedern in % |
|--|---|--|---|--|---|
| Baden-Württemberg Bündnis 90/ Die Grünen / SPD-Koalition | 15 | 7 | 6 Bündnis 90 / Die Grünen: 4 SPD: 2 | 40,0 | 28,6 |
| Berlin SPD/ CDU-Koalition | 9 | 4 | 3 SPD: 2 CDU:1 | 33,3 | 50,0 |
| Brandenburg SPD / Die Linke-Koalition | 10 | 5 | 3 SPD: 1 Die Linke:1 Parteilos: 1 | 30,0 | 20,0 |
| Bremen ⁴⁰ SPD / Bündnis 90/ Die Grünen-Koalition | 9 | 5 | 4 SPD: 2 Bündnis 90 / Die Grünen:2 | 44,4 | 40,0 |
| Hamburg SPD | 11 | 9 | 5 SPD: 4 Parteilos: 1 | 45,5 | 44,4 |
| Mecklenburg- Vorpommern SPD / CDU-Koalition | 9 | 6 | 3 SPD: 2 CDU:1 | 33,3 | 33,3 |
| Niedersachsen SPD / Bündnis 90/ Die Grünen-Koalition | 10 | 6 | 4 SPD: 2 Bündnis 90 / Die Grünen:2 | 40 | 33,3 |
| Nordrhein-Westfalen SPD / Bündnis 90 / Die Grünen-Koalition | 13 | 10 | 6 SPD: 4 Bündnis 90 / Die Grünen:2 | 46,2 | 40,0 |
| Rheinland-Pfalz ⁴¹ SPD / Bündnis 90/ Die Grünen-Koalition | 11 | 7 | 7 SPD: 3 Bündnis 90 / Die Grünen:3 Parteilos: 1 | 63,6 | 42,9 |

³⁷ Quelle: Oeckl, Taschenbuch des Öffentlichen Lebens, Internetseiten des Bundesrates (www.bundesrat.de), eigene Recherchen und Berechnungen

³⁸ Die Besetzung ist nach den Landtagswahlen am 22.09.2013 in Hessen noch nicht abgeschlossen.

³⁹ einschließlich der Ministerpräsidenten bzw. des Regierenden Bürgermeisters

⁴⁰ Einschl. weiteres Mitglied des Senats gem. Art. 107 Brem. LV

⁴¹ Einschl. Chef:in der Staatskanzlei

| Bundesland | Zahl ⁴² der Regierungsmitglieder insgesamt | davon sozialdemokratische Regierungsmitglieder | weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit | Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in % | Frauenanteil unter den sozialdemokr. Regierungsmitgliedern in % |
|--|---|--|--|--|---|
| Saarland ⁴³ CDU / SPD-Koalition | 8 | 3 | 3 SPD: 1 CDU: 2 | 37,5 | 33,3 |
| Sachsen-Anhalt ⁴⁴ CDU / SPD-Koalition | 10 | 4 | 1 SPD: 1 CDU: 0 | 10,0 | 25,0 |
| Schleswig-Holstein SPD / Bündnis 90/ Die Grünen / SSW-Koalition | 8 | 4 | 4 SPD: 1 Bündnis 90 / Die Grünen: 1 Parteilos: 1 SSW: 1 | 50 | 25,0 |
| Thüringen CDU / SPD-Koalition | 10 | 4 | 3 SPD: 1 CDU: 2 | 30,0 | 25,0 |
| Gesamt | 133 | 74 | 52 SPD: 26 | 39,1 | 35,1 |

3.5.2 Zum Vergleich: Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD nicht beteiligt ist⁴⁵

| Bundesland | Zahl der Regierungsmitglieder insgesamt | weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit | Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in % |
|--------------------------------|---|---|--|
| Bayern CSU | 12 | 5 CSU: 5 | 41,7 |
| Sachsen CDU / FDP-Koalition | 10 | 3 CDU: 1 FDP: 0 parteilos: 2 | 30,0 |

⁴² Einschl. der Ministerpräsidenten bzw. des Regierenden Bürgermeisters

⁴³ Einschl. Chef der Staatskanzlei

⁴⁴ Einschl. Chef des Staatsministeriums

⁴⁵ Die Regierungsbildung nach der Hessen-Landtagswahl am 22. September 2013 ist noch nicht abgeschlossen. Daten über die bisherige CDU/FDP-Regierung enthält der Gleichstellungsbericht 2011.

4. Bericht der Bundes-SGK

4.1 FRAUENANTEIL DER SPD-RATSMITGLIEDERN IN GEMEINDEN MIT 10.000 UND MEHR EINWOHNERN (STAND: 01.01.2012)⁴⁶

| Gemeinden in der Größenklasse: | SPD-Ratsmitglieder | davon Frauen absolut | in v. H. | zum Vergleich 1.1.2010 in v. H. |
|----------------------------------|--------------------|----------------------|--------------|---------------------------------|
| 1.000.000 und mehr ⁴⁷ | 167 | 70 | 41,9% | 42,8% |
| 500.000 - 1.000.000* | 229 | 88 | 38,4% | 39,9% |
| 200.000 - 500.000 | 433 | 144 | 33,3% | 33,6% |
| 100.000 - 200.000 | 652 | 228 | 35,0% | 33,7% |
| 50.000 - 100.000 | 1.410 | 443 | 31,4% | 31,5% |
| 20.000 - 50.000 | 4.091 | 1.220 | 29,8% | 29,7% |
| 10.000 – 20.000 | 5.154 | 1.393 | 27,0% | 26,2% |
| Insgesamt | 12.136 | 3.586 | 29,5% | 29,1% |

⁴⁶ Quelle: Deutscher Städtetag, Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 2012, Ratsmitglieder in den Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnern; Eigene Berechnungen.

⁴⁷ Für die Stadtstaaten wurde das Berliner Abgeordnetenhaus, die Hamburgische Bürgerschaft sowie die Bremische Bürgerschaft berücksichtigt

4.2 WEIBLICHE VORSITZENDE DER SPD-GROßSTADT- UND KREISTAGSFRAKTIONEN
(STAND: 01.08.2013)⁴⁸

| Fraktionsvorsitzende | Anzahl insgesamt | davon Frauen | in v. H. 1.8.2013 | in v. H. 25.8.2011 |
|---|------------------|--------------|----------------------|-----------------------|
| in Städten 100.000 und mehr EW ⁴⁹ | 87 | 12 | 13,8 % | 13,6 % |
| in Kreisen | 295 | 48 | 16,3 % | 16,3 % |
| Insgesamt | 382 | 60 | 15,7 % | 15,7 % |

4.3 VON SOZIALDEMOKRATISCHEN FRAUEN BESETZTE FÜHRUNGSPPOSITIONEN IM VERGLEICH
ZU ALLEN VON DER SPD BESETZTEN FÜHRUNGSPPOSITIONEN AUF KOMMUNALER EBENE
(STAND: 01.08.2013)⁵⁰

| Anzahl | Anzahl von allen sozialdemokratischen Amtsinhaber/innen | In v.H. 2013 | In v.H. 2011 |
|---|--|--------------|--------------|
| Oberbürgermeisterinnen ⁵¹ | 12 von 108 | 11,1% | 11,0% |
| Bürgermeisterinnen in Städten mit mehr als 50.000 EW ⁵² | 8 von 45 | 17,8% | 20,3% |
| Landrätinnen | 9 von 71 | 12,7 % | 11,3 % |
| Gesamt | 29 von 224 | 12,9% | |

⁴⁸ Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

⁴⁹ Einwohnerzahlen auf Basis der Ergebnisse des Zensus 2011 zum 31.12.2011; unter Berücksichtigung der 12 Bezirksverordnetenversammlungen der Berliner Bezirke

⁵⁰ Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

⁵¹ Die Gemeindeordnungen der Länder unterscheiden sich stark in der Festlegung, in welchen Städten der Bürgermeister den Titel „Oberbürgermeister“ führt: In Baden-Württemberg und Sachsen kommt diese Amtsbezeichnung ab 20.000 Einwohnern vor, in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ab 25.000, in Bayern und im Saarland ab 30.000, in Hessen ab 50.000. In den übrigen Ländern geht der Oberbürgermeistertitel mit dem kreisfreien Status der Stadt einher.

⁵² Zu den Bürgermeisterinnen wurden die Bezirksbürgermeisterinnen in Berlin mit hinzugerechnet.

4.4 FRAUEN IM VORSTAND DER BUNDES-SGK UND IN DEN VORSTÄNDEN DER LANDES-SGKS
(STAND: 01.08.2013)⁵³

| Vorstände | ordentliche Mitglieder | davon Frauen | In v.H. 2013 | In v.H. 2011 |
|----------------------------|------------------------|--------------|---------------|--------------|
| Bundes-SGK | 31 | 11 | 35,5 % | 35,5 % |
| SGK Baden-Württemberg | 23 | 10 | 43,5 % | 34,8 % |
| SGK Bayern | 28 | 6 | 21,4 % | 20,8 % |
| SGK Berlin | 24 | 8 | 33,3 % | 33,3 % |
| SGK Brandenburg | 16 | 6 | 37,5 % | 37,5 % |
| SGK Bremen | 11 | 3 | 27,3 % | 27,3 % |
| SGK Hamburg | 13 | 2 | 15,4 % | 15,4 % |
| SGK Hessen | 24 | 6 | 25,0 % | 25,0 % |
| SGK Mecklenburg-Vorpommern | 15 | 6 | 46,7 % | 40,0 % |
| SGK Niedersachsen | 30 | 7 | 23,3 % | 15,4 % |
| SGK Nordrhein-Westfalen | 30 | 7 | 23,3 % | 26,7 % |
| SGK Rheinland-Pfalz | 20 | 5 | 25,0 % | 35,0 % |
| SGK Saarland | 17 | 3 | 17,6 % | 15,0 % |
| SGK Sachsen | 9 | 3 | 33,3 % | 33,3 % |
| SGK Sachsen-Anhalt | 9 | 3 | 33,3 % | 44,4 % |
| SGK Schleswig-Holstein | 11 | 3 | 27,3 % | 41,7 % |
| SGK Thüringen | 12 | 4 | 33,3 % | 33,3 % |
| Gesamt | 323 | 93 | 28,8 % | |

⁵³ Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

5. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

5.1 SPD-PARTEIVORSTAND⁵⁴

| | Frauen | | Männer | |
|---|------------|------------|-----------|------------|
| | absolut | in Prozent | absolut | in Prozent |
| Abteilungsleiterinnen/ Abteilungsleiter | 1 | 20 | 4 | 80 |
| Pressesprecherin/ Pressesprecher/stellv. Pressesprecherin | 2 | 66,6 | 1 | 33,4 |
| Leiterinnen / Leiter bzw. Referentinnen / Referenten und persönliche Referentinnen und Referenten in Vorstandsbüros | 4 | 44,44 | 5 | 55,56 |
| Referatsleiterinnen/ Referatsleiter | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Referentinnen/ Referenten | 33 | 38,82 | 52 | 61,18 |
| Sachbearbeiterinnen/ Sachbearbeiter | 19 | 67,86 | 9 | 32,14 |
| Sekretärinnen/ Sekretäre | 47 | 97,92 | 1 | 2,08 |
| Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im technischen und Bürobereich | 5 | 45,46 | 6 | 54,54 |
| Auszubildende | 7 | 100 | 0 | 0 |
| Gesamt | 118 | 60 | 78 | 40 |

⁵⁴ Quelle: Stellenplan 2013

5.2 SPD-LANDESVERBÄNDE, -BEZIRKE UND -UNTERBEZIRKE, REGIONALGESCHÄFTSSTELLEN UND KREISVERBÄNDE⁵⁵

| LV / Bezirk | Leitende Landes-/ Bezirks- geschäftsführer/-innen | | Landes-/ Bezirks- geschäftsführer/-innen | | Referent/ innen auf Landes- und Bezirksebene | | weitere Mitarbeiter- innen und Mitarbeiter des Landes- verbandes/ Bezirk | | Regional-/ Kreis-, Unter- bezirks- geschäftsführer/-innen | | Mitarbeiter- innen und Mitarbeiter der Unterbe- zirke „ohne politische Zuständig- keiten“ | |
|-------------------------|---|------------------|--|------------------|--|------------------|--|------------------|---|------------------|---|------------------|
| | ge- samt | da- von Frau- en | ge- samt | da- von Frau- en | ge- samt | da- von Frau- en | ge- samt | da- von Frau- en | ge- samt | da- von Frau- en | ge- samt | Da- von Frau- en |
| Baden-Würt- temberg | 1 | 0 | 1 | 1 | 6 | 4 | 10 | 6 | 9 | 1 | 19 | 2 |
| Bayern | 1 | 0 | 1 | 0 | 6 | 2 | 16 | 7 | 15 | 9 | 37 | 33 |
| Berlin | 1 | 1 | 0 | 0 | 6 | 3 | 29 | 19 | 2 | 2 | 11 | 8 |
| Brandenburg | 2 ⁵⁶ | 1 | 0 | 0 | 3 | 2 | 3 | 2 | 13 | 3 | 0 | 0 |
| Braunschweig | 1 | 0 | 3 | 0 | 1 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 9 | 9 |
| Bremen | 1 | 0 | 0 | 0 | 2 | 0 | 3 | 2 | 0 | 0 | 2 | 1 |
| Hamburg | 1 | 0 | 0 | 0 | 3 | 1 | 13 | 9 | 7 | 3 | 4 | 1 |
| Hannover | 1 | 1 | 3 | 1 | 1 | 0 | 12 | 9 | 2 | 2 | 19 | 13 |
| Hessen-Nord | 1 | 0 | 2 | 1 | 1 | 1 | 4 | 2 | 8 | 0 | 6 | 5 |
| Hessen-Süd | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 14 | 10 | 12 | 4 | 13 | 12 |
| Mecklenburg- Vorpommern | 1 | 0 | 1 | 1 | 2 | 0 | 1 | 1 | 2 | 0 | 5 | 5 |
| Nord-Nieder- sachsen | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 0 | 4 | 4 |
| Nordrhein- Westfalen | 0 | 0 | 1 | 0 | 11 | 4 | 29 | 20 | 37 | 11 | 59 | 53 |
| Rheinland- Pfalz | 1 | 0 | 1 | 1 | 6 | 3 | 1 | 1 | 9 | 2 | 25 | 21 |
| Saar | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 5 | 4 | 0 | 0 | 4 | 3 |
| Sachsen | 1 | 0 | 0 | 0 | 4 | 1 | 5 | 3 | 3 | 1 | 0 | 0 |
| Sachsen-An- halt | 1 | 0 | 0 | 0 | 3 | 2 | 3 | 2 | 4 | 1 | 5 | 5 |
| Schleswig- Holstein | 1 | 0 | 0 | 0 | 2 | 2 | 14 | 10 | 0 | 0 | 10 | 5 |
| Thüringen | 0 | 0 | 1 | 0 | 6 | 2 | 2 | 2 | 0 | 0 | 4 | 4 |
| Weser-Ems | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 4 | 4 | 5 | 0 | 11 | 9 |
| Gesamt | 19 | 3 | 14 | 5 | 63 | 27 | 170 | 115 | 129 | 39 | 247 | 193 |

⁵⁵ Stand: Ende August 2013

⁵⁶ Kommissarische Generalsekretärin und Leiter der Landesgeschäftsstelle

5.3 LANDESVERBÄNDE, DIE NICHT DEN STATUS VON BEZIRKEN HABEN

| LV / Bezirk | Leitende Landes- geschäfts-führer/ innen | | Landesge- schäfts-führer/ innen | | Referent/innen auf Landesebene | | weitere Mitar- beiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes | |
|---------------|--|-----------------|---------------------------------------|-----------------|-----------------------------------|-----------------|---|-----------------|
| | gesamt | davon Frauen | gesamt | davon Frauen | gesamt | davon Frauen | gesamt | davon Frauen |
| Hessen | 1 | 0 | 1 | 0 | 8 | 2 | 12 | 5 |
| Niedersachsen | 1 | 1 | 4 | 1 | 3 | 0 | 6 | 3 |
| Gesamt | 2 | 1 | 5 | 1 | 11 | 2 | 18 | 8 |

5.4 UNTERNEHMENSBEREICH DER SPD⁵⁷

| Unternehmen | Frauen | Männer |
|--|--------|--------|
| Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH | | |
| Geschäftsführer | 0 | 2 |
| MitarbeiterInnen im Beteiligungsmanagement | 2 | 3 |
| Projektleiterin | 1 | 0 |
| Sekretärin | 1 | 0 |
| Konzentration GmbH | | |
| Geschäftsführer | 0 | 1 |
| Büroleitung | 1 | 0 |
| Immobilienkauffrau/-mann | 1 | 1 |
| Kauffrauen für Bürokommunikation, Controlling | 2 | 0 |
| Kauffrau für Grundstücks- und Wohnungswirtschaft/Bilanzbuchhaltung | 1 | 0 |
| Sekretärin | 1 | 0 |
| Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH | | |
| Geschäftsführer | 0 | 1 |
| Generalbevollmächtigte | 1 | 0 |
| Prokuristin | 1 | 0 |
| MitarbeiterInnen im Veranstaltungsmanagement | 1 | 2 |
| MitarbeiterInnen Öffentlichkeitsarbeit | 1 | 0 |
| Sekretärin | 3 | 0 |

⁵⁷ Quelle: Schatzmeisterei des SPD-Parteivorstandes. Der Bericht bezieht sich auf die unmittelbaren Beteiligungen des Parteivorstandes, ohne Solidarität GmbH, die kein Personal beschäftigt.

BERICHT DES KOMMUNALBEIRATES DES SPD-PARTEIVORSTANDES

Im organisationspolitischen Grundsatzprogramm der SPD, beschlossen durch den Berliner Parteitag vom 4. bis 6. Dezember 2011, heißt es:

„Unsere Politik ist mitten im Leben

Erfolgreiche Politik bewährt sich im wahren Leben. Sie muss geerdet und nah bei den Menschen sein. Aus unserer Verwurzelung in den Städten, Gemeinden und Kreisen schöpfen wir Kraft und Orientierung. Unsere Kommunalpolitiker/innen sind die wichtigsten Nervenenden der SPD in die Gesellschaft. Darum sind sie auf allen Ebenen gefragte Ratgeber für die sozialdemokratische Politik. Ihre Erfahrung und ihre Kompetenzen wollen wir in Zukunft noch stärker nutzen.

Deshalb stärken und unterstützen wir die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), die den Erfahrungen der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker eine Stimme gibt, den vielen ehrenamtlich Engagierten eine Hilfestellung bietet und sich in Zusammenarbeit mit der SPD und den Jusos um die Förderung und Qualifizierung des kommunalpolitischen Nachwuchses kümmert.

Die sozialdemokratischen Praktiker/innen der kommunalen Arbeit in Städten, Gemeinden und Kreisen sollen mehr mitreden und mehr mitentscheiden können – auf allen Ebenen der Partei. Die SGK erhält darum Rede- und Antragsrecht auf den Parteitagen der SPD und der Kommunalbeirat des SPD- Parteivorstandes wird offiziell in unseren Statuten verankert.“

Dementsprechend wurde in der durch den gleichen Parteitag beschlossenen Änderung des Organisationsstatutes folgender Paragraph eingefügt:

„§ 30 Kommunalbeirat

Der Parteivorstand beruft einen Kommunalbeirat ein. Dem Kommunalbeirat steht das Rede- und Antragsrecht zum Bundesparteitag zu, er legt dem Parteitag einen Bericht vor.“

Bereits auf dem Dresdner Parteitag im Dezember 2009 betonte der Parteivorsitzende, Sigmar Gabriel, dass die Kommunalpolitik noch stärker in die Meinungsbildung der SPD einbezogen werden soll. Angesichts der großen Bedeutung der Kommunen für die gesellschaftliche Entwicklung hat der SPD-Parteivorstand daher in seiner Jahresauftaktklausur 2010 entschieden, die **SPD-Kommunalpolitikern/innen noch stärker in die politische Willensbildung der Partei einzubeziehen** und gemeinsam mit der Bundes-SGK einen Kommunalbeirat einzusetzen. Die SPD-Spitze erörtert in diesem Gremium mit SPD-Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern aus den Führungsgremien der kommunalen Spitzenverbände und der Bundes-SGK kommunalpolitische Initiativen und trifft Verabredungen über die kommunalpolitische Positionierung der SPD.

In der konstituierenden Sitzung am 23. April 2010 hat der SPD-Kommunalbeirat **unter Leitung des SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel** in Anbetracht der dramatischen Finanzlage der Kommunen die Notwendigkeit eines „Rettungsschirms für die Kommunen“ bekräftigt. In seiner zweiten Sitzung

am 17. September 2010 wurden die Vorschläge der SPD zur Verbesserung der Kommunalfinanzen besprochen. Die Forderungen der Bundes-SGK und der kommunalen Spitzenverbände nach **Stärkung der kommunalen Einnahmebasis** durch eine Stärkung der Gewerbesteuer mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und die Einbeziehung der freien Berufe fand Eingang in die entsprechenden Parteitagebeschlüsse der SPD. Übereinstimmend wurde im SPD-Kommunalbeirat auch festgestellt, dass die Kommunen eine **Entlastung von Sozialausgaben** brauchen, um ihren vielfältigen Aufgaben sachgerecht nachgehen zu können und eine dauerhafte strukturelle Unterfinanzierung zu verhindern. Die auf Initiative der SPD erreichte Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund ist ein Resultat dieser Diskussion.

Der Kommunalbeirat beim SPD-Parteivorstand befasste sich in seinen weiteren Sitzungen 2011 und 2012 mit dem **Steuer- und Abgabekonzept der SPD** im Hinblick auf die notwendige Stärkung der kommunalen Finanzen. Gemeinsam wurde der vom ersten Parteikonvent im Juni

2012 beschlossene **Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen in Deutschland** vorbereitet. Mit diesem Beschluss hat die SPD das von allen Parteien am weitesten reichende Konzept zur Unterstützung der Kommunen vorgelegt. Es fand Eingang in das Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2013.

Weitere wichtige Themen waren die Erörterung der Rolle der **Stadtwerke in der Energiewende**, die politische Begleitung der Umsetzung des **Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung** für unter Dreijährige zum 1. August 2013, die Entwicklung gemeinsamer Positionen zur Weiterentwicklung der **Pflegeversicherung** sowie die Berücksichtigung der kommunalen Belange bei der Vorbereitung und Entwicklung des **SPD-Regierungsprogramms**. In der Kommunalbeiratssitzung im Juni 2013 stand die Auseinandersetzung mit den Erfordernissen der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe im Frühjahr 2013 im Mittelpunkt.

Mitglieder des Kommunalbeirates (Stand September 2013)

| | |
|-----------------------|--|
| Baranowski, Frank | Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, Vorsitzender der SGK NRW, Stellv. Vorsitzender der Bundes-SGK |
| Böttcher, Karl-Ludwig | Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg |
| Bude, Norbert | Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach, Vorsitzender der Bundes-SGK, Vorsitzender des Städtetages NRW |
| Dedy, Helmut | Ständiger Vertreter des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetages |
| Ebling, Michael | Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz, Stellv. Vorsitzender der Bundes-SGK |
| Freese, Jörg | Beigeordneter des Deutschen Landkreistages |
| Gabriel, Sigmar, MdB | Vorsitzender der SPD, Vorsitzender des Kommunalbeirates |

| | |
|-----------------------------------|---|
| Götz, Dr. Alexander | Geschäftsführer der Bundes-SGK |
| Kanehl, Jürgen | Stellv. Vorsitzender der Bundes-SGK, Vorsitzender der SPD-Fraktion der Stadtvertretung Wolgast |
| Ludwig, Barbara | Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz |
| Maly, Dr. Ulrich | Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Präsident des Deutschen Städtetages |
| Nahles, Andrea, MdB | Generalsekretärin der SPD |
| Poß, Joachim, MdB | Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion |
| Pronold, Florian, MdB | Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion |
| Reuter, Bernhard | Landrat des Landkreis Göttingen, Vizepräsident des Deutschen Landkreistags |
| Salle-Eltner, Astrid | Bürgermeisterin der Stadt Vienenburg, Stellv. Vorsitzende der Bundes-SGK |
| Sawade, Annette, MdB | Stellv. Vorsitzende der Bundes-SGK |
| Schäfer, Roland | Bürgermeister der Stadt Bergkamen, Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes |
| Schaub, Manfred | Bürgermeister der Stadt Baunatal |
| Scheelen, Bernd, MdB | Vorsitzender der AG Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion |
| Schröter, Karl-Heinz | Landrat des Landkreis Oberhavel, Vizepräsident des Deutschen Landkreistags |
| Steinmeier, Dr. Frank-Walter, MdB | Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion |
| Wowereit, Klaus | Erster Regierender Bürgermeister der Hauptstadt Berlin, Stellv. Vorsitzender der SPD |
| Zimmermann, Uwe | Stellv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes |

DELEGIERTE

Delegierte des Parteivorstandes

Ahnen, Doris
 Annen, Niels
 Budde, Katrin
 Dulig, Martin
 Engelmeier-Heite, Michaela
 Ferner, Elke
 Friedrich, Peter
 Gabriel, Sigmar
 Groschek, Michael
 Heil, Hubertus
 Hendricks, Barbara
 Kaykin, Zülfiye
 Kirci, Alptekin
 Kraft, Hannelore
 Kramme, Anette
 Lösekrug-Möller, Gabriele
 Lüders, Nadja
 Maas, Heiko-Josef
 Matschie, Christoph
 Mattheis, Hilde
 Nahles, Andrea
 Nida-Rümelin, Julian
 Özoğuz, Aydan
 Platzeck, Matthias
 Poß, Joachim
 Pronold, Florian
 Schäfer-Gümbel, Thorsten
 Schild, Armin
 Scholz, Olaf
 Schulz, Martin
 Schwesig, Manuela
 Sieling, Carsten
 Stegner, Ralf
 Vogt, Ute
 Wowereit, Klaus

Delegierte der Landesverbände und Bezirke*BADEN-WÜRTTEMBERG*

Arnold, Rainer
 Barteit, Lars
 Bednarz, Hendrik
 Behnke, Elfriede
 Bender, Julien
 Boos, Luisa
 Dristram, Christian
 Drobinski-Weiß, Elvira
 Eckert, Klaus
 Erler, Gernot
 Esken, Saskia
 Fechner, Johannes
 Götzmann, Roman
 Gremmelspacher, Judith
 Hahn, Leon
 Harsch, Daniela
 Hummel, Rebecca
 Jung, Johannes
 Juratovic, Josip
 Karaahmetoglu, Macit
 Kirgiane-Efremidis, Stella
 Kliche-Behnke, Dorothea
 Lange, Christian
 Majer, Thorsten
 Marvi, Parsa
 Mast, Katja
 Munzinger, Hannes
 Perc, Dejan
 Repasi, Rene
 Rosemann, Martin
 Sagasser, Tanja
 Sawade, Annette
 Schiele, Andrea
 Schmid, Nils
 Schöning-Kalender, Claudia
 Schwarzelühr-Sutter, Rita
 Simon, Peter
 Soeder, Christian

Söhne, Julia-Sophie
Sorg, Anette
Spörkel, Ralf
Templ, Karl-Ulrich
Vesper, Fabienne
Weber, Jonas
Weigle, Sebastian
Wölfle, Sabine
Bahr, Ulrike
Bante, Bernd
Barthel, Klaus
Bartl, Franziska
Baumann, Martina
Baur, Hannelore
Bergmann, Uwe
Blaschke, Ulrich
Brand, Richard
Dietz, Anno
Dösel, Harald
Eder, Marietta

BAYERN

Eichelsbacher, Manfred
Erdogan, Abuzar
Fees, Ulrike
Fischer, Roland
Fischer, Sebastian
Flisek, Christian
Förster, Heinrich Linus
Frisch, Maximilian
Gerdes, Christa
Graf, Angelika
Grötsch, Eberhard E.
Gruber, Michael
Güller, Harald
Hagl-Kehl, Rita
Heidrich, Annette
Heigl, Martin
Höllein, Carsten
Huber, Robert
Jung, Stephanie
Kalteis, Daniel
Koffler, Bärbel

Körber, Fabian
Kraus, Annemarie
Lahm, Wolfgang
Mansury, Homaira
Mattes, Ralf
Merzbacher, Jonas
Mielentz, Jörg
Müller, Ruth
Negele, Christine
Olbrich, Gerhard
Otto, Amelie Christin
Parr, Andreas
Pawlovsky, Hans
Reitmaier, Katja
Roloff, Sebastian
Rösch, Rita
Rothmayer, Julia
Rützel, Bernd
Sauer, Maria
Scharfenberg, Ulrich
Schieren, Stefan
Schmidt, Horst
Schrock, Christine
Schurer, Ewald
Schwarz, Andreas
Stamm-Fibich, Martina
Steinecker, Angela
Steiner, Mirjam Beate
Strogies, Victor
Thanheiser, Evi
Träger, Carsten
Uekermann, Johanna
Unfried, Harald
Vilsmeier, Bernd
Vogel, Christian
Vogel, Katja
Volkwein, Petra
Weikert, Angelika
Welter-Herzberger, Astrid
Werner-Muggendorfer, Johanna
Winkelmaier, Oliver
Zosig, Isabel

BERLIN

Bozkurt, Aziz
 Buttgereit, Monika
 Draeger, Almuth
 Drathschmidt, Nicolas
 Drewnicki, Robert
 Halsch, Karin
 Komoß, Stefan
 Kühnert, Kevin
 Matz, Martin
 Morgenstern, Vera
 Much, Marek
 Neumeyer, Sarah
 Nowacki, Petra
 Özkaraca, Erol
 Schmidt, Matthias
 Senftleben, Peter
 Siebert, Ingo
 Sommer, Ulrike
 Stock, Heike
 Teller, Klaus

BRANDENBURG

Apel-Schmelter, Heidemarie
 Bock, Tilmann
 Danckert, Peter
 Hackenschmidt, Barbara
 Holzschuher, Ralf
 Maaß, Christian
 Wicklein, Andrea
 Wilczynski, Martina

BRAUNSCHWEIG

Dettmann, Udo
 Dick, Charlotte Rosa
 Fahlbusch, Susanne
 Grund, Ilona
 Hensel, Falk
 Heuer, Jörg
 Kreiser, Dunja

Lücht, Dorothea
 Lucksch, Renate
 Meister, Gerd
 Pantazis, Christos
 Perik, Muzaffer
 Schäfer, Uwe
 Schlaugat, Eva
 Schwarz, Jan

BREMEN

Böhrnsen, Sören
 Bovenschulte, Andreas
 Bronke, Karl
 Herzog, Janne
 Lückert, Brigitte
 Ryglewski, Sarah
 Schuster, Joachim
 Schwellach, Gisela

HAMBURG

Bernzen, Christian
 Damerau, Inka
 Dräger, Gesine
 Dressel, Andreas
 Herbers, Rudolf
 Kahrs, Johannes
 Miech, Dagmar
 Oldenburg, Christel
 Pein, Milan Wilhelm
 Richter, Frank
 Rose, Wolfgang
 Schmager, Ronja
 Schwinke, Karl
 Tschentscher, Peter
 Veit, Carola Alexandra

HANNOVER

Beckord, Heike
 Brodhun, Christoph

Brunkhorst, Daniel
Diebel-Geries, Bärbel
Dobslaw, Andreas
Feindt, Klaus-Dieter
Friedemann, Waltraud
Groth, Nele Kristina
Hansmann, Rudolf
Hansmann, Silke
Hoffmann, Ines
Klecha, Stephan
Kuntscher, Leonard
Le Butt, Philip
Lotze, Hiltrud
Lynack, Bernd
Meinhold, Walter
Miersch, Matthias
Niebuhr, Stefan
Nüsse, Ernst
Reddeck, Ingo
Schmalstieg, Philipp
Schübler, Claudia
Schwarze, Horst
Sohl, Alexander
Stadler, Svenja
Stephan, Inga
Tippelt, Sabine
Tonne-Jork, Elke
van der Zanden, Lisa
von Groddeck, Eva
Watermann, Ulrich
Weil, Stephan
Willers, Gabriele
Zangerle, Maren

HESSEN-NORD

Bartol, Sören
Damm, Volker
Fehr, Manfred
Fiedler, Sebastian
Fischer, Olga
Freitag-Thiele, Marianne
Gremmels, Timon
Hartdegen, Tanja

Jäger, Carina
Johne, Michael
Kaiser, Jürgen
Keim, Christel
Kilimann-Bouchon, Petra
Lindner, Bernhard
Löber, Angelika
Lopez, Hella
Milas, Anette
Nölke, Heike
Röse-Maurer, Karin
Sandner, Birgit
Schlitzberger, Udo
Schneider, Irene
Spanknebel, Björn
Spies, Thomas
Telschow, Gerhard
Weltecke, Christoph
Werner, Martina

HESSEN-SÜD

Amann, Gregor
Bastian, Swen
Benz, Hanno
Bullmann, Udo
Costanzo, Vivien
Dittmar, Ansgar
Eckert, Tobias
Faeser, Nancy
Gasper, Jürgen
Gnagl, Lisa
Gniza, Tobias
Grobeis, Oliver
Grüger, Stephan
Herget, Marie-Christine
Hoffmann, Annabelle
Josef, Mike
Kaffenberger, Bijan
Kawai, André
Köllner, Martina
Körner, Gerd
Kötschau, Stephanie
Lambrecht, Christine

Langwasser, Elisabeth Rebekka
 Laudenschleger, Nadeschda
 Ludwig, Alexander
 Lux, Stefan
 Merker, Matti
 Müller-Puhlmann, Michael
 Nissen, Ulrike
 Pfaff, Karlheinz
 Polat, Murat
 Rabanus, Martin
 Reichenbach, Gerold
 Reuter, Michael
 Rottloff, Simon
 Schabedoth, Hans-Joachim
 Schmidt, Dagmar
 Schmitt, Norbert
 Schwenke, Felix
 Seewald, Ilja-Kristin
 Volk-Borowski, Dennis
 Wiczorek-Zeul, Heidemarie
 Wingerter, Sven
 Yüksel, Turgut
 Zapf, Uta
 Zimmermann, Jens

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Borchert, Rudolf
 da Cunha, Philipp
 Pleß, Brigitte
 Schumann, Stephan
 Steffen, Sonja

NORD-NIEDERSACHSEN

Behrens, Daniela
 Brauns, Gerd
 Gudella de Graaf, Ute
 Hagemann, Günther
 Hinck, Hans-Werner
 Jantz, Christina
 Löwenberg, Elke
 Pfadenhauer, Karin

Tiemann, Petra

NORDRHEIN-WESTFALEN

Altenkamp, Britta
 Arnkens-Homann, Dagmar
 Bähr-Losse, Bettina
 Banschkus, Bernd
 Baran, Volkan-Tevfik
 Bas, Bärbel
 Bauer, Hannelore
 Beck, Anneka
 Beck, Horst
 Bell, Dietmar
 Bender, Thorsten
 Bennarend, Jens
 Bischof, Arno
 Blienert, Burkhard
 Blum, Ulrich
 Böhse, Friedel
 Bollermann, Gerd
 Buhre, Michael
 Burchardt, Ulla
 Buttler, Angelika
 Butz, Maren
 Cikoglu, Atilla
 Cosse, Gerhard
 Dauskardt, Michael
 Dieren, Anna Luise
 Donner, Heinrich
 Drabig, Franz-Josef
 Duscha, Peter
 Echeverria, Axel
 Erdle, Phillip
 Esdar, Wiebke
 Fabian, Norbert
 Fuß, Hans
 Fink, Lothar
 Gebhard, Heike
 Gottschlich, Simone
 Griese, Kerstin
 Groeger, Bernd
 Groß, Michael
 Gutowski, Petra-Andrea

| | |
|-------------------------|-----------------------|
| Hammelrath, Gabriele | Müntefering, Michelle |
| Hammer, Sebastian | Mützenich, Rolf |
| Harder, Ernesto | Nietan, Dietmar |
| Hartmann, Sebastian | Oerder, Katharina |
| Heinrichs, Falk | Oord, Ilka |
| Heitkamp, Micha | Ossowski, Silke |
| Herter, Marc | Ott, Jochen |
| Hilser, Dieter | Panke, Simon |
| Hinz, Petra | Peters, David |
| Hördemann, Julian | Pflug, Johannes |
| Hugonin, Monika | Pichler, Miriam |
| Jahl, Armin | Pilz, Daniel |
| Janke, Oliver | Pliete, Beate |
| Joisten, Christian | Podolski, Patricia |
| Kaczmarek, Oliver | Poschmann, Sabine |
| Kaiser, Rolf | Radtke, Sabine |
| Kerst, Valentina | Ramers, Markus |
| Killewald, Norbert | Renner, Stephan |
| Kirschenbaum, Erwin | Rimkus, Andreas |
| Klanke, Christiane | Rode-Bosse, Petra |
| Kohmann, Anja | Römer, Norbert |
| Konzelmann, Thorsten | Schindler, Doris |
| Körner, Constantin | Schmeltzer, Rainer |
| Kottmann, Kai Andre | Schmidt, Manuel |
| Krämer, Friedhelm | Scho-Antwerpes, Elfi |
| Krämer, Konrad | Schultheis, Karl |
| Krause, Eva-Maria | Schütten, Rainer |
| Krützen, Klaus | Schwartze, Stefan |
| Kuiper, Manfred | Servos, Gertrud |
| Kumpf, Wolfgang | Spinrath, Norbert |
| Küpper, Annegret | Stalder, Mandy |
| Laaser, Sebastian | Stinka, Andre |
| Lachmann, Holger | Stock, Michael |
| Lehmkuhl, Reiner | Stotz, Marlies |
| Leonhardt, Nadine Renee | Strässer, Christoph |
| Lipprandt, Sabrina | Strathoff, Margarethe |
| Löhr, Karin | Strobel, Claudia |
| Ludwig, Svenja | Stucke, Ingo |
| Lühns, Monika | Tacer, Philipp |
| Lux, Eva | Tanjsek, Gerti |
| Majewski, Ernst | Thews, Michael |
| Meiers, Ute | Tigges, Margit |
| Merkel, Wolfgang | Trenckmann, Bettina |
| Molzberger, Adhemar | Tsalastras, Apostolos |
| Müller, Frank | Utech, Richard |
| Müller, Sabina | van den Berg, Guido |

van Geister, Daniel
 Viehmeister, Frauke
 Vogt, Alexander
 Voigt-Küppers, Eva-Maria
 von Gostomski, Sonja
 Vöpel, Dirk
 Weinkauf, Heide
 Weller, Jürgen
 Wiertz, Sven
 Wischnewski, Hans-Werner
 Yüksel, Gülistan
 Yüksel, Serdar
 Zorlu, Sara
 Zorn, Gerhard
 Zwilling, Peter

RHEINLAND-PFALZ

Allroggen-Bedel, Agnes
 Anklam-Trapp, Kathrin
 Bahm, Mirko
 Barley, Katarina
 Barnett, Doris
 Bätzing-Lichtenthäler, Sabine
 Beck, Kurt
 Bruch, Jörg
 Brück, Bettina
 Conrad, Jürgen
 Dreyer, Malu
 Ebli, Friederike
 Ebling, Michael
 Fuhr, Alexander
 Geis, Manfred
 Gorges, Johannes
 Gros, Anna
 Guth, Jens
 Hartmann, Michael
 Herbst, Corinne
 Hering, Hendrik
 Herzog, Gustav
 Hitschler, Thomas
 Hütten, Achim
 Jossen, Jens
 Kissel, Michael
 Klamm, Hannelore

Kukatzi, Bernhard
 Langner, David
 Leppla, Ruth
 Lörsch, Claudia
 Machalet, Tanja
 Mohr, Margit
 Neuser, Norbert
 Noss, Hans Jürgen
 Pörksen, Carsten
 Puchtler, Frank
 Raab, Heike
 Ramsauer, Günther
 Rauschkolb, Jaqueline
 Rauschkolb, Michelle
 Reich, Beate
 Schäfer, Roland
 Schmitt, Astrid
 Schweitzer, Alexander
 Seiler, Stefanie
 Sippel, Heiko
 Wehner, Thorsten
 Wilhelm, Stephan

SAARLAND

Altesleben, Bettina
 Barke, Jürgen
 Berg, Petra
 Britz, Charlotte
 Clivot, Michael
 Commercon, Ulrich
 Henkel, Sandra
 Hiry, Johannes
 Hoffmann-Bethscheider, Cornelia
 Jost, Reinhold
 Krutten, Stefan
 Morsch, Anke
 Nasshan, Gerhard
 Pauluhn, Stefan
 Rehlinger, Anke
 Renner, Jürgen
 Ries, Isolde
 Roth, Eugen
 Sauer, Dunja
 Straßberger, Ellen

Thul, Sebastian
Waluga, Günter
Weber, Volker
Zibold, Rainer
Zieder-Ripplinger, Margriet

SACHSEN

Brangs, Stefan
Ecke, Matthias
Homann, Henning
Hühn, Caroline
Kolbe, Daniela
Kreutziger, Gerhild
Zabel, Benjamin

SACHSEN-ANHALT

Börst-Harder, Petra
Eichler, Wolfgang
Grube, Falko
Mühlstein, Marko
Schindler, Silke
Wolff, Waltraud

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Bolln, Stefan
Borchert, Götz
Breitner, Andreas
Buhl, Christiane
Danhier, Susanne
Daude, Ulf
Deutschmann, Moritz
Dolgner, Kai
Eickhoff-Weber, Kirsten
Fronzek, Brigitte
Gilleßen, Sabine Maria
Habersaat, Martin
Hagedorn, Bettina
Heinemann, Bernd
Klein, Melanie Sabine

Koch, Bettina
Kuhlwein, Eckart
Rix, Sönke
Rodust, Ulrike
Stein, Mathias
Thies, Aletta
von Pein, Tobias
Wagner, Alexander
Winter, Lars

THÜRINGEN

Becker, Dagmar
Giebe, Markus
Giesder, Fabian
Gleicke, Iris
Heß, Petra
Lehmann, Diana
Machnig, Matthias

WESER-EMS

Bohne, Jutta
Börgmann, Johann
Christians, Hilda
De Ridder, Daniela
Eiben, Florian
Forster, Hans
Hunter-Roßmann, Hannelore
Kater, Kristian
Kirchner, Wolfgang
Kröger, Andreas
Logemann, Karin
Mandel, Sören
Mittag, Susanne
Peters, Johann Wilhelm
Reuber, Traute
Rohde, Dennis
Schröder, Remmer
Schulte, Jenna Juliane
Schweer, Daniel
Ulferts-Dirksen, Sophia
Zimmermann, Sabine

DELEGIERTE MIT BERATENDER STIMME

Baumann-Hasske, Harald
 Befeldt, Peter
 Benz, Immanuel
 Binding, Lothar
 Brackelmann, Eva
 Brunn, Anke
 Crone, Petra
 Diaby, Karamba
 Dörmann, Martin
 Drewke, Renate
 Dröscher, Peter Wilhelm
 Edathy, Sebastian
 Ehrmann, Siegmund
 Eichel, Hans
 Ernstberger, Petra
 Erten, Hayat
 Finke, Karl
 Fleckenstein, Knut Wilhelm
 Franke, Edgar
 Geywitz, Klara
 Götz, Alexander
 Graeber, Otto
 Hänsch, Klaus
 Hansen, Annegret
 Hasgall, Alexander
 Högl, Eva
 Jellonnek, Burkhard
 Jordan, Jörg
 Kaerkes, Sven-Hauke
 Kaufmann, Sylvia-Yvonne
 Kelber, Ulrich
 Klingbeil, Lars
 Köbele, Bruno
 Kohl, Hannelore
 Kompe, Gerhard
 Krehl, Constanze
 Lang, Armin
 Lauterbach, Karl Wilhelm
 Lischka, Burkhard
 Lüthmann, Kirsten
 Mahrenholz, Ernst-Gottfried
 Marks, Caren

Martiny, Anke
 Mattischeck, Heide
 Merk, Heidrun
 Müller, Michael
 Notzke, Thomas
 Randzio-Plath, Christa
 Ravens, Karl
 Reckmann, Brigitte
 Reimann, Carola
 Salle-Eltner, Astrid
 Schaub, Manfred
 Scheer, Nina
 Schmalstieg, Herbert
 Schmidt, Ulla
 Schmidt, Wilhelm
 Schmude, Jürgen
 Schneider, Carsten
 Schöbel, Peter
 Schreier, Wilhelm
 Schwabe, Frank
 Simon, Wilma
 Sommer, Michael
 Stadler, Wolfgang
 Stark, Britta
 Steinruckm, Jutta
 Stolpe, Manfred
 Tack, Kerstin
 Tautz, Lothar
 Teichert, Georg
 Tischner, Josephin
 Vogt, Sascha
 Weber-Schuerholz, Beate
 Weigel, Andreas
 Wernstedt, Rolf
 Wettig-Danielmeier, Inge
 Wieczorek, Norbert
 Zimmermann, Uwe

INTERNATIONALE GÄSTE

PARTEIEN

Austria

Social Democratic Party of Austria (SPÖ)

Raphael Sternfeld

Karl A. Duffek

Benin

Social Democratic Party (PSD)

Patrice Gangnito

China

Communist Party of China (CPC)

Xiaoxuan Yu

Zhaolong Sun

Baosheng Deng

Fei Zhao

Duoji Chilie

Jing Shi

Czech Republic

Czech Social Democratic Party (CSSD)

Lubomir Zaorálek

Bohuslav Sobotka

Katerina Bocianova

Democratic Republic of Congo

Union for Democracy and Social Progress (UDPS)

Joakim Mukuasa

Divine Malumba

Eritrea

Eritrean People's Deocratic Party (EPDP)

Neguse Tseggai

Semere Musie

Finland

Finnish Social Democrtatic Party (SDP)

Tuula Lampinen

Great Britain

The Labour Party

Gareth Thomas

Deborah Bridgeman

Nabila Sattar

Greece

Panhellenic Socialist Movement (PASOK)

Christina Manolopoulou

Guinea Ecuatorial

Convergence for Social Democracy Party (CPDS)

Wenceslao Mansogo Alo

Hungary

Hungarian Socialist Party (MSzP)

Tibor Szanyi

Vilmos Szabo

Iran

Democratic Party of Iranian Kurdistan (PDKI)

Hiwa Bahrami

Asso Babaie

Iraq

Kurdistan Socialist Democratic Party (KSDP)

Muhamad Haji Mahmud

Salam Omar

Kake Sur Tamien

Patriotic Union of Kurdistan (PUK)

Amin Babasheikh

Italy

Democratic Party (PD)

*Giacomo Filibeck**Armando Varricchio**Luca Bader**Cristiano Gallo**Stefano Grassi**Enrico Letta**Gianmarco Trevisi**Alessandra Calise**Antonietta Nardone**Maurizio Tambone**Filippo Attili**Andrea Bennardo**Pietro Paolo Persichelli**Giorgio Gustamacchia**Roberto Catalano**Monica Nardi***Moldova**

Democratic Party of Moldova (DPM)

*Oleg Tulea**Marian Lupu**Adrian Buligari**Veaceslav Cupceno***Netherlands**

Labour Party (PvdA)

*Kirsten Meijer**Frits Strik***Northern Cyprus**

Republican Turkish Party (CTP)

*Armagan Candan***Palestine**

Palestinian National Initiative - Al Mubadara (PNI)

*Mustafa Barghouti**Khaled Saifi**Yousef Tamayza***Poland**

Labour United (UP)

*Bogdan Golik***Russia**

A Just Russia Party

*Alexander Romanovich***Serbia**

Democratic Party (DS)

*Boris Tadic**Natasa Gacesa**Jovan Ratkovic**Vanja Teinovic***Sweden**

Swedish Social Democratic Party (SAP)

*Leif Jakobsson***Switzerland**

Social Democratic Party of Switzerland (SP)

*Martin Naef***Turkey**

Justice and Development Party (AKP)

*Akif Cagatay Kilic**Doru Eyyup**Baris Alen**Osman Baydemir*

Republican People's Party (CHP)

*Ayata Senler**Senler Ayata**Mehmet Ercan Karakas**Polisario Front***Western Saharacracric Party of Kurdistan**

Polisario Front

Mohamed el Mamun Ahm Brahim

ORGANISATIONEN

Foundation for European Progressive

Ernst Stetter

Party of European Socialists (PES)

Marije Laffeber

Isabel Janssen

Sascha Brose

Achim Post

Social Democratic Party of Kurdistan

Kanje Ali Fadhil

REDNERINNEN UND REDNER

| | | | |
|--------------------|--|----------------------------|--------------------|
| A | | Gasper, Jürgen | 144 |
| Ahnen, Doris | 114, 221f, 228f | Götzmann, Roman | 92 |
| Albig, Torsten | 110f, 169f, 188f | Gremmels, Timon | 302 |
| Annen, Niels | 129 | Griese, Kerstin | 203, 251 |
| B | | Grüger, Stephan | 208 |
| Barnett, Doris | 57 | Grumbach, Gernot | 88 |
| Barthel, Klaus | 198, 249, 257 | H | |
| Bednarz, Hendrik | 91 | Hagedorn, Bettina | 248 |
| Befeldt, Peter | 100, 141, 143 | Hendricks, Barbara | 107, 176, 225 |
| Behnke, Elfriede | 145 | J | |
| Benz, Immanuel | 224 | Jordan, Jörg | 93, 136 |
| Bernzen, Christian | 255 | Jung, Burkhard | 22 |
| Boos, Luisa | 193 | K | |
| Bozkurt, Aziz | 102 | Kelber, Ulrich | 75 |
| Britz, Charlotte | 66 | Kirgiane-Efremidis, Stella | 195 |
| Brodhun, Christoph | 226 | Kliche-Behnke, Dorothea | 84 |
| Brunkhorst, Daniel | 206 | Kolbe, Daniela | 200 |
| Budde, Katrin | 59 | Kraft, Hannelore | 53, 163 |
| Bullmann, Udo | 209 | Kuhlwein, Eckart | 207, 232, 235, 260 |
| D | | L | |
| Dettmann, Udo | 230 | Letta, Enrico | 114 |
| Dittmar, Ansgar | 143 | Lösekrug-Möller, Gabriele | 299 |
| Donner, Heinrich | 140 | Ludwig, Svenja | 138 |
| Dreyer, Malu | 76 | M | |
| Dulig, Martin | 153, 238, 268, 285, 304 | Maas, Heiko | 53, 229, 238 |
| E | | Matschie, Christoph | 84 |
| Ebling, Michael | 273 | Mattheis, Hilde | 85 |
| Erten, Hayat | 127 | Meiers, Ute | 132 |
| F | | Miersch, Matthias | 126 |
| Fabian, Norbert | 96, 225, 257, 266 | Müller, Michael | 101, 233 |
| Ferner, Elke | 79, 147, 250 | N | |
| Friedrich, Peter | 69, 194, 214 | Nahles, Andrea | 13, 123, 173, 241 |
| Fronzek, Brigitte | 284 | Negele, Christine | 137 |
| Fuchs, Christina | 150 | Nissen, Ulrike | 263, 294 |
| G | | | |
| Gabriel, Sigmar | 30, 113, 119, 186, 219, 240, 275, 310 | | |

| | | | |
|-----------------------------|---|----------------------------|----------|
| O | | Steinbrück, Peer | 25 |
| Oppermann, Thomas | 196 | Stein, Mathias | 258, 260 |
| Ott, Jochen | 291 | Steinmeier, Frank-Walter | 157 |
| Özoğuz, Aydan | 71, 163 | Stinka, André | 232 |
| P | | Stöß, Jan | 96 |
| Pawlowsky, Hans | 98 | Strauß, Mareike | 151 |
| Pichler, Miriam | 106, 113, 162, 172, 175, 177, 186, 217, 229, 239, 285, 288, 293, 297, 300 | T | |
| Pleß, Brigitte | 148 | Tsalastras, Apostolos | 86 |
| Poß, Joachim | 78 | U | |
| Pronold, Florian | 283 | Uekermann, Johanna | 129 |
| R | | V | |
| Reckmann, Brigitte | 109 | Vesper, Fabienne | 205 |
| Repasi, Rene | 204 | Vogel, Christian | 286 |
| Roloff, Sebastian | 92, 254 | Vogt, Sascha | 73, 223 |
| Rottloff, Simon | 259 | Vogt, Ute | 231, 236 |
| S | | von Pein, Tobias | 210 |
| Sawade, Annette | 287 | W | |
| Schäfer-Gümbel, Thorsten | 164 | Weil, Stephan | 80 |
| Schäfers, Dietmar | 82 | Wieczorek-Zeul, Heidemarie | 305 |
| Scharfenberg, Ulrich | 237 | Winter, Lars | 102 |
| Scheer, Nina | 68 | Woidke, Dietmar | 127 |
| Schiele, Andrea | 303 | Wowereit, Klaus | 188 |
| Schieren, Stefan | 149 | Z | |
| Schild, Armin | 103 | Zorn, Gerhard | 256 |
| Schindler, Silke | 295 | | |
| Schmid, Nils | 89 | | |
| Schmidt, Dagmar | 77 | | |
| Schmitt, Norbert | 61 | | |
| Schoening-Kalender, Claudia | 131 | | |
| Scholz, Olaf | 64, 121, 166, 253 | | |
| Schulz, Martin | 177, 186 | | |
| Schwabe, Frank | 95, 296 | | |
| Schwenke, Felix | 301 | | |
| Schwesig, Manuela | 20, 24, 29, 62, 167, 270, 271, 289, 304 | | |
| Sieling, Carsten | 211 | | |
| Simon, Peter | 212 | | |
| Sommer, Michael | 243 | | |
| Spörkel, Ralf | 138, 201 | | |
| Stegner, Ralf | 57, 146, 191, 264, 267 | | |